

Spiel-Räume –

demokratisch basierte Landesplanung in Mitteldeutschland zwischen 1923 und 1932
sowie 1990 und 2000:

Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie strategischer, nicht-linearer Planung

Habilitationsschrift

vorgelegt am 06. Dezember 2011

der Fakultät Architektur
der Bauhaus-Universität Weimar

von

Dr.-Ing. Harald Kegler

geb. am 1. Januar 1957 in Aschersleben

Gutachter

1. Prof. Dr. habil. Max Welch-Guerra, Bauhaus-Universität Weimar
2. Prof. Dr. habil. Thomas Topfstedt, Universität Leipzig
3. Prof. Dr. habil. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin

Erteilung der Habilitation am 11. Juli 2012

Spiel-Räume –

demokratisch basierte Landesplanung in Mitteldeutschland zwischen 1923 und 1932
sowie 1990 und 2000:

Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie strategischer, nicht-linearer Planung

Gliederung¹

Vorwort	9
---------	---

Anlass sowie Geschichte der vorliegenden Arbeit

Einleitung	16
------------	----

I. <i>Spiel-Räume</i> - Gegenstand und Aufbau	16
II. <i>Spiel-Räume</i> - Material, Modell und Methode	32
III. <i>Spiel-Räume</i> - Begriffe zwischen Spieltheorie und Landesplanung	40
IV. Zum Begriff „Mitteldeutschland“ - ein <i>Spiel-Raum</i> im nicht-trivialen Sinne	46
V. Linearität und Nicht-Linearität - Fluchtpunkte eines Planungswandels	49

¹ Die mit einem * gekennzeichneten Gliederungstitel stellen bereits vom Autor veröffentlichte Beiträge dar.

Teil 1: Die 1920er Jahre

1. Grundlagen der Landesplanung: disziplingeschichtlicher Exkurs zur Stadtplanung (Städtebau) um 1910	54
1.1 Städtebau und Stadtplanung - klare und zugleich schillernde Begriffe*	54
1.2 Die Konsolidierung der Disziplin Stadtplanung in Deutschland*	55
2. Die Dezentralisierungsdebatte und die Ausstellung in Göttenburg 1923	63
2.1 Die Dezentralisierungsdebatte in Deutschland: Entstehung des kognitiven Kerns für die Landesplanung in Mitteldeutschland bis 1923	63
2.2 Amerikanische Planungskultur zwischen 1900 und 1920: Hintergrund für das Verständnis der Ausstellung in Göttenburg und der „Amerikanisierung“ der Planung	95
2.3 Der Bifurkationspunkt in der disziplinären Entwicklung zur Landesplanung: Die Internationale Städtebau-Ausstellung in Göttenburg/Schweden, 1923	108
3. Das Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland	116
3.1 Eine Landesplanung in Mitteldeutschland	116
3.1.1 Die Analyse zum Entstehen der Landesplanung	116
3.1.2 Der Innovations-Pol Mitteldeutschland	124
3.1.3 Die Landesplanung in Sachsen - kein <i>Spiel-Raum</i>	126
3.2 Eine Typologie der Planungsverbände und das Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland	129
3.2.1 Eine Typologie der entstehenden Landesplanungsorganisationen in Deutschland	129
3.2.2 Der Aufbau der mitteldeutschen Landesplanung: Die Gründungsphase 1920 bis 1925	133
3.2.3 Der Vordenker Stephan Prager: Eine Schlüsselperson der Landesplanung	141
3.2.4 Vom „Siedlungsausschuss“ zum „Landesplanungsverband“: Die Entwicklungsphase 1925 bis 1927/28	144
3.2.5 Der Wissenschaftler Martin Pfannschmidt: Geistiger Vater des Planwerks Mitteldeutschland	151
3.3 Die kongeniale Landesplanung in Mitteldeutschland entsteht: Thüringen	152
3.3.1 Die Landesplanung Thüringen: Prototyp einer modernen Planungsinstanz und das Bild der Zukunft für den Strukturwandel	152
3.3.2 Ansätze einer Vision für Thüringen: ein Landschaftspark*	160

3.3.3 Der Praktiker und Organisator Wilhelm Luthardt: Vom Baumeister zum führenden Landesplaner	166
3.4 Die Geburtsstunde der Raum-Planungstheorie: Die Leipziger Siedlungswoche und ihre Folgen	170
3.4.1 Die Leipziger Siedlungswoche im März 1927	170
3.4.2 Der erste Planungsforscher und –theoretiker sowie das erste (private) Forschungsinstitut für Stadt- und Raumplanung: Gustav Langen und das Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen	183
3.4.3 Die Konstituierung des „Raumes“: Ein rahmensetzender Begriff der Planung	190
3.4.4 Der Counterpart Robert Schmidt: Wortführer der deutschen Landesplanung	201
3.5 Der produktive Höhepunkt und der Schluss: Eine Entfaltung der Landesplanung zwischen 1929 bis 1932/33	205
3.5.1 Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesplanungsverbände“	205
3.5.2 Die „Wolfener Siedlung“ in Dessau: ein Modell für praktizierte Dezentralisierung in Mitteldeutschland um 1930*	210
4. Brandenburg-Mitte: Planung für das Umland der Reichshauptstadt Berlin	214
4.1 Anfänge einer neuen, kooperativen Planungs-Kultur	214
4.2 Eine Strategie für den Berliner Raum	217
5. Das Bauhaus in Dessau und die Bezüge zur mitteldeutschen Landesplanung: die erste und weitreichende Adaption	221
5.1 Die „Dessau-Analyse“	221
5.2 Die ersten Landesplaner vom Bauhaus: Hubert Hoffmann	224
5.3 Die ersten Landesplaner vom Bauhaus: Ernst Kanow	227
6. „Brücken“ - konstituierende Nuancen nicht-linearer Planung: übergreifende Themen zur Entstehung der Landesplanung	231
6.1 Grenzen überwinden - Kooperationen entfalten	232
6.2 Internationaler Austausch - Diffusion von Erkenntnissen	235
6.3 Fach-politische Kulturen - zur sozialistischen Stadt	237
6.4 Neue Akteure in der Planung - Beteiligungen und Gender-Ansätze	239
6.5 Netzwerkstrukturen und Diskurse - der Planungsalltag	243
6.6 Rückkopplungen - Planung zwischen Theorie und Praxis	244

7. Exkurs: Vom Ende einer maßstabsetzenden Planungskultur	252
8. Der Planungsatlas: Landesplanung im engeren Mitteldeutschen Industriebezirk	256
8.1 Struktur und Inhalt des Kartenbandes	256
8.2 Das Hauptresultat des <i>Spiel-Raums-1</i> : Der „Plan 23“	271
8.3 Eine überschlägliche Flächenbilanz im „Plan 23“	280
8.4 Der „Plan 23“: eine erweiterte Annäherung	283
8.5 Der „Plan 23“ und der Versuch eines historischen Modells nicht-linearer Raumordnung	286
9. Fazit und erste Deutungen zum Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland	291
9.1 Der engere Rahmen für das Entstehen der Landesplanung	291
9.2 Die Bedeutung der mitteldeutschen Planungen	292
10. Eine Jahrhundertsicht auf die Landesplanung: Von der „Überlandplanung“ zum „innovativen Milieu“	295
10.1 Einführung in eine Periodisierung	295
10.2 Grundlegung: Mitte der 1920er Jahre bis Mitte der 1930er Jahre mit den Marksteinen 1923 und 1927	298
10.3 Perspektivwechsel: Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre mit den Marksteinen 1969 und 1975	304
10.4 (Globale) Neuorientierung: Mitte der 1980er Jahre bis Jahrtausendwende mit dem Markstein 1989	308

Teil 2: Die 1990er Jahre

Vorbemerkung	315
1. Der gesellschaftliche Rahmen: „Gewonnene Planlosigkeit“*	322
Exkurs zum Planungsalltag: Die „offizielle“ Raumplanung in den 1990er Jahren in Mitteldeutschland	347
2. Karriere eines Begriffes: Industrielles Gartenreich*	356
3. Industrielles Gartenreich: ein strategisches Gesamtprojekt*	376
4. Bauhaus-Stil: eine Reflexion auf dem Wege zur EXPO 2000*	399
5. Die Neue Stadt: ein konzeptioneller Ansatz für das postindustrielle Zeitalter*	409
6. Hauptresultat des <i>Spiel-Raums-2</i> : Ferropolis - Die Stadt aus Eisen*	428
7. Zukunft Bauhaus: Bauhaus Dessau - Zukunftswerkstatt aus Tradition*	467
8. Industrielles Gartenreich: Perioden des Projektes 1989 -1999*	477
9. EXPO - Regionalpark: Quo vadis Industrielles Gartenreich?*	482
10. <i>Spiel-Räume</i> im Dialog: eine Reflexion für Zukünftiges	493
10.1 Annäherung an eine Definition der räumlichen Planung	493
10.2 Typologische Reflexion im Planungs-Laboratorium „Dezentralisierung“	496
10.3 Fazit und Diskussion: Zur Geschichte nicht-linearer Landesplanung der 1920er und 1990er Jahre	507

Anhänge	521
I. Planungsatlas Mitteldeutschland: Texte der Karten 1-39	522
II. Planungsatlas Mitteldeutschland: Karten und Pläne (Abb. 1)	555
III. „Das Geiseltal in 70-80 Jahren“ (Abb. 2)	561
IV. Folge von Abbildungen zu Teil 1 und 2 (Abb. 3-12)	562
Bauhaus und Landesplanung (1927) - Bauhaus und Industrielles Gartenreich (1990)	
Schema zur Landesplanung (1927) - Mitteldeutsche Zeitung „Recycling“ (1990)	
„Wohnung, Gestaltung, Wirtschaft“ (1928) - Industrielles Gartenreich-2 (1999)	
Merseburger Planungsatlas (1932) - Projektkarte Industrielles Gartenreich (1999)	
Plan 23: „Gewerbe-, Wohn-, Grünflächen“ (1932) - „Ferropolis“ Stadt & Raum (2009)	
V. Text zur Ergänzung des Teils 2:	573
Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur - Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs, in: DISP 115, S. 42-46*	
VI. Zu Ferropolis:	582
Eine Chronologie - Der Weg von Ferropolis 1995 bis 2011 in Stichworten*	
Verzeichnis der Abbildungen	586
Verzeichnis der Literatur	588

Vorwort

Anlass sowie Geschichte der vorliegenden Arbeit

Aus Sicht einer Geschichte der übergreifenden Planung Mitteldeutschlands bot das 20. Jahrhundert zwei herausstechende Zeiträume: die 1920er und die 1990er Jahre. Beide Demokratie-Dekaden folgten fundamentalen Umbrüchen in der Gesellschaft, die einmal dem Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches und andermal dem Ende des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands geschuldet waren. In Umbruchsituationen treten Entwicklungen konturenreicher in Erscheinung. Die Aufmerksamkeit erhöht sich. Zugleich aber können diese Umbruchzeiten auch als eine Ausnahme gedeutet werden, denen dann wieder „Normalität“ folgt. Gerade deswegen scheint es lohnenswert, „Ausnahmezustände“ in den Blick zu nehmen, könnten doch hier Ansätze wie Resultate hervorgebracht werden, die, wenn auch nicht stets direkt, Änderungen von „Normalitäten“ auslösen können. Derartige Ausnahmesituationen schaffen auch *Spiel-Räume* für Neues. Diese *Spiel-Räume*, bezogen auf die räumliche Planung, sind Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Gerade weil diese beiden Zeiträume, vor allem die 1920er Jahre, so enorme Aufbruchsdekaden waren, standen und stehen sie vielfach im Zentrum der historischen Aufmerksamkeit. Der räumlichen Planung, d. h. der Landesplanung bzw. der Regionalplanung, kam dabei eher die Rolle eines Zaungastes zu. Sie hatte nur wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen, war sie doch eher Gegenstand der Dispute eines engeren Kreises von Fachleuten und zugleich kaum so schillernd wie etwa die politische oder Kunstgeschichte, für die sich in jenen Dekaden reichlich Stoff findet. Dies ist keineswegs ein zu beklagender Umstand, vielmehr belegt der Umstand, dass es sich in der Tat um bemerkenswerte Zeitabschnitte der Geschichte (nicht nur der deutschen) handelt und es erhebt sich die Frage, warum die Landesplanung dabei relativ unterbelichtet geblieben ist.

Die Antwort muss zu aller erst bei der Fachdisziplin selbst gesucht werden, die die Planungsgeschichte noch zu wenig als eine Ressource für ihre gesellschaftliche Positionsbestimmung entdeckt hat.² Zugleich leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Geschichte der Suburbanisierung bzw. der Herausbildung der Stadtregion im 20. Jahrhundert, die in Gänze noch nicht geschrieben ist.³ Dabei rückt der Autor die planerische Dimension, also die des Vordenkens einer räumlichen Neuordnung der industriellen/nach-industriellen Gesellschaft in den Mittelpunkt. In diesem Vorgang erfährt das Planen selbst einen fundamentalen Wandel bzw. ist mitten in diesem mit den gesellschaftlichen Veränderungen heute am Übergang zu einem post-fossilen Zeitalter verwoben. Diese Einordnung wird in der vorliegenden Arbeit mit dem die beiden Teile dieser Schrift überwölbenden Rahmen eines Übergangs der räumlichen Planung in das Stadium der Nicht-Linearität gefasst.

Ein Blick in die Literatur zeigt, dass die Geschichte der Landesplanung in den 1920er Jahren bis vor wenigen Jahren kursorisch und eher als eine Art „Vorgeschichte“ der eigentlichen Entwicklung betrachtet wird, die erst nach dem 2. Weltkrieg als Raumordnung ihren Aufstieg antrat – allerdings mit einem bemerkenswerten Hinweis auf die 1920er Jahre ausgestattet: „So waren die damals erarbeiteten und erprobten Prinzipien der Zusammenarbeit in vielerlei Hinsicht richtungsweisend für die spätere

² Sieverts, T. (2009): Stadtbaugeschichte als Ressource? Zu einem zeitgemäßen Verhältnis von Stadtbaugeschichte, Moderne und Zukunft im Umgang mit der Stadtregion, in: Council for European Urbanism/Hrsg.: 10 Jahre Zwischenstadt – wie weiter? Sundern, S. 28-30. Sieverts bezieht zwar die Ressourcenfrage auf den Umgang mit der Geschichte der Stadt, wobei er auch auf den zu hebenden „Erfahrungsschatz“ verweist als Bestandteil einer „Lust auf Zukunft“: „Um die noch vergleichsweise junge Geschichte der Stadtregion für die zukünftige, ‚nachfossile‘ Entwicklung der Stadtregion fruchtbar zu machen, wäre es nützlich, die Fragen nach der Brauchbarkeit geschichtlicher Erfahrungen von den großen Aufgabenstellungen aus zu formulieren, die wir in Zukunft bewältigen müssen“ (S. 30).

³ Sieverts, T. (2009): Stadtbaugeschichte als Ressource? Zu einem zeitgemäßen Verhältnis von Stadtbaugeschichte, Moderne und Zukunft im Umgang mit der Stadtregion, in: Council for European Urbanism/Hrsg.: 10 Jahre Zwischenstadt – wie weiter? Sundern, S. 30: „Aber auch die Stadtregion ist nach etwa einem halben Jahrhundert an der Schwelle zu einer eigenen Geschichte, und zudem hat sie Wurzeln in der Vorortbildung, die tief ins 19. Jahrhundert und die Suburbanisierung des 20. Jahrhunderts hineinreicht.“ Frühzeitig hat Sutcliffe, der Nestor der britischen Planungsgeschichte, auf die Relation von Suburbanisierung und Planung aufmerksam gemacht: Sutcliffe, A. (1980): Vorstadtplanung im Vergleich mit anderen Ländern – Die geplante Wanderung an die Peripherie um die Jahrhundertwende, in: Stadtbauwelt 65, S. 48-53.

Entwicklung der Landes- und Regionalplanung.“⁴ Lediglich die Entwicklung im Ruhrgebiet, und z. T. Berlins, standen schon seit langem sehr weit vorn auf der Agenda der planungshistorischen Forschung.⁵ In jüngster Zeit aber ist die Erkenntnis gereift, dass es sich hier um einen ganz wesentlichen Beitrag handelt, der die heutige Regionalplanung auf den Weg gebracht hat, wobei auch die Rolle der Landesplanung in Mitteldeutschland ausdrücklich betont wird.⁶ Die 1990er Jahren beginnen gerade Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, was ein ermutigendes Signal darstellt. Das Jubiläum der deutschen Einheit ist Anlass für die erste Übersichtspublikation zu der jüngeren deutschen Geschichte der räumlichen Planung, in welcher die ersten Jahre nach 1990 als „chaotisch“ und als „Planungsvakuum“ charakterisiert wurden.⁷ Diese beiden Aussagen in der Literatur bestärkten den Autor, die Aufarbeitung der Geschichte der überörtlichen Planung (Landes- und Regionalplanung) auf diese beiden Dekaden zu beziehen und diese zu verknüpfen. Wenn also die eine Zeit „richtungsweisende“ Ergebnisse gezeitigt haben soll und die andere „chaotisch“ gewesen war, dann verbergen sich dahinter sehr virulente Prozesse, was sowohl aus den eigenen Erfahrungen des Autors aus den 1990er Jahren wie aus den planungshistorischen Forschungen früherer Arbeiten des

⁴ Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 13; vgl. dazu auch ARL/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 384-385 sowie S. 561; aus planungstheoretischer Sicht dazu Fürst, D.; Scholles, F.; Hrsg. (2004): Handbuch Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund, S. 12-13. Siehe auch: Bongards, M. G. (2004): Raumplanung als wissenschaftliche Disziplin im Nationalsozialismus, Marburg, S. 26ff

⁵ Stellvertretend seien hier die Beiträge genannt von Petz, U.v (1995): Vom Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk zum Kommunalverband Ruhrgebiet. 75 Jahre Landesplanung und Regionalpolitik im Revier, in: Kommunalverband Ruhrgebiet/Hrsg.: Kommunalverband – Ruhrgebiet. Wege, Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen, S. 7-76 oder Hoffacker, H. W. (1989): Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen.

⁶ Blotevogel, H. (2011): Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 82-101, insbes. zu Mitteldeutschland S. 96-97.

⁷ Als jüngste und zugleich das Thema umfassend behandelnde Publikation kann hier genannt werden: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H.; Hrsg. (2010): Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Kassel, S. 7

Autors tendenziell bestätigt werden kann.⁸ Aus der Perspektive eines praktizierenden und forschenden Stadtplaners mit reflektierenden Neigungen zum Historiker drängt sich Weitergehendes auf. Die aktuellen Herausforderungen, vielfach bemüht, wie Klimawandel, demografische Entwicklung, ökonomischen Änderungen usw. verleiten auch zu einer Suche nach Vergewisserungen aus historischer Sicht auf dem tastenden Weg in eine ungewisse, nur ahnbare Zukunft der stadtreionalen Entwicklung. Sicher, das historisch Vorgefundene kann keine Blaupausen liefern und soll auch nicht zu kurzschlüssigen Konsequenzen verleiten. Es soll aber mehr als nur der kulturelle Hintergrund heutigen disziplinären Selbstverständnisses sein. Obgleich dafür die hier vorgenommene historische Untersuchung allein schon reichlich Stoff bietet, führt die nun gewählte Methode weiter.

Die Arbeit entstand aus dem eigenen praktischen wie wissenschaftlichen Vorgehen der letzten 20 Jahre und sie versteht sich als Fortführung der Dissertation – mit anderer Methode und Ausrichtung. Die persönliche, mitgestaltende Erfahrung der Wende von 1989/1990 sowie das folgende Jahrzehnt als Abteilungsleiter am Bauhaus in Dessau und zugleich das wissenschaftliche Interesse, die Geschichte der Disziplin Stadtplanung fortzuschreiben, verbinden sich in der hier vorliegenden Arbeit. Bestärkt wurde dieses Unterfangen durch die persönlichen Begegnungen zwischen 1989 und 1992 mit den Bauhäuslern Hubert Hoffmann und Ernst Kanow, die beide – in West und Ost – zu den Pionieren der Landesplanung nach dem Zweiten Weltkrieg zählten. Dass es dabei um mehr geht als eine Neuentdeckung und Erschließung von historischem Material zur Planungsgeschichte, was allein schon einen Wert darstellt, erwuchs aus dem theoretischen wie praktischen Auseinandersetzen als Planer, Moderator, Forscher und Lehrender mit den gegenwärtigen Umbrüchen in der Stadt- und Regionalplanung, und das vor allem im internationalen Kontext. Die Leitung des Projektes „Industrielles Gartenreich“ am

⁸ Siehe dazu vor allem den Beitrag Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur – Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs, in: DISP 115, S. 42-46 sowie Vgl. Kegler, H. (2010): Landschaftspark Thüringen. In: Welch-Guerra (Hrsg.): Kulturlandschaft Thüringen, Weimar. S. 262 – 283. (die Beiträge sind auch in dieser Arbeit aufgenommen)

Bauhaus Dessau⁹, als Leiter der Bauhaus-Abteilung „Werkstatt“ (ab 1992) sowie als stellvertretender Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau (ab 1994) und die Gastprofessur an der University Miami bilden einen institutionellen Hintergrund für die wissenschaftliche Verarbeitung auch von planerischen Erfahrungen in dieser Schrift.

Inhaltlich erwuchs diese Arbeit aus der Suche nach bleibenden bzw. weiterführenden Impulsen, die aus gravierenden Umbrüchen für die Planung erwachsen, und die mehr als nur situativ sind oder sich theoretischer Aufbereitung versperren. Diese Suche, das sei gleich am Beginn vermerkt, ist nicht abgeschlossen. Vielmehr soll diese Arbeit einen Schritt auf dem Wege einer weiter gefächerten Auseinandersetzung mit dem Planungsgut des 20. Jahrhunderts darstellen und Anregungen geben, eine historisch basierte Planungstheorie für die anstehenden Umbrüche voranzubringen. Diese Absicht steht in der Tradition der Planungstheorie, wie sie Gerhard Fehl in Aachen in den 1970/80er Jahren begründet hatte und die eine Vielzahl von Arbeiten, Schülern etc. hervorgebracht hat, zu denen sich der Autor – im weitesten Sinne – auch zählt. Der persönliche Kontakt mit ihm (auch schon vor der Wende, wie z. B. beim Bauhaus-Kolloquium in Weimar im Juni 1989) gab Inspiration für die planungshistorische Forschung und eine geschichtlich begründete Planungstätigkeit.¹⁰ Es ist auch kein Zufall, dass sich eine langjährige Kooperation mit einem seiner Schüler, Harald Bodenschatz, herausbildete, aus der sich viele Bezüge auch in dieser Arbeit widerspiegeln. Nicht zuletzt hat die Ausstellung „Stadtvisionen 1910 | 2010“ im Jahr 2010 an der TU Berlin den letzten Anlass

⁹ Die Tätigkeit am Bauhaus Dessau begann 1987 und endete 1999. In dieser Zeit war der Autor zunächst Referent des Direktors, dann Mitarbeiter der Abteilung „Wissenschaftliche Sammlung“ und gründete zusammen mit Martin Stein 1990 die Abteilung „Werkstatt“, in welcher schwerpunktmäßig das Langzeitprojekt „Industrielles Gartenreich“ bearbeitet wurde. Von 1992 bis 1999 war der Autor Leiter dieser Abteilung. Danach folgten ab 2000 die Gastprofessur an der University Miami und die Gründung des privaten Büros „Labor für Regionalplanung“.

¹⁰ Vgl. Die von Fehl, G.; Rodriguez-Lores, J.; Roscher, V. seit Anfang der 1980er Jahre herausgegebene Reihe „Stadt, Planung, Geschichte“ (RWTH Aachen) erreichte bis 1997 mit dem Bd. 19 eine umfassende Darstellung der Planungsgeschichte in verschiedenen Facetten und kann als ein Kompendium der deutschen und internationalen Planungsgeschichte betrachtet werden.

gegeben, nunmehr die hier vorliegenden Arbeit methodisch so auszulegen, wie sie im folgenden Kapitel dargestellt wird. Diese Ausstellung, die auf Anregung des Autors entstanden war, kann als ein Höhepunkt in der Kooperation mit der „Fehl-Bodenschatz-Schule“ angesehen werden. Mit Thomas Topfstedt in Leipzig oder den Kolleginnen und Kollegen in der Sektion Städtebau- und Planungsgeschichte der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanismusforschung (GSU), deren Mitbegründer der Autor ist, sind wichtige Wegbegleiter der historischen Forschung zur Stadtplanung zu nennen, aus deren Kontakten immer wieder Anregungen und Bestärkungen hervorgingen.

Diese Arbeit erfuhr außerdem einen ganz wichtigen Impuls aus der Lehr- und Forschungstätigkeit des Autors als Gastwissenschaftler sowie Vertretungsprofessor zum Aufbau eines neuen Studienganges Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar zwischen 2008 und 2011. Diese von der Bauhaus-Universität gewährte Möglichkeit hat einen günstigen Rahmen für die am Gegenstand der historischen Planungstheorie – in enger Verbindung mit der experimentellen Lehre – ermöglicht. Hier haben der damalige Rektor, Gerd Zimmermann, aber vor allem Max Welch-Guerra als Lehrstuhlinhaber für Raumforschung und Raumplanung einen wesentlichen Anteil. Diesen Personen gilt ein herzlicher Dank. Die Forschungen konnten in Teilen auch bereits veröffentlicht werden, wobei sowohl der Freistaat Thüringen als auch andere Organisationen direkt oder indirekt unterstützend wirkten. Nicht zuletzt haben die vielen Kooperationsbeziehungen und Kontakte zu in- und ausländischen Partnern diese Arbeit wesentlich beeinflusst. Das kreative Milieu beförderte die Auseinandersetzung, was besonders auch für die Atmosphäre im unmittelbaren Lehr- und Forschungsbetrieb der Urbanistik in Weimar zutraf. Die Arbeit versteht sich also auch als ein (möglicher) Baustein für eine weitere programmatische Ausrichtung der Lehre und Forschung an dem sich entfaltenden Lehrgebiet, ohne sich darauf zu beschränken oder gar als alleiniger Zweck dafür ausgelegt worden zu sein. Es sei aber auch darauf verwiesen, dass der zweite Teil der Arbeit auf Veröffentlichungen am Bauhaus Dessau zum „Industriellen Gartenreich“ beruht und seiner Zeit mit der Unterstützung dieser Institution ermöglicht worden war.

Insofern ist diese Schrift auf - zwar miteinander korrespondierenden - aber auch relativ selbständigen Ebenen aufgebaut. Sie werden von einem übergreifenden Rahmen gefasst, der sich aus der disziplinären Logik planerischen Handelns ableitet und den konzeptionellen Bestand im Planungswissen betrifft. Es besteht ein Anliegen, dem kognitiven Kern der raumplanerischen Disziplin und ihres inzwischen ausfächernden subdisziplinären Gebäudes durch diese historisch-theoretische Arbeit einen Impuls zu geben und zur weiteren Debatte anzuregen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der gesellschaftliche Diskurs über Kernfragen der Zukunft, wie Wachstum, Nachhaltigkeit, Planbarkeit, Beteiligung, Lebensqualität, globale und lokale Verantwortung etc., also ganz verschiedene, mit der räumlichen Planung verbundene Themen geführt wird, die in vielen Teilen an den bisherigen Grundfesten gesellschaftlicher Übereinkünfte rütteln. Diese Diskurse, so die These, die in dieser Arbeit mitschwingen, brauchen die historische Reflexion – basierend auf z. T. neu erschlossenen und neu betrachteten Archivalien oder Texten. Dabei wird auch wissenschaftliches Neuland betreten. In formaler Hinsicht beinhaltet diese Habilitationsschrift im Wesentlichen einen unveröffentlichten ersten Teil sowie einen zweiten Teil, der weitgehend bereits an verschiedenen Stellen veröffentlichte, jedoch neu bearbeitete bzw. in neue Zusammenhänge gestellte Texte umfasst. Beide Teile sind durch ein übergreifendes Modell bzw. korrespondierende Momente der planungstheoretischen Diskussion der jüngsten Vergangenheit verknüpft.¹¹

Letztlich wird diese Schrift anlässlich des 100. Jubiläums der Landesplanung in Deutschland vorgelegt, die 1912 ihren Anfang nahm.¹²

¹¹ Somit wird hiermit vom Autor - nach § 9, Abs. 2, der Hochschulordnung der Bauhaus-Universität Weimar vom 3. Mai 2000 - eine semi-kumulative Habilitation vorgelegt. Die *kursiv* gesetzten Texte (Überschriften) stellen im Wesentlichen Übernahmen von bereits vom Autor veröffentlichten Texten dar. Diese sind im Teil 2 dieser Schrift zusammen gestellt. Der erste Teil stellt eine Erstveröffentlichung mit neuen Forschungsergebnissen dar. Alle Beiträge bilden eine Gesamtkomposition. Im Anhang sind noch zwei, den Teil 2 ergänzende Texte aufgeführt.

¹² Mit der Veröffentlichung der „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf“ von Robert Schmidt (Reprint, Essen 2009) aus dem Jahr 1912 wurde ein Grundstein für die Landesplanung in Deutschland gelegt.

Einleitung

I. *Spiel-Räume* - Gegenstand und Aufbau

In der Zeit nach 1910 und dann noch einmal seit dem Beginn der 1920er Jahre vollzog sich ein atemberaubender Aufbruch der raumplanerischen Disziplinen in Deutschland und auch international. Diese Zeit bildet Anlässe genug, 100-jährigen Jubiläen nachzugehen. Mit der Städtebauausstellung von Berlin 1910 wurde der Reigen dieser Jubiläen eröffnet.¹³ Diese Jahrhundertmarksteine bieten nicht nur einen Anlass, das Werden der Disziplin und ihre aktuelle Lage in ein Verhältnis zu setzen. Diese fachpolitischen Jubiläen sind zugleich eingebettet in die allgemeinpolitischen und gesellschaftlichen Ereignisse des Umbruchs in eine neue, demokratisch verfasste Kultur, die auch das Selbstverständnis der raumplanenden Disziplinen betraf. Einen anderen Einschnitt bot das Jahr 1989 bzw. 1990. Auch hier war das Bestreben nach Demokratie Anlass für einen Umbruch, der erneut massive Auswirkungen auf die räumliche Planung hatte. Beide, nicht in einem Atemzug zu nennende, aber dennoch Bezüge eröffnende Ereignisse lassen die Frage reifen: Was brachten diese Umbrüche an Neuem für die räumliche Planung hervor, öffneten sie Blicke und änderten sie Methoden bzw. Denkhaltungen der Planung?

Der historische Befund aus den 1920er und 1990er Jahren (inzwischen sind Texte der 1990er Jahre auch bereits „historisch“ geworden) legt eine zunehmende Aktualität der Fragen des Verhältnisses von Linearität und Nicht-Linearität im Planungsprozess (die Frage des „Spiels“) sowie im sich wandelnden Verständnis des „Raumes“ im Planungsdenken nahe. Gerade bislang ungehobenes oder wenig beachtetes bzw. unveröffentlichtes historisches Material und dessen Deutung kann

¹³ Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 | 2010, Berlin, zugleich der Katalog zur gleichnamigen Ausstellung an der TU Berlin im Herbst 2010.

eine Diskussion um die aktuelle Neujustierung der räumlichen Planung stärken, wie sie z. B. in der Konzeption zur Resilienz („Resilient City“) als einem neuen Zugang für eine zukunftsorientierte Stadt- und Raumplanung in der internationalen Literatur zunehmend an Bedeutung gewinnt.¹⁴

Der Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Planungsgeschichte¹⁵ auf der Landes- bzw. Regionalebene. Dabei geht es primär um die Darstellung und Reflexion des strategischen Planungsgehaltes, von institutionellen Strukturen, von Planungsergebnissen, vom Wirken maßgeblicher Personen und von Kooperationsformen, von strategischen Zielen und Konflikten. In das Zentrum wird dabei die Geschichte des Planens und ihres kognitiven Gehaltes, also der theoretischen Substanz der Planung, des Plans, also des Ergebnisses, und der institutionalisierte Prozess dieser Tätigkeit gerückt, verortet im gesellschaftlichen Umfeld. Damit wird durch die vorliegende Arbeit auch ein Beitrag zur Theorie der Planung – aus historischer Perspektive – geleistet.¹⁶ Die Planungsgeschichte stellt im Verständnis des Autors dieser Schrift keine „Vermeidungsreaktion“ dar, wie sie für ein Ausweichen der Planungstheorie bei ihrem Scheitern (gemeint ist hier das Modell der rationalen Planungsschule) in die Planungsgeschichte bezeichnet wird, sondern

¹⁴ Sieverts, T. (2011): Beyond Institutions? Versuch einer Positionsbestimmung der Stadtplanung, in: polis – Magazin für Urban Development, 02/2011, S. 6-12 sowie: Vale, L.; Campanella, T. (2005): The Resilient City, New York oder Newman, P.; Beatley, T.; Boyer, H. (2009): Resilient Cities, Washington, Covelo, London. Bezogen auf Resilienz wird hier grundsätzlich und rel. übereinstimmend von einer neuen Entwicklungsphase der Stadtplanung gesprochen, die als Reaktion auf fundamentale Umwälzungen, aber auch als Fortentwicklung systemischen Denkens in der Planung angesehen wird.

¹⁵ Zur Definition der Planungsgeschichte: „Wir verstehen Planung als Transformation gesellschaftlicher Erwartungen in Zukunftsentwürfe und Strategien, die den Bau von Städten und die Entwicklung von Regionen neben anderen Faktoren prägen. Planungs- und Städtebaugeschichte verknüpft die Reflexion über Landes-, Regional- und Stadtplanung sowie Städtebau als Disziplin, ihre Theorien und Entwürfe, ihre Ziele und Wirkungen, ihre Möglichkeiten und Grenzen, mit der sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung von Städten.“ Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanismusforschung (GSU), 2011 (unveröffentlichter Beschluss des Vorstandes zur Definition der Tätigkeit der Sektion Planungsgeschichte).

¹⁶ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 789-797, insbes. S. 790-791 und S. 794. Hier wird zwischen Theorien IN DER Planung und Theorien DER Planung unterschieden. Planungsgeschichte leistet einen Beitrag zu Theorien DER Planung, da diese selbst (wie alle Theorien) einem geschichtlichen Wandel unterworfen sind, ist eigentlich alle Planungstheorie Planungsgeschichte.

im Gegenteil: Die Planungsgeschichte, wie sie vom Autor vertreten wird, versteht sich als Teil der „Suche nach einer Alternative zum rationalen (linearen HK) Planungsmodell“.¹⁷

Der Focus der Arbeit liegt auf der Geschichte der Landesplanung, die sich auch begrifflich in den 1920er Jahren emanzipierte. Aus heutiger Perspektive kommt sie dem nahe, was unter regionaler Planung verstanden wird, also einem Planungsgegenstand der Zwischenebene „oberhalb“ von Stadt und „unterhalb“ von administrativem Land (Bundesland). Im Kern geht es in der vorliegenden Arbeit um die Geschichte der „gedanklichen Vorwegnahme und Zielbestimmung (der) baulich-räumlichen Organisation und der entsprechenden Koordination und Steuerung“¹⁸ von Entwicklungen in der o. g. Zwischenebene.¹⁹ Wesentlich ist bei dieser Definition die Verbindung von Antizipation eines möglichen Zustandes und eines Prozesses, die zu diesem Zustand führen kann (Vision und Handlung).²⁰ Die Landesplanung hat aber

¹⁷ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 794. Damit erfolgt aber zugleich auch eine Abgrenzung von einer eher kulturpessimistischen Deutung der Planungsgeschichte, ohne platten Optimismus verbreiten zu wollen. Vgl. Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen, Göttingen, S. 387ff („Das Ende der Illusion“).

¹⁸ Frick, D. (2008): Theorie des Städtebaus, S. 20. Die hier veröffentlichte Definition bezieht sich auf eine Definition von Bach (Bach, J.; Kind, G.; Staufenberg, F. (1988): Zur Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Stadtplanung, Weimar, S. 5), welche wiederum auf der Definition von Stadtplanung, die der Autor 1987 vorlegte fußt: „Die Stadtplanung bezeichnet ... die wissenschaftlich begründete Vorwegnahme des Prozesses zum Bau bzw. Umbau der Städte im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext“ (Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar, S. 6). Die hier vom Autor getroffene Unterscheidung von Städtebau als Stadtentwicklung und Städtebau als Planung läßt sich ideengeschichtlich sogar noch als deutsch-deutsche Transformationsgeschichte betrachten. Dies dürfte eine Einmaligkeit darstellen: Eine zu DDR-Zeiten erarbeitete Definition (die aber in der DDR keine wirkliche Anerkennung mehr fand) fand Zugang in den Theoriebestand der BRD nach der „Wende“. Das hier auf die Ebene Stadt bezogene Tätigkeitsfeld wird analog auf die Landesebene projiziert.

¹⁹ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Landesplanung, S. 561-573, insbes. S. 561. „Landesplanung bedeutet ... die raumbezogene, fachübergreifende, überörtliche Koordinierungskompetenz eines bestimmten Verwaltungsbereichs auf Landesebene zur Ordnung und Entwicklung des gesamten Staatsgebietes oder seiner Teilräume.“ Ihr Beginn wird hier für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg angesiedelt, also erst mit der Gründung der Länder in der BRD (S. 561).

²⁰ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 789-797, insbes. S. 789. „Planen ist die gedankliche Vorwegnahme zukünftigen Handelns.“ Planungstheorie hat demnach „diese Tätigkeit systematisch zu erklären“ (S. 789).

noch eine besondere Bedeutung. Sie ist nicht nur „vergrößerte Stadt“, sondern verkörpert insbesondere das Moment der Strategie. Durch die Vergrößerung der räumlichen Bezugsebene wird zugleich die Komplexität der zu betrachtenden Komponenten erweitert, die Zeitdimension des Geplanten verlängert und die Interaktionsmenge der Akteure vervielfältigt. Bei ihr tritt der Prozess des langfristigen, auf Grundzüge orientierten Umbaus des Landes (Region) in den Vordergrund, also die Strategie. Sie abstrahiert aber dabei nicht vom konkreten baulich-räumlichen Bezug zur Stadt und Landschaft. Insofern steht sie auch in der Tradition des städtebaulichen Denkens.

Hier öffnet sich ein Widerspruch, denn Strategie wird gemeinhin als „genau geplantes Vorgehen“²¹ bezeichnet, wie sie z. B. im militärischen Bereich angesiedelt ist, also mit einem sehr linearen Verständnis von Planung gleich gesetzt. Die in der vorliegenden Arbeit vorgenommenen Untersuchungen bzw. Darstellungen zum Planungsverständnis gehen von einem nicht-linearen Strategieverständnis aus. Strategie wird hier also nicht als ein „Wille“ gedeutet, der dem Raum durch einen demiurgischen Gestalter auferlegt wird, sondern Strategie wird in der vorliegenden Arbeit als ein Aufzeigen von grundlegenden Entwicklungsmöglichkeiten (im Städtebau, in der Regional- und Landesplanung) als Ergebnis von Interaktion verschiedener Akteure angenommen.²² Das ist ein (im nicht-trivialen Sinne) chaotischer, emergent-adaptiver Prozess. Dieser aber macht das Wesen von Planung aus. Und dies wurde in den 1920er Jahren mit der entstehenden Landesplanung erstmalig auch bewusst reflektiert und in ein Planwerk integriert.

Mit der Landesplanung trat noch ein weiteres Moment in den 1920er Jahren auf: Die Wirtschaft insgesamt – und nicht mehr vorrangig nur die Bau- und Terrainwirtschaft wie beim Städtebau – rückte verstärkt in das Zentrum der Planungstätigkeit. Das

²¹ Duden (1996): Strategie/Strategie, Mannheim, Wien, Zürich, S. 715

²² Lippert, H.-G. (2010): Titan und Gitterwürfel, in: Publik Forum, 13, 9.7.2010, S. 40-42 sowie: <http://www.publik-forum.de/archiv/titan-und-gitterwuerfel>

erklärt auch die Aufnahme von Steuerungs- und Strategiemethoden der Wirtschaftssteuerung in das Arsenal der räumlichen Planung vor allem in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Landesplanung kann – in den 1920er Jahren – auch als strategische Planung²³ verstanden werden.

All das ist eingebettet in übergreifende gesellschaftliche Konstellationen, die für die 1920er Jahre grundsätzlich als bekannt angesehen werden können, und nur punktuell eingeblendet werden, um Bezüge herzustellen. Die Wirkungsgeschichte hingegen wird nur insofern behandelt, wie sie für die Kernzone der Analyse und Reflexion relevant erscheint. Der Landesplanung in den 1920er Jahren war es zumeist nicht vergönnt, ihre Planungsarbeiten in die Praxis zu überführen, da sie mit dem Bruch von 1933/35 als Ganzes grundlegend gewandelt wurde. Es wäre einer gesonderten Untersuchung anheim zu stellen, bestimmte Umsetzungen zurück zu verfolgen, ob sie unmittelbar auf Planungen der 1920er Jahren zurück gehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass einige Planungen zu technischen/verkehrlichen Infrastrukturen von den nationalsozialistischen Planungsinstanzen weiter geführt wurden. Die institutionellen Vorarbeiten für das Reichsstädtebaugesetz (zuletzt 1931), in welchem auch die Landesplanung geregelt werden sollte und zu dessen Verabschiedung es nicht mehr kam, wurde von den Nationalsozialisten unter ihrer undemokratischen Zwecksetzung aufgegriffen und partiell umgesetzt.²⁴

Für den Teil 2 werden exemplarisch Umsetzungen (z. B. das Leitprojekt zur EXPO 2000 „Ferropolis“) der Planungsidee „Industrielles Gartenreich“ vorgestellt und

²³ Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 18-19. Hier wird die Definition von Strategie, wie sie in der planungstheoretischen Literatur gegenwärtig anzutreffen ist, hergeleitet, insbesondere unter Hinweis auf den linearen Charakter der „Ziel-Mittel-Bestimmung“ vergangener Planungsvorstellungen. Diesem Verständnis wird die erweiterte, aktuelle Sicht gegenüber gestellt, die auf einem adaptiven Verständnis basiert und sich demnach „Strategien aus Entscheidungssituationen emergent“ heraus bilden.

²⁴ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 13

diskutiert. Der Bezug zur Institution Bauhaus (in Dessau) erhält einen besonderen Stellenwert. Im ersten Teil gab es nur punktuelle Verknüpfungen von Landesplanung und Bauhaus, die in der Bauhaus-Historiografie eine eher untergeordnete Rolle spielen. Sie sollen hier mit dem Bezug auf zwei Personen gewürdigt werden, die in der Nachkriegszeit die Landesplanung mit prägten. Im zweiten Teil der Arbeit wird die Entwicklung dieser Institution in den Mittelpunkt gerückt, da sie – bezogen auf die Selbstfindung des 1986 am historischen Ort in Dessau neu gegründeten Bauhauses – nach 1989/90 die Suche nach einem übergreifenden Planungsverständnis selbst direkt betrifft, aber auch mit der Geschichte des Autors verbunden ist, und sich der Gegenstand dieser Arbeit nur im Kontext dieser Institution, die für Mitteleuropa herausragende kulturelle Bedeutung besitzt, bearbeiten lässt. Insofern handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht nur um Planungsgeschichte, sondern auch um ein Kapitel Bauhaus-Geschichte.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile, die den historischen Abschnitten der Umbruchsdekaden folgen, also auf die 1920er Jahre (bis Anfang der 1930er Jahre) und die 1990er Jahre (mit zeitlich darüber hinausreichenden Ansätzen). Diese beiden Hauptteile sind spiegelsymmetrisch angeordnet (jeweils 10 Unterkapitel), aber nicht synchron gegliedert, was sich aus dem jeweiligen Gegenstand ableitet. Diese „Spiegelung“ steht als Metapher für eine Bezugnahme bzw. Rückkopplung der beiden gewählten Zeitabschnitte auf dem Wege zur nicht-linearen Planung, wie sie – zumindest in Ansätzen – im Projekt „Industrielles Gartenreich“ vorgenommen worden war. Methodisch steht dieses Vorgehen für eine planungshistorische Vorgehensweise, die als komplementärer Part zur chronologischen oder themenbezogenen Analyse fungieren kann.

Räumlich bezieht sich die Auseinandersetzung hauptsächlich auf den sog. mitteleuropäischen Raum, der vielleicht verkürzt mit der Distanz der beiden Bauhaus-Stätten in Weimar und Dessau, im weiteren zwischen Berlin, Magdeburg, Erfurt und Leipzig umrissen werden kann. Dieser Raum offenbarte in den beiden Dekaden jenen Charakter als – noch zu erläuternder – *Spiel-Raum*, wobei der räumliche

Umgriff durch die Landesplanung der späten 1920er Jahre definiert worden war. In den 1990er Jahren schränkt sich der Betrachtungsraum auf den nordöstlichen Teil dieses Gebietes um Dessau-Wittenberg-Bitterfeld ein. Es gibt aber noch mehr Unterschiede zwischen den beiden Teilen der Arbeit.

Wird im ersten Part der vorliegenden Arbeit in vielen Bereichen planungsgeschichtliches Neuland entlang von zum Teil neu gefundenem bzw. erschlossenem Quellenmaterial betreten, also historiografische Forschung und Deutung des Materials betrieben, so stellt der zweite Part zum großen Teil eine systematische Selektion von Beiträgen des Autors aus jener Zeit dar, die den Charakter als *Spiel-Raum* ausleuchten. Dieser Teil fungiert somit als eine kumulative Darstellung von z. T. bereits veröffentlichten Beiträgen. Dabei werden Artikel bzw. Buchbeiträge aus den 1990er Jahren mit jüngsten Beiträgen, die übergreifende Darstellungen bzw. Deutungen enthalten, nicht chronologisch sondern thematisch gereiht. Allein daraus ergibt sich die Asynchronität der beiden Teile. Diese ist bewusst als Rückkopplung der jüngsten Planungsgeschichte mit der der 1920er Jahre ausgelegt. Sie leistet einen Beitrag zum Verständnis der Umbruchsgeschichte nach der „Wende“ in der DDR und der ersten Dekade, die, formell, mit der EXPO 2000 endete, in welche das „Industrielle Gartenreich“ als „Korrespondenzregion der EXPO 2000“ eingebunden war. So gesehen, hätte eigentlich zunächst die Darstellung der 1990er Jahren erfolgen müssen, die dann mit den Ergebnissen aus den 1920er Jahren zu konfrontieren gewesen wäre.

Es wird dennoch auf die historische Abfolge zurück gegriffen, da sich hinter den beiden Teilen eine Grundtendenz in der Entwicklung der räumlichen Planung im 20. Jahrhundert verbirgt, nämlich der tendenzielle Übergang von einer primär auf einem linearen, reduktionistischen Verständnis beruhenden Planungskultur, also einem einfachen kausalen Vorgehen, zu einem verstärkt nicht-linearen, „chaotischen“

Denken (und Handeln) in der Planung.²⁵ An dieser Stelle muss vermerkt werden, dass es sich dabei nicht um die im Baugesetzbuch verankerte Unterscheidung in „formelle und informelle“ Planung handelt.²⁶ Die gesamte Betrachtung in dieser Arbeit bleibt im Bereich der „informellen“ Planung. In der Hinwendung zur nicht-linearen Planung liegt sicher ein methodisches Wagnis, das sich allein daraus begründet, dass die planungshistorische Debatte mit aktuellen Änderungen in der räumlichen Planung verbunden werden soll bzw. aus dem Dialog historischer Befunde mit aktuellen Tendenzen Impulse erwachsen mögen. Dies liegt auch in der Herkunft des Autors als disziplinärem „Grenzgänger“ zwischen Planungshistoriker, praktizierendem sowie lehrendem Stadtplaner. Ein Motiv für die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten nicht-linearen Planungsdenkens erwuchs zum Einen aus der noch weit verbreiteten Praxis reduktionistischen Planens (siehe „rationales Planungsmodell“).²⁷ Die Welt der Planung ist immer noch die eines „Uhrmachers“, wie – in Analogie – sie Briggs und Peat treffend für die Naturwissenschaften der Newton-Ära bezeichneten, und die im 19./20. Jahrhundert so gründlich umgewälzt worden war.²⁸ Der räumlichen Planung steht eine Umwälzung noch bevor, wenngleich sie (auf allen Maßstabsebenen) seit geraumer Zeit auf dem Wege zu diesem Denken in den der Wirklichkeit eher angemessenen Systemen ist. Allein die sich breiter entfaltende kritische Diskussion um die Zukunft der „Zentrale-Orte-

²⁵ Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München, S. 25. In diesem grundlegenden Einführungsbuch zur System- und Chaostheorie werden die wesentlichen Strukturelemente, die in dieser Arbeit berücksichtigt werden, aus wissenschaftshistorischen Kontexten entwickelt.

²⁶ Baugesetzbuch (2005): Einführung Bauleitplanung, München, S. XXIX. Hier wird zwischen der Bauleitplanung (gesetzlich fixierter, förmlicher Planung) und „sog. informellen städtebaulichen Planungen“ unterschieden. Linearität bzw. Nicht-Linearität im Planungsdenken kann beide juristisch bestimmte Planungsarten betreffen, wobei die förmliche Planung eher zur Linearität neigt als die informelle: „Merkmal der /förmlichen HK/ Planung ... ist ... (die) Erfassung gegenwärtiger Lagen, der Prognose künftiger Entwicklungen und des Entwurfs einer normativen Ordnung“ (a.a.O.). Insofern handelt es sich bei der gesamten vorliegenden Arbeit ausschließlich um eine Behandlung einer „informellen“ Planung – bezogen auf die Ebene der Landesplanung, da in den 1920er Jahren das „Städtebaugesetz“ nicht verabschiedet worden war und in den 1990er Jahren das „Industrielle Gartenreich“ nicht Bestandteil einer – zudem erst schrittweise entstehenden – förmlichen Regionalplanung gewesen war.

²⁷ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 789-797, insbes. S. 794

²⁸ Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München, S. 25

Konzeption“, die Renaissance des „Großen Planes“ oder die Wiedererstarkung der Beteiligungskultur können als Indizien dafür angesetzt werden.²⁹

Doch erscheint dieser Grund nur ein hinreichender für eine planungshistorische Auseinandersetzung zu sein. Die Planungsgeschichtsschreibung selbst hat sich auf den Weg zu einer neuen Qualität begeben, indem sie allmählich die empirische Erkundung in eine Phase theoretischer Reflexion zu überführen begann. Dieser Vorgang ist noch längst nicht abgeschlossen. Allein der Umstand, dass in den 1980er Jahren die Stadtplanungsgeschichte als wissenschaftliche Disziplingeschichte und nicht mehr nur als Nebenzweig der Baugeschichte begonnen wurde zu behandeln, kann als ein erstes Indiz dafür gewertet werden.³⁰ Eine Schlüsselfrage führte den Autor zum systemtheoretischen Ansatz, wie er in der vorliegenden Arbeit verfolgt wird, um das historische Material von übergreifender Warte aus zu betrachten: Wie lässt sich der Charakter der „wissenschaftlich-

²⁹ Blotevogel, H./Hrsg. (2002): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes, Hannover, insbes. 217ff und 310ff sowie Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung/Hrsg. (2010): Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion, Bonn; oder Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen – Praxiserfahrungen, Bonn. Diese Publikationen sollen an dieser Stelle für die in der Diskussion befindlichen Ansätze zur Neuausrichtung der Zentrale-Orte-Konzeption stehen. Die Diskussion ist nicht abgeschlossen, befindet sich offenbar aber in einer virulenten Phase, getrieben von der Diskussion um die Schrumpfung in altindustriellen Regionen – u.a. auch in Mitteldeutschland. Zum „Kult des Großen Plans“ bzw. zur Renaissance der großen Pläne siehe u. a. das Themenheft der Stadtbauwelt 187, 2010: Bodenschatz, H.; Schultz, B. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, in: Stadtbauwelt 187, S. 13 sowie weitere Beiträge in diesem Heft.

³⁰ Es war vor allem ein Verdienst von Giorgio Piccinato, die Tür zur Betrachtung der Stadtplanung (Städtebau) als wissenschaftliche Disziplin auf internationaler Ebene aufgestoßen zu haben. Sein Buch „Städtebau in Deutschland 1871-1914: Genese einer wissenschaftlichen Disziplin“ war 1978 auf Italienisch erschienen, deutsch 1983. Parallel dazu hatte der Autor dieser Schrift – ohne davon zu wissen (die deutsche Fassung wurde dem Autor in der DDR erst 1985 zugänglich, als seine Dissertation zu dem selben Thema bereits verfasst war) – eine weitergreifende Analyse des disziplinären Herausbildungsprozesses angefertigt. Dabei fasste er, über Piccinato hinausgehend, die Disziplin als sozial-kognitives System auf und begründete die Periodizität deren Entstehung in der Dualität von institutionellen und kognitiven Prozessen. Damit kann – ohne dass dies je abstimmbare gewesen wäre – diese Arbeit als Weiterführung der Schrift von Piccinato angesehen werden. Entscheidend aber für den nun vorliegenden Kontext ist der systemische Betrachtungswinkel des sich bildenden Fachgebietes. Das Systemdenken hatte begonnen, Einzug in die Planungsgeschichte zu halten. Erste Konturen einer Brücke zur Planungstheorie wurden sichtbar, wie sie in der DDR dann mit den Beiträgen von Bach, Staufenbiel und Kind Ende der 1980er Jahre angedeutet wurden. Bach, J.; Kind, G.; Staufenbiel, G. (1988): Zur Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Stadtplanung, Weimar, insbes. S. 7.

technischen und künstlerischen“ Disziplin Stadtplanung/Städtebau in einem weiterergreifenden Sinn fassen, nachdem der Disziplinbildungsprozess weitgehend geklärt werden konnte?³¹ Damit wird nicht nur die Ausdifferenzierung der Planungsdisziplin in Richtung Landesplanung verfolgt, sondern gerade der Versuch unternommen, diese in den Kontext systemtheoretischer Überlegungen zu bringen.

Mit dem Beginn systemtheoretischer Argumentationen in der Planungsgeschichte eröffnet sich eine weitergehende Möglichkeit, übergreifende Brücken aus der Geschichte der Disziplin zur aktuellen Planungstätigkeit zu bilden. Es ist zwar in jedem Falle erhellend, historische Fakten in das Bewusstsein zu rufen und damit das gegenwärtige Denken zu beflügeln oder zu kritischer Reflexion zu veranlassen. Doch der systemtheoretische Diskurs scheint weitere Blickwinkel zu ermöglichen und strukturelle Bezüge aufzumachen. Im unmittelbaren Sinn hat Peterson systemtheoretische Begriffe und Argumente in die Planungsgeschichte eingeführt, worauf hier insbesondere verwiesen werden soll. Die umfassende planungshistorische Analyse der Entstehung der US-amerikanischen Stadt- und Landesplanung (City- and Regional Planning) wird von ihm als Entstehung einer „fragmented art“ bezeichnet, die sich aus einer „bifurcated art“ entwickelt.³² Die Betrachtung des Ausfächerns der disziplinären Struktur (Bifurkation) an einem bestimmten Punkt der Entwicklung und dann der Zerfall in fragmentierte Strukturen eröffnete neue Sichtweisen auf die disziplinäre Geschichte, an die der Autor anknüpft. Ohne sich dem Zwang auszusetzen, alles in die systemtheoretischen Begriffswelten einpassen zu wollen, ermöglicht eine solche Sichtweise, methodisch die bislang übliche Längsschnittuntersuchung oder die Herausarbeitung von

³¹ Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar, S. 109. Die hier vorgenommene Charakterisierung der Disziplin wurde nicht weiter ausgeführt, sondern wurde (lediglich) entlang der historischen Fakten deskribiert, systematisch geordnet und – darauf fußend – zu einem Periodisierungsmodell geführt. Eine übergreifende Charakterisierung steht noch aus. Erst mit den planungstheoretischen Arbeiten der jüngeren Vergangenheit (siehe dazu die weiteren Ausführungen in der vorliegenden Arbeit), ist der Zugang eröffnet worden, der hier auf die Landesplanung bezogen und entlang der historischen Materialien verfolgt wird.

³² Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore; London, insbes. S. 294ff („City Planning as a Bifurcated Art“) sowie S. 319ff („American Urban Planning as a Fragmented Art“).

Einzelbereichen der Planungsgeschichte – ohne diese damit abwerten zu wollen (sie sind unverzichtbar) – zu erweitern und die Planungsgeschichte mit der Planungstheorie auf systemtheoretischen Boden zu erschließen.

Wenn also Nicht-Linearität zu einer zentralen Kategorie in dieser Arbeit erhoben wird, dann verfolgt der Autor damit die Absicht, die Entwicklung des räumlichen Planungsdenkens im 20. Jahrhundert in der Folge ihrer Herausbildung zwischen Mitte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts als einen komplexen, stadialen (oder zyklischen), aber selbst nicht-linearen Prozess der Selbstorganisation auf der Ebene des Planungsdenkens zu begreifen. Dabei stellt sich für den Autor der weitere disziplinäre Prozess nach dem 1. Weltkrieg (dargestellt an dem typischen Fall in Mitteleuropa) als einer dar, der in dieser turbulenten (virulenten) Phase nicht nur neue (kognitive wie institutionelle) Ausdifferenzierungen erfuhr, sondern auch zu einer neuen Qualität im kognitiven Apparat der Planung vorstieß. Während dieser Phase bildeten sich neue Verknüpfungen über Grenzen hinweg, Netzwerke und Planungssysteme entstanden sowie verstärkende, aber auch negative Rückkopplungen erfolgten, z. B. als die Landesplanung 1933 bzw. 1935 durch die Nationalsozialisten „gleichgeschaltet“ wurde.

Im Fokus der Analyse stehen innerdisziplinäre Vorgänge, vor allem das Reifen kognitiver Gehalte, planerischer Aussagen und institutioneller Strukturen, sowie besondere Erscheinungen, die sich um die „Nuance“, wie sie die Systemtheorie als „extreme Empfindlichkeit“ begreift, gruppieren.³³ Wie agieren Menschen und Institutionen, wie nehmen sie Änderungen in der Gesellschaft oder der Stadtentwicklung wahr und setzen diese in neue Einsichten und Handlungen um – das sind Fragen, die sich damit verbinden. Diese „Nuancen“ spiegeln sich in den in dieser Arbeit gewählten Phasen symptomatisch wider. Schlüsselpersonen und Schlüsselinstitutionen waren Wegbereiter für neue Entwicklungen, für neue

³³ Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München, S. 225-228 sowie S. 298-299.

Sichtweisen und Projekte, fußend auf den vorausgegangenen Erkenntnissen. Dabei wurden Grenzzräume zwischen Wissenschaft und Kunst (im damaligen Verständnis) betreten, gepaart mit einem Schuss Ironie, wie dies im Falle „Ferropolis“ sichtbar wird.³⁴ Vielleicht liegt hier der Schlüssel zu einem neuen Planungsverständnis – seinerzeit noch unpräzise als „wissenschaftlich-künstlerische Disziplin“ bezeichnet. Mit der vorliegenden Arbeit soll auch ein Beitrag in dieser Richtung geleistet werden. Denn darin manifestiert sich letztlich ein Übergang vom mechanischen linearen Denken zu dem Versuch, die Nicht-Linearität der sich urbanisierenden Welt in eher adäquater Weise, also ebenfalls nicht-linear planerisch zu fassen. Wenn also Disziplinen, wie die Landesplanung, sozial-kognitive Systeme sind, die sich zyklisch bewegen und ihre Gegenwart ein Konstrukt historischer Interaktion darstellt, dann lassen sich bestimmte typologische Verallgemeinerungen aus systemtheoretischer Warte ableiten, die das Verständnis der Disziplin selbst erweitern und zugleich Schlüsselmomente für das Planungsverständnis von heute erkennbarer machen. In eine ähnliche Richtung zielt die Argumentation von Salingaros, wenn er Emergenz und Selbst-Organisation sowie Adaptivität, Merkmale von Rückkopplungsprozessen, in das Gestaltungsdenken (i.w.S.) integriert – als neue Tendenzen gegenüber den Denkstrukturen alter Schule.³⁵

Als Resümee kann die Bewegung der Planungstheorien in den letzten 100 Jahren von der „rationalen Planung“ (1. Generation) über die „kommunikative Planung“ (2.

³⁴ Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München, S. 225-228 sowie S. 308-309. „Nuancen“ stellen jene Grenzzräume zwischen Wissenschaft und Kunst dar, die hier als die produktiven Impulse für das Planungsdenken ausgemacht werden. Damit wird die „Nuance“ zum Indikator für nicht-lineare Planung.

³⁵ Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München, S. 162-165. Die dargestellten Fraktalbetrachtungen im Bereich kognitiver Prozesse überwölben die hier vorgestellten Einzeluntersuchungen. Die Frage nach den institutionellen bzw. kognitiven „Basiselementen“ nicht-linearer Planung, also fraktalen Kernbausteinen, kann nur angedeutet werden. Dafür sind weitergehende Untersuchungen zur Raumplanung im 20. Jahrhundert insgesamt erforderlich. Mit der vorliegenden Arbeit soll ein Schritt zu einer umfassend angelegten Geschichte der räumlichen Planung getan werden, in welcher die Fraktalbetrachtung integraler Bestandteil wäre. Salingaros, N. (2005): Principles of urban structures, Delft, insbes. S. 329-234. Salingaros ist Partner von Christopher Alexander und setzt dessen Ideen fort. Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 790ff. Hier wird die Geschichte der Planungstheorien behandelt.

Generation) zur „systemischen Planung“ (3. Generation) konstatiert werden. Somit wäre die nicht-lineare Planung der 3. Generation zuzuordnen.³⁶ Doch, so muss gefragt werden, gibt es eine relativ mechanische Abfolge der Planungsvorstellungen wirklich? Dürfte es nicht so sein, dass bereits viel früher Elemente der 3. Generation erkennbar sind, die bislang nicht so gesehen wurden, und die unser heutiges Planungsverständnis durchaus bereichern können? So begegnen uns Begriffe, die die heutige Planung charakterisieren, bereits um 1927 als Teile eines im Aufbau befindlichen Theoriegebäudes. Diese These steht am Beginn der vorliegenden Arbeit zur historischen Forschung über die Landesplanung. Sie kann, und das sei einschränkend anfänglich festgestellt, nur insofern teilweise bearbeitet werden, als sie sich auf zwei, wenngleich wesentliche, weil Umbrüchen folgenden Zeitabschnitte der Planungsentwicklung konzentriert.

Die Herausbildung der Landesplanung in den 1920er Jahren war von der beginnenden Industrialisierung der Region im mitteldeutschen Raum geprägt. Neben dem Versuch, diesen Vorgang rational zu lenken, trat die Diskussion um eine Entwicklung hervor, die sich auf die Zeit nach der Industrie, hier den Bergbau, bezog und bereits dafür Konzepte ausarbeitete. Zugleich wurden erste Ansätze einer im heutigen Verständnis als Nachhaltigkeit zu bezeichnenden Planungsauffassung entwickelt.

In den 1990er Jahren fällt naturgemäß das Urteil wegen der geringeren historischen Distanz schwieriger aus. Deswegen sind die Beiträge eher einer „Erzählung“ gleichend aufgeführt worden. Dennoch treten auch hier Konturen weiter gehender Ansätze auf. So geht es um ein neu zu denkendes gesellschaftliches Modell nicht nur jenseits der Industriegesellschaft, sondern auch jenseits eines bisherigen Planungsverständnisses. Dies meint – in der Lesart des „Industriellen Gartenreiches“

³⁶ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Planungstheorie, S. 791

– eine „dritte Landschaft“ als Ausdruck einer „radikalen Reform der vom Ware-Geld-System bestimmten Arbeit“.³⁷ Mit dem Projekt „Ferroplis“ rückt das „Flaggschiff“ des „Industriellen Gartenreiches“ in diesem Teil in den Vordergrund. Hier kann, entlang einer Darstellung der Entstehungsgeschichte und der Verallgemeinerungen dieses Prozesses der Übergang sowohl von der fordistisch bestimmten Industriegesellschaft zur Gesellschaft des tertiären Sektors als auch der Übergang zur nicht-linearen Planung prototypisch nachvollzogen werden.

Gerade dieser übergreifende planungs-kulturgeschichtliche Bezug hat die Wahl der beiden Zeiträume für die Arbeit wesentlich mitbestimmt: Die 1920er Jahre stehen wie kaum eine andere Epoche für den Aufbruch in das (fordistische) Industriezeitalter, während die 1990er Jahre – gerade in Mitteldeutschland – für den radikalen Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaft stehen. Vor diesem Hintergrund schälen sich die jeweiligen Planungsdiskussionen und Projekte facettenreich heraus. Planung ist dabei nicht schlechthin „Erfüllungsgehilfe“ in diesem Vorgang, sondern im Gegenteil – sie behandelte den Strukturwandel bereits, als die gesellschaftliche Entwicklung gerade noch im Umbruch begriffen war bzw. sich dieser Wandel nur in Keimform abzeichnete. Dabei eröffnen sich Beziehungen zu den die Entwicklung der Stadt- und Landesplanung in Deutschland und dem Ausland prägenden Geschehnissen, von Ausstellungen über Kongresse bis zu Publikationen reichend. Dies fordert geradezu eine strategisch ausgerichtete Aufarbeitung heraus, da dieser Strukturwandel – nunmehr nicht nur Branchen betreffend – heute noch längst nicht abgeschlossen ist, ja sogar eine neue Dimension erlangt.³⁸

³⁷ Kegler, H. (1996): Bauhaus Dessau - Zukunftswerkstatt aus Tradition, Dessau, S. 292, in: Bauhaus Dessau; Hrsg.: Industrielles Gartenreich, S. 288-292 (dieser Beitrag ist auch in der vorliegenden Arbeit enthalten). Zur Illustration der beiden Teile der vorliegenden Arbeit ist im Anhang IV eine prototypische Auswahl von Abbildungen (Abb. 3 bis 12) aufgeführt.

³⁸ Heinz, W. (2008): Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung, Berlin, insbes. S. 89 bzw. S. 273ff

Mit dem Erscheinen der „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf“, 1912 vorgelegt von Robert Schmidt, kann vom Beginn der Landesplanung gesprochen werden.³⁹ Zwanzig Jahre später publizierte die Landesplanung in Merseburg den Planungsatlas, den Kartenband zur „Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk“, ein Dokument, das Zeugnis ablegt vom außerordentlichen Reifegrad, den die Landesplanung erreicht hatte und der bis heute Maßstäbe zu setzen vermag. Diese beiden Daten, 1912 und 1932, bilden den historischen Anlass für die hier vorgelegte Arbeit, wobei der Focus auf den Beitrag in Mitteldeutschland gelegt wird, dem Höhepunkt landesplanerischer Entwicklung, bevor die Zäsur des Nationalsozialismus eintrat.

Dieser für die vorliegende Arbeit Auftakt gebende Rahmen wird inhaltlich durch die 1923 durchgeführten Ausstellungen akzentuiert. Die Städtebauausstellung in Götting (Göteborg)⁴⁰ in jenem Jahr setzte vor allem ein kognitives Signal: Die „Dezentralisierung“ der Stadtentwicklung avancierte international nunmehr endgültig zum bestimmenden Paradigma der Stadt- und Landesplanung und prägte der sich in den Folgejahren entwickelnden Landesplanung in Deutschland den Stempel auf, vor allem in Mitteldeutschland. Die – vergleichsweise eher bescheidene – Ausstellung des Weimarer Bauhauses im gleichen Jahr präsentierte mit dem Musterhaus „Am Horn“ als Teil einer gedachten Siedlung ein Stück dieses internationalen Zeitgeistes (wenngleich es keinen direkten Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen gab).⁴¹

³⁹ Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen (Reprint 2009). Auf der institutionellen Seite entstand 1912 mit dem „Zweckverband Groß-Berlin“ der Vorläufer einer Landesplanungsinstanz, was das Jahr 1912 als Beginn des Entstehens von Landesplanung markiert. Vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.(1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 9

⁴⁰ Die historische Bezeichnung der Stadt lautete in den 1920er Jahren „Göteborg“, wobei auch wechselnde Schreibweisen auftauchten. Es soll hier der damals gebräuchliche Name Götting - im Kontext der Städtebauausstellung von 1923 - verwendet werden.

⁴¹ Hegemann, W. (1925): Der Städtebau nach den Ergebnissen der Internationalen Städtebau-Ausstellung Götting, Berlin, insbes. S. 116-133; Winkler, K.-J. (1993): Die Architektur am Bauhaus in Weimar, Berlin, insbes. S. 96

Die Weimarer Ausstellung ist wegen der Kreation eines vergleichsweisen neuen Typs für ein Eigenheim, das als Modell für die zukünftige Lebensweise fungieren sollte, bemerkenswert. Der Gedanke der „Dezentralisierung“ des urbanen Lebens fand an diesem Ort im Südosten Weimars einen (heute) prominenten baulichen Ausdruck.⁴²

⁴² Vgl. Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910-1970, Berlin, S. 89-90

II. *Spiel-Räume* - Material, Modell und Methode

Seit dem Beginn der 1920er Jahre setzte sich der Gedanke der „Dezentralisierung“ städtischer Entwicklung als Lösungsweg für die Probleme der wachsenden Städte international durch. Das Paradigma war bereits 1910 angedeutet, hatte sich aber erst nach dem Weltkrieg verbreiten können, nicht zuletzt wegen der Einflüsse aus dem anglo-amerikanischen Raum. Auf landesplanerischer Ebene verkörperte der „Plan 23“ des Mitteldeutschen Planungsatlases⁴³ die Umsetzung des Paradigmas der Planung in konkrete Planform: Dezentralisierung auf der Basis des Bestandes. Diesem Plan kommt eine herausragende Rolle in der Planungsgeschichte zu, die diesem bislang noch in keiner wissenschaftlichen Behandlung zuteil geworden ist.⁴⁴

Mit der Deutung des Planwerkes insgesamt (39 Karten und Pläne) wird in der vorliegenden Arbeit wissenschaftliches Neuland betreten. Dieser Mitteldeutsche Planungsatlas (so eine umgangssprachliche Darstellung) wie auch der Karten- und Plansatz für die Ostthüringer Landesplanung befinden sich im Privatarchiv des Autors. Das für die umfassende, empirisch fundierte Aus- und Bewertung der Planungstätigkeit notwendige Archivmaterial bot sich in unterschiedlicher Weise dar. Den sehr ergiebigen Beständen im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

⁴³ Planungsatlas ist keine offizielle Bezeichnung, sie soll hier als Synonym für den Plan- und Kartenband mit den 39 Plandarstellungen fungieren. Der Kartenband befindet sich im Privatarchiv des Autors, ist aber auch in einigen Archiven vorhanden, so z. B. in der Stadt Merseburg. Anhang I und II.

⁴⁴ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau. Hier wird lediglich ein Ausschnitt des Planes, der Teil Dessau betrifft, als Beilage dargestellt, ohne weitere Erläuterungen oder Analysen. Damit wurde aber überhaupt zum ersten Male ein Ausschnitt des Planwerkes von 1932, unkommentiert, veröffentlicht. Eine weitere Karte aus dem Planungsatlas wurde im Kontext der EXPO 2000-Ausstellung im ehemaligen Kraftwerk Vockerode (bei Dessau) gezeigt und im Katalog veröffentlicht: Karte 21: „Tägliche Pendlerbewegungen der Erwerbstätigen“, siehe: Mittmann, E. (1998): Konzepte vom Reißbrett: Großindustrie in Leuna, in: Brüggemeier, F.-J.; Korff, G.; Steiner, J./Hrsg.: mittendrin – Sachsen-Anhalt in der Geschichte, Dessau, S. 308-337, Abb. S. 328. Der Kommentar dazu (S. 329) nähert sich zwar den historischen Tatsachen, deutet aber nur Verknüpfungen zum Gesamtprozess der Entstehung der mitteldeutschen Landesplanung an. Vgl. auch: Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfeld, Bauen für Berlin 1910-1970, Berlin, S. 165. Hier wird ein Ausschnitt der Karte 32 abgebildet und im Kontext der Dezentralisierung des Bauens im Raum Merseburg Ende der 1920er Jahre behandelt, ohne die Karte selbst zu kommentieren.

und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv in Weimar, die hier hauptsächlich betrachtet wurden, stehen sehr wenige Quellen im Landeshauptarchiv in Merseburg, dem eigentlichen Zentrum des Mitteldeutschen Planungsverbandes gegenüber. Sie sind offenbar durch Kriegsverluste dezimiert worden.⁴⁵ Ergänzt wurden die Quellengrundlagen durch Erschließungen von Beständen im Bauhaus-Archiv Berlin, im Bundesarchiv Koblenz/Berlin⁴⁶ sowie in Einzelarchiven, wie denen in Düsseldorf, Gera oder Querfurt. Um diese Primärquellen wurde ein breit gefächertes Schrifttum, das ebenfalls z. T. im Original im Privatarchiv des Autors vorhanden ist, für die Bearbeitung herangezogen. Für den zweiten Teil der vorliegenden Arbeit kamen zu den bereits vorliegenden Veröffentlichungen des Autors noch Archivalien der Lausitzer- und Mitteldeutschen Braunkohle-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) in Bitterfeld sowie Unterlagen der jüngeren Planungs- und Politikgeschichte hinzu, die sich im Privatarchiv des Autors befinden.

Wie der „Plan 23“ exemplarisch vor Augen führt, sind die frühen Landesplanungen im 20. Jahrhundert noch kein Gegenstand der Plananalyse gewesen, wenngleich sie in der Literatur benannt werden.⁴⁷ Hier sei vor allem die herausragende Stellung der Dezentralisierungsplanungen des 20. Jahrhunderts im internationalen Diskurs aufgeführt, die aber noch kaum im deutschsprachigen Raum verarbeitet wurden: „Seit Ende der 1970er Jahre wurde das Thema der Suburbanisierung in Deutschland nicht mehr umfassend und systematisch behandelt.“⁴⁸ Somit verfolgt die vorliegende Arbeit noch weitergehende Ziele. Sie versteht sich auch als ein erster Beitrag zu

⁴⁵ An dieser Stelle sei den Landeshauptarchiven in Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg und Merseburg, dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv in Weimar, dem Bauhaus-Archiv in Berlin für die engagierte Unterstützung gedankt. Ein Dank gilt auch Susanne Lang und Anna Hitthaler für die Mitwirkung an technischen Recherchearbeiten. Außerdem sei der LMBV, Bitterfeld, (besonders Dr. Tropp) gedankt.

⁴⁶ Für die Unterstützung sei postum ein Dank an Prof. Johann Friedrich Geist, Berlin, für die Unterstützung beim Erschließen der Quellen im Bundesarchiv gerichtet.

⁴⁷ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 12. Im Vordergrund steht fast ausschließlich die Institutionsanalyse.

⁴⁸ Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg. (2001): Suburbanisierung in Deutschland – aktuelle Tendenzen, Opladen, S. 7. Siehe auch: Zehner, K. (2001): Stadtgeografie, Gotha, insbes. S. 135-141 sowie 209-210 oder für den internationalen Trend: Tachieva, G. (2010): Sprawl Repair Manual, Washington, Covelo, London

einer noch ausstehenden Geschichte der „Dezentralisierung“ im 20. Jahrhundert, die dann sowohl als Längsschnitt als auch als Projektanalyse und selbstredend international ausgerichtet anzulegen wäre. Sie könnte z. B. bis 2017, dem 50. Todestag von Ludwig Hilberseimer, dem Theoretiker der Dezentralisierung und Bauhausmeister für Stadtplanung, als eine produktiv-wertende Betrachtung der Planungskultur in der Dezentralisierungsdebatte vorgelegt werden. Sie würde zugleich einen Ausblick auf das 21. Jahrhundert enthalten, stellt sich doch die Hyperform der Dezentralisierung, der suburban sprawl, als DIE globale Herausforderung der urbanen Entwicklung im begonnenen Jahrhundert dar.⁴⁹ Mit dieser Arbeit soll also auch ein Anstoß für eine zu verfassende Gesamtsicht auf dieses planerische Phänomen des letzten Jahrhunderts verbunden sein. Doch gilt es gleichzeitig, methodische und historiografische Grundlagen weiter aufzuarbeiten.

Nachdem sich in den frühen 1980er Jahren die Planungsgeschichtsforschung der Herausbildung der raumplanenden Disziplinen wieder zugewandt hatte⁵⁰, verebbte das Interesse erneut. Erst in den zurückliegenden Jahren begann man sich diesem Thema wieder zuzuwenden.⁵¹ Dabei sind die bemerkenswerten historiografischen Arbeiten von Leendertz und Oberkrome zugleich typische Beispiele einer

⁴⁹ Keil, R. (2010): Globale Suburbanisierung: Die Herausforderung der Verstädterung im 21. Jahrhundert, in: de'rive No 40/41, Understanding Stadtforschung, S. 006-010

⁵⁰ Bodenschatz, H. (1987): Platz Frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin, insbes. S. 14. Die Planungsgeschichte hatte sich in den 1980er Jahren begonnen von der Baugeschichtsschreibung zu emanzipieren. Planungsleitbilder und Planungsprozesse gehörten nicht zum Kerngeschäft der Baugeschichtsschreibung, sondern rückten zunehmend in den Focus der entstehenden Planungsgeschichte: „Ihr Analysefeld ist demnach Produktion ..., Nutzung bzw. Aneignung und Zerstörung/Umnutzung der Stadt – (un)vermittelt durch Prozesse und Leitbilder der Stadtplanung.“ In der hier vorgelegten Arbeit wird dieser Ansatz weiter geführt. Hier treten die nicht gebauten Produkte in den Mittelpunkt und dies noch auf der überörtlichen Ebene, der Landesplanung.

⁵¹ Erste Veröffentlichungen gehen auf die 1950er Jahre zurück: Umlauf, J. (1958): Wesen und Organisation der Landesplanung, Essen. Zur jüngeren Literatur: Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen; Marx, C. (2006): Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: Die neue Stadt (online Magazin) II/VI; Oberkrome, W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn. Siehe auch: Albers, G.; Wekel, J. (2008): Stadtplanung, Darmstadt, S. 24-28. Hier gibt es Bezüge zur Städtebaugesetzgebung in den 1920er Jahren, aber keine direkten Hinweise auf die Landesplanung.

Längsschnittbetrachtung, die jedoch in beiden Fällen nicht bis in die 1990er Jahre reicht. Insofern beschreitet der Autor – aus historiografischer Sicht – einen experimentellen Weg, indem eine „klassische“ Vorgehensweise der Geschichtsschreibung mit einer aus der Zeitgeschichtsschreibung entlehnten „Erzählung“ des Autors über die jüngere Geschichte verbunden wird.⁵²

Damit wird im ersten Teil der Arbeit (die Dekade der 1920er Jahre) der historische Befund systematisch, entlang einer Abfolge und Verzahnung geschichtlicher Ereignisse der kognitiven Entfaltung der Landesplanung untersucht, die auch in einer Periodisierung mündet, sowie der besonderen Rolle von Personen bzw. von Institutionen nachgegangen. Der zweite Teil (die Dekade der 1990er Jahre) erscheint als Abfolge ergründender Texte einer Planungsart, die *Spiel-Räume* auszuloten verstand und mit dem Beitrag zur EXPO 2000 überregionale Bedeutung erlangt hatte.⁵³ Damit wird auch der Versuch unternommen, spezifische Zeitgeschichte der jüngeren Planungsvergangenheit zu erschließen. Insgesamt werden damit Kontinuitäten und Bezüge im Denken mit schrittweisem Annähern an eine übergeordnete Nicht-Linearität der Landesplanung ausgelotet. Dabei ist es wichtig zu vermerken, dass es sich nicht um einen „Aufstieg“ von linearer zu nicht-linearer Planung handelt, sondern um einen z. T. „verdeckten“ Prozess, der nur in Andeutungen erkennbar war, unbewusst verlaufen ist und sich erst in der Dekomposition ansatzweise offenbart.

⁵² Niethammer, L.; Weigel, S. (1991): „Gedächtnis“, in: Kulturwissenschaftliches Institut; Hrsg.: Jahresbericht, Essen, S. 40-41. Die hier angesprochene Neuinterpretation der Memoria-Tradition enthält Hinweise auf die Bezüge zum „verräumlichten Gedächtnis“, was wiederum für den Autor die Brücke zur Planungsgeschichte als textlich erzähltes Projekt bildete. Als Stipendiat am Kulturwissenschaftlichen Institut des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen in Essen hatte der Autor Gelegenheit gehabt, an methodischen Disputen teilzuhaben und darüber Anregungen für neue historiografische Zugänge zu erhalten.

⁵³ Kuratorium der EXPO 2000 (1995): Das Land Sachsen-Anhalt – Korrespondenzstandort EXPO 2000: Die Region Bitterfeld, Dessau, Wittenberg als Reformlandschaft des 21. Jahrhunderts, Magdeburg (unveröffentlicht), Archiv Kegler. Mit der kurzen, aber prägnanten Darstellung auf S. 24 dieses Berichtes attestierte das Kuratorium der EXPO 2000 dem „Industriellen Gartenreich“ die konstituierende Rolle für den Beitrag zur EXPO 2000 in Hannover als Korrespondenzregion.

Der „Versuchsaufbau“ dieser Arbeit ist also so angelegt, dass die Geschichte nicht in ihrer Vollständigkeit versucht wird zu umreißen, sondern sie als Projekt zu begreifen, d.h. sie als eine disziplinäre Diskursgeschichte zu verstehen.⁵⁴ Als ein Projekt wird hier, beziehend auf die klassische Managementdefinition, ein Ausschnitt disziplinärer Geschichte zielorientierter Tätigkeitsfolgen (jeweils durch Entscheidungen getragen) in zeitlichem Rahmen begriffen.⁵⁵ Diese Tätigkeiten werden, und das ist der Unterschied zur Managementauffassung, im gesellschaftlichen Kontext verortet.

Hier wird ein vom Autor initiiertes methodisches Vorgehen weiter geführt, welches vom Autor bereits 2006 angeregt worden war und mit der Ausstellung „Stadtvisionen 1910 | 2010“ im Jahr 2010 erprobt worden ist.⁵⁶ Es wird ein „Jahrhundertschritt“, Aufbruch und Umbruch markierend, vorgenommen. War es bei den „Stadtvisionen“ im methodischen Sinne eine stringente, analoge Korrespondenz, die anhand von Beispielorten und Planungsthemen direkte Bezüge, Analogien und Differenzen, ausmachen konnte, so wird hier ein anderer Ansatz in diesem „Jahrhundertschritt“ verfolgt. Dabei knüpft die vorgelegte Arbeit zum Einen an die disziplinhistorische Arbeit zur Stadtplanung und zum Anderen an die Reflexion der planungsgeschichtlichen Ereignisse vor 100 Jahren aus aktueller Perspektive an.⁵⁷

⁵⁴ Winkler, H. A. (2009): Geschichte des Westens, München, S. 21-22. Der hier umrissene Ansatz, die Geschichte eines Kulturraumes als „Projekt“ anzulegen, rückt die Geschichte des Diskurses und bestimmter Problemstellungen in den Vordergrund gegenüber einer „histoire totale“ als Abfolgegeschichte. Dies bedeutet keinesfalls eine Reduktion gesellschaftlicher Zusammenhänge, vielmehr können die Konturen des „normativen Projektes“ der disziplinären Geschichte herausgearbeitet werden, welches sich von der gesellschaftlichen Praxis in relativer Eigenständigkeit entfaltet und natürlich im gesellschaftlichen Kontext steht. Dieser Projekt-Ansatz von Winkler wird in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen.

⁵⁵ Vgl. dazu Bruce, A. (2000): Projektmanagement, London, S. 6. Siehe auch: Oltman, I. (1999): Projektmanagement, Hamburg, S. 13: „Ein Projekt ist ‚ein Vorhaben, das im wesentlichen durch Einmaligkeit der Bedingungen in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet ist‘.“

⁵⁶ Kegler, H. (2006): Experiment & Alltag: Der Beitrag zur EXPO 2000, in: Planerin 2/06, S. 15-16 (methodischer Ansatz für die Ausstellung S. 16)

⁵⁷ Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung: ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte; Dissertation; Schriftenreihe der HAB Weimar Nr. 5; Weimar sowie

Die „Brücke“ zur aktuellen Entwicklung wird auf zweierlei Weise hergestellt: zum Einen durch einen Ortsbezug, den Mitteldeutschen Raum, und zum Zweiten durch einen planungstheoretischen wie strukturellen Ansatz der Behandlung der Planungsgeschichte als Projekt. Dieser wird durch den Übergang von einer eher linearen zu einer verstärkt nicht-linearen Planung gekennzeichnet. Hier steht also der Planungstyp und nicht der divergierende Planungsgegenstand im Vordergrund. Obgleich der hier zu betrachtende Mitteldeutsche Raum in den 1920er Jahren zu den wirtschaftlichen Aufbruchgebieten in Deutschland zählte, entwickelte die Landesplanung bereits Konzepte und Ideen für die Zeit nach dem Ende des Bergbaus, also erste Ansätze für die Gestaltung postindustrieller Landschaften. Diesem Thema ist der zweite Teil dieser Schrift gewidmet, dargestellt am Beispiel des „Industriellen Gartenreiches“, gelegen im nördlichen Teil des ehemaligen mitteldeutschen Industriegebietes. In diesem am Bauhaus Dessau entwickelten Vorhaben rückte die Frage der nicht-linearen, adaptiv-emergenten Planung in den Mittelpunkt, deren Ansätze aber bereits in den 1920er Jahren in Mitteldeutschland erkennbar waren. Jedoch stand damals die Suche nach systematisch-rationaler, also linearer Planung noch relativ stark im Vordergrund.⁵⁸

Eine Klammer beider Teile bildet der Bezug zum Bauhaus, das am Beginn (1923) – jedoch eher als Notiz – und in der Endphase (um 1932/33) auftaucht, ohne maßgeblichen Einfluss auf die Landesplanung in Mitteldeutschland gehabt zu haben. Im zweiten Part hingegen ist das Bauhaus entscheidender Akteur in einem Prozess der Neudefinition von regionaler Planung mit konkretem Bezug auf einen Teil des Mitteldeutschen Raumes. Zu Beginn der konzeptionellen Arbeiten über das „Industrielle Gartenreich“ stand eine Bezugnahme auf die „Landesplanung im engeren Mitteldeutschen Industriegebiet“, also eine historische Reflexion auf die

Bodenschatz, H.; Gräwe, Ch.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin

⁵⁸ Zu den theoretischen Grundlagen dieses Ansatzes gelten vor allem: Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund und Selle, K./Hrsg. (2006): Zur räumlichen Entwicklung beitragen (Bd. 1); Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung (Bd. 2), Dortmund

planungsgeschichtliche Tradition der 1920er Jahre, womit eine nachweisliche Brücke in der Planungsarbeit gezogen worden war. In diesem Teil der hier vorgelegten Arbeit wird auf Originaltexte des Autors aus den 1990er Jahren zurückgegriffen, die selbst als Dokumente für den Beginn einer eher nicht-linearen Planung stehen und nur kommentiert bzw. mit aktuellen Texten gerahmt werden.

Somit ergibt sich eine - vereinfachte - methodische Matrix zwischen beiden Teilen, welche es auch zu prüfen gilt:

	Teil 1 (1920er Jahre)	Teil 2 (1990er Jahre)
Gegenstand	<i>Lineare, mit Ansätzen nicht-linearer Planung</i>	<i>überwiegend nicht-lineare Planung</i>
Ortsbezug	<i>Mitteldeutschland i.w.S.</i>	<i>„Industrielles Gartenreich“</i>
Bauhaus	<i>Mittelbar</i>	<i>unmittelbar</i>
Planwerke	<i>Planungsatlas</i>	<i>Idee (Leitbild), Teilkonzepte, Projekte</i>
Projektorientierung	<i>Projektvorbereitung</i>	<i>EXPO 2000</i>
Akteure	<i>Planungsverband, Netze</i>	<i>Bauhaus, Netzwerke</i>

Planungstheoretisch und planungspraktisch gewinnt die Neujustierung von systematisch-rationaler und emergent-adaptiver Planung angesichts qualitativ neuer Herausforderungen für die Landesplanung ein besonderes Gewicht. Die in den letzten beiden Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen – auch in Mitteldeutschland – wären hierbei in der Suche nach angemessenen Strategien, Methoden und praktischen Verfahren weiter auszuloten als das im Rahmen dieser Arbeit erfolgen kann. Die Aufbereitung dieser Erfahrungen beim Betreten von planerischem Neuland, was nach 1990 durchaus als solches bezeichnet werden kann, könnte als Ausgangsbasis für eine methodisch und strategisch neu auszurichtende

übergreifende räumliche Planung anzusehen sein.⁵⁹ Obgleich dies hier nur hypothetisch formuliert werden kann und evtl. mit dem Hinweis auf die Diskussionen um die „Resiliente Stadt“ international einen möglichen Orientierungspunkt erhält, bleibt dieser Arbeit die Grundlagenarbeit aus planungshistorischer Sicht – mit aktuellem Bezug – vorbehalten.⁶⁰ Ihre Aktualität gewinnt die historische Betrachtung aus der Auseinandersetzung um die Formierung des Fachgebietes – heute die REformierung, und die damit einhergehende Debatte um das bestimmende Paradigma, bei gleichzeitiger Neuausdifferenzierung der fachlichen Communities.⁶¹

⁵⁹ Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altröck, A.; Hunig, S.; Kuder, T.; Nüssli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung, Berlin, S. 167-211

⁶⁰ Newman, P.; Beatley, T.; Boyer, H. (2009): Resilient City, Responding to Peak Oil and Climate Change, Washington, Covelo, London

⁶¹ Lampugnani, Vittorio: Neue Perspektiven für den Städtebau, in: Tages-Anzeiger, Zürich 30. 08. 2005 sowie: Lampugnani, V. (2010): Wie die Geschichte der Stadt zur Neugründung der Disziplin Städtebau beitragen kann, in: Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg.: Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin 2010, S. 446-449.

III. *Spiel-Räume* - Begriffe zwischen Spieltheorie und Landesplanung

„Es ist kein Ehrenzeichen für die Macht der Intelligenz in der Menschheit, dass der Gedanke der Landesplanung erst aufkeimte und sich durchsetzte, als in den dafür ausersehenen Gebieten nicht mehr viel zu retten war. Den ersten Anfängen der Landesplanung in den englischen und deutschen Kohlegebieten lag noch nicht der große ideale Gedanke höherer Menschheitsentwicklung zugrunde. Es waren Notpläne, entstanden aus dem siedlungstechnischen Bankrott der freien Wirtschaft, Pläne, die nur notdürftig an äußeren Schäden wie Waldverwüstungen und Verkehrsverwirrung flicken und regeln konnten. Erst mit dem Übergreifen des Gedankens auf Gebiete mit mehr SPIELRAUM (Hervorhebung HK) für eine höhere Entwicklung hat sich der Landesplanungsgedanke erweitert und vertieft, und beginnt zu einem System des Wirtschafts- und Kulturaufbaus zu werden.“⁶²

Mit diesem Zitat von Gustav Langen, dem wichtigsten Theoretiker der Raumplanung in den 1920er Jahren, wird nicht nur der dieser Arbeit den Titel gebende Begriff (Spielraum) eingeführt, sondern zugleich die zeitgenössische Deutung von Landesplanung dargelegt. Sie geht über das landläufige Verständnis von Landesplanung hinaus, wie es heute z. T. in den Lehrbüchern definiert wird:

„Landesplanung: die institutionalisierte räumliche Planung auf Landesebene“ sowie „Raumplanung: Planerische Bestimmung der Raumnutzungen und Raumfunktionen (d.h., übergeordneter Begriff von Landes- und Regionalplanung sowie Bauleitplanung)“.⁶³ Diese rein funktionalistische Bestimmung enthält keine programmatische Dimension; Planung gerinnt zum Vollzugsorgan Inhalte setzender Akteure. Dabei ist der Raum selbst Inhalt, also Gegenstand sozial-kultureller und ökologischer Auseinandersetzung um die zukunftsfähige Daseinsweise des

⁶² Ritter, H./Hrsg. (1928): Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 303, (Hervorhebung Kegel)

⁶³ Fürst, D.; Scholles, F./Hrsg. (2004): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund, S. 37

Menschen. Es geht also um mehr als plantechnischen bzw. planungsprozessualen Vollzug.⁶⁴ Auf dieses Thema wird in der vorliegenden Schrift besonders eingegangen: Es geht um die konzeptionelle (strategische) Dimension der Landesplanung, resp. räumlichen Planung - dazu wird am Ende der vorliegenden Arbeit ein Vorschlag aus historischer Sicht unterbreitet.

Der Begriff *Spiel-Räume* zeigt, umgangssprachlich, Freiheitsgrade auf. Auch in der Technikanwendung gelten Spielräume als Toleranzgrade, die Beweglichkeit in bestimmten Grenzen ermöglichen, die Ungenauigkeiten oder Änderungen im System kompensieren und damit die Funktionalität der betreffenden Elemente gewährleisten. Diese Deutungen spielen natürlich eine Rolle, sollen aber für das hier zur Debatte stehende Projekt nur als Klammer fungieren, sind doch beide, wenn auch sehr verschiedene Zeitabschnitte in einem Punkt verbunden: Es hatten sich gesellschaftliche *Spiel-Räume* eröffnet, die die Herausbildung bestimmter, neuartiger Strukturen und Inhalte der räumlichen Planung ermöglichen. In einer anderen Deutung des Spielerischen griff der Autor auf die Collage-Metapher für eine zusammenfassende Beschreibung der Konstruktion des Projektes „Industrielles Gartenreich“ (1996) zurück: „Das Zusammenfügen bisheriger Fragmente und das behutsame Erweitern zu einem neuen Kulturraum prägt die Werkstatttätigkeit als SPIELERISCHE Entfaltung wissenschaftlicher und künstlerischer Gestaltungskräfte, sozialer und politischer Handlungen.“⁶⁵

In der aktuellen Planungsforschung tauchte der Begriff *Spiel-Raum* z. B. als Titel für ein 2008 abgeschlossenes Projekt des Fraunhofer-Institutes für System- und

⁶⁴ http://www.sies.de/Psycho/Achtung_vor_dem_kognitiven_System!.pdf Sies, C.; Brocher, T. (1999): Achtung vor kognitiven Systemen, in: Tress, W.; Langenbach, M./Hrsg.: Ethik der Psychotherapie. Obwohl hier keiner mechanischen Analogie zwischen individuellen und sozial-kognitiven Systemen das Wort geredet werden soll, können Anregungen, die aus dem Modell der Autopoiese (Selbstreferenzialität) und Rückkopplung gewonnen werden, für die Historizität von nicht-linearen Strukturen im disziplinären Entwicklungsprozess fruchtbar gemacht werden.

⁶⁵ Kegler, H. (1996): Bauhaus Dessau – Zukunftswerkstatt aus Tradition, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich, Dessau, S. 292

Innovationsforschung zur Erarbeitung von „Interkommunalem Handel mit Flächenausweisungszertifikaten“, wobei u.a. Planspiele als Simulationen eingesetzt wurden, sowie bei einer Tagung zum Thema „Planung als Kulturtechnik“ an der TU Darmstadt (2010) auf, ohne jeweils den Titel inhaltlich auszudeuten.⁶⁶

Die *Spiel-Räume* in der vorliegenden Arbeit stellen virulente Zeitintervalle dar, die besonders intensive Änderungschancen ermöglichten. Sie könnten auch als Übergangsräume von einem Zustand zu einem anderen beschrieben werden, eine Art Schwebezustand, in welchem Vorläufiges entsteht, welches von Absichten getragen wird, aber noch nicht verifiziert oder umgesetzt bzw. nur in Teilen realisiert werden kann. Dieses, hier metaphorisch als Vorläufiges bezeichnet, sind Handlungschancen in sich radikal ändernden Situationen, wie sie sich aus den Umbrüchen jeweils am Beginn der hier betrachteten Dekaden ergaben. Wie diese Chancen genutzt wurden, was sie inhaltlich bedeuteten, welche Ergebnisse bzw. Langzeitwirkungen sie zeitigten, das ist an Hand der historischen Befunde zu ergründen bzw. darzustellen oder zu deuten. Dies ermöglicht, so die These, erkenntnisgenerierende Phasen vergleichbar zu machen und deren weiterführenden Ertrag zu umreißen. So kann das Projekt normativen Charakter gewinnen und über wertende Deskription hinausreichen.

⁶⁶ <http://www.spielraum.isi.fraunhofer.de/newsletter.htm> (03.03.2011) Die Projektüberschrift wurde aber nicht inhaltlich verwendet, sondern nur als animierender Titel. Weiterhin: Tagungsbericht zum Workshop „Planung als Kulturtechnik“, Darmstadt, 19.-20. März 2010. In diesem Workshop ging es um „Veränderung durch Planen und Nicht-Planen“, also vermittelt um nicht-lineare Planung. Zudem wurde von dem Autor eines Beitrages, Fröbe, das Thema „Spiele und spielerische Verfahren in der Stadtplanung und -forschung“ behandelt. Damit sind Hinweise auf aktuelle Bezüge zu einer Debatte angerissen, die sich dem Themenfeld nicht-linearer Planung zuwendet. Siehe dazu: Tagungsberichte, in: Deutsches Institut für Urbanistik, Informationen zur modernen Stadtgeschichte IMS 2/2010, S. 139-141. Der Begriff wird auch von Bauriedl als Diskursrahmen verwendet: „Der Begriff ‚Spielräume‘ steht für die möglichen Wege einer nachhaltigen Entwicklung, die durch die vorherrschenden Nachhaltigkeitsverhältnisse lokaler Politik abgesteckt werden.“ Bauriedl, S. (2007): Spielräume nachhaltiger Entwicklung – die Macht stadtentwicklungspolitischer Diskurse, München, S. 12

Spiel-Räume haben begrifflich einen Bezug zur Spieltheorie.⁶⁷ Diese ist, in der mathematischen Diskussion, Entscheidungstheorie von Individuen bzw. Gruppen.⁶⁸ Spieltheorie soll hier, worauf Arnold zu Recht verweist, metaphorisch als Zugang zum historischen Projekt und nicht als methodisches Mittel zur Verifizierung oder gar Erklärung historischer Vorgänge dienen.⁶⁹ Dieser Zugang wird letztlich über die Deutung des Planes als (wenn auch vorläufigem) Ergebnis von Entscheidungen beteiligter Akteure in einem multivalenten Entscheidungsraum (Strategieraum oder Annahmeraum nennt die Spieltheorie diesen Prozess/diese Aktion der Entscheidungserzielung⁷⁰) realisiert. In den jeweiligen Teilen der hier vorgelegten Arbeit werden mit der Analyse des „Plan 23“ aus dem Mitteldeutschen Planungsatlas von 1932 und des Vorhabens „Ferropolis“ aus dem „Industriellen Gartenreich“ von 1991/2000 zwei solcher Plan-Werke als Prototypen ganz unterschiedlicher Plan-Charaktere herausgearbeitet. Sie sind jeweils eingebettet in das disziplinäre, kognitive und gesellschaftliche Umfeld und bilden den konstruierten Raum für die Interaktion von Akteuren zur Transformation der räumlichen Daseinsbedingungen – als Teil von strukturellem Wandel. *Spiel-Raum* ist also ein Konstruktionsraum, der erst durch die Planung und Interaktion „geschaffen“ bzw. antizipiert wird. Er kennt demnach keine fixierten, schon gar nicht administrativen Grenzen, wenngleich diese ein Bestandteil von Interaktion oder eben begrenzender Interaktion sind. Sowohl der „Plan 23“ als auch das „Industrielle Gartenreich“ stehen prototypisch für einen solchen Konstruktionsraum und sind insofern vergleichbar. Demnach „schafft“ (denkt vor) Landesplanung erst den Raum, der dann auch funktional „geordnet“ wird – im systemischen und spielerischen (interaktiven) Sinne.

⁶⁷ Riechmann, T. (2010): Spieltheorie, München sowie Loehnert-Baldermann, E.: Einführung in die Spieltheorie http://www.metrimonconsulting.de/sites/default/files/file/EinfuehrungSpieltheorie_ELB.pdf (3.3.2011) sowie Arnold, E.: Spieltheorie und klassische Gesellschaftsvertragstheorie <http://www.eckhartarnold.de/papers/spieltheorie/node13.html> (03.03.2011)

⁶⁸ Riechmann, T. (2010): Spieltheorie, München, S. 1 sowie 5-7

⁶⁹ <http://www.eckhartarnold.de/papers/spieltheorie/node13.html>

⁷⁰ Riechmann, T. (2010): Spieltheorie, München, S. 48-49

An dieser Stelle sei noch im Zusammenhang mit dem hier verwendeten Begriff des *Spiel-Raumes* auf den Bezug zum „Wechsel-Spiel“ verwiesen. In der jüngeren Planungsliteratur verbindet sich damit vor allem die Relation zwischen Plan bzw. Leitbild und Projekt: „Leitbilder und Projekte stehen als Hauptelemente im Modell der Strategischen Planung in einem ‚ständigen Wechselspiel‘“. ⁷¹ Damit kann dem *Spiel-Raum* noch eine weitere Facette abgewonnen werden. Es handelt sich um das spielerische, rückkoppelnde Verhältnis zwischen Antizipieren und Umsetzen des Vorgedachten. In diesem „Wechsel-Spiel“, das „Gleichzeitigkeit“ und „Parallelität“ einschließt, verbirgt sich ein wesentlicher Zug nicht-linearer Planung als ein „revolvierendes System bzw. permanenter Lernprozess“. ⁷²

Bleibt noch der Begriff „Raum-Planung“: Dies scheint ein schillernder Begriff zu sein, denn zu einer überzeugenden und einheitlichen Definition konnte sich die Planungswissenschaft noch nicht durchringen. ⁷³ Derzeit gilt Raumplanung als System der Gesamtplanungen und raumbedeutsamen Fachplanungen, die beide unter dem Oberbegriff „raumbedeutsame Planungen“ zusammengefasst werden. ⁷⁴ Dabei subsumieren die Gesamtplanungen zum Einen die „Überörtliche Gesamtplanung“ (Landes- und Regionalplanung) sowie die „Örtliche Gesamtplanung“ (Bauleitplanung). ⁷⁵ Jenseits dieser eher technischen „Behelfsdefinition“ kann, unter

⁷¹ Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 170

⁷² Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 25 bzw. 165. Hier wird, als Zusammenfassung aus der planungstheoretischen Literatur, das lineare Strategiemodell der Planung einem adaptiven (nicht-linearen) gegenüber gestellt. Die vorliegende Arbeit greift diese Polarisierung auf, vor allem hinsichtlich der Charakterisierung der adaptiven Planung als „unvollständig und implizit“ (gegenüber der linearen Planung als „vollständig und explizit“).

⁷³ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Raumplanung, S. 893-898, insbes. S. 893. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass es – bedingt durch das dezentrale Planungssystem der BRD – keinen Bedarf an einer einheitlichen Definition gab. Raumplanung stellt kein „homogenes Objekt dar, sondern ein System rechtlich, organisatorisch und inhaltlich klar voneinander abgegrenzter Planungsebenen bzw. Planungsträger, die durch das Gegenstromprinzip sowie vielschichtige Informations-, Beteiligungs-, Abstimmungs- und Verbindlichkeitsnormen miteinander vernetzt sind.“ (S. 895)

⁷⁴ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Raumplanung, S. 897

⁷⁵ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Raumplanung, S. 898

semasiologischen Gesichtspunkten, Raumplanung definiert werden als: „Gesamtheit der Maßnahmen ..., um Leitbilder eines anzustrebenden, idealen Zustandes des Raumes zu entwickeln ... und die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen.“⁷⁶

Auch hier spiegelt sich die Dualität des Planungsbegriffes wider, wie er eingangs bereits bezogen auf den Theoriegehalt umrissen wurde: Antizipation eines zu erreichenden Zustandes und die Handlungsorientierung zum Erreichen dieses Zustandes. Zugleich unterliegt die Raumplanung einem Wandel gesellschaftlicher Wertevorstellungen, die auf deren Inhalt und Umsetzung in besonderem Maße einwirken, allerdings in länger währenden Prozessen. Diese selbstverständliche Feststellung soll in der vorliegenden Arbeit nicht im Vordergrund stehen, vielmehr geht es um die leitenden Vorstellungen innerhalb der Disziplin selbst, die den antizipatorischen Ansatz und die Handlungen bestimmen (die natürlich im Kontext des gesellschaftlichen Planungs-Umfeldes zu sehen sind). Insgesamt kann von einem Diffundieren des Raumplanungsbegriffes ausgegangen werden: Was heute als Raumplanung (Gesamtplanung) angesehen wird, war vor 80 Jahren mit Landesplanung bezeichnet, welche heute für die administrativ verfasste Planung auf Landesebene steht. Im Ergebnis der vorliegenden Arbeit wird auch ein Vorschlag zur Definition der Raumplanung aus planungshistorischer Sicht unterbreitet.

⁷⁶ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung – Raumplanung, S. 894. So wird Raumplanung auch als „gezieltes Einwirken auf die räumliche Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und der natürlichen, gebauten und sozialen Umwelt in einem Gebiet“ verstanden.

IV. Zum Begriff „Mitteldeutschland“ - ein *Spiel-Raum* im nicht-trivialen Sinne

Zunächst wird dieser Begriff als Terminus Technicus verwendet in Anlehnung an den fachlichen Sprachgebrauch des hier hauptsächlich zur Debatte stehenden Zeitraumes der 1920er Jahre aufgegriffen. Der heutige Wirtschaftsraum, der sich informell diesen Namen zulegte, bezieht sich auf die Städte Leipzig, Halle, Magdeburg, Jena, Gera und Dessau. Er bezeichnete damals den geografischen Raum, der sich tatsächlich um die Mitte des Deutschen Reiches erstreckte. Diese lag etwa nördlich von Leipzig bei Bitterfeld/Gräfenhainichen im Dorfe Krina.⁷⁷ Es gab keine administrative oder geografische Abgrenzung von „Mitteldeutschland“. Es wurde ein Raum im allgemeinen Sprachgebrauch umrissen, der vom Harzvorland bis Thüringen sowie von Westsachsen und Teilen der Lausitz bis Magdeburg reichte. Wegen dieser räumlichen Unschärfe erfolgten Eingrenzungen, wie z. B. der „Engere Mitteldeutsche Industriebezirk“, der Teile der Preußischen Provinz Sachsen um Merseburg umfasste. Auf diesen Raum bezog sich auch der Planungsverband. Der Begriff „Mitteldeutschland“ hat heute jedoch eine neue Bedeutung erhalten. Zunächst war er von bundesdeutscher Seite in der Zeit des Kalten Krieges auf das Gebiet der DDR („Sowjet-Zone“) bezogen worden. Nach 1990 etablierte sich dieser Begriff erneut, diesmal unter Bezugnahme auf die Verwendung in den 1920er Jahren, zuerst in den Medien („Mitteldeutsche Zeitung“, „Mitteldeutscher Rundfunk“), dann auch auf wirtschaftspolitische Zusammenhänge bezogen („Initiative Mitteldeutschland“⁷⁸). Ein ideologischer Bezug zur Zeit des Kalten Krieges kann dabei nicht mehr nachgewiesen werden. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wird der Begriff ausschließlich historisch verwendet. Hofmann verwies 1992 auf diese begriffliche

⁷⁷ Die „Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland“ umgreift den historischen Raum des „Engeren Mitteldeutschen Industriebezirks“ bis 1932: <http://www.mitteldeutschland.com/> sowie (populärwissenschaftlich) http://de.wikipedia.org/wiki/Mittelpunkt_Deutschlands Andere Angaben beziehen sich auf Spremberg (Lausitz) und Niederdorla (Thüringen) - in der Zeit des Deutschen Reiches in den 1920er Jahren.

⁷⁸ www.mitteldeutschland.com Das Gebiet dieser Initiative umfasst den Raum zwischen den Städten Magdeburg, Leipzig, Halle, Dessau, Gera und Jena. Damit kommt er dem historischen „engeren mitteldeutschen Industriegebiet“ nahe.

Unschärfe und erörtere die historischen Umrissse dieser „jungen politisch-historischen Landschaft“. ⁷⁹

Im Folgenden wird der Begriff „Mitteldeutschland“ auf die erste Dekade dieser Arbeit bezogen. Im zweiten Teil der Arbeit wird der Bezug auf den 1989 entwickelten Begriff des „Industriellen Gartenreiches“ gewählt, da es sich um das Projektgebiet dieser Aufbruchsära und nicht um eine vermeintliche territoriale Einheit handelte. Insofern bleibt die hier vorgenommene geschichtliche Betrachtung bei den jeweils verwendeten Begriffen. Da das „Industrielle Gartenreich“ in der geografischen Ausdehnung kleiner gefasst wurde, kann dieses Projektgebiet auch als ein Teil des heute in der Öffentlichkeit gebräuchlichen Raumes „Mitteldeutschland“ begriffen werden. In den 1990er Jahren wurden derartige Bezüge erst am Ende angestellt.

Wegen seiner „Unschärfe“ ist dieser Raum geradezu geeignet, als *Spiel-Raum* bezeichnet zu werden. Sowohl in den 1920er Jahren als auch in den 1990er Jahren spielten die Grenzen eine wichtige Rolle in den Debatten, jedoch vollkommen verschieden orientiert. Eines haben sie jedoch gemeinsam: Die Planungsräume deckten sich nicht mit administrativen Grenzen, „spielten“ also mit den überkommenen bzw. entstehenden Grenzen, überwandene zweckorientiert und verknüpften Getrenntes neu. Diese räumliche Indifferenz und die Virulenz der äußeren Bedingungen, die noch keine oder nicht endgültig festgesetzte Rahmen (z. B. rechtlicher oder organisatorischer Art) für die Ausprägung der Planungsstrukturen hatten, boten den Charakter von *Spiel-Räumen*.

Dennoch ergibt sich eine weitere Betrachtungsebene bei der Verwendung des Begriffes „Mitteldeutschland“. Es handelt sich dabei nicht um eine kulturgeschichtlich

⁷⁹ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, S. 3 sowie Tullner, M. (2008): Geschichte Sachsen-Anhalts, München, S. 76-80 „Mitteldeutschlandfrage und Sachsen-Anhalt Plan“: Hier wird der politischen Debatte um eine territoriale Neugliederung des Raumes unter dem Begriff Mitteldeutschland in den 1920er Jahren nachgegangen.

gewachsene, also nicht um eine „Realregion“. Vielmehr kann von einer „Tätigkeitsregion“ gesprochen werden, die erst durch das Wirken bestimmter Akteure einen Zuschnitt erhalten hat, der auch nur unscharf definiert ist. Inzwischen nimmt diese Region – jedenfalls in Ansätzen – auch den Charakter einer „Identitätsregion“ an.⁸⁰ Es handelt sich also um ein Konstrukt, eine „produzierte“ Region, die sich als langlebig erwiesen hat. In den 1920er Jahren kann sehr klar von einer „Designer-Region“ gesprochen werden, denn dieser Raum wurde zunächst primär als Marketing- und Kooperationsraum der Wirtschaftsakteure gebildet.⁸¹ Die Region weist somit das Merkmal einer postpositivistischen Region, wie sie Paasi in den 1980er Jahren definiert hatte, auf: Sie ist kein „Behälter“, sondern eine „konkrete, dynamische Manifestation sozialer Prozesse“.⁸² Aber erst mit dem Planbild („Plan 23“) und den darin abgebildeten strategischen Aussagen wird die Region als zukünftiger Lebensraum projiziert, d. h. als interaktiver Zukunftsentwurf kulturell produziert. Gleiches geschieht mit dem „Industriellen Gartenreich“ (resp. der EXPO 2000) und dem Netz der Projekte.

⁸⁰ Blotevogel, H. H. (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S. 491-506. Die hier zitierte Typologie von Regionen findet sich auf S. 499.

⁸¹ Auf die Entstehung wird noch im Weiteren eingegangen. Zu Designer-Regionen siehe: Weichhart, P. (2000): Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs? in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S. 549-566

⁸² Paasi, A. (1986): The Institutionalization of Regions, zitiert nach: Blotevogel, H. H. (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S. 501

V. Linearität und Nicht-Linearität – Fluchtpunkte eines Planungswandels

Linearität und Nicht-Linearität lassen sich systemtheoretisch einfach definieren: „Lineare Gleichungen sind lösbar ... lineare Systeme besitzen einen wichtigen modularen Vorteil: Man kann ihr Verhalten als Summe einfacher Verhaltensprozesse ermitteln... Nichtlineare Systeme sind im Allgemeinen nicht lösbar. Ihr Verhalten kann nicht durch Addition einfacher Verhaltensprozesse ermittelt werden ... Nichtlinearität bedeutet, dass das Funktionieren des Systems die Regeln selbst verändert ... Diese vertrackte Veränderlichkeit erschwert es, Nichtlinearität zu berechnen, aber sie schafft gleichzeitig ein reiches Spektrum an Verhaltensmöglichkeiten, die in linearen Systemen nie vorkommen.“⁸³ Demnach sind die „Nicht-Linearitäten“ das letztlich bestimmende („Die Welt ist voller Nichtlinearitäten.“)⁸⁴ und die „Linearitäten“ das hinreichende Moment systemischen Denkens. Übertragen auf die räumliche Planung werden diese beiden Denkart zum Einen als „Strategie als (linearer) Plan“ (Linearität) und zum Anderen als „Strategie als (systemisches) Muster“ (Nicht-Linearität) gefasst. Für letztere wird zudem das Begriffspaar von Emergenz, also die spontane Bildung von neuen Strukturen, und darauf bezogene Adaption eingeführt.⁸⁵ Darauf wird am Ende der Arbeit resümierend eingegangen und aus der historischen Analyse ein modifiziertes Planungsmodell abgeleitet. Die beide Teile der vorliegenden Arbeit verbindende Dimension ist die der STRATEGISCHEN PLANUNG.⁸⁶ Demnach umfasst „Strategische Planung“ „vereinfachte Konzepte“, die das Denken über bestimmte Themen organisieren, Prioritäten angeben, Begründungen liefern, vor allem aber Komplexitäten reduzieren und langfristig angelegtes konsistentes Handeln befördern sowie als Leitbilder, Ziele, Programme,

⁸³ Gleick, J. (1987): Chaos: Making a New Science, New York, S. 23-24, in: Meadows, D. H. (2010): Die Grenzen des Denkens, München, S. 111

⁸⁴ Meadows, D. H. (2010): Die Grenzen des Denkens, München, S. 112

⁸⁵ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 27

⁸⁶ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 12-16. Hier werden die definitorischen Grundlagen strategischer Planung hergeleitet und nach den grundlegenden Denkschulen gewichtet. Aus dem breiten Spektrum der internationalen Literatur sei hier die Denkschule von Christopher Alexander mit Nikos Salingaros als prominentem Vertreter der Gegenwart benannt, der eine kongeniale Position vertritt (Salingaros, N. (2005): Principles of Urban Structures, Delft).

Pläne oder Projekte (im engeren Sinn) Gestalt annehmen.⁸⁷ Diese Charaktere strategischer Planung finden sich in beiden historischen Fällen, die hier untersucht bzw. dargestellt werden. Wiechmann arbeitet nun die beiden in der Literatur und Praxis der letzten Jahrzehnte entstandenen, diametral gegenüber stehenden Strategiemodelle heraus: „das lineare und das adaptive Modell.“⁸⁸ Dabei wird hier – jenseits der sich ausfächernden Debatte um die verschiedenen Denkschulen der Planung – klar die zentrale Frage der Planung gestellt: „Die Differenz zwischen den beiden Strategiemodellen macht sich vor allem an DER Schlüsselfrage strategischer Planungsprozesse fest: Wie weit kann und soll in dynamischen Umwelten langfristig geplant werden? Damit wird grundsätzlich die Frage gestellt, wann und inwieweit eine formalisierte Planung für die Organisation sinnvoll ist bzw. welche Rolle strategische Planung in Entscheidungsprozessen spielen kann und soll.“⁸⁹ Somit liegt die zweite fundamentale Säule der räumlichen Planung auf dem Tisch: Die erste betrifft den räumlichen Gegenstand (siehe Dezentralisierung) und die zweite betrifft die Handlungs- bzw. Entscheidungsdimension. Beide Säulen werden vom Autor der vorliegenden Schrift mit dem überwölbenden Synonym der *Spiel-Räume* zusammengeführt und es sollen erste Antworten auf die o.g. Frage gegeben werden.

Für den Autor der hier vorliegenden Arbeit wurde die Auseinandersetzung mit diesem zentralen Thema der Planungstheorie auch angeregt durch den Comic „Das Fieber des Stadtplaners“ der beiden belgischen Künstler Schuiten und Peeters. In diesem Comic wird ein plötzlich auftauchendes Gitter, das die geplante Ordnung der Stadt unverhofft durchbricht, als die Metapher für das Nicht-Berechenbare in der Entwicklung aufgeführt. Zunächst wird dieses von allen bekämpft, letztlich aber arrangieren sich die Stadtbewohner mit diesem Phänomen, ja es wird sogar als

⁸⁷ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 12-13 sowie auch: Schöning, B. (2010): Große Pläne – der neue Kult des strategischen Plans, in: Stadtbauwelt 187, S. 64-68

⁸⁸ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 13

⁸⁹ Wiechmann T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 15. Die Dualität von Planungstypen wird hier mit verschiedenen Begriffen gefasst, so werden statt „linear“ auch „komprehensive“ bzw. „synoptische“ und statt „nichtlineare“ auch „inkrementalistische“ bzw. „adaptive“ Planung von verschiedenen Autoren (Selle, Löb, Siebel u.a.) aufgeführt.

bereicherndes Moment gemeinschaftlichen Lebens adaptiert. Der Urbitekt hingegen versucht hinter die Geheimnisse des Gitters zu kommen, um die Planung der Stadt mit diesem Phänomen zu verbinden, also das Transzendente, das Nicht-Lineare zum Kern planerischen Denkens werden zu lassen – ob er erfolgreich sein würde, lassen die Künstler offen.⁹⁰

In der vorliegenden Arbeit soll auf die beiden der Systemtheorie bzw. dem mathematischen Denkraum entstammenden Begriffe des „Linearen“, des „Nicht-Linearen“ und des „Spiels“ zurück gegriffen werden, da sie einen übergreifenderen Kontext jenseits der gängigen Planungsbegriffe (siehe Definitionen von Raumplanung etc.) umfassen und es dem Autor ermöglichen, das theoretische Bezugsfeld der historischen Untersuchungen herzustellen. Epistemologisch folgt die Arbeit der These, dass *Spiel-Räume* nicht-lineare Planung befördern oder ermöglichen und damit neue Erkenntnisse bzw. institutionelle Strukturen generieren. Diese nicht-lineare Planungsart gewinnt, so die Annahme, bei der Bewältigung der fundamentalen Herausforderungen in den nächsten Dekaden des 21. Jahrhunderts eine herausragende Bedeutung. Gleichsam erhält aber auch das normative Moment der linearen (rationalen) Planung eine Funktion. Die Umsetzung von Zielen oder das Setzen von Rahmen für die Entwicklung gehören zum rationalen Planen. Es geht um die neue Ausdeutung der Relation zwischen dem rationalen/linearen Moment und der Nicht-Linearität von Planung generell – empirisch aus der historischen Perspektive generiert.⁹¹ Diese Relation kann bereits in den vor 30 Jahren von Sieverts aufgestellten Forderungen nach einem „Gleichgewicht zwischen rational-methodischem Vorgehen und intelligentem ‚Durchwursteln‘“⁹² entdeckt werden, denn, es scheint *nicht* schlechthin um ein Gleichgewicht zu gehen.

⁹⁰ Schuiten, F.; Peeters, B. (1987): Das Fieber des Stadtplaners, Stuttgart, 1987

⁹¹ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 44. Hier wird von Konvergenz beider Strategiemodelle gesprochen, was sicher teilweise zutrifft, aber nicht unbedingt verallgemeinert werden kann.

⁹² Sieverts, T. (1980): Vorbemerkung zu Meise, Volwahren: Stadt- und Regionalplanung. Ein Methodenhandbuch, Braunschweig, Wiesbaden, S. IX,

Im Zentrum der historisch ausgerichteten Arbeit steht deshalb nicht so sehr die Frage des Schaffens (oder Entstehens) gesellschaftlicher *Spiel-Räume*, sondern die, exemplarisch herausgehobene, innere Logik des Agierens der Planungskräfte innerhalb von *Spiel-Räumen* in den jeweiligen Betrachtungszeiträumen. Bedarf es also bestimmter öffentlicher Sonderanstrengungen, wie z. B. der hier verfolgten EXPO in den 1990er Jahren zur Schaffung von *Spiel-Räumen*, oder lassen sich innerdisziplinär derartige *Spiel-Räume* entwickeln, die dann entsprechende Neuerungen hervorbringen? Eines scheint sich aus der Betrachtung abzuleiten: Die jeweils anzutreffende gesellschaftliche „Regulationsarmut“ in den betrachteten Regionen (vor allem wenig oder noch nicht ausgereifte rechtliche Grundlagen für planerisches Handeln) war ein zumindest mittelbar wirkender Motor für die Entfaltung von Planungsstrukturen und bestimmten Ergebnissen, die offenbar nur wegen dieses Fehlens übergeordneter Regularien in diesen Zeiträumen zustande kamen.

Nun scheint gegenwärtig so etwas wie „Normalität“ in der räumlichen Planung eingetreten zu sein. Die förmlichen Planwerke sind in den Ländern, die „Mitteldeutschland“ tangieren, erstellt und werden rhythmisch fortgeschrieben. Die Planungsstrukturen sind geschaffen und werden im Zuge von gebietlichen Reformen angepasst. Neben diesen eher der linearen Planung zuzurechnenden Arten haben sich auch die nicht-linearen, wie die Regionalen Entwicklungskonzepte bzw. die Konzepte zur ländlichen Entwicklung, also projektbezogene, eher nicht-lineare Planungsarten etabliert. Aber nicht nur das. Auch die Sonderaktionen zur Schaffung von besonderen „Spiel-Räumen“ („Ausnahmeständen“), die „Internationalen Bauausstellungen (IBA)“ scheinen sich zu einem Dauerzustand zu verstetigen, wie sich in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen in den letzten Jahren bzw. aktuell zeigt.⁹³ Dies führt zu der Frage, inwieweit der historische Befund der vorliegenden Arbeit, der auf herausgehobene Zeiten und Ergebnisse abzielt, helfen

⁹³ Siehe www.iba-thueringen.de sowie Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr TMBLV (2011): Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025, Erfurt

kann, die aktuelle „Normalität“ zu befragen und tatsächlich Impulse für eine den Herausforderungen angemessene Planungsart zu finden. Der Indikator dafür dürfte die in den Planungen bzw. Ergebnissen ablesbare Fähigkeit sein, nicht reaktiv auf ablaufende Prozesse planend nur zu reagieren sondern, sich planend auf die den heute erkennbaren Tendenzen folgenden strategischen Entwicklungen einzustellen und entsprechende Aussagen zu treffen. Der historische Befund aus den 1920er Jahren offenbart einen ersten Beleg und das Projekt „Industrielles Gartenreich“ (mit den Einzelprojekten, z. B. „Ferroplis“), unterstreicht diese Annahme.

Diese, die Planung selbst betreffenden Charakterisierungen sind nicht zu trennen von den institutionellen Trägern. Ohne gesellschaftliche Verankerung kann keine disziplinäre Entwicklung erfolgen. Deshalb werden die Verbandsstrukturen aus den 1920er Jahren als entscheidende politische und wissenschaftliche Träger der kognitiven Prozesse erörtert. Diese wiederum sind nicht denkbar ohne Schlüsselfiguren, konkrete Personen, die die inhaltlichen und institutionellen Vorgänge inspirierten und umsetzten – im gesellschaftlichen Rahmen der fragilen Weimarer Demokratie. Die dabei auftretenden Gegensätze sind immanenter Bestandteil derartiger Entwicklungen, ja sogar deren Motoren. Im zweiten Teil der Arbeit erfolgt eine Verschiebung in der Darstellung zugunsten einer Diskussion der inhaltlichen Seiten der strategischen Planung – und dann das Bauhaus Dessau und die Folgejahre der „Wende“ von 1989/1990 gekoppelt. Dies erfolgt aus der Tatsache heraus, dass eine Analyse subjektiver Dimensionen des Konzeptbildungsprozesses eine andere Methode erfordert hätte und der Autor als zugleich Beteiligter daran in einer Doppelrolle gewesen wäre. Dieser Teil der Analyse steht noch auf der zu bearbeitenden Agenda. Mit dem Leitprojekt zur EXPO 2000, „Ferropolis“, wird dieses Schema jedoch durchbrochen und an dem konkreten wie komplexen Fall das System der Planung – und letztlich auch Realisierung durchgespielt.

Teil 1: Die 1920er Jahre

1. Grundlagen der Landesplanung: disziplingeschichtlicher Exkurs zur Stadtplanung (Städtebau) um 1910

1.1 Städtebau und Stadtplanung - klare und zugleich schillernde Begriffe⁹⁴

„Um 1910 hatte sich im deutschsprachigen Raum der Begriff ‚Städtebau‘ durchgesetzt. Dieser Begriff ist vielschichtig. Er vereint das dreidimensionale baulich-räumliche Sein wie die gestalt-, flächen- und prozessbezogene Planung - eine Unterscheidung, die diskutabel ist, wie Frick zu Recht herausarbeitet.⁹⁵ Städtebau bezieht sich demnach auf den übergeordneten Prozess zum Bau/Umbau der Stadt, ja zur Stadt- und Siedlungsentwicklung als einen gesellschaftlichen Vorgang generell, in welchen die Stadtplanung eingebunden ist, welche wiederum diesen, auch baulich-räumlichen Vorgang antizipiert. Städtebau also - aus historischer Perspektive betrachtet - bezeichnete die verschiedenen Ebenen des komplexen Gegenstands: die planerisch-gestaltende Tätigkeit, also den städtebaulichen Entwurf, den Prozess der Umsetzung, also den Bau der Städte, und schließlich die gebauten Resultate selbst. In diesem Sinne war Städtebau weit mehr als Stadtplanung und das Zeichnen von Entwürfen, mehr also als die Tätigkeit von Stadtplanern, Architekten, Ingenieuren und Landschaftsarchitekten. In anderen Ländern verwendeten die Autoren dafür oft „Town Planning“ oder, dem deutschen Städtebau vergleichbarer, „Urbanismus“ (Urbanisme, Urbanistica ...), aber auch „Civic Art“. Was damals *State of the Art* war, differenzierte sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend aus, nicht zuletzt durch Einflüsse des anglo-amerikanischen Sprachraums. So wurde

⁹⁴ Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 | 2010, Berlin, S. 018-019. Diese Passage des einleitenden Textes zum Ausstellungskatalog „Stadtvisionen 1910 | 2010“ (S. 016-027) wurde im wesentlichen vom Verfasser dieser Arbeit erstellt - natürlich auch im Diskurs mit den anderen Herausgebern bzw. Verfassern, wofür ein ausdrücklicher Dank gilt - und hier als einleitendes Kapitel vorangestellt.

⁹⁵ Frick, D. (2008): Theorie des Städtebaus, Tübingen, Berlin, S. 19 und 21 sowie Kegler, H. (1990): Stadtplanung – zur Genese einer wissenschaftlichen Disziplin, in: NTM 27 - 1, Leipzig, S.66

die fachliche Tätigkeit eher als „Planung“, der konkrete Bezug zur städtischen Architektur hingegen mit Städtebau bezeichnet. Hierfür hat sich vor allem seit den 1960er Jahren der Begriff des „Urban Design“ im nichtdeutschen Sprachgebiet eingebürgert.⁹⁶ Allerdings gibt es weder im internationalen noch im deutschsprachigen Raum eine einheitliche Definition. Das mag aus akademischer Sicht unbefriedigend sein, in der praktischen Tätigkeit ist diese Unschärfe nicht unbedingt hinderlich. Sie belegt auch den Wandel, dem die Disziplin ausgesetzt war. Dieser Wandel hat zu einer Fragmentierung dessen geführt, was um 1910 unter Städtebau verstanden wurde. Inzwischen sind unterschiedliche Disziplinen mit diesem Gegenstand befasst, vor allem Stadtplanung, Architektur und Landschaftsarchitektur, aber auch die Politikwissenschaft, die Soziologie, die Ökonomie und andere.“⁹⁷

1.2 Die Konsolidierung der Disziplin Stadtplanung (Städtebau) in Deutschland⁹⁸

Welch ein Auftritt einer neuen Disziplin! Mit der Städtebau-Ausstellung 1910 und dem vorausgegangenen Wettbewerb für Groß-Berlin präsentierte sich die junge Profession der Städtebauer erstmals in Gestalt von Plänen und Publikationen einer breiten Öffentlichkeit. Dieser Vorgang spielte sich nicht nur in Deutschland ab, sondern – in unterschiedlicher Ausprägung und zeitlicher Abfolge – in nahezu allen Industriestaaten um die Jahrhundertwende.

⁹⁶ Gindroz, R. (2003): The Urban Design Handbook, New York, London, S. 9. Das Planungsbüro „Urban Design Associates“ in Pittsburgh gehörte zu den ersten, die diese Bezeichnung offiziell trugen – ein Ausdruck für das Aufkommen dieses Begriffes, der auch im Zusammenhang mit den sozialen Reformbestrebungen in den USA in dieser Zeit gesehen wurde.

⁹⁷ Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 | 2010, Berlin, S. 018

⁹⁸ Beitrag von Kegler aus: Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 | 2010, Berlin, S. 088-091, vgl. zu diesem Themenfeld auch Kegler, H.: Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar 1987, und die dort angegebenen Quellen.

Den Anstoß für die Entstehung des Städtebaus moderner Prägung lieferten die Folgen der ungeheuren Urbanisierung der industriellen Zentren und der Hauptstädte, vor allem Paris, London und Berlin, in sozialer, technischer, ökonomischer und dann ästhetischer Hinsicht. Dabei verband sich die Problembewältigung, vor allem Fragen des Wohnungsbaus, der Kanalisation und des Verkehrs betreffend, mit der Befriedigung von Verwertungsinteressen am neu erschlossenen Grund und Boden der Städte, dessen planerische Grundlagen ausschließlich in der Vermessung und Absteckung des Bauerwartungslandes bestanden. So waren also zunächst Landmesser und Tiefbauingenieure sowie Bauordnungsbeamte (Baupolizisten) für den Städtebau zuständig. Die großen Stadterweiterungs- und Umbaupläne zur Mitte des 19. Jahrhunderts, etwa in Barcelona, Paris und Berlin wurden noch nicht von Architekten entworfen.⁹⁹

Mit der Gründerkrise nach 1873 begann eine Reflexion über die private Produktion der Stadt in verschiedenen fachlichen und politischen Kreisen einzusetzen. Der Bedarf nach systematischem Vorausdenken dessen, was in den Städten, vor allem in den Erweiterungsgebieten passieren soll, damit dieser Prozess technisch, sozial und rechtlich in gesicherten Bahnen verläuft, ließ erste wissenschaftliche Abhandlungen und leitende Grundsätze für die Baupolitik entstehen. Dieser Abschnitt kann als Initialphase für die spätere Disziplin Städtebau angesehen werden. Mit der 1876 in Berlin erschienenen, Bahn brechenden Publikation von Reinhard Baumeister (1833-1917) „Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung“ wurde in Deutschland der wissenschaftliche Grundstein für die Disziplin gelegt.¹⁰⁰ Der Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine fiel 1874 in Berlin eine Schlüsselrolle zu. Hier hatte Baumeister erstmals „Thesen über Stadterweiterungen“ vorgelegt, die, nach kontroversen Debatten, dann als Fundament für das Buch und für die weitere Herausbildung der

⁹⁹ In Spanien erschien bereits 1867 das Grundlagenwerk „Teoría General de la Urbanización“ des Bauingenieurs Ildefons Cerdà (1815-1876).

¹⁰⁰ Baumeister, R. (1876): Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung, Berlin

Disziplin wegbereitend wirkten.¹⁰¹ Hinzu kam namentlich die Vereinigung der Gesundheitspflege, die sich vor allem bei dem Kongress 1875 in München mit „Leitsätzen für Neubauten in neuen Quartieren größerer Städte“ beschäftigte und den Anstoß für eine städtebauliche Hygienedebatte gab. Außerdem fanden ingenieurtechnische Abhandlungen zum Straßen- und Eisenbahnbau Eingang in die übergreifende Planungsdiskussion. Hier spielte August Orth (1828-1901) mit seiner Denkschrift für „Eine Berliner Centralbahn“, 1871, sowie weiteren Schriften, die sich auf die Reorganisation des Berliner Bahn- und Straßensystems bezogen, aber übergreifende Bedeutung besaßen, eine große Rolle. Städtebau war in dieser Phase noch stark ingenieurwissenschaftlich geprägt.

Die ersten und komplexeren Handlungsanleitungen für die Planung von modernen Stadterweiterungen fanden nur in Ansätzen Eingang in die kommunale Planungs- und Baupraxis. Mit dem Preußischen Fluchtliniengesetz von 1875 wurde eine erste Änderung der bis dahin gültigen Minimalregelungen für die Stadterweiterungen fixiert. Da im Gefolge der Depression von 1873/74 die Bautätigkeit ohnehin zurückgegangen war, konnte die Anwendung der neuesten Planungserkenntnisse nur begrenzt Erfolge zeitigen. So hieß es zum Beispiel in der Deutschen Bauzeitung 1891: „Die meisten Stadtgemeinden Hessens bauen noch heute ohne Bebauungsplan.“¹⁰² Außerdem waren Medien für die Verbreitung dieser Erkenntnisse und Institutionen für die Ausbildung von entsprechenden Fachleuten noch kaum vorhanden. Zu denen, die die vorliegenden Kenntnisse schon sehr früh, in den 1880er Jahren, anwandten, gehörte der Aachener Stadtbaumeister Josef Stübben (1845-1936). Mit seinem 1890 erschienenen, später noch zweimal aufgelegten (1907 und 1924) Handbuch „Der Städtebau“¹⁰³ gab er der Entstehung der Disziplin einen entscheidenden Impuls. In diesem umfassenden, bis heute anregenden Werk hatte

¹⁰¹ Baumeister, R. (1874): Thesen über Stadterweiterungen, in: Deutschen bauzeitung (DBZ), 67, S. 265

¹⁰² (Ohne Autor): Über ein zentral-Tiefbauamt, in: Deutsche Bauzeitung, Berlin 1891, 46, S. 280

¹⁰³ Stübben, J.(1890): Der Städtebau, Darmstadt

er seine Erfahrungen aus praktischer Planungstätigkeit in Aachen, Köln und Berlin systematisch und anschaulich mit vielen Beispielen und 995 Abbildungen dargelegt. Stübben schuf damit auch den Prototyp späterer Handbücher.

Ein Jahr zuvor hatte Camillo Sitte sein heute sehr viel bekannteres Buch „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“¹⁰⁴ vorgelegt, das zu einem Bestseller wurde und bis 1909 in Deutschland vier Auflagen zeitigte. Mit diesem Buch schlug Sitte eine Brücke zur gestalterischen Dimension der werdenden Disziplin. Anhand zahlreicher empirischer Befunde von städtebaulichen Ensembles mittelalterlicher, vor allem aber von Renaissance- und Barockstädten, leitete er eine fundamentale Kritik am ingenieurwissenschaftlichen Städtebau der vorangegangenen Dekaden ab und forderte die ästhetische Qualität im Städtebau ein. Dafür legte er auch methodische Ansätze vor. Mit dieser veränderten Auffassung von Städtebau reklamierte Sitte faktisch die Hegemonie der Architekten für die neue Disziplin. Seine Schrift wurde von der Fachwelt umgehend bei den ersten großen städtebaulichen Wettbewerben aufgegriffen. Ein wesentlicher Protagonist hinsichtlich der Verbreitung der Auffassungen von Sitte war Karl Henrici (1842-1927). Beim Wettbewerb für die Stadterweiterung von Dessau (1890) berücksichtigte er erfolgreich die neuen gestalterischen Prinzipien. Noch weiterführender sollten dann Henricis Vorstellungen von einem künstlerischen Städtebau beim Wettbewerb für die Stadterweiterungen für München 1893 werden. Damit schuf er später vielzitierte Vorbilder. Mit der Definition des „städtebaulichen Raumes“ umriss er die morphologischen Elemente der Stadtbaukunst und führte Sittes Ansätze weiter.¹⁰⁵

Mit Baumeister, Orth, Sitte, Stübben und Henrici hatte die Disziplin Städtebau im deutschsprachigen Raum im Wesentlichen seine Gründergeneration gefunden. Während der sich bis etwa 1910 erstreckenden nächsten Phase der disziplinären

¹⁰⁴ Sitte, C. (1889): Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätze, Wien

¹⁰⁵ Henrici, K.(1904): Beiträge zur praktischen Ästhetik im Städtebau: eine Sammlung von Beiträgen und Aufsätzen, München, S. 3 (Erstveröffentlichung einzelner Artikel darin 1891)

Konsolidierung traten neue Personen hinzu, die dem Städtebau in der öffentlichen Wahrnehmung und wissenschaftlich-künstlerischen Ausgestaltung zum Durchbruch verhelfen. Qualitativ und quantitativ begannen sich ab etwa 1890 die Aktivitäten zur städtebaulichen Planung signifikant auszuweiten. Die Zahl der Veröffentlichungen zu Städtebauthemen in verschiedenen baurelevanten Zeitschriften explodierte. Zwischen 1890 und 1910 erschienen etwa 500 Artikel zum Städtebau, eine für damalige Verhältnisse enorme Zahl. Sie bereiteten den Weg für die Gründung einer eigenen Fachzeitschrift, „Der Städtebau“, die ab 1904 erschien¹⁰⁶ und zum Sammelpunkt für die Fachdebatte wurde – ein deutliches Zeichen disziplinärer Emanzipation. Als Herausgeber fungierten Camillo Sitte, der jedoch das Erscheinen nicht mehr miterleben konnte, und Theodor Goecke (1850-1919), eine der für diese Phase der disziplinären Entwicklung maßgeblichen Personen. Weitere Indizien für die Konsolidierung der Profession waren die steigende Zahl von Vereinigungen, die sich städtebaurelevanten Themen widmeten, Konferenzen und Ausstellungen, welche besonders ab 1903, der ersten deutschen Städteausstellung in Dresden, zunahmen, aber auch die Zahl von städtebaulichen Wettbewerben, die ab 1905 deutlich stieg und nach dem Berliner Wettbewerb (1908-1910) noch einmal wuchs.

Der entscheidende Durchbruch zu einer eigenen Disziplin erfolgte aber mit der Aufnahme einer spezifischen Lehrtätigkeit. Für den Städtebau begann diese mit den „Städtebaulichen Vorträgen“ an der Technischen Hochschule zu Berlin ab 1908. Die Initiatoren dieser Fortbildungskurse waren der Architekt Felix Genzmer (1856-1929) und der Ingenieur Josef Brix (1859-1943). Darin spiegelte sich die doppelte, auch konkurrierende disziplinäre Herkunft des Städtebaus wider. Die Städtebaulichen Vorträge umfassten bis 1920 fast 70 Veranstaltungen zu städtebauhistorischen, ästhetischen, technischen, ökonomischen, juristischen, hygienischen und sozialen Fragen der Planung und Gestaltung von Städten. Der selbstständigen Städtebaulehre an der TH Berlin-Charlottenburg folgten dann reguläre Lehrangebote

¹⁰⁶ Die Zeitschrift erschien im Ernst Wasmuth Verlag in Berlin, der sich zu einem der profiliertesten Bau- und Städtebauverlage entwickelte.

zum Städtebau ab etwa 1910 in Danzig, Dresden, München und Aachen, wobei städtebaurelevante Themen zu dieser Zeit Eingang in fast alle Architektur- und Bauingenieurstudiengänge der Technischen Hochschulen im deutschsprachigen Raum fanden. Damit hatte sich auch der Begriff „Städtebau“ durchgesetzt und öffentlich etabliert. Er galt sowohl für die planende und gestaltende Tätigkeit, wurde aber auch für den realen Bauprozess der Stadt verwendet.

Zu den Merkmalen einer Disziplin gehört aber nicht nur ihr Institutionalisierungsgrad. Das Fachwissen verdichtete sich nach der Sammlung von Einzelerkenntnissen, wie sie in den ersten Handbüchern ihren Niederschlag gefunden hatten, zunehmend in einem Paradigma, einer leitenden Grundvorstellung. Diese entstand im Gefolge der Berliner Ausstellung und in der breiten Diskussion über deren Ergebnisse in Gestalt der „Dezentralisierung“, der satellitären Stadtentwicklung als Modell für die Lenkung des explosionsartigen Wachstums der industriellen Stadtregionen. Sie wurde dann aber erst in den 1920er Jahren praktisch wirksam. Noch um 1910 konkurrierten zwei Modelle miteinander, das Modell der rationalisierten kompakten, urbanen Stadt und das neue Modell einer dezentralen Entwicklung, einer verallgemeinerten Suburbanisierung, und Protagonisten wie Theodor Goecke oder Gustav Langen (1878-1954), der dann zu den Vollendern des disziplinären Aufbaus¹⁰⁷ gezählt werden kann, versuchten eine Verknüpfung dieser beiden Modelle. Darüber hinaus setzte kurz vor dem 1. Weltkrieg eine erste, noch zaghafte, Ausdifferenzierung der Disziplin ein, die mit den ersten Ansätzen zur Landesplanung ihren Ausdruck fand.¹⁰⁸ Mit den Arbeiten von Hoepfner oder Brunner, zwei wichtigen Figuren in der wissenschaftlichen Debatte der Endphase der Disziplinbildung, Mitte der 1920er Jahre kann so etwas wie eine finale Grundlegung des wissenschaftlichen Gebäudes

¹⁰⁷ Zugleich wurde er in den 1920er Jahren einer der Gründer der wissenschaftlichen Landesplanung.

¹⁰⁸ Hier sei stellvertretend auf Robert Schmidt und seinen Beitrag zur Konstituierung der regionalen Planung im Ruhrgebiet verwiesen: Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen. Diese beginnende Ausdifferenzierung war ein untrügliches Indiz für die Etablierung der Disziplin Stadtplanung/Städtebau. Der eigentliche Ausdifferenzierungspunkt, d.h., die relative Abspaltung der Landesplanung, lag erst um 1923.

zum Städtebau (Stadtplanung) konstatiert werden, welche auch als Basis der Argumentationen für die Landesplanung gelten kann. Von beiden (Hoepfner und Brunner) wurden, jeweils unterschiedlich akzentuiert, systematisch die Begriffe und das Verständnis des Planens dekliniert und diese in übergreifende gesellschaftliche Zusammenhänge, zuletzt vor allem zur Wirtschaft, eingeordnet.¹⁰⁹ Die Begrifflichkeiten fungieren als Indizien für eine Konsolidierung nicht nur der Disziplin schlechthin, sondern auch als der Ausdruck eines Selbstverständnisses im Planungsdenken gegenüber anderen Fachgebieten. Direkten Bezug darauf nahm dann Gustav Langen, eine Schlüsselfigur der entstehenden Landesplanung, als er 1927 schrieb: „Die großen Gesichtspunkte des neueren Städtebaus, die nacheinander in den verschiedenen Entwicklungsabschnitten in den Vordergrund treten, sind Hygiene, Kunst, Soziologie und Wirtschaft.“¹¹⁰ Damit begann zugleich eine Selbstreflexion der Disziplin – ein wichtiger Ausgangspunkt für eine inhaltliche wie strukturelle Weiterentwicklung.

Die institutionelle Karriere der Disziplin war jedoch nicht nur auf Deutschland beschränkt. Vor allem von England, wo zwei der konzeptionellen Vordenker der Gartenstadtidee wirkten, Ebenezer Howard (1850-1928) und Raymond Unwin (1863-1940), dem zugleich wichtigsten englischen Praktiker und Theoretiker sowie praktischen Gestalter der ersten Gartenstadt, gingen starke Impulse für die internationale Städtebauentwicklung aus. Aber auch in den Niederlanden, in Skandinavien, Frankreich und Italien gewann die städtebauliche Disziplin an Bedeutung, was sich auch in den Veröffentlichungen und Teilnehmerzahlen von

¹⁰⁹ Hoepfner, K.A. (1928): Grundbegriffe des Städtebaus, 2. Band. Er führt hier seine Ausführungen aus dem 1. Band von 1921 weiter. Er fordert und umreißt in seinem Werk – ganz im Gebäude des Determinismus stehend, dass sich „Regeln, Systeme, Gesetze aus der Erforschung der Bedürfnisse ... (für die Gestaltung der Städte) ... logisch und Beweis entwickeln lassen“ (S. III Vorwort).

Brunner, K.H. (1925): Baupolitik als Wissenschaft, Wien. Brunner hingegen ordnet den Städtebau zwischen Bautechnik und Sozialökonomie ein: „soziale Baupolitik: die technische Realisierung der modernen, universalistischen Gesellschaftsordnung“ (S. 45) und definiert die Berufstätigkeit im Städtebaus als „organisierende, nach großen Gesichtspunkten disponierende oder verwaltende Tätigkeit“ (S. 63).

¹¹⁰ Langen, G. (1927): Stadtplan und Wohnungsplan vom hygienischen Standpunkt, Leipzig, Vorwort.

Kongressen und Ausstellungen niederschlug. In den USA prägten Landschaftsarchitekten wie Frederick Law Olmsted Sr. (1822-1903) und vor allem Olmsted Jr. (1870-1957), aber auch Ingenieure und Sozialreformer die Disziplin Stadtplanung theoretisch wie praktisch. Mit den USA begann in dieser Zeit ein zunehmender Austausch. Insbesondere die Projekte für große und kleine urbane Parks fanden in Europa großes Interesse. Stadtplanung (Städtebau) war zu einer internationalen Disziplin geworden. Deutschland gehörte zu den führenden Ländern im Grad der Institutionalisierung und der Qualität des städtebaulichen Fachwissens und zu einem maßgeblichen Impulsgeber auch auf der internationalen Bühne. Und Berlin war das deutsche Zentrum der neuen Disziplin. Ihr kognitives Rüstzeug hatte die junge Disziplin bis zum 1. Weltkrieg aufgebaut, das mit der Vorstellung einer durch Dezentralisierung zu kanalisierenden Entwicklung der Städte ihren Hauptausdruck fand, der dann gleitend zur Landesplanung führte.

2. Die Dezentralisierungsdebatte in Deutschland und die Ausstellung in Götting, 1923

2.1 Die Dezentralisierungsdebatte in Deutschland – Entstehung des kognitiven Kerns für die Landesplanung in Mitteldeutschland bis 1923¹¹¹

„Von wesentlich tieferen Ideen als die Agrargesetzgebung wird die auf dem Boden der Selbsthilfe erwachsene Gartenstadtbewegung getragen, die das Problem der Dezentralisation der Bevölkerung durch Schaffung in sich geschlossener Wirtschaftskörper lösen will. Die durch das Buch von Ebenezer Howard „Garden Cities of to-morrow“ ausgelöste Bewegung ist die natürlich Reaktion gegen die bis auf die Spitze getriebene Citybildung sowie gegen die in jahrhundertelanger Entwicklung herausgebildete eigenartige Agrarverfassung. In theoretischer Beziehung bedeutet sie den Ausbau und die Verwirklichung der Bodenreformtheorien des verflossenen Jahrhunderts.“¹¹²

Um 1910 kulminiert die Dezentralisierungsdebatte in der sich herausbildenden Disziplin Stadtplanung in Deutschland: Ihr Paradigma hat konkrete Gestalt angenommen: die Planung einer dezentralen Entwicklung der großen Städte mittels Bildung satellitärer „Nebenmittelpunkte“. Herausragender Kulminationspunkt ist die große Berliner Städtebauausstellung 1910, der der Wettbewerb für die zukünftige Entwicklung der Reichshauptstadt vorausgegangen war.¹¹³ In der Folgezeit bis

¹¹¹ Grundlage dieses Abschnittes ist ein unveröffentlichter Beitrag des Autors von 1990/2001.

¹¹²Niehus, H. (1910): Geschichte der englischen Bodenreformtheorien, Leipzig. zit. nach: Berlepsch-Valandes (1912): Die Gartenstadtbewegung in England, München, Berlin, S. V

¹¹³ Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910 - 1970, Berlin, S. 55-60. Berlin war für die fachliche Debatte das Anschauungsbeispiel in Deutschland für die Suburbanisierung, beginnend mit der Erschließung des Südwestens Ende des 19. Jahrhunderts, und schließlich ab 1925 mit dem umfassenden Siedlungsbau. So wurde bereits 1892 durch den Unternehmer Carstenn ein Plan für eine „Berlin-Potsdamer-Gartenstadt“ vorgelegt – vielleicht ein Vorläufer späterer Satellitenplanungen entlang der Radialen der Großstadt.

Anfang der 1920er Jahre formt sich diese Vorstellung eines gelenkten Stadtwachstums zu jener bestimmenden Leitvorstellung, die die räumliche Planung bis in die Gegenwart prägt, ja geradezu eine Renaissance am Anfang des 21. Jahrhunderts erfährt.¹¹⁴

Die Vorläufer der Dezentralisierungsdebatte ab etwa 1870

„Wir sprechen alle Tage von Dezentralisation ...“¹¹⁵

Bereits 1870 war, schenkt man solchen euphorischen Äußerungen Glauben, das Thema Dezentralisation ein debattiertes Feld. Die Disziplingenese der Stadtplanung begleitete latent seit ihrem Beginn um 1870 die Dezentralisierungsfrage. So eröffnete Ernst Bruch bei seiner Erörterung um die Zukunft von Berlin eine Aussicht auf eine dezentrale Entwicklung für die sich gerade emanzipierende Großstadt. Getragen von liberalen ökonomischen und kulturellen Vorstellungen unterbreitete er pragmatische und empirisch begründete – verbal dargestellte – Lösungsvorstellungen für eine sich abzeichnende Entwicklung.¹¹⁶ Dies griff durchaus weiter als der 15 Jahre zuvor entworfene große Fluchtlinienplan von Hobrecht für die Entwicklung Berlins.¹¹⁷ Dennoch dominierte die Frage nach einer Lösung aktueller Planungsprobleme des durch den gründerzeitlichen Boom ausgelösten und als chaotisch empfundenen Städtebaus die Debatte. Einer inneren Logik der sich daraus ergebenden Handlungszwänge folgend, begann sich die Disziplin Stadtplanung herauszubilden: Die Funktionsfähigkeit der bestehenden größeren Städte in sozialer, kommunalpolitischer, technischer, hygienischer und ästhetischer Hinsicht schien gefährdet; es musste ‚Ordnung‘ geschaffen werden.

¹¹⁴ Calthorpe, P.; Fulton, W. (2001): The Regional City, Washington, Covelo, London

¹¹⁵ Windthorst, zitiert nach Bruch, E. (1870): Berlins bauliche Zukunft und der Bebauungsplan, in: Deutsche Bauzeitung, 20, S. 159

¹¹⁶ Bruch, E. (1870): Berlins bauliche Zukunft und der Bebauungsplan, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 23, S. 185

¹¹⁷ Geist, J.; Kürvers, K. (1980): Das Berliner Mietshaus 1740-1862, München, S. 481-505

Mit dem ersten Handbuch für Stadterweiterungen 1876 (Reinhard Baumeister)¹¹⁸ und der sich in der städtebaulichen Praxis durchsetzenden Zonenordnung (ringförmigen Erweiterung der Städte) zielte die Planung auf die Regelung vornehmlich der stadttechnischen, hygienischen und rechtlichen Fragen, die sich bei der Ausdehnung der Städte in ihr Umland ergaben. In den 1890er Jahren rückten die ästhetischen Dimensionen der Planung deutlich in den Vordergrund, erwiesen sie sich als ein gewisses Handicap bei der Vermarktung von städtebaulichen Projekten, aber auch bei der Suche nach angemessener Repräsentanz öffentlicher, städtebaulicher Ensembles. Die Wettbewerbe dieser Zeit bringen dies in besonderer Weise zum Ausdruck. Sie sind jedoch Teil der sich durchsetzenden Bauzonenplanung.¹¹⁹ Dabei ging die „Vorortfrage“ in dieser Vorstellung der kompakten, sich ringförmig erweiternden Stadt auf. Dennoch enthielten Diskussionen in den sich in dieser Zeit mit der Berliner Bauordnung beschäftigenden berufsständischen Vereinen bereits Aspekte einer kritischen Auseinandersetzung mit der Zonenordnung. So verwies der Verein für öffentliche Gesundheitspflege in seinen Leitsätzen 1895 auf die „Notwendigkeit weiträumiger Bebauung“ und der Berliner Architektenverein forderte eine gesonderte Behandlung der Vororte in der zu überarbeitenden Bauordnung.¹²⁰

Aus dem gesamten Arsenal des in den 1890er Jahren sich entwickelnden Planungswissens ist besonders das Modell der sog. „gemischten Bauweise“ hervorzuheben.¹²¹ Diese Bauweise war als ein städtebauliches Quartierskonzept

¹¹⁸ Baumeister, R. (1876): Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung, Berlin, S. 83

¹¹⁹ Rodriguez-Lores, J. (1985): Die deutsche Bauzonenplanung, in: Architektur und Planung der Großstadt, Aachen, S. 58-90

¹²⁰ Vgl. Die Bauordnung für die Berliner Vororte im Architekten-Verein zu Berlin, in: Deutsche Bauzeitung, 16, S. 93-95 sowie Leitsätze des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege über die Notwendigkeit weiträumiger Bebauung (1895), in: Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege, Braunschweig, S. 1-2

¹²¹ Kegler, H. (1989): Stadtplanung um 1900: Konzeption der „gemischten Bauweise“ als planerischer Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Wohnungsfrage unter kapitalistischen Verhältnissen; in: Neue Bauhaushefte, Berlin/Dessau, 1, S. 69-75

entwickelt worden, um eine Verdichtung von Baublöcken zu erzielen und damit eine Alternative zu den in Misskredit geratenen Hinterhöfen anzubieten, die insbes. in Berlin offenkundig zu sozialen und hygienischen Problemen führten. Dieses Modell wurde später in der gesamtstädtischen/regionalen Dezentralisierungsplanung wieder aufgegriffen. Darüber hinaus gewannen die im Zuge an Fahrt gewinnende industrielle Entwicklung in den 1890er Jahren, und das damit einher gehende städtische Wachstum, die entstehenden suburbanen Gebiete an Bedeutung, die vor allem durch die Vorortbahnen befördert wurden. Dieser Vorgang war zuerst in England zu beobachten, griff dann aber auf den Kontinent über. Diese für die Mittelschichten attraktiv werdende suburbane Bebauungsart wurde in Deutschland durch die Stadterweiterungsbauordnungen befördert.¹²² Allmählich begann sich in der Fachwelt in Deutschland die Vorstellung von der ringförmigen Erweiterung der Städte auf zugunsten locker verteilter wenig geschossiger Bebauung zu wandeln; das Modell der „Gemischten Bauweise“ konnte auch dezentral eingesetzt werden. Ähnliche Tendenzen zeigten sich in den USA, jedoch etwas früher.¹²³

Der Wendepunkt: Die Deutsche Städte-Ausstellung 1903 in Dresden

Diese erste „Bauausstellung der Städte ..., in der der Städtebau einen großen Raum einnahm“¹²⁴ fungierte als eine Bestandsaufnahme des in der Stadtentwicklung Erreichten, vornehmlich in Deutschland. Sie war aber auch international gesehen eine der ersten dieser Art. Die Städte stellten sich in dieser Ausstellung erstmalig seit dem Beginn der Industrialisierung als eigenständige politische Institutionen und

¹²² Sutcliffe, A. (1980): Vorstadtplanung im Vergleich mit anderen Ländern: Die geplante Wanderung an die Peripherie um die Jahrhundertwende, Stadtbauwelt 65, S. 50-51. Hier wird zum ersten Mal der Zusammenhang von Beginn der Suburbanisierung in Deutschland und die allmähliche Wahrnehmung dessen durch die maßgeblichen Fachleute in den 1890er Jahren nachgewiesen.

¹²³ Hayden, D. (2003): Building Suburbia, New York, S. 61-70. Hier wird - stellvertretend – der 'Klassiker' suburbaner Ansiedlungen, "Riverside", Illinois, von Olmsted 1869 geplant, vorgestellt, als Prototyp für die beginnende Suburbanisierung in den 1850er/60er Jahren. Diese gewannen dann um 1910 auch im transatlantischen Austausch für Europa/Deutschland an prägender Kraft.

¹²⁴ Goecke, T. (1904): Rückblicke auf die deutsche Städtebauausstellung in Dresden, in: Der Städtebau, 1, S. 13

als baulich-soziales „Produkt“ vor, also eine Art Selbstverständigung, die geeignet war, die Stadt als ein ganzheitliches und vielfältiges Phänomen für die Verwaltung, die Wirtschaft, für die jeweiligen Fachleute und die Bewohner in der Öffentlichkeit bewusst zu machen.¹²⁵ Wesentlicher Teil dieser Schau war die Plansammlung deutscher Städte, die als kollektionierende Institution spätere „Wissensspeicher“ der Disziplin vorwegnahm. Eine Problematisierung der Stadtentwicklung erfolgte durch diese Ausstellung nur indirekt – es sollten vor allem die kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge sowie das Selbstbewusstsein der Städte demonstriert werden. Die Rolle der kritischen Reflexion übernahmen die vor und während der Exposition abgehaltenen Vortragsveranstaltungen. Erstmals wandten sich dabei Vertreter verschiedener Wissenschaften (Nationalökonomie, Geographie, Soziologie, Statistik, Verkehrstechnik) vereint dem Problem Stadt, insbesondere Großstadt, zu, um Anregungen für eine „planmäßige Verwertung derselben und der Aufstellung von Grundsätzen für zielbewusstes Handeln“ zu geben.¹²⁶

Eine sich entwickelnde urbanistische Wissenschaft trat in das Kontaktfeld der sich formierenden Planungsdisziplin.¹²⁷ Aus Sicht der Gesellschaftswissenschaften wurden in mehreren Vorträgen orientierende Positionen und Tendenzen des Phänomens „Großstadt“ dargestellt.¹²⁸ Sie gaben zumeist hypothetische Anschauungen und deduktive Schlüsse wieder oder waren reminiszierend und beschreibend. Der Hauptbeitrag dieser Vortragsreihe, die in einem Sammelband erschien, bestand in der Bündelung des Wissensstandes zur Großstadtentwicklung, in welches auch internationale Tendenzen einfließen, so z. B. aus den USA. Es war das erste Auftreten der Stadtforschung und ein markantes Ereignis für die sich herausbildende Stadtplanung in Deutschland. Einer der Protagonisten dieser

¹²⁵ Wuttke, R. (1904): Die deutschen Städte, Leipzig, Bd. 1, S. XI, XIX, XX, XXI

¹²⁶ Büchner, K. (1903): Die Großstadt in Gegenwart und Vergangenheit, in: Die Großstadt, Dresden, S. 3

¹²⁷ Pfeil, E. (1972): Großstadtforschung, Hannover, S. 57ff

¹²⁸ Mayr, G. v. (1903): Die Bevölkerung der Großstadt, in: Die Großstadt, Dresden, S. 97

Entwicklung, Theodor Goecke, brachte die Situation für die Fachwelt auf den Punkt: „Die Plötzlichkeit in der Entwicklung unserer Städte hat unsere Techniker fast unvorbereitet getroffen; es fehlen praktische Erfahrungen und künstlerische Anschauungen, wissenschaftliches Rüstzeug zur Vertiefung in die Aufgabe.“¹²⁹

Die in den Vorträgen vertretenen Positionen zur Großstadtentwicklung beinhalteten in räumlich-sozialer Beziehung zusammenfassend Folgendes:

- die Notwendigkeit eines endlosen Wachstums der Städte,
- die Wandlung des Stadt-Land-Gegensatzes in eine neue kulturelle Qualität,
- das Ende der traditionellen Stadt steht bevor; die Großstadt übernimmt die führende Rolle für die „geistige“ Entwicklung der Gesellschaft,
- die Städte und Siedlungen stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander,
- der Verkehr übernimmt die Rolle eines Vermittlers dieser Entwicklung,
- bei der Dezentralisierung des Wohnens wird das amerikanische Landhaus als Vorbild empfohlen,
- eine strahlenförmige Stadtausdehnung wird gegenüber einer konzentrischen tendenziell favorisiert.

Mit den letzten beiden Argumenten wird ein deutlicher Hinweis auf den Zusammenhang von Verkehrs- und Stadtentwicklung sowie auf den erstrebenswerten Charakter der dezentralen Bebauung gegeben: eine Entdichtung und Auflösung urbaner Strukturen.

Die Reflexion der Dezentralisierungsdebatte in der Zeitschrift „Der Städtebau“¹³⁰

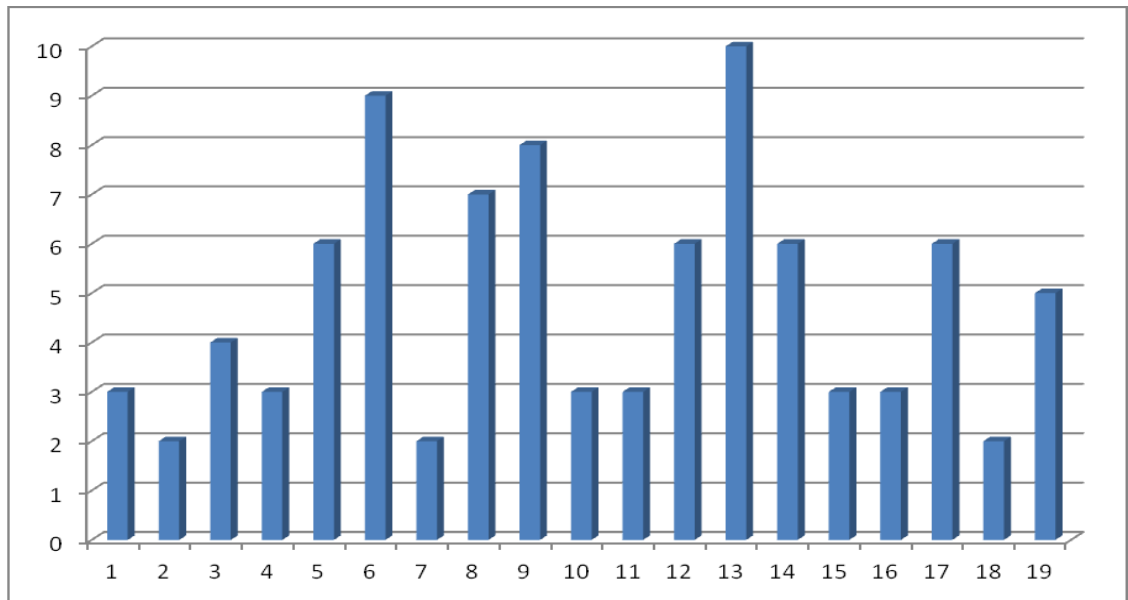
Die Zeitschrift wurde ein Jahr nach der Städteausstellung in Dresden im Jahr 1904 gegründet und von Theodor Goecke (zusammen mit Camillo Sitte) herausgegeben. Vor dem weiteren Verfolgen des inhaltlichen Weges der Debatte soll hier ihr quantitativer Verlauf in den Jahrgängen der ersten disziplinären Fachzeitschrift

¹²⁹ Goecke, T. (1904): Rückblicke auf die deutsche Städtebauausstellung in Dresden, in: Der Städtebau, 1, S. 13

¹³⁰ Die Grundlage für diese Analyse bildete die Erfassung aller Beiträge in der Zeitschrift „Der Städtebau“, Wasmuth Verlag in Berlin (Hrsg. Goecke, T. Sitte, C.), mit Bezügen zur Dezentralisierung in den Jahrgängen 1904 bis 1922 durch den Autor. Grafiken S. 98 und 70: eigene Darstellung.

Auskunft über mögliche Stadien und Kulminationspunkte geben und zugleich die inhaltlichen Akzente bzw. Entwicklungen aufzeigen. In der quantitativen Analyse können drei Faktoren unterschieden werden:

1. Die Anzahl der Beiträge zum Thema Dezentralisierung (Artikel bzw. Notizen):



In der Zeit zwischen 1904 und 1922 (19 Jahre) weisen die Jahre 1909 und 1916 die absoluten Spitzen aus.

Im Vergleich zu allen erschienenen Beiträgen (durchschnittlich 37 pro Jahr) umfassen diejenigen zur Dezentralisierung zwischen 10 und 25%. Zu anderen städtebaulich relevanten Fachthemen (z. B. Stadttechnik, Verkehr, Platzgestaltungen, Denkmale) erschienen jeweils durchschnittlich pro Jahrgang 3 bis 6 Beiträge (als ca. 5 bis 10%). Hauptgegenstand waren natürlich Artikel zu Planungen unterschiedlicher Art, die mit 10 Beiträgen den Spitzenwert umfassen, gefolgt von spezifischen Artikeln bzw. Notizen zur Dezentralisierung.

2. Die Anzahl internationaler Beiträge:

Durchschnittlich zwei Beiträge pro Jahr zu verschiedenen städtebaulichen Themen stammten von ausländischen Autoren. Davon umfasste etwa die Hälfte Themen, die im Zusammenhang mit der Dezentralisierung standen. Dies setzte sich auch im Weltkrieg fort, wenngleich mit Verschiebungen bzgl. der Herkunft der Autoren.

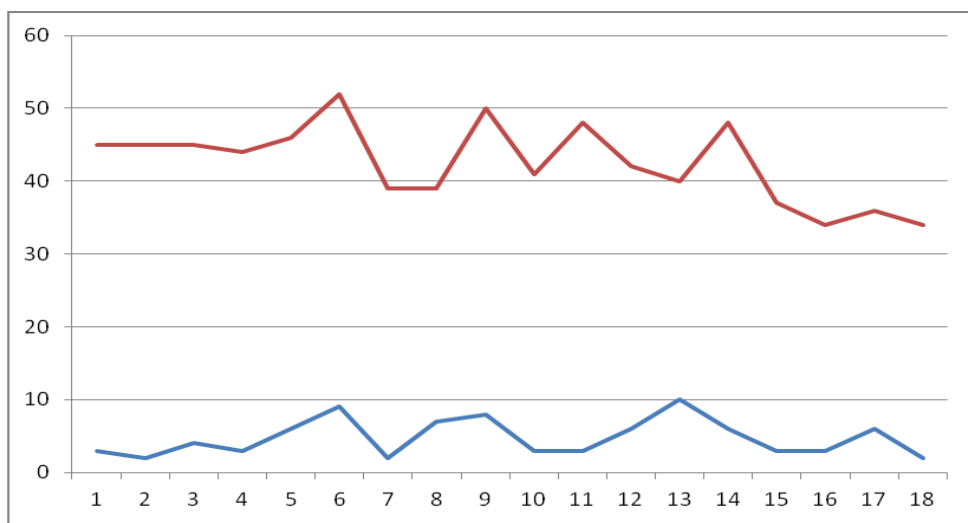
Darauf fußend, lassen sich in qualitativer Hinsicht vier Abschnitte der Dezentralisierungsdebatte ableiten, die jeweils den Reifegrad einer Widerspiegelung in der wichtigsten Fachzeitschrift umreißen:

1. Phase: 1904-1907 Einleitung der Dezentralisierungsdebatte im Städtebau
2. Phase: 1908-1912 Offenbarung der leitenden Ideen zur Planung (Paradigma)

3. Phase: 1913-1918 Ausgestaltung der planerischen Grundlagen und Diskurse

4. Phase: 1919-1923 Ausreifung der Grundlagen und Übergang zur Landesplanung

Innerhalb der 2. und 3. Phase liegen die (quantitativen) Höhepunkte: 1909 und 1911 bzw. 1916. Die zweite Phase (Offenbarung) lässt deutlich die Zeit vor und nach dem Berliner Wettbewerb von 1910 hervortreten. In der dritten Phase (Ausgestaltung) ergibt sich für 1916 ein solcher Bezugspunkt nicht. Die erste und vierte Phase scheinen einander zu ähneln, jedoch mit dem Unterschied, dass am Ende die begrifflichen und methodischen Konturen der Debatte klarer sind. Außerhalb der Spitzen widmet sich durchschnittlich 25% der Artikel und Notizen diesem Thema, d.h. pro Heft mindestens ein Beitrag. Es handelt sich also um ein allgegenwärtiges Thema, das Konjunkturen durchlief. Hinsichtlich der Internationalität der Debatte (und ihre Widerspiegelung in der Zeitschrift „Der Städtebau“) erscheint quantitativ eine wesentlich größere Homogenität vorzuliegen. Der zu vermutende radikale Einschnitt am Beginn des 1. Weltkrieges relativiert sich - er ist quantitativ kaum spürbar, erst gegen Kriegsende nehmen die Beiträge ab.



Die obere Kurve zeigt die Gesamtzahl der Artikel in der Zeitschrift „Der Städtebau“, die untere diejenigen zur Dezentralisierung darin in den 18 Jahrgängen zwischen 1904 und 1921¹³¹.

¹³¹ Es konnten nur 18 Jahrgänge untersucht werden, da dem Autor nicht alle Hefte des Jahrganges 1922 zur Verfügung standen. Das Gesamtergebnis der inhaltlichen Aussage wurde dadurch aber nicht

Interessant ist jedoch auch die territoriale Orientierung: Bis 1914 dominierte der Bezug auf England. Mit Beginn des Krieges übernehmen die USA die Rolle des Kontaktpartners, der mit Kriegsende und dann nach dem Krieg vor allem durch Skandinavien erweitert wurde. Parallel traten im Umfeld der ersten Spitze Österreich und die „Ostmark“ hervor. Im Weltkrieg verstärken sich - bis 1916 - Diskussionen über die „Oststaaten“. Es lassen sich also drei Regionen und drei Phasen in der Reflexion auf die internationale Dezentralisierungsdebatte feststellen. Ein „Raum-Zeit-Diffusionsmodell“¹³² des Dezentralisierungsgedankens zeigt drei ‚Gravitationszentren‘ (Deutschland, England und die USA), was nicht überrascht, aber einen Beleg für die kognitiven Impulsgeber liefert.¹³³ Betrachtet man den Autorenkreis¹³⁴, so zeichnet sich ab, dass

- der überwiegende Teil der Autoren kein Lehramt an einer Hochschule innehatte - es sich also meistens um Praktiker des Städtebaus handelte,
- die Autoren sich in den „Flügelkämpfen“ der Jahrhundertwende vorrangig im „ökonomischen Lager“ um Goecke und Eberstadt befanden,
- Goecke zugleich dominierender Autor der Zeitschrift und Wortführer dieser „Linie“ war und somit seine Auffassung nicht unwesentlich diesem Fachorgan und damit auch der Fachöffentlichkeit aufprägte,
- damit gleichzeitig ein gewisser Selektionsvorgang im Autorenkreis verbunden

beeinträchtigt. Auf der vertikalen Achse ist die Anzahl der Artikel verzeichnet; horizontal sind die Jahre 1904 (1) bis 1921 (18) angegeben.

¹³² Grishchenko, Y. (2007): Eine neue Klasse hybrider Innovationsdiffusionsmodelle: Ein theoretischer Vergleich mit existierenden Ansätzen und einer Analyse mit Simulationen und Realdaten, Diss. Humboldt-Universität, Berlin. Hier werden in einer Übersicht Diffusionsmodelle von Innovationen aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive diskutiert. Dieses Modell dient als Anregung für die vorgenommenen groben Einteilungen in Innovations-Gravitationszentren (Zentren des Diskurses und der fachlichen Ausstrahlung) für die Stadtplanungsdisziplin. Vgl. S. 12 ff Bezug zur Theorie von Rogers. Danach ist die „Innovationsdiffusion ein Prozess, durch welchen eine Innovation über bestimmte Kanäle zwischen Mitgliedern eines sozialen Systems über die Zeit kommuniziert ... und von Adoptionseinheiten als neu wahrgenommen wird.“

¹³³ Fischer, H. (1985): „Diffusion“ im geografischen Begriffsfeld, in: Naturwissenschaftliche Rundschau, Stuttgart, 7, S. 299-300

¹³⁴ Vgl. dazu: Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung: ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte; Schriftenreihe der HAB Weimar Nr. 5; Weimar (Dissertation), S. 61ff zu den differenzierten Auffassungslinien in der werdenden Disziplin (ganzheitliche, künstlerische bzw. ökonomische Planungsauffassung). Diese Differenzierung wurde durch die Analyse der Zeitschrift „Der Städtebau“ bzgl. der Dezentralisierungsfrage nunmehr weiter konkretisiert.

war, denn vergleicht man die Hauptautoren des Fachgebietes insgesamt mit denen der Zeitschrift „Der Städtebau“, so gibt es folgende Differenzen:

„Der Städtebau“:

1. GOECKE (bis 1919)
2. Wehl
3. Eberstadt
4. Geissler
5. Schmidtkunz

Das Fachgebiet insgesamt:

1. Stübgen
2. Sitte (bis 1904)
3. Baumeister
4. GOECKE
5. Henrici

- der Hintergrund solcher Differenzen auch in einem Generationswechsel zu suchen ist: Die Initiatorengeneration disziplinärer Entwicklung wird „verdrängt“ durch einen breiten Kreis disziplinärer Vollender. Die Generation der Träger, zu denen auch Goecke und Eberstadt gehören, fungierte als Vermittlergeneration,
- die Zeitschrift sich somit tendenziell zum Organ einer neuen (jungen) Generation von Stadtplanern/Städtebauern (70%) sowie Wissenschaftlern, Unternehmern und Politikern (30%) entwickelte – soweit das aus den Autorenangaben entnehmbar war, die zugleich Realitätssinn und theoretischen Anspruch in sich trugen,
- sich darin auch die Qualität Goeckes als überragende „Lehrerfigur“ der Disziplin äußerte, wie Bruno Taut feststellte: „Goecke war in der alten Schule ein Lehrer der neuen Schule“¹³⁵,
- der Autorenkreis (64 Autoren im fraglichen Zeitraum) heute zumeist unbekannte Namen enthält, die aber entscheidend für die Ausprägung des inhaltlichen Niveaus des Fachgebietes wirkten; auf ihren Leistungen bauten die Leistungen der 1920er Jahre auf, darunter auch Namen, die in der Autorenliste um 1920 bereits erscheinen: z.B. May, Mächler, Schumacher oder Schmidt.

Die führenden Autoren der Fachzeitschrift waren zugleich auch die Wortführer in der Dezentralisierungsdebatte, allen voran Theodor Goecke (bis zu seinem Tode 1919).¹³⁶

Die Perioden der Dezentralisierungsdebatte zwischen 1904 und 1923

Die Phase 1904 bis 1907: Einleitung

Auf der latenten Diskussion um eine wie auch immer zu gestaltende

¹³⁵ Taut, B. (1919): Theodor Goecke, in: Die Bauwelt, 34, S. 13

¹³⁶ Eine umfassende biografische Würdigung dieser Persönlichkeit steht immer noch aus.

Dezentralisierung der Stadtentwicklung fußend, begann die engere Debatte mit einer Vorbereitungsphase. Zunächst wurde der „Städtebau“ hinsichtlich des gesellschaftlichen Leitbildes der „modernen Kulturarbeit“ zugeordnet, also einer ganzheitlichen Gestaltungsaufgabe.¹³⁷ Diesen Anspruch näher definierend, formulierte Abendroth die zugleich Allgemeingültigkeit besitzenden Ansprüche für die Lösung der Großstadtfrage im Sinne einer Dezentralisierung:

- sozialpolitisch : „gründliche Wohnungsreform“;
- ökonomisch: „neue Absatzgebiete“ schaffen (Wachstumsförderung);
- eigentumsrechtlich: „Verstaatlichung allen Grund und Bodens“;
- politisch: Aussondern von „kommunistischen Rezepten“ der Stadtgründung und Zurückdrängen der Sozialdemokratie durch Berauben deren sozialpolitischer Argumente sowie
- räumlich: Anlage von dezentralen, geschlossenen Siedlungen als neue „Stadteinheiten“.¹³⁸

Die Debatte gründete sich zunächst auf dem widersprüchlichen und zugleich diffusen gesellschaftlichen Konzept eines reform- und kapitalorientierten Gemeindesozialismus. Ein diesen Ansatz begleitender Großstadtpessimismus spielte nur eine untergeordnete Rolle.¹³⁹ Realitätsbezug und Planungswille der Praktiker wirkten stärker. Außer der Gewissheit, einer „höheren Mission“ und den Nuancen des zeitgenössischen, reformerischen Gedankengutes verpflichtet zu sein, kann kein eigenständiges gesellschaftliches Leitbild des Fachgebietes für die Lösung der Großstadtfrage festgestellt werden. Ihr Schwerpunkt lag folgerichtig auf der räumlichen Seite der Dezentralisierung.

¹³⁷ Goecke, T. (1904): An unsere Leser, in: Der Städtebau, 1, S. 1

¹³⁸ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 2, S. 24-26; 3, S.50-51
Abendroth, in Hannover tätig, umreißt in diesen Beiträgen als erster das gesamte Spektrum der Aspekte einer Dezentralisierung der Großstädte, wobei er den städtischen Charakter des neuen, dezentralen Gebildes betont, also keiner einfachen Auflösung der Großstadt das Wort redet.

¹³⁹ Schulze-Naumburg, P. (1906): Kulturarbeiten, in: Der Städtebau, 9, S.113

Der entscheidende Ausgangspunkt für die Dezentralisierungsdebatte lag in der Polemik mit dem bereits um 1900 in die Kritik geratenen Zonenordnungsmodell (Ringmodell). Goecke leitete aus der Planung für Stuttgart, die dem Ringmodell verpflichtet war, die Frage ab: „Wer will überhaupt heute im Zeitalter einer ganz außerordentlichen Städteentwicklung einer Stadt eine Grenze ziehen und sagen, bis dahin dürfe sie sich noch als Stadt fühlen und ausgestalten, weiter draußen aber habe sie den städtischen Charakter abzustreifen und! allmählich aufzugehen im Lande?“¹⁴⁰ Theodor Fischer, den Planer von Stuttgart und München, indirekt angreifend, forderte Goecke anstelle des monozentrischen ein polyzentrisches Modell für die Planung der Stadt zu wählen, welches besser geeignet schien, soziale, ökonomische und kulturell-ästhetische Ansprüche der sich entwickelnden Großstadt zu realisieren.¹⁴¹ Die Begründung für diese Forderung lieferten die ökonomischen Zwängen gehorchenden Modifizierungen der Zonenordnungspläne der Städte Halle und Magdeburg. Hier ließ man, abweichend vom Ringmodell, an bestimmten wichtigen Straßen höhere Bebauung als im Umfeld zu. Dieser „Notbehelf“ der Praktiker, die den Verwertungsambitionen des Bodenkapitals spontan Folge leisteten, gab das Argument für den auf eine neue kognitive Stufe der Planung zielenden Vorschlag Goeckes.¹⁴² Abendroth stellte deutlich den methodischen Unterschied der Planungen heraus: „Die einzelnen Radial- und Ringstraßen werden also bei dieser (auf Dezentralisierung angelegten HK) Stadtanlage nicht von dem Stadtinneren nach außen hin, sondern genau umgekehrt angelegt und besiedelt.“¹⁴³ Damit setzten sich die Planungspraktiker auch von dem Gartenstadtmodell Howards ab, indem sie die bestehende Stadt erhalten und „lediglich“ durch städtische Tochterstädte entlasten wollten und dabei die

¹⁴⁰ Goecke, T. (1904): Zur Stadterweiterung von Stuttgart, in: Der Städtebau, 4, S.54

¹⁴¹ Goecke, T.(1905): Von den Beziehungen der Zonenbauordnung zum Bebauungsplan, in: Der Städtebau, 1, S. 3, 4

¹⁴² Goecke, T. (1905): Von den Beziehungen der Zonenbauordnung zum Bebauungsplan, in: Der Städtebau, 1, S. 4

¹⁴³ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 3, S. 34

Ansiedlungstendenzen der Industrie dezidiert berücksichtigten.¹⁴⁴

Ein zweiter Impuls für die Forcierung der Dezentralisierungsdebatte kam aus der „planlosen“ Situation Berlins. Nachdem zur Jahrhundertwende der Hobrecht-Plan baulich erfüllt war, entstand im Erweiterungsgebiet der Stadt ein Defizit zusammenhängender Planungen. Diesen Zustand verallgemeinernd, konstatierte Goecke das Fehlen eines „leitende(n) Gedanke(ns) für das Ganze“.¹⁴⁵ Dieser, geradezu als Makel auch für das Fachgebiet empfundene Zustand der Hauptstadt löste in der Folgezeit Bemühungen aus, die den disziplinären Fortschritt (mit)bewirkten.

Die in den 1890er Jahren hervorgebrachten Detailkenntnisse schufen ihrerseits einen Druck auf die Entwicklung eines adäquaten, ganzheitlichen Modells. Zunächst warb Goecke für sein Modell der „Gemischten Bauweise“, das er als geeignet wählte, die „gewaltsame und künstliche Maßregelung“ der Zonenordnung bezüglich der städtischen Teilgebiete überwinden zu helfen.¹⁴⁶ In methodischer Hinsicht hatte sich die Zonierung (rationaler Kern der Zonenordnung) sukzessive in der Praxis und deduktiv durch die Verfechter rechtlicher Planungsinstrumentarien bis etwa 1900 herausgebildet. Im Reflex sozialer Segregationsprozesse in den Städten und die Erfahrungen der Planungspraxis aggregierend, wurden ausgereifte Zonierungsmodelle für die städtische Entwicklung vorgelegt. Herausragend war das Modell von Hercher für eine sozial-funktionell zonierte Stadterweiterung, das als beispielgebende Lösung der neuen Art von Stadterweiterung, nämlich der Bildung „in sich geschlossene(r) Ansiedlungen ..., Filialen der Großstadt“ gelten könnte.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 1905, 3, S. 36, 38

¹⁴⁵ Goecke, T.(1906): Zur Beschaffung eines Gesamt-Bebauungsplanes für Groß-Berlin, in: Der Städtebau,7, S. 85

¹⁴⁶ Goecke, T.(1905): Von den Beziehungen der Zonenbauordnung zum Bebauungsplan, in: Der Städtebau,1, S.4

¹⁴⁷ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 3, S. 33

Ein vehement vorgetragenes Argument für eine Erneuerung des Planungsleitbildes stellte die „Schablonenhaftigkeit“ der vermeintlich aus der Zonenordnung erwachsenen Mietshausgebiete dar. Eine ästhetische Kritik, die breite Anhänger in der Öffentlichkeit hatte, und ebenfalls einseitig polemisierend auftrat, beförderte eine ganzheitliche Betrachtung.¹⁴⁸ Ähnliche Detailerkenntnisse lagen auf verkehrstechnischem, hygienischem, plantechnischem, rechtlichem oder bauökonomischem Gebiet vor, die nach Synthese drängten.¹⁴⁹ Auffallend erscheint, dass die Bestrebungen zur Erneuerung des Planungsleitbildes nicht durch verifizierende Analysen erfolgten. Das „alte“ Zonenordnungsmodell hatte seine Existenzberechtigung im Vollzug praktischer Adaption im Wesentlichen selbst verloren - eine Punkt-für-Punkt Beweisführung dagegen erübrigte sich offenbar; es genügte das Konstatieren dieses Zustandes und das Offenlegen sichtbarer Mängel.

Das „neue“ Modell - zunächst als deskriptive Annahme vorgelegt - wurde ebenfalls nicht im Prozess systematischer Beweisführung geboren. Anregungen dafür dürfte der 1. Deutsche Wohnungskongress in Frankfurt/Main im Oktober 1904, zugleich der erste Auftritt der Deutschen Gartenstadt Gesellschaft außerhalb ihres Vereinsrahmens, geboten haben. Die verabschiedeten Thesen enthielten, vor allem in den Punkten I, VI und IX, ein ausdrückliches Plädoyer für die „Städtedezentralisation“ und für die Gartenstadt als die adäquate Lösung von Dezentalisierungs- und Wohnungsfrage. Die Thesen stellten zugleich den „geistige(n) Niederschlag einer jahrelangen, eingehenden Beschäftigung mit dem Gegenstande“ dar und beinhalteten einen „Auszug aus der Fülle der Broschüren und Flugschriften“.¹⁵⁰ Durch diesen Kongress und die Veröffentlichungen kann ein Vermittlungskanal eines erreichten Konsenses über die

¹⁴⁸ Goecke, T. (1904): An unsere Leser, in: Der Städtebau, 1, S. 3

¹⁴⁹ Goecke, T. (1904): An unsere Leser, in: Der Städtebau, 1, S. 3 sowie Goecke, T. (1905): Von den Beziehungen der Zonenbauordnung zum Bebauungsplan, in: Der Städtebau, 1, S. 2

¹⁵⁰ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 2, S. 24, 25

Dezentalisierungsnotwendigkeit als Lösungsweg sozialer und städtebaulicher Probleme in die „Kernzone“ der entstehenden Disziplin nachgewiesen werden. Auf ähnliche Weise wirkte (auch 1905) der Abdruck von Literaturhinweisen, wie z.B.:

- 1905/1-3, S.14: sieben Thesen aus der Monatsschrift für soziale Medizin „über die Notwendigkeit einer systematischen Dezentralisation ...“;
- 1906/1, S.12: Oehmke: Gesundheit und weiträumige Stadtbebauung, u.a. mit Behandlung der Stadt-Land-Frage.

Als eine Herausforderung für eigene Bemühungen um internationale Konkurrenzfähigkeit betrachtete man ausländische Vorbilder:

„Groß-Wien ist wirklich da, Groß-Berlin nichts weiter als ein Name!“.¹⁵¹ Dazu wären auch die Planungen für Parkanlagen nordamerikanischer Städte oder die Industrie - bzw. Grüngürtelidee von Howard zu rechnen.¹⁵² Howards Modell wurde demnach „germanisiert“, d.h. in Einzelheiten rezipiert und zweckentsprechend angepasst. Den grundlegenden Unterschied zwischen Howards Gartenstadtidee und der deutschen Rezeption, der nicht nur in baulicher Hinsicht gemeint sein dürfte, fixierte Abendroth: „Mein Vorschlag rechnet mit dem Bestehenden, er will nicht das Eine zerstören, indem er das Andere aufbaut ...“.¹⁵³ Von den wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Dezentalisierungsdebatte fanden nur die tendenzielle Randwanderung der Industrie und die wirtschaftliche Handlungsbeschränkung der politisch selbständigen Vororte eine Erwähnung (Randwanderung der sog. „Minderbemittelten“ - also wenig steuerträchtigen

¹⁵¹ Goecke, T. (1906): Zur Beschaffung eines Gesamt-Bebauungsplanes für Groß-Berlin, in: Der Städtebau, 7, S. 87

¹⁵² Goecke, T. (1906): Zur Beschaffung eines Gesamt-Bebauungsplanes für Groß-Berlin, in: Der Städtebau, 7, S. 85ff sowie Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 3, S. 38. Außerdem: Goecke, T. (1906): Der Wald- und Wiesengürtel von Wien und seine Bedeutung für den Städtebau, in: Der Städtebau, 7, S. 88-92. Neben der Empfehlung für den deutschen Städtebau, nach dem Wiener Vorbild, Grüngürtel als Pufferzonen in den Großstädten anzulegen, setzte sich Goecke auch mit der Gartenstadtidee Howards auseinander. Der Schematismus dieser Idee, die Ignoranz des Bestandes und vor allem die Willkürlichkeit einer Begrenzung des Stadtwachstums stellen die Hauptkritikpunkte Goeckes an Howard dar (S. 92).

¹⁵³ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 3, S. 36

Schichten - im Gefolge der Industriewanderung und Citybildung).¹⁵⁴ Daran knüpfte sich die Forderung ganzheitlicher Betrachtung der Stadt als ökonomische Einheit an. Abendroth schälte sich in dieser Zeit als einer der Promotoren der Dezentralisierungsdebatte heraus.

Die Phase 1908 bis 1912/13: Offenbarung

Das in der ersten Phase noch amorph erscheinende und nur von wenigen Protagonisten vorangetriebene *Leitbild* wurde nunmehr explizit mit den planungsrelevanten Problemen der Dezentralisierung in der Praxis in Bezug gebracht. Vorrangig ging es dabei um

- die Wachstumsproblematik der Städte,
- die Stadt-Land-Frage,
- die politischen Ziele der Stadtentwicklung und
- die Problematik der Planbarkeit von Stadtentwicklung generell.

Über eine Rezension des Buches von v. Mangoldt „Die städtische Bodenfrage“ fand, im Sinne eines Autoritätsbeweises, die ‚gesicherte‘ Erkenntnis über die dezentralisierende Wirkung der Bodenpreise Eingang in die Planungsdisziplin.¹⁵⁵

Ein vermutlich noch lang anhaltendes Wachstum der Städte in Richtung Großstadt erlangte den Status eines orientierenden Festpunktes für die weitere Debatte. Der Gegensatz von Stadt und Land erschien als „unnatürlich“ und dessen Aufhebung als real möglich, eine Annahme, die durch die gewachsenen

¹⁵⁴ Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 2, S. 26; 6, S. 84

¹⁵⁵ Müller, L. (1909): Die städtische Bodenfrage, in: Der Städtebau, 2, 18-19 sowie Henard, E. (1910): Die Vorstädte von Paris und der neue Parkgürtel, in: Der Städtebau, 1, S. 4

technischen Möglichkeiten des Verkehrs genährt wurde.¹⁵⁶ Nicht nur die Unvermeidlichkeit der Dezentralisation galt als feststehender Grundsatz, sondern vielmehr erschien es notwendig, dass „unsere Kultur (die städtische - H. K.) ... über Land getragen werden (muss)".¹⁵⁷ Die Dezentralisierung (vor allem des Wohnens) bedeutete offenbar eine kulturelle Chance, d. h. politisch befriedete Verhältnisse und wirtschaftliche Prosperität auf das Land „exportieren“ zu können als eine Art neuer Kolonisation, die mit der „unvermeidlichen Dezentralisation“ der Industrie einhergehen solle, ohne die „Zerstörung der Landschaft“ zu bewirken.¹⁵⁸ Die Planbarkeit der Stadtentwicklung im Sinne „sozialer Boden- und Ansiedlungspolitik“ stand maßgeblich im Kontext der Bodenbesitzfrage. Weitgehende Einigkeit bestand in der Forderung nach Kommunalisierung des im Zuge der Dezentralisation in Anspruch zu nehmenden Bodens.¹⁵⁹ Als eine Ausnahme in dieser Debatte muss das generelle Infrage stellen des kapitalistischen Wirtschaftssystems bezüglich der städtebaulichen Planbarkeit betrachtet werden: „Die restlose Lösung des Problems wird deshalb nur in der Veränderung des Systems selbst oder in einer veränderten Stellung der Bodenpreise in dem bestehenden möglich sein.“¹⁶⁰

Neue Anforderungen wurden für die gezielte Dezentralisierung definiert, wie z. B. die bevölkerungspolitische Aufgabe der Gartenstadt bei der „Ostmarkenpolitik“, also der Erschließung des ostpreußischen Raumes, dienstbar zu sein.¹⁶¹

¹⁵⁶ Schmidtkunz, H. (1910): Flächenstadt oder Raumstadt, 4, S. 43. Hier taucht zum ersten Mal der „Raum“-Begriff auf, der jedoch nicht weiter erörtert wird. Ansonsten diskutiert Schmidtkunz die Verkehrsfrage als Schlüssel zur Lösung des Stadt-Land-Gegensatzes (vgl. auch Kapitel 3.4.3 zum Raumbegriff).

¹⁵⁷ Schmidtkunz, H. (1908): Städtisches und ländliches Wohnen, in: Der Städtebau, 11, S. 149

¹⁵⁸ Schmidtkunz, H. (1908): Städtisches und ländliches Wohnen, in: Der Städtebau, 11, S. 149

¹⁵⁹ Der Ansiedlungsverein Groß-Berlin (1909) stellvertretend über die Notwendigkeit einer Dezentralisierung als Lösung der Hauptprobleme Berliner Verhältnisse, in: Der Städtebau, 2, S. 25

¹⁶⁰ Strehlow (1912): Psychologie der Grundstückspreise, in: Der Städtebau, 10, S. 118

¹⁶¹ Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft plädiert dafür, dass bei neuen Ansiedlungen im Osten „einem städtischen Kern die bäuerlichen Stellen und auch wohl die Fabrikviertel kranzförmig einfassen“. In: Der Städtebau, 2, S. 19

Deutlicher politisch akzentuiert äußerte sich Hammer. Er plädierte für einen „Gemeindesozialismus“; der sowohl die Ostgebiete zu stärken vermag, als auch den „Staatssozialismus“ entbehrlich machen sollte.¹⁶² Zugleich wurde auf eine soziale Zielgruppe der Planung einer dezentralen Entwicklung bzw. der Vororte orientiert: den Mittelstand.¹⁶³

Die Orientierungen für die Dezentralisierung als dem leitenden Planungsgedanken verdichteten sich und fanden schließlich mit den Beiträgen zum Berliner Städtebau-Wettbewerb 1909 ihren ersten Höhepunkt.

Das Problem der Dezentralisierung für die Stadtplanung lag in dem zu klärenden Charakter der dezentralisierten städtebaulichen Struktur, insbesondere der neu zu bildenden Vororte. Die gewünschten Effekte der Bevölkerungsdezentralisierung ließen sich offenbar nur erreichen, wenn die Vororte genügend attraktive „Daseinsbedingungen“ hätten. Zwar ließen sich bei niedrigen Bodenpreisen billige und durchgrünte Wohnsiedlungen bauen, die jedoch wenig attraktiv wären und kaum urbane Lebensbedingungen aufweisen würden¹⁶⁴ - offenbar also ein Problem der Lebensweise: „Läßt sich ländliches Wohnen überhaupt mit den vielfältigen und hohen Ansprüchen vereinen, welche an die ganze Entwicklung der Großstädte ... und den Komfort gestellt werden ...“¹⁶⁵ Ein noch so attraktives Verkehrssystem könne nicht kompensieren, was an urbaner Qualität in den Vororten nicht vorhanden sei, ja, ob dies überhaupt zu schaffen sei, wird als eine grundlegende Frage der Dezentralisierung aufgeworfen.

¹⁶² Hammer, B. (1908): Über die Entwicklungsmöglichkeit ländlicher Gemeinden, in: Der Städtebau, 6, S. 79

¹⁶³ Wehl, D. (1910): Der Zug in die Vororte, in: Der Städtebau, 6, S. 72

¹⁶⁴ Wehl, D. (1908): Die Gartenstadtbewegung in Theorie und Praxis, in: Der Städtebau, 4, S. 50-51

¹⁶⁵ Geissler, O. (1908): Boden im Gemeindebesitz, in: Der Städtebau, 7, S.91 – zitiert nach Nussbaum, einen der wichtigsten Stadthygieniker der Zeit.

Das Problemfeld für den Planer war benannt: Wie soll das dezentralisierte Stadtgebilde beschaffen sein? Schmidtkunz brachte – neben dem inneren Widerspruch von Industrie- und Wohndezentralisierung als zu bewältigende Planungsaufgabe und einer Zusammenfassung von Gründen für die Dezentralisierung – das Problem der Landschaftszersiedlung in die Diskussion ein.¹⁶⁶ Dies war keineswegs nur eine gestalterische Frage. Hier schwebten Heimatschutzgedanken und Bodenverwertung ebenso mit der Sicherung von landwirtschaftlicher Fläche (insbesondere in den östlichen Gebieten) und einer der primären Ökonomie entsprechende Lebensweise. Ein weiteres Planungsproblem kam im Vergleich mit Paris in die Diskussion: Das indirekt proportionale Verhältnis von Fläche und Dichte städtischer Bebauung. Daraus ergab sich zwangsläufig die Sicht auf eine Flächen- und Zeitökonomie der Stadt, besonders der Großstadt.¹⁶⁷ Die Argumentation zu diesem Problem erfolgte in Auseinandersetzung mit den realisierten englischen Gartenstädten. Beschreibungen auf Grund zahlreicher Besuche lieferten die Gewissheit, dass, abgesehen von den städtebaulichen Details, die gesamtstädtische Planung in England nicht bewältigt worden ist.¹⁶⁸

Im Rahmen des Berliner Wettbewerbs legte das Kollektiv Eberstadt, Möhring, Petersen das sogenannte „Sektorenmodell“ vor, das durch „Grünkeile“ zwischen den Entwicklungskorridoren charakterisiert ist. Dieser Beitrag und die verallgemeinernden Ausführungen von Goecke markierten den kognitiven Durchbruch zur dezentralisierten Planung.¹⁶⁹ Im o.g. (geradezu trivial

¹⁶⁶ Schmidtkunz, H. (1908): Städtisches und ländliches Wohnen, in: Der Städtebau, 11, S. 147-149 sowie Schmidtkunz, H. (1912): Kunst und Großstadtverkehr, in: Der Städtebau, 6, 67 und auch Geissler, O. (1908): Boden im Gemeindebesitz, in: Der Städtebau, 7, S.91 – zitiert nach Nussbaum.

¹⁶⁷ Henard, E. (1910): Die Vorstädte von Paris und der neue Parkgürtel, in: Der Städtebau, 1, S. 6

¹⁶⁸ Eberstadt, R. (1909): Die neue Gartenvorstadt in London-Hampstead, in: Der Städtebau, 8, S. 100 sowie Wehl, B. (1909): Englische Reiseeindrücke über Gartenstädte und Vororte, in: Der Städtebau, 12, S.160

¹⁶⁹ Goecke, T. (1911): Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs „Groß-Berlin“ knüpfen? In: Der Städtebau, 1, S. 2-5, 2, S. 16-20, 3, S. 29-31. In diesen drei Artikeln entwickelte Goecke eine Gesamtbewertung der Wettbewerbsbeiträge mit ihrem paradigmatische Bedeutung erlangenden Charakter, insbesondere zu den Preisträgerbeiträgen.

erscheinenden) Modell legten die Autoren ein systemartiges Modell vor, das die Grenzen bisheriger Vorstellungen (Ringmodell) überwand und sich von Vorbildern, insbes. von Howards Gartenstadt löste und es vermochte, die Grundlage für ein dynamisches Modellverständnis der Planung zu legen. Vermittels der sog. „Grünkeile“ gelang es den Autoren, sowohl das soziale wie auch das ökonomische Problem (scheinbar) schlüssig zu lösen: sozialhygienische, funktionelle und ästhetische Aufwertung der Stadt und ihrer Vororte sowie Kanalisierung der Bodenpreisentwicklung unter Umgehung der Enteignungsfrage. Die „Quadratur des Kreises“ schien gelungen zu sein. In der Auswertung des Wettbewerbs entwarf Goecke ein allgemeines sozial-räumliches Modell dezentralen Charakters unter Verwendung seiner früheren Vorstellungen über die Bildung von „Nebenmittelpunkten“. Der von ihm gespannte sozialkulturelle Bogen verwies - neben dem programmatischen Anspruch - zugleich auf den Charakter einer Theorie der Planung.¹⁷⁰ Für die theoretischen Vorstellungen zur Dezentralisierung (letztlich für die Disziplin insgesamt) erlangten sozial-kulturelle Werte eine konstituierende Funktion (im Unterschied zum Beweisanspruch der Naturwissenschaften). Den dynamischen Ansatz im Modell Eberstadts ausbauend, verwies er auf den Prozesscharakter in der Entwicklung des gesamten Siedlungssystems, womit er die nächste Dimension im Planungsdenken des Fachgebietes anriss.¹⁷¹ Die Diskussion in der Zeitschrift zeigt resümierend hinsichtlich der Bebauungsstrukturen, dass in dieser Phase ein heftiger Richtungsstreit entbrannt war, der als polare Lager zwischen ‚Desurbanisten‘ und ‚Reurbanisten‘ verortet werden könnte, wohl gemerkt, auf gemeinsamer Grundlage der Vorstellung einer Dezentralisierung der Stadtentwicklung.

Einerseits bildete der heftige ‚Ökonomiestreit‘ zwischen den Befürwortern englischer Arbeiterreihenhäuser (Eberstadt) und der kompakten deutschen Mietshausbebauung

¹⁷⁰ Goecke, T. (1911): Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs „Groß-Berlin“ knüpfen? In: Der Städtebau, 2, S. 18

¹⁷¹ Diestel, K. (1911): Neuzeitliche Anschauungen im Bauordnungswesen, in: Der Städtebau, 8, S. 85

(Voigt, Pohle, Weber) eine der Grundlagen für das Entstehen des Sektorenmodells¹⁷², die zur Kanalisierung der „ungesunden“ Spekulation in dezentral erweiterten Stadtgebieten führen sollte. Andererseits stützten die von Kuczynski und Lehweiß durchgeführten ökonomischen Berechnungen von Bebauungsformen die durch Goecke entwickelte „Gemischte Bauweise“.¹⁷³ Sie erschien als die geeignete Bebauungsform der dezentralisierten Stadt (sowohl für den Umbau der Innenstadt als auch die Erweiterung im Randsiedlungsgebiet). Die Bemühungen um ökonomische Verifikation der stadtplanerischen Details konnte zudem aus verkehrstechnischer Sicht gestützt werden, wodurch das Radialprinzip zusätzlich favorisiert wurde.¹⁷⁴

Zur Durchsetzung dezentralisierter Stadtentwicklung forderten die Protagonisten der Berliner Stadtplanung eine gleichlaufende Dezentralisierung der Verwaltung und Planungsarbeit. Ein „Groß-Berlinisches Städtebauamt“ sollte die Koordinierungsfunktion dezentralisierter Planung ausüben.¹⁷⁵ Dieses Beispiel institutioneller und staatsrechtlicher Konsequenz der Dezentralisierung hätte als dessen Garant und Instrument fungiert. Mit der Vorbereitung und Gründung eines heftig debattierten kommunalen Zweckverbandes für Groß-Berlin 1912, in welchem die Hauptstadt und ihr Umland planerisch vereint wurden, gelang dieser übergreifende Dezentralisierungsversuch. Der Zweckverband wurde jedoch 1920 wieder aufgelöst und durch eine Großgemeinde Berlin sowie, erst 1929, durch einen planerischen Zusammenschluss der Umlandgemeinden zu einem

¹⁷² Böhmert (1909): Englische Arbeiterwohnhäuser in deutscher Beleuchtung, in: Der Städtebau, 2, S. 15-17 sowie Eberstadt, R. (1909): Die städtische Bodenparzellierung in England und ihre Vergleichung mit deutschen Einrichtungen, in: Der Städtebau, 2, S. 1. Hier wird auf die Vorteile des englischen Systems verwiesen.

¹⁷³ Goecke, T. (1911): Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs „Groß-Berlin“ knüpfen? In: Der Städtebau, 2, S. 17

¹⁷⁴ Blum, O. (1911): Städte und Eisenbahnen in ihren gegenseitigen hindernden und fördernden Beziehungen, in: Der Städtebau, 11, S. 124. Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag zur „Städtebau-Woche“ in Düsseldorf.

¹⁷⁵ Goecke, T. (1911): Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs „Groß-Berlin“ knüpfen? In: Der Städtebau, 1, S. 2

Landesplanungsverband ersetzt.¹⁷⁶ Diese ersten Erfahrungen mit einer praktizierten übergemeindlichen Planung bildeten auch einen wichtigen Erfahrungshintergrund für den Aufbau von Landesplanungsstrukturen in Mitteldeutschland. Der 1912 gebildete Zweckverband für Groß-Berlin kann als das wichtigste praktische Ergebnis des Wettbewerbs von 1909 angesehen werden.¹⁷⁷ Zugleich markierte er das erste Anzeichen der beginnenden Landesplanung als kommunalpolitische Konsequenz aus der Dezentralisierungsdebatte.

Parallel dazu hatte Robert Schmidt im gleichen Jahr die „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf“ in Essen vorgelegt, in welcher er die erste regionale Planung für das Ruhrgebiet vorschlug.¹⁷⁸ Dem Planwerk legte Schmidt ein Modell zugrunde, das, anknüpfend an das Sektorenmodell aus dem Berliner Wettbewerb, eine „Durchdringung einer Stadtanlage mit Grünflächen“ vorsah, also eine Art innerer Dezentralisierung des Bestehenden.¹⁷⁹ Mit dem Wechsel der Perspektive von der Innensicht auf die Erweiterung der Stadt zur Außensicht auf die Einbettung der Stadt war die Landesplanung geboren. Das verknüpfende Medium für beide Sichten war die Dezentralisierungsidee, was als Voraussetzung für ihre disziplinäre Konsolidierung fungierte.

¹⁷⁶ Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1999): Grundriss der Landes- und Regionalplanung, Hannover S. 9, 10

¹⁷⁷ Bodenschatz, H.; Nägelke, H.-D. (2010): Groß-Berlin: Eine stürmisch wachsende Großstadtregion, in: Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg.: Stadtvisionen, Berlin, S. 42

¹⁷⁸ Das Jahr 1912 kann mit der Gründung des Berliner Zweckverbandes und mit dem Erscheinen der Denkschrift von Robert Schmidt zum Generalsiedlungsplan für das Ruhrgebiet als die Geburtsstunde der Landesplanung in Deutschland angesehen werden.

Darüber hinaus: Es deutete sich an, dass es in der Dezentralisierungsdebatte dieser Phase nicht nur um „Auflösung“ ging, sondern um ein Verhältnis von Zentralität und Dezentralität, von aufgelöster und kompakter Bauweise.¹⁷⁸ Auffallend ist in dieser Periode der Umgang mit internationalen Beispielen, insbesondere aus England (z. T. aus den USA). Besonders deutlich trat das bei der Behandlung des englischen "Vorbildes" in Erscheinung. Beiträge aus der Literatur und von Tagungen fanden verstärkt Eingang in die Diskussion, ohne dass Inhalte mechanisch übernommen wurden.

¹⁷⁹ Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen, Blatt 19

Die Phase 1912/13 bis 1918: Ausgestaltung

Der Erste Weltkrieg und das nationalistische Klima jener Zeit blieben nicht ohne Widerspiegelung in der Diskussion um das planerische Leitbild und dessen weitere Ausgestaltung. Zwar wurde der Krieg an sich bedauert, doch die nationalistische Weltmachtideologie schwappte auch in die Fachdebatte: „... angesichts der großen Erfolge des gegenwärtigen furchtbaren Krieges gegen eine Welt von Feinden, welche der ihnen drohenden Gefahr des Wachstums der deutschen Städte angstvoll gegenüberstehend, keinen anderen Ausweg mehr sahen, als mit vereinten Kräften die Vernichtung unseres kraftstrotzenden Volkes zu versuchen.“¹⁸⁰ Der Großstadtoptimismus steigerte sich zum Großstadtchauvinismus: „Großstädte können sich nur in Weltreichen entwickeln. Das Problem der städtischen Siedlung ist daher eine Weltmachtfrage.“¹⁸¹ Sicher, diese imperialen Töne gehörten zu den Extrema, doch unterschwellig klangen sie öfter an, z. B. in der Terminologie von „Nähr- und Wehrkraft“ des Arbeiterstandes.¹⁸² Aber insgesamt betrachtet, dominierte eine fachliche Debatte, in welche sogar internationale Beispiele einbezogen wurden.

In dem Artikel von March¹⁸³, der zugleich Resümee und Ausblick der Dezentralisierungsdebatte in dieser Zeit darstellte, konstatierte er programmatisch: „Der Grundgedanke des Generalbebauungsplanes einer Stadt geht von der Dezentralisation aus, von dem Übergang der lockeren zur dichten Bebauung.“¹⁸⁴ Es herrschte in der sich mittlerweile etablierenden Disziplin Stadtplanung die verbreitete Übereinkunft hinsichtlich der Dezentralisierung als Grundansatz der

¹⁸⁰ Steinbrucker, F. (1916): Die Bedeutung der Zweckgebiets- und Bauweisenbestimmungen bei der Besiedlungsplanung, in: Der Städtebau, 6/7, S. 68-69

¹⁸¹ Steinbrucker, F. (1916): Die Bedeutung der Zweckgebiets- und Bauweisenbestimmungen bei der Besiedlungsplanung, in: Der Städtebau, 6/7, S. 69

¹⁸² March, O. (1913): Stand und Ziele der Städtebaukunst, in: Der Städtebau, 3, S. 31

¹⁸³ March, O. (1913): Stand und Ziele der Städtebaukunst, in: Der Städtebau, 3/4, S. 29ff

¹⁸⁴ March, O. (1913): Stand und Ziele der Städtebaukunst, in: Der Städtebau, 4, S. 393

Planung. Gleichlautend stellte Goecke die erreichte Übereinkunft in funktionell-räumlicher Hinsicht fest: „Nicht also ein gleichförmiger Großstadtbrei soll sich wie eine alles individuell gewachsene Leben vor sich her vernichtende Lava über das Weichbild ergießen, sondern eine von Grünstreifen durchsetzte, differenzierte Bebauung, wie über Stock und Stein rieselnde Bächlein sich der Örtlichkeit anschmiegend.“¹⁸⁵

Mit geradezu logischer Folgerichtigkeit führte die Problematisierung der zweiten Periode zu weiterführenden Fragen (hier modellhaft dargestellt): Das Vorortproblem wurde nach drei Seiten hin erweitert: Zum Einen stellte man das „Dorf im alten Sinne“ infrage, d.h. die Daseinsberechtigung rein ruraler Lebensweise als einer Seite des Stadt-Land-Gegensatzes wurde in Zweifel gezogen.¹⁸⁶ In Land- und Gartenstädten könnten, so die Argumentation, demgegenüber die „ländlichen Bedürfnisse und städtischen Darbietungen“ zugleich realisiert werden.¹⁸⁷ Daraus ergab sich wiederum die Frage nach der Zukunft des Siedlungsnetzes insgesamt, vor allem aus regionalwirtschaftlicher Sicht, wie dies z.B. beim Generalsiedlungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf geschah – die Arbeiten daran begannen bereits 1912, in einer Denkschrift publiziert und im „Städtebau“ 1914 vermerkt.¹⁸⁸ Der „Generalsiedlungsplan für die neuen Oststaaten“¹⁸⁹ erweiterte aus regionalpolitischer Sicht die bisherige Betrachtung, z.B., um durch Stadtgründungen (Klein- und Mittelstädte) in ländlichen Regionen die Ballungsgebiete (auch demografisch, politisch und ernährungswirtschaftlich) zu

¹⁸⁵ Goecke, T. (1913): Von den Beziehungen öffentlicher Gebäude zum modernen Stadtbilde, in: Der Städtebau, 1, S. 3. Der Auszug aus einem Vortrag, den Goecke auf dem Städtebaukongress 1912 in Düsseldorf gehalten hatte, zählt zu den Marksteinen einer Diskussion über die Form der expandierenden Großstadt und die Relation der Stadt zur umgebenden Natur. Dies kann als eine frühe Art von „Planung mit der Natur“ angesehen werden, bei aller Romantik, die in den Aussagen mitschwingt.

¹⁸⁶ Goecke, T. (1915): Wünsche für den Deutschen Städtebau, in: Der Städtebau, 1, S. 1

¹⁸⁷ Goecke, T. (1915): Wünsche für den Deutschen Städtebau, in: Der Städtebau, 1, S. 2

¹⁸⁸ Goecke, T. (1914): Besprechung zu: R. Schmidt: Denkschrift, betr. Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, in: Der Städtebau, 4, S. 50-51

¹⁸⁹ Bartschat, J. (1917): Ein Gesamtsiedlungsplan für die neuen Oststaaten, in: Der Städtebau, 10/11, S. 111-113

entschärfen und neue Perspektiven in den eroberten Gebieten zu eröffnen: „... im Gründen von neuen Städten ... wird der vielgeschmähte Kapitalismus sich die Krone aufs Haupt setzen und der Bevölkerung den Segen bringen ...“.¹⁹⁰

Bei der Anwendung des Radialmodells auf eine Mittelstadt im städtebaulichen Wettbewerb für Soest durch Langen/Schmittthener (auch hier lagen die eigentlichen Arbeiten im Jahre 1912) waren alle räumlichen Ebenen der Planung vom Dorf über die Mittelstadt bis zur Großstadt und Region als Planungsgegenstand erfasst¹⁹¹ und nach dem Prinzip „... kolonieweise(r) Anbauung (geschlossener Vorstädte, ländlicher Vororte, Gartenstädte) an den radial ausstrahlenden Landstraßen ...“ gestaltet worden.¹⁹² Außerdem erhielt die Gestaltung der Landschaft insgesamt einen unmittelbaren Stellenwert in der Planung. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt, der im o. g. „Gesamtsiedlungsplan“ enthalten ist, gewann der ästhetisch betonte Erholungswert eine kulturelle und zugleich ökonomische Bedeutung. Als Faktor zur Steigerung wirtschaftlicher Attraktivität der Vororte wurden gestalterische Regulative eingesetzt, um Lagegunst für die Verwertung der jeweiligen Grundstücke zu schaffen: „Landschaftliche Reize“ als Grundlage für „günstige Weiterentwicklung“ der Vororte.¹⁹³

Verfolgt man die in diesem Zeitraum vorgestellten „Musterplanungen“¹⁹⁴, so z.B. für Hamburg-Bergedorf oder Braunschweig, so zeigt sich ein „Einpegeln“ auf das strategische Leitbild (Paradigma) der Planung für die Stadt-Region: das

¹⁹⁰ Hammer, B. (1915): Moderne Stadtgründung, in: Der Städtebau, 2, S. 9. Vgl. auch die angezeigte Schrift des Autors "Sozialismus oder Stadtgründung", Widzin 1914

¹⁹¹ Goecke, T. (1916): Die Wettbewerbsentwürfe für die Stadterweiterung von Soest, in: Der Städtebau, 12, S. 123-124

¹⁹² Goecke, T. (1914): Der Bebauungsplan in Stadt und Land, in: Der Städtebau, 1, S. 2

¹⁹³ Genzmer, E. (1917): Bebauungspläne für die Außengemeinden südlich von Leipzig, in: Der Städtebau, 10/11, S. 105

¹⁹⁴ So werden Planungen beispielhaft aufgeführt für Hamburg-Bergedorf (Der Städtebau, 1916/4-5, S. 33-35) oder Braunschweig (Der Städtebau, 1917/8-9, S. 81-85)

Planungsmodell für eine dezentralisierte Stadtentwicklung, ein „Strahlensystem“ mit „Nebenmittelpunkten“. Es bot die Möglichkeit, auf die jeweilige Situation angepasst zu werden, das vorhandene Siedlungsnetz zu integrieren und auch neue Ansiedlungen mit „quasi-urbanem“ Charakter zu schaffen. Mit der Bezeichnung „Nebenmittelpunkte“ wurde versucht, eine nationale Begrifflichkeit einzuführen, die sich jedoch nicht durchsetzte.

Wie die Erläuterungsberichte zu diesen Planungen zeigten¹⁹⁵, konnte über diese Modellvorstellung der extensive Entwicklungsprozess in seinem räumlichen Zusammenhang unter der Maßgabe historischer, technischer, ökonomischer, ästhetischer, sozial-reformerischer u. ä. Faktoren sowie entsprechender Planungsmethoden, -instrumentarien und -institutionen ganzheitlich geplant werden. Verifizierbar war diese Planungsvorstellung nur partiell - der reale Bauprozess kam in jener Zeit völlig zum Erliegen. Nur die breite Akzeptanz dieses offenen Modells konnte herangezogen werden, wie z. B. Planungen für Königsberg, Stuttgart, Zürich, Pirmasens oder Soest belegen.¹⁹⁶ Das Satellitenmodell avancierte zum Kernpunkt der handlungsorientierten Verallgemeinerung von Vorstellungen zur zielgerichteten Siedlungsentwicklung.

Demgegenüber scheint ein Beitrag bemerkenswert, der eine kritische Position zu der weitgehenden Übereinkunft in der Stadtplanung bezieht. 1913 veröffentlichte das Statistische Amt Berlin-Schöneberg den Literaturbericht Nr. 3 mit statistischen Berechnungen von Kuczynski über die Veränderungen der Geburtenziffern. Er konstatierte darin einen seit 1886, insbesondere aber seit 1906, auffallend starken

¹⁹⁵ Brockmann, O. (1916): Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte, in: Der Städtebau, 6/7, S. 62-65 sowie Goecke, T. (1917): Gesamtplan für die Stadterweiterung von Braunschweig, in: Der Städtebau, 8/9, S. 81-85. Hier wird explizit auf das angewandte „Strahlensystem“ verwiesen.

¹⁹⁶ Planungen für Königsberg (Der Städtebau 1916/2-3, S.30), Stuttgart (Der Städtebau 1914/9, S.111), Zürich (Der Städtebau 1915/10-11, S.113), Pirmasens (Der Städtebau 1916/8-9, S.75) oder Soest (Der Städtebau 1916/12, S.123).

Rückgang der Geburtenrate. Wäre diese fundamentale Tatsache entsprechend reflektiert worden, hätte sie Anlass geben müssen, das erarbeitete Modell zu überdenken. Dezentralisierung des unaufhaltsamen Wachstums wäre demnach längerfristig unnötig geworden. Das Paradigma hingegen war jung, „unverbraucht“ und „widerstandsfähig“ gegenüber zweifelnden Aussagen. Vielmehr sammelte die bestimmende Fachwelt Autoritätsbeweise über Entwicklungen im Ausland, vornehmlich aus den USA und – vor dem Krieg – aus England; so z. B. in einem Kommentar zum Chicago-Wettbewerb von 1909, in „welchem die Bildung von Nebenmittelpunkten“¹⁹⁷ vorgesehen war.

Die geradezu beschwörende Betonung der fortschrittlichen Entwicklungen in den USA zur Dezentralisierung der Wohnbebauung durch Hegemann, den Leiter der großen Berliner Städtebauausstellung von 1910,¹⁹⁸ oder der Hinweis auf die hohe Qualität der systematischen Analyse durch Berlepsch-Valendas verdeutlichen die Suche nach internationaler Reputation.¹⁹⁹ In dem Beitrag des Beraters im Ausschuss für den Stadtplan von New York, Ford, über die „Planung der Stadt für das Gemeinschaftsleben“ wurde eine solche als eine aus einer Vielzahl von verbundenen „Nachbarschaften“ dargestellt.²⁰⁰ Vor dem Kriegseintritt der USA (1917) gab es einen regen fachlichen Austausch, der bzgl. der Dezentralisierungsfrage nahezu gleiche Auffassungen bot. Bevor dann später Tendenzen einer Desurbanisierung ohne „Nebenmittelpunkte“ in den Vordergrund traten, sollte der „Großplan der Zukunft eine Stadt aus vielen miteinander verwebten Ortschaften, jede in sich ganz und genügend

¹⁹⁷ Mitteilung (1914): „Der ‚City Club‘ in Chicago hat einen Wettbewerb ausgeschrieben zur Erlangung von Plänen FÜR DIE AUSGESTALTUNG VON STÄDTISCHEN NEBENMITTELPUNKTEN (VORORTEN) IM ERWEITERUNGSGEBIET DER GROSSSTÄDTE“, in: Der Städtebau, 4, S. 119-120. Der Begriff „Nebenmittelpunkte“ als Bezeichnung dezentraler Zentrumsbildungen, den Goecke eingeführt hatte, korrespondiert mit dem in den USA verwendeten Begriff „neighborhood center“, wie er für diesen Wettbewerb ausgeschrieben worden war.

¹⁹⁸ Hegenmann, W. (1913): Der Städtebau – Nach den Ergebnissen der Allgemeinen Städtebauausstellung in Berlin 1910, Bd. 2, Berlin, S. 151ff

¹⁹⁹ Berlepsch-Valendas (1914): „Die Gartenstadtbewegung in England, ihre Entwicklung und jetziger Stand“, in: Der Städtebau, 1, S. 14

²⁰⁰ Ford, G. B. (1916): Die Planung der Stadt für das Gemeinschaftsleben, in: Der Städtebau, 6/7, S. 69-70

für die gewöhnlichen Dinge des täglichen Lebens, aber hinauslagernd nach den außergewöhnlichen“ gestaltet sein, wobei eine „Ordnung in der Entwicklung des Privateigentums“ als erforderlich erachtet wurde.²⁰¹ Neben solchen Darstellungen internationaler Erfahrungen, tauchten auch die bereits erwähnten schrill-nationalistischen Ausführungen auf. Die Großstadtentwicklung wurde mit der Kolonial- und Weltmachtfrage in einen Zusammenhang gebracht, welcher letztlich, abgesehen von bejubelnden Untertönen für die Kriegsführung Deutschlands, ein zentrales Problem großstädtischer Entwicklung offenbarte: Die Verfügbarkeit von Ressourcen bei einer wachstumsorientierten Strategie könnte zur wichtigsten Herausforderung in Zukunft werden.²⁰²

In einem redaktionellen Bericht über den „Billerica Garden Suburb“ wurde argumentiert: „Diese Gartenstadt vereint zum ersten Male in diesem Lande (gemeint sind die USA HK) alle Bestandteile englischer und deutscher Vorbilder: Anlage, begrenzte Anzahl Häuser auf jedem Morgen Land, Vollbesitz-Verkäufe, begrenzte Dividende, Teilnahme an den Gemeindebestimmungen ... Das Gelände wird in vier Teile zerlegt, von denen einer für die Errichtung besonderen Zwecken dienender Gebäude, wie Geschäftsläden, Pensionen usw. vorbehalten bleibt, während die drei anderen mit Wohnhäusern in verschiedenen Formen bebaut werden sollen ...“.²⁰³ Goecke warf mit dem Begriff des „Zerfließens des Stadtbildes“ bereits eine kardinale Entwicklung an die Wand, die sich in ersten Ansätzen zeigte, und der mit dem „Strahlensystem“ in der Planung begegnet werden müsse – eine Vorahnung kommender suburbaner Verhältnisse trieb den Nestor der Dezentralisierung um.²⁰⁴

²⁰¹ Ford, G. B. (1916): Die Planung der Stadt für das Gemeinschaftsleben, in: Der Städtebau, 6/7, S. 70

²⁰² Steinbrucker, F. (1916): Die Bedeutung der Zweckgebiets- und Bauweisenbestimmung bei der Besiedlungsplanung, in: Der Städtebau, 6/7, S. 68-69

²⁰³ Billerica Garden Suburb (1915), in: Der Städtebau, 3/4, S. 44 (redaktioneller Beitrag)

²⁰⁴ Goecke, T. (1917): Gesamtplan für die Stadterweiterung von Braunschweig, in: Der Städtebau, 8/9, S. 85

Kurz vor dem Weltkrieg begannen umfassend angelegte Aktivitäten, die dezentrale Art der städtebaulichen Entwicklung rechtlich zu fassen. Es gab erste, noch vage Vorstöße des preußischen Gesetzgebers zu einem „Entwurf für das Wohnungsgesetz vom 25. 1. 1913“, worin, entgegen bestehender Festlegungen, „freiere Siedlungsformen“ sanktioniert werden sollten.²⁰⁵ Grundsätzlich sollte auch mit rechtlichen Mitteln der sich in der städtebaulichen Realität abzeichnende Trend zur Dezentralisierung, zugleich aber auch zur City-Bildung, also zur „Trennung von Geschäftsstadt und Wohnstadt“, sowie zur sozial-funktionellen „Gruppenbildung“ mittels „Hilfskonstruktion eines solchen Idealbildes“ planerisch zu einer „unbehinderten organischen Entfaltung“ verholfen werden.²⁰⁶

In diesem Zusammenhang wurde die Rolle der Industrieentwicklung bei der Ausprägung einer die regionalen Verflechtungen berücksichtigenden planerischen Denkweise angerissen, ohne, dass die Industrie selbst zum Gegenstand der städtebaulichen und regionalen Planung wurde. Lediglich im Ruhrgebiet, dem am stärksten industrialisierten Raum Deutschlands, wurden vor allem durch Schmidt erste Überlegungen zur indirekten Lenkung der Industrieentwicklung durch Anlage von regionalen Freiflächen und das Vorhalten von Flächen für den Wohnungsbau mittels übergreifendem Flächennutzungsplan angestellt.²⁰⁷

Die Phase 1919 bis 1923: Ausreifung und Übergang zur Landesplanung

Kriegsniederlage, Novemberrevolution und Nachkriegskrise schlugen sich – im

²⁰⁵ Strehlow (1914): Die Umlegung der Straßenbaukosten nach dem Fluchtliniengesetz, in: Der Städtebau, 3, S. 37

²⁰⁶ Lux (1914): Eine Wiener Musterbauordnung, in: Der Städtebau, 1, S. 11

²⁰⁷ Hoffacker, W. (1989): Entstehung der Raumplanung, Essen, S. 38. Hier wird auf die Planungsvorstellung von Robert Schmidt verwiesen, der die Dezentralisierung bzw. die satellitäre Großstadtentwicklung als Modell für die Zukunft des industriell geprägten Ruhrgebietes ansah.

Reflex der Zeitschrift – relativ wenig bezüglich einer Änderung von Grundpositionen zur Dezentralisierung nieder. Vielmehr wurde die Notlage als Anlass gesehen, die Dezentralisierung voranzutreiben. Von einer industriegkritischen Haltung war zunächst wenig zu spüren. Die allgemeine wirtschaftliche und moralische Notlage Deutschlands bewirkte eine Art „Mangelideologie“ in der Planung sowie die Stärkung eines „Heimatbewußtseins“, das sich durchaus auch zum Nationalismus steigerte. In Biologismen dargestellt, zeigte sich dies bezüglich der Gestaltung Berlins als Inbegriff des „deutschen Individuums“ sowie gegen den „kulturellen Zerfall“.²⁰⁸

Mit Ernst May bekam die Dezentralisierungsdebatte nunmehr einen neuen Hauptwortführer. Er, aus England kommend, vertrat die Dezentralisierung als kategorischen Imperativ: „Wie immer somit die Zukunft unseres Landes sich gestalten wird, so ist das eine sicher, daß eine allgemeine Dezentralisation einsetzen wird, daß die Menschen mehr und mehr auf das flache Land ziehen werden.“²⁰⁹ Er konstatierte, dass sich bezüglich der Dezentralisierung „... eine gewisse Regel über ihre Verwendung herausgebildet hat“.²¹⁰ Diese Haltung setzte er dann im Wettbewerbsbeitrag für die Planung der Großstadt Breslau 1921/22 um. Sein mit dem Titel „Trabanten“ bezeichneter Plan war keineswegs der einzige, der dem Satellitenmodell folgte, doch erweiterte er das Modell durch konsequente Öffnung in zwei Richtungen: Die Satelliten dienten einerseits als Entwicklungsauffänger des „Zentralgestirns“, andererseits sollten sie relativ „abgetrennt“ ihre Eigenentwicklung führen, sich also selbst zu „Zentralgestirnen“ ausbauen können. Somit würde sich ein System landesweiter Suburbanisierung

²⁰⁸ Denkschrift betreffend eine Ergänzung des Gesetzentwurfes zur Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin (1920), in: Der Städtebau, 1/2, S. 3-12 (7) sowie Wolf, P. (1922): Neue Wege, in: Der Städtebau, 11/12, S. 120

²⁰⁹ May, E. (1919): Ländliche Kleinsiedlungen der schlesischen Landgesellschaft in der Provinz Schlesien, in: Der Städtebau, 7/8, S. 14

²¹⁰ May, E. (1922): Stadterweiterung mittels Trabanten, in: Der Städtebau, 5/6, S. 51

entfalten.²¹¹ Mit diesem Modell überwand die neuen Wortführer der Fachzunft den bis dahin prägenden Gedanken einer Verknüpfung von urbaner Kernstadt und Nebenmittelpunkten. Nunmehr setzten sie des-urbanistische Zeichen. So forderte Wolf eine „planmäßiger Entsiedelung“ der Großstädte, d.h. eine „planmäßige Innenkolonisation“.²¹²

Ähnlich weitgreifend äußerte sich Rading, der „eine weitverzweigte Siedlung über das ganze Land“ als Ideal ansah und dabei auf den Teil der Arbeit von Howard verwies, der ein neues Siedlungssystem betraf - ohne eine Kopie der Howardschen Vorstellungen zu verlangen.²¹³ Seine Polemik zielte auf den erreichten Stand in der Siedlungsbebauung. Die errichteten Gartenstädte („Stadtsiedlungen“) könnten noch nicht als Ansatzpunkte einer neuen Besiedlungsweise betrachtet werden. Auch Wehl befürwortete eine solche Position.²¹⁴ Es gab aber auch Gegenstimmen. Dieck orientierte die Planung in eine ganz andere Richtung, nämlich gegen extensive Entwicklung und für Verdichtung vorhandener, erschlossener Siedlungsräume.²¹⁵ Der Dezentralisierungsforderung stellte er „volkswirtschaftliche Nachteile“ entgegen, wie

- „Umlandung von Äckern in Bauland“,
- „mangelnde Nutzung von vorhandenen Baustellen“,
- „Überwindung weiter Wege“ sowie
- „Inanspruchnahme von (neuen) Baustoffen für Straßen“.²¹⁶

An gleicher Stelle nahm er außerdem an, ohne Beweise anzuführen, dass die

²¹¹ May, E. (1922): Stadterweiterung mittels Trabanten, in: Der Städtebau, 5/6, S. 52-53

²¹² Wolf, P. (1922): Neue Wege, in: Der Städtebau, 11/12, S. 120

²¹³ Rading, A. (1920): Neue Kleinhausmietshaus-Bebauungen, in: Der Städtebau, 11/12, S. 106

²¹⁴ Wehl, B. (1919): Industrielle Innenkolonisation in der Schweiz und Deutschland, in: Der Städtebau, 3, S. 32

²¹⁵ Dieck (1919): Über zeitgemäße Bodenpolitik, in: Der Städtebau, 5/6, S. 57

²¹⁶ Dieck (1919): Über zeitgemäße Bodenpolitik, in: Der Städtebau, 5/6, S. 57

Siedlungstätigkeit zurückgehen werde, wenn die Wohnungsnot behoben sein würde. Trotz der in gewisser Hinsicht der Notlage geschuldeten Argumente enthielten sie über die Verhältnisse hinausgehende grundsätzliche Bedenken gegenüber einem Wachstumsmodell, wie es das Paradigma der stadtreionalen Entwicklung darstellte. Es war also möglich, im Rahmen dieses Paradigmas und der sich bildenden Institutionen der Landesplanung Antinomien der planerischen Vorstellungen zu entwickeln. Diese entstehenden Nuancen im disziplinären Gebäude waren eine wichtige Voraussetzung für die ab Mitte der 1920er Jahre einsetzende umfassende Debatte um die Ausprägung der regionalen Planung.

Auf der anderen Seite wurde die Dezentralisierungsdebatte vorangetrieben durch die sozialdemokratische Politik und der mit ihr verbundenen Bauwirtschaft. Berlin und Mitteldeutschland avancierten zu Modellen der baulichen Umsetzung dieser Dezentralisierung, wie anschaulich am Wirken des Bauunternehmers und Mäzens des Bauhauses, Adolf Sommerfeld, nachgewiesen werden konnte.²¹⁷ Neben Berlin spielten dabei vor allem Merseburg und Bad Dürrenberg als Wohnstandorte für die Leuna-Werke eine wichtige Rolle bei einer Durchsetzung dezentraler Wohnweisen. Dies ging über das Modell einer Werkssiedlung hinaus und projizierte eine dezentrale Entwicklung auf den Großraum. Damit bildete sich eine städtebauliche Folie realer Entwicklung zur disziplinären Debatte heraus, angefeuert durch die fiskalische Politik ab 1924.²¹⁸ Nunmehr nahmen die Ideen zur Dezentralisierung reale Gestalt an, getrieben von staatlicher Unterstützung und neuen Akteuren des Städtebaus. Das Bild zur Vorkriegsentwicklung in den Städten und Regionen begann sich deutlich zu wandeln.

²¹⁷ Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910 - 1970, Berlin, S. 163-174

²¹⁸ Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910 - 1970, Berlin, S. 163

2.2 Amerikanische Planungskultur zwischen 1900 und 1920: Hintergrund für das Verständnis der Ausstellung in Gotenburg und der „Amerikanisierung“ der Planung²¹⁹

Im Jahr 1925 erschien im renommierten Ernst Wasmuth-Verlag, Berlin, der großformatige und mit 550 Fotografien bzw. Plänen reich bebilderte Prachtband „Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst“ von Werner Hegemann.²²⁰ Er sollte, so die Titelunterüberschrift, „Ein Überblick über den heutigen Stand der Amerikanischen Baukunst in ihrer Beziehung zum Staedtebau“ sein. Zugleich sollte dieses Werk der erste Band einer Dokumentation der Gotenburger Ausstellung darstellen, dem allerdings kein weiterer folgte. Dieses Buch war als Propagandawerk für eine Amerikanisierung der deutschen Planungskultur ausgerichtet. Es entwarf einen Glorienschein. Hegemann entpuppte sich als kritikloser Verfechter der amerikanischen Planungsart. Bemerkenswert erscheint, dass er mit Begriffen jonglierte, die in der amerikanischen Planungswelt bereits keine Rolle mehr spielten: Er sprach von „Stadtbaukunst“ und deklinierte alle Facetten der räumlichen Gestaltung, vom Städtebau über die Landschaftskunst bis zum suburbanen Siedlungsbau, entlang dieser gestalterischen Ansichten durch. Das Zeitalter der City-Beautiful bzw. Civic Art war in den USA seit 1917 bereits abgeklungen. Mit dieser Bezugswahl versuchte er offenbar die deutsche Fachwelt zu erreichen, um seine Auffassungen von einer suburbanisierten Welt als Zukunftsvision zu verbreiten.

Obwohl der Einfluss von Hegemann auf die zeitgenössische Debatte nicht überschätzt werden sollte, hatte er dennoch als Herausgeber wichtiger Fachorgane, die vom Städtebau-Verlag Ernst Wasmuth vertrieben wurden, durchaus eine gewichtige Stimme in der Debattenlandschaft der 1920er Jahre. Andererseits rückte das Urteil der amerikanischen Fachwelt über den deutschen Städtebau, resp. die Landesplanung, die Hegemannsche Einseitigkeit in ein anderes Licht. Die 1932

²¹⁹ Dieser Beitrag fußt auf einem Vortrag von 2010, der für die Veröffentlichung in einem Tagungsband der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanismusforschung (GSU) für 2012 vorgesehen ist: Der Kult des großen Plans um 1910 – Gestaltung von Metropolregionen in historischer Perspektive, Berlin

²²⁰ Hegemann, W. (1925): Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst, Berlin

erschiene Schrift von John Nolen, einer der Wortführer in der amerikanischen Planungsszene, „The Developing of City planning in Germany“ verwies auf den hohen Stand der deutschen Planungskultur. Er hob den Charakter der deutschen Städte hervor, die von Respekt vor der Geschichte, durch „zweckmäßige Gesetzgebung“, einer „planmäßige(n) Stadterweiterung“ entsprechend einer weitsichtigen Bauzonenpolitik geprägt wären und deshalb nicht die unwirtlichen Züge der amerikanischen Städte trügen.²²¹ Das überschwängliche Lob war natürlich an die amerikanische Leserschaft gerichtet, dennoch wies es auf divergierende Reflexionen der jeweiligen Planungskultur der führenden Propagandisten des Fachgebietes hin. Beiden Vertretern gemeinsam war die Betonung der raumgestaltenden Qualitäten des jeweils anderen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass um 1910 die Herausbildung der Disziplin Städtebau/Stadtplanung beiderseits des Atlantiks ihren entscheidenden Durchbruch zum eigenständigen, international anerkannten Fachgebiet erlebt hatte. Es kann von einer gewissen Parallelität gesprochen werden, vor allem aber war es die entscheidende Zeit für die disziplinäre Entwicklung – beiderseits des Atlantiks.²²² Die Verläufe dieser disziplinären Etablierung in Europa und den USA wiesen jedoch auch Unterschiede auf.

Der städtebauliche Plan avancierte zum Markenzeichen, zum „Label“, für die neue Berufsgattung, die auf die Bühne der rasant wachsenden und sich ausdifferenzierenden Professionslandschaft in den intellektuellen Zentren Europas, Nordamerikas und auch in den Headquartern der kolonialen Welt getreten war. Im „Plan“ lag von Anbeginn an eines der essentiellen Probleme der Planung als Prozess

²²¹ Stübgen, J. (1933): Amerikanisches Urteil über Deutschlands Städtebau, in: Deutsche Bauzeitung 1933/13, S. 262

²²² Vgl. dazu ganz generell: Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar; Brake, K./Hrsg. (1985.): Stadtentwicklungsgeschichte und Stadtplanung, Oldenburg; Albers, G.: Stadtplanung, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 1085 – 1091; Sonne, W. (2010): Blütezeit des Städtebaus in Europa und den USA, in: Bodenschatz, H./ Gräwe, C./Kegler, H./Nägelke, H.-D./ Sonne, W./Hrsg.: Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin, insbes. S. 30-37

und Produkt: Das Finden einer Balance zwischen statisch erscheinender Vision, dem finalen Planwerk („Großer Plan“) – einer also linear angelegten Planformulierung, und dynamischer, eher nicht-linearer, an der „Realpolitik“ orientierten step-by-step – Planung, bestimmte die Debatte nicht unwesentlich.²²³

Doch der „Große Plan“, wie er etwa im Burnham-Plan für Chicago, den Beiträgen im Wettbewerb für Groß-Berlin 1909 oder Breslau 1921 Aufsehen erregend die öffentliche Bühne der Stadtdebatten betrat,²²⁴ gewann nicht durchgängig diesen Stellenwert. Dominierten im ausgehenden 19. Jahrhundert die städtischen Bodenaufteilungspläne, rückten dann die stadttechnischen Pläne (Verkehr etc.) in den Vordergrund, so traten um 1900 die Stadtbaukunstpläne hervor, um schließlich ab etwa 1910 im „Großen Plan“ zu münden. Im angelsächsischen und vor allem im amerikanischen Raum verlief die Planformulierung als Ausdruck disziplinären Werdens zunächst vergleichbar, ab 1909 stieg dort jedoch das rein verwertungsorientierte „Zoning“ zum neuen „Großen Plan“ auf.²²⁵

Die technischen Disziplinen mit ihren „Civil-Ingenieuren“ hatten einen disziplinären Vorsprung, getrieben vom Sturmlauf der zweiten industriellen Revolution, welche auch die stadttechnischen Systeme erfassten. Die große Städteausstellung 1903 in Dresden legte beredtes Zeugnis dieser enormen Entwicklung ab. Die Stadt wurde zum Schauplatz der technischen Innovationen, aber auch eine sozial-kulturelle

²²³ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 328-329 sowie S. 336

²²⁴ Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin, S. 108ff

²²⁵ Kimball, T. (1923): Manual of information on City Planning and Zoning, Cambridge/Boston, insbes. S. 4-13. Dieses Manual enthält eine vollständige Übersicht zur USAmerikanischen Stadt-, Regional- und Landesplanung, sowohl inhaltlich wie institutionell. Systematisch zusammengefasst wurde es von der einzigen Frau, die als Bibliografin an der Harvard Universität sowie im Amerikanischen und Britischen Planungsinstitut wirkte. Sie gehörte zu den Schlüsselpersonen bei der Verbreitung des Wissens über die Stadtplanung in den USA und fungierte zugleich als eine Brückenbildnerin zu Europa – nach dem Weltkrieg.

http://openlibrary.org/books/OL7051695M/Manual_of_information_on_city_planning_and_zoning

„Verliererin“ dieses technisch-wirtschaftlich dominierten Prozesses. Dies rief auch Kritiker, Zweifler, oder eben „Stadt-Verbesserer“ auf den Plan, sich einzumischen, um den Lauf der Dinge in den Städten zu kanalisieren, zu verfeinern oder zu einem neuen kulturellen Ansehen zu verhelfen. Die Zeit der „Urbanisten“ war um 1900 (zwischen 1890 und 1910) gekommen – und das in allen Industrienationen fast zeitgleich. Noch hatte sich das Fachgebiet, das sich für die ganzheitliche städtische Zukunft berufen fühlte, keinen einheitlichen Namen gegeben. Dies setzte erst nach 1910 ein.

Wissenschaftliche Disziplinen sind zwar grundsätzlich gesellschaftlich determinierte, aber relativ eigenständige, ausgeprägte sozial-kognitive Systeme. Sie verfügen über einen mehr oder minder ausgeprägten wissenschaftlichen, in unserem Falle, auch einen wissenschaftlich-künstlerischen, und zudem technischen wie politischen Charakter, wenngleich die Wissenschaftlichkeit zunehmend dominierte. Doch was sich so abstrakt darstellen lässt erscheint in der konkreten Ausformung höchst differenziert.

Es kann hier von der These ausgegangen werden, dass es im transatlantischen Vergleich der Professionalisierung nicht nur einen zeitgleichen, sondern auch zeitweilig einen gegenläufigen Vorgang gab, der aber letztlich in einer konvergierenden kognitiven Ausrichtung der Fachdisziplin mündete.²²⁶ Die Wirkung der Ausstellung in Gotenburg 1923, die durch das Zusammentreffen der transatlantischen Kulturen entfacht wurde, kann nur vor dem Hintergrund der Entwicklungen und deren Unterschiede in Europa bzw. den USA gedeutet werden.

²²⁶ Der Nachweis dieser These kann hier nur ansatzweise erbracht werden, zugleich soll damit weiterführender Forschungsbedarf des transatlantischen Verhältnisses in der Stadt- und Raumplanung vermerkt werden, der bis in die Gegenwart reichen sollte. Vgl. dazu auch: Petz, U. v./Hrsg. (2004): Going West? Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund, S. 8

Der eingangs geschilderte Herausbildungsprozess der Disziplin in Deutschland kann als prototypisch für die vergleichbaren Prozesse in Europa angesehen werden, wenngleich z. B. die spezielle Situation im Deutschen Reich mit der Vielstaaterei und der damit verbundenen breit gefächerten Hochschullandschaft einen wichtigen Unterschied zu den eher zentral organisierten Staaten darstellte.²²⁷ In anderen europäischen Ländern verlief der Prozess zeitversetzt, jedoch nicht so breit gefächert. Städtebau war Erfahrungs- und akademische Disziplin geworden – mit der Lehraufnahme vollendete sich der Professionalisierungsvorgang, da nun die Reproduktion innerhalb des fachlichen Selbstverständnisses begann. Aus den praktischen Anforderungen erwuchsen die Tätigkeitsfelder, die nach jenen Fachleuten fragten, die diese Gebiete angemessen bearbeiten konnten, auch wenn vieles von dem Papier blieb – der große Boom in den Städten begann sich vor dem Weltkrieg bereits zu verflüchtigen. Die USA hatten zwar auch eine akademische Ingenieurausbildung auf hohem Niveau und auch die Landschaftsgestaltung hatte ihre künstlerisch-botanische akademische Grundlage, eine eigenständige Ausbildung von „Cityplannern“ gab es in dieser Zeit nicht. Die Qualifizierung des Personals erfolgte in den sich bildenden kommunalen und später fachlichen Netzwerken.²²⁸

Die Herausbildung des neuen Berufes aus den dominanten Professionen des Bauingenieurs (Infrastruktur-Ingenieur und Landmesser) sowie des Architekten verlief als schwierige Emanzipation, insbesondere in Großbritannien, aber auch in Frankreich, wo sich jedoch dann 1911 die erste berufsständige Organisation bildete („Societe Francaise des Urbanistes“). In Spanien war bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts der „Urbanismo“ als Fachgebiet (zumindest in den Großstädten) entstanden, während in Italien erst 1930 die Zeitschrift „Urbanistica“ gegründet worden war. Es war eine Periode zwischen 1900 und 1920, in der sich die begriffliche Vervielfältigung der entstehenden Profession durchzusetzen begann:

²²⁷ Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar, S. 128-177

²²⁸ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, insbes. S. 246-252

Zum ersten Mal taucht der Begriff „Urbanismus“, der die städtebauliche Planung umfasste, in Frankreich auf („Urbanisme“) und in Deutschland wird der englische „Planning“-Begriff von Möhring, Eberstadt, Schmitz erstmalig adaptiert und in ihrem Wettbewerbsbeitrag für „Groß-Berlin – ein Programm für die Planung der neuzeitlichen Großstadt“ verwendet.²²⁹ Doch erst Ende der 1920er Jahre setzt sich – unter dem amerikanischen Einfluss – die Bezeichnung Stadtplanung, in Verbindung mit Landesplanung, durch, und zwar jenseits der oft nur der Moderne zugeschriebenen Verwendung.²³⁰ Eine eigenständige Lehre begann sich umfassend in Europa erst nach dem Weltkrieg durchzusetzen – im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum, wo es bis 1914 bereits an fast allen deutschen Technischen Hochschulen Lehrstühle für Städtebau gab. Diese bildeten den Grundstock für die Heranbildung einer Generation von städtebaulich geschulten Architekten bzw. Ingenieuren und Verwaltungsfachleuten, die eine relativ führende Rolle deutscher Stadt- und Landesplanung in den 1920er Jahren begründeten.

Im Mai 1917 kann, so die Periodisierung von Peterson, von „the end of the beginning“ der Stadtplanung in den USA gesprochen werden.²³¹ Einen Monat nach Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im April 1917 hielt die 1909 gegründete Planerorganisation, die NCCP (National Conference on City Planning), ihren jährlichen Kongress ab und beschloss, ihren Beitrag für die Unterstützung der Kriegswirtschaft zu leisten. Sie stellte sich demonstrativ in den Dienst einer schnell zu entwickelnden kriegswichtigen Industrieproduktion. Dies war nicht allein eine heroische Tat oder ein nationales Bekenntnis. Es war vor allem ein „Sieg“ der Kräfte innerhalb der Cityplanner in den USA, die auf eine pragmatische Ausrichtung des Fachgebietes orientiert hatten und dies bereits seit 1911 – eigentlich bereits ab 1908

²²⁹ Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin, S. 18 sowie Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Braunschweig, Wiesbaden, S. 25 ff, insbes. S. 69 oder 103

²³⁰ Langen, G.: Landesplanung, in: Ritter, H./Hrsg. (1928): Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 303-305

²³¹ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 319

– intensiv verfolgten. Allen voran George Ford oder Harland Bartholomew, die mit ihren Planungen für Newark bzw. St. Louis vor dem Weltkrieg Maßstäbe setzten und eine neue Generation vom „Großen Plan“ begründeten, dem „Zoning“.²³²

Der Beginn des großen Um- und Aufbruchs in den USA kann auf 1909 datiert werden – identisch mit der Vorlage des „Grand Plan“ für Chicago.²³³ Mit diesem geht die verheißungsvolle Periode des „City Beautiful“ zu Ende und beginnt zugleich die Herausbildung der funktional orientierten Zonenplanung.²³⁴ In mehreren Schritten hatte sich seit 1890 jene bildungsbürgerlich getragene Bewegung heraus gebildet, die den gestalterischen, aber auch sozial-hygienischen Mißständen in den US-amerikanischen Industriestädten den Kampf ansagte. Hierbei spielten die Eliten der großen Städte eine entscheidende Rolle – keinesfalls akademisch verankerte Personen. Darunter waren viele Frauen der gehobenen Schichten, die aus unterschiedlichen Motiven heraus der Civic Art bzw. City Beautiful – Bewegung zum Durchbruch verhalfen.²³⁵ Und natürlich Politiker wie Unternehmer gehörten maßgeblich dazu. Analysen zeigen, dass diese heterogene, kommunal basierte Bewegung spektakuläre Bilder produzierte, einiges auch umsetzte – beeindruckend in jedem Falle, sich aber in ihrer Wirkung doch auf einen kleinen Teil der urbanen Welt der USA beschränkte. So wurden für die Hochphase des City Beautiful

²³² Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 302-307

²³³ Schaffer, K. (1993): Fabric of City Life, in: Moore, C./Hrsg.: Plan of Chicago (Reprint Burnham, Daniel; Bennett, Edward: Plan of Chicago, 1908/09), New York, S. V

²³⁴ Wilson, W. H. (1989): The City Beautiful Movement, Baltimore/London, S. 285-290 sowie S. 298-302. Zwar setzte sich die Zonenplanung grundsätzlich durch, dennoch kam es, schon 1922 beginnend und dann bis in die Gegenwart reichend, immer wieder zu Versuchen einer Renaissance dieser auf Stadtgestaltung und „Verschönerung“ setzenden Bewegung, wie Wilson nachweisen konnte. Dem diente auch das Buch Hegemann, W.; Peets, E.: Civic Art, New York, 1922

²³⁵ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 98-122, insbes. S. 110. Eine der inspirierenden Figuren des City Beautiful war Jessie M. Good, die diese Stadt-Verbesserungsbewegung stark vorantrieb.

Planungen für ca. 40 große Städte in den USA vermerkt.²³⁶ Das wenigste davon wurde gebaut oder gar vollendet. Daran machte sich nun die Kritik fest.

Stadtplanung wurde von der Ende der 1890er Jahre ausgebildeten Ingenieurgeneration zunehmend als Aufgabe betrachtet, die sich stürmisch entwickelnden amerikanischen Städte im Interesse der Wahrung öffentlicher Interessen und der Gewährleistung von allgemeiner Prosperität – vor allem bezogen auf die Infrastruktur – vorausschauend zu ordnen. Und dies nicht nur auf dem Papier, sondern in gebauter Wirklichkeit. So begann sich in der entstehenden praktischen Profession ein technisch-rationales Denken gegenüber einer auch umfassend angelegten, aber stark auf künstlerische Ausstrahlung ausgerichteten Planung durchzusetzen.

Mit dem ersten Plan für die Ordnung der städtischen Funktionen „Industrie“, „Handel“ und „Wohnen“, dem „Zoning-Plan“ für Los Angeles 1908, entstand eine die Profession fortan dominierende Art des auf Effizienz und minimale Eingriffe bedachten Planens zur separaten Ordnung der städtischen Funktionsbereiche.²³⁷ Diese Zonierung entstand unabhängig von der europäischen Zonenplanung und hatte nur wenig mit dieser zu tun. Sie war zunächst als „districting“ bezeichnet worden und begann ihren Siegeszug in der rasant wachsenden Metropole Los Angeles, um letztlich divergierende wirtschaftliche Interessen an die Raumnutzung auszugleichen.²³⁸ Erst später trat die Höhenregulierung hinzu, wie sie für Indianapolis oder New York in dem Zonengesetz von 1915 festgelegt worden war.²³⁹ Auch dabei ging es nicht um eine stadtgestalterische Regulation, sondern um die Festlegung von

²³⁶ Peterson, J. (2003): *The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917*, Baltimore, London, S. 176

²³⁷ Peterson, J. (2003): *The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917*, Baltimore, London, S. 310

²³⁸ Peterson, J. (2003): *The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917*, Baltimore, London, S. 309

²³⁹ Hegemann, W. (1925): *Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst*, Berlin, S. 55

Ausnutzungsgraden des städtischen Bodens. Es entsprach dem amerikanischen Rechtsverständnis, nach dem das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nur minimal gelenkt werde solle, was Hegemann in seiner Darstellung eines Chaos' in der Stadtgestaltung offenbar nicht verstanden hatte, sondern als Fehlentwicklung interpretierte.²⁴⁰

Das „Zoning“ gewann schrittweise, aber zunehmend an Boden in der praktischen Stadtplanung, ja es wirkte wie eine Verlockung, wie ein „Köder“, so Peterson, versprach doch die Bindung der entstehenden Disziplin an die wirtschaftlich treibenden Kräfte die Umsetzung von Planungen. Opportunismus machte sich breit.²⁴¹ Da wirkte der 1917 mit dem Kriegseintritt der USA „verhängte“ rationale Pragmatismus in allen wirtschaftlichen Bereichen nur noch wie ein letzter Anstoß, um alle „Verschönungsplanungen“ durch funktionale Stadtentwicklungs-Diagramme zu ersetzen oder auf Effektivität getrimmten Bebauungsplänen zum Durchbruch zu verhelfen, wie Hegemann mit kritischem Unterton vermerkte: „Die englischen Gartenstädte, die in Europa die Entwicklung des Wohnungswesens so nachhaltig beeinflußt haben, hatten nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung des amerikanischen Wohnungswesens erst im Zusammenhang mit der plötzlichen Entwicklung der „Kriegsindustrien“, die seit 1916 zahllose Siedlungen aus dem Boden stampften.“²⁴² Damit begann in den USA eine (indirekte) staatliche Lenkung von städtebaulichen Prozessen, die später vor allem in Krisenzeiten immer wieder reaktiviert wurde und nach dem Weltkrieg eine Brückenbildung insbesondere nach Deutschland erleichterte, hatten sich doch dort seit 1918 (insbes. seit 1925) starke ordoliberalen Strukturen auf staatlicher wie kommunaler Ebene, vorrangig im Wohnungsbausektor, gebildet.

²⁴⁰ Hegemann, W. (1925): Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst, Berlin, S. 55

²⁴¹ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 308

²⁴² Hegemann, W. (1925): Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst, Berlin, S. 116. Hegemann bezieht sich auf den Siedlungsbau, der durch den Übergang zur Kriegswirtschaft entstanden war, allerdings um ein Jahr zu früh datiert.

Ein (im Unterschied zu Europa) in der US-amerikanischen Stadtplanung um 1910 eher wenig beachtetes Thema betraf den Wohnungsbau. Erst mit einer eingehenden Betrachtung der europäischen Verhältnisse änderte sich die Situation in den USA ansatzweise. Der Blick fiel dabei auf England, Deutschland und Holland. Die vielfältigen Wohnungsreformbestrebungen, die auch in Gestalt von Siedlungen ihren Ausdruck fanden, regte vor allem den jungen Sozialpolitiker Benjamin Marsh an, diese Ideen und Erfahrungen in die USA zu transferieren, um wirkungs- und planvoller den drängenden demografischen und sozialen Problemen in den Städten zu begegnen.²⁴³ Dabei geht es hier nicht um die Wohnungsfrage, sondern um eine die disziplinäre Frage massiv bestimmende Auseinandersetzung, Olmsted versus Marsh, die den Beginn der Bildung der modernen Stadtplanung in den USA einleitete.²⁴⁴ Beide besuchten, unabhängig voneinander, zwischen 1907 und 1909 Europa. Der Landschaftsarchitekt Olmsted suchte nach einem neuen Planungsverständnis, das er in den Werken von Burnham oder Nolen, aber auch von ihm selbst bisher nicht gefunden hatte. Planung musste mehr sein als „public education“, nämlich: „city planning was and should be understood as a continuous process of intelligent guidance“.²⁴⁵

Damit grenzte er sich vom „City Beautiful“ ab unter der vielversprechenden Maßgabe, erfolgreiche Stadtplanung als ganzheitliche Planung betreiben zu können. Die hier als ‚Zwischenebene‘ zu bezeichnende „Comprehensive Planning“ war geboren. Sie entsprach dem, was in Europa, namentlich Deutschland, unter „Städtebau“ als verbindlicher räumlich-gestalterischer *und* flächenhaft-funktional aufteilender Planung verstanden wurde. Diese fungierte also in der US-

²⁴³ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 236-239

²⁴⁴ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 247

²⁴⁵ Zit. nach: Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 256

amerikanischen Interpretation durch Landschaftsarchitekten als Geburtsidee der institutionalisierten Stadtplanung ab 1909. Zeitgleich war ja das rein an wirtschaftlichen Interessen orientierte „Zoning“ entstanden und die „City Beautiful“-Bewegung hatte ihren Scheitelpunkt erreicht.

Benjamin Marsh wollte noch weiter gehen als Frederick Law Olmsted jr. und forcierte die Debatte um eine sozial-funktionale Stadtplanung. Schließlich war das Bevölkerungswachstum in den Industriestädten zu einem sozialen Problem geworden, was zur Gründung des „Committee on Congestion of Population“ in New York führte, das von Marsh forciert wurde und das wichtige Impulse für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den USA setzte. Marsh stieg nach seiner ausgedehnten Reise durch die Wohnungsreformländer zu einem der Wortführer einer Neuakzentuierung der amerikanischen Stadtplanung auf. Noch konnte er nicht diese Seite der Stadtplanung in den Vordergrund bringen, Olmsted setzte sich – noch einmal – durch.²⁴⁶

Nach 1917 gewann dann jedoch die funktionale und sozialpolitische Frage im Stadtplanungsdenken deutlich an Gewicht. Olmsted erschien als ein Makler zwischen den divergierenden Strömungen in dieser virulenten Geburtszeit der Stadtplanung in den USA. Damit war eine integrierende Figur auf die Bühne getreten, die die unterschiedlichen Strömungen des sich bildenden Fachgebietes – zumindest zeitweilig – zusammenführen konnte. Die „Comprehensive Planning“ brach nach 1917 in einzelne, rational organisierte Planungsteilgebiete auseinander und wurde zu einer „Bifurcated Art“ und schließlich zur „Fragmented Art“, einer in Subsysteme aufgespaltenen Disziplin.²⁴⁷ Die ganzheitliche Planung kam jedoch, ähnlich wie „City Beautiful“, später immer wieder auf die Tagesordnung als uneingelöster Wechsel

²⁴⁶ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, 247-252

²⁴⁷ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 294

zukunftsorientierter, nicht nur an wirtschaftlichen oder technischen Interessen orientierter Stadtplanung. Außerdem wurde in der Gründung der Profession der Stadtplanung in den USA eine starke landschaftliche Sicht, wobei Olmsted einen wichtigen Beitrag leistete, beigemischt, die bis heute in Gestalt des „Landscape Urbanism“ existiert und immer wieder neue Impulse zu setzen vermag.²⁴⁸

Innerhalb der entstehenden Profession schälte sich zwischen 1909 und 1917 in den USA jedoch gleichzeitig eine zunehmend von Ingenieuren bestimmte, pragmatische Planung heraus. Einer der führenden Köpfe war George Ford, der mit seiner Zonen-Planung für Newark das „amerikanische Stadtideal“ zur Wiederherstellung der „verlorengegangene(n) Einheit des Gemeinwesens“ – so die Interpretation von Stübben – auch im internationalen Planungsdiskurs schuf.²⁴⁹ Eigentlich hat er diesen Plan nicht erstellt, sondern dessen Erarbeitung eher moderiert. Die Erarbeitung der Planungen oblag der „City Planning Commission“, die Planer beauftragte, Vorschläge zu unterbreiten. Die erste „Planning Commission“ war 1907 in Hartford, Connecticut, gebildet worden, 1911 folgte Newark und 1913 New York.²⁵⁰ Bis zum Weltkrieg setzte sich diese Form eigenständiger kommunaler Planung durch. Sie war Ausdruck eines demokratischen verfassten Steuerungsgedankens, der, (vermeintlich) anders als die europäischen Monarchien oder Zentralstaaten, nicht so durchsetzungsfähig schien. In der Demokratie könnten, so die Einschätzung, anspruchsvolle Pläne nur „by education the public“²⁵¹ Wirklichkeit werden.

Die institutionelle Grundlage für die Entfaltung der Profession bildete ein seit 1909 sich vervielfachendes institutionelles System. Die jährlichen Kongresse des NCCP

²⁴⁸ Schöbel-Rutschmann, S. (2008): Landschaftsurbanismus, in: Wolfrum, S.; Nerdinger, W.: Multiple City, Berlin, S. 14-18

²⁴⁹ Stübben, J. (1924): Der Städtebau, Leipzig, S. 583

²⁵⁰ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 270

²⁵¹ Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 293

(National Conference on City Planning) schufen in mehrfacher Hinsicht das Rückgrat der Disziplin: Hier fanden die eigentlichen Qualifikationen der Fachleute durch Austausch von Erfahrungen und Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse statt; hier wurde die breite Öffentlichkeit für das Thema Stadtplanung interessiert; hier wurden neue Planungen erörtert und internationale Erfahrungen vorgestellt. Diese Konferenzen bekamen durch Ausstellungen, allen voran die Markstein-Exposition in New York 1913, eine gesellschaftliche Aura. Zudem erschienen Fachbücher, so das bedeutende von John Nolen „City Planning“, 1916. Hier kann eine erstaunliche Parallelität mit den Prozessen in Europa gesehen werden, mit Ausnahme der Lehr- und Forschungstätigkeit, die erst nach dem Weltkrieg in den USA einsetzte.

Der wichtigste kognitive Beitrag der US-amerikanischen Stadtplanung um 1910 ist zweifelsohne der theoretische Ansatz von Olmsted, der Planung als „dynamic art“ definierte.²⁵² Planung war von ihm als ein interaktiver Prozess gedacht. Im Zusammenhang mit dem Bildungsgedanken, der die Planung in der breiten Öffentlichkeit verankern sollte, ja die Umsetzung von Planungen erst ermöglichte, bedeutete diese Interpretation von Planung einen bedeutenden Schritt hin zu einem Verständnis von Planung als nicht-lineares System sozial-kognitiver Tätigkeit. Damit „überholte“ er das europäische Denken, welches statische Modelle favorisierte, wie das Satelliten-Modell von 1910, um damit die Dynamik der Stadtentwicklung planerisch aufzufangen. Der Planungsprozess wurde zu dieser Zeit in Deutschland hingegen noch statisch betrachtet. Dies sollte sich erst nach 1925 ändern, als in der Landesplanung ähnliche prozesshafte Komponenten Platz griffen.

Die Auseinandersetzung in der sich bildenden amerikanischen Profession verlief nicht wie in Europa entlang des Formierens eines Paradigmas der Disziplin zwischen den Typen „Paris“ und „London“, also urban versus dezentral, was bekanntlich zugunsten von „London“, also dem satellitären Entwicklungsmodell der zukünftigen

²⁵² Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore, London, S. 256

Stadt (Dezentralisierung) endete, sondern entlang der Art einer praktischen Wirksamkeit des Fachgebietes. Die Dezentralisierung spielte in den USA keine das kognitive Gebäude der Disziplin prägende Rolle. Sie war, wie Hegemann treffend herausgearbeitet hatte, das Grundmodell einer auf flächenhafte Verwertung des Grund und Bodens ausgerichteten Stadtentwicklung – seit der Proklamierung des „National Grid“ Ende des 18. Jahrhunderts.²⁵³

Der modernen Stadtplanung hingegen ging es um die rationale, funktionale und technische Ordnung in der wachsenden Industriemetropole sowie um deren (landschaftsgestalterische) Kultivierung. Die Profession City Planning hatte sich zwischen 1909 und 1917 zu einer fachlichen Bewegung in Nordamerika gemausert, die deutlich an gesellschaftlichem Einfluss gewonnen hatte. Von dieser Position aus, so uneinheitlich und suchend sie auch war, konnte sich die Disziplin nach dem 1. Weltkrieg entfalten und auch beachtlichen Einfluss auf Europa ausüben. Dies erfolgte vor allem über die Protagonisten der Fachdisziplin, zu denen u. a. auch Stephan Prager (der sich in dieser Zeit beruflich in den USA aufgehalten hatte), der Initiator der Mitteldeutschen Landesplanung, gehörte. Sie waren Zeugen dieses virulenten Geneseprozesses, der vor allem eine auf demokratischen Grundlagen basierende, rationale Art der sich über Gremien (Commissions) realisierenden, großmaßstäblichen Planung beinhaltete.

2.3 Der Bifurkationspunkt in der disziplinären Entwicklung zur Landesplanung: Die Internationale Städtebau-Ausstellung in Gotenburg/Schweden, 1923

Aus Anlass des 300. Gründungsjubiläums Gotenburgs (Göteborg) veranstaltete die Kommune, getragen vom schwedischen Königshaus, ein fulminantes Programm an Ausstellungen, die weit über die Zusammenhänge der Stadt hinausreichten, ja die nationale und internationale Bedeutung Schwedens nach dem 1. Weltkrieg

²⁵³ Hegemann, W. (1925): Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst, Berlin, S. 117 sowie Fehl, G. (2004): Stadt im ‚National Grid‘, in: Petz, Ursula v. (Hrsg.): Going West? Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund, S. 42-67

vermittelten. Das Spektrum reichte von historischen Themen bis zu einer schwedischen Exportausstellung. Neben den Jubiläumspräsentationen kamen u. a. weitere internationale Expositionen in diesem Reigen der Stadtinszenierung vor:

- eine internationale Automobilausstellung,
- eine internationale Luftfahrtausstellung,
- ein internationale Sportkampfspiele-Exposition sowie
- eine „*Internationale Städtebauausstellung*“.

Diese Ausstellung erhielt aus fachlich-politischer Sicht ein besonderes Gewicht. Es war die erste Nachkriegsausstellung, an der die seinerzeit – also fünf Jahre nach dem Inferno – beteiligten Kriegsgegner nun nebeneinander in der Ausstellung vereint waren. Zwar hatte es seit 1919 schon internationale Begegnungen und Konferenzen gegeben – stets aber ohne Deutschland. Doch mit Gotenburg fand auf neutralem Boden ein umfassender Brückenschlag statt. Die Ausstellung selbst hatte nur während eines kurzen Zeitfensters zwischen dem 27. Juli und 12. August Gelegenheit, das Fachpublikum sowie die Öffentlichkeit anzuziehen.²⁵⁴ Offenbar hatte dies aber der Wirkung der Ausstellung keinen Abbruch getan. Immerhin hatten 25 Länder von allen Kontinenten Exponate, Planungen, Modelle oder Bilder eingereicht.²⁵⁵ Der Vertreter Deutschlands im Komitee und in der Ausstellungsjury war Gustav Langen, der auch für die Zusammenstellung der deutschen Exponate gesorgt hatte.²⁵⁶ Die Ausstellung fand parallel zum 7. Internationalen Kongress der „Garden Cities and Town Planning Federation“ statt, zu dem immerhin 300 Teilnehmer aus fast allen ausstellenden Ländern angereist waren. Diese grandiose Bündelung von thematischer Leistungsschau des Fachgebietes (die Jury hatte nur einen Teil der eingereichten Exponate zur Darstellung ausgewählt) und Konferenz

²⁵⁴ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 13 sowie Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Wiesbaden. S. 187, 188

²⁵⁵ Neben Schweden waren dies: Canada, Tschecho-Slovakei, Holland, Australien, Finnland, Deutschland, Norwegen, Dänemark, Japan, Frankreich, England, Spanien, USA, Belgien sowie Italien, Schweiz, Österreich, Ungarn, Estland, Liffland (Lettland), Litauen, Polen, Argentinien, Brasilien und Chile. Einzig Sowjetrußland fehlte.

²⁵⁶ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 15, 17

wurde vom renommierten Stadtplaner („Erster Stadtingenieur“) von Gotenburg, Albert Lilienberg, initiiert und geleitet, sowie sekundiert von Raymond Unwin, dem Nestor der „Federation“.²⁵⁷

Die Ausstellung war in drei Hauptabschnitte gegliedert, in welche die nationalen Beiträge eingeordnet wurden – also keine nationale Leistungsschau, sondern eine, die sich nach der Qualität der eingereichten Exponate ausrichtete:

1. die allgemeine, internationale Städtebauausstellung,
2. die internationale Wanderausstellung für die Verbreitung der Gartenstadtbewegung sowie
3. verschiedene Sonderausstellungen.

„Es ist der Zweck der Städtebau-Ausstellung, dem aktiven Städtebauer – sei er Ingenieur, Architekt oder Kommunalmann – zu zeigen, wie früher gearbeitet wurde und wie heute gearbeitet wird, sowie welche Ergebnisse in der Städtebaukunst dort erzielt worden sind, wo moderne Gemeinden sich entwickeln.“²⁵⁸

Im ersten Block der Ausstellung stand das „Entwerfen von Stadtplänen“ im Vordergrund. Dabei reichten die vorgestellten Materialien von statistischen Plänen über Verkehrspläne bis zu Einzelheiten und Haustypen. Erstmals tauchen sog. „Eigenheime“ auf, also das freistehende, suburbanisierte Einfamilienhaus für die Mittelschichten. Einen besonderen Akzent legten die Juroren auf die „Generalpläne“, die das Herzstück beim „Entwerfen der Stadtpläne“ bildeten, wie im Kurzkatalog vermerkt wurde, wobei auch die „Frage betreffend des Verhältnisses der Städte in der Landschaft veranschaulicht“ wurde.²⁵⁹

²⁵⁷ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 17 sowie Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Wiesbaden. S. 188

²⁵⁸ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 20

²⁵⁹ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 21

Das Schwergewicht der Ausstellung lag auf dem Thema „Gartenstädte“, was auch mit dem zeitgleichen Kongress zu tun hatte, aber weit darüber hinaus ging. Neben der Präsentation zahlreicher geplanter und gebauter Gartenstädte selbst, die das besondere Interesse des Publikums, so die zeitgenössische Berichterstattung, erweckten, zeigten die beteiligten Länder zahlreiche Pläne und Projekte von Parkanlagen, Spielplätzen, Kleingärten und allgemeinen Grünanlagen.²⁶⁰

Die Ausstellung wurde mehrfach reflektiert und kann durchaus als ein Markstein auf dem Wege zur Polarisierung in der Planer- und Städtebauerzunft angesehen werden, der Polarisierung in der Dezentralisierungsdebatte. Lag bisher der deutliche Akzent auf dem „Trabantenmodell“, wie es dann mit dem Beitrag von May für den Wettbewerb zu Breslau paradigmatisch gezeigt worden war, so zeichnete sich in ersten Konturen die Durchsetzung des Sprawl-Modells ab, das wiederum im Schoße der Gartenstadtbewegung herangereift war. Die Gotenburger Ausstellung und Tagung gingen in die Geschichte als diejenigen ein, die „die Großstadterweiterung mittels Trabanten ... (als) eine geeignete Lösung darzustellen scheint“, schrieb Ernst May nicht ganz uneigennützig, hatte er doch den Breslauer Wettbewerb unter diesem Titel gewonnen.²⁶¹

Die Trabanten sollten eigenständige Städte sein, die selbst lebensfähig sind und auf diese Weise den Erweiterungsdruck, der auf den Großstädten lastete, abfangen und räumlich-sozial kanalisieren. Diese Trabanten wären in relativ geringer Entfernung von der Metropole zu platzieren und mit dieser gut vernetzt anzuordnen. Diesen Eindruck erhärtete May in einem ausführlichen, länderbezogenen Kommentar aus dem Jahr 1924.²⁶² Hier betonte May zunächst das große Verdienst von Gustav

²⁶⁰ Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg, S. 23, 24

²⁶¹ May, E. (1924): Die internationale Städtebautagung in Amsterdam, in: Schlesisches Heim, 7, S. 208-215

²⁶² May, E. (1923): Die internationale Städtebauausstellung in Gotenburg, in: Schlesisches Heim, 8/9, S. 183-187

Langen am Zustandekommen des deutschen Beitrages zur Ausstellung und die Systematik in der Art des Präsentierens der verschiedenen Einzelbeiträge, wobei der Grundstock für diesen Beitrag aus den Beständen des Archivs für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen stammte, was dessen Bedeutung unterstrich.²⁶³

In begrifflicher Hinsicht markierte die Ausstellung einen wichtigen Wendepunkt: Es begann die Suche nach einem adäquaten Ausdruck für die planerische Ebene außerhalb der Städte, die über das bisher mit Städtebau oder Stadtplanung umrissene hinaus ging. Zunächst wurde dafür der Ausdruck Siedlungsplanung verwendet, wie ihn Schmidt bereits 1912 als „General-Siedlungsplan“ gefasst hatte.²⁶⁴ Der Siedlungsbegriff wurde als Metapher, als Behelf genutzt, um den planerischen Ausgriff auf das Umland der Städte besser fassen zu können. Mit dem Siedlungsverband Ruhr (gegründet 1920) oder dem späteren „Gesamtsiedlungsausschuss für den mitteldeutschen Industriebezirk“ (1925) erhielt diese planerische Ebene eine provisorische begriffliche Fassung. Erst die internationalen Anregungen lieferten Beiträge zur Klärung dieser Fehlstelle. So wurde durch Stübben zunächst, im Gefolge der Gotenburger Ausstellung, der Begriff der „Überlandplanung“ – als Übersetzung des „Regional Plan“ aus dem englischen Fachwort – eingeführt.²⁶⁵ Dieser Begriff setzte sich nicht durch, markierte aber den kognitiven Übergang von dem städtebaulich geprägten Vokabular zu einer eigenständigen Begriffswelt der weiter gefassten Planungsebene, die nicht schlechthin nur einen anderen Maßstab darstellte. Mit Muesmann begann dann die sprachliche Ausdifferenzierung. Er griff ebenfalls die englische/amerikanische Bezeichnung dieser Planungsebene auf, fasste diese in der Übersetzung als regionale Planung zusammen und verknüpfte dies mit dem von Stübben

²⁶³ May, E. (1923): Die internationale Städtebauausstellung in Gotenburg, in: Schlesisches Heim, 8/9, S. 186

²⁶⁴ Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen

²⁶⁵ Stübben, J. (1923): Von der internationalen Städtebau-Ausstellung zu Gothenburg in Schweden, in: Deutsche Bauzeitung, 84/85, S. 361

verwendeten Begriff der Überlandplanung. Daraus leitete er dann die als Landesplanung zu bezeichnende Tätigkeit ab.²⁶⁶ Damit kann die Dresdener Städtebauwoche als der verbale Geburtsort zumindest der Landesplanung in Deutschland angesehen werden. Entscheidend aber waren die Ausstellung in Göttingen und der internationale Wissenstransfer, den diese ermöglicht hatte. Nun begann der Diffusionsprozess dieses Begriffes, der in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zur Bezeichnung dieser Disziplin aufstieg. Er korrespondierte mit dem inhaltlichen Kern, dem Modell der Dezentralisierung. Das bislang aus städtischer Perspektive als Trabantenstadt bezeichnete planerische Ausgreifen in das Umland erfuhr nun einen begrifflich weiter gefassten Rahmen und vermochte die zu planenden Entwicklungen zwischen den Städten präzise zu fassen. Dem kognitiven Modell entsprach nun auch dessen begriffliche Abbildung.

Damit korrespondierte auch eine sich abzeichnende Differenzierung in der Ausgestaltung des „Trabantenmodells“, was auch von Stübgen, mit anderen Worten, herausgearbeitet worden war.²⁶⁷ In dem o. g. Beitrag von 1923 deutete May als erster einen differenzierten Blick auf das unumstrittene Wachstums-Kanalierungs-Modell (Trabantenmodell) an.²⁶⁸ So verwies May am Ende seines Beitrages auf die neuesten Entwicklungen in den USA, die mit einer großen und bildmächtigen Schau vertreten waren, welche durch die neuen Industrien vorangetrieben wurden: „Der amerikanische Automobilfabrikant Ford hat ein Projekt ausgearbeitet, um seine Werke im ganzen Lande in Form selbständiger, räumlich begrenzter Gemeinden auszubauen. Wir sind noch weit entfernt, auf diesem Wege das klare Ziel erkannt zu

²⁶⁶ Muesmann, A. (1924): Der Stand des Städtebaus auf Grund der letztjährigen Internationalen Städtebau-Ausstellung in Göttingen (Schweden), in: Genzmer, E.; Wolf, P./Hrsg.: Städtebau-Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, Berlin, S. 175-178, insbes. S. 176

²⁶⁷ Stübgen, J. (1923): Von der internationalen Städtebau-Ausstellung zu Göttingen in Schweden. S. 343. Hier nennt Stübgen das Trabanten-Modell „planetenartige Anordnung möglichst selbständiger Außenstädte“.

²⁶⁸ May, E. (1923): Die internationale Städtebauausstellung in Göttingen, in: Schlesisches Heim 8/9, S. 183-187. Zu kritischen Anmerkungen über das Trabantenmodell - siehe S. 187. Zur generellen Einschätzung mit besonderem Hinweis auf die Entwicklungen in Holland, siehe: May, E. (1924): Die internationale Städtebautagung in Amsterdam, in: Schlesisches Heim, 7, S. 208-215

haben. ... Solche Siedlungen würden nur dann lebensfähig sein, wenn ihre Bewohner über so viel Gartenland verfügen, dass sie in Zeiten von Wirtschaftsflauten in der Lage wären, sich wenigstens den notwendigen Lebensbedarf selbst zu züchten.“²⁶⁹ Sein Zweifel rührte aus der Situation des krisengeschüttelten Deutschlands, noch ohne die ganze Dimension zu betrachten, die sich mit der Verfügbarkeit des Automobils für die dort lebenden Menschen ergeben würde, sich den Lebensunterhalt mittels Mobilität und nicht im eigenen Garten zu beschaffen. Dennoch: Er hat den Kern des amerikanischen Beitrages erkannt. Von nun an war offenbar ein neues Modell auf die Bühne der städtebaulichen Planung getreten – der Sprawl, die vollkommen dezentralisierte Lebensweise im „Eigenheim“, angebunden an die Knoten der Versorgung und der Arbeit und abhängig vom Automobil.

Fazit:

Die Dezentralisierungsdebatte und die „Amerikanisierung“ des Städtebaus bildeten die beiden Quellen der sich im Laufe der 1920er Jahre herausbildenden Landesplanung, insbes. der in Mitteldeutschland. Dies hatte auch in der sich wandelnden Begrifflichkeit in der Disziplin ihren Niederschlag gefunden (z. B. hielt der Planungsbegriff Einzug). Beide Quellen waren nicht ein Ergebnis rationaler Analyse- und Entscheidungsvorgänge. Vielmehr diffundierten verschiedene Erkenntnisse aus den Diskussionen, die sich um die Frage gruppierten, wie das städtische Wachstum zu kanalisieren sei und wie dabei soziale, wirtschaftliche, gestalterische und technische Fragen zu klären wären. Einem Axiom gleich stand dabei von Anfang an fest, dass dies in Form dezentralisierter Strukturen erfolgen müsse. Diese Vorstellung wurde dann in einem über zwei Jahrzehnte währenden, stufenweisen Diskurs ausgefeilt, der, einer Sedimentation gleichend, diese Idee verfestigte. Sie geriet so zu einem unverrückbaren Manifest der Stadt- und Landesplanung, das die folgenden 100 Jahre Bestand haben sollte, dabei immer wieder neu aufgegriffen und fortentwickelt worden ist. Die Entstehung des

²⁶⁹ May, E. (1923): Die internationale Städtebauausstellung in Gotenburg, in: Schlesisches Heim, 8/9, S. 183-187, insbes. S. 187

Paradigmas der städtebaulichen- und Landesplanung folgte keinem wissenschaftlichen, systematischen Vorgehen, sondern kam einer Setzung gleich, die dann entlang verschiedener Aspekte der städtebaulichen Entwicklung ausreifte. Es handelt sich also um eine sprunghafte Bildung einer leitenden Idee. Ihre Ausformung folgte adaptiven Mustern, ohne sie jedoch fundamental zu erschüttern. Der Vorgang wurde von Schlüsselfiguren geprägt, die im Grenzfeld von Praxis und Forschung standen. Die Geburt und Ausgestaltung der leitenden Planungs idee kann als typisch nicht-linearer Vorgang gedeutet werden.

Die amerikanische Planung war, rel. unabhängig von der europäischen Debatte und auf andere Weise, zu einem ähnlichen, wenngleich radikaleren Ergebnis gelangt: Die Suburbanisierung (heute als Sprawl bezeichnet) avancierte hier zum pragmatischen, weil ökonomisch effizienten Modell. Mit dem amerikanischen Verständnis von Planung erhielt die deutsche Debatte um die Entwicklung der stadtübergreifenden Planung („Überlandplanung“) einen Auftrieb, wenngleich von Anbeginn an Zweifel bei der Übernahme amerikanischer Vorstellungen zur Dezentralisierung mitschwangen. Der amerikanische Einfluss, wie er insbesondere durch die Gotenburger Ausstellung manifest wurde, lieferte auch eine gewisse internationale Legitimation für die Gründung der deutschen Landesplanung nach dem 1. Weltkrieg.

Hinsichtlich der politischen und institutionellen Ausformung der Landesplanung spielten der Wettbewerb von Groß-Berlin und die daraus hervorgegangene Gründung des Zweckverbandes Groß-Berlin sowie die Denkschrift von Robert Schmidt für einen Gesamtsiedlungsplan für das Ruhrgebiet von 1912 (dem die Rolle eines Gründungsmanifestes für die Landesplanung zugewiesen werden kann) eine wichtige, impulsgebende Rolle.

3. Das Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland²⁷⁰

3.1 Eine Landesplanung in Mitteldeutschland

3.1.1 Die Analyse zum Entstehen der Landesplanung

An Hand der sich bildenden, aber latent bleibenden Landesplanungsinstitutionen im früheren mitteldeutschen Gebiet zwischen Berlin und dem Thüringer Wald lassen sich drei wesentliche Entwicklungsmomente eines *Spiel-Raumes* herauslesen, die über eine rein reaktive Organisation des Raumes nach funktionalen Gesichtspunkten hinausreichen. Es sind dies:

- der hohe Grad an Kooperationskultur,
- der ausgeprägt wissenschaftliche, interdisziplinäre Charakter,
- die ganzheitliche Ausrichtung der Planung, incl. der städtebaulich-landschaftlichen Gestaltung.

Diese Elemente traten besonders deutlich bei der Landesplanung für den „Engeren Mitteldeutschen Industriebezirk“ und bei der Landesplanung Ostthüringen sowie, mit Abstrichen, bei der Landesplanung „Brandenburg-Mitte“ hervor. In diesen Organisationen, die jeweils den drei Gründungswellen der Landesplanung zuzuordnen sind (1925, 1927, 1929), begann eine über die Zeit weit hinausreichende Debatte, die sowohl textlich, aber auch bereits planbildlich geführt wurde, eine Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel der Wirtschaft und damit des Raumes und der Gesellschaft. Darin eingeschlossen war eine Methodendebatte, die – neben der streng wissenschaftlich fundierten und methodisch logischen Planung – auch den Umgang mit Unsicherheiten, Wahrscheinlichkeiten oder dem Zusammenspiel von Rationalität und erfahrungsbasierter Adaption beinhaltete. Planung blieb latent. Sie hatte keine Chance mehr, auf (früh)demokratischem Fundament die Früchte ihrer

²⁷⁰ Vgl. Kegler, H. (2010): Landschaftspark Thüringen. In: Welch-Guerra (Hrsg.): Kulturlandschaft Thüringen, Weimar. S. 262 – 283. In diesem Beitrag wurden die ersten Konturen des in diesem Kapitel behandelten Aufbauprozesses der Landesplanung in Mitteldeutschland, insbes. in Thüringen, umrissen.

Tätigkeit nicht nur zu ernten, sondern auch zu bewerten und weiter zu entwickeln. Vor allem geht es um eine demokratisch basierte räumliche Planung – wenngleich die Weimarer Republik und die heutige Bundesrepublik ebenfalls nicht gleichgesetzt werden können.

Die räumliche Planung hatte in den letzten einhundert Jahren, bezogen auf Gesamtdeutschland und eben auch auf den ehemaligen mitteldeutschen Raum, nur in den 1920er Jahren und in der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung seit 1990 Demokratie als politische Grundlage. Die Entwicklungen in der alten Bundesrepublik sollen damit nicht ausgeblendet werden, jedoch konzentriert sich dieser Beitrag auf Thüringen als Teil eines Mitteldeutschen Raumes, der nur in diesen beiden Perioden demokratische Verhältnisse kannte. Genau in diese Phasen fallen auch fundamentale Krisen. Beides hat das Denken in der räumlichen Planung befördert.

Im Planungsraum Merseburg entstand ab 1925 ein Landesplanungsmodell, das ein Vorbild für Thüringen darstellte. Ab 1927 wurde dieses Modell auch auf die grenzüberschreitenden Planungen der preußischen Provinz Sachsen (heute Sachsen-Anhalt) mit dem Freistaat Anhalt angewandt. Dabei spielte in stärkerem Maße als in den benachbarten Räumen die Vorstellung von der Landschaft eine Rolle – ein innovativer und zugleich ambivalenter Ansatz der damaligen Thüringer Landesplanung. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten endete die auf eine demokratisch verfasste Kooperation ausgerichtete Landesplanung; ihre ideologischen Linien aber lassen sich bis weit in die 1930er Jahre verfolgen. Deshalb haftet der Thüringer Landesplanung auch der latente Makel von ideologischer Nähe, ja Wegbereitung des Nationalsozialismus an, wie z. B. Willi Oberkrome herausgearbeitet hat.²⁷¹ Die Planung für das Brandenburger Umland von Berlin folgte

²⁷¹ Oberkrome, W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn, S. 126 ff.

hingegen dem Bedarf, die Ausgriffe der Metropole in das Umland planerisch zu steuern, also die Dezentralisierung systematisch und grundlegend zu kanalisieren, ohne, dass jedoch eine Kooperation mit der Reichshauptstadt zustande gekommen war. Gerade hier lässt sich klar der Alltag der damaligen Landesplanung ablesen, obgleich sie in den Anfängen stecken bleiben musste und auch kaum Plandokumente zugänglich bzw. noch vorhanden sind. Gerade letzteres zeichnet die Landesplanungen in Merseburg und Gera aus: Hier wurden jeweils 1932 Planwerke vorgelegt, die Einblicke in das Denken gewähren und die durchaus, vor allem der Merseburger Planungsatlas, bis heute instruktiv sind.²⁷²

Die Momentaufnahme rückt die Zeit zwischen 1925 und 1932 in den Vordergrund. Denn in dieser Zeit trafen zwei Phänomene zusammen: Ein Umbruch im Verständnis der Landesplanung (von der Reparatur der Folgen des Industrialisierungsprozesses hin zu einer Gestaltung bzw. planmäßigen Gesamtrationalisierung der räumlichen Entwicklung) und ein Wandel im Verständnis von Heimat- und Naturschutz sowie Landschaft generell. Institutionell war dieses Jahr zudem das Hauptgründungsjahr der Landesplanungsverbände.

Dabei spielt die Kategorie der Modernität und deren Verständnis durch wertkonservative Vertreter in der Landschaftspflege bzw. -planung eine zentrale Rolle. Damit wird ein historiografischer Grenzbereich betreten, bei dem sich Fragen nach der geschichtlichen Verortung heutiger, der Nachhaltigkeit verpflichteter Raumplanung stellen. Bei einer historischen Untersuchung ihrer eigenen Disziplingeschichte stößt die Landesplanung auf Denkansätze, die dem nahekommen, was mit einer Balance von sozial-kultureller, ökonomischer und ökologischer Entwicklung als Planungsziel verstanden wird. Die Grundfrage des Verhältnisses von Moderne und Tradition, von Neuschöpfung und Bewahrung gewinnt heute, angesichts des Klimawandels, eine vollkommen neue Dimension, die

²⁷² Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 8-9

nicht mehr nur auf einen ideologischen Schlagabtausch hinauslaufen kann. Dieser hat mit der sog. „Agrarromantik“ und einer Industriegläubigkeit bereits vor dem Ersten Weltkrieg und dann verstärkt in den 1920er Jahren einen Niederschlag gefunden. Von daher muss man bei der Erörterung dieser Grundfrage (Tradition versus Moderne) stets mit der notwendigen Bedachtsamkeit argumentieren, da eine latente Nähe zur „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten im Lager der Verfechter von Traditionen gegeben ist. Dies darf jedoch nicht zu Fahrlässigkeiten in der Argumentation verleiten. Eine pauschale Verurteilung wertkonservativer Ansätze als protofaschistisch hilft indes wenig weiter.²⁷³

„Mitteldeutschland“ bildet sowohl retrospektiv wie prospektiv gesehen eine ideale Folie für eine Debatte um die Konstruktion von Landschaft. Die thüringischen Kleinstaaten, jeweils auch historische Kleinodien bestimmter Landschaften, bildeten bei der Konstituierung des Landes Thüringen in der Weimarer Republik eine Bezugsebene, aber eben auch ein Hindernis, um das Land zugleich auch als identitätsstiftende Landschaft zu konstruieren. Die im Mainstream der Debatte jener Zeit um die Umgangsweise mit dem industriellen Entwicklungsprozess anzutreffende Ambivalenz (Agrarromantik gegen Industrieverherrlichung) findet in der Auseinandersetzung in Thüringen eine neue Facette, ja eine weiterführende Dimension, die zwischen diesen beiden Lagern angesiedelt war, was bislang in der wissenschaftlichen Literatur noch nicht herausgearbeitet worden ist.²⁷⁴ Der

²⁷³ Fehl, G. (1990): Fordismus und Städtebau um 1930: „Auflösung“ oder „Auflockerung“ der Großstadt?, in: Wiss. Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen (heute Bauhaus-Universität) Weimar, 1,2,3, S. 61-66., insbes. S. 61-62. Die hier polarisierend aufgeführten ideologischen Linien „organischer Städtebau“, d.h. die restaurative Linie versus „Fordismus“, d. h. die progressive Linie, ermöglichen zwar einen Zugriff auf konzeptionelle Unterschiede, erklärt aber nur unzureichend deren Inhalte. Es wird damit sogar der Weg zur Erschließung von „Grauzonen“, also den zwischen den ideologischen Lagern angesiedelten Konzeptionen, die in der vorliegenden Schrift maßgeblicher Gegenstand sind, versperrt.

²⁷⁴ Oberkrome, W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn, S. 126 ff., Hoffacker, H. W. (1992): Diskussionen in der Weltwirtschaftskrise über die soziale und ökonomische Rolle der Stadt, in: Stein, M./Hrsg.: BauhausStadt – Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 95 und Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 49 ff.

Widerspruch zwischen bewahrender Rückwärtsgewandtheit (Schutzgebot) und gestaltendem Modernitätsanspruch (Entwicklungsgebot) wird, jedenfalls ansatzweise, dabei zu einer neuen Qualität geführt. Um 1930 regten Landesplanung und Heimatschutz eine Diskussion um neue Planungsstrategien an, welche die fragmentierten Landschaften Thüringens zu einem neuen Gesamtbild zu formieren trachteten. Dieses Bild sollte regionale Eigenheiten („Heimat“) und neue Ansprüche aus der modernen Industrie- und Infrastrukturentwicklung zu einem Ausgleich führen. Demgegenüber scheint heute, in postindustrieller Zeit, eine neue Fragmentierung unter lediglich plantechnischer Begleitung der Regionalplanung (früher Landesplanung) zu folgen. Die programmatische Schnittstelle der Landesplanung und Landschaftsgestaltung bildete Thüringen, mehr noch als bei der Landesplanung in Merseburg oder Berlin/Brandenburg.

Die Analyse der mitteldeutschen Landesplanung beschränkt sich auf die Zeit der demokratisch verfassten Weimarer Republik, auch wenn der grundlegende Umbruch in der Ausrichtung der Landesplanung (resp. Raumordnung) erst 1935 erfolgt war, wie Leendertz konstatierte.²⁷⁵ Bekanntlich war Hitler durch Wahlen 1933 an die Macht gelangt, doch wurde diese (nicht unwesentlich manipulierte) Legitimation genutzt, um ein antidemokratisches Terrorregime aufzubauen. Die demokratische Grundlage für die Landesplanung war damit entzogen worden, was hier als Zäsur angesetzt wird. Nicht in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens war schlagartig ein kompletter Bruch durch die Nationalsozialisten vollzogen worden, weshalb auch viele der verantwortlichen Planer versuchten, sich im neuen Regime zu engagieren, ja viele setzten sogar Hoffnungen darin, endlich eine rechtliche Stärkung der von ihnen aufgebauten Landesplanung zu erreichen.

²⁷⁵ Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 49ff. Die vorgenommene Periodisierung datiert das Ende der Formierung der Raumordnung um 1935. Siehe dazu auch eine ausführliche und kritische Darstellung bei Bongard, M. G. (2004): Raumplanung als wissenschaftliche Disziplin im Nationalsozialismus, Marburg (Diss.).

Doch dies war trügerisch. 1935, das ist aus fachpolitischer Sicht die Zäsur, wurde die Landesplanung als Raumordnung endgültig „gleichgeschaltet“ und viele der Protagonisten wurden ins Abseits gestellt. Nur wenige waren offene Gegner des NS-Regimes, jedoch passten sie letztlich nicht in die auf kriegswirtschaftlichem Kurs befindliche Politik der Nationalsozialisten, wofür die Landesplanung in der Weimarer Zeit grundsätzlich, trotz nationalistischer Untertöne, nicht ausgerichtet war. Der Heimatschutz stellte nur die Arabeske der eigentlichen Neuordnungsambitionen für eine Welt der Nationalsozialisten dar, die im Rassenwahn und Völkermord ihren Niederschlag fanden. Soweit wollten, soweit die Quellenlage dies hergibt, selbst die konservativsten Protagonisten der Landesplanung aus der Weimarer Zeit nicht gehen. Aber die Suche nach Arrangement mit dem Regime blieb dennoch ein Kennzeichen und damit bleibender Makel der Landesplanung in Deutschland. Hier soll jedoch die Landesplanung nicht von ihrem „gleichgeschalteten Ende“ nach 1933 aus betrachtet werden, sondern von ihrer demokratisch fundierten Hochphase der 1920er Jahre hergeleitet werden.

Die Landesplanung entfaltete sich in einem Jahrfünft, das als das „beste“ in die Geschichte eingegangen ist und synonym mit den „Goldenen Zwanzigern“ assoziiert wird, also die Zeit zwischen 1924 und 1929.²⁷⁶ Es war kein Zufall, dass in dieser Periode relativer Stabilität, ja Prosperität, die Landesplanung ihre kreativste und institutionell gesehen erfolgreichste Phase hatte. Der Aufbruch war mit dem am 16. August 1924 auf der Londoner Reparationskonferenz beschlossenen „Dawes-Plan“ besiegelt worden, welcher die Zahlungsmodalitäten, aber auch die Kreditierungen Deutschlands neu regelte. Die „Starthilfe von 800 Millionen Mark“²⁷⁷ im gleichen Jahr fungierte auch als Signal für eine wirtschaftliche Entwicklung, die es nun in geordnete Bahnen zu lenken galt. Es darf jedoch kein Kurzschluss gezogen werden – der Dawes-Plan wirkte nur mittelbar, die Landesplanung entwickelte sich primär einer „inneren Logik“ und den jeweils in der Region konkret vorhandenen Bedingungen

²⁷⁶ Möller, H. (2008): Die Weimarer Republik – Eine unvollendet Demokratie. München. S. 172-181

²⁷⁷ Möller, H. (2008): Die Weimarer Republik – Eine unvollendet Demokratie. München. S. 173

folgend. Dabei spielten Schlüsselpersonen eine maßgebliche Rolle, was nicht zuletzt jene Bipolarität im Hervorbringen der Landesplanung prägte.

Zwei Pole im Spiel-Raum

In diesem Zeitraum kann die Entfaltung von zwei räumlich-kognitiven Polen²⁷⁸ konstatiert werden, von denen sich die Landesplanung in den 1920er Jahren vor allem ausbreitete: das Ruhrgebiet und die sich darum gruppierenden Gebiete sowie der mitteldeutsche Raum um Merseburg – mit Berlin als Impulsgeber. Von dort strahlten die inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Erkenntnisse, Erfahrungen und Strukturen aus. Sie diffundierten von diesen Zentren aus, bis sie sich in Form einer Arbeitsgemeinschaft 1929 in einem übergreifenden Netzwerk fanden. Bemerkenswert erscheint dabei, dass nur Berlin den akademischen Hintergrund für diese Impulsgeberrolle aufzuweisen hatte. Im Ruhrgebiet ging dies von dem starken SVR (Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk), der kommunal getragenen Landesplanungsorganisation mit der Leitfigur Robert Schmidt aus. Doch in Berlin war es keineswegs nur die TH Charlottenburg, die anregend, qualifizierend und kommunizierend wirkte. Hier gab es mit dem einflussreichen „Deutschen Archiv für Siedlungswesen“, aber auch mit den Bauverlagen, den vielen privaten Büros und natürlich mit den staatlichen Institutionen, wie das Statistische Reichsamt oder die verschiedenen Regierungsstellen, eine große Ballung von intellektuellem Potenzial, das eine Vorrangstellung in der Impulsgeberschaft begründete.

Die Wortführer der Debatten hatten stets ein Standbein ihrer Aktivitäten in Berlin (von Jansen über Hegemann bis Langen). Schließlich spielten die jeweiligen

²⁷⁸ Grishchenko, Y. (2007): Eine neue Klasse hybrider Innovationsdiffusionsmodelle: Ein theoretischer Vergleich existierender Ansätze und eine Analyse mit Simulationen und Realdaten. Dissertation, Humboldt Universität Berlin. Der Ansatz bezieht sich sowohl auf die Innovationsdiffusionstheorie von Rogers (S. 12) als auch auf die Diskussion der Modelle seit Anfang der 1970er Jahre (S. 10 ff). Die Übertragung der theoretischen Positionen aus der Wirtschaftswissenschaft auf die Landesplanung im historischen Vergleich birgt ggf. weitergehende Möglichkeiten, die in der vorliegenden Arbeit nur angerissen werden können.

Persönlichkeiten eine maßgebliche Rolle bei der Ausprägung des kognitiven und administrativen Systems der Landesplanung, letztlich auch bei deren praktischen Wirkungen. Hinzu kam noch der nicht unmaßgebliche Einfluss der wirtschaftswissenschaftlichen und geografischen Fakultäten an den Universitäten in Halle und Leipzig, die, zumindest partiell, den wissenschaftlichen Charakter der Planungsarbeiten in Mitteldeutschland prägten. Dies strahlte auch auf den sächsischen Teil um Leipzig und dann vor allem nach Thüringen aus. Die auch daraus resultierenden Erkenntnisvorteile gegenüber den anderen Landesplanungsverbänden mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass in dem mitteldeutschen Verband in Merseburg und dann in Thüringen die Frage des Strukturwandels als Planungsaufgabe deutlicher hervortrat. Zwei Gründe, die diesen Landesplanungsverband hier in das Zentrum der Betrachtung rücken ließen.

Natürlich gab es auch an anderen Orten führende Kräfte, die den Fortgang der disziplinären Entwicklung in den Landesplanungsverbänden mit bestimmten. Dazu gehören Persönlichkeiten in Hannover (Blum als Verkehrsexperte) oder in Karlsruhe (Heiligenthal als Städtebauer).

Auffallend ist, dass die beiden markanten Pole der Landesplanung in Deutschland auch diejenigen waren, die den intensivsten internationalen Austausch pflegten, ja diesen sogar maßgeblich mit gestalteten. Hier spielte Robert Schmidt aus Essen eine führende Rolle. Aber auch Prager, Langen oder Pfannschmidt waren wichtige Figuren der internationalen Szenerie der Landesplanung.

Die Akteure dieser beiden kognitiven Pole trugen das disziplinäre Herausheben der Landesplanung aus dem Städtebau, unter starker interdisziplinärer Integration von anderen wissenschaftlichen Gebieten wie der Wirtschaft, der Infrastruktur in der ganzen Bandbreite, aber auch Forst- und Landwirtschaft sowie Landschaftsgestaltung. Noch stärker als im Städtebau konzentrierten sich die kognitiven wie praktischen Beiträge der Landesplanung auf den öffentlichen Bereich,

auf das „Gemeinwesen“. Die führenden Köpfe der Landesplanung hatten meist Architektur und vertiefend Städtebau studiert, waren dem Bausektor verbunden.

Für die Konstituierung der Landesplanung gaben die beiden Pole entscheidende Inputs. Diese aber waren durchaus nicht homogen, was ihren kognitiven Kern, das Paradigma der Dezentralisierung betraf. Hier zeigte sich die Verwurzelung im Städtebau bzw. der Stadtplanung. Dennoch offenbarte sich im mitteldeutschen Raum eine Divergenz in der Auslegung und Begründung für die Dezentralisierung als planerischem Credo. So wurde die Dezentralisierung im Merseburger und Thüringer Diskurs eher mit dem Erhalt der polyzentrischen Struktur der Region und dem sich abzeichnenden Strukturwandel in Verbindung gebracht, als dies im Berliner Umland der Fall war. Hier dominierte die Suburbanisierung als dezentrale Neuanlage von Wohnbereichen die Debatte. Der internationale Tenor bzgl. der „Auflösung“ der Großstadt fand hier einen fruchtbareren Boden als im mitteldeutschen Industriegebiet. Natürlich waren diese Diskussionen auch mit Heimatschutz- und „Zurück-zur-Scholle“-Ideologien angereichert. Es dominierte aber die auf die praktischen Planungsprozesse orientierte Haltung, sodass hier vor einseitigen Schlüssen und Überzeichnungen dieser ideologischen Hintergründe zu warnen wäre. Das gleiche traf auf einen „Antiindustrialismus“ zu.

3.1.2 Der Innovations-Pol Mitteldeutschland²⁷⁹

In Gestalt des „Landesplanungsverbands für den Mitteldeutschen Industriebezirk“ („Gesamtsiedlungsausschuss“) entstand zwischen 1923/25 und 1932 eines der bedeutendsten Planungsgremien Deutschlands. Es umfasste zunächst nur den Regierungsbezirk Merseburg, dann aber den gesamten Raum zwischen Erfurt, Halle, Dessau und Magdeburg. Hinsichtlich der Planungskultur, d. h. bezogen auf die institutionelle Struktur, den Charakter der Planungsarbeit, die wissenschaftliche

²⁷⁹ Zur Struktur der Arbeit der mitteldeutschen Landesplanung, vgl.: Anhang IV, Abb. 5

Qualität, das Aufgabenfeld und die inhaltlichen Orientierungen der Planung, formulierte dieser Verband Standards moderner Planung. Bemerkenswert erscheinen vor allem der informell-demokratische Charakter und die durch eine zweistufige Struktur des Verbands angelegte breite Beteiligungsmöglichkeit an der regionalen Planung. Die Planungen trugen orientierenden, diskursiven Charakter. Die Arbeiten verliefen wechselwirkend auf zwei relativ eigenständigen Ebenen, in den sogenannten dezentralen „Siedlungsausschüssen“ und in einem übergreifenden Zusammenschluss, eben dem „Verband“ von Gebietskörperschaften, Unternehmensvereinigungen und ab 1927 dem Land Anhalt:

„Zur Bearbeitung des Flächenaufteilungsplanes wurde die bei der Regierung in Merseburg angegliederte Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk gebildet. Den Ausschuß bildeten Vertreter der Kreise, der größeren Städte und der Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel). Dieser wählte einen Geschäftsführer und überträgt die Planbearbeitung für einzelne Bezirke auf diesem Sondergebiet erfahrenen Fachleuten. Diese leiten zunächst die Sammlung der nötigen kartenmäßigen und statistischen Unterlagen ein, untersuchen das Gelände und die wirtschaftlichen, sozialen und geschichtlichen Verhältnisse des Gebietes und machen dann dem Ausschuss Vorschläge.

Zu diesem Zweck tritt der Ausschuß öfters zu einer Sitzung zusammen, in der die Planbearbeiter über ihre Tätigkeit berichten und über die Planungsvorschläge gesprochen wird. Außerhalb der Sitzungen pflegen die Planbearbeiter mit den Vertretern der einzelnen Körperschaften oder mit anderen am Gegenstande interessierten Persönlichkeiten Besprechungen und halten natürlich auch Fühlung mit den Bearbeitern der Nachbargebiete. In Sachsen (erfolgt) ... (d)ie Bearbeitung des Flächenaufteilungsplanes ... durch die Abteilungen für Landesplanung bei den Kreishauptmannschaften Leipzig, Chemnitz und Dresden. Da ein dringendes

Bedürfnis besteht, ist die baldige Aufnahme der Arbeiten auch in der Kreishauptmannschaft Zwickau zu erwarten.“²⁸⁰

3.1.3 Die Landesplanung in Sachsen - kein *Spiel-Raum*

In Sachsen war das westsächsische Braunkohlegebiet um Leipzig der landesplanerische Vorreiter.²⁸¹ Zeitgleich mit den Initiativen in Merseburg begann die Kreishauptmannschaft in Leipzig mit den Arbeiten an einem Flächenaufteilungsplan. Als einziges der mitteldeutschen Länder bzw. Provinzen im Deutschen Reich verfügte Sachsen bereits seit 1900 mit dem „Sächsischen Baugesetz“ über eine rechtliche Grundlage für den Städtebau, worüber in Preußen noch gerungen wurde – bis 1933 ohne Erfolg. Dieses Gesetz regelte eine „Top-Down“-Planung. Damit herrschte in Sachsen eine vollkommen andere Ausgangslage vor als in den benachbarten preußischen und thüringischen Gebieten. Die Problemlage war vergleichbar – der Braunkohlebergbau und die sich ausbreitende Industrie riefen einen übergreifenden Planungsbedarf hervor. In Sachsen wurden die zuständigen Stellen, die Kreishauptmannschaften, vom Innenministerium mit der Planerstellung beauftragt. Der Staat behielt sich die Planungshoheit vor, die Akteure der Regionen wurden angehört: „Die Kreishauptmannschaft wird (sich) daher bei der Aufstellung des Planes auch den Rat der beteiligten Wirtschaftsverbände bedienen. Sie hofft auf die Unterstützung aller Bevölkerungs- und Wirtschaftskreise, um das geplante Unternehmen zu einem glücklichen Ende führen zu können.“²⁸² Um diese umfangreichen Planungsarbeiten durchführen zu können, die ja den administrativen Rahmen der jeweiligen Städte überschreiten, hatte das Innenministerium in Dresden

²⁸⁰ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHSA), Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 56, Bl. 13r-13v. Luthardt (1929): S. 23-24

²⁸¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 38v-40v. Mackowsky: Der neue Siedlungsplan für das westsächsische Kohlengebiet, 1925. In diesem Artikel umriss der Initiator und „spiritus rector“ der sächsischen Landesplanung, Dr.-Ing. Mackowsky, die leitenden Gedanken und die Grundlagen der sächsischen Planung. Dieses Modell fand in den anderen Kreishauptmannschaften bzw. Regierungsbezirken in Sachsen analog Anwendung.

²⁸² Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 40v

den Paragraphen 38 des Baugesetzes angepasst bzgl. der Verpflichtung zur Aufstellung von „Flächenaufteilungsplänen“, der Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung auch über die Grenzen der Ortschaften hinweg festlegen sollte.²⁸³

Inhaltlich war auch für die sächsische Landesplanung das Dezentalisierungsgebot maßgebend, wie der fachpolitische Zeitgeist vorgab. „Trabantenstädte“ sollten die Zentren entlasten, jedoch nicht als Neuanlagen, sondern, wie das auch in Mitteldeutschland insgesamt diskutiert wurde, „aus der Wurzel heraus“, als basierend auf vorhandenen Orten und Kleinstädten.²⁸⁴ Es war lediglich ein informelles Gremium in der sächsischen Landesplanung vorgesehen, was jedoch nur ansatzweise zustande kam: Eine „städtebauliche Arbeitsgemeinschaft“ mit den angrenzenden Institutionen, dem Regierungsbezirk in Merseburg und der Kreishauptmannschaft in Chemnitz, um „den beabsichtigten Siedlungs- und Wirtschaftsplan mit den Planungen der angrenzenden Landesteile in Einklang zu bringen“. ²⁸⁵ Die sächsische Landesplanung war also eine staatliche Vollzugsplanung, die zentrale Vorgaben umsetzte, anerkannten fachlichen Positionen folgte und dabei die Interessen der Wirtschaft und ggf. der lokalen Bevölkerung berücksichtigte. Aspekte, die über die schlichte Funktionszuweisung im Raum hinaus gingen, kamen darin nicht vor. Dies modifizierte sich zwar bis 1933 etwas, blieb aber fest in den Grenzen des vom Gesetz vorgegebenen Rahmens.

Anders als die sächsische Landesplanung, die als rein staatliches, vertikal organisiertes Verwaltungsfeld angelegt worden war, stellte die mitteldeutsche Planung in Merseburg ein gemischtes System dar, das in einer Art Gegenstromprinzip wirkte und das zudem grenzüberschreitend fungierte (ab 1927).

²⁸³ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 40v

²⁸⁴ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 40v

²⁸⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 40v

Die Vereinigung basierte auf Freiwilligkeit und wurde von der Planungsstelle in Merseburg koordiniert. Sie war also kein förmlicher Verband, weswegen sie auch 1928 in „Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk“ umbenannt wurde.²⁸⁶ Mit der Veröffentlichung des Kartenbandes zur Landesplanung für das engere Mitteldeutsche Industriegebiet 1932 vollendete sich die Tätigkeit der Landesplanung auf demokratischer Basis. Zwar wurde von den Hauptakteuren in Merseburg noch versucht, den Charakter der dezentralen Planung ab 1933 den veränderten politischen Bedingungen anzupassen, jedoch scheiterten sie spätestens 1935 mit der totalen Gleichschaltung aller Planungsinstitutionen unter die nationalsozialistische Raumordnung.

Die Landesplanung in Mitteldeutschland hebt sich in mehrfacher Hinsicht von den anderen, parallel entstandenen Planungsinitiativen in Deutschland und im Ausland ab. Nicht nur ihr institutioneller Aufbau und ihre dezentral und kooperativ angelegte Arbeitsstruktur sind Ausdruck dessen. Diese durchaus schon beachtenswerte Qualität der Landesplanung in Mitteldeutschland wird vor allem durch eine inhaltliche Dimension mit fundamentaler Bedeutung erweitert. Die Landesplanung in Merseburg ging inhaltlich weiter als alle anderen und griff – implizit – ein Jahrhundertthema mit ihrem Planwerk auf, ja wurde zum eigentlichen Vorreiter einer erst 50 Jahre später in das Bewusstsein der Planung tretenden Auffassung: Landesplanung für den Strukturwandel. Damit griff sie über das Ziel einer Optimierung von funktionaler Zuordnung im Raum hinaus und entwickelte Planungen und Kommunikationsformen für eine prozesshafte Planung auf überörtlicher Ebene. Dies ist eine neue Lesart der mitteldeutschen Planungen, die im Ergebnis des Quellenvergleichs und der Plandeutung durch den Autor zustande kam.

Das war ein bereits in der Gründung des Planungsverbandes angelegter Aspekt. Bis dieser aber planrelevant werden konnte, zeichnet sich der Prozess einer Annäherung

²⁸⁶ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (LHASA), MD, C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 333r

an die Gestaltung des Strukturwandels ab. Hierbei muss der Plan mit dem Planungsprozess verwoben betrachtet werden, sonst entsteht ein unvollkommenes Bild des Ganzen. Bemerkenswert sind dabei die starke Verschränkung mit anderen Disziplinen, vor allem der Wirtschaftswissenschaft bzw. Wirtschaftsgeografie, und die Einbindung der regionalen Landesplanung in den nationalen und internationalen Fachdiskurs.

3.2 Eine Typologie der Planungsverbände und das Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland

3.2.1 Eine Typologie der entstehenden Landesplanungsorganisationen in Deutschland

Zwischen 1920 und 1933 entstanden in Deutschland etwa dreißig²⁸⁷ Landesplanungseinrichtungen unterschiedlicher Struktur, Größe und inhaltlicher Ausrichtung. Ihre Gründung lief in drei Wellen ab:²⁸⁸ Nach den Initialgründungen im Ruhrgebiet (SVR) und dem Zweckverband Berlin 1920 entstand die erste Generation von Landesplanungsinstitutionen 1925 mit fünf Verbänden. Die Vorreiter hier waren der Landesplanungsverband Düsseldorf und der im engeren mitteldeutschen Industriegebiet in Merseburg. Die zweite Welle 1926-28 umfasste sieben Verbände, von denen die Thüringischen Zusammenschlüsse herausragten. Die Hauptgründungsaktivitäten fanden 1929/30 statt. Hier entstanden 17 Verbände. Schließlich wurde 1933 – noch nach den Prinzipien der anderen

²⁸⁷ Die Angaben weichen bei unterschiedlichen Quellen von einander ab: Luthardt führt 1932 26 Landesplanungsstellen auf, während Umlauf 1958 24 vermerkt und schließlich Egli 31 aufzählt. Die divergierenden Angaben resultieren, wie Egli vermerkt (S. 21), auf sehr unterschiedliche Grade in der Organisation und Wirkung der einzelnen Verbände, die z. T., so kann vermutet werden, nur „Papiertiger“ waren. Die Darstellung von Luthardt 1932 (S. 5, 6) weist 15 Landesplanungsstellen aus, die Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landesplanungsstellen“ waren, also den aktiven Kern dieses Netzwerkes bildeten und somit auch als real fungierende Institutionen angesehen werden können. Dennoch soll hier bei der Typisierung von der letzten Quelle, den Auflistungen bei Egli (S. 18, 19) ausgegangen werden, um ein möglichst vollständiges Bild zu erheben.

²⁸⁸ Hercher, L. (1929): Organisation und Bedeutung der Landesplanungsvereine, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 5, S. 74-75. Neben einen Überblick steckt Hercher auch ein Ziel auf Reichsebene ab: Schaffung einer „Reichsstelle für Städtebau und Landesplanung“, S. 75. Zur Übersicht der Initiativen: Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 18-19

Landesplanungsverbände, aber schon unter der Diktatur der Nationalsozialisten – der Verband Westthüringen gegründet. Räumlich konzentrierten sich die Gründungsaktivitäten vornehmlich auf Preußisches Gebiet sowie auf die Gebiete mit starker wirtschaftlicher und infrastruktureller Entwicklung. Befördert wurden die Aktivitäten durch einen starken Abstimmungsbedarf über Grenzen hinweg, so vor allem zwischen den Stadtstaaten (Hamburg oder Bremen) und deren Preußischem Umland.

Die Situation der Landesplanung um die Reichshauptstadt Berlin konnte nach der Auflösung des Zweckverbandes 1920 kaum in befriedigender Weise gelöst werden – die Rivalität zwischen der Metropole und dem Umland gehört zu den – bis heute – diskutierten Themen. Im Grunde kam nie eine wirklich kooperierende Institution zustande, die politisch von allen gewollt und getragen, effektiv in der Durchsetzungsmöglichkeit und länderübergreifend kooperativ wirken konnte. 1929 bildete sich – auf maßgebliche Initiative des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg – als „zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaft“ die Landesplanung Brandenburg-Mitte“, ohne Berlin.²⁸⁹

In Süddeutschland kam es zu keinen formellen Gründungsaktivitäten, wenngleich Luthardt für den Raum Stuttgart einen Bezirksplanungsverband angibt, der für einen Radius von 20 km um Stuttgart und für etwa 493.000 Einwohner zuständig gewesen sein soll. Inwieweit dieser tatsächlich bis 1933 wirksam werden konnte, wird an keiner Stelle vermerkt und soll hier nur cursorisch vermerkt werden. In München griff, einer Notiz von Langen folgend, die kommunale Planung für die Großstadt auf das Umland (bis Augsburg reichend) über.²⁹⁰ Es handelte sich aber in diesem Falle nicht

²⁸⁹ Die Arbeit des Landesplanungsverbandes Brandenburg-Mitte, Geschäftsberichte 1931-1935 (1941), Berlin, BAK/41/1061/ ... Geschäftsbericht für das 2. Geschäftsjahr des Landesplanungsverbandes vom 18. März 1932, S. 1 sowie ausführliche Darstellung in: Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S.80-88

²⁹⁰ Langen, G. (1928): Landesplanung, in: Ritter, H./Hrsg.: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Leipzig, S. 304. Im Zentrum der Planungen standen Verkehrswege, Naturschutz und Bebauungsfragen.

um einen Planungsverband zwischen Großstadt und Umland, sondern „nur“ um eine Stadt-Umland-Planung, die einseitig von der Kernstadt aus betrieben wurde. Damit wird aber bestätigt, dass es vor 1933 in Süddeutschland keine nennenswerten Aktivitäten für den Aufbau von Landesplanungsinstitutionen gab. Der Regulierungsbedarf schien offenbar noch nicht groß genug gewesen zu sein, obgleich Stuttgart ja bereits zu den aufstrebenden Städten gehörte und mit spektakulären Bauprojekten²⁹¹ – wie dem Bahnhof oder der Weißenhofsiedlung – Anzeichen einer dynamischen Entwicklung unverkennbar waren.

Hinsichtlich ihrer rechtlichen Konstitution können grundsätzlich drei Typen unterschieden werden:

1. die ‚von oben‘ staatlich verfassten und gesetzlich abgesicherten Verbände,
2. die ‚von unten‘ in freiwilliger Vereinbarung zusammengeschlossenen Strukturen sowie
3. der auf eigenem Gesetz basierende Ruhrsiedlungsverband – ein Sonderstatus.

Zur ersten Gruppe zählen die Sächsischen Verbände sowie die durch Staatsverträge entstandenen Verbände in Norddeutschland zwischen den Stadtstaaten und dem Preußischen Umland. Die meisten Zusammenschlüsse fungierten als „freie Vereinigungen“, d. h. als private Vereine und kommunale Selbstverwaltungskörper. Eine weitere große Gruppe, nämlich sechs Verbände, waren als eingetragene Vereine (e. V.) tätig, also als gemeinnützige Organisationen. Der SVR spielte eine Sonderrolle, da für diesen Verband eigens ein preußisches Gesetz erlassen worden war, was keine Nachahmung gefunden hatte.²⁹² Wie Egli zu Recht feststellt, war der Preußischen Bürokratie auf der mittleren Verwaltungsebene (Bezirksregierungen) nicht daran gelegen, eine weitere, zumal kommunal dominierte Zwischeninstanz

²⁹¹ Deutsche Bundesbahn/Hrsg. (1987): 65 Jahre Stuttgarter Hauptbahnhof, Stuttgart, S. 18ff

²⁹² Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 21, 22

zuzulassen.²⁹³ So dürften diese z. T. auch präventiv initiiert worden sein, um einer Verbreitung des Modells SVR zuvorzukommen – offenbar mit Erfolg. So sind eine Reihe von Gründungen ab 1925 im Umfeld des SVR zu registrieren, in den Hauptgründungswellen der Landesplanung, wie z. B. in den wenig industrialisierten Gebieten des Münsterlandes, im Siegerland, in Minden oder im Sauerland. Auch wenn der Preußische Staat aus Eigeninteresse hierbei institutionsgründend gewirkt haben sollte, einen Impuls hat er ausgelöst, denn diese Verbände agierten offenbar nicht nur pflichtgemäß in der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landesplanungsstellen“.²⁹⁴

Ein Vorläufer dieser Institution kann in der 1921 gegründeten, aber nie recht wirksam gewordenen „Deutschen Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung“ gesehen werden.²⁹⁵ Sie war eine „Top-Down“-Gründung, vorangetrieben von Ministerialbeamten verschiedener Ressorts, von ehemaligen hohen Militärs, aber auch von einigen Architekten, wie z. B. Janssen, Behrens, Poelzig oder Geßner. Das Ziel bestand darin, eine „einheitliche Wirtschaftskarte Deutschlands“ zu erstellen und die „gemeinsamen Interessen der Stadt- und Landgemeinden, von Industrie und Handel“ in enger Verbindung zur „Volkswohlfahrt“ und einer effizienten Bodennutzung abzugleichen.²⁹⁶ Die Stichworte späterer Argumentationen beim Aufbau der Landesplanung – als strategischer Planung – waren hier z. T. bereits vorweg genommen.

²⁹³ Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 17

²⁹⁴ Luthardt, W. (1932): Landesplanung Thüringen, Gera, S. 5

²⁹⁵ Deutsche Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung (1921), in: Bauwelt, 45, S. 662

²⁹⁶ Deutsche Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung (1921), in: Bauwelt, 45, S. 662. Die Wirkung der Zielsetzungen dürfte aber eher mittelbar gewesen sein. Spätere Bezüge zur Landesplanung, zumindest in Mitteldeutschland, lassen sich nicht nachweisen. Dass ein Hermann Janssen die in dieser Gesellschaft ausgetauschten Erfahrungen später bei seinem Wirken in Bitterfeld hat einfließen lassen, kann angenommen werden. Hinweise darauf lassen sich aber nicht finden.

Im Zentrum der weiteren Betrachtungen soll aber die offene Form der freiwilligen Vereinigungen stehen, die mit der Landesplanung in Merseburg ihre produktivste Form gefunden hatte. Hierbei wird der zeitgenössischen Einschätzung gefolgt, welche sich in Form des einzigartigen Merseburger Planungsatlasses manifestierte. Vergleichbares wurde von keinem anderen Verband vorgelegt – mit Ausnahme Thüringens, worin aber bereits eine Diffusion der Merseburger Planungsinnovationen zum Ausdruck kam.

3.2.2 Der Aufbau der mitteldeutschen Landesplanung: Die Gründungsphase 1920 bis 1925

Die allgemeine Grundlage für den Aufbau der mitteldeutschen Landesplanung bildete Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung, wodurch die Bildung sog. Wirtschaftseinheiten, die unabhängig von territorialen Grenzen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Tätigkeit gebildet werden konnten, verfassungsrechtlich gedeckt, ja befördert wurde. Diese sollten der wirtschaftlichen Wiederbelebung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg dienen. Hauptadressaten waren vorrangig Wirtschaftsvertreter und Behörden.²⁹⁷ So schlossen sich 1920 Unternehmen der Region zu einem Wirtschaftsverband Mitteldeutschland zusammen, der eine Schlüsselrolle bei der Gründung und dann nach 1925 auch bei der Förderung der Landesplanung spielte. Mit dem Beginn des Nationalsozialismus erlitt dieser Verband das gleiche Schicksal wie der Planungsverband.²⁹⁸ Damit war aber nur ein äußerer Rahmen gegeben für den Aufbau einer möglichen Planungsinstitution. Der entscheidende Beweggrund für planerische Aktivitäten in Mitteldeutschland erwuchs aus der Wohnungsnot in dem Wirtschaftsgebiet. Bereits im Februar 1918 hatte der Regierungspräsident in Merseburg Initiativen ergriffen, um verwaltungsseitig den Übergang in eine

²⁹⁷ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 37

²⁹⁸ Buchholz, M. (1998): Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland 1921 – 1936, Leipzig, S. 9-14. Die Gründung dieses Verbandes erfolgte in Weimar, womit ein deutliches Zeichen der grenzüberschreitenden Kooperation der Wirtschaftsakteure gesetzt werden sollte.

Friedenswirtschaft und die Linderung sozialer Notlagen zu gestalten.²⁹⁹ Das mitteldeutsche Gebiet war durchaus ein soziales Problemgebiet, was sich in den Folgejahren mit den Märzkämpfen gerade im Mansfelder Revier bestätigte.

Die staatlichen Stellen suchten jedoch nicht nur nach einzelnen Sofortmaßnahmen, insbesondere in der Förderung preiswerten Wohnungsbaus, sondern trachteten nach grundlegenden Ansätzen für eine stabile Entwicklung in der Region. Zu diesem Zwecke organisierte das Regierungspräsidium 1920 eine „Reise staatlicher und kommunaler Verwaltungsbeamter des Regierungsbezirks in das rheinisch-westfälische Industriegebiet zum Studium der städtischen und großindustriellen Wohnungsfürsorge.“³⁰⁰ So wurden in den Jahren bis 1923 mit Unterstützung von verschiedenen Förderinstrumenten über 4.000 Arbeiterwohnungen im Regierungsbezirk errichtet, insbesondere in den Bergbaugebieten. Daraus erwuchs, wie die zeitgenössischen Veröffentlichungen darlegen, ein erhöhter Abstimmungsbedarf zwischen den Beteiligten aus Kommunen, Bergbaugesellschaften, Chemieunternehmen und staatlichen Stellen sowie Bewohnern. Es kam zu Problemen wegen konkurrierender Interessen bei der Flächennutzung.³⁰¹

²⁹⁹ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 37. Vgl. auch: Hoffacker, H. W. (1989): Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918 – 1933, Essen, S. 23. Diese Exkursion im Februar 1918 in das Ruhrgebiet muss nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben und die spätere Gründung der übergreifenden Planungsinstitution durchaus befördert haben. Es bleibt auch zu vermerken, dass die staatlichen Stellen frühzeitig um präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriegsfolgen, vorrangig der Wohnungsnot, und um langfristige Aufbauarbeit bemüht gewesen waren. Die Angaben beziehen sich auf diesen Artikel.

³⁰⁰ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 37

³⁰¹ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 37. Dies reflektierte Prager als späterer Gründer des Landesplanungsverbandes besonders deutlich, um die Notwendigkeit des Entstehens „seines“ Verbandes hervorzuheben. Dennoch sind die Argumente einleuchtend, wie sich an exemplarischen Fällen nachweisen lässt, so z. B. bei der Entwicklung der Piesteritzer Werkssiedlungen bei Wittenberg. Vgl. Kegler, H. (1992): Die Piesteritzer Siedlung, Dessau, S. 38-41

Ab 1922 wurden dann die Weichen gestellt für den Aufbau einer übergreifenden Planungsinstanz in Mitteldeutschland. Besuche des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt im Frühjahr 1922 und 1923, bei denen den Beamten aus Berlin die Notwendigkeit übergreifender Planung nahe gebracht werden konnte, leiteten das Verfahren ein, das schließlich Mitte 1923 in einem Erlass des Ministers mündete, einen Gesamtsiedlungsplan für das Gebiet des Regierungsbezirkes in der Preußischen Provinz Sachsen zu erarbeiten.³⁰² Dabei war davon ausgegangen worden, dass dies auf eine vergleichbare Weise wie bei dem 1920 gegründeten Siedlungsverband Ruhr erfolgen würde, d. h. durch einen kommunalen Zweckverband, der die erforderlichen Kosten anteilig aufbringen würde. Zunächst kann es als ein Erfolg des Wirkens von Robert Schmidt im Ruhrgebiet, aber auch der Fachdisziplin insgesamt angesehen werden, dass die regionale Planung nun zu einer staatlichen Pflichtaufgabe für die besonders von sozialen und infrastrukturellen Problemen betroffenen Industriegebiete gemacht werden sollte. Doch für die Akteure in Mitteldeutschland stellte dies eine besondere Herausforderung dar, da die Verhältnisse in diesem gerade im Aufbruch begriffenen Industrieviertel gänzlich andere waren als die in dem Ruhrgebiet. Es mussten sowohl in organisatorischer wie auch in finanzieller Hinsicht neue Wege beschritten werden. Der staatliche Fiskus beteiligte sich nicht an der finanziellen Ausstattung der Planungsinstanzen. Es mussten Partnerschaften eingegangen werden, um überhaupt den staatlichen Auftrag erfüllen zu können. Diese zunächst aus der Not geborene Tatsache sollte sich zu einem neuen Qualitätsmerkmal der Planungskultur in Mitteldeutschland entwickeln.

Der 9. Mai 1924 wurde zum Schlüsseltag für den Aufbau der Landesplanung. An diesem Tag fand der „3. Mitteldeutsche Wirtschaftstag“ in Erfurt statt, der einen Beschluss zur finanziellen Mitwirkung an der Erarbeitung von Siedlungsplänen fasste. Dem waren seit dem Sommer 1923 Verhandlungen des Regierungspräsidenten mit Vertretern der Wirtschaft vorausgegangen, welche bereits

³⁰² LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 60, 61r, 65

in den Wirtschaftsgebieten Mansfelder Land, Weißenfels-Zeitz und Bitterfeld zur Bildung von Ausschüssen geführt hatten, und im Gebiet Merseburg-Leuna-Geiseltal wurden solche Gespräche im November 1923 erfolgreich durchgeführt.³⁰³ Der Weg zur Gründung einer Instanz, die einen Generalsiedlungsplan erarbeiten könnte, war frei. Mit dieser finanziellen Zusage waren klare Forderungen der Wirtschaft verbunden, die den planerischen Ausbau von Wasserstraßen und, das ist das Besondere, die „rechtzeitige Bearbeitung großzügiger Siedlungspläne für die einzelnen Industriegebiete des Mitteldeutschen Bezirks“ verlangten.³⁰⁴ Diese intensive Verknüpfung mit der Wirtschaft erklärt auch die spätere Bezeichnung der städtebaulichen und Flächennutzungspläne als „Wirtschaftspläne“ – es kann aber auch als geschickter Schachzug der Gründungsväter des Planungsverbandes angesehen werden, die Vertreter der Wirtschaft zu unmittelbar Beteiligten zu machen, was dem Verband in der Kommunikation mit den anderen Partnern, insbes. mit den Kommunen, einen Aktionsvorteil verschaffen konnte.

Diese direkte Einbindung der Wirtschaft unterschied die zunächst aus der Not geborene Herangehensweise von der im Ruhrgebiet. Das hatte auch inhaltliche Konsequenzen, die jedoch nicht einfach die Subordination der öffentlichen unter die privaten Interessen bedeuteten, sondern sich in einer planungsmethodisch bemerkenswerten Ausgestaltung des Umgangs mit differenzierten, nichthierarchischen Interessenlagen äußerte.

Weil es offenbar nicht möglich schien, dem Vorbild Ruhrsiedlungsverband wegen der anders gearteten regionalen Struktur zu folgen und wegen des Ansinnens, eine breit

³⁰³ Protokoll einer Berichterstattung von Stephan Prager an den Preußischen Minister für Volkswohlfahrt in Berlin vom 5. März 1924. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, Bl. 2, 3. Offensichtlich wurden die Gespräche über eine strategische Planung noch zum Höhepunkt der Hyperinflation begonnen und konnten im Jahr 1924 nach dem Ende der Inflation in die konkrete Umsetzung geführt werden.

³⁰⁴ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 38

gefächerte Kooperation über den kommunalen Rahmen hinweg anzustreben, wurde eine flache Hierarchie gebildet. Kernstück der Organisation war deren Freiwilligkeit beim Zusammenschluss. Es wurden zwei Ebenen gewählt:

1. Regionale Ausschüsse (Siedlungsausschüsse) in den Wirtschaftsgebieten. „Die Gebiete bilden gewissermaßen Industrienester, da sie durch große landwirtschaftliche Flächen unterbrochen werden.“³⁰⁵ Daraus leitete sich die heterogene Zusammensetzung der Ausschüsse ab. Diese waren in ihrem räumlichen Zuschnitt durch die Bildung des Wirtschaftsverbandes umrissen und gesetzlich legitimiert worden.

2. Die „obere“ Ebene bildete die Geschäftsstelle mit ihrem fachlichen Personal in Merseburg, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Regierungspräsidium, aber diesem, bis auf den Geschäftsführer, nicht dienstlich unterstellt, aber fachlich zugeordnet. Oberstes Gremium des Verbandes war die Vertreterversammlung, die halbjährlich tagte und sich nach einem abgestimmten Modus zusammensetzte. Vorsitzender des Planungsverbandes war der Regierungspräsident. Dazu wurden im Laufe der Zeit Fachausschüsse gebildet, die sich thematischen Schwerpunkten widmeten und der Geschäftsstelle (Landesplanungsstelle) fachliche Zuarbeiten lieferten.³⁰⁶

Die Zusammensetzung der dezentralen Siedlungsausschüsse erfolgte nach einem vereinbarten Schlüssel. Die Vertreter kamen aus der produzierenden Wirtschaft, von Kommunen, der Landesverwaltung, aus der Landwirtschaft, von Reichsbahn, Post, Versorgungswirtschaft, Bergbau, Wassergenossenschaften etc. Zunächst war vorgesehen, fünf Wirtschaftsgebiete auf freiwilliger Basis zu bilden: Halle, Bitterfeld, Merseburg-Leuna-Geiseltal, Mansfelder Land und Weißenfels-Zeitz, also die

³⁰⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl.33v: Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, (Sonderdruck aus Zeitschrift für Bauwesen, 4.-6. Heft, S. 30-38)

³⁰⁶ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, insbes. S. 38

Kerngebiete der mitteldeutschen Industrie und des Bergbaus.³⁰⁷ Mit der Gründung des „Siedlungsverbandes“ im Folgejahr kamen noch die Wirtschaftsgebiete Wittenberg und Naumburg hinzu.³⁰⁸ Die sieben Siedlungsausschüsse benannten ebenfalls Geschäftsführer.³⁰⁹ Den jeweiligen Siedlungsausschüssen sind z. T. aus der Verwaltung, teilweise aus Freien Berufen stammende Fachleute, oft externe Architekten/Städtebauer zugeordnet worden, um die fachliche Qualität der jeweiligen Bearbeitung der Siedlungspläne zu gewährleisten. Diese traten entweder als unmittelbare Planbearbeiter oder als Berater auf. Die Geschäftsstelle in Merseburg wirkte mit den örtlichen Kräften zusammen, um sowohl die einzelnen Planungen in den Orten zu qualifizieren als auch zugleich den übergreifenden Flächenaufteilungsplan für das „Engere Mitteldeutsche Industriegebiet“ schrittweise zu entwickeln. So wirkten der Berliner Professor Hermann Jansen, einer der international namhaftesten Städtebauer, für den Siedlungsausschuss Bitterfeld oder der Berliner Architekt von Waltherhausen für das Geiseltal.³¹⁰

Eine zentrale Frage war von Anbeginn die der Finanzierung. Nach dem Ende der Inflation konnte „durch energisches Einwirken auf die Gemeinden, die Industrie und die Landwirtschaft (erreicht werden), ... rund 80.000,-- Goldmark für die Beschaffung von Flächenaufteilungsplänen aufzubringen.“³¹¹ Durch die Diversifizierung der Finanzquellen war es Prager offensichtlich gelungen, diese Grundfinanzierung zu

³⁰⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 11r. Prager hat diese Struktur für den zukünftigen „Siedlungsverband“ in Anlehnung an die Schwerpunkte des Wirtschaftsverbandes ausgerichtet.

³⁰⁸ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, Bl.63, T. 1; Übersichtskarte für den „Generalsiedlungsplan für den Mitteldeutschen Industriebezirk“ mit den Wirtschaftsgebieten.

³⁰⁹ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, C 50, Wittenberg B,301, 437r, 438v. Satzung des Landesplanungsverbandes vom 2. April 1925, in der Fassung vom 14. Mai 1927: Karte der Ausschüsse. Diese Akte wurde 1991 vom Autor recherchiert, weswegen noch die damals gültige Archivbezeichnung auf den Dokumenten verwendet wurde, die hier zitiert wird.

³¹⁰ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar ThHStA, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl.31r, Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, (Sonderdruck aus Zeitschrift für Bauwesen, 4.-6. Heft, S. 30-38) sowie LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 24r

³¹¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 24r

sichern. Das Finanzproblem blieb auch in der weiteren Entwicklung des Verbandes ein permanentes, aber stets gelöstes, wie die Geschäftsberichte später offenbarten.

Als Rechtsform wurde für den Landesplanungsverband die eines privaten Vereins gewählt, der sich zunächst „Gesamt-Siedlungsausschuss“ nannte.³¹² Ursprünglich hatte Prager beabsichtigt, die Wirtschaftsgebiete „auf freier genossenschaftlicher Vereinigung“³¹³ zu bilden. Dies ist dann offenbar aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht weiter verfolgt worden. Damit wäre eine enorme Innovation in der regionalen Planung und der konsequenten Selbstverwaltung unter wirtschaftlicher Beteiligung aller regionalen Akteure denkbar gewesen. Doch auch dieser freiwillige Zusammenschluss eines breiten Akteursnetzwerkes stellte eine planungskulturelle Innovation dar. Durch dieses Netzwerk wurde der eigentliche Planungsraum definiert: was bis dahin stets nur durch administrative Grenzen bestimmt war, wurde nun durch die Interaktion Interessierter und durch anschließende Sanktionierung von „Oben“ (durch den Regierungspräsidenten) bestimmt.

Dies war das erste Mal, dass auf regionaler Ebene eine solche informelle Konstruktion der übergreifenden Planung geschaffen werden konnte. Damit war die institutionelle Basis für eine nicht-lineare Planung entstanden. Die ersten Vorstellungen für die eigentlichen Pläne hingegen waren sehr konventionell und linear angelegt, allerdings wurde von Anbeginn von Prager Wert darauf gelegt, keinen statischen Plan zu erstellen, sondern die zeitliche Dimension regionaler Entwicklung zu integrieren, also Veränderungsprozesse (zunächst im analytischen Teil) zu berücksichtigen.³¹⁴

³¹² LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 310r

³¹³ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 11r. Für die Zukunft hatte Prager aber auch die Möglichkeit der Bildung von Zweckverbänden (nach dem Gesetz vom 19.0.1911) und in Anlehnung an den Ruhrsiedlungsverband erwogen.

³¹⁴ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 9ff, insbes. Bl. 14r

Nach nur einem Jahr Vorarbeit, in welchem die organisatorischen Grundlagen gelegt wurden, die Satzung und das allgemeine Ziel für die Erarbeitung eines übergreifenden Gesamtsiedlungsplanes (Flächenaufteilungsplanes) erstellt worden waren, konnte der eigentliche Aufbau der neuen Planungsinstanz beginnen. Die Basis dafür bildeten sehr detaillierte „Richtlinien für die Aufstellung von Siedlungsplänen“ (Prager, 22. Februar 1924)³¹⁵. Sie wurden nach ihrer Aufstellung mit Akteuren der Region (Kommunen, Wirtschaft etc.) ausgearbeitet und (informell) beschlossen. Anschließend wurde die politische Unterstützung der Preußischen Regierung eingeholt.³¹⁶ Danach erfolgte die formelle Gründung des „Gesamtsiedlungsausschusses für den Mitteldeutschen Industriebezirk“ am 2. April 1925 in Halle/S.³¹⁷ Die rege Teilnahme der Fachöffentlichkeit galt in den Presseberichten als Beleg dafür, dass hier etwas „Brauchbares“ im Entstehen begriffen sein müsse.

Von diesem Ereignis und den inhaltlichen Absichten wurde in der Fachpresse jedoch mit nur wenigen Beiträgen berichtet. In der Deutschen Bauzeitung vom August 1925 berichtete Köster über die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes, wobei er dabei einen Beitrag von Prager teilweise übernahm. Damit setzte er ihm zugleich ein Denkmal, denn der Gründer des Siedlungsverbandes hatte kurz nach dessen offiziellem Start denselben verlassen.³¹⁸

³¹⁵ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 9-16

³¹⁶ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 72r, 73v

³¹⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768 Bd. 1, Bl. 65 sowie Bl. 85. Die Gründung erfolgte in der Aula des Stadtgymnasiums in Halle/S. In der Presse wurden das überaus große Interesse der Fachwelt und die Teilnahme zahlreicher Gäste aus Sachsen, Thüringen und dem Ruhrgebiet hervorgehoben.

Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg., Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 63, Hannover, S. 17-28, insbes. S. 17. Hier wird fälschlicherweise als Gründungsdatum der 2. März 1925 angegeben.

³¹⁸ Köster, D. (1925): Über die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den mitteldeutschen Industriebezirk, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 5, S. 129-132. Köster war Architekt, der im Werkswohnungsbau tätig gewesen ist. Er gehörte zu den Mitinitiatoren des Siedlungsverbandes und fungierte als Planbearbeiter im Siedlungsausschuss für das Mansfelder Land.

3.2.3 Der Vordenker Stephan Prager: Eine Schlüsselperson der Landesplanung

Stephan Prager (1875-1969) leitete mit großer Umsicht die Gründung des Planungsverbandes ein. Er verließ 1925 diesen, also kurz nach dem offiziellen Start der Verbandstätigkeit, weil ihm offenbar keine Gehaltserhöhung zugebilligt wurde, woraufhin er an das Regierungspräsidium nach Köslin versetzt wurde.³¹⁹ Schon 1927 ging er in die Rheinprovinz, um den dortigen Planungsverband aufzubauen. Er blieb mit dem mitteldeutschen Verband durchaus im Kontakt und nahm sogar an der – unter demokratischen Verhältnissen – letzten Vollversammlung des Verbandes am 28. Juni 1932 im Alten Rathaus in Merseburg teil.³²⁰

Stephan Prager, am 28. Juni 1875 in Liegnitz geboren³²¹, gehörte zu der Generation, die, wie Gustav Langen u. a., die Etablierung des Fachgebietes der Landesplanung aus dem Städtebau heraus vorangetrieben hat. Er hatte Architektur, Kunstgeschichte und Philosophie in Darmstadt und an der TH in Charlottenburg bzw. der Universität Berlin studiert. Damit war er auch mit der Berliner Community des Städtebaus in Berührung gekommen, was sich später in Merseburg bemerkbar machte. 1911 promovierte er zu Fragen der Architekturästhetik. Sein Hintergrund war vor allem ein internationaler. Als Regierungsbauführer (bautechnischer Sachverständiger) bei der Deutschen Botschaft in den USA, vor allem im Generalkonsulat New York, hatte er Einblick in das Entstehen der amerikanischen „City Planning“ und durch seine

³¹⁹ Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg., Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 63, Hannover, S. 17-28, insbes. S. 19

³²⁰ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 80v

³²¹ Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Bestand Gestapo, RW 38, Nr. 29013. Alle Angaben beziehen sich auf diese Gestapo-Akten über Prager. Da Stephan Prager Jude war, wurde eine solche Akte angelegt. An dieser Stelle sei Herrn Heinz Wilhelm Hoffacker, Essen, für seine Unterstützung ausdrücklich gedankt. Siehe auch: Hofmann, W. (1992): Mitteleuropa in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, S. 17

Hauptwirkungsstätte New York auch den Kontakt zu den maßgeblichen Personen, die am Regional Plan für den Bundesstaat New York tätig waren.³²²

Prager entstammte einer kaisertreuen Offiziersfamilie. Er selbst reihte sich in diese konservative Traditionslinie ein. Nach dem Studium der Architektur und Promotion wurde er als Beamter in die USA versetzt. Mit Ausbruch des 1. Weltkrieges meldete er sich freiwillig, obwohl er als im Auslandsdienst Tätiger nicht kriegsverpflichtet worden wäre. Er geriet zuletzt in englische Kriegsgefangenschaft und kam erst 1920 frei. Er erhielt dann eine Stelle als Beauftragter für die Wohnungsaufsicht bei der Merseburger Regierung. Unmittelbar nach Aufnahme seiner Tätigkeit dort begann er mit den Vorbereitungen für eine Landesplanungsinstanz im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet, da ihm seine Tätigkeit mit Fragen der Steuerung von Ansiedlungen in Berührung brachte und er übergreifende Defizite erkannte. Dort wirkte er bis Ende 1925. Trotz massiver Einwände der Wirtschaftsvertreter, namentlich der Landwirtschaft, gegen eine Versetzung von Prager, musste er, da keine Beförderung in Aussicht war, nach Köslin gehen. Ein von allen Seiten als sehr bedauerlich empfundener Weggang, da Prager offenbar eine kommunikative Gabe und zugleich die Beharrlichkeit besaß, die langfristige Aufgabe eines Generalsiedlungsplanes für das große Gebiet Mitteldeutschlands kooperativ zu bewältigen.³²³

Obwohl national-konservativ eingestellt, war Prager eine der internationalen Kooperation und dem Erfahrungsaustausch sehr offen gegenüberstehende Persönlichkeit. Sein ausdrücklicher Verweis auf die „wertvolle Belehrung und die Vorführung von Ergebnissen auf diesem Gebiet (der Landesplanung HK)“ beim

³²² Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg., Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 63, Hannover, S. 17-28, insbes S. 18

³²³ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 114, 114r. In diesem Schreiben der Landwirtschaftskammer wurden die Fähigkeiten von Prager hervorgehoben und der enorme fachpolitische Verlust, den der Planungsverband erleiden würde, aufgezeigt.

Internationalen Städtebaukongress in Amsterdam im Juli 1924 bestätigt diese fachpolitische Aufgeschlossenheit. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied der Freien Deutschen Akademie für Städtebau. Er gehörte in den Folgejahren zu den immer wieder den internationalen Kontakt suchenden Fachleuten. Insbesondere seine Teilnahme als Referent an dem Städtebaukongress 1928 in Paris unterstreicht dies.³²⁴ Außerdem gehörte er zu den aktiven Personen beim Aufbau der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesplanungsstellen“. So bereitete er z. B. den Beitrag der Arbeitsgemeinschaft zur Bauausstellung in Berlin 1931 vor.³²⁵

In wissenschaftlicher Hinsicht hat er mit seinen Ausführungen zur Planungsstruktur des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes Basisarbeit geleistet für eine sich später in der Arbeit des Verbandes abzeichnende kreative Ausgestaltung des Planungsparadigmas (Dezentralisierung), wie es letztlich im Planwerk von 1932 erkennbar ist. Sein Hauptverdienst liegt in dem organisatorisch-strategischen Aufbau von maßstabsetzenden Landesplanungsinstitutionen in Deutschland; neben dem mitteldeutschen Verband war dies der Verband für die Rheinprovinz um Düsseldorf. Er hat somit, neben Robert Schmidt im Ruhrgebiet, den wichtigsten Beitrag zur praktischen Etablierung der Landesplanung in Deutschland geleistet.

Trotz dieser Verdienste geriet er wegen seiner jüdischen Herkunft nach 1933 ins Fadenkreuz der Gestapo. Ein ausführlicher Aktengang dokumentiert die verschiedenen Auseinandersetzungen um seine Person, die zwischen Anerkennung seiner Verdienste und Denunziation schwankten. Dabei fällt aber auf, dass seine Verdienste retrospektiv veranschlagt wurden; offenbar war er für die „neue Zeit“ ungeeignet, weil er sich nicht einfügte in eine Planung jenseits demokratischer Verhältnisse. Letztlich wurde er von der Gestapo mit einem Schreiben von Heydrich vom 21. Mai 1942 nach Theresienstadt in ein „Altersghetto“ „abgeschoben“, was am

³²⁴ Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Braunschweig/Wiesbaden, S. 192

³²⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 93v, 94r

21. Juli 1942 vollzogen wurde.³²⁶ Stephan Prager erlebte die Befreiung durch die Rote Armee. Nach dem Krieg widmete er sich noch lange Zeit dem Neuaufbau der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung in NRW würdigte sein Werk durch die Berufung zum Professor.³²⁷

3.2.4 Vom „Siedlungsausschuss“ zum „Landesplanungsverband“: Die Entwicklungsphase 1925 bis 1927/28

In den ersten vier Jahren der mitteldeutschen Landesplanung galten die Initiativen sowohl der inneren Organisation als auch der inhaltlichen Ausgestaltung der Planungsarbeiten. Die Berichte der jährlichen Verbandsversammlungen geben darüber ein beredtes Bild.³²⁸ Den Auftakt für die erste Versammlung – nach der Gründungsveranstaltung – gab Prager mit einem Bericht über die Internationale Städtebautagung in New York – die Messlatte war gesetzt worden. Prager stellte dabei insbesondere die tragende Mitwirkung privater Institutionen bei der Durchführung von übergreifenden Planungen heraus und verwies auf die Erfahrungen bei der Verkehrsplanung.³²⁹ Darüber hinaus unterrichtete er die Teilnehmer über die englischen Dezentalisierungsversuche durch Gründung wirtschaftlich unabhängiger Trabantenstädte.³³⁰ Damit waren von ihm zwei zentrale Themen der Landesplanung auf die Tagesordnung gesetzt worden: Die Rolle der privaten Akteure, vor allem der Industrie, bei der Planung und die strategische Ausrichtung der Planung auf Dezentralisierung. Zwischen diesen Koordinaten bewegte sich die Debatte in der Phase bis etwa 1928.

³²⁶ Nordrhein-westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Bestand Gestapo, RW 38, Nr. 29013, Bl. 21v, 21r, 22v, 27v

³²⁷ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, S. 18 und die dort aufgeführten Quellen.

³²⁸ Die ersten fünf Verbandsversammlungen (Versammlungen des Gesamtsiedlungsausschusses) fanden statt: 2. April 1925 (Gründung); 30. Juni 1925; 12. März 1926; 19. November 1926; 14. Mai 1927; 28. Januar 1928, siehe dazu die Archivalien im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg, LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1,ff

³²⁹ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 100r

³³⁰ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 101

Ansonsten verliefen die Vertreterversammlungen stets nach einem gleichen Schema: die einzelnen Siedlungsausschüsse berichteten über den Stand der Planungsarbeiten. Dabei wurden dann im Auditorium aktuelle Fragen erörtert bzw. Aspekte von übergreifender Bedeutung für die Einarbeitung in den „Gesamtsiedlungsplan“ herausgearbeitet. Dazu gab es Gastbeiträge zu methodischen oder siedlungspolitischen Fragen.

Die zweite Versammlung im März 1926 beschloss auch die Einsetzung von Fachausschüssen. Zunächst wurde ein solcher für Verkehrsflächen eingerichtet. Daneben konstituierte sich eine Kommission zur Erarbeitung von Stellungnahmen zum Entwurf des preußischen Städtebaugesetzes.³³¹ Auch diesmal wurde ausführlich über die Erfahrungen im anlo-go-amerikanischen Ausland berichtet und auf dortige Erfahrungen mit „Regionalplänen“ eingegangen. Zudem gab es einen Austausch mit dem benachbarten Leipziger Bergbau-Gebiet über die jeweiligen Planungsarbeiten. An dieser Versammlung nahm Stephan Prager bereits nicht mehr teil. An seiner Stelle wirkte nun als Geschäftsführer Baurat Fisch, ein Beamter, der inhaltlich vergleichsweise wenig in die Planungen einbrachte, sondern sich mehr der Organisation widmete.

Der ständige Tagungsort der Versammlungen war Halle/S. Die dritte Tagung wurde mit einer Ausstellung der ersten Planungsarbeiten zu einem „Generalsiedlungsplan“ eingeleitet. Damit konnten die ersten Planungen abgeschlossen werden, doch verwies Fisch darauf, dass es noch erhebliche qualitative Mängel gäbe. Neben dem Dauerthema fehlender finanzieller Mittel offenbarte ein anderes Grundproblem: die noch nicht ausreichende Qualifikation der örtlichen Verwaltungen bezüglich ortsübergreifender, informeller Planungen (also nicht gesetzlich fixierter Bebauungs- oder Fluchtlinienpläne).³³² Dabei unterstrichen die Beteiligten die Notwendigkeit,

³³¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 103

³³² LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 143r

weiterhin externe Planbearbeiter einzubeziehen. Als bedeutender institutioneller Schritt trat die Aufnahme von stimmberechtigten Vertretern des Freistaates Anhalt hervor. Damit wurde die mitteldeutsche Landesplanung ab 1927 die erste grenzüberschreitende in Deutschland.³³³

Diesem Umstand trug die Vertreterversammlung Rechnung, indem sie erstmalig nicht in Halle/S., sondern in Dessau und dort am Bauhaus tagte. Diese Zusammenkunft sollte in mehrfacher Hinsicht ein Meilenstein für die weitere Entwicklung werden. Zunächst wurde eine Formalie beschlossen, die jedoch einen qualitativ neuen Anspruch repräsentierte: die Umbenennung des Gesamtsiedlungsausschusses in „Landesplanungsverband für den mitteldeutschen Industriebezirk“. Damit verbunden war die Abkehr von der bislang den Sprachgebrauch bestimmenden Verwendung des Begriffes „Siedlung“, wie Siedlungsplan, Siedlungsausschuss, Siedlungswesen etc. Dies war Abbild der Dominanz einer bestimmten Lesart in der fachlichen Diskussion bzgl. der Dezentralisierung. Die Siedlung, so die Vertreter der radikalen Dezentralisierung, wie der sozialdemokratisch orientierte Werner Hegemann³³⁴, avancierte zum zukunftsverheißenden Allheilmittel der Lösung der Großstadtfrage. Mit dem Erweitern der Begrifflichkeit auf den Vorgang, nämlich die Flächenaufteilungsplanung, und nicht mehr auf das Siedlungsziel, konzentrierte der Verband die argumentativen Kräfte auf das eher pragmatische Kerngeschäft und vermied Irritationen bzgl. des Zweckes seiner Aufgaben, worauf Prager bereits 1925 hingewiesen hatte.³³⁵

Mit der Wahl des Ortes, dem Bauhaus in Dessau, war nicht nur das Bekenntnis zur grenzüberschreitenden, verbindlichen Kooperation verbunden (inzwischen gehörte

³³³ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 166

³³⁴ Crasemann Collins, C. (2005): Werner Hegemann and the Search of Universal Urbanism, New York, London, S. 304. Eine kritische Würdigung des Werkes von Hegemann findet sich auch in: Sturm, U. (2010): Formprobleme der Großstadt – progressiver Traditionalismus im Städtebau der 1920er Jahre in Deutschland, Cottbus (Diss.), insbes. zu seiner sozial-politischen Position und seiner Amerika-Orientierung, S. 139-140

³³⁵ Prager, S.(1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38, S. 38

auch die Stadt Magdeburg dazu und zu den angrenzenden Planungsinstanzen in Sachsen gab es rege Beziehungen). Das Bauhaus symbolisierte auch den wirtschaftlichen Fortschritt in Mitteldeutschland, was aus dem Begleitprogramm der Verbandstagung ersichtlich ist: Nach der „Geschäftssitzung ... Vortrag von Professor Gropius über das Bauhaus. ... Besichtigung der städtischen Siedlungen und der Bauten des Bauhauses mit Kraftwagen. Anschließend Besichtigung des Flughafens und des Flugzeugwerkes.“³³⁶

Außerdem wurde die Gründung neuer Fachausschüsse beschlossen, so einer, der sich der wichtigen Ressourcenfrage in der regionalen Entwicklung zuwenden sollte: dem Wasser. Darüber hinaus bildete die Versammlung einen Ausschuss für das Planwesen, um Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kartenmaterial, der Abstimmung von Planungen untereinander oder technisch-gestalterische Aspekte zu behandeln, was dann den regionalen Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Mitglieder übernahmen also z. T. selbst die Durchführungsgeschäfte, was einem deutlich gewachsenen Kooperationsstand entsprach und eine Identifikation der regionalen Akteure mit den Planungsarbeiten bedeutete. Der Ausschuss für Verkehrsflächen legte einen turnusmäßigen Bericht vor.

Mit einem „Bericht zu den volkswirtschaftlichen Untersuchungen“ legte der „volkswirtschaftliche Hilfsarbeiter“ Dr. Rosenberg, freier Mitarbeiter der Geschäftsstelle in Merseburg, eine Arbeitsmethode zur Integration von wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen in die Planungen dar. Dabei beschrieb er das affirmative Vorgehen sowie die Annäherung an den Gegenstand der Landesplanung von beiden disziplinären Seiten, dem der Planung und dem der Wirtschaftswissenschaft.³³⁷ Er stellte das interaktive Zusammenspiel der beteiligten Planer und Ökonomen dar unter der Maßgabe, die jeweiligen Erkenntnisse bzw.

³³⁶ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt C 50, Wittenberg B,301, Bl. 408. Die Archivalien wurden 1991 vom Autor eingesehen; zu diesem Zeitpunkt trugen sie diese Bezeichnung.

³³⁷ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt C 50, Wittenberg B,301, Bl. 433r

Absichten in einer kommunikationsfähigen Form zusammen zu führen. Dabei ging es ihm nicht um Beweiskraft der Erkenntnisse schlechthin, sondern um ein Zusammenführen von Erfahrungen des Planers, fundierter Kritik an bisheriger Entwicklung und der Ableitung von Folgerungen für die Weiterentwicklung der Planungen.³³⁸ Inhaltlich begann also eine Diskussion um das Verhältnis von rational-analytischer und adaptiver Vorgehensweise in der Landesplanung, eine frühe Auseinandersetzung mit diesem Kern der Planungstheorie heute.³³⁹

Institutionell gesehen fungierte die Verbandstagung auch als eine Vorbereitung für die im Sommer 1927 anberaumte Bereisung der mitteldeutschen Region durch den Städtebaugesetzesausschuss des Preußischen Landtages. Ganz zweifelsohne waren dies eine bedeutende Wertschätzung der Arbeit des Planungsverbandes und der gewonnen Erkenntnisse für das weitere Gesetzgebungsverfahren, wie es im abschließenden Bericht über die Bereisung hieß.³⁴⁰

Der eigentlichen Bereisung vom 12. bis 15. Juni 1927 ging eine ausführliche Stellungnahme des Landesplanungsverbandes an den Preußischen Landtag voraus, die dort als Drucksache Nr. 4912 geführt wurde. Sie diente als Grundlage für die Bereisung der Ausschussmitglieder und zur persönlichen Erörterung einzelner inhaltlicher Fragen.³⁴¹ Der Ausschuss suchte alle industriell geprägten Bereiche im Verbandsgebiet auf. Beim Besuch des Geiseltals, dem damals größten Braunkohleabbaugebiet, umriss der Geschäftsführer Fisch den weiteren Hintergrund

³³⁸ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt C 50, Wittenberg B,301, Bl. 433r

³³⁹ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund

³⁴⁰ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd. 1, Bl. 318r, 323

³⁴¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd. 1, Bl. 224-225r. Änderungsvorschläge zum Städtebaugesetz vom 9. Juni 1927. Neben einer Reihe von Einzeländerungsvorschlägen, wird darin vom Landesverband auf mehrere grundsätzliche Aspekte verwiesen, die die Struktur von Landesplanungen betreffen (inhaltlicher Aufbau), die Planungsverfahren und die Prozesshaftigkeit der Planungen, die sich in der „ständigen Umformung und Weiterentwicklung der Pläne“ äußern müsse und damit der Dynamik der Wirtschaft anpassen müsse. Es wird also ein offenes Planungsdenken vorgeschlagen, das der Gesetzgeber berücksichtigen möge.

der Argumentation für eine umfassendere Betrachtung des Städtebaugesetzes: „Wenn die Aufgaben der ‚Stadt-Land-Kultur‘ im neuen Städtebaugesetz noch nicht die Grundlagen zu ihrer restlosen Verwirklichung finden, so ist das wohl darin begründet, dass der Städtebau alten Stils ja stets eine rein städtisch begründete Angelegenheit gewesen ist. ... Das flache Land aber verkümmerte und litt unter der Industrialisierung, die aber bei richtiger Lösung der Aufgaben der ‚Stadt-Land-Kultur‘ bereits früher schon zu einer kulturellen Hebung und wirtschaftlichen Stärkung hätte beitragen können.“³⁴² Daraus sprachen kein platter Antiurbanismus und keine Agrarromantik. Das ist pragmatische Ausgleichspolitik zwischen dem urbanen Kern und dem ländlichen Raum. Dass die darin verborgene Planungsherausforderung, die wechselseitigen Abhängigkeiten durch Flächen- und Kommunikationspolitik zu meistern, als eine Kulturaufgabe definiert worden ist, deutet auf ein weit gefasstes Kulturverständnis, das durchaus nicht in der Ecke einer rückwärtsgewandten, verklärenden Auffassung angesiedelt werden muss. Es spricht aber auch nicht blinder Fortschrittsglaube daraus, wenngleich die bestimmende Seite der industriellen Entwicklung als Geschäftsgrundlage anerkannt wird.

Ein halbes Jahr später kam die Verbandsversammlung wieder zu ihrer nunmehr 5. ordentlichen Tagung zusammen. Hier wurde zunächst eine Formalität behandelt: Der Titel, Landesplanungs-V e r b a n d, war vom Ministerium für Volkswohlfahrt beanstandet worden, da es sich im rechtlichen Sinne nicht um einen Verband als öffentliche Körperschaft handelte und zudem nicht das gesamte mitteldeutsche Industriegebiet, sondern nur Teile desselben planerisch erfasst werden. So entschlossen sich die Delegierten, den Titel umzuwandeln in: „Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk“.³⁴³ Dieser Punkt war relativ unkompliziert und schnell verabschiedet gewesen. Den Hauptteil der Debatte aber leitete der Regierungspräsident Grützner als Vorsitzender mit einer grundsätzlichen Position zur Landesplanung ein: „Die Tätigkeit der Landesplanung war abgestellt auf

³⁴² LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 312

³⁴³ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 333r

baldiges Inkrafttreten des Preußischen Städtebaugesetzes, dessen Schicksal auch jetzt noch ungewiss ist. ... Auch wenn eine gesetzliche Regelung im Städtebaugesetz nicht zustande kommt, halten wir die Arbeit für so wichtig, dass wir sie unbedingt fortsetzen müssen. Auf der anderen Seite sprechen heute die verschiedensten Gründe dagegen, Organisationen nur aus dem Grunde weiter bestehen zu lassen, weil sie einmal geschaffen worden sind. Ich habe das bestimmte Empfinden, dass es gut sein wird, wenn die Landesplanung der jetzigen Organisation ein Ziel setzt und ihre satzungsgemäßen Aufgaben mit den Mitteln des nächsten Etatjahres beendet.“³⁴⁴

Die Versammlung beschloss daraufhin die Bildung eines Arbeitsausschusses, der der Versammlung Vorschläge für die weitere Arbeit unterbreiten sollte. Zugleich beschlossen die Delegierten die Herausgabe einer Denkschrift „Landesplanung und Landesgrenzen“, die die bisherigen Arbeitsergebnisse bzw. Denkansätze einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen sollte.³⁴⁵

Damit war eine Zäsur in der Tätigkeit der Landesplanung gesetzt worden, die mit der zu Ende gehende Legislaturperiode des Landtages zusammenhing. Nun wurde offenbar ersichtlich, dass das Städtebaugesetz nicht mehr verabschiedet werden würde und es stand zu befürchten, dass sich der neue Landtag, abgesehen von den Krisenverhältnissen, erst langwierig wieder in die Materie hätte einarbeiten müssen. Eine kurzfristige Lösung der gesetzlichen Grundlagenfrage, auf die alle gesetzt hatten, war nicht mehr in Sicht. Dieser Tiefpunkt im Selbstverständnis der Landesplanung in Mitteldeutschland bewirkte aber auch, dass die Aktivitäten neu gebündelt und inhaltlich geschärft wurden. Dazu trug nicht unmaßgeblich ein seit zwei Jahren in der Geschäftsstelle tätiger junger Architekt und Planer bei: Martin Pfannschmidt.

³⁴⁴ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl. 338

³⁴⁵ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768 Bd.1, Bl.340r

3.2.5 Der Wissenschaftler Martin Pfannschmidt: Geistiger Vater des Planwerks Mitteldeutschland

Martin Pfannschmidt (1892-1972?) gehörte zu den schillerndsten Figuren in der damaligen Landesplanung in Merseburg. Er war derjenige, der die Verwissenschaftlichung durch erweiterte Einbeziehung der Volkswirtschaftslehre vorantrieb; vielleicht gehörte er zu den maßgeblichen Impulsgebern für eine wissenschaftlich angelegte Landesplanung in Deutschland überhaupt.

Geboren in der Niederlausitz, in Terpt, Kreis Calau, besuchte er die berühmte Reformschule in Schul-Pforta bei Naumburg. Sein Architekturstudium zwischen 1910 und 1916 absolvierte er in Karlsruhe, München und Danzig. Er war zudem Hörer an der TH Charlottenburg bei Genzmer/Brix und Jansen. In seinen frühen Berufsjahren arbeitete er mit Max Sering, einem Vertreter der ländlichen Siedlungspolitik zusammen.³⁴⁶ Bevor er 1926 nach Merseburg ging, arbeitete er im Ruhrgebiet beim SVR und bei der Bezirksregierung Düsseldorf, wo er auch die Entstehung der dortigen Landesplanungsinstitution kennen lernte. Nach seinem Weggang aus Merseburg 1931 promovierte er sowohl in Dresden (zu Fragen der Wohnungspolitik) als auch in Halle/S. an der Wirtschaftsfakultät zu Standortfragen. Danach wirkte er für den Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte als dortiger Geschäftsführer. Obgleich er kein politisch engagierter Nationalsozialist war, suchte er doch seine Karriere im NS-Staat. Zunächst habilitierte ihn die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität in Königsberg. Eine Professur in Posen blieb ihm aber versagt. Nach dem Krieg arbeitete er als Planer in Westfalen.³⁴⁷ Mit seiner Veröffentlichung von 1971 zur Geschichte der mitteldeutschen Landesplanung hat einen immer wieder

³⁴⁶ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, S. 23. Die biografischen Angaben beziehen sich auf diese Ausführungen.

³⁴⁷ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, S. 23-25. Die wesentlichen Angaben zur Person Pfannschmidt sind in diesem Beitrag zusammengefasst dargestellt.

zitierten Beitrag geliefert, der damit auch die Interpretationshoheit über die Geschichte dieses Planungsverbandes markierte.³⁴⁸

Seine wichtigsten Beiträge zur Landesplanung jedoch hatte er in den wenigen Jahren in Merseburg erbracht und dabei die Disziplin mit bemerkenswerten Impulsen versehen. Der Merseburger Planungsatlas geht in wesentlichen Teilen auf ihn zurück. Daran vermochte er in späteren Jahren nicht wieder anzuknüpfen. Er hat vor allem ein Theorieverständnis in der Landesplanung verankert, das zum ersten Mal in einem umfassenden Planwerk zur Geltung kam, also in der Sprache der Planung erschien.

3.3 Die kongeniale Landesplanung in Mitteldeutschland entsteht: Thüringen

3.3.1 Die Landesplanung Thüringen: Prototyp einer modernen Planungsinstanz und das Bild der Zukunft für den Strukturwandel

Die erste Gründungswelle von Landesplanungsstellen in Deutschland begann schlagartig 1925. Nach dem mit dem Siedlungsverband Ruhr (SVR) 1920 der erste Planungsverband entstanden war, folgten nach dem Ende der Inflationszeit und dem beginnenden wirtschaftlichen Erholungsprozess vorrangig in den preußischen Provinzen und in Sachsen die ersten Gründungen von Landesplanungsinstanzen. Dabei war der Planungsverband in Merseburg ein Vorreiter und Vorbildgeber. Kurz darauf erfolgte die Gründung in Westsachsen, hier unter direkter Leitung des zuständigen Innenministeriums in Dresden. In Thüringen begann die Institutionalisierung der Landesplanung erst in der zweiten Welle, die von 1927 bis 1930 andauerte und mit dem Verband Westthüringen erst 1933 seinen Abschluss fand, schon zu einem Zeitpunkt, als der Hitlergünstling Sauckel als Ministerpräsident 1932 die Herrschaft der Nationalsozialisten in Thüringen eingeläutet hatte. Damit

³⁴⁸ Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 63, Hannover

kann auch das politische Klima angedeutet werden, in welchem sich die entstehende Landesplanung am Beginn der 1930er Jahre bewegte.

„Auf Veranlassung des Thü.-Ministeriums des Innern entstand 1927 die Ostthüringische Landesplanungsstelle. Ihr folgte ebenfalls auch auf Veranlassung des Thür. Min. des Innern im Jahre 1930 die Landesplanungsstelle Thüringen Mitte mit Sitz in Saalfeld, später in Weimar und 1933 die Landesplanung Thüringen West mit Sitz in Eisenach. Durch die Gründung in Merseburg angeregt, wurde 1929 die Landesplanung für den Regierungsbezirk Erfurt ins Leben gerufen, sodass damit fast der gesamte Raum Thüringen, bestehend aus dem Land Thüringen und dem preuß. Reg. Bezirk Erfurt, planerisch erfaßt war. Der Landkreis Herrschaft Schmalkalden bildete dabei eine Ausnahme, da er von der Landesplanungsstelle der Reg. Bezirkes Kassel betreut wurde, dem er auch politisch zugehörte.“³⁴⁹

Die drei Planungsstellen in Thüringen waren, wie in Preußen, freie Vereinigungen (Vereine privaten Rechts), die für die Erstellung eines gemeinsamen Flächenaufteilungsplanes wirkten. Der Geschäftsführer aller drei Planungsstellen war der Initiator und spiritus rector Wilhelm Luthardt, der Baurat der Stadt Gera. Er pflegte enge Kontakte zur Landesplanung in Merseburg und Leipzig und trieb gerade die grenzüberschreitende Kooperation voran.³⁵⁰ Das Ministerium des Innern wirkte dabei, stärker als das in Preußen zuständige Ministerium für Volkswohlfahrt, koordinierend zwischen den drei Planungsstellen.

Die technische Einteilung Thüringens in drei Planungsräume drückte auch den Willen aus, sich der Rationalität einer Landesplanung zu bedienen, die Kleinteiligkeit und gewisse industrielle Rückständigkeit des Landes zu kompensieren sowie zu den industriell fortgeschrittenen Teilen Mitteldeutschlands aufzuschließen. Der Eifer, mit

³⁴⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 423, Bl. 4r sowie Nr. 153, Bl. 6r

³⁵⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 423, Bl. 4r sowie Nr. 153, Bl. 6r

dem Luthardt die Gründung der Planungsstellen vorantrieb, spricht dafür. Es musste aber erst eine Krisensituation herhalten, bis die Gründung auch von den staatlichen Stellen in Thüringen unterstützt und koordinierend begleitet wurde. Vor allem die Leichtindustrie und die Landwirtschaft, zwei Säulen der Wirtschaft Thüringens, erlitten herbe ökonomische Einbrüche ab 1927. Besonders aber um 1929/30 traf die Weltwirtschaftskrise diese Branchen nochmals hart.³⁵¹ Das war dann auch der Beginn des Aufstiegs der Nationalsozialisten in Thüringen, die aber in dieser Zeit zur Landesplanung keine Beziehungen hatten. Die Landesplanung entstand also in Thüringen nicht wie in den wirtschaftlichen Aufschwungsgebieten des Ruhrkohlebezirkes oder des engeren mitteldeutschen Industriebezirkes um Halle-Merseburg oder Leipzig, um auf die Folgen übermäßiger Industrialisierung nachsorgend und dann zunehmend auch proaktiv regulierend zu wirken, sondern als Teil eines Krisenmanagements. Dabei bestand das Anliegen darin, Thüringen, und vor allem den Osten, an das mitteldeutsche/sächsische Industriegebiet anzudocken, um krisendämpfende Wirkungen zu erzielen. So ging es in besonderem Maße um Infrastrukturanbindungen von Altenburg-Gera an die Industriebereiche um Chemnitz sowie Leipzig und um die Planung der Bergbaugebiete im Anschluss an den Südraum Leipzig (um Meuselwitz). Damit sollte auch die industrielle Entwicklung Thüringens befördert werden, auch als Mittel gegen die Krisenfolgen und für einen Strukturwandel.³⁵²

Hieraus erwuchs nun eine besondere Frage für Thüringen – die der Landschaftsgestaltung, welche in den anderen Planungsregionen so deutlich und übergreifend nicht aufgetreten war: Welche Auswirkungen wird diese schubartige Industrialisierung auf das Landschaftsgefüge, auf das Bild der Thüringer Landschaft und auf die Natur generell haben? Im mitteldeutschen Raum um Merseburg hatte

³⁵¹ Oberkrome W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn, S. 126-127

³⁵² Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, insbes. S. 6-7 sowie S. 59ff

Prager die rohstoffbasierte Gestaltungsaufgabe – in Abgrenzung von der für das Ruhrgebiet – so definiert:

„Der Unterschied in der Art der Bodenschätze ist der Hauptgrund für eine von der Tätigkeit des Ruhrsiedlungsverbandes völlig verschiedenartigen Behandlung der Flächenaufteilungspläne. Während im Ruhrbezirk der Vorrat an Steinkohle bei Zugrundelegung der Förderung von 1913 noch für die Dauer von 500 bis 800 Jahren geschätzt wird, ist der Abbau der Braunkohlenvorräte in Mitteldeutschland in einzelnen Gebieten innerhalb 20 Jahren, im gesamten Gebiet in rund 100 Jahren zu erwarten. Der Stand der Ausbeute an Kupferschiefer und der Wettstreit durch die reichen amerikanischen Vorkommen läßt auch eine Abnahme der Kupfergewinnung erwarten, so daß schließlich nur eine verarbeitende Industrie zurückbleiben wird.“³⁵³

Damit umriss Prager den sich in Mitteldeutschland (wozu auch weite Teile Thüringens gerechnet wurden) abzeichnenden Strukturwandel und somit die Herausforderung für die Landesplanung in Zukunft. Entsprechende Planungen für die Bergbaufolgelandschaften wurden in den Bereichen Zschornewitz (bei Bitterfeld) und für das Geiseltal – die beiden wichtigsten Standorte der Braunkohleförderung – bereits Ende der 1920er Jahre vorgelegt. So wurde eine Planung für die Bergbaufolgelandschaft in 70-80 Jahren von dem für das Wirtschaftsgebiet Merseburg-Geiseltal beauftragten Berliner Architekten Werner von Walthausen erstellt, die geradezu prototypische Bedeutung besaß.³⁵⁴ In dem Zeitungsartikel im Querfurter Tageblatt, dem für das Geiseltal „zuständigen“ Regionalblatt, wurde diese Vision der Öffentlichkeit unterbreitet (eine Reaktion darauf ist nicht bekannt):³⁵⁵

³⁵³ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 71/2, Bl. 31 v

³⁵⁴ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, 24r sowie Kuschfeld, F. (2009): Das Labyrinth als kulturelles Versuchsfeld im Geiseltal, Diplomarbeit FH Merseburg, S.17-18 (unveröffentlicht)

³⁵⁵ Stadtarchiv Querfurt: Querfurter Tageblatt vom 22. 12. 1928 (Original mit Plan: siehe Anhang III, Abb. 2)

„Das Geiseltal in 70-80 Jahren

Die bisherige Bedeutung des Geiseltales ist nicht nur in unserem Mitteldeutschland bekannt. Weniger bekannt ist freilich der Plan, der bereits jetzt in großen Umrissen ausgestellt ist, wie man nach der wirtschaftlichen Ausnutzung jenes Gebiet wieder einmal zu landschaftlich reizvoller Gegend gestalten will. Es spricht für den Weitblick der zuständigen Stellen, daß man nun schon jetzt einen Plan ausgestellt hat, der dem Gelände zwischen Merseburg bezw. Frankleben und Mücheln eine Note geben wird. Die Tätigkeit des Landesplanungsverbandes ist zwar segensreich, sie spielte sich jedoch bisher meist hinter den Kulissen ab. Man plant nicht mehr und weniger als eine große Seenplatte. Wenn die Kohlengruben ausgebeutet sind, dann wird an ihre Stelle ein bezw. mehrere Seen entstehen, die eine Länge von rund 9 Kilometer besitzen werden.

Wie auf der nebenstehenden Karte zu ersehen ist, werden einst neue Durchgangstraßen das Geiseltal durchschneiden. Dörfer, liebgewordene Heimatorte verschwinden. Die Gemeinde Runstedt wird ihr Ende im Wasser finden. Der kleinste See von diesen dreien wird diese Gemeinde begraben. Auch andere Ortschaften entgehen dem Verhängnis nicht. Die einzigen Ueberlebenden im Süden werden die Gemeinden Krumpa, Braunsdorf und Mücheln sein. Alles andere wird von der Seenkette bedeckt. Im Osten reicht die Seenkette bis nach Frankleben, das außerhalb der Kohlen liegt. Auch Kayna (?) bleibt erhalten. Die Kohlenvorkommen sind nicht so ergiebig, um einen Abbau zu rechtfertigen.

Unser Bild zeigt das neue Geiseltal, nachdem die Kohlengruben ausgebeutet worden sind. Es ist möglich, daß hier und da noch etwas geändert wird. Im großen und ganzen wird aber dieser Plan, dessen geistiger Vater der bekannte Architekt Werner von Walthausen ist, bestehen. Die Seenplatte im Geiseltal wird für die späteren Geschlechter eine Oase im mitteldeutschen Industriebezirk werden. Man kann sich schon jetzt vorstellen, daß jene Gegend nicht nur von Querfurt und Merseburg, sondern auch aus den weiter entfernten Großstädten als Wochenendziel gewählt wird. Ein fröhliches Badeleben mit allem Drum und Dran, Strandbad usw. wird dort, wo heute noch die schwarzen Diamanten geschürft werden, entstehen.“

Stephan Prager skizzierte die in 100 Jahren zu gestaltende Bergbaufolgelandschaft des Geiseltals, insbesondere im Bereich der verbleibenden Halden als landschaftsprägende Elemente, etwas distanzierter, aber nicht weniger programmatisch:

„Im Geiseltal, wo eine Wiederauffüllung der Gruben, die voraussichtlich zu großen Teichen werden, nicht möglich ist, und wertvoller landwirtschaftlicher Boden in den Abraumhalden untergeht, können diese Halden wenigstens durch Bepflanzung wieder in die Natur einbezogen werden. Hierbei wäre auch eine Aufschüttung nach gewissen Profilen zu verlangen, die eine baldige Begrünung fördern, das Abwaschen der Halden und dadurch das Verschlemmen der anliegenden Felder verhüten und schließlich eine Verunstaltung der Landschaft verhindern würden.“³⁵⁶ Damit wurde ein planerischer und gestalterischer Maßstab gesetzt, der von den anderen Landesplanungsstellen, insbesondere auch der von Ost-Thüringen als Anregung – zumindest mittelbar – aufgegriffen wurde.

Im Merseburger Revier ging es also explizit um die Gestaltung neuer Landschaften, um „Teiche“, zu einer Zeit aber, in der noch Braunkohle abgebaut wurde. Eine aus heutiger Perspektive enorm weitsichtige Planung – hatte doch der Kohleabbau noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht.³⁵⁷ Diesen programmatischen Text veröffentlichte Prager in den „Monographien des Bauwesens“ 1925, der in den jeweiligen Bauämtern – auch in Thüringen – vorgelegen haben muss. Damit lagen sehr praktikable, wenn auch weitreichende planerische Vorstellungen vor, die das Planungsdenken in den mitteldeutschen Gebieten mit prägten. Doch das war nur

³⁵⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 36v (Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, S. 44)

³⁵⁷ Ein Vergleich drängt sich auf: Diese Antizipation einer neuen Landschaft nach dem Bergbau wäre so, als wenn heute Planungen für die Nachnutzung der Automobilstandorte als Naturschutzgebiete im Jahre 2100 angestellt werden würden. Die damaligen Planungen sind im Bereich Geiseltal auch zu einem Teil heute so vollzogen, wenngleich es keine Bezüge auf die damaligen Planungen gab.

eine eher reaktive Deutung der möglichen Konsequenzen aus dem Strukturwandel der Braunkohlewirtschaft. In Thüringen fanden letztlich noch weitergehende landschaftstheoretische Grundlagendebatten zur Gestaltung der sich abzeichnenden Wandlungen der industriellen und natürlichen Landschaften statt:

Ging es im mitteldeutschen Raum um die Sicherung der Ressourcenreproduktion, d. h. um die Sicherung der Flussgebiete, der Landwirtschaftsflächen und Grundwasserbestände, um die Naturschutzreservate, um die Konzentration des Siedlungsbaus an den Knoten der Eisenbahn und die abgestimmte Fixierung der bergbaulich, industriell und landwirtschaftlich zu nutzenden Flächen, griff die Debatte in Thüringen kulturelle Aspekte auf. Den Merseburger Planern stand also so etwas wie ein langfristig orientierter funktionaler Natur- und Ressourcenschutz vor Augen, der die wirtschaftliche Reproduktion und infrastrukturelle Versorgung des gesamten Raumes und dessen effiziente Bewirtschaftung im Vordergrund planerischer Arbeit umfasste. Dafür ist der „Plan 23“ im Merseburger Planwerk von 1932 ein beredter Ausdruck: „Neben der Frage der Wiederaufforstung ausgekohelter Waldbestandsflächen, ...ist der Schutz der *vorhandenen Grünflächen* von besonderer Bedeutung.“³⁵⁸

Anders in Thüringen: Hier ging es, in teilweiser Anlehnung an die Planungen in Merseburg und Leipzig, um Planungen für den Straßenbau, Brückenanlagen und die Verlegung von Hochspannungstrassen, also klassische Infrastrukturthemen, die Bedeutung für den Anschluss Thüringens an die benachbarten Wirtschaftsräume beinhalteten.³⁵⁹ Diese Infrastrukturen sind besonders bildwirksam, gerade in einer bisher wenig von großen Industrien bestimmten Landschaft. Thüringen wurde bereits

³⁵⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 31v (Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, S. 34)

³⁵⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 153, Bl. 29v

als das grüne Herz Deutschlands bezeichnet, also explizit als Landschaftseldorado platziert:

„Ein solches Wirtschaftsgebiet, für das die Notwendigkeit der Landesplanung vorliegt, ist auch das Land zwischen Harz und Thüringer Wald. Seine Lage im Herzen Deutschlands führt zu einem starken Durchgangsverkehr, seine Naturschönheiten ziehen große Scharen von Besuchern herbei, die eigene dichte Besiedlung, die Bodenschätze und die hochentwickelte Industrie und Landwirtschaft bedingen einen lebhaften Personen- und Güterverkehr, bedrohen aber vielfach eine gesunde Wohnweise und wertvolle alte Stadtbilder.“³⁶⁰ Soweit die Einschätzung von Regierungsbaurat Pietzker zu einer der besonderen Aufgaben des 1930 gegründeten Landesplanungsplanungsverbandes Erfurt. Damit hob sich die Planung in Thüringen von der der Nachbarn ab. Nachholende Modernisierung sollte in einen Einklang mit der gestaltenden Wahrung des als besonders schützenswert angesehenen Landschaftsbildes im Transitland Thüringen gebracht werden. Für diese planungspolitische Maxime aber gab es noch keine klaren Positionen, wie eine Verknüpfung erfolgen könnte, wie also „Heimatschutz“ und industrielle Modernisierung harmonisiert werden könnten. Die 1933 erschienene Dokumentation der Landesplanung Ostthüringen legte ein anschauliches Zeugnis davon ab, vor allem der Textband 1 mit zahlreichen Fotomontagen.³⁶¹

3.3.2 Ansätze einer Vision für Thüringen: ein Landschaftspark³⁶²

Am 10. Oktober 1931 fand eine für die Thüringer Landesplanung und deren zukünftigem landschaftsgestalterischen Verständnis bedeutsame Veranstaltung statt,

³⁶⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 153, Bl. 31r,32v

³⁶¹ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig. Die Bildhaftigkeit betrifft vor allem die Einordnung von Straßen in den Landschaftsraum (S. 59ff).

³⁶² Kegler, H. (2010): Landschaftspark Thüringen – ein planungshistorischer Diskurs. In: Bauhaus-Universität Weimar, Fachhochschule Erfurt, Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr/Hrsg.: Kulturlandschaft Thüringen, Weimar, S. 262-283; hier zitiert: S. 271-273

die auf den ersten Blick nur periphere Bedeutung zu haben scheint, zumal sie außerhalb Thüringens durchgeführt worden war. Es handelte sich um die Gründung der Fürst-Pückler-Gesellschaft in Bad Muskau, in der Lausitz. In seinem einführenden Hauptvortrag umriss der Redner, Hinrich Meyer-Jungclaußen, ein Garten- und Landschaftsberater, die Bedeutung von Fürst Pückler für die aktuelle Landesplanung. Er war ein seinerzeit ausgewiesener Kenner der Pücklerschen Intentionen und engagierter Vertreter des Heimatschutzes. Er gehörte zu den Mitinitiatoren der Gründung dieser Gesellschaft, die sich vornehmlich der Pflege des Erbes von Pückler, aber auch dessen aktueller Verbreitung und Verknüpfung mit den Aufgaben der Landschaftsgestaltung widmen wollte. Durch seine persönliche Beziehung zu Thüringen, er war von Frankfurt/O. nach Bad Berka gezogen, suchte er nach Möglichkeiten, jene Verknüpfung von Pflege des Pücklerschen Erbes und aktueller Anwendung dessen Ideen zu praktizieren.³⁶³ Dies mag ein Zufall sein, wenngleich die noch sehr junge Landesplanung in Ost- bzw. Mittelthüringen, insbesondere durch den engagierten Planer und Stadtbaurat Luthardt, eine enge Verbindung zu Partnern suchte, die sich auch übergreifenden Fragen der Kultur und Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Landesplanung widmen und so auch der Kontakt zu Meyer-Jungclaußen entstand.³⁶⁴

Meyer-Jungclaußen war eine der schillernden Figuren und Vordenker in der Landschaftsgestaltung und im Natur- bzw. Heimatschutz dieser Zeit. Er gehörte der Folgegeneration eines Schultze-Naumburg an, den er als einen Wegbereiter des bewahrenden Heimatschutzes wertschätzte, aber als „Einzellerscheinung“ bezeichnete, der nun „kraftvolle Zusammenschlüsse ...(folgen), die sich planmäßig der Gestaltung ganzer Landschaften zur Aufgabe stellen“.³⁶⁵ Die in seinem

³⁶³ ThHStA, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 93, Bl. 16v ff. Es waren persönliche Gründe, weswegen er in den Kurort Bad Berka zog, doch der von Pückler gestaltete Park in Ettersburg bei Weimar bot den Anlass für eine kulturelle „Brücke“ zwischen Muskau und Weimar/Berka.

³⁶⁴ siehe dazu u. a. auch den Schriftwechsel unter ThHStA, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 93, Bl. 25r ff

³⁶⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr.93, Bl. 18v

Grundsatzvortrag dargelegten Konturen einer Landschaftsgestaltung im Industriezeitalter können als wegweisend, wenngleich auch ambivalent angesehen werden. Sie gehen über einen nur bewahrenden, rückwärtsgewandten Heimatschutz und eine platte Ablehnung industrieller Entwicklung hinaus. Eine Nähe zur späteren nationalsozialistischen Heimattümelei oder gar chauvinistischem Deutschtum lag dem Autor zu dieser Zeit offenbar fern, wenngleich nationale Begrifflichkeiten den Text kennzeichneten. Dies ist aber eine durchaus verbreitete Haltung gewesen, die nicht sofort und damit verkürzend mit der NS-„Blut und Boden“-Ideologie gleichgesetzt werden kann.

Dennoch stellt Oberkrone zurecht Meyer-Jungclaußen in den Kontext der NS-Politik, blieb er doch auch in der Nazi-Zeit ein Verfechter einer doppelten Modernisierungsstrategie, die von der NS-Kriegswirtschaft als geistige Grundlage adaptiert und gewendet werden konnte.³⁶⁶ Hier soll aber in der Untersuchung ein Schritt weiter gegangen werden. Es geht darum, die Modernität im landschaftsgestalterischen Ansatz von Meyer-Jungclaußen vor der Nazizeit herauszudestillieren und nach produktiven Momenten abzutasten. Ohne dies über den Kontext der Landesplanung hinausgehend erschöpfend tun zu können, sollen im Folgenden Kernpunkte dieses Ansatzes dargestellt werden. Sie beziehen sich auf den o. g. Vortrag und dazugehörige Schriften.

Der „Einführende(r) Hauptvortrag“ Meyer-Jungclaußen bei der Gründung der Pückler-Gesellschaft war von ihm als „Einführung in das Wesen und die Bedeutung der Landschaftsgestaltung und die Landesplanung, deren Förderung wir uns in erster Linie auf unsere Fahne schreiben wollen“ deklariert worden.³⁶⁷ Seine strategischen Ausführungen leitete er mit der in der Heimatschutzbewegung zum großen Teil

³⁶⁶ Oberkrone W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn, S. 150 ff

³⁶⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 16 v

verbreiteten Auffassung ein, nach der der Industrie ausschließlich Zerstörungswille und das Fehlen jeglicher Zivilisationsförderung zugesprochen wurden. Dies war insbesondere nach dem 1. Weltkrieg eine grundlegende zivilisationskritische Haltung, wie sie ja z. B. auch das frühe Bauhaus prägte. Als Kronzeugen dieser Haltung berief er Paul Schultze-Naumburg. Von der verklärenden Ausgangsthese, nach der die Industrie, der Berg-, Wasser- und Wohnungsbau „jahrzehntelang ... auf diesen Gebieten meist ohne Rücksicht auf die Umgebung geplant, gebaut und verwüstet worden ist, so können rückschauend nur zu gut verstehen, wie aus uns und besonders dem Großstädter und der Industriebevölkerung unerbittlich Stück um Stück vom gemütvollen deutschen Heimatbilde geraubt worden ist.“³⁶⁸ Mit dieser Breitseite gegen die Großindustrie, die Großlandwirtschaft und die Großstädte, insbesondere deren „tostlosen Randbilder“ (im heutigen Sprachgebrauch Zersiedelung), baute er das Feindbild auf, ohne jedoch dabei stehen zu bleiben. Er entfaltet eine Fundamentalkritik, die der jener Großstadtfeindlichkeit bereits vor dem 1. Weltkrieg entsprach und die die paradigmatische Basis der Planungsdisziplin, die Dezentralisierung der Stadtentwicklung, beinhaltete. Er ging aber weiter.

Nachdem nun, so seine Position, das Unvermeidliche geschehen war und die Industrie nicht mehr zu bremsen wäre, geht es nunmehr um „Bilder, die darauf warten, durch den Menschen, der sie ihres lebendigen Inhalts beraubte, auch wieder mit lebenswirkendem Inhalt“ zu füllen.³⁶⁹ Das ist kein platter Abgesang auf die Industrie, das ist der Anspruch, mit den Folgen der Industrialisierung, aber vor allem auch vorausschauend mit der bildwirksamen Gestaltung der industriegeprägten Landschaft umzugehen. Er konstatierte sodann, dass diese „Gegenwirkung“ sich zuerst im Ruhrgebiet zeigte, da sich dort die Folgen ungeplanter Industrialisierung drastisch zeigten und mit dem Ruhrsiedlungsverband folgerichtig der erste Landesplanungsverband genau dort seine Arbeit aufnahm.

³⁶⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 17 v

³⁶⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 18 v

Hier führt er auch einen erweiterten Schutzbegriff ein, dessen Erfinder er sicher nicht allein war, der aber im Kontext der Landesplanung und in Bezug auf Thüringen neu gewesen dürfte: „Von dem Schutz durch Erhaltung zum Schutz durch Gestaltung“ lautete nun die Maxime.³⁷⁰ Grundsätzlich forderte er eine „naturverbundene Wirtschaftsweise“ (ohne dies näher zu erläutern) und formulierte sein planungstheoretisches Gestaltungscredo: „... niemals und nirgends nur die jeweils gestellte Aufgabe an sich zu lösen, sondern stets und überall von Anfang an unter Beachtung und Berücksichtigung der Umgebung, die durch die Neuplanung gewollt oder ungewollt verändert wird und unter allen Umständen als sowohl abhängiger wie beeinflussender Teil des neuen Gesamtbildes da und wirksam ist.“³⁷¹

Diese theoretische Position sollte nicht nur in bildungsbürgerlichen Kreisen Einzug halten. Luthardt berief Meyer-Jungclaußen, der sich als Garten- und Landschaftsberater betätigte, in den Kreis der Fachleute zur Erarbeitung der „Denkschrift zur Landesplanung in Ostthüringen 1927-1932“.³⁷² Meyer-Jungclaußen bearbeitete den kurzen, aber instruktiven Abschnitt „Grünflächen, Heimatschutz“. Er wirkte aber auch bei der Planung für die Infrastrukturen, insbesondere bei den Straßenplanungen und deren Einordnung in die Landschaft mit. Der Einsatz der Fotografie, vor allem von Luftbildern, zur Veranschaulichung der beabsichtigten Linienführungen der Straßen, weicht von den üblichen zweidimensionalen Plandarstellungen ab und unterstreicht die auf das Erzielen von raumgestalterischen Qualitäten orientierte Landesplanung in Thüringen.

Herzstück der Landschaftsplanung ist der „Grünplan“.³⁷³ In den textlichen Erläuterungen zum Plan zeichnete er seine theoretische Argumentation nach.³⁷⁴

³⁷⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 18 v

³⁷¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 19 v

³⁷² Luthardt, w. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 136

³⁷³ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, Kartenband II, Plan 5 Grünplan

Ausgehend von den traditionellen Zielen des Heimatschutzes nach kultureller Sicherung überkommener Landschaften, weitete er den Blick auf die neuen Entwicklungen aus. Er ging von den konstituierenden Merkmalen der Ostthüringer Landschaft mit ihren Flusstälern und zusammenhängenden Waldgebieten für die Planungen aus. Diese fanden besondere Hervorhebung im Grünplan und sollten als Fixpunkte mit gesetzlichem Schutz für Neugestaltungen wirken. Dazu legte er außerdem ein detailliertes Kataster der die Eigenheiten des Landschaftsbildes bestimmenden Baumgruppen, Einzelgehölze oder Waldungen ortskonkret und flächendeckend an. Damit wurde ein enges Schutzkorsett für die Landschaft gestrickt, das als Bastion gegen eine anrollende Industrialisierung fungieren möge. Doch, wo die „Opferung“ von Landschaftsbildern wirtschaftlich notwendig erscheint, müsse jede „Neuplanung bei guter und zweckmäßiger Eigenlösung so in ihre Umgebung hineinzugestalten (sein), dass die Erhaltung der alten oder die Schaffung einer neuen heimatlichen Schönheit bewusst erstrebt wird“.³⁷⁵

Was auf den ersten Blick als eher restriktiv und schutzbetont aussieht, leitet sich aus den schwachen gesetzlichen Instrumenten ab, die es in Thüringen seinerzeit gab, wie Meyer-Jungclaußen darlegte. Die Anlage von wasserbaulichen Anlagen, insbes. von Talsperren, stellte für Meyer-Jungclaußen durchaus eine Bereicherung des Landschaftsbildes dar, geradezu ein Sinnbild für jene „neue Schönheit“ der Landschaft. Fotografien mit den neuen Stauanlagen und Brücken sowie den angestauten Flüssen vermitteln den Lesern dieses Verständnis von neuer Landschaft.³⁷⁶ Letztendlich argumentiert er auch hier ausschließlich kulturell. Das Bild der Landschaft, in das sich die neuen Entwicklungen von Industrie, Verkehr oder Siedlungen bereichernd integrieren sollten, steht für ihn im Zentrum. Er argumentiert nicht ökologisch, wie es durchaus aus naturwissenschaftlicher wie aus religiöser

³⁷⁴ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 106-113

³⁷⁵ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 108

³⁷⁶ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S.107, 120, 121. Hier werden das Aumatal und die Staubaauwerke bei Saalburg angeführt.

Perspektive aus der Tradition von Haeckel in Jena als bedeutendem Platz in der akademischen Welt denkbar gewesen wäre. Die Landschaft wurde von Meyer-Jungclaußen als Kulturprodukt, ganz im Geiste Pücklers, wahrgenommen und als Gestaltungsgegenstand für die Landesplanung aufbereitet.

Das Ökosystem, das einen eigenständigen funktionalen und damit auch ästhetischen Wert darstellt, bleibt in der Erörterung von Meyer-Jungclaußen unberührt. Unbekannt kann ihm dieses Denken gewiss nicht gewesen sein. Die Landesplanung hat diese Aspekte auch in Thüringen nicht einbezogen. Landschaft blieb ein Gesundheitsfaktor im Umfeld der Industriegebiete und der Städte, weswegen explizit neue Stadtgrünanlagen ausgewiesen wurden und eine Ausweitung der Bewaldung vorgesehen war – unbestritten positive Planaussagen. Ansonsten blieb Landschaft ein zu gestaltendes Bild. Hier allerdings geht Meyer-Jungclaußen – zumindest verbal – sehr weit, indem er dieses Bild eben nicht nur aus den „grünen“ Elementen gestaltet wissen will, sondern auch durch die Infrastrukturen, Industrien und Siedlungsgebiete, im Sinne einer Harmonielehre. Das sollte offenbar das Ziel des strukturellen Wandels der Thüringer Landschaft im Zuge der industriellen Umstrukturierung sein.

Er beließ es aber auch nicht dabei, den erlauchten Kreis der Fürst-Pückler-Gesellschaft mit seinen Theorien vertraut zu machen oder sich beratend bei der Landesplanung einzubringen. Bereits ein Jahr nach dem Vortrag und nach seinem Umzug nach Bad Berka begann er mit dem systematischen Aufbau von Lehrgängen für Landschaftsgestaltung. „Auch andere Landesplanungsverbände, u. a. Merseburg und Thüringen-Mitte, bekunden rege Teilnahme an den Bestrebungen der Fürst-Pückler-Gesellschaft“, in deren Namen er die Lehrgänge ausrichtete.³⁷⁷ Diese

³⁷⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 31 v

Lehrgänge wandten sich zunächst an „behördliche Beamte und Angestellte bis herunter zum Straßenmeister, in 1. Linie Landesplanung und Kreisämter.“³⁷⁸

Damit entstand – in ersten Konturen – ein kommunikatives Grundgerüst, das die Basis für eine neue Gestaltung der Landschaft im Industriezeitalter und für Thüringen als eine Art industrieller Landschaftspark hätte werden können. Die Subordination dieser ersten Ansätze durch die Nationalsozialisten unter ihre kriegsindustriellen Ziele, denen sich Meyer-Jungclaußen nicht vollends verschloss, versperrte die weitere Entfaltung dieses potenziellen Ansatzes.

3.3.3 Der Praktiker und Organisator Wilhelm Luthardt: Vom Baumeister zum führenden Landesplaner

Noch gab es keinen eigenständigen Lehrstuhl für Landesplanung. Die Qualifikation erlangten die in der – im Aufbau begriffenen – Landesplanung Tätigen durch Weiterbildung. Sie hatten meist ein Architekturstudium mit ergänzendem Städtebaukurs an einem gesonderten Lehrstuhl, z. B. in Berlin, absolviert. Darüber hinaus hatte sich gerade in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ein breites Spektrum an Institutionsformen des Erfahrungsaustausches und der Ergebnispräsentation von Planungen herausgebildet, sodass darüber eine rege Kommunikation und damit eine lernende Qualifikation erfolgen konnte.

Wilhelm Luthardt (1877-1944) war ein solcher Autodidakt, der im weitgespannten Netz der Fachdiskussion in den 1920er Jahren seinen Weg zur Landesplanung fand und die Schlüsselfigur für den Aufbau der Landesplanung in Thüringen wurde. Hier entstand unter seiner persönlichen Leitung die Struktur der Landesplanungsverbände, wie sie im Grunde heute noch praktiziert wird.

³⁷⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 93, Bl. 25 r

Luthardt, geboren in Coburg, gehörte der Generation von Prager an. Jedoch absolvierte er keine Hochschulausbildung, sondern lernte an einer Baugewerkerschule mit dem Abschluss als Baumeister.³⁷⁹ Er trachtete nach einer praktischen Tätigkeit als bauender Architekt und suchte unmittelbar nach Bauaufträgen. Das schien ihn aber nicht zu befriedigen und so bewarb er sich 1899 erfolgreich um eine Stelle bei der Baupolizei in Chemnitz. Hier lernte er die öffentliche Verwaltung kennen. Offenbar gewann er dabei Erfahrungen, die in ihm den Wunsch reifen ließen, sich, wie er im Bewerbungsgespräch in Gera vom November 1911 darlegte, berufen zu fühlen, Leitungsfunktionen in der öffentlichen Bauverwaltung zu übernehmen.

Der Stadtrat Gera wählte ihn aus einem Kreis von über 40 Bewerbern, unter denen auch zahlreiche Hochschulabsolventen waren. Luthardt brachte bei seinem Bewerbungsgespräch zwei Argumente, die nicht nur für seine Anstellung mit ausschlaggebend waren, sondern die auch seinen späteren Weg zur Landesplanung vorgeprägt haben: ein Besuch englischer Gartenstädte und die Gasthörerschaft beim Städtebauseminar an der TH Berlin-Charlottenburg, also bei Genzmer und Brix. Damit war er in die Kernzone der neuen Fachdisziplin Städtebau eingetreten und hatte die neuesten Kenntnisse zur Bebauungsplanung und zu Fragen der städtischen Entwicklung sowie zur Dezentralisierung erfahren können. Darüber hinaus war er in den Kontakt zu den damals wichtigsten Fachleuten auf dem Gebiet des Städtebaus gekommen. Viele von ihnen spielten später eine maßgebliche Rolle auch in der Landesplanung. Er überzeugte aber auch wegen seiner praktischen Erfahrungen als Architekt und Verwaltungsmitarbeiter sowie durch seine Darstellung

³⁷⁹ Stadtarchiv Gera, Akte III B 1/4960 „Neubesetzung der Stadtbauratsstelle, gewählt wurde am 3. November 1911 der Stadtbaumeister Wilhelm Luthardt“, Bl. 73-162. Diese Akte scheint die einzige Quelle über den beruflichen Werdegang von Luthardt zu sein. Die Akte endet im Jahr 1925 mit der erneuten Verlängerung der Amtszeit Luthardts als Stadtbaumeister in Gera. Hier wird sehr ausführlich das Auswahlverfahren eines „Nichtakademikers“ für die wichtige Stelle eines Stadtbaurates dokumentiert. Alle persönlichen Angaben beziehen sich auf diese Akte. Das Todesjahr konnte nicht verifiziert werden. Hier gibt es nur wenige Hinweise, so unter: <http://www.berndboehme.privat.t-online.de/geda02a.htm>. An dieser Stelle sei Susanne Lang für das Kopieren der umfangreichen Akte gedankt.

der Tatkraft, die er einbringen wollte, die bei den Stadträten die Gewissheit reifen ließen, dass er derjenige sei, der die dringend notwendige Reorganisation der Bauverwaltung bewerkstelligen könne.³⁸⁰ Dies bewies er offenbar erfolgreich, weswegen seine Anstellung als Stadtbaurat zweimal, 1917 und 1925, für sieben bzw. 12 Jahre verlängert worden war.³⁸¹

Die zweite Wiederwahl gab ihm den nötigen Spielraum, um die Landesplanung in Thüringen aufzubauen. Dieser musste aber gegen viele Widerstände erkämpft werden. So führte er lange Verhandlungen wegen seiner Dienstbezüge und hatte sich Verdächtigungen illegaler Nebentätigkeiten zu erwehren.³⁸² Ausgangspunkt für den Aufbau der Landesplanung war „eine Folge der einschneidenden Umwälzungen auf allen Gebieten“ und die daraus sich ergebende Notwendigkeit zur Erstellung eines Flächenaufteilungsplanes für die Stadt Gera in den Jahren 1925 bis 1927.³⁸³ Die größte Stadt Thüringens begann von der Industrialisierung erfasst zu werden und ein Stadtwachstum hatte begonnen, welches reguliert werden musste, wie der Stadtrat erkannte. Für Luthardt war dieser Plan aber lediglich ein reaktiver Plan, der das unmittelbar anstehende Stadtwachstum rational, nach funktionalen und vor allem wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren habe. Dies könne aber nur eine Seite der Medaille sein. Es muss, so Luthardt, „rechtzeitig Vorsorge“ getroffen werden für Entwicklungen im Verkehrsbereich und der Nutzungsansprüche an das Land generell.³⁸⁴ Da Gera zwar in einem wirtschaftlichen Aufschwung begriffen, aber verkehrlich ungünstig angebunden war, suchte Luthardt Kontakte zu den

³⁸⁰ Stadtarchiv Gera, Akte III B 1/4960, Bl.74, 74r, 75, 76, 76r

³⁸¹ Stadtarchiv Gera, Akte III B 1/4960, Bl.148, 163 (keine eindeutige Blattangabe). Die Wiederwahl als Stadtbaurat und 2. Beigeordneter der Stadt Gera vom 30. April 1925 war bis zum 31. 3. 1937 datiert.

³⁸² Stadtarchiv Gera, Akte III B 1/4960, Bl. 161-162. So gab es Vorwürfe vom Bund Deutscher Architekten gegen Luthardt, er betreibe ein „illegales“ Architekturbüro neben seiner Stadtbauratsstelle, was jedoch entkräftet werden konnte. Diese „Nebentätigkeit“ war Teil seiner Aufbauarbeit für eine Landesplanung in Ostthüringen.

³⁸³ Luthardt, W. (1930): Deutschlands Städtebau – Gera, der Flächenaufteilungsplan der Stadt Gera, S. 50

³⁸⁴ Luthardt, W. (1930): Deutschlands Städtebau – Gera, Gera in der Landesplanung, S. 58

Nachbarkommunen in den Wirtschaftszentren Sachsens (Leipzig und Zwickau bzw. Chemnitz, wo er seine noch bestehenden Kontakte aus der Chemnitzer Zeit nutzen konnte) sowie zur mitteldeutschen Planungsstelle in Merseburg. Gerade die Aktivitäten in Merseburg überzeugten ihn und ließen die Vorstellung reifen, etwas Vergleichbares in Gera aufzubauen. Er sah diesen Aufbau jedoch zugleich als Teil der Landesplanungen in den mitteldeutschen Industriebezirken generell, also die Ländergrenzen übergreifend gedacht.

Es gelang ihm, die Thüringer Landesregierung zu überzeugen, nach mitteldeutschem Vorbild, auch eine Landesplanung aufzubauen. Das Thüringer Ministerium des Innern, hier insbesondere durch den weitsichtigen Ministerialdirektor Dr. Jahn vertreten, rief die „Ostthüringische Landesplanungsstelle“ ins Leben. Sie wurde aber, im Gegensatz zur Landesplanung in Sachsen und Preußen, als reiner „Selbstverwaltungskörper“ der Kommunen unter Beteiligung von Behörden und der Wirtschaft eingerichtet und Luthardt wurde der Geschäftsführer.³⁸⁵ So war zwei Jahre nach den Landesplanungen in Merseburg und in Leipzig mit der Ostthüringer Landesplanung für den mitteldeutschen Raum eine, wenngleich jeweils verschieden organisierte, aber kooperierende (mindestens abgestimmte) Landesplanung institutionalisiert worden. Drei Jahre später gründete Luthardt die Landesplanungsstelle Thüringen Mitte, deren Geschäftsführer er auch wurde, und schließlich gelang es ihm noch 1933 die Landesplanung in Westthüringen zu initiieren, die dann aber schon in das Fahrwasser der Nationalsozialisten geriet. Den zweiten Weltkrieg sollte er nicht überleben.³⁸⁶

Neben seiner institutionsbildenden Wirkung beim Aufbau der Landesplanung in Thüringen besteht sein Verdienst darin, dass er, analog zur Landesplanung in Merseburg, auch einen, wenngleich nicht so umfassenden und weit greifenden,

³⁸⁵ Luthardt, W. (1930): Deutschlands Städtebau – Gera, Gera in der Landesplanung, S. 60

³⁸⁶ Soweit die wenigen Quellen zu seiner Person Aussagen für die Zeit nach 1933 zulassen.

Planungsatlas, nebst Textband, für Ostthüringen erarbeitet hat und diesen 1932 veröffentlichte.³⁸⁷

3.4 Die Geburtsstunde der Raum-Planungstheorie: Die Leipziger Siedlungswoche und ihre Folgen

3.4.1 Die Leipziger Siedlungswoche im März 1927

Vom 9. bis 31. März 1927 fand in drei Veranstaltungsreihen ein fulminantes Programm zu nahezu allen Fragen, die die Landesplanung im weitesten Sinne betreffen, am Rande der Leipziger Baumesse statt. Initiatoren waren die Stadt Leipzig, mit dem Stadtbaurat Hubert Ritter, hauptsächlich federführend für die Siedlungswoche, und das Deutsche Archiv für Siedlungswesen, Städtebau und Wohnungswesen, mit dessen Leiter, Gustav Langen, verantwortlich für den Lehrgang und die Ausstellung.³⁸⁸ Mit dieser Siedlungswoche in Leipzig wurde eine bereits seit vier Jahren stattfindende Veranstaltungsform fortgesetzt, die jedoch hinsichtlich der theoretischen Aussagen für die Landesplanung besondere Bedeutung besaß.³⁸⁹

Die „Siedlungswoche“ bestand aus drei Abschnitten:

1. Teil Siedlungswoche (Mittwoch 9. – Sonnabend 12. März)

³⁸⁷ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-32, Bd. I und II, Leipzig

³⁸⁸ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. Hier wurden alle Beiträge und ein Großteil des Bildmaterials dokumentiert. Vgl. auch: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 36, 1927, S. 312

³⁸⁹ Vgl. Lehweß, W. (1924): Städtebauliche Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, in: Stadtbaukunst 10, S. 152. Mit diesem Format einer „Woche“ wurde eine kommunikative Brücke zwischen den Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen wie auch der Öffentlichkeit hergestellt. Derartige „Wochen“ (zu den Themen Siedlung bzw. Städtebau) fanden jährlich an wechselnden Orten statt. Auch die Beiträge der Dresdener Veranstaltung wurden publiziert: Genzmer, E.; Wolf, P./Hrsg. (1924): Städtebau-Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, Berlin, 1924. Mit seinem darin enthaltenen Beitrag über „Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung großstädtischer Ortserweiterungspläne“ hatte Mackowsky erste Ansätze einer überörtlichen Planung, vor allem für den Raum Leipzig, umrissen (S. 172-174). Bereits 1923 hatte es eine „Reichssiedlungswoche“ in Berlin gegeben; vgl. dazu: Deutsche Bauzeitung (DBZ) 1923, 16, S. 76.

Hier fanden an zwei Tagen Fachvorträge statt, die jeweils mit einem ausländischen Beitrag eingeleitet worden waren (Wohnungsbau in Holland bzw. England) und sich am ersten Tag mit dem Wohnungsbau im Allgemeinen und am zweiten Tag mit Wohnungsbau in Leipzig beschäftigten. Dann gab es jeweils Führungen durch die parallel laufende Internationale Städtebauschau sowie eine Besichtigung von Leipziger Siedlungen. Der dritte Tag wurde mit einem Vortrag von Hildegard Margis zu Wohnungsfragen eröffnet und mit Ausführungen zu Finanzierungen des Wohnungsbaus abgeschlossen. Am Nachmittag boten die Veranstalter eine Exkursion zu den neuen Siedlungen der Leuna-Werke bei Merseburg an.

2. Teil. Wissenschaftlicher Lehrgang über das deutsche Siedlungswesen in Stadt und Land (vom 14. bis 31. März 1927)

Dieser Teil wurde von Langens Archiv-Institut maßgeblich bestimmt. In den zwei Wochen boten 32 Referenten Vorträge zu sieben Hauptthemengruppen an:

- Grundlagen des Siedlungswesens in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht (drei Vorträge),
- Gesetzgebung, Verwaltung und Organisation (sieben Vorträge)
- Finanzfragen (drei Vorträge),
- Bodenfrage, Kreditwesen, Grundstücksmarkt (vier Vorträge),
- Wohnungs- und Gartenhäuser, Kleinsiedlungen, Kleingärten (drei Vorträge),
- Siedlungstechnik, Hygiene, Stadtwirtschaft (sieben Vorträge),
- Planungswesen (fünf Vorträge).

Die Liste der Referenten liest sich wie das „Who is Who?“ des Städtebaus und der Planung aus dieser Zeit. Namhafte Praktiker, Beamte und Hochschullehrer steuerten Beiträge zu dieser Fortbildungsveranstaltung bei. Namen wie z. B. Schmidt-Essen (Direktor des SVR), Leberecht Migge, der bekannte Gartenarchitekt, die Professoren Blum, Genzmer, Heiligenthal, Muesmann, oder die Stadtbauräte bzw. Beigeordneten Wolf (Dresden), Ehlgötz (Essen), Rank (Hamburg) oder Fisch, Geschäftsführer der mitteldeutschen Landesplanung, tauchten in den Rednerlisten auf. Die Vortragsreihe konnte durch Förderung von der Stadt Leipzig, aber auch vom

Reichsarbeitsministerium, vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und von der Landes-Siedlungs-Gesellschaft ermöglicht werden.³⁹⁰ Diese Vortragsfolge bildete den Kern der Veranstaltung und dokumentierte den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnislage zur Landesplanung sowie zum Siedlungs- und Städtebau. Die einzelnen Beiträge fügten sich zu einem Kompendium der Planung zusammen, das mit den Beiträgen der Siedlungswoche und dem Plan- und Bildteil einen zusammenhängenden Überblick auf unterschiedlichen Ebenen gibt. Breiten Raum nahmen stadttechnische und wirtschaftliche Themen ein. Die Unterschiede der Organisationsformen in der Landesplanung kamen durch drei rel. kontroverse Beiträge zum Ausdruck: Ruhrsiedlungsverband, mitteldeutsche Landesplanung sowie die Planung für Hamburg und die Preußische Umgebung.

Heuristisch gesehen reicht dieses Kompendium von Erfahrungsberichten und Beschreibungen über Vergleiche und Verallgemeinerungen von gewonnenen Erkenntnissen aus praktischer wie aus politischer Tätigkeit der Planung bis zu planungstheoretischen Grundlagen. Damit enthalten die in einem Buch zusammengefassten Beiträge eine herausgehobene Stellung in der sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre verdichtenden Planungsliteratur.³⁹¹ Es kann als das erste planungstheoretische Kompendium bezeichnet werden. Der umfangreiche Text- und Bildteil vermittelt einen reifen Stand der Fachdebatte. Die Plandokumente und Fotografien sowie die Kommentare dazu liefern die empirische Basis der theoretischen Darlegungen. Die moderne Landesplanungstheorie hatte in dem Langenschen Archiv ihr wissenschaftliches Zentrum. Bemerkenswert ist dies umso mehr, da die Forschung nicht im akademischen Zirkel der Hochschulen hauptsächlich verankert war, sondern in einem privaten Institut, aber auch in den entstehenden Planungsverbänden der Praxis. Der Schlüsselbeitrag kam von Langen

³⁹⁰ Ritter, H./ Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, Gliederung und Vorwort S. 7-13

³⁹¹ Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Braunschweig/Wiesbaden. S. 171-187, insbes. S. 182-185.

und war knapp mit „Planungswesen“ überschrieben. In diesem skizzierte er die Kerngedanken einer Planungstheorie. Darauf soll speziell eingegangen werden.

3. Teil: „Internationale Schau für Städtebau, Landesplanung, Siedlungs- und Wohnwesen, Leipzig 1927“³⁹²: Diese bildreiche Darstellung (es müssen mehrere hundert Pläne und Fotografien gewesen sein), die sich im Wesentlichen aus den Beständen des Langenschen Archivs rekrutierte, gliederte sich in sieben Abteilungen:

- Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe,
- Landesplanung,
- Stadtplanung, vorbereitende Sonderpläne,
- Stadtplanung, Hauptpläne,
- Siedlungsplanung, Stadtteile und Einzelsiedlungen,
- Wohnungsplanung und
- Monumentalplanung.

Die Ausstellung war ausgesprochen international angelegt worden: Exponate kamen aus 23 Ländern. Mit China, Japan, Palästina, Türkei und den USA stellten, neben den alle Teile Europas gleichermaßen vertretenden 18 Staaten, die besonders für die Urbanisierung bedeutenden außereuropäischen Länder ihre Planungen aus.³⁹³ Langen stellte bei der deutschen Abteilung die Bodenfrage an den Beginn. Dabei ließ er sich von der Erkenntnis leiten, dass „die Bodenfrage am Anfang jeder Siedlungsentwicklung stehe ...“³⁹⁴. Aber nicht diese methodische Anleitung sollte den Rahmen setzen, sondern die Verfügbarkeit über diesen, wenn er schrieb: „ ... so

³⁹² Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 9

³⁹³ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 269-271

³⁹⁴ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 270

gehört entweder der Boden selbst oder die Bestimmung über seine Nutzung in die öffentliche Hand.“³⁹⁵ Er plädierte aber keineswegs für eine vollständige Verstaatlichung des Bodens, sondern für den Einsatz differenzierter Instrumente, wie sie vor allem in anderen Ländern praktiziert wurden, um jene Einflussmöglichkeiten auf die Flächennutzung und die Bodenpreise zu erlangen, wozu auch die punktuelle Enteignung oder Boden-Sperrzonen für den Grundstücksmarkt zählten.

Den Ausstellungsteil leitete Langen mit einem Grundsatzbeitrag ein, einem Geleitwort, in welchem er sich zu einer globalen Sicht der Siedlungsentwicklung aufschwang: Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe. Seine Kernaussagen rankten sich um die Relation von Zentralisation und Dezentralisierung. Dabei scheinen Argumente einer Re-Agrarisierung durch, werden jedoch nicht platt ins Feld geführt, sondern ausgewogen erörtert. Vor allem rückte er die Dezentralisierungsfrage in den Zusammenhang mit der Frage nach der Verantwortung für eine nicht-zerstörerische Nutzung der Natur, wenn er feststellte: „So stehen die Schäden der übertriebenen Dezentralisation auf dem Lande mit denen der Kulturleere, der Naturvernichtung als Folgen einer materiell-zivilisatorischen Lebensauffassung in verhängnisvollem Zusammenhange.“³⁹⁶

In bemerkenswerter Weise suchte Langen Antworten auf die Ressourcenfrage entlang der „Erzeugungsmittel“ Boden, Wasser, Sonne und Arbeit durch Effizienz und Technikeinsatz zu bekommen. Keine Spur von Romantik oder Verklärung, wenngleich manche „völkische“ Formulierung als zeitbedingt, aber keineswegs rassistisch bewertet werden muss. Ganz im Gegenteil. Nach dem Ressourcenthema erörterte er die Zukunft des Verkehrs. Langen bemängelte die Dominanz der

³⁹⁵ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 270

³⁹⁶ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 278

Verkehrsplanung gegenüber Städtebau und Landesplanung. Verkehr erhielt in seiner Diktion eine Schlüsselrolle beim „Umbau der Großstädte nach produktiven Gesichtspunkten“, also deren „Rationalisierung“ – einem „Schlagwort“ der Zeit, wie er feststellte. Verkehr wird also das „Dezentralisierungsmittel“ sein.³⁹⁷ Danach diskutierte er die soziale Ordnung. Dabei unterschied Langen zwischen „Dezentralisation“ und „Atomisierung“ der Gesellschaft. Seine Darstellungen atomisierter Vororte erinnern bereits an den erst Jahre später Wirklichkeit werdenden Sprawl, dessen Konturen aber bereits erkennbar waren. Dezentralisierung wäre zu unterscheiden von Vorstädten, in denen „Familienzellen zusammenhanglos aneinandergereiht (werden), ohne sie dem Gedanken der höheren Gemeinschaft unterzuordnen.“³⁹⁸ Schnell kommt der Verdacht eines Ständestaates auf. Doch sah Langen eher die englischen Gartenstädte als Modell an. So arbeitete er heraus: „Form ist nicht an mittelalterliche Gebundenheit gefesselt. Auch in höheren Regionen der Freiheit kann Form entstehen.“³⁹⁹ Und: „Wir sollen das städtebauliche Erbe der Vergangenheit ... sorgfältig pflegen und behüten, nicht vernichten ... wir sollen mutig neben die Altstadt die Neustadt setzen ...“.⁴⁰⁰ Die in der Ausstellung präsentierten Beispiele reichen dabei von industriell gefertigten „Großhausanlagen“ von Riphahn, Köln, und Le Corbusiers Vorstellungen für Paris über Stahl-Einfamilien- bzw. Doppelhäuser bis zu einem weiten Spektrum an Siedlungstypen mit urbanem und ländlichem Charakter.⁴⁰¹ Dieses Geleitwort enthielt in komprimierter Form Langens

³⁹⁷ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 283, 284

³⁹⁸ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 286

³⁹⁹ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 287

⁴⁰⁰ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 288

⁴⁰¹ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. Abbildungen sind an verschiedenen Stellen vorhanden: S. 382, 244, 50, 351 ff.

theoretische, aber auch moralische Überlegungen zur Entwicklungstendenz der menschlichen Siedlungsweise in Richtung einer „gesunden Dezentralisation“, die wiederum Grundlage des Planungsdenkens sein sollte.

Die planungstheoretischen Ausführungen leitete Langen mit einer dezenten Polemik ein: „Fragt man die Menschen, was zum Bauen und Siedeln nötig sei, so erhält man immer die banale Antwort: Geld, Geld und nochmals Geld.“⁴⁰² Worauf er dann selbst antwortete: „Es gab eine Zeit, da wurde bei uns in Deutschland mehr gebaut, als jemals in der gesamten Menschheitsgeschichte zusammen irgendwo gebaut worden sei. Das waren die Jahre 1872-1913. Wir hatten Geld in Hülle und Fülle, aber keinen Plan, und das Ergebnis des fehlenden oder fehlerhaften Planungswesens waren die bekannten Steinwüsten ...“.⁴⁰³ Das klang sehr nach Hegemanns Polemik gegen das „Steinerne Berlin“.⁴⁰⁴

Doch Langen blieb nicht auf dieser Ebene stehen. Er versuchte durch eine theoretische Wendung nicht einer „Steinwüstenpolemik“ zu erliegen, sondern der Planung eine Basis zu geben, auf der es dann möglich sein dürfte, zukünftige Entwicklungen in andere Bahnen zu lenken. Dabei erweiterte er zunächst den Planungsbegriff von der räumlichen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dimension. Dies erschien ihm von zentraler Bedeutung zu sein, um einer Zersplitterung des Planungswesens durch „das feste Gerüst eines Systems“ entgegen zu wirken, also ein ganzheitliches Planungsverständnis zu erlangen, das auf den ersten Blick dem amerikanischen „Comprehensive City Plan“ entsprach, aber eigentlich viel weiter ging. Er erweiterte den Begriff des „Planungswesens“

⁴⁰² Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 223

⁴⁰³ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 223

⁴⁰⁴ Sturm, U. (2010): Formprobleme der Großstadt – progressiver Traditionalismus im Städtebau der 1920er Jahre in Deutschland, Cottbus (Diss.), S. 131

hinsichtlich der „technisch-räumlichen und künstlerisch-räumlichen Fragen“ im Sinne einer „planmäßigen Wirtschaftsgestaltung und einer planmäßigen Lebens- und Kulturgestaltung“.⁴⁰⁵

Zunächst leitete Langen ein Theorieverständnis der Planung ab, das folgerichtig zu jener Begriffserweiterung führte, bevor er dann die Systematik der Begrifflichkeiten und inhaltlichen Planungsebenen herausarbeitete, um schließlich den Gesamtzusammenhang des Planens und das Selbstverständnis der Planer zu reflektieren. Die in Leipzig 1927 vorgetragenen Auffassungen hatte er bereits 1925 in einer Textfolge in ersten Konturen umrissen, um sie dann zwei Jahre später zu entfalten.⁴⁰⁶

„Der Stolz unserer materialistischen Zeit, die deutsche Großwerkstatt des Ruhrgebietes, erstickte in Unordnung und Planlosigkeit, krankte an Leerlauf, Überhitzung, Verstopfung, und nur die gewaltigen Gewinne der dort arbeitenden Werke, gespeist aus den Erträgen der Weltwirtschaft und des allgemeinen deutschen Aufschwungs, ließen nicht empfinden, wie teuer diese Werkstatt arbeitete.“⁴⁰⁷ Überleitend zur Planung, stellte er dem „schwindelnden Gebäude deutscher Wirtschaftserfolge“ das Fehlen der „tiefen Fundamente“ gegenüber. Diese sah er u.

⁴⁰⁵ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

⁴⁰⁶ Langen, G. (1925): Das neuzeitliche Planungswesen und die Siedlungsaufgaben der Gegenwart, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 24, S. 191-192, 25, S. 198-199, (1926) 2, S. 14-16. Diese Artikel waren aus Anlass des 10jährigen Bestehens des Archivs für Siedlungswesen geschrieben worden. So führte er hier bereits den Begriff „Raumwirtschaftsplan“ (S. 199) als einen Teil der Landesplanung ein. Dieser Begriff dürfte als Vorläufer für die spätere Bezeichnung „Raumordnung“ bei Langen anzusehen sein. Vgl. auch: Blotevogel, H. (2011): Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 82-101, S. 99

⁴⁰⁷ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

a. in einem „geordneten Planungswesen“.⁴⁰⁸ Ordnung stand für Langen als Metapher für Rationalität, für im Gemeinsinn verstandenes vernünftiges Handeln. Das Ordnungsverständnis könnte aber auch als ein autoritäres oder irrationales gedeutet werden, wofür es durchaus Anhaltspunkte gibt, wenn er z. B. vom Verfall des Volkstums sprach, den es aufzuhalten gelte. Doch das entscheidende Moment im Planungsverständnis beschrieb Langen mit einem (inkrementalistischen) Prozessmodell: „In der Praxis, das heißt im Wirken des oft kurzsichtigen Lebens des Tages, bleibt uns nicht viel mehr übrig, als an zerfahrenen Zuständen langsam zu flicken und umzubauen.“⁴⁰⁹

Er beabsichtigte nicht, diese offenbar zu akzeptierenden Normalzustände der Gesellschaft doktrinär zu ändern, sondern dem Planungsalltag jenes feste Gerüst eines Planungssystems als Basis zu geben, damit allmählich immer geordnetere Verhältnisse entstehen. Diese lagen für ihn in einer rationalen Bodennutzung, in einer identitätsstiftenden Bindung der Menschen an den Ort, in einer sinnfälligen Organisation der Wirtschaft, nach Kosten- und nicht Gewinnprinzipien – die technischen Fortschritt einschließt, und in einer Gesellschaft, die in Balance mit der Natur und den internationalen Entwicklungen gedeiht. Dies kann als eine Art ‚konservative Modernität‘ verstanden werden. Damit ist auch ein „Geist“ der Landesplanung umrissen, der mehr oder minder bei vielen der Planer in den 1920er Jahren zu konstatieren war.

Aus diesem Verständnis heraus diskutierte Langen die noch zu bestimmende Sinnhaftigkeit vorausschauender Tätigkeit, den Kern des Planens: „Die Frage, ob dies möglich ist, läßt sich allgemeingültig nicht entscheiden. Die Möglichkeit eines

⁴⁰⁸ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

⁴⁰⁹ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 224

planmäßigen Vorausschauens wird von Pessimisten, von Tages- und Konjunkturpolitikern und von allen auf mathematische Unfehlbarkeit eingestellten Naturen bestritten werden. Wer aber den Glauben an eine Weiterentwicklung und Höherentwicklung hat, wer Keime künftigen Wachstums zu sehen, große Linien volksmäßig-notwendiger Entwicklung zu verfolgen vermag, wer vor allem den Mut, die Kenntnisse und das Verantwortungsgefühl hat, einer örtlich gebundenen Bevölkerung ihre besondere Leistungsaufgabe aus ihren besonderen örtlichen Bedingungen zu entwickeln, der wird eine Planung in diesem Sinne auch für möglich halten. Nützlich ist ein solches Leitbild für die Entwicklung einer Stadt oder eines Landkreises, die ihr Leben selbst tatkräftig in die Hand nehmen wollen, zweifellos selbst dann, wenn nur Teile verwirklicht werden oder manches auch anders als vorgesehen sich entwickelt.“⁴¹⁰

Er führte hier den Begriff des Leitbildes ein, das dem ‚genius loci‘ verpflichtet ist und das auf ein planvolles, selbstbestimmtes Agieren der lokalen Gemeinschaften – in Verantwortung für das Ganze – zielt. Die Planung stellt dem die notwendigen Instrumente zur Verfügung und agiert orientierend. Die Unvollkommenheit des Planens ist Teil eines Systemverständnisses von Planung. Das kann wohl als ein sehr moderner Ansatz gedeutet werden. Darin scheint sich ein gänzlich anderes Modernitätsverständnis zu verbergen, als es Zeitgenossen, wie z. B. Martin Wagner, vertraten. Langen propagierte eine globale Verantwortung aus lokalem Handeln, Wagner hingegen forderte: „Der moderne Städtebau braucht Freiheit der Gestaltung ...“.⁴¹¹ Beide verfechten einen Rationalitätsanspruch, mit gänzlich verschiedenen Ausrichtungen. Beide aber sind einem humanitären Anliegen verpflichtet, welches als Brücke zwischen den „Traditionalisten“ und „Modernisten“ angesehen werden kann,

⁴¹⁰ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 225

⁴¹¹ Wagner, M. (1929): Ein Generalplan für Hochhäuser?, in: Akademie der Künste/ Hrsg. (1985): Martin Wagner Wohnungsbau und Weltstadtplanung – Die Rationalisierung des Glücks, Berlin/W., S. 108

jedoch nur auf der Zielebene, bei der Wahl der städtebaulichen Mittel bzgl. der Dezentralisierung gehen beide – hier prototypisch gemeint - unterschiedliche Wege.

Langen unterschied dann drei verschiedene Typen an Planungen, die er aus einer Kritik an dem damals gültigen „formalen Planen“ (auch dieser Begriff ist neu) mit Fluchtlinienplan, Bebauungsplan, Siedlungsplan, Flächenaufteilungs- bzw. Flächennutzungsplan und „den fälschlich sogenannten Wirtschaftsplänen“ ableitete. Er teilte die Planung in Typen entlang der Tätigkeiten des Planens ein:

„A. Linienplanung (hauptsächlich technischer und gesetzlicher Natur)

a) Technische Linienführung für Verkehrswege und Versorgungsleitungen: ...

b) Rechtliche Linienführung für Besitzgrenzen, Nutzungsgrenzen, Bebauungsgrenzen ...

B. Flächenplanungen (hauptsächlich wirtschaftlicher Natur)

a) Allgemeine Flächennutzung:

1. Waldflächen ...

2. Ackerflächen ...

3. Feldgarten- und Gartenflächen ...

4. Industrieflächen ...

6. Bergbauflächen ...

7. Verkehrsflächen ...

8. Städtische Baugebiete ...

9. Städtische öffentliche Grünflächen ...

b) Besondere Flächennutzung, die unter Umständen Ausnahmegesetzen untersteht.

1. Bauflächen besonderer Bestimmung , z. B. ... Citybildung oder Schaffung von ... Mittelpunkten des öffentlichen Lebens ... usw.

2. Freiflächen besonderer Bestimmung, z. B. Schutzzonen für gefährliche Betriebe, Naturschutzgebiete ..., Heimatschutzgebiete ..., Ödländereien und sonstigen für landwirtschaftliche Nutzung nicht in Frage kommenden, aber für die landschaftlich wertvollen Gegenden, Heiden, Mooren, Gebirgen und sonstigen Fremdenverkehrsgebieten. ...

C) Raumplanung (hauptsächlich schönheitlicher und gesundheitlicher Natur)

1. Planungen über die Art der Bebauung, ergänzt durch entsprechende Bestimmungen ...
2. Planungen über die Art der Bepflanzung ...⁴¹²

Es gehört eine ganz besondere Anlage des Denkens in weiten Zusammenhängen, des fast künstlerischen Gestaltens auch in wirtschaftlichen Dingen dazu, es gehört Ehrfurcht vor dem Gewordenen und Liebe zum Werdenden, verbunden mit einem Fanatismus zur eindringenden Kleinarbeit, die allein davor bewahrt, sich in grenzenlosen Ideen zu verflüchtigen. Der Schöpfer eines guten Planes muß ein „Symphoniker“ sein, der unter den Städtebauern und Siedlungstechnikern mindestens so selten ist wie unter den Musikern.⁴¹³ Letztlich beendete er seine Ausführungen in dem Vortrag zum Planungswesen mit einem reflexiven Ausblick: „Hüten aber müssen wir uns vor allen Schlagwörtern und Rezepten und vor dem Dünkel, als könnten wir schon etwas. Wir stehen in den ersten Anfängen dieser Wissenschaft, und da ziemt uns Bescheidenheit.“⁴¹⁴

In diesem Kontext hat Langen bei der Leipziger Siedlungswoche 1927 zwei der bis heute im Zentrum der übergreifenden Planungswissenschaft stehende Begriffe öffentlich geprägt: Raumordnung⁴¹⁵ und Raumplanung. „Es ist also alles

⁴¹² Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 225-228

⁴¹³ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 225-228

⁴¹⁴ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 231

⁴¹⁵ Blotevogel, H. (2011): Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 82-101; hier wird (auf einen unveröffentlichten Beitrag von Istel, 2000, Bezug nehmend) zu Recht darauf verwiesen, dass der Raumordnungsbegriff nicht erst nach 1933 entstanden ist, sondern eben auf Gustav Langen zurück geht, S. 99. Weiterhin wird auf den konservativen Sozialwissenschaftler Wolfgang Schmerler verwiesen, der 1932, im Grunde Langen bestätigend, der Landesplanung eine gesellschaftlich „wegbereitend(e)“ Rolle zuschrieb und die in diesem Sinne ordnend wirken sollte (S. 99). Schmerler, W. (1930): Die Landesplanung in Deutschland. Berlin (Diss.)

Planungswesen Raumordnung“ – diese sah er als prozesshaften Teil einer gesellschaftlichen Entwicklungsvorstellung, der mit den „räumlichen Beziehungen aller menschlichen Einrichtungen zu tun hat“⁴¹⁶. Raumplanung subsummierte er unter Raumordnung als raumgestaltende Tätigkeit und somit als erweiterten Städtebau. Damit ist der begriffliche Rahmen der Wissenschaft vom Planen abgesteckt worden. Die Einzelfachbegriffe wurden hier, aufbauend auf den seit etwa 1910 in den Fachbüchern bereits dargelegten Definitionen, systematisiert und in einen neuen logischen Zusammenhang gestellt:

So unterschied Langen Flächenaufteilung, d. h. die Art der funktionalen Zuordnung im Raum, und die Flächennutzung, d. h. die Art der Ausnutzung der jeweiligen Flächenzuschnitte. Beide Begriffe wurden in der Praxis jedoch häufig synonym verwendet, weswegen letztlich sich die Flächennutzung durchgesetzt hat. Stadtplanung unterschied er ebenfalls von dem um 1910 gebräuchlichen Begriff, der sowohl das Planen als auch die räumliche Gestaltung und den Bauprozess der Städte betraf und fallweise im jeweiligen Kontext verwendet wurde. Nun begann die Ausdifferenzierung, in welcher die Tätigkeit des prozessbezogenen Antizipierens stärker betont wurde und damit der Planungsbegriff an Gewicht gewann. Sicher war dies nicht unbeeinflusst vom angloamerikanischen Sprachgebrauch, wo „City Planning“ sich durchgesetzt hatte.

Zugleich begegnete Langen der Gefahr einer Fragmentierung der Wissenschaft vom Planen durch die verbindende Unterscheidung in der planenden Tätigkeit in Linienplanung, Flächenplanung und Raumplanung. Dieser Versuch hat sich letztlich nicht durchgesetzt, verweist aber auf den erreichten Reifegrad disziplinärer Entwicklung. Die Gefahr einer subdisziplinären Aufspaltung, also jener „Fragmented

⁴¹⁶ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 224

Art“⁴¹⁷, von der in den USA in dieser Zeit bereits gesprochen werden kann, und wie sie z. B. die Verselbständigung der Verkehrsplanung verdeutlichte, wurde im begrifflichen Apparat aufgehoben. Die Planungspraxis hatte nur in Teilen diese Systematik übernommen – aber das erscheint letztlich nur als bestätigendes Indiz. Der Begriff Stadtplanung war zum allgemeinen Sprachgebrauch avanciert und bezeichnete die Tätigkeit auf einer bestimmten räumlichen Ebene – im Vergleich zur Landesplanung. Städtebau war in diesem Verständnis eine Sub-Kategorie der Stadtplanung und blieb als Begriff erhalten. Es soll an dieser Stelle keine weitere Debatte über diese Unterscheidungen geführt werden; es genügt lediglich der Fakt, dass es einen auf den Gegenstand der Disziplin bezogenen Begriffsapparat gab und dieser sich wiederum in einem theoretischen ‚Gebäude‘ der planenden Tätigkeit wiederfand, um die kognitive Reife einer etablierten Disziplin zu zeigen.

3.4.2 Der erste Planungsforscher und -theoretiker sowie das erste (private) Forschungsinstitut für Stadt- und Raumplanung: Gustav Langen und das Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen

Gustav Langen (1878-1954?), geboren in Hatzum, gehörte zweifelsohne zu den führenden Köpfen der Landesplanung und zu den in vielfältiger Weise aktiven Vordenkern, aber auch Planungspraktikern in den 1920er und beginnenden 1930er Jahren. Wie Prager ist auch er kaum bekannt.⁴¹⁸ Das theoretische und praktische

⁴¹⁷ Peterson, J. (2003): *The Birth of City Planning in the United States, 1840-1917*, Baltimore/London. S. 319ff

⁴¹⁸ Umlauf, J. (1958): *Wesen und Organisation der Landesplanung*, Essen. Der erste Chronist der Landesplanung, Josef Umlauf, hatte in seiner als Dissertation 1957 vorgelegten Schrift einen Gesamtüberblick gegeben, in welchem Gustav Langen nicht erwähnt wurde. Es gibt allein nur zwei kurze Würdigungen anlässlich Langens 75. Geburtstages 1954. Krebs (1954): Gustav Langen 75 Jahre, in: *Der Baumeister*, Heft 1, S. 53 sowie ein redaktioneller Beitrag „Ein Leben für die Siedlungswissenschaft“, in: *Bauwelt* 1953, Heft 50, S. 992. Siehe auch: *Die Ordnung der Moderne: social engineering im 20. Jahrhundert*, herausgegeben von Thomas Etzemüller [google.de/books?id=IOFYulco4WYC&pg=PA133&lpg=PA133&dq=Gustav+Langen&source=bl&ots=I5jHmcyKyb&sig=UVrEASCTos4OA3a_eTyVg3rC7XA&hl=de&ei=uca-TrzdAcfAswa-rviQAw&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=5&ved=0CDUQ6AEwBDge#v=onepage&q=Gustav+Langen&f=false](https://books.google.de/books?id=IOFYulco4WYC&pg=PA133&lpg=PA133&dq=Gustav+Langen&source=bl&ots=I5jHmcyKyb&sig=UVrEASCTos4OA3a_eTyVg3rC7XA&hl=de&ei=uca-TrzdAcfAswa-rviQAw&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=5&ved=0CDUQ6AEwBDge#v=onepage&q=Gustav+Langen&f=false); Leendertz: *Koordinaten raumplanerischen Denkens in Deutschland*. (Zugriff: 2011-11-12). Hier wird Langen gewürdigt als jemand, der „mit seinen vergleichsweise radikalen Ansichten damals nur eine Minderheitenposition innerhalb der Profession vertrat, propagierte die Landesplanung

Werk von Langen ist bislang nur in Einzelbeiträgen aufgearbeitet und noch nicht ausreichend und umfassend bewertet. Durch einen Beitrag von Hoffacker, der im Kontext der Profilierung des Bauhauses in Dessau 1992 und auf Anregung des Autors entstanden war, wurde erstmalig der Versuch unternommen, das Werk von Langen zu befragen und bzgl. seines strategischen Gehalts für eine Ausgestaltung der Theorie der Moderne unter Einbezug ihrer konservativen Komponenten fruchtbar zu machen. So konnten Sichtweisen auf das „Umfeld“ des Bauhauses präzisiert werden, die wiederum eine kulturgeschichtliche Rezeption für das Langzeitprojekt „Industrielles Gartenreich“ um eine theoretisch-historische Dimension erweiterten.⁴¹⁹

Sein Hauptlebenswerk bestand im Aufbau der größten wissenschaftlichen Sammlung von Planungen zu allen Gebieten des Städtebaus, der Landes- und Siedlungsplanung in Deutschland.⁴²⁰ Es war die einzige und einzigartige wissenschaftliche Institution, welche empirische Befunde zur Planung erstellte und mit vielfältigen Aktivitäten zur Verbreitung der Planung in der Öffentlichkeit, aber auch zur Qualifizierung der Fachwelt in erheblichem Maße beigetragen hat. Ein wesentlicher Zweck dieses Archivs bestand in der Ausrichtung von Ausstellungen, z. T. als Wanderausstellungen angelegt. Dieses Archiv war von Langen als Privatinstitution aufgebaut und geführt worden – das erste dieser Art überhaupt (auch im internationalen Rahmen). Er kann als Begründer eines neuen Typs wissenschaftlicher Institutionen auf den Gebieten des Städtebaus und der

als Mittel umfassender gesellschaftlicher Erneuerung“. Weitergehende Angaben zum Leben von Langen konnten bisher nicht ermittelt werden.

⁴¹⁹ Hoffacker, H. W. (1995): Raumplanung als Gesamtrationalisierung – Ein Versuch zur theoretischen Begründung der Notwendigkeit von Raumplanung aus dem Jahre 1929, in: Stiftung Bauhaus Dessau/RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika. S. 276-287. Das Werk von Langen war parallel und unabhängig voneinander in den 1980er Jahren sowohl in der BRD als auch in der DDR wieder entdeckt worden: Zum Einen durch Kegler (in: Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung, Weimar, 1987), durch Hoffacker (in: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918 – 1933, Essen, 1989) sowie durch Egli (in: Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, 1986). Erst im November 1989 kam es zu einer Begegnung zwischen Kegler und Hoffacker, dem sich ein fruchtbarer Austausch anschloss, welcher Anfang der 1990er Jahre zu dem Beitrag für das Bauhaus Dessau führte.

⁴²⁰ Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung – ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte, Weimar. S. 157-169

Landesplanung angesehen werden - einer außeruniversitären/privaten Sammlungs-, Forschungs-, Kommunikations- und Lehrstätte. Ihr Aufbau war zwischen 1912 und 1919 in drei Phasen erfolgt: Die Gründung als „Wandermuseum“ zwischen 1912 und 1914, der eigentliche Aufbau als „Archiv für Städtebau und Siedlungswesen“ zwischen 1915 und 1918 - also während des Weltkriegs, ab 1919 als „Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen“ mit den Schwerpunkten Ausstellungen und Fortbildung.⁴²¹

Langen hatte Architektur studiert und war zwischen 1909 und 1912 Assistent am gerade gegründeten Seminar für Städtebau an der TH Berlin-Charlottenburg.⁴²² Er hatte 1910 im Team von Brix und Genzmer an dem Beitrag für den Berliner Städtebauwettbewerb teilgenommen. Beim Wettbewerb für Groß-Düsseldorf 1912 erhielt er einen 3. Preis. Er war in den Kreis der anerkannten Städtebauer Deutschlands aufgestiegen. Im gleichen Jahr übernahm er die Leitung für die Städtebauausstellung in Düsseldorf (schon 1910 hatte er die aus Berlin nach Düsseldorf gewanderte Ausstellung dort kuratiert). Diese Ausstellungserfahrungen motivierten ihn, 1913 die Ausstellung des wissenschaftlichen Teils der Leipziger Internationalen Bauausstellung (IBA), der sich der Siedlungsfrage widmete, zu übernehmen. Damit war der Grundstein für das „Wandermuseum“ gelegt. Da ihm eine akademische Laufbahn versagt blieb – die Nachfolge von Baumeister auf dem Städtebaulehrstuhl in Karlsruhe wurde aus bürokratischen Gründen nicht an ihn, sondern an Heiligenthal vergeben – widmete er sich dem Aufbau eines wissenschaftlichen Institutes außerhalb der Universität.

⁴²¹ Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung – ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte, Weimar. S.169 sowie Hoffacker, H. W. (1989): Die Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen, S. 213ff

⁴²² ZStA-M, Ministerium für öffentliche Arbeiten, Rep. 93 B, Nr. 1014, Bl. 182. In dem Schreiben an den Staatsminister für das Wohnungswesen vom 25. März 1919 sind Angaben zur Person von Langen enthalten. (die Bezeichnung ZStA-M steht für Zentrales Staatsarchiv, Merseburg; da die Archivstudien Mitte der 1980er hierzu durchgeführt worden waren, wird diese Bezeichnung weitergeführt).

Es gelang ihm, während des Krieges den staatlichen Stellen nachzuweisen, dass er durch seine Tätigkeit unabhkömmlich war und somit nicht für den Kriegsdienst einzuziehen sei. Er tat dies offenbar nicht als aktiver Kriegsdienstverweigerer, sondern eher aus wissenschaftlichem Ehrgeiz. Der Nachweis der Bedeutung seiner Tätigkeit für den Kaiserlichen Staat in Kriegszeiten ermöglichte ihm – unter permanenten Finanzierungsproblemen – sogar den stetigen Ausbau der Sammlungen. In der Nachkriegszeit profitierte sein Institut von dem Bedarf nach Siedlungsstellen im ländlichen Raum, der vor allem von Kriegsheimkehrern, Aussiedlern und schlichtweg Notleidenden gestellt wurde. Er bot, finanziell gefördert von staatlichen Stellen, Weiterbildungskurse zum Siedlungswesen an. Daneben baute er die Sammlungen, basierend auf dem von ihm entwickelten System der „Einheitspläne“, dem ersten vereinheitlichten Analyseinstrument städtischer Planungen, aus und entwickelte erste theoretische Studien zur Kleinwohnungsfrage, zum ländlichen Siedlungsbau und zur Dezentralisierung. Der Durchbruch auf internationaler Ebene gelang ihm, als ihm die Leitung des deutschen Beitrages zur Internationalen Städtebauausstellung in Gotenburg 1923 übertragen wurde.⁴²³

Mit dem Entstehen der Landesplanungsverbände ab 1925 erwuchsen für Langen und seinem Archiv ein neues, weitgreifendes Aufgabenfeld der Kommunikation und der Forschung sowie der Beratung. Mit den „Siedlungswochen“ in Essen 1926 und vor allem in Leipzig 1927 avancierte Langen zur wichtigsten wissenschaftlichen Instanz in Deutschland auf dem Gebiet der Landesplanung. Eine Initiative von 1929 belegt exemplarisch sein Engagement für eine übergreifende wissenschaftliche Vertiefung der Landesplanung. Er regte an, eine systematische Zusammenfassung der vorliegenden, meist nicht im Kontext vorliegenden Fachbeiträge zu erstellen und diese in eine Gesamtschau der Wissenschaft von der Siedlungsentwicklung zu stellen und dabei die Stellung der planenden Disziplinen zu bestimmen: „Es handelt sich also nicht um Wohnsiedlungen, sondern das zu bearbeitende Gebiet erstreckt

⁴²³ Katalog zur „Internationalen Städtebau-Ausstellung in Gothenburg“, Schweden, Gothenburg, 1923, S. 17

sich von der Entwicklung und Gestaltung ländlicher Siedlungen über die Stadtentwicklung und Stadtplanung mit ihren Einzelaufgaben bis zur umfassenden Siedlungsgestaltung, der Landesplanung.“⁴²⁴ In Kooperation von Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ und Deutschem Archiv für Siedlungswesen (von Gustav Langen) sollte eine Beilage „Stadt und Siedlung“ geschaffen werden, die eine übergreifende Zeitschriftenschau für die Fachwelt zusammentragen sollte. Mit dieser auch ansatzweise realisierten Initiative zeigte sich das breite Feld fachpolitischer und wissenschaftlicher Arbeiten von Langen, der eine maßgebliche Rolle bei der Ausprägung der Landesplanung als wissenschaftliche Disziplin spielte. Langen stand allerdings, trotz aller erzielten Resultate in fachlicher Hinsicht, stets im Schatten von Robert Schmidt, dem Verbandsdirektor des SVR. Langen hatte – außer seinem Privatinstitut – keine staatliche oder akademische Position inne, was seine institutionelle „Durchschlagskraft“ minderte.⁴²⁵

1929 legte Langen mit dem umfassenden Buch „Deutscher Lebensraum. Ein Beitrag zur deutschen Raumwirtschaft und zur Gesamtrationalisierung in Wirtschaft, Siedlung und Volksleben“ sein Credo zu den Grundlagen der Landesplanung dar. Dieses Buch fußte auf dem Beitrag zur Leipziger Siedlungswoche 1927, „Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe“.⁴²⁶ Darin formulierte er sein Planungs- und Gesellschaftsverständnis, den kulturell-zivilisatorischen, ökonomischen und ökologischen Krisen der Gesellschaft durch eine planvolle Gesamtrationalisierung langfristig zu begegnen und eine neue Zukunft zu eröffnen, die eine krisenresistente Entwicklung ermöglichen würde. Dabei stand für ihn eine neue Art rationaler wie effektiver, die Besonderheiten der jeweiligen Region berücksichtigende Nutzung der vorhandenen Flächen im Zentrum. Dies sollte über eine Konfliktvermeidungsstrategie

⁴²⁴ Priess, K. (1929): Die Aufgaben einer Zeitschriftenschau über Siedlungsentwicklung und Siedlungsgestaltung, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ) 1, S. 9-11, zit. S. 10

⁴²⁵ Hoffacker, H. W. (1989): Die Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen

⁴²⁶ Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 273-290 sowie in der weiterführenden Fassung in: Langen, G. (1929): Deutscher Lebensraum, Berlin

auf Basis systematischer Planung und Einbeziehung der jeweiligen Menschen vor Ort sowie prozesshaft erfolgen.⁴²⁷

Mit dieser, grundlegend konservativen wie strategisch ausgerichteten fachlichen Haltung stand Langen im entschiedenen Gegensatz zu Theoretikern wie dem Soziologen Hans Freyer aus Leipzig, der bereits ab Mitte der 1920er Jahre ein „Volk ohne Raum“ (angelehnt an den Roman von Hans Grimm, 1926) propagierte und damit eine expansive Raumordnung durch Eroberung anderer Gebiete favorisierte. Langen lehnte einen solchen Ansatz ab. Vielmehr suchte er ein im heutigen Sinne ökologisches Gleichgewicht und internationale Balance. Frieden galt für Langen als ein kategorischer Imperativ: „... wenn wir uns aber vorstellen, was an technischen und menschlichen Kräften im Weltkriege in den Dienst gegenseitiger Zerstörung gestellt wurde, dann erscheinen die künftigen Leistungen des Friedens in einem ganz anderen Lichte. Für die etwa 800 Goldmilliarden Gesamtkriegskosten hätten sich tatsächlich Wüsten in Paradiese, Einöden in volkreiche Gegenden, ungesunde Städte in lichte Lebensräume verwandeln lassen, und statt Krankheit, Not und Entartung wäre allgemeine Wohlfahrt die Folge solcher Friedensarbeit gewesen. Die großen Krisen der Wirtschaft haben weiten Kreisen mehr und mehr die Augen darüber geöffnet, daß Wirtschaftsfragen nicht durch Kriege, sondern nur durch friedliche und geregelte Zusammenarbeit aller Menschen, aller Farben zu lösen sind.“⁴²⁸

Es erscheint nahezu unverständlich, dass er mit einer solch klaren Position dennoch versuchte, seine fachlichen Auffassungen ab 1933 unter der nationalsozialistischen Macht durchzusetzen. Er hatte sich als Berater bei der brandenburgischen

⁴²⁷ Hoffacker, H. W. (1995): Raumplanung als Gesamtrationalisierung – Ein Versuch zur theoretischen Begründung der Notwendigkeit von Raumplanung aus dem Jahre 1929, in: Stiftung Bauhaus Dessau/RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika. Dessau S. 283, 284

⁴²⁸ Langen, G. (1928): Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe, in: Ritter, H./ Hrsg.(1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 282

Landesplanung zwar nicht direkt in den Staatsdienst integriert, aber arbeitete trotzdem für die neuen Machthaber. Offenbar folgte er einem unbedingten fachlichen Glauben, dass seine Auffassungen Gehör finden müssen und dass er das in den letzten beiden Jahrzehnte Aufgebaute nun auch umsetzen können. Ein Irrglaube. Spätestens als er 1936 seinen Wirtschaftsplan für Berlin-Brandenburg-Mitte vorlegte, musste er sehen, dass die Nationalsozialisten vollkommen andere Ziele verfolgten.⁴²⁹ Sein Plan der inneren Entwicklung stand im Gegensatz zu einer Auffassung von Raumordnung, die eben auf Expansion, letztlich auf Krieg und Annexion ausgerichtet war. Die Raumordnung zielte nunmehr auf die Neuordnung Europas, eine Deutung von räumlicher Ordnung, die Langen gerade nicht gemeint hatte. Obgleich Langen auch völkisch argumentierte, agrarische Autarkie durchaus als einen Bestandteil seiner Entwicklungsvorstellung ansah – Momente, die sich mit den politischen Bekundungen der nationalsozialistischen Machthaber deckten – hatte er keine expansiven Ambitionen in seiner geradezu kosmopolitischen Auffassung.

Nach den Arbeiten zur Ausstellung für den deutschen Pavillon zur Weltausstellung 1937, mit denen noch betraut worden war, verliert sich seine Spur. Offenbar war er fachpolitisch kalt gestellt worden. Er gehörte einer Generation an, die den Nationalsozialisten keine Dienste mehr leisten konnte – sie war nur notwendig gewesen, um den Übergang von der Weimarer Republik zur Entfaltung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, der auch die Raumordnung diente, zu bewerkstelligen. Für diese neuen Aufgaben einer ‚Raum-Ordnung‘ der durch einen Krieg zu erobernden Gebiete taugte ein Langen nicht mehr. Er war offenbar gescheitert. Zu allem Überfluss verbrannte das umfangreiche und einzigartige Material, das er im Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen gesammelt hatte, in den letzten Kriegstagen vollständig.⁴³⁰ Das Archiv war in der Luisenstraße im Berliner Zentrum gelegen und konnte wohl nicht mehr verlegt

⁴²⁹ Hoffacker, H. W. (1995): Raumplanung als Gesamtrationalisierung – Ein Versuch zur theoretischen Begründung der Notwendigkeit von Raumplanung aus dem Jahre 1929, in: Stiftung Bauhaus Dessau/RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika, Dessau, S. 285

⁴³⁰ Krebs (1954): Gustav Langen 75 Jahre. In: der Baumeister, Heft 1, S. 53

werden. Letztlich gibt es nur wenige Dokumente, die in Archiven verstreut sind, die vom umfassenden Wert dieser wissenschaftlichen Sammlung künden. Die Abbildungen in dem Dokumentationsband zur Leipziger Siedlungswoche vermitteln einen kleinen Eindruck dessen, welche Planschätze das Archiv besessen haben muss.

3.4.3 Die Konstituierung des „Raumes“: Ein rahmensetzende Begriff der Planung

Von Gustav Langen wurden die Begriffe Raumplanung bzw. Raumordnung in den Bestand des disziplinären Gebäudes der Landesplanung eingeführt. Zwar erlangte die Raumordnung als Begriff erst im Nationalsozialismus mit der staatlichen Verankerung eine öffentliche Verbreitung, die bis heute wirkt und durchaus kritisch zu betrachten ist.⁴³¹ Doch darf nicht übersehen werden, dass die Ursprünge des Raum-Begriffes in der Landesplanung nicht nur vorher zu datieren sind, sondern auch anders konnotiert waren.⁴³² Den Bezug zwischen Landesplanung und Raum fasste Langen zunächst indirekt: „Das Wesen der Landesplanung ist die Lückenlosigkeit. Es gibt in der Landesplanung keinen leeren oder gleichgültigen oder nur minderwertigen Raum.“⁴³³ Damit erhob er den Raum-Begriff zu einer umfassenden, ganzheitlichen Kategorie der Planung, implizierte dabei zugleich den umfassenden Gestaltungsanspruch, der nicht etwa zwischen schönen und hässlichen Bereichen unterscheidet, sondern alles gleichberechtigt in eine zugleich notwendige Planbehandlung einbezieht. Damit waren nunmehr auch die devastierten

⁴³¹ Siehe dazu vor allem: Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen

⁴³² Schmidtkunz, H. (1910): Flächenstadt oder Raumstadt, in: Der Städtebau 4, S. 42-43. In diesem Beitrag taucht zum ersten Mal der Raumbegriff im Kontext der Stadtplanung auf. Der Autor verwendete diesen, um – bezogen auf die Verkehrsproblematik – die erweiterte Dimension des Verkehrs zu unterstreichen. Es ginge nicht mehr nur darum die Fläche des Stadtgebietes zu erschließen, sondern den weiteren Horizont zu betrachten. Raum wird also als eine höhere Werte der Betrachtung des Gegenstandes benutzt (vergleichbar mit der heutigen Bezeichnung „Landschaft“ für verschiedene Sachverhalte, um deren größere Zusammenhänge zu verdeutlichen).

⁴³³ Langen, G. (1928): Landesplanung, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 303

Landschaften, die suburbanen Randzonen oder andere oft als „Hinterhöfe“ abgestempelte Areale Gegenstand umfassender Planung, deren Ziel ein „Gleichgewicht“⁴³⁴ aller Teile sein sollte. Um 1927, dem bisher feststellbaren Jahr des ersten öffentlichen Vorstellens der Bezeichnungen „Raumplanung“ bzw. „Raumordnung“ für die räumlich planende Tätigkeit, rückte der Raum-Begriff in verschiedenen Disziplinen vermehrt in den Vordergrund. Er lag „in der Luft“ und wartete auf seine Adaption. Es soll hier nicht eine vertiefende Darstellung aller Diskussionslinien vorgenommen werden, die sich dem Raum widmeten. Vielmehr geht es um kursorisches Verorten der Begriffsfindung der Planungsdisziplin in einem Umfeld.

Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts begann der Raum-Begriff zunächst in der Kunstgeschichte Platz zu greifen. Die Stilanalysen wurden unter das Raumparadigma gestellt, ein bedeutender Schritt zu einer umfassenden Wahrnehmung der einzelnen Künste im übergreifenden, letztlich gesellschaftlichen Kontext. Für die Architektur erfolgte die Ausweitung des Gestaltungsbegriffes auf den des Raumes ebenfalls um 1900, von den Vorläufern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgesehen: „Albert E. Brinckmann versteht Plastik und Raum als Grundformen der künstlerischen Gestaltung, wie sein Buch von 1922 heißt“.⁴³⁵ Treffender hätte die Bedeutung, die der Raum für die Gestaltung i. w. S. gewonnen hatte, nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Der Raumbegriff begann sich zu vervielfachen: Von der Mathematik und Physik bis zur aufkommenden Fotografie gewann er eine neue Bedeutung.⁴³⁶ Die Diskussionslinien in der Kunstgeschichte mündeten in dem 1930 abgehaltenen „IV. Kongress für Ästhetik und Allgemeine

⁴³⁴ Langen, G. (1928): Landesplanung, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 305

⁴³⁵ Führ, E. (2009): Architektur/Städtebau, in: Günzel, S.: Raumwissenschaften, Frankfurt/M., S. 46. In diesem Sammelband wird ein Aufriss aller Disziplinen getätigt, die sich mit dem Raum wissenschaftlich auseinandersetzen. Nur eine Disziplin fehlt: die RAUMPLANUNG!

⁴³⁶ Ott, M. (2009). Ästhetik/Kunstgeschichte, in: Günzel, S.: Raumwissenschaften, Frankfurt/M., S. 14-29, insbes. S. 14.

Kunstwissenschaft“ unter der Überschrift „Gestaltung von Raum und Zeit in der Kunst“. Ernst Cassirer bestimmte in seinem Eröffnungsvortrag den Raum als „neues Verhältnis“, „in das sich der Mensch zur Welt setzt“.⁴³⁷ In der Geografie vollzog sich ebenfalls in dieser Zeit ein Umbruch. Die Geografie begann sich von der beschreibenden und erkundenden Disziplin zu einer Wissenschaft zu entwickeln, die die naturräumlichen Gegebenheiten mit den menschengemachten in ein Wechselverhältnis zu setzen begann. Einer der wichtigsten Wortführer in diesem Werden der neuen Geografie war Alfred Hettner, der in seinem 1927 erschienenen Werk, „Die Geographie. Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Methoden“, grundlegende Impulse setzte.⁴³⁸ Dabei gewann der Raumbegriff eine Erweiterung und bildete die Grundlage für die Verknüpfung mit weiteren Disziplinen, wie der Wirtschaftswissenschaft.

Ab Mitte der 1920er Jahre gewann in den bildenden und darstellenden Künsten der Raum eine zunehmende Bedeutung und erfuhr eine experimentelle Ausdeutung in bisher nicht gekanntem Maße. Hier spielten die neuen Medien (Film, Fotografie), aber auch das Theater eine besonders inspirierende Rolle – erwähnt sei hier nur als eines der markantesten Beispiele der „Licht-Raum-Modulator“ von Moholy-Nagy oder die „Raum-Bewegungskunst“ der Theaterkonzepte von Schlemmer am Bauhaus.⁴³⁹ Gerade die Installation von Moholy-Nagy verkörperte die wesentlichen Merkmale der Raumauffassung der sog. klassischen Moderne: Die dynamischen Elemente des metallenen Körpers umschreiben einen abstrakten Raum im Raum, der sich durch die wechselnden Licht-Schatten-Relationen für den Betrachter unentwegt neu konstituiert. Er definiert – im Kleinen – was die Moderne im architektonischen Raum

⁴³⁷ Ott, M. (2009). Ästhetik/Kunstgeschichte, in: Günzel, S.: Raumwissenschaften, Frankfurt/M., S. 22-23

⁴³⁸ <http://www.geodsz.com/deu/d/Hettner>

⁴³⁹ Stellvertretend sei hier auf die Raumkunst des Bauhauses verwiesen, die mit Moholy oder Schlemmer neue Raum-Zeit-Medien-Bewegungs-Kunstwerke schufen. Vgl. z. B. Bossmann, A. (1993): Reformen im Hintergrund: Oskar Schlemmer und Laszlo Moholy-Nagy, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Dimensionen 1925-32, Dessau, S. 78-93, insbes. S. 84. Hier beschreibt Bossmann zusammenfassend den Licht-Raum-Modulator als eine „Lernmaschine des 'Neuen Sehens' und zugleich (als) ein(en) Teil der neuen, urbanen optischen Kultur.“ Das trifft den Kern.

avisierter. Diese Abstraktion des konkreten Raumes, der sich aus materiellen und immateriellen Größen speiste und erst im Kopf der Rezipienten zu einem je verschieden wahrnehmbaren Konstrukt reift, gehört sicher zu den wichtigsten kulturellen Beiträgen der Moderne. Dies fand auch, zumindest indirekt, seinen Niederschlag in den raumplanerischen Modellen des wohl radikalsten städtebaulich-landesplanerischen Denkers der klassischen Moderne, Ludwig Hilberseimer. Diese Vorstellungen kamen jedoch nicht über das Versuchsstadium in der Lehre am Bauhaus oder in gelegentlichen Publikationen hinaus. Sie wurden erst nach dem 2. Weltkrieg umfassender rezipiert.⁴⁴⁰

Ein Kernmanko aber kennzeichnete diese Moderne von Anbeginn und damit unterschied sie sich von der hier als konservative Moderne bezeichneten Strömung um Gustav Langen. Sie konstituierte ihre Raumauffassung auf der Basis unendlich verfügbarer Flächen - der umfassende Entzug der Flächen aus privater Verfügbarkeit scheint auf den ersten Blick verführerisch fortschrittlich, war aber wohl doch eher als eine Entgrenzung gemeint. Und zum Zweiten bildete die billige und ebenfalls unendlich verfügbare Energie die Grundlage für die Neukonstruktion des Raumes. Die ewige Beleuchtung (das Licht-Schatten-Spiel mit künstlichem Licht - ob in Architektur, Theater oder Plastik) war Synonym für dieses Unendlichkeitsdenken. Es befreite das Denken in tradierten Raumauffassungen nur zum Teil. Es verstellte zugleich den Blick auf die schon damals gravierende Ressourcenknappheit. Diese Frage war wiederum für Vertreter der konservativen Moderne eine zwingende Ausgangsbasis ihrer Dezentralisations- und letztlich Raumkonzeption, wie sie bei Langen sehr prononciert vorgetragen wurde. Damit ist natürlich nur scherenschnittartig die Raumauffassung der beiden Lager in den 1920er Jahren umrissen. Kennzeichnend für beide ist aber der Versuch, die Auffassung eines begrenzenden „Container-Raumes“ zu überwinden.

⁴⁴⁰ Letztlich legte Hilberseimer erst mit den Büchern „The Nature of Cities“, Chicago, 1955 (engl.) sowie „Entfaltung einer Planungsidee“, Frankfurt/M., 1963 (deutsch) diese Raumauffassungen zusammenfassend vor. Bei aller denkbaren Kritik daran, gehören sie zum unverzichtbaren kulturellen Gut landesplanerischen/städtebaulichen Denkens.

Und schließlich sei auf die Mathematik verwiesen. Johan von Neumann veröffentlichte 1927 einen Artikel in den Mathematischen Annalen, der auf einem im Vorjahr in Göttingen gehaltenen Vortrag fußte: „Zur Theorie der Gesellschaftsspiele“.⁴⁴¹ Dieser gilt als einer der die moderne Spieltheorie begründenden Artikel. Die Interaktion der beteiligten „Spieler“ (Wirtschaftsakteure etc.) schafft einen Raum für das Spiel. Hier wird der euklidische Raum verlassen und nur auf die Interaktion von Beteiligten bezogen. Diese Raumauffassung spielt in der Wirtschaftsgeografie eine wichtige Rolle, bei der die Raumüberwindung zum Zwecke des Gewinns wirtschaftlicher Vorteile eine solche Interaktion darstellt. Diese Raumauffassung findet sich später auch in der Raumordnung wieder, in welcher der konkrete Raum reduziert wird auf die Raumwiderstands- oder Raumempfindlichkeitsfunktion⁴⁴² gesellschaftlicher Interaktion beteiligter „Spieler“.

Mit diesem kurzen Blick auf die Diskurse der Zeit, welche den Raum aus verschiedenen Dimensionen und Zusammenhängen in die breitere wissenschaftliche bzw. künstlerische Diskussion transportieren, kann eine Atmosphäre umrissen werden, in welcher der Raumbegriff den Weg in die Landesplanung nahm. Es gibt keinen direkten Hinweis darauf, ob Langen den Begriff hier direkt entlehnt hat. Vielmehr muss angenommen werden, dass dieser indirekt aufgegriffen wurde oder zufällig zeitgleich zu den anderen „Entdeckungen“ des Raumes in der Landesplanung bei Langen auftauchte. In den Beiträgen zur Leipziger Siedlungswochen 1927 findet sich an keiner anderen Stelle dieser Begriff wieder. Er kann vorher auch nicht ausgemacht werden, jedenfalls nicht im direkten Kontext mit der Landesplanung.

⁴⁴¹ Neumann, J.v. (1927): Zur Theorie der Gesellschaftsspiele, in: Mathematische Annalen 100, S. 295-320. Quelle: www.digizeitschriften.de

⁴⁴² Fürst, D.; Scholles, F./Hrsg. (2004): Handbuch Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund, S. 247-248

In seinem Eröffnungsvortrag für diese international ausgerichtete Leistungsschau von Stadtplanung und Wohnungswesen bot Langen ein überaus bemerkenswertes Verständnis gesellschaftlicher Raumentwicklung, welches aus heutiger Sicht von enormem Weitblick kündigt. Er stellte dem fordistischen, zukunftsgläubigen Zeitgeist grundsätzliche Überlegungen zu den Grundlagen der menschlichen Gesellschaft gegenüber. Seine Argumentation gründete er auf der Ressourcenfrage, auf deren Endlichkeit er abhob, und auf einer nicht-trivialen Fortschrittskritik. „Die Menschheit hat das uralte Wort, daß sie sich die Erde Untertan machen solle, nur zu gründlich befolgt. In rasendem Tempo mit von Jahr zu Jahr steigender Beschleunigung sehen wir bei uns eine Entwicklung ablaufen, die, wenn sie nicht geordnet und gemeistert wird, uns in eine Folge von Katastrophen führen muß, von denen der Weltkrieg nur die erste war. Der Taumel technischer Entwicklung und Eroberung hat uns in wenigen Jahrzehnten einen Zustand unerträglicher Spannungen gebracht, der davon herrührt, daß wir die Schätze des Bodens und der Fläche der Länder und Meere durchaus nicht als unbegrenzt, sondern als enger werdendes Feld wirtschaftlicher Kämpfe empfinden. Die ... Schätze des Erdöls, vor kurzem noch auf Jahrzehnte berechnet, reichen nach neueren Erhebungen infolge gewaltig gesteigerten Verbrauchs nur noch Jahre aus ... (und) so sieht heute die Weltwirtschaft schon die Zeit kommen, wo sich der Schwerpunkt ihrer Erzeugung und Verarbeitung nach anderen Weltteilen verschiebt, unter Umwälzung des Weltverkehrs und der Weltbesiedelung, die sich bis ins kleinste Dorf jedes Landes erschütternd fühlbar machen wird. Die Sorglosigkeit, endlos aus dem Vollen schöpfen zu können, ist selbst dem zukunftsfrohen Amerikaner schon seit geraumer Zeit ausgegangen.“⁴⁴³

So ordnet er die planerischen Aufgaben in einer globalen Raumvorstellung ein, d. h., der Raum wurde zunächst als ein endlicher, aber nicht im Sinne des euklidischen Raumes begrenzt, sondern endlich im Sinne begrenzter gesellschaftlicher Interaktion

⁴⁴³ Langen G. (1928): Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe, in: Ritter, H./ Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 273-290, insbes. S. 273-274

und Ressourcenverfügbarkeit unter der Maßgabe einer vernünftigen Genügsamkeit raumgreifender Aneignung verstanden.

Dies bedeutete nicht mehr und nicht weniger als ein zweiter Perspektivwechsel für die planende Disziplin: Nachdem 1910 bzw. 1912 der erste Wechsel von der ‚Innensicht‘ zur ‚Außensicht‘ der Betrachtung der Stadt erfolgt war, setzte nun Gustav Langen 15 Jahre später mit der Ressourcenfrage als Kern landesplanerischer Tätigkeit den entscheidenden kognitiven Akzent. Von der Sicht auf die funktionale Trennung im Raum lenkte er den Blick auf die Verfügbarkeit der Ressourcen (vor allem Flächen und Energie). Damit war ein neues disziplineigenes, nicht mehr nur funktional-räumliches, sondern strategisch konstitutives Moment geboren worden. Ressource wurde dabei von zwei Seiten aus betrachtet: Die ‚abgelagerte Geschichte‘ als sozial-kulturelle Ressource und die natürlichen Sicherungsbedingungen des Lebens, von der Energie- bis zur Flächenfrage reichend, und letztere unter dem Gesichtspunkt der Endlichkeit ihrer Verfügung.

Der unmittelbare Beweggrund für Langen mag der Versuch gewesen sein, so jedenfalls kann sein Aufsatz in der Dokumentation der Siedlungswoche gelesen werden, die inzwischen entstandenen Ebenen der Planung (vom Wohnungsbau über den Städtebau bis zur Landesplanung) zu ordnen und übergreifend neu zu definieren. So gelangte er zu der Auffassung, dass das „Planungswesen ... mit den räumlichen Beziehungen aller menschlichen Einrichtungen“ zu tun hat.⁴⁴⁴ Das Planungswesen gliederte er nach den Aufgaben: „Raumordnung, der Wirtschaftsordnung und der Gesellschaftsordnung.“⁴⁴⁵ Im plantechnischen Sinn unterschied er, wie oben aufgeführt, drei Planungsebenen, der Linien-, Flächen- und

⁴⁴⁴ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

⁴⁴⁵ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

Raumplanung, wobei letztere „hauptsächlich schönheitlicher und gesundheitlicher Natur“ sei. Damit definierte er städtebauliche Gestaltung als Raumplanung – eine sachliche Folgerichtigkeit, wenngleich der Raumbegriff dadurch auf die physische und nur eingeschränkt auf die gesellschaftliche Dimension reduziert wird.⁴⁴⁶ Doch Langen ließ es nicht dabei bewenden, als Planungsforscher eine Systematik der Planungsebenen zu umreißen. Er wechselte die Betrachtungswinkel und empfahl dem Planbearbeiter, nicht mechanisch die einzelnen Schritte von der Analyse zur Planerstellung vorzunehmen, sondern das gesamte räumliche und soziale Gefüge der Städte und Dörfer sich anzueignen. „Daß er endlich den großen Blick für die Weltstadt (gemeint ist nicht nur die Großstadt, sondern auch die Weltsicht – HK) besitzt, der intuitiv und nicht formal, sondern wesentlich erfaßt, was mit Bienenfleiß niemals zu bewältigen ist.“⁴⁴⁷

Diese Aneignung der urbanisierten Räume bedarf jedoch eines weiteren zentralen Momentes planerischen Handelns: „Aber erst die geschichtliche Betrachtung, die zeigt, wie die Wirtschafts- und Kulturverhältnisse in jedem Ort und jedem Planungsgebiet *mehrfach übereinandergelagert* (Hervorhebung HK) sind, gibt den rechten Standpunkt für das, was an dem betreffenden Ort auch in Zukunft möglich und nötig ist.“⁴⁴⁸ Diese – aus heutiger Sicht moderne Auffassung von kulturgeschichtlich fundierter Planung – stand in einem fundamentalen Kontrast zur Auffassung einer sich modern gebenden Stadtplanung, wie sie zeitgleich von Ludwig Hilberseimer am Bauhaus in Dessau vertreten worden war. Diese brach radikal mit

⁴⁴⁶ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 227

⁴⁴⁷ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 230

⁴⁴⁸ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 230. Dieses Schichtenmodell der Planung bildete – allerdings ohne direkten Bezug auf Langen – die entscheidende Grundlage für die Konzipierung des „Industriellen Gartenreichs“ ca. 50 Jahre später.

kulturgeschichtlichen Bezügen.⁴⁴⁹ Obgleich er in Mitteldeutschland keine Planungen und Bauten verwirklicht hatte und nicht mit der Landesplanung in direktem Kontakt stand, wäre sein Einfluss über die städtebauliche Lehre am Bauhaus auch als ein Beitrag zur Raumdiskussion in Mitteldeutschland zu betrachten. Er vertrat die Auffassung, dass der existierenden Stadt nur durch einen radikalen Wandel einer neuen, und zudem einer anzustrebenden neuen Gesellschaft gemäße Raumstruktur gegenüber gestellt werden muss – rational und linear geplant, auf der Grundlage einer industriellen Kultur, die ihren ‚Raum‘ seriell produziert. Die Grundlage dazu sah er in einer neuen Gesellschaftsordnung, die erst die Voraussetzung für das Entstehen eines neuen Raumgefüges sein müsse, das dann auch nichts mehr mit der überkommenen Stadt zu tun haben würde. Sie wäre eine vollkommen dezentralisierte Einfamilienhaus- oder Hochhaus-Siedlung in der Landschaft.⁴⁵⁰ Die Planungen für Berlin zwischen 1924 und 1930 zeigten den radikalen Umbau der Berliner Innenstadt zu einer vertikalen Stadt.⁴⁵¹ Doch nicht nur die Architekten und Planer der – aus heutiger Sicht – als „modern“ eingestuften Akteure plädierten für einen „Umbau“ der vorhandenen Großstadt. Bei Langen findet sich explizit ein außerordentlich moderner, die neuen technischen Errungenschaften in die Argumentation einbeziehender Ansatz. Sein Ziel war aber nicht die Auflösung der Großstadt durch radikalen Abbau und Ersatz mit neuen Bauten, sondern der „Umbau“ im Sinne einer Dezentralisierung, ohne den Charakter der Großstadt als

⁴⁴⁹ Bodenschatz, H. (1992): Großstadt–Bauhaus–Hochhaus–Berlin, Ludwig Hilberseimer (1885-1967), in: Stein, M./Hrsg.: Die BauhausStadt–Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 77. Diese die überkommene Geschichte durch radikale Gestaltung und Planung überwindenden Konzeptionen kennzeichnen das Bauhaus und die vergleichbaren Bewegungen in dieser Zeit generell.

⁴⁵⁰ Kieren, M. (1999): in: Fiedler, J.; Feierabend, P./Hrsg.: Bauhaus, Mailand, S. 570-573, insbes. S. 572-573

⁴⁵¹ Bodenschatz, H. (1992): Großstadt-Bauhaus-Hochhaus-Berlin ... Ludwig Hilberseimer (1885-1967), in: Stein, M./Hrsg.: BauhausStadt – Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 66-83. Dieser Beitrag gehört zu den veröffentlichten Tagungsvorträgen, die am Bauhaus Dessau 1991 in einem Kolloquium eine Betrachtung der divergierenden urbanistischen Konzeptionen sowohl von Hilberseimer als auch von Gustav Langen zum ersten Mal vornahm. Auch daraus erwachsen Impulse für das Projekt „Industrielles Gartenreich“. Diese wurden u. a. noch einmal in der Ausstellung „Dimensionen“ 1993 thematisiert, wobei die Planungen von Hilberseimer zu Dessau – ebenso radikal angelegt – vorgestellt und diskutiert worden waren. Vgl. Kegler, H.: Ort und Auftrag, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Dimensionen, S. 22-31, insbes. S. 28. Eine ausführliche Darstellung der beiden titelgebenden Positionen zum Stadtraum in Hilberseimers Werk ist bei Kilian, M. (2002): Großstadtarchitektur und New City, Karlsruhe (Diss.), insbes. S. 6 und 15, zu finden.

Träger wichtiger „Leistungsaufgaben“ der Gesellschaft aufzugeben, was er in Verbindung mit der dem Zeitgeist entspringenden „Rationalisierung“ sah: „Die große technische Entwicklung kommt diesem Umbau sehr entgegen. Die geradezu unbegrenzte Übertragbarkeit elektrischer Energie, die Ferngasleitung und Fernheizung, welche heute schon Gesamtheizung ganzer Städte ohne jeden Kohletransport ermöglicht, die schon erwogene Anwendung von Ölleitungen, die verkehrsfreie Nachrichtenübermittlung mit Fernsprecher und Rundfunk erleichtern die Dezentralisation der Arbeit und des Wohnens und eine verkehrssparende Neuordnung der Städte außerordentlich. Nicht blutleer und farblose Vorstädte, sondern kräftige Siedlungsorganismen, gebaut zur Erfüllung ganz bestimmter Sonderaufgaben mit bestimmter Höchstleistung, gilt es als Teile der Großstadt zu schaffen, einer Großstadt, die, um einen Ausdruck Mächlers zu gebrauchen, sich keine angeflickten Trabanten gefallen lassen kann, sondern solche Sonderorganismen mit eigener Energie aus sich herausgeschleudert und mit eigenen Kräften an sich bindet. Nur der Teil dieser Organismen, der ländlich ist und an der Peripherie des ungeheuren Lebewesens Gesamtstadt seine Abfallstoffe in den großen Kreislauf der Natur zurückführt, wird auch ländlich zu verwalten sein.“⁴⁵²

Als Fazit für die raumgestaltende Tätigkeit kam Langen zu folgendem Schluss: „Es ist alles Planungswesen Raumordnung“, wobei er dem „Gesichtspunkt des Raumes die Gesichtspunkte der Wirtschaft und der Gesellschaft“ gegenüber stellt.⁴⁵³ In dem sehr weit gefassten Verständnis von Planung und Gesellschaft kommt er Hilberseimer nahe, wenngleich mit diametraler Richtung, nämlich die vorhandene Stadt und Landschaft in ihrer räumlich „abgelagerten“ Geschichte aufnehmen und

⁴⁵² Langen, G. (1928): Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe, in: Ritter, H./ Hrsg.(1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 273-290, insbes. S. 284

⁴⁵³ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224. In seinem 1929 veröffentlichten Buch „Deutscher Lebensraum - Ein Beitrag zur deutschen Raumwirtschaft und zur Gesamtrationalisierung in Wirtschaft, Siedlung und Volksleben“ führt Langen die 1927 umrissenen Raumordnungsgedanken weiter aus, bleibt jedoch in der bereits 1927 umfassend skizzierten Denkrichtung.

weiterführen, nicht aber sie auslöschen und neu errichten. Er stellt den raumordnenden Plan allen gestaltenden Disziplinen voran, da erst das Planungswesen „in die Zusammenhänge der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Gemeinschaftslebens“ einzudringen vermag und alle Gestalter, vom Tiefbauingenieur über den Architekten und Städtebauer Sondergebiete bearbeiten.⁴⁵⁴

Ein solches Verständnis von Raum als gesellschaftlicher Kategorie geht über das der Einzelfachgebiete hinaus und bildet zugleich die Grundlage für eine systematische und integrierende Operationalisierung aller raumgestaltenden Tätigkeiten.⁴⁵⁵ In politischer Hinsicht sah er die planende Tätigkeit als eine die Individualbedürfnisse der Menschen ausgleichende Aufgabe an: „Kein Parteimann, vom äußersten Kommunisten bis zum äußersten Deutschnationalen kann sich, soweit er überhaupt Verstand und Herz auf dem rechten Fleck hat, der Forderung entziehen, daß jeder einzelne Mensch und jedes einzelne Lebensbedürfnis Anspruch auf Lebensraum hat und daß ein guter Plan wiederum das beste Mittel ist, die Interessen des Einzelnen gegenüber denen der Allgemeinheit abzugrenzen.“⁴⁵⁶

Dieses Verständnis ist weit entfernt von dem vulgären Gebrauch des Raumbegriffes durch die nationalsozialistische Raumordnung im Sinne von „Blut und Boden“ oder Neuordnung eroberter Gebiete. Dennoch boten die Ausführungen von Langen

⁴⁵⁴ Langen G. (1928): Planungswesen, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 224

⁴⁵⁵ Ein derartiges Verständnis vom Raum greift Diskussionen vor, die seit den 1990er Jahren geführt worden sind und den Raum als Schlüsselkategorie herausgearbeitet haben. Vgl. dazu: Harvey, D. (2006): Space as a key word, in: Harvey, D.: Space of global Capitalism – Towards a Theory of uneven Geographical, London, New York, S. 119-148, insbes. S. 121 „relational space“ – diese heutige Begrifflichkeit kann auch den Ansatz von Langen charakterisieren. Vgl. auch: Löw, M. (2001): Raumsoziologie, Frankfurt am Main und eine Kritik dazu bei Arnold, H. (2001): Rezension zu Martina Löw: Raumsoziologie. Frankfurt am Main 2001, in: geographische revue, 3. Jg, Heft 2, S. 103-105

⁴⁵⁶ Langen, G. (1929): Der Lebensraum der Kleinstadt, in: Stadt und Siedlung, 10, S. 109-114. Insbes. S. 113: Hier beton er weiter, dass die Planung nicht „im Dienste“ des „Grundstückes“, sondern für die „Rechte der Allgemeinheit im städtischen Lebensraum“ zu wirken habe.

genügend Möglichkeiten, die intendierte humanitäre Dimension zu reduzieren und die umfassend angelegte Konzeption in eine totalitäre Raumordnung zu verkehren. Darin verbirgt sich eine latente Gefahr raumplanender Tätigkeit, die, wenn sie nicht demokratisch verankert und an humanitäre Grundsätze gebunden wird, in dogmatische RaumORDUNG ableiten kann. Ein demiurgischer Gestus schwang auch bei Langen mit. Die demokratische Verfasstheit von räumlicher Planung war kein expliziter Gegenstand der Auseinandersetzung. Er blieb hier auf der abstrakteren Ebene der Interaktion.

3.4.4 Der Counterpart - Robert Schmidt: Wortführer der deutschen Landesplanung

Er ist der Doyen der Landesplanung gewesen. Mit der auf seine Initiative erfolgten Gründung des Siedlungsverbandes Ruhr (SVR), die bereits vor dem 1. Weltkrieg angebahnt und dann 1920 vollzogen worden ist, sind internationale Maßstäbe gesetzt worden.⁴⁵⁷ In der von Schmidt vorgelegten Denkschrift von 1912 hatte er jene übergreifende Sicht auf die Stadt gesetzt, die als Maßstab für die spätere Landesplanung angesehen werden kann. Er hatte darin u. a. ein System von Grünanlagen vorgeschlagen, das den gesamten Raum gliedern und umfassend gestalten sollte, also das Einfügen von Grünräumen, Wanderwegen und Naturschutzgebieten in das Konglomerat der industriellen und infrastrukturellen Anlagen als ordnendes und gesundheitsförderndes Moment.⁴⁵⁸ Erst die Gründung eines Verbandes auf gesonderter Rechtsgrundlage ermöglichte die Weiterentwicklung dieses Kerngedankens in Richtung umfassender und die

⁴⁵⁷ Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen, Reprint 2009. Diese konzeptionelle Schrift war auch von Schmidt als Dissertation an der TH Aachen 1912 eingereicht worden.

⁴⁵⁸ Schmidt, R.(1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen, Reprint 2009, S. 65-68. Diese Ausführungen könnten einem grünen Nationalpark für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk entsprechen. Die Durchgrünung des Ruhrgebietes war, neben den wohnungsbaulichen, verkehrstechnischen und sozialen Planungsaussagen in dieser Schrift, das zentrale Anliegen von Schmidt für die Entwicklung des Ruhrgebietes. Er hatte damit eine ‚Außensicht‘ auf die Städte dieses Raumes entworfen – eine Voraussetzung für die Landesplanung. Mit dieser Schrift hatte er eine Art Memorandum für die neue Disziplin verfasst.

Gemeindegrenzen übergreifender Siedlungsplanung – nach dem 1. Weltkrieg. Der SVR avancierte zum allgemeinen Bezugspunkt für alle folgenden Initiativen – im Positiven wie im Negativen. Robert Schmidts Werk ist vielfach gewürdigt worden und steht im Rang eines Monuments der Planungsgeschichte. Dies ist zweifelsohne berechtigt – auch die neueren Forschungen haben daran kaum etwas geändert.⁴⁵⁹ Er kann, ohne Übertreibung, als ein „system builder“⁴⁶⁰ der Landesplanung betrachtet werden. Mit ihm gewann der kognitive wie institutionelle Pol der Landesplanung in Deutschland, das Ruhrgebiet, seine feste Verankerung. Von hier strahlten die disziplinären wie praktischen Entwicklungen in der Landesplanung aus. Bemerkenswert erscheint, dass es in der Region keine höhere technische Bildungsanstalt gab, die sich diesem Thema gewidmet hatte. Der wesentliche Beitrag zur Landesplanung war also im außerakademischen Sektor herangereift.

Hier zeigte sich ein erster Unterschied zu dem anderen Pol disziplinärer Entfaltung, dem mitteldeutschen Raum. Hier gab es vielfältige Bezüge zur akademischen Welt, allen voran zur Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, aber auch zu den Universitäten in Halle und Leipzig. Die Initiative aber ging auch hier von der konkreten Landesplanung in der Region aus. Mit Gustav Langens Forschungsinstitut in Berlin verfügte der mitteldeutsche Raum über eine exzellente wissenschaftliche Bezugsbasis. Vergleichbares gab es im Ruhrgebiet nicht, wenngleich der Siedlungsverband auch über umfassende Informationsgrundlagen verfügte, aber eben nur auf die konkreten Planungsaufgaben in der Region bezogen.

⁴⁵⁹ Die umfassendste, und durchaus auch kritische Würdigung erfuhr Robert Schmidt durch Hoffacker, H. W. (1989): Die Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen, S. 32-50

⁴⁶⁰ Der „Titel“ geht auf eine Charakterisierung von Walther Rathenau zurück, der damit seine strukturbildende Rolle als „Mann der vielen Eigenschaften“ und „polyphoner Charakter“, multitalentierter Theoretiker, Wirtschaftslenker und Außenminister in einem Begriff zusammenführte. Für Robert Schmidt trifft diese weit gespannte Charakterisierung nur bedingt zu; bezüglich seiner Rolle in der Landesplanung kann dies aber durchaus behauptet werden. Hughes, T.P. (1990): Walther Rathenau: „system builder“, in: Buddensieg, T.; Hughes, T., Kocka, J./Hrsg.: Ein Mann vieler Eigenschaften – Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin, S. 9-31

Neben seiner institutionellen Wirkung, sowohl im Ruhrgebiet als auch national wie international, hat er vor allem zwei planungstheoretische Beiträge geleistet, die das Planungsdenken in dieser Zeit beeinflussten:

Zum Einen führte er die Begriffe „allgemeine und besondere Landesplanung“ ein.⁴⁶¹ Beide Begriffe spielten für Schmidt eine zentrale Rolle und fanden in der Folgezeit in verschiedenen Ausdeutungen langsam Eingang in die Begriffswelt der Landesplanung.⁴⁶² Er führte damit zwei Betrachtungsebenen ein: die supranationale und die kleinräumig regionale. Allgemeine Landesplanung sollte also von einer volkswirtschaftlichen, auch im internationalen Kontext stehenden Betrachtung ausgehen und allgemeine, langfristige Planungsvorgaben bestimmen. Die besondere Landesplanung hingegen sollte kurzfristigere, übergemeindliche Planungen auf sehr konkreter Ebene umfassen.⁴⁶³ Die allgemeine Landesplanung sollte dem Reichswirtschaftsministerium zugeordnet werden, wohingegen die untere Ebene die Aufstellung von „interkommunalen Ortserweiterungsplänen“ beinhalten sollte.⁴⁶⁴ Hier führte Schmidt eine weitere Begrifflichkeit ein, die überaus aktuell anmutet: Interkommunalität. Weiterhin kreierte er den „Wirtschaftsplan“ als den Kern der besonderen Landesplanung, der die Flächenaufteilung aus inhaltlicher Sicht entlang der Wirtschaftsentwicklung umfasste. Dies fand Eingang in die Planungspraxis auch in Mitteldeutschland. An gleicher Stelle wurden von ihm „Bänder“ (Verkehrsbänder) als räumliche Zusammenfassungen verschiedener verkehrlicher Infrastrukturen und als ordnendes System in den Regionen definiert.⁴⁶⁵ Dabei räumte er dem Schienenverkehr eine zentrale Funktion ein. Er griff dabei eine Argumentation der „Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau“ auf, die die „raumfressende Wirkung

⁴⁶¹ Schmidt, R. (1926): Landesplanung. In: Baupolitik, Heft 3, S. 127-131

⁴⁶² Siehe u. a. die Definition der Landesplanung bei Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 1. So wurde hier Landesplanung definiert als „Planungen für einen größeren Bezirk ... die Wege weisen für die künftige Entwicklung seiner Wirtschaft, seiner Siedlungen und seines Verkehrs“ und die „an den kommunalen Grenzen der Städte nicht halt“ macht. Damit lieferte Luthardt eine eher praktikable Auslegung der Definition von Schmidt.

⁴⁶³ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 127, 128

⁴⁶⁴ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 129

⁴⁶⁵ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 129

des Automobils im Fahren und Stehen“ herausgestellt hatte und eine „falsche Konkurrenz zwischen beiden Verkehrsmitteln“ kritisierte, wobei die Studiengesellschaft zum Ergebnis kam, dass es sich nicht empfahl, „an den Bau von selbständigen kreuzungsfreien Kraftwagenbahnen heranzutreten“. ⁴⁶⁶

Diese Empfehlung ist auch in Merseburg bei der Favorisierung des eisenbahnbasierten Kommunikationssystems im „Plan 23“ des Planungsatlanten von 1932 aufgegriffen worden. So viele Bezüge es zu Schmidt seitens der mitteldeutschen Planung auch gab, seine Polemik hinsichtlich der in Merseburg gewählten Planungsstrukturen und Planungsräume weisen viele grundlegende Unterschiede auf: Der Charakter der informellen Planung mittels Siedlungsausschüssen und das planerische Zusammendenken von industriellen und nichtindustriellen Räumen wurden von ihm massiv attackiert. ⁴⁶⁷ Schmidt war „Top-Down“-Planer. Er fokussierte räumliche Planung ausschließlich auf wirtschaftliche Belange, wenn er sagte, dass der Flächenaufteilungsplan weder durch Kunst noch durch Technik beeinflusst wird, sondern letztlich nur durch die Wirtschaft. ⁴⁶⁸ In dieser Einengung lag auch die Divergenz zu Langen oder auch zu Prager, die jeweils komplexere und planungsmethodisch differenziertere Ansichten vertraten. Darüber hinaus gab es noch persönliche Differenzen, die sich aus der privilegierten Position des SVR in Preußen und damit auch der besonderen Beziehungen, die Schmidt besaß, ableiteten. Zudem vertrat Schmidt auch wirtschaftspolitische Positionen, die – im Gegensatz zu Langen – die allgemeine Landesplanung aus den zu beklagenden Landverlusten nach dem 1. Weltkrieg ableitete. Langen hingegen argumentierte für eine rationale Landnutzung im Inneren – aus Vernunftgründen und nicht aus Verlustgründen. ⁴⁶⁹

⁴⁶⁶ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 128

⁴⁶⁷ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 130

⁴⁶⁸ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 130

⁴⁶⁹ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, Heft 3, S. 127

Jedenfalls hat Schmidt, wie auch Langen, eine gesamtgesellschaftliche Planung gefordert, mit deren Hilfe auch die Bodenfrage gelöst werden sollte. Darin waren sie sich argumentativ einig. Die Landesplanung hatte in Deutschland mit diesen beiden kognitiven Polen eine ausgesprochen ertragreiche Quelle für die disziplinäre Entwicklung, denn der Streit und die gegensätzliche Auffassungen trieben inhaltliche Ausprägungen voran, ein Zeichen für den ausreifenden Disziplincharakter der Landesplanung.

3.5 Der produktive Höhepunkt und der Schluss: Eine Entfaltung der Landesplanung zwischen 1929 bis 1932/33

3.5.1 Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesplanungsverbände“

Die vielleicht turbulenteste und zugleich widersprüchlichste Phase der Zwischenkriegszeit zeitigte zugleich die produktivsten Resultate der Landesplanung. Es war die Zeit der Weltwirtschaftskrise, der sich abzeichnenden nationalsozialistischen Diktatur, die ihre ersten „Erfolge“ in Mitteldeutschland erringen konnte, und es war die Zeit politischer Unbestimmtheiten. Gerade diese allseits bekannten politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen bildeten einen virulenten Raum für die eigentliche Konstituierung der Landesplanung in Deutschland, besonders in den mitteldeutschen Gebieten. Es war die Zeit des faktischen Scheiterns der Bemühungen um das Preußische Städtebaugesetz, das nach einem Jahrzehnt intensiver Debatten nicht mehr den parlamentarischen Weg absolvieren konnte. Die Konstituierung der Landesplanung setzte sich trotz (oder gerade wegen) dieses Fehlens einer rechtlichen Basis erfolgreich fort und zeitigte – durchaus bis heute – Maßstäbe setzende Ergebnisse. Getrieben von den Unsicherheiten, suchte die Landesplanung – in ihren facettenreichen Ausprägungen – Stabilität und Langfristigkeit im räumlichen Entwicklungsdenken zu erzeugen.

„Am 2. Mai 1929 ist in Hannover auf Veranlassung des preuss. Ministers für Volkswohlfahrt eine Arbeitsgemeinschaft der preuss. Landesplanungsstellen gegründet (worden)“.⁴⁷⁰ An diesem Tage wurde, quasi auf halbem Wege zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet, der erste Schritt in Richtung einer übergreifenden Koordination der Landesplanung in Deutschland vorgenommen. Diese zunächst preußische Initiative sollte von Anbeginn alle interessierten Landesplanungsstellen einbeziehen, was auch unmittelbar nach der Gründung passierte. An der Auftaktveranstaltung nahmen 12 Landesplanungsstellen (existierend oder in Gründung) teil: Köln, Düsseldorf, Münsterland/Minden, Rheinprovinz, Siegerland, Merseburg, Elbe-Weser (Hamburg/Bremen), Magdeburg, Rhein-Mainischer Regionalplanungsverband, Lausitz, Oberschlesien und der SVR aus Essen teil.⁴⁷¹ Ein Jahr später, beim ersten regulären Treffen, nahmen 11 staatlich anerkannte und registrierte Landesplanungsstellen teil: SVR, Düsseldorf, Köln, Merseburg, Westfalen und Münster, Oberschlesien, Ost- und Mittelthüringen, Leipzig sowie Chemnitz; beantragt hatten Hannover, Erfurt und Niederlausitz; eine Prüfung lief für das Siegerland.⁴⁷² Um die Entstehung eines Verbandes in Stuttgart kümmerte sich der gewählte Vorsitzende, der Geschäftsführer des SVR, Schmidt, selbst.

Diese Gründung war seit drei Jahren von Gustav Langen vorbereitet worden. Am 24. Juni 1926 hatte er Vertreter aller gegründeten bzw. vor einer Gründung stehenden Landesplanungsverbände zu einem informellen Treffen in das Haus des Vereins Deutscher Ingenieure nach Berlin eingeladen.⁴⁷³ Die Teilnehmerliste liest sich wie ein

⁴⁷⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 6r

⁴⁷¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 8r. Der Rhein-Mainsche Verband trug als erster und einziger den heute üblichen Namen eines „Regionalplanungsverbandes“. Regionalplanung war als Begriff sonst nur im englischsprachigen Raum üblich. Dieser Verband taucht später nicht mehr in den Darstellungen der Arbeitsgemeinschaft auf, da er offenbar nicht staatlich anerkannt wurde, eine Voraussetzung für die offizielle Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft. Luthardt weist diesen jedoch als existent und arbeitsfähig aus. Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 5, 6

⁴⁷² ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 92v

⁴⁷³ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 1, Bl. 55r

„Who is Who“ der damaligen Landesplanung.⁴⁷⁴ Langen hatte damit bewusst auf eine reichsweite Dachorganisation abgehoben, um eine Vereinheitlichung der Planungstechnik, nicht der Organisationsstruktur zu befördern und natürlich insgesamt der Landesplanung als Fachgebiet größere politische Bedeutung zu verleihen. Neben den permanenten kartografischen Problemen standen auch Fragen der internationalen Kooperation, die ebenfalls einer größeren Vereinheitlichung der Planungsarbeiten in methodischer und darstellerischer Hinsicht dienen sollte, auf der Tagesordnung. Das Langensche Archiv für Siedlungswesen bildete eine fachliche Grundlage für die Arbeit, insbesondere für die Planbearbeitungsfragen. Zugleich wurden erste Erfahrungen bei der Gründung von Landesplanungsverbänden ausgetauscht, wobei der Vertreter aus Merseburg, Fisch, außerordentlich positive Erfahrungen mit der Struktur informeller Kooperation, die nicht Sonderorgane darstellen, wie der Ruhrsiedlungsverband, sondern, wie Niemeyer darlegte, „freiwillige Verbände mit behördlicher Aufsicht“ waren.⁴⁷⁵ Noch ein weiterer strategischer Aspekt kam zur Sprache: Fisch warnte davor, dass „die gesetzliche Regelung der Landesplanung diese selber im wesentlichen als reine Verwaltungssache behandelt und maßgebend den Juristen in die Hand gegeben werde unter Zurückdrängung der Techniker; dies würde z. B. der Fall sein, wenn die Sache an die Provinzen übergehe. Dagegen müssten wir unsere Stimme erheben.“⁴⁷⁶ Dieser Mahnruf hatte geradezu etwas Prophetisches an sich und war auch als Aufforderung zur weiteren Professionalisierung der Landesplanung und ihrer organisatorischen Eigenständigkeit zu verstehen.

In der Folgezeit stagnierte die Initiative, auch aus Geldmangel. Erst 1928 unternahm Langen einen erneuten Vorstoß zur Weiterführung dieses Netzwerkes der

⁴⁷⁴ Zu den Teilnehmern gehörten: Fisch/Merseburg, Niemeyer/Oppeln, Mackowsky/Leipzig, Diez/Weimar, Hecker/Düsseldorf, Rappaport/Essen, v. Löschebrand/Berlin, Thamm/Berlin, Rohleder/Chemnitz, Sander/Berlin, Langen/Berlin sowie sein Mitarbeiter im Archiv für Siedlungswesen, v. Mangold; nicht anwesend waren Vertreter aus Wiesbaden, Münster und Köln. Auffallend ist, dass Robert Schmidt, Chef des SVR, selbst nicht anwesend war.

⁴⁷⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 1, Bl. 63r

⁴⁷⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 1, Bl. 63v

Landesplanungsverbände in Deutschland. Legitimiert durch das Votum der seinerzeit Anwesenden, versuchte er die förmliche Gründungsveranstaltung bewusst außerhalb Preußens durchzuführen, um gerade den sich dort in Gründung befindlichen neuen Verbänden Auftrieb zu geben. Er schlug Weimar als Gründungsort vor und trat mit der Thüringer Regierung (Innerministerium) in Verbindung.⁴⁷⁷ Die gerade gegründete Ostthüringer Landesplanung entwickelte sich zu einem „Musterknaben“ der Landesplanung und hätte als ein Vorbild für eine selbstständige Organisation gelten können. Aus dieser Initiative wurde nichts. Offenbar hatte Robert Schmidt interveniert. Langen vertrat nur ein wissenschaftliches Privatinstitut, Schmidt hingegen hatte den starken SVR hinter sich. Zugleich sah er, wie im Protokoll von 1926 ersichtlich war, eine gewisse Negativstimmung gegen das Modell des SVR aufkommen, dem er begegnen musste; so kann nur vermutet werden, da die Quellen hier keine eindeutige Aussage zulassen. Dennoch erscheint aus dem Vergleich der Quellen diese Deutung plausibel. Schmidt entpuppte sich als ein gewisser Gegenspieler zu Langen. Folgerichtig fand die Gründungsveranstaltung auf Preußischem Boden statt und Schmidt wurde der erste Vorsitzende.

Mit der Wahl Merseburgs als dem ersten regulären Tagungsort des neuen Dachverbandes am 10. November 1931 wurde auch die Bedeutung unterstrichen, die diesem Verband im Ensemble der Landesplanungsstellen zugemessen worden war. In organisatorischer Hinsicht kam es in Merseburg zur Bildung von Ausschüssen, die die inhaltliche Arbeit leisteten:

- Ausschuss für das Städtebaugesetz,
- Ausschuss für wirtschaftliche und statistische Grundlagen,
- Ausschuss für Karten- und Luftbildwesen,
- Ausschuss für die Beteiligung an der großen Berliner Bauausstellung 1931.⁴⁷⁸

⁴⁷⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 1, Bl. 170r-171r

⁴⁷⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 91v

Letzterer wurde von Stephan Prager geleitet. „Die Ausstellung soll zeigen: das historische Jahr 1900 und das historische Heute, also 1930.“⁴⁷⁹ Damit war beabsichtigt, das breite Aufgabenspektrum der Landesplanung und die historischen Wandlungen konzentriert zu vermitteln.

Die wichtige Landesplanungsstelle Brandenburg-Mitte wurde bis 1932 kein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, war aber über den technischen Leiter und das Archiv für Siedlungswesen mit Gustav Langen indirekt vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft, die den Zusammenschluss der auf dem „Gebiete der Landesplanung und zwischengemeindlichen städtebaulichen Arbeit“ tätigen Institutionen darstellt, diente dem praktischen Erfahrungsaustausch, vor allem aber der Erstellung von „Grundlagen für eine einheitliche Bearbeitung aller Fragen auf dem Gebiete der Landesplanung“.⁴⁸⁰

Eine besondere Qualität dieser Dachvereinigung sahen die Mitglieder darin, dass eine breite Varianz an institutionellen Formen und inhaltlichen Ansätzen vertreten sei und es sich nicht um eine „staatlich uniformiert(e)“ Einrichtung handelte.⁴⁸¹ Diese Vielfalt und die internen Kommunikationsformen brachten die Landesplanung, neben der staatlichen Anerkennung, auch inhaltlich und methodisch voran, worauf Luthardt bei der Erarbeitung der Planwerke für Ostthüringen verweist.⁴⁸² Der informelle Institutionalisierungsgrad war damit neben dem formellen ausgereift. Einzig die Lehre an einer Hochschule hatte sich noch nicht selbstständig entwickelt, was aber durch die zahlreichen Fortbildungsangebote kompensiert wurde. Publikationen, Ausstellungen und umfassende Plansammlungen sowie ein etablierter wissenschaftlicher Diskurs sind in wenigen Jahren entstanden, wobei die

⁴⁷⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 94r

⁴⁸⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 176r. Satzung der Arbeitsgemeinschaft von 1932

⁴⁸¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 9, Bl. 98v

⁴⁸² Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 5-7

Trägerschaft der vielen vorhandenen städtebaulichen Institutionen, allen voran die „Freie Akademie des Städtebaus“ und ihrer Arbeitsgemeinschaften, auch eine Grundlage waren.⁴⁸³

3.5.2 Die „Wolfener Siedlung“ in Dessau: ein Modell für die praktizierte Dezentralisierung in Mitteldeutschland um 1930

„Im Jahre 1927 wurde er (Fritz Richter) zum Geschäftsführer der seinerzeit für die hiesigen Werke (AGFA Wolfen) neugegründeten „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für Werksangehörige der I.G. Farbenindustrie Frankfurt/Main/Sitz Wolfen“ ernannt. Als solcher leitete er die bei der Gründung erforderlichen Vorarbeiten, organisierte sie kaufmännisch und technisch und leitete dann auch selbständig den in Dessau ca. 100 Wohnungen umfassenden geschlossenen Siedlungsbau, der nach seinen Entwürfen entstanden ist. Auf Grund seiner vor 1933 geübten Tätigkeit als Vertrauensmann der Angestelltenschaft in der Farbenfabrik wurde behördlicherseits von ihm die Niederlegung (ab 1934 HK) dieser Tätigkeit gefordert.“⁴⁸⁴ Nach dem 2. Weltkrieg wurde er dann rehabilitiert und wieder in sein Amt als Geschäftsführer eingesetzt.

Im mitteldeutschen Raum begannen sich ab 1893, und dann noch einmal verstärkt im Ersten Weltkrieg, eine Vielzahl von chemischen Industriebetrieben anzusiedeln. Die AEG machte den Anfang mit der Gründung der „Elektrochemischen Werke“ in Bitterfeld, geleitet von Walther Rathenau. Dem folgte dann in kurzem Abstand die

⁴⁸³ Die Initiatoren der Landesplanung waren z. T. gleichzeitig auch in der Freien Akademie für Städtebau tätig, wie z. B. Robert Schmidt. Sie bildete eine weitere Kommunikationsplattform, in welcher auch Landesplanungsthemen behandelt worden waren. Hierzu wären weiterhin die Deutsche Gartenstadtgesellschaft oder der Verein für Wohnungsfürsorge zu zählen. Vgl. dazu: Lehweß, W. (1924): Arbeitsgemeinschaft der im Städtebau tätigen Verbände, in: Stadtbaukunst, 10, S. 146 sowie Deutsche Bauzeitung (DBZ), (1923) 52, S. 254-255

⁴⁸⁴ Zeugnis, ausgestellt am 1.3.1956 für Fritz Richter, dem Baumeister der Wolfener Siedlung in Dessau. Dem Autor vom Sohn, Wolf Richter (Wuppertal), als persönliches Dokument, nebst Bildmaterial, 1992 übergeben (mit Begleitbrief vom 24.3.1992). Archiv Kegler

Farbenfabrik der AGFA, Berlin, die sich bereits im nahe gelegenen Dorf Wolfen ansiedelte. Schließlich komplettierte die Filmfabrik der AGFA ab 1909/10 den Kern des mitteldeutschen Chemiestandortes. Diesem folgten 1916 bzw. 1917 die chemischen Fabriken in Piesteritz bei Wittenberg und die Ammoniak-Werke Leuna bei Halle-Merseburg. Damit war in zwei Jahrzehnten einer der international bedeutendsten Standorte der chemischen Industrie, einer damals „High-Tech“-Industrie, entstanden.⁴⁸⁵ Die günstigen Standortvoraussetzungen, billige Arbeitskräfte aus dem ländlich geprägten Raum, reiche Braunkohlevorkommen sowie die zentrale Lage im Deutschen Reich an den Verkehrswegen der Eisenbahn und der Flüsse (insbes. die Elbe), prädestinierten Mitteldeutschland. Zugleich wuchs ein Bedarf an Wohnungen, insbes. für die qualifizierten Arbeitskräfte, die nicht aus der Region gewonnen werden konnten.⁴⁸⁶

Mit der Gründung der I.G. Farben 1925 begann eine verstärkte Konzentration und ein weiterer Ausbau der Produktionskapazitäten in Mitteldeutschland. In Wolfen wurde der Sitz der mitteldeutschen Konzernleitung der I.G. Farben angesiedelt und mit einem repräsentativen Gebäudekomplex symbolisch markiert. Dieser Bedeutungsgewinn der mitteldeutschen Chemieindustrie führte zu qualitativ neuen Anforderungen an die Wohnungsversorgung. Nunmehr galt es nicht nur die wachsende Zahl der Beschäftigten unterzubringen, sondern verstärkt für Führungspersonen und für die Forscher Angebote zu unterbreiten. Eigens dafür wurde auch die oben erwähnte werkseigene, aber gemeinnützige Wohnungsgesellschaft gegründet.⁴⁸⁷

⁴⁸⁵ Obst, E. (1909): Bitterfeld und Umgebung nebst Industrie, Handel und Gewerbe, Bitterfeld, S. 76; Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen, S. 8; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt/Hrsg. (2004): Leuna 1916-45, Erfurt, S. 7; Berthold, R./Hrsg. (1988): Produktivkräfte in Deutschland 1917-1945, Berlin, S. 180-81 sowie S. 352-54

⁴⁸⁶ Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen, S. 9-10

⁴⁸⁷ Vgl. Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen, S. 16-35

Mit der durch die Erhebung der Hauszinssteuer ab Mitte der 1920er Jahre durch den Staat beförderten Wohnungsbauaktivitäten veränderte sich der bis zum 1. Weltkrieg vornehmlich privat oder (vergleichsweise minimal) genossenschaftlich betriebene Wohnungsbau in Richtung eines kommunal bzw. staatlich geförderten, gemeinnützigen Baus. Dies war eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung einer Dezentralisierungsstrategie in großem Stile. Im Preußischen Wohnungsgesetz von 1918 wurde explizit ein Zusammenhang von Wohnungsbauförderung mit der Wirtschaftsentwicklung hergestellt:

„Gefördert werden Gemeinden, in denen ein vermehrter Wohnungsbedarf ... besteht oder in denen die Produktivität der Industrie dadurch gekennzeichnet ist, daß entweder nicht genügend Arbeitskräfte aufgrund fehlender Wohnungen angestellt werden können oder die vorhandenen Arbeitskräfte durch unzureichende Wohnverhältnisse in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind. Staatliche Hilfe erhalten deshalb auch werksgeförderte Wohnungen; reine Werkswohnungen hingegen nicht.“⁴⁸⁸

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Werksangehörige der I.G. Farben in Wolfen als werksgefördertes Unternehmen nahm derartige staatliche Förderungen in Anspruch und konzentrierte die Aktivitäten insbes. auf einen Siedlungsbau, der sich an Leitungskräfte, vor allem aber an Wissenschaftler richtete. Damit verband das Unternehmen eine starke Verlagerung seiner Bautätigkeit nach Dessau, also in ein urbanes Umfeld.⁴⁸⁹

So entstand die „Wolfener Siedlung“ (1928-1930) im Nordwesten der Stadt, in Dessau-Ziebigk, als eine voll ausgestattete urbane Wohnanlage, die zwischen der

⁴⁸⁸ Preußisches Wohnungsgesetz, zit. nach: Peltz-Dreckmann, U. (1978): Nationalsozialistischer Siedlungsbau, München, S. 59

⁴⁸⁹ Vgl. Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen, S.36-37

Gartenstadt Hohe Lache (1919-1925) und dem Bauhaus liegt. Sie ist damit in fußläufiger Entfernung zur Eisenbahn angelegt worden (deswegen entstand Mitte der 1930er Jahre ein Westausgang des Bahnhofes als Untertunnelung). Hier wurden – in bester Wohnlage – mittlere Angestellte, vor allem aus dem Forschungs- und Technologiebereich angesiedelt. Es wurden etwa 100 Wohnungen mit einer Grundfläche von 90 bis 100 qm in drei mäanderförmigen zwei- bis dreigeschossigen Mietwohnungsanlagen errichtet. Sie waren mit Etagenheizung ausgerüstet. Zu jeder Wohnung gehörte ein kleiner Garten, für den es im Gebiet eine eigene Gärtnerei gab. Zudem war der Wohnkomplex mit einem Schwimmbecken, einer Tennisanlage, einer Brausefabrik, einer Wäscherei sowie einer zentralen Weckanlage (mit Uhr im Wohninnenbereich) ausgestattet.⁴⁹⁰

Diese Wohnanlage stellt das Beispiel für die im „Plan 23“ hervorgehobene Bedeutung von Dessau als Wohnlage für Arbeitskräfte im Bitterfelder Raum dar – ohne diese Siedlung explizit zu nennen. Die Dessauer Siedlungsaktivitäten im Süden und Nordwesten der Stadt gehörten zu den qualitativ hochwertigsten, die die I.G. Farben in Mitteldeutschland errichtet hatte. Damit wurde das Verständnis von Dezentralisierung nicht nur räumlich erweitert, sondern auch komplexer angelegt. Zugleich ging es nicht um ein neues Siedlungssystem, sondern um eine Integration der neuen Wohnsiedlungen in die vorhandene Stadt im Sinne einer – vorweg genommenen – dezentralen Konzentration. Die „Wolfener Siedlung“ in Dessau ist somit ein Prototyp für das Verständnis von Dezentralisierung: Ausgehend von der entwickelten Großindustrie mit ihren weit reichenden Einzugsgebieten für Arbeitskräfte, entstanden dezentral angelegte Wohnstrukturen und deren infrastruktureller Vernetzung in großräumigen Systemen der vorhandenen Städte und Ortschaften.

⁴⁹⁰ Vgl. auch Kegler, H. (1992): Siedlungen im Gegenwind, in: TU Berlin/Hrsg.: Jahrbuch Stadterneuerung, Berlin, S. 153 sowie Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen, S. 39

4. Brandenburg-Mitte: Planung für das Umland der Reichshauptstadt Berlin

4.1 Anfänge einer neuen, kooperativen Planungs-Kultur

Der mitteldeutsche Raum war durch eine Vielzahl wirtschaftlicher, politischer, aber auch planungsbezogener Beziehungen mit den Entwicklungen Berlins und seines Umlandes verbunden. Als Preußische Provinz, als wirtschaftliches „Hinterland“ der Metropole, aber auch durch vielfältige Personalverbindungen stand die mitteldeutsche Planung in engem Bezug zu Berlin. Zudem wurde in den Planungsatlas für das mitteldeutsche Industriegebiet der Raum Berlin einbezogen – aus guten Gründen. Ein Blick auf die Entwicklungen in dem Stadt-Umland-Konstrukt der Hauptstadt erscheint notwendig, wird doch hier eine Reihe von Bezügen und Unterschieden zur Planung in Mitteldeutschland sowie grundsätzliche Fragen der Landesplanung deutlich.

Die Planungssituation zwischen der Reichshauptstadt und deren Umland war – seit der Auflösung des Zweckverbandes 1920, dem Hauptergebnis des Wettbewerbes von 1910 – eine der am meisten ungeklärten wie zugleich auch dringendsten, die einer Lösung bedurft hätte. Der Zweckverband war der Stadtgemeinde Berlin, also der Eingemeindung, aus politischen Erwägungen gewichen.⁴⁹¹ Zwar war die Hauptstadt gestärkt worden, die Probleme der ausufernden Großstadt konnten damit kaum gelöst werden. Kooperation war Subordination geopfert worden. Das nährte Spannungen und vertagte Problemlösungen, die sich gerade aus Infrastrukturfragen, der Wasserproblematik oder der Wohnsuburbanisierung ergaben. Das Umland war auf sich zurückgeworfen worden. Der Mangel an qualifizierten Planern, Städtebauern und Architekten in den Umlandgemeinden und Kreisen trug zur tendenziellen Verschärfung von Entwicklungsproblemen bei.

⁴⁹¹ Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 60, 61

Erst am 3. November 1929 gelang, durch Initiative der „Märkischen Arbeitsgemeinschaft der Freien Akademie für Städtebau“, allerdings gegen den ausdrücklichen Vorschlag der Akademiemitglieder zur Einbeziehung Berlins und vom Oberpräsidenten der Provinz nur für die Umlandregion von Berlin ausgelegt, die Gründung der Landesplanung Brandenburg-Mitte.⁴⁹² Obwohl der Oberpräsident staatlicher Verwaltungschef sowohl für Berlin als auch für das Umland – auf der Ebene der Preußischen Provinz – war, scheute er vor einer integrierenden Landesplanung ob der vermeintlichen Dominanz Berlins zurück. Er beschränkte sich auf die Argumentation, zunächst die Verhältnisse im Umland zu klären, dann zur Kooperation überzugehen. Andererseits gab es auch von Berliner Seite, so vom wirtschaftsnahen City-Ausschuss, Vorbehalte, sich mit „Randproblemen“ zu beschäftigen.⁴⁹³

So begann sich die Landesplanung auf die Qualifizierung der Planungen und die sich dem Übergreifen der Metropole auf das Umland abzuleitenden, zukünftigen Fragestellungen zu konzentrieren. Dabei griffen die Initiatoren auch auf Erfahrungen aus dem Ausland, insbesondere aus England und Holland zurück. Damit wurden vor allem die Notwendigkeit einer „gegenseitigen Verständigung zwischen den Landkreisen und der Stadt“ als auch die zwingenden Erfordernisse einer Dezentralisierung der Großstadt in „Ortschaften mit selbständigem Eigenleben“ aus den internationalen Erfahrungen in die Debatte zur Planung der Region von Berlin und Umland eingebracht.⁴⁹⁴ Ohne an dieser Stelle den weiteren Werdegang der Landesplanung zu beleuchten, was für die verfolgte Fragestellung weniger bedeutsam ist (zudem ausführlich bei Engeli geschehen), soll die inhaltliche Arbeit

⁴⁹² Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 73-75 sowie Müller-Haccius: Referat zum Geschäftsbericht 1931, S. 1 in: Die Arbeit des Landesplanungsverbandes Brandenburg-Mitte, Geschäftsberichte (1929/ 1931-35, Berlin, Bundesarchiv Koblenz/Berlin, R 113 Landesplanungsgemeinschaften, 486, einzelne Bereiche der Landesplanung 1925-41, 2.2.11.1.4 Raumordnung, BAK/41/1061, im Folgenden: BAK-Geschäftsberichte Landesplanung Brandenburg-Mitte)

⁴⁹³ Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 75

⁴⁹⁴ Kuhberg, L. (1929): Ein Beitrag zur Lösung der Landesplanung um Berlin, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ) 91, 13.11.1929, S. 777-783, insbes. S. 783

der Landesplanung beleuchtet werden, die vor allem durch den technischen Berater, Gustav Langen, geprägt wurde.

Die Planungsarbeit war demgemäß auf zwei Ebenen angelegt: der Auseinandersetzung mit der Dezentralisierungsfrage, einer eher konzeptionellen und strategischen wie z. T. theoretischen, und auf der praktische Frage der Qualifizierung der gemeindlichen sowie gemeindeübergreifenden Planungen.

Die Landesplanung ging sehr rational und effizient vor. Nach den organisatorischen Aufbauarbeiten im Jahr 1930 gingen die Bearbeiter daran, die inhaltliche Ausgestaltung ihres Aufgabenfeldes vorzunehmen. Zunächst wurden „Siedlungstechnische Grundsätze“ aufgestellt. Diese sollten als Maßstab für die Planungsarbeit der Gemeinden, aber auch zur Beurteilung dieser Pläne durch die Geschäftsstelle dienen.⁴⁹⁵ Dabei wurde unterschieden zwischen Grundsätzen, die „in erster Linie in Betracht“ kommen, und übergreifende „Gedankengänge“, die zwischengemeindlichen Zusammenhängen der Landesplanung gelten.⁴⁹⁶ Diese auf zwei räumlichen Ebenen angesiedelten leitenden Aussagen wurden in zwei Kategorien ausgeführt:

„A. Allgemeine Ziele – Kürzeste Fassung“,

„B. Erweiterte Fassung“.

In sieben Punkten wurden die wichtigsten übergreifenden Aussagen für eine Orientierung der Planung vorangestellt. Diese reichten von Verkehrsanlagen, über die Infrastrukturen, die Gewerbeflächen, die Landwirtschaft, die Erholungsflächen, die Besiedlungsentwicklung bis zum Landschafts- und Siedlungsbild. In der erweiterten Fassung wurden die einzelnen Ziele erläutert, wobei jeweils hervorgehoben wurde, was für die Kommunen besonders zu beachten sei.

⁴⁹⁵ BAK-Geschäftsberichte Landesplanung Brandenburg-Mitte: Siedlungstechnische Grundsätze, Juli 1931

⁴⁹⁶ BAK-Geschäftsberichte Landesplanung Brandenburg-Mitte: Siedlungstechnische Grundsätze, Juli 1931, S. 1

4.2 Eine Strategie für den Berliner Raum

In einem weiteren Grundlagenpapier legte der Landesplanungsverband gleichzeitig die „Gesichtspunkte für die Behandlung von Siedlungsplänen in den bisher ländlichen Gebieten des Landesplanungsverbandes“, also für die neuen, suburbanen Areale dar. Sie beinhalteten die einzelnen Darstellungen, die zu wählenden Kategorien und die im Text bzw. Plan aufzunehmenden Inhalte.⁴⁹⁷ Nach allgemeinen Voraussetzungen folgten dann überschaubare 10 Punkte, die es im Plan bzw. Text in kurzer Form darzulegen galt. Dabei wurde u. a. auch auf eine Typologie der „geplanten Siedlungen“, also der von Suburbia, verwiesen – eine Besonderheit in der Landesplanung:

- „Wohnsiedlung“,
- „Wochenendsiedlung“,
- „Nutzgartensiedlung“,
- „Wirtschaftssiedlung“.

Eine weitere Besonderheit war der „Zeitzoneplan“. In diesem sollte von dem Verfasser eine zeitliche Reihenfolge der Parzellierungen als „1. Zone sofort, 2. Zone nach Verkauf von 75% der Parzellen der 1. Zone, 3. Zone entsprechend“ ausgewiesen werden. Außerdem wird hier nicht mehr von Flächenaufteilung, sondern unter Punkt 7 von „Flächennutzung“ und deren differenzierter Gliederung in Nutzungsarten gesprochen. Ein Indiz für die begriffliche Transformation einer der zentralen Kategorien der Stadt- und Landesplanung. Mit diesen beiden Instrumenten sollte eine geordnete Suburbanisierung erreicht werden. Die allgemeine Dezentralisierung bekam in Gestalt dieser Planungsausrichtung einen systematischen Charakter. Die lenkende Hand des „Technischen Beraters“ in der Geschäftsstelle, Gustav Langen, war unverkennbar. Er hatte für das von ihm gegründete „Deutsche Archiv für Siedlungswesen“ eine umfassende Plansystematik,

⁴⁹⁷ BAK-Geschäftsberichte Landesplanung Brandenburg-Mitte: Gesichtspunkte für die Behandlung von Siedlungsplänen, Juli 1931, S. 1-2

die sog. „Einheitspläne“⁴⁹⁸ eingeführt. Auf diesen Prinzipien fußen sowohl die „Grundsätze“ als auch die Plan-„Gesichtspunkte“. Mit der Ausgabe dieser beiden Grundlagenpapiere an die Gemeinden und Landkreise war stets der Hinweis auf das Zurate ziehen geeigneter Fachleute bei der Planbearbeitung verbunden.

In dem Bericht zum 3. Geschäftsjahr (1.4.1932 bis 31.3. 1933) wurde ausführlich auf die durchgeführten Planbearbeitungen eingegangen – das letzte Mal in dieser Form:

Im Zentrum der Tätigkeit der Landesplanung stand demnach die Mitwirkung bei den gemeindlichen Einzelplänen, um der allgemeinen Siedlungsentwicklung Vorrang geben zu können gegenüber „örtlichen egozentrischen Gesichtspunkten“. Dabei wurde als bedeutender Erfolg registriert, dass die Mehrheit der Grundeigentümer professionelle Planverfasser beauftragt hat, nämlich „über fünfzig private Städtebauer und Landmesser“, die in enger Verbindung mit der Geschäftsstelle wirkten.⁴⁹⁹ Die Planungen wurden jeweils in der „Plankammer des Landesplanungsverbandes“ gesammelt. Dort konnten dann die Bearbeiter ihre Abschnitte mit den Nachbarplanungen und den Gesamtübersichten abgleichen. Im Jahr 1932 wurden zur besseren Bearbeitbarkeit noch „Typenpläne“ herausgegeben.

Die Geschäftsstelle berät die einzelnen Planbearbeiter bzw. die Gemeinden in einem frühen Stadium der Erarbeitung. Danach hat sie die Aufgabe, die Pläne in dem förmlich vom Ministerium für Volkswohlfahrt erlassenen Verfahren der Begutachtung Stellung zu nehmen, bevor die Genehmigung des Planes erfolgt (durch das zuständige Regierungspräsidium). Dabei wurden 1930 – 35 Planungen, 1931 – 79 Planungen und 1932 – 92 Planungen bearbeitet. Dazu fanden z. B. 1932 über 90 örtliche Verhandlungen und Ortsbesichtigungen statt. Von den 210 Planungen wurden folgende Beanstandungen vorgenommen: „60 ohne ausreichende

⁴⁹⁸ Ein Original des Musterblattes für die „Einheitspläne“ befindet sich in der Deutschen Bücherei in Leipzig: 1922 T 37.

⁴⁹⁹ BAK-Geschäftsberichte Landesplanung Brandenburg-Mitte: Geschäftsbericht vom 25. 4. 1933, S. 9, 10, 14. Alle Angaben zu den Verfahren sind hier zusammen gestellt.

Unterlagen; 35 plant technisch minderwertig, 63 zu umfangreich, ...“. Die Geschäftsstelle erarbeitete 14 Fehlergruppen – analog zu den Grundsätzen. Bei 92 von 150 Plänen wurden mehr als 5 Verstöße registriert. Diese wurden dann in grafischen Übersichten als „Gesamtkritik“ anschaulich gemacht und den Gemeinden erläutert. Daran schlossen sich dann langwierige Verhandlungen mit den jeweiligen Stellen an, um die Umänderungen gemeinschaftlich festzulegen. Ein insgesamt aufwendiges Verfahren, das aber eine hohe Garantie für eine qualitativ anspruchsvolle Planung und dann auch Umsetzung bot.

Über diese dezidierte Planungsarbeit hinausgehend, legte Langen noch im Frühjahr 1933 eine Vision für den Raum um Berlin vor. Unter der Überschrift „Die grosse Form der Kleinsiedlung“ unterbreitete er den Vorschlag, um Berlin herum einen „Siedlerring“ anzulegen. Dieser sollte entlang der vom Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte planerisch vorbereiteten „Güterumgebungsbahn“ als ein 50 bis 80m breiter Siedlungsring angelegt werden.⁵⁰⁰ Dieser Ring sollte der dezentralen Ansiedlung von Menschen aus Berlin dienen, aber zugleich auch die „sorgfältige Behandlung der Außengebiete außerhalb und innerhalb der Stadtgrenze im Umkreis von 50 km als Ergänzung zur Pflege der City“ dienen, was auch vom Vorsitzenden des City-Ausschusses Berlin, Martin Mächler, vertreten wurde.⁵⁰¹ Dieser, auf den ersten Blick etwas aufgesetzt wirkende Vorschlag, kann als ein Vorläufer des Konzeptes der „dezentralen Konzentration“ aus den 1990er Jahren angesehen werden, bei welchem auch von einem Ring um Berlin ausgegangen wurde, welcher das Wachstum auffangen sollte.⁵⁰² Bei Langen handelte es sich um ein Element der landschaftlichen Gestaltung des Raumes. Diese Gestaltung sollte auf Selbsthilfe, auf eisenbahnbezogene und streng landschaftlich geordnete, auf

⁵⁰⁰ Langen, G. (1933): Die grosse Form der Kleinsiedlung, in: Deutsche Bauzeitung, 16, 19.4.1933, S. 303-305

⁵⁰¹ Langen, G. (1933): Die grosse Form der Kleinsiedlung, in: Deutsche Bauzeitung, 16, 19.4.1933, S. 305

⁵⁰² Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nussli, H.; Peters, D./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Kassel, S. 175

Ressourcenreproduktion orientierte und auf Schonung der Flächen im sich suburbanisierenden Umland der Metropole Berlin orientiert werden.

Neben dieser plantechischen und Beratungstätigkeit war die Landesplanung auch noch auf den Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltung beratend tätig. Außerdem organisierte sie eine umfassende Kooperation mit den fachlichen Partnern der Planungstätigkeit in der Region sowie mit den Körperschaften wie der Akademie für Städtebau oder der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesplanungsstellen. Als vorteilhaft erwies sich natürlich die in Personalunion von Gustav Langen vollzogene Zusammenarbeit mit dem Deutschen Archiv für Siedlungswesen. Nur mit der Stadt Berlin, der Reichshauptstadt, war bislang keine befriedigende Kooperation gelungen ...

Dies stand in einem eklatanten Widerspruch zu der ab etwa 1926 einsetzenden starken peripheren Stadtentwicklung Berlins. Die Industrie, Infrastrukturen und Wohnungsbau wanderten zunehmend an den Rand der Metropole. Berlin wurde zu einer Weltstadt mit dezentraler Ausrichtung, die im Grunde bis in den mitteldeutschen Raum reichte.⁵⁰³ Damit kann auch die wechselseitige planerische Bezugnahme in der Mitteldeutschen und Berliner Landesplanung als ein Reflex auf die bauwirtschaftlichen und infrastrukturellen Aktivitäten angesehen werden, wenngleich diese auch einer Eigenlogik folgten.

⁵⁰³ Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910 - 1970, Berlin, S. 133-154, insbes. auch S. 151. Hier wird der Bezug zum Bauhaus in Dessau hergestellt, welches mit den Planungen für die Siedlung in Törten an die Entwicklungen in Berlin, aber auch in Merseburg und Bad Dürrenberg anknüpfte. Der Gesamttraum zwischen Berlin und Mitteldeutschland rückte planerisch/ideell zusammen.

5. Das Bauhaus in Dessau und die Bezüge zur mitteldeutschen Landesplanung: die erste und weitreichende Adaption

5.1 Die „Dessau-Analyse“

Die erste wissenschaftlich-planerische Adaption der im Merseburger Planungsatlas zusammengefassten Ergebnisse, vor allem des analytischen Teils, erfolgte durch das Bauhaus in Dessau. Unter der Ägide von Hannes Meyer und wesentlich von Ludwig Hilberseimer getragen, fand ein räumliches Denken auf der Ebene der Gesamtstadt und der Region Einzug in die Lehre des Bauhauses.⁵⁰⁴ Hier spielten die Untersuchungen, aber auch Planungen für die im industriellen Aufbruch befindliche Stadt Dessau eine zentrale Rolle. Dies beförderte die Stadt Dessau unter der Leitung des Bürgermeisters Hesse. Studierende nahmen wissenschaftliche Analysen der verschiedenen Entwicklungskomponenten vor, zu denen auch Hubert Hoffmann zählte. Als der CIAM-Kongress 1933 vorbereitet wurde, wählten die Organisatoren, zu denen Gropius Kontakt hatte, auch die Stadt Dessau als eine von 40 Städten aus, deren Stadt-Analysen zu präsentieren. Nachdem international die Stadt- und Landesplanung sich in den 1920er Jahren etabliert hatte, schloss nun die CIAM, die Bewegung der modernen Architekten unter Führung von Le Corbusier, zu dieser Entwicklung auf. Letztlich fanden sich in der „Charta von Athen“ nur drei spärliche Hinweise auf die Methodik der Stadt- und Landesplanung, aber die Ausstellung verdeutlichte die Richtung, in welche sich auch die moderne Architektenschaft in ihrer Diskussion bewegte. Auch dies kann als eine Art kultureller Brückenbildung angesehen werden – zumindest im Ansatz, da die Aussagen deutlich hinter dem in der Landesplanung bereits erreichten Stand zurücklagen.⁵⁰⁵

⁵⁰⁴ Bauhaus Archiv Berlin/Hrsg. (1988): Experiment Bauhaus, Berlin/W., S. 419 Angaben zu Hubert Hoffmann sowie S. 340-341 Planungsarbeiten von Hess und Selmanagic zu Arbeitersiedlungen in Dessau, die als Ideen in den Beitrag zur CIAM-Ausstellung aufgenommen worden waren.

⁵⁰⁵ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Breit, R. (1965): Beiträge zur Methodik der Stadtplanung, S. 357. vgl.: Bauhaus Archiv Berlin, Mappe 3. In der Charta von Athen heißt es (zit. Nach Breit, S. 360):

Die gleichzeitige Beauftragung des Bauhauses mit der Generalbebauungsplanung für Dessau, die nicht vollendet werden konnte, da die Nationalsozialisten im gleichen Jahr die Arbeit des Bauhauses in Dessau beendeten, und die Vorbereitung des CIAM-Beitrages waren eine glückliche Fügung. Vor allem aber erschien zugleich der Merseburger Planungsatlas, der eine wichtige empirische Quelle für die „Dessau-Analyse“ werden sollte.⁵⁰⁶ Die Arbeiten der Landesplanung wurden explizit als Vorbild genommen. Die Tafeln der Dessau-Analyse geben ausdrücklich den Hinweis auf die Landesplanung Merseburg wieder: „mit freundlicher Genehmigung der Landesplanung Merseburg“, heißt es auf Tafel 8 („wirtschaftliche funktionen“).⁵⁰⁷ Gleiches betraf auch die auf den Tafeln 10 und 11 dargestellten Themen „materielle versorgung“ bzw. „vor- und nachteile der lage“, wobei explizit die Wirtschaftspläne von Bitterfeld und Dessau einbezogen worden waren.

Die grafischen Darstellungen der Landesplanung in Merseburg wurden in die Grafiken für die „Dessau-Analyse“ integriert. Dafür griffen die Bearbeiter um Hubert Hoffmann auf die Methode von Otto Neurath zurück, der auch unter Hannes Meyer am Bauhaus gelehrt hatte.⁵⁰⁸ Dabei handelte es sich um eine piktogrammartige Vermittlung von Analysedaten, gepaart mit einer Schreibmaschinen-Anmutung, wie sie auch Meyer propagiert hatte. Die feinsinnige und wissenschaftlich ausgereifte Grafik des Merseburger Planungsatlases erreichten die Bauhäusler ästhetisch wie

-
- „Die Stadt muß im größeren Rahmen ihres Einflussbereiches untersucht werden. Eine Gebietsplanung hat die einfache Gemeindeplanung zu ersetzen.
 - Es ist von dringender Notwendigkeit, dass jede Stadt ihr Programm aufstellt und die Gesetze erlässt, die seine Verwirklichung gestatten.
 - Das Programm muß auf Grund genauer, von Fachleuten durchgeführter Analysen aufgestellt werden. Es hat die Etappen in Zeit und Raum vorzusehen.“

⁵⁰⁶ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Breit, R. (1965): Beiträge zur Methodik der Stadtplanung, S. 357

⁵⁰⁷ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 17: Wilhelm Hess; Hubert Hoffmann, Cornelius van der Linden: Strukturanalyse Dessau („Dessau-Analyse“), 1932/33 für CIAM. Die Tafeln sind z. T. auch kommentiert.

⁵⁰⁸ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 18: Hinweis auf Otto Neurath – seine Bedeutung für die Städtebauthorie, 1982 (Brief).

kartografisch nicht. Dennoch belegt die Dessau-Analyse eine erste, wenngleich nur kurzzeitige und nicht vertiefte Beziehung des Bauhauses mit der Landesplanung. Der erste Kontakt der Landesplanung zum Bauhaus aus dem Jahr 1927, als sich die länderübergreifende Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk am Bauhaus in Dessau als solche konstituierte, mag evtl. ein Hintergrund für Gropius gewesen sein, die Bearbeiter der Dessau-Analyse auf die Arbeiten in Merseburg zu verweisen; belegt ist dies nicht.

Die 50 Tafeln der „Dessau-Analyse“ gliedern sich in:

1. Natürliche Gegebenheiten,
2. Soziale Gegebenheiten,
3. Wirtschaftliche Gegebenheiten,
4. Technische Gegebenheiten,
5. Zusammenfassende Beurteilung.

„Der Analyse folgt als zweiter Hauptteil die Synthese; die neuen Planungsvorschläge konnten jedoch nicht mehr vollständig ausgearbeitet werden, ebenso wurden die beabsichtigten Detail-Bestandsaufnahmen nur teilweise durchgeführt. ... Im Gegensatz zur Methodik der Analyse wurde für die Phase der Aufstellung der Konzepte zu Plänen und der Pläne selbst sowie für die Phase der Beschlussfassung und Verwirklichung keine programmatische Darstellung gegeben.“⁵⁰⁹ Inhaltlich zielten die Standortvorschläge zur Lage der Industrie in Dessau, die das Bauhaus 1932 – in den Worten von Hubert Hoffmann - unterbreitete, eher moderat und keineswegs utopisch. Im Unterricht von Hilberseimer hingegen wurden radikale Neuordnungsvorschläge für Dessau unterbreitet, die die gesamte Stadt durch ein Industrie-Wohnband (Bandstadt) ersetzen sollte. Das Beispiel zeigten die Tafeln für den CIAM-Kongress nicht. Nicht einmal die Idee einer Verlagerung der historisch im Westen der Stadt angesiedelten Industrie auf die östliche Seite der Mulde wurde unterbreitet (wegen der Windrichtung der bessere Standort für Industrien), sondern

⁵⁰⁹ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Breit, R. (1965): Beiträge zur Methodik der Stadtplanung, S. 360

lediglich eine moderate funktionale Verbesserung der existierenden Standorte, darauf hoffend, dass neue Technologien die schädlichen Emissionen der Industrien minimieren bzw. höhere Schornsteine diese besser verteilen.⁵¹⁰

Der im „Wirtschaftsplan“ der Merseburger Landesplanung vorgesehene Standortwechsel der Industrie auf das Nordufer der Elbe spielte für das Bauhaus keine Rolle; es gab zumindest keinen Hinweis darauf. Der planerische Teil in der Dessau-Analyse war ohnehin auf die neuen Wohngebiete für die Junkerswerke beschränkt, die Zeugnisse der Planungskultur einer radikalen städtebaulichen Moderne waren. Zumindest als Reaktion auf die hygienischen Verhältnisse in Dessau mögen sie eine funktionale Bedeutung gehabt haben. Sie wirken wie Fragmente eines unvollendeten Gesamtwerkes. So beinhalteten sie „Trabanten-Siedlungen“, aber auch im Flächennutzungsplan dargestellte Vorschläge für eine „Verbindung der beiden Industrielinien (an vorhandenen Standorten HK), Anlage neuer Industrieflächen am Wasserlauf (der Mulde HK), Erhaltung und Ausbau des Stadtzentrums, umfangreiche Sanierung der Altbauung, Anlage neuer Verkehrswege und Ausbau des bestehenden Verkehrsnetzes“.⁵¹¹

5.2 Die ersten Landesplaner vom Bauhaus: Hubert Hoffmann

Bekannt war Hoffmann durch seine Mitautorenschaft an dem für den Nachkriegsstädtebau in der Bundesrepublik wichtigen Buch „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ (Johann Göderitz, Roland Rainer). Hoffmann war Bauhausschüler bei Gropius, Meyer und vor allem Hilberseimer.⁵¹² Hoffmann (1904 -

⁵¹⁰ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Hoffmann, Hubert: „Utopien, die wir nicht einmal in die ‚Analyse von Dessau 1932‘ aufgenommen haben...“. S. 45. Die im Seminar von Hilberseimer am Bauhaus begonnene „Analyse von Dessau“ wurde von Hoffmann für die CIAM-Ausstellung erweitert.

⁵¹¹ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Breit, R. (1965): Beiträge zur Methodik der Stadtplanung, S. 362

⁵¹² Manzke, D. (1996): Zur Geschichte der versuchten Neueröffnung des Bauhauses in Dessau, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich, Dessau, S. 150-157. Biografische Darstellung zu

1999) kam 1926/27 an das Bauhaus nach Dessau, nachdem er in Hannover und München Architektur studiert hatte. Er kam also nicht als junger Student, sondern als ein bereits mit einem Abschlusszeugnis ausgestatteter Baumeister – am Bauhaus fand er seine wirkliche Berufung zum Architekten. So absolvierte er vor allem die architektonischen, besonders aber die städtebaulichen Kurse bis zum Abschluss 1929. Hilberseimer hatte es ihm angetan, wie er in einer späteren Würdigung hervorhob.⁵¹³ Danach arbeitete Hoffmann im Büro von Fred Forbart und Macel Breuer in Berlin, blieb aber als Hospitant mit dem Bauhaus verbunden. Dort übertrug ihm Gropius, zusammen mit Wilhelm Jacob Hess und Cornelius van der Linden, die Bearbeitung eines Ausstellungsbeitrages für den CIAM-Kongress 1933.

Nach den Arbeiten zur „Dessau-Analyse“ versuchte Hoffmann 1933 vergeblich in der Schweiz und in Paris eine berufliche Laufbahn zu starten. So kehrte er nach Deutschland zurück. Zunächst arbeitete er als Assistent/Hauptassistent für Kraftverkehr und Städtebau an der TH Berlin, bei Professor Müller, wo er an Autobahnplanungen teilnahm. Parallel zu seiner Anstellung im Staatsdienst wirkte er in der „Freiheitsgruppe“ mit, die u.a. Hilfe für verfolgte Juden oder Verbreitung von antinationalsozialistischen Informationen leistete. 1937 begann er eine Sachbearbeitertätigkeit in Posen, der eine Stelle als Stadtplaner 1938/39 in Potsdam folgte. Von 1940 bis 1942 war er zum Kriegsdienst eingezogen, aber 1943 und 1944 wurde er zu landesplanerischer Tätigkeit in Litauen eingesetzt. Er war in Litauen als Leiter der Raumordnung an Planungen zur Umgestaltung („Germanisierung“) der eroberten Gebiete im sog. „Generalplan Ost“ tätig gewesen.⁵¹⁴ Er lebte also ein

Hoffmann S. 150 sowie: Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56 Mappen 3, 12, 17 – in Mappe 12 Hubert Hoffmann: „Mein Studium am Bauhaus“, 1975: „Hilberseimer führte mich zum Städtebau“. Wichtige Hinweise und Lebensdaten zu Hubert Hoffmann sind durch Harald Wetzels, Dessau, zusammengestellt worden: <http://www.bauhausstadt.de/Bauhausmentor/bauhausmentor.html>

⁵¹³ Bauhaus Archiv Berlin, 10858/1-56, Mappe 3: Hubert Hoffmann „Zum Phänomen Stadt“

⁵¹⁴ Hofmann, W. (1993): Abstraktion und Bürokratie – Raumplaner im NS-Staat, in: Forum Wissenschaft 2/93 S. 12-18. Hubert Hoffmann wird hier namentlich nicht erwähnt – er spielte keine wesentliche Rolle – doch erscheint dessen Tätigkeit in den beiden Jahren in Litauen in einem anderen Licht: Immerhin war er als Bauhäusler in einer letztlich der SS unterstehenden Organisation (Reichsstelle für Raumordnung) tätig gewesen, wenngleich nicht als Nationalsozialist, sondern

Doppelleben. Durch den Kriegsverlauf musste er dann zurück nach Deutschland gehen, wo er den Kontakt zur Freiheitsgruppe weiter führte. Hier hatte er ab 1944 zusammen mit Göderitz und Rainer an der Deutschen Akademie Städtebau, Reichs- und Landesplanung an dem dann erst 1957 erschienenen Buch gearbeitet. Das Kriegsende 1945 erlebte er in Berlin bzw. Magdeburg mit einer kurzzeitigen Gefangennahme durch die Amerikaner.

Dann versuchte er einen Neuanfang in Dessau. Unter dem von der amerikanischen Besatzungsmacht wieder eingesetzten liberalen Bürgermeister Hesse (er war 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt worden) arbeitete er als Mitarbeiter im Bauamt der Stadtverwaltung. Zugleich war er von Hesse beauftragt worden, eine Neugründung des Bauhauses in Dessau zu prüfen, was Hoffmann auch mit seinem Konzept der „Planungsgemeinschaft“ 1945/46 versuchte.⁵¹⁵ In diesen ersten Schritten zu einem neuen Bauhaus, das sich dem Thema Wiederaufbau der Städte unter der Maßgabe ihrer Schrumpfung und Neugliederung, aber auch ökologischen Themen widmen sollte, griff er direkt Lehrinhalte von Hannes Meyer auf, aber auch Methoden, die er in der „Dessau-Analyse“ von 1932/33, mit Bezügen zur mitteldeutschen Landesplanung, ausgearbeitet hatte. Damit war ein zaghafter und schnell wieder vergehender Versuch unternommen worden, teilweise auch an die Tradition der räumlichen Planung von vor 1933 anzuknüpfen.

Neben praktischen und ideologischen Gründen, die einem Neuaufbau der Institution Bauhaus in Dessau in den ersten Jahren nach dem Krieg entgegen standen und die diesen Versuch zum Scheitern brachten, war auch die von der (ab Sommer 1945 in Dessau herrschenden) sowjetischen Besatzungsmacht wegen seiner Mitwirkung in Litauen versuchten Verhaftung Hoffmanns ein Grund für das Aus dieses

notgedrungen dienend und mit Oppositionshaltung. Dies äußerte Hoffmann gegenüber dem Autor im Gespräch am 1. Juli 1989. Überprüft werden kann diese Aussage quellenseitig (bislang) nicht.

⁵¹⁵ Die Grundlage dafür wurde in diesem Beitrag gelegt und erstmals veröffentlicht: Hoffmann, H. (1949): Eine Analyse. Der Raum Dessau, in: Der Bauhelfer, 20, S. 541-549. Hesse war Oberbürgermeister von Dessau.

Reaktivierungsversuches. Dem durch eine Denunziation ausgelösten Verhaftungsversuch 1948 entzog sich Hoffmann durch Flucht „über Nacht“ nach West-Berlin.⁵¹⁶ Dort arbeitete er als Architekt, war im Planungsamt tätig, übernahm eine Dozentenstelle in Berlin-Dahlem, beteiligte sich an der INTERBAU 1957, bevor er dann 1959 an die TH Graz als Professor für Städtebau und Landesplanung berufen wurde. Dort wirkte er bis 1975. Seit 1988 besuchte er auch Dessau wieder und im Sommer 1989 wurde ihm am Bauhaus in Dessau erstmals an seiner ehemaligen Lehrstätte eine Ausstellung gewidmet. Letztmalig besuchte er Dessau anlässlich der Aufnahme des Bauhauses in die Liste des Welterbes 1996.⁵¹⁷ Drei Jahre später starb er in Graz.

5.3 Die ersten Landesplaner vom Bauhaus: Ernst Kanow

Dieser Bauhäusler nahm einen gänzlich anderen Weg.⁵¹⁸ Kanow gehörte zu den Mitbegründern der Landesplanung im Osten Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Er war Zeitgenosse von Hubert Hoffmann und hatte wie er am Bauhaus studiert, allerdings nur in Berlin von 1931 bis zur Schließung des Bauhauses 1933.⁵¹⁹ Er war jedoch deutlich politisierter als Hoffmann. Nach eigenen Aussagen besuchte er, neben dem Studium in Dessau, „einer Freundin zuliebe“, Vorlesungen zur Nationalökonomie bei Werner Sombart in Berlin. Besonders aber prägte ihn

⁵¹⁶ Aussage von Hubert Hoffmann im Gespräch mit dem Autor am 1. Juli 1989 am Bauhaus in Dessau.

⁵¹⁷ Das war auch die letzte Begegnung des Autors mit Hoffman, der noch aktiv am Fest zur Aufnahme des Bauhauses in die UNESCO-Welterbeliste 1996 am Bauhaus in Dessau teilgenommen hatte.

⁵¹⁸ Die Ausführungen basieren auf einem persönlichen Gespräch sowie einem Briefwechsel vom 28. Februar 1992. Danach verloren sich die Kontakte zu Ernst Kanow. Kanow wurde 1906 geboren, sein Sterbedatum konnte bislang nicht ermittelt werden.

⁵¹⁹ Leibnitz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Dokumente zu Ernst Kanow. Die Aufnahmeanträge in den BDA (Bund der Architekten der DDR) sind die einzigen Dokumente, die es im IRS gibt. Auch in den anderen Sammlungsstätten, die sich mit dem Bauhaus bzw. der DDR-Architekturgeschichte (i. w. S.) beschäftigen, gibt es keine weiteren Unterlagen. Die von Kanow an den Autor übergebenen Materialien sind insofern Unikate und offenbar von Kanow nicht weiter gegeben worden. Dem IRS sei an dieser Stelle für die unkomplizierte Unterstützung der Forschung gedankt.

Hermann Dunker, als dessen Schüler er sich bezeichnete.⁵²⁰ Schon vor seiner Bauhaus-Zeit betätigte er sich in der politischen Jugendbewegung und stand der kommunistischen Partei nahe. Er war nach 1933 als selbstständiger Architekt tätig. Seinem späteren Partner beim Aufbau der Landesplanung in der sowjetischen Besatzungszone, Ernst Scholz, auch ein Bauhäusler, hatte er „1937 nach seiner Entlassung aus der Haft bei Potsdam ein Haus gebaut, das (er) noch heute als eine gelungene Arbeit“ betrachtete.⁵²¹

Kanow war dann als Soldat eingezogen worden (er verlor im Krieg seinen rechten Unterarm) und kam in Italien in amerikanische Gefangenschaft. Im Juni 1945 wurde er aus der Lazarett-Internierung entlassen und ging nach Oranienburg bei Berlin. Dort hatte er sich 1937 ein eigenes Haus gebaut. Er übernahm die Funktion eines Stadtarchitekten in dieser stark zerstörten Stadt. 1946 trat er der SED bei. „Die Funktion des Landesplaners habe ich auf Drängen der Landesleitung der Partei und der mit mir aus der Zeit vor 1933 befreundeten Genossen Ernst Scholz und Günther Spieß übernommen.“⁵²² Die Landesplanung in Brandenburg bekam ihren Sitz in Potsdam. Er übernahm die Leitung. Damit wurde er, neben Dr. Hans Lehmann in Thüringen und Dr. Kurt Wiedemann in Sachsen, einer der drei Gründer der Landesplanung in der späteren DDR: „Mitte 1948 kam ein Telegramm der damaligen Deutschen Wirtschafts-Kommission, Sitz Berlin, an die Minister-Präsidenten der Regierungen der 5 Länder in der sowj. besetzten Zone: ‚beim Minister-Präsidenten ist die Stelle eines LANDESPLANERS mit entsprechendem Apparat einzurichten‘; ohne Kommentar zu Funktionen, Aufgaben, administrativer Zuordnung. Später dazu angestellte Nachforschungen scheiterten, da auch der Absender des Telegramms

⁵²⁰ „Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung)“ - Manuskript von Ernst Kanow vom August 1986 mit handschriftlichen Anmerkungen. Dieses Material ist nicht veröffentlicht worden und liegt dem Autor als Kopie vor, die von Kanow 1991 persönlich übergeben worden war.

⁵²¹ Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 1 (unveröffentlicht), Archiv Kegler

⁵²² Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 1

nicht ermittelt werden konnte.“⁵²³ Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die noch unter Besatzungsverhältnissen neu entstehende Landesplanung an Arbeiten aus der Zeit vor 1933 anknüpfte. Der personelle Austausch und die strukturelle Neugliederung der Verwaltungen nach 1945 ließen keine Bezugnahme aufkommen, obgleich mit dem Begriff „Landesplanung“ ein Hinweis auf ein Wiederanknüpfen gegeben sein könnte. Die neu aufzubauende Landesplanung in Brandenburg hatte die Aufgabe, „die Ingangsetzung der Wirtschaft, des Lebens in Stadt und Land, erste Maßnahmen zur Überwindung und Beseitigung der baulichen Kriegsschäden und erste Experimente in der Wirtschaftsplanung“ zu unterstützen und „brauchbare Zuarbeit“ zu leisten.⁵²⁴ Diese virulente Phase fand jedoch bald ein Ende. Schon 1952 wurden die Länder aufgelöst, Bezirke gegründet und die Landesplanung, nun Territorial- bzw. Gebietsplanung, in das linear angelegte staatliche Planungssystem eingebaut.⁵²⁵

Ernst Kanow wechselte in die ein Jahr zuvor gegründete Bauakademie der DDR, zum Institut für Städtebau, wo er zusammen mit Dr. Lehmann, der die Landesplanung in Weimar aufgebaut hatte, die Gebietsplanung als Forschungsgegenstand entfaltete. Er war der erste Bauhäusler im Osten Deutschlands, der die Landesplanung praktisch und forschend wesentlich beeinflusste und bis zu seinem Ausscheiden aus der Bauakademie betrieben hatte.⁵²⁶ In seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmete er sich vor allem den „Stadtrandzonen“ und den Aufgaben beim Aufbau der Gebietsplanung in der DDR. In seiner raumpolitischen Tätigkeit an der Bauakademie wirkte er an der Neugliederung der DDR ab 1952 (Bildung der Bezirke), an der Kategorisierung der Gemeinden der

⁵²³ Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 1

⁵²⁴ Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 1

⁵²⁵ Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 2

⁵²⁶ Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 6. Sein Arbeitsschwerpunkt lag vor allem im ländlichen Raum und den Randzonen der Städte.

DDR nach Funktionstypen (dem Pendant zu den „Zentralen Orten“ der Bundesrepublik in der DDR) ab 1969 sowie an dem „Modell der prog(nostischen) Gestaltung des Siedlungsnetzes der DDR auf Basis eines Systems der großen Städte“ ab 1970 mit.⁵²⁷ Zwischen 1956 und 1959 gehörte Kanow der Expertengruppe aus der DDR zum Wiederaufbau Nord-Koreas an.⁵²⁸ Er vertrat in dieser Zeit eine lineare Planungsauffassung, wenngleich er offenbar um 1930 Auffassungen Steiners aufgeschlossen gegenüber gestanden hatte.

In seinem letzten Brief an den Autor widmete er sich dem Projekt „Industrielles Gartenreich“, das er sehr begrüßte als Strategie für die Region um Bitterfeld-Dessau: „Der Beitrag ‚Industrielles Gartenreich‘ gefällt mir natürlich, Programm und Forderungen zu dessen Realisierung sind weit gesteckt und ich kann nur wünschen, dass Eure Arbeit einmal von Erfolg gekrönt sein wird. Damit würde ein großartiger Beitrag zur Rettung dieser Landschaft geleistet werden. Wann sonst, wenn nicht jetzt könnten mit einer neuen Strukturierung dieses Gebietes die entscheidenden Schritte zu einer allmählichen Gesundung getan werden. Wenn ihr die regionale Entwicklungsressource ‚Bauhaus‘ richtig nutzen wollt, solltet ihr auf dem 6. Bauhaus-Kolloquium gut vertreten sein ...“.⁵²⁹

⁵²⁷ IRS Erkner, Unterlagen zu Ernst Kanow, Karteibogen des BDA von 1971. Daneben finden sich hier weitere Angaben zu Kanow, die über den in dieser Schrift verfolgten Zusammenhang hinausgehen und Teil einer DDR-Geschichte wären: „Soziale Herkunft: Arbeiter-Aristokrat im pos. Sinne, Abschluss: keinen, wegen Schließung des Bauhauses durch NSDAP, Sprachkenntnisse: schwedisch, ...“. In seinem Spätwerk kam Kanow auf seinen Aufenthalt in der Schweiz 1930/31 zurück: Er veröffentlichte einen Bericht zur anthroposophischen Architektur Steiners. Kanow E. (1990): 75 Jahre Goetheanische Architektur, in: Architektur der DDR, 4/1990, S. 50-53. Dieser Umstand öffnet mögliche Schlüsse über Widersprüche in seinem Denken als Territorialplaner und lässt Kanow als durchaus anthroposophischen Auffassungen gegenüber aufgeschlossenen Architekten erahnen.

⁵²⁸ IRS Erkner, Unterlagen zu Ernst Kanow, Aufnahmeantrag für den BDA von 1958.

⁵²⁹ Brief vom 28.2.1992 an den Autor. Archiv Kegler. Mit diesem Vorgriff auf Teile der vorliegenden Arbeit soll eine Brücke des – indirekt wirkenden – Planungsdenkens zwischen dem frühen Bauhaus und den Initiativen zum „Industriellen Gartenreich“ der 1990er Jahre an dieser Stelle angedeutet werden.

6. „Brücken“ - konstituierende Nuancen nicht-linearer Planung: übergreifende Themen zur Entstehung der Landesplanung

Jenseits der inhaltlichen Themen, die die Landesplanung ausmachen, gibt es ein Spektrum an konstituierenden Momenten, an Nuancen im systemtheoretischen Sinne, die nicht nur den disziplinären Aufbau bestimmen, sondern ein Charakteristikum von Planung jenseits etablierter kognitiver Strukturen darstellen. Sie dienen insbesondere dazu, die Frage nach Kriterien zu beantworten, die herangezogen werden können, um Qualitäten bzw. um die Fähigkeiten von Planung aufzuzeigen, sich beweglich zu entfalten, neue Wege zu finden in sich ggf. bietenden *Spiel-Räumen* und dabei auf Entwicklungen sensibel und vorausahnend zu reagieren. Die innere Bewegungsqualität des Fachgebietes kann ein wesentliches Indiz für Nicht-Linearität darstellen. Es sollen hier Befunde vorgestellt werden, die auf diese Fähigkeit hindeuten.

Der Beweis für die Ausprägung jener Qualitäten kann damit nur bedingt erbracht werden, da die Landesplanung in Mitteldeutschland unter demokratischen Umständen nur noch wenige Jahre existierte. Die Langzeitwirkungen wären einer gesonderten Untersuchung vorbehalten. Es wird hier also von der Hypothese ausgegangen, dass derartige Merkmale (Nuancen) eine Nicht-Linearität, d.h. Selbstorganisation befördern, dass diese sogar konstituierend für den weiteren Entwicklungsweg der Disziplin gewesen sind.⁵³⁰ Diese Anzeichen sollen zugleich

⁵³⁰ Aus dem historischen Befund lassen sich folgende Nuancen innerdisziplinärer Entwicklung erkennen, die hier als qualitative Anzeichen aufgeführt werden, ohne ihre quantitative Stichhaltigkeit belegen zu wollen (zu können): 1. *Grenzen überwinden – Kooperationen entfalten*; 2. *Internationaler Austausch – Diffusion von Erkenntnissen*; 3. *Fach-politische Kultur – zur sozialistischen Stadt (ohne politische Vorbehalte)*; 4. *Neue Akteure in der Planung – Beteiligungen und Gender-Ansätze*; 5. *Netzwerkstrukturen und Diskurse – der Planungsalltag (als Testfeld)*; 6. *Rückkopplungen – Planung zwischen Theorie und Praxis*. Die „Brücke“ dient hier als Metapher für die Suche nach Pfaden disziplinärer Entwicklung an neuen Ufern. Anregungen dazu finden sich in: Briggs, J.; Peat, D. (2006): *Die Entdeckung des Chaos*, München, S. 267, S. 298-300 („Nuancen: Eine extreme Empfindlichkeit“)

auch Anlass sein für mögliche Fortsetzungen der Forschung über den hier zu bearbeitenden Zeitraum hinaus.

6.1 Grenzen überwinden – Kooperationen entfalten

Die Landesplanung erreichte, nachdem eine quantitative Anreicherung stattgefunden hatte, ein inhaltliches Niveau, das es gestattete, in neuen Dimensionen zu agieren. Eine Kernfrage dabei war die der Grenzen. Wenn also „Dezentralisierung“ das paradigmatische Selbstverständnis der Landesplanung prägte, dann traten folgerichtig für die Auseinandersetzung mit dem Thema Grenzen auf die Tagesordnung. Hier standen weniger die Fragen nach einer administrativen Neugliederung Deutschlands im Vordergrund, wenngleich diese durchaus mitschwangen, sondern eher die nach dem Umgang mit den Landesgrenzen.⁵³¹

Mit einer Denkschrift, veröffentlicht 1928, forcierte die Landesplanungsstelle in Merseburg die Diskussion. Nach der formalen Aufbauphase der Landesplanungen in der südlichen Provinz Sachsen (Preußen) und dem Land Anhalt sowie in Westsachsen und Ostthüringen, stand nun die Frage der übergreifenden Kooperation und langfristigen Orientierung jenseits überkommener Grenzziehungen im Vordergrund.⁵³² Es sollte eine Debatte angeregt werden, die „Möglichkeiten zukünftiger Gestaltung Mitteldeutschlands“ auslotet, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Endgültigkeit. „Sie stellt eine flüchtige Skizze“ dar, der weitere Ausführungen folgen sollten. Die Landesgrenzen wurden als die größten Hemmnisse für eine wirklich erfolgversprechende Landesplanung ausgemacht. Die von der Landesplanung angeregte Diskussion aber geht viel weiter als die im

⁵³¹ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, S. 9-10. Die Territorialreform sollte die Struktur der Länder durch eine den wirtschaftlichen Realitäten entsprechende, rationale Gliederung in Provinzen ersetzen. Danach wäre Mitteldeutschland eine einheitliche Provinz geworden. Diese Debatte kam nach 2000 wieder in Gang.

⁵³² ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 51r-58v. Alle folgenden Aussagen beziehen sich auf diese Denkschrift.

Zusammenhang mit der territorialen Neugliederung geführte. Sie war in der Tat sehr modern und öffnete den Blick für die Relativität und Dynamik von Planung generell. Die Grenzfrage wurde sehr systematisch aufgerollt und blieb nicht bei plakativen Forderungen an die Politik stehen.

Im Gegenteil. Der Umgang mit Grenzen gehörte, so die einleitende Darstellung, zum Kerngeschäft der Landesplanung (und auch der Stadtplanung resp. des Städtebaus), weswegen es sich nicht um ein Sonderthema handelte: „Verwirklicht wird Landesplanung durch ständige Umformung vorhandener Grenzen der Bodennutzung.“⁵³³ Dafür müsse die Landesplanung, so die Folgerung seinerzeit, geeignete Methoden entwickeln. Dazu gehörten grundsätzlich die „Grenzänderung“ (Enteignung, Umlegung, Eingemeindung) und die „Grenzentswertung“ (Zweckverband). Bei den Landesgrenzen treten nun komplexere Grenzfragen auf, die weit mehr sind als nur politischer Art. Die Systematik dieser Grenzfragen und die Ableitung von methodischen Konsequenzen sind dann der Hauptgegenstand der Denkschrift gewesen. Ausgangspunkt für die methodischen Überlegungen war das Herausarbeiten von Überlagerungen der Übereinstimmungen und Widersprüche bei den Grenzen auf den unterschiedlichen Sach- und Raumebenen.

Der Kern der Aussagen mündet in der Feststellung, dass es ein „vergebliches Unterfangen“ sei, eine Übereinstimmung von politischen und wirtschaftlichen Grenzen herstellen zu wollen, „da Grenzen, Formen und Inhalte von Wirtschaftsgebieten ständigen Wandlungen durch verkehrstechnische Bedingungen, industriellen Fortschritt, Weltwirtschaft und Außenpolitik unterliegen (und zudem) ... die Grenzen der Wirtschaftsgebiete räumlich unklar sind oder einander durchdringen“.⁵³⁴ Das weitreichende Fazit der Analysen lautete denn auch: „Endlich ist auch eine politische Abgrenzung von Ländern entsprechend der Grenzen einzelner Wirtschaftsgebiete gar nicht wünschenswert, da die wirtschaftliche

⁵³³ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 53r

⁵³⁴ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 55r

Gesundheit von Ländern gerade in einer Vereinigung verschiedenartiger Wirtschaftsgebiete und daraus sich ergebender Mannigfaltigkeiten der Wirtschaftsbeziehungen und WIDERSTANDSFÄHIGKEITEN (Hervorhebung HK) gegenüber schlechten Konjunkturen zu liegen pflegt.“⁵³⁵ Die Autoren Pfannschmidt und Rosenberger plädieren schließlich in ihrem Diskussionsangebot auf der Ebene der Landesplanung für eine weitere „Grenzentswertung“, die letztlich eine „völlige Aufhebung von Grenzen“ bedeuten kann, welche nur noch „Formen Historischer Bedeutung“ annehmen würden.⁵³⁶

Die Divergenzen wirtschaftlicher Interessen der Länder können bei einer „vorsorglichen technischen Zukunftsplanung“ überwunden werden; Widersprüche dürften sich aber bei der „taktischen Durchführung der Landesplanung“ ergeben.⁵³⁷ Auf diesen beiden Ebenen, der strategischen und der operationalen, liegen die unterschiedlichen planerischen und kommunikativen Herausforderungen der Landesplanung. Hier wurden unterschiedlich gelagerte, zusätzliche Instrumente vorgeschlagen: „Interessengemeinschaften und Staatsverträge“, die eine Willensbildung zur Kooperation über Grenzen hinweg befördern, und eine „Reichsgesetzgebung“, die als harte Instrumente den Rahmen für eine bessere Durchsetzung von Kooperation schaffen - aber keinen Ersatz bieten für die kooperativen Instrumente, denen sogar Vorrang eingeräumt wurde.⁵³⁸

Die hier angestoßene planungsrelevante Diskussion reiht sich ein in ein ganzes Spektrum literarischer Äußerungen aus Politik und Wissenschaft sowie der Wirtschaft. Von besonderer Bedeutung war das im Auftrage des 42. Provinziallandtages der Provinz Sachsen in Preußen an die zuständige Staatsregierung in Berlin erstellte und in „zwanzigmonatiger Arbeit“ geschaffene

⁵³⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 55r

⁵³⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 58r

⁵³⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 58r

⁵³⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 58r, 58v

Gutachten, das der Landeshauptmann, Dr. Hübner, vorstellte und dem mehrere wissenschaftliche Beiträge (z. B. der Universität Halle) beigelegt waren.⁵³⁹ Weitere, einflussreiche Beiträge stammten von Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, wie Leiske („Leipzig und Mitteldeutschland“) oder Müller („Der Mitteldeutsche Industriebezirk“) sowie Mackowsky von der Kreishauptmannschaft Leipzig. Die Akzente waren durchaus unterschiedlich, doch der Tenor glich sich: keine einfachen Lösungen, sondern abgewogenes Voranschreiten beim Ausbau von Kooperation und Suche nach einem optimalen Grenzverständnis.⁵⁴⁰ Diese Diskussionen kamen insbesondere in den Nachbarregionen der Provinz Sachsen, in Westsachsen und Ostthüringen zur Geltung und wurden rege reflektiert.⁵⁴¹ Gerade der informelle Charakter der Kooperation habe sich „vorzüglich bewährt“, so Luthardt in seiner 1929 erschienen Grundsatzschrift zur Landesplanung in Mitteldeutschland, die bereits das gesamte Gebiet einer - gedachten - Wirtschaftsprovintz umfasste.⁵⁴²

6.2 Internationaler Austausch – Diffusion von Erkenntnissen

Seit der Ausstellung in Göttingen 1923 war der internationale Austausch zu einem elementaren Bestandteil der Kommunikation und der wechselseitigen Einflussnahme geworden. Die jährlichen Megakongresse mit über 1.000 Teilnehmern zu Fragen des Städtebaus, des Wohnwesens und der Landesplanung setzten die Maßstäbe im fachlichen Diskurs. Neben Robert Schmidt als der Leitfigur für die Landesplanung in Deutschland und auch im Ausland, war Stephan Prager der wichtigste fachpolitische und kulturelle Brückenbildner auf dem Gebiet der Landesplanung. Beide trugen

⁵³⁹ Hübner (1927): Die Mitteldeutsche Frage im Landtage der Provinz Sachsen – „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“, sowie die einzelnen in diesem Sammelband zusammengefassten Beiträge.

⁵⁴⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 13v

⁵⁴¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 13v

⁵⁴² Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, Sonderabdruck aus dem Jahrbuch 1929 der Landesgruppe Sachsen/Thüringen im Reichsbund Deutsche Technik. Hier werden auch grundlegende begriffliche und methodische Fragen der Landesplanung dargelegt, so z. B. die Definition von Landesplanung und Städtebau und vor allem deren fließende inhaltlich-methodische Übergänge. ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 3r

maßgeblich zur Internationalität in der disziplinären Entwicklung der Landesplanung bei. Sowohl die Beteiligung an den wichtigen Kongressen, als auch die führende Rolle, die Robert Schmidt als Vizepräsident der „International Federation for Town and Country Planning and Garden Cities“⁵⁴³ von 1924 bis 1929 einnahm, wirkte damit auf die inhaltliche Arbeit in der Landesplanung. Aber auch Jansen, Heiligenthal, Hoepfner und Langen sowie der omnipräsente Stübben, soweit die wichtigsten Vertreter, gehörten zur Kernzone der inhaltlichen und institutionellen Aufbauarbeit der Landesplanung.

Neben der Permanenz internationaler Themen in der Fachliteratur schlugen sich die Berichte über internationale Entwicklungstendenzen, besonders aus den führenden Ländern auf diesem Gebiet, England, USA und Holland, auch in den Veröffentlichungen der Landesplanungsverbände⁵⁴⁴ nieder – die Internationalität gehörte selbst in der Provinz zum mehr als guten Ton.⁵⁴⁵ Diese Selbstverankerung der Landesplanung – im Kontext mit dem Städtebau bzw. der Stadtplanung – in der internationalen Szenerie war einerseits bedingt durch das Bemühen, Teil der internationalen Community zu werden, Anerkennung zu erhalten und andererseits den eigenen inhaltlichen Entwicklungsstand messen zu können. In umgekehrter Richtung wurden, wie an der Wahl von Schmidt erkennbar ist, die Leistungen der deutschen Landesplanung durchaus gewürdigt und die Erfahrungen aus Deutschland aufgegriffen. Dabei fällt insbesondere das „Amerikanische Urteil über

⁵⁴³ Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Braunschweig/Wiesbaden, S. 190-192

⁵⁴⁴ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 1, Bl. 187v-192r. in diesem offiziellen „Bericht über die Landesplanungen im In- und Ausland“ wurden die Landesplanungen besonders in Holland und, sehr ausführlich, in England vorgestellt. Aus dem Inland kamen der SVR und die Landesplanung in Mitteldeutschland als besonders nennenswerte und international vergleichbare Einrichtungen vor.

⁵⁴⁵ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, Sonderabdruck aus dem Jahrbuch 1929 der Landesgruppe Sachsen/Thüringen im Reichsbund Deutsche Technik, S. 6. ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 4v. Dies ist nur ein Beispiel, bei dem beiläufig auf den Begriffsapparat in England („Regional Planning“) verwiesen wird. Alle Darstellungen zur Landesplanung verweisen auf die internationalen Entwicklungen, letztlich auch, um die Bedeutung der Landesplanung gegenüber den staatlichen Stellen zu untermauern.

Deutschlands Städtebau“ besonders ins Gewicht, wurde doch damit der deutsche Beitrag endgültig in den internationalen Club aufgenommen, ja, mehr noch, zu einem Vorbild erhoben, und das kurz bevor ab 1933 ein jähes Ende einsetzte. Bei aller Lobpreisung des deutschen Systems der städtebaulichen und Landesplanung darf natürlich nicht übersehen werden, dass seit fast einem Jahrzehnt ein wechselwirkender Austausch dazu beigetragen hatte, dass jeweils Elemente der verschiedenen Partner im internationalen Austausch sich durchdrangen bzw. beeinflussten. In dem markanten Artikel von 1933 arbeitete Stübben, den amerikanischen Wortführer unter den Städtebauern und Planern, John Nolen, reflektierend, heraus, dass der „deutsche Erfolg“ auf vier Grundlagen basiere:

„Erstens kluge und zweckmäßige Gesetzgebung; zweitens sorgfältige Erziehung einer großen Zahl von Architekten, Ingenieuren und Gartenkünstlern in der Wissenschaft und in der Kunst des Städtebaus, sowie drittens vortreffliche Organisation der Bauämter, schließlich geeignete Fürsorge für die Durchführung der Pläne in längerem Zeitraum.“⁵⁴⁶ Gerade diese vier Momente, die Stübben hervorhebt, bringen den reifen disziplinären Charakter, aber auch die hohe Anerkennung der öffentlichen Regulation von städtischer und ländlicher Entwicklung zum Ausdruck. Deutschlands Disziplinen hatten Einfluss gewonnen in der internationalen Arena der Planungswissenschaften.

6.3 Fach-politische Kultur – zur sozialistischen Stadt

Ein Hinweis auf eine ganz außergewöhnliche Brücke findet sich in der Deutschen Bauzeitung vom 18. Januar 1933, also kurz vor der Machtergreifung Hitlers, zu einer Diskussion über die „Sozialistische Stadt“.⁵⁴⁷ Nicht der Zeitpunkt des Artikels,

⁵⁴⁶ Stübben, J. (1933): Amerikanisches Urteil über Deutschlands Städtebau, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 13, S. 262

⁵⁴⁷ Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 43-45

sondern die Träger dieser Debatte sind bemerkenswert. Im Vorspann der Schriftleitung findet sich der Hinweis auf die politische Planungskultur:

„Die Siedlungswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft (Siewag), im Anschluß an die erste Internationale Städtebauausstellung nach dem Kriege (Göteborg 1923) von der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, der Siedlerschule Worpswede, dem Deutschen Archiv für Siedlungswesen, dem Deutschen Verein für Wohnungsreform und dem Deutschen Bund Heimatschutz zusammen mit dem Architekten Mächler ins Leben gerufen, hat im Herbst 1931 eine internationale Aussprache über die heutige Stadtentwicklung in Sowjetrußland eingeleitet. Als Unterlage diente eine Denkschrift der ‚Siewag‘, die auf die entscheidenden Punkte hinweist (‚Journal of the Town Planning Institute, London, und Deutsche Bauzeitung 1932, Heft 40). Der nachstehende Beitrag, der uns von der Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Architekten, Berlin, zugegangen ist, unterrichtet über den marxistischen Standpunkt deutscher Fachkreise zu der in der Denkschrift behandelten Frage.“⁵⁴⁸

Anlass für den Artikel war für den Autor (Rücker) die durch die Siewag in der „Proletarischen Bauausstellung“, der „Gegenausstellung“ zur Deutschen Bauausstellung 1931, vertretene und bildlich dokumentierte These: „Die Stadt als Hotel und Fabrik“. Rücker, selbst Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Architekten, begrüßte ausdrücklich die Initiative der Siewag, also einer aus eher konservativen, reformorientierten Fachleuten bestehenden informellen Vereinigung, die auf Mit-Initiative von Gustav Langen zustande gekommen war, die Entwicklungen in Sowjetrußland zu erörtern und einem breiten Kreis zugänglich zu machen. Ja, er unterstützte sogar die kritischen Positionen, die Mächler vertrat, weil sie die Unzulänglichkeiten der Proletarischen Bauausstellung offenbarten. Die marxistische Position sei viel umfassender und zielle auf „eine neue Siedlungsweise der

⁵⁴⁸ Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 43

Menschheit“.⁵⁴⁹ Beide „Lager“ (die „Konservativen“ und die „Sozialisten“) waren sich sehr viel näher, als das auf den ersten Blick scheinen mag, wenn Rücker die vom Architekten Korn in der Proletarischen Bauausstellung gezeigten Pläne für Berlin kritisierte: „Es ist übelster Projektemachestil, wenn z. B. A. Korn in der proletarischen Bauausstellung den Plan zeigte, Berlin einfach verfallen zu lassen und an der Havel als Bandstadt neu aufzubauen“.⁵⁵⁰ Rücker stellte klar, dass die sozialistische Umgestaltung „auch die Rekonstruktion der alten Städte und ihre Erweiterung“ beinhalte.⁵⁵¹

6.4 Neue Akteure in der Planung – Beteiligungen und Gender-Ansätze

Die Verwendung des heute gebräuchlichen Begriffs überzieht natürlich in der historischen Rückprojektion die Geschlechterfrage. In den 1920er Jahren dominierte die überkommene Rollenteilung zwischen den Geschlechtern, die der Frau eindeutig den Platz an den Orten des Kochens, der Kindererziehung, der Hausarbeit oder im Dienstleistungssektor vorsah. Auch bei Reforminstitutionen wie dem Bauhaus in Dessau waren die weiblichen Studierenden vorrangig in der Weberei tätig (außer Kath Both und Lilly Reich als die wenigen, die sich im Architekturbereich betätigten).⁵⁵² Die Landesplanung war, wie alle anderen gesellschaftlichen Sektoren, männerdominiert. In zweifacher Hinsicht jedoch erscheint die Frau in Bezug auf die Landesplanung: im passiven Sinne, als „Planungsobjekt“ sowie als Akteurin. Dabei traten Frauen sowohl als fachpolitisch engagierte Reformerrinnen als auch, das war ebenso ein Novum, als Planerinnen selbst auf. Dabei handelt es sich natürlich nur um Einzelercheinungen, die jedoch als Beginn einer zukünftigen Entwicklung

⁵⁴⁹ Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 45

⁵⁵⁰ Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 45

⁵⁵¹ Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 45

⁵⁵² Baumhoff, A. (1999): Die Alibi-Meisterin, in: Fiedler, J.; Feierabend, P./Hrsg.: Bauhaus, Köln, S. 354-356. Es wird eine sehr kritische Analyse der als „subtile Verschleierung der Diskriminierung“ dargestellten Rolle von Frauen am Bauhaus vorgenommen. Von einem Hort der Fortschrittlichkeit und Gleichberechtigung bleibt danach wenig übrig.

angesehen werden können, in der Frauen in der fachpolitischen wie in der unmittelbaren Planung eine wesentliche Rolle spielen würden – noch aber können nur diese Beispiele angeführt werden. Dennoch besitzen sie eine enorme Bedeutung, werfen sie doch ein Licht auf das Verständnis der Landesplanung sowohl hinsichtlich der Frauen in der fachlichen Tätigkeit als auch hinsichtlich der politischen Kultur, die mit den Frauen – zwar punktuell, aber eben signifikant – eingebracht worden war bzw. welche kulturellen Brücken die mitteldeutsche Landesplanung auch damit schlagen wollte.

Mit dem Auftritt einer der bedeutendsten liberalen Kämpferinnen für die Emanzipation der Frau und späteren Widerstandskämpferin gegen den Faschismus, der Hildegard Margis (1897-1944), während der Leipziger Siedlungswoche 1927 wurden sowohl fachliche Aspekte in die Diskussion der Landesplanung als auch eine liberale Haltung eingebracht. Eigentlich war sie nur die Vertretung der im ursprünglichen Programm angekündigten Dr. Gertrud Bäumer (1873-1954).⁵⁵³ Diese galt als eine der wichtigsten Personen der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie war 1920 in das Reichsinnenministerium als Ministerialrätin berufen worden, engagierte sich daneben publizistisch für die Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Frau und widmete sich in fachlicher Hinsicht der Rationalisierung der Frauenarbeit im Haushalt.⁵⁵⁴ Dies war denn auch die Brücke zur Aufnahme in das Programm der Leipziger Siedlungswoche. Ihre Vertreterin, Hildegard Margis, war ihre kongeniale Partnerin in dieser Hinsicht. Als Bezirksverordnete in Berlin Charlottenburg (für die Deutsche Volkspartei von Stresemann) und im Reichswirtschaftsrat tätig, engagierte sie sich vor allem für Ernährungsfragen oder für den Verbraucherschutz – sie gründete die

⁵⁵³ Notiz in der Deutschen Bauzeitung (DBZ), 5, 1927, S. 24

⁵⁵⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Gertrud_Bäumer. Sie spielte eine große Rolle in der Frauenemanzipation mit vielen Verbindungen auch ins Ausland (sie war auch Vertreterin im Völkerbund). Folgerichtig wurde sie 1933 aus allen Ämtern entfernt. Sie zog sich in die innere Emigration zurück. Diese Darstellungen bei wikipedia sollen hier als ein Bezug, nicht aber verifizierbare Quelle angegeben werden.

erste Verbraucherschutzorganisation in Deutschland („Heibaudi“), und war publizistisch zu Themen der Wohnungs- und Haushaltsorganisation tätig.⁵⁵⁵

In ihrem Beitrag zur Leipziger Siedlungswoche stellte sie die Frage der Rationalisierung der Küchenarbeit der Frau in den Mittelpunkt.⁵⁵⁶ Sie griff dabei weiter aus als nur die Frage der Gestaltung der Küche anzusprechen. Für sie – wie auch für Gertrud Bäumer – ging es um die Gleichwertigkeit der Arbeit der Frau im Haushalt wie in der Fabrik und damit die Gleichstellung der Geschlechter wie der Arbeitswelten generell. Dass die Hauswirtschaft hinsichtlich der Rationalisierung noch hinter den Rationalisierungen und technischen Entwicklungen zurück geblieben ist, erhebt sie zu ihrer Ausgangsthese, um für die Rationalisierung der Hausarbeit im Kontext des Wohnungsbaus zu plädieren: „Die Rationalisierung des Haushalts wird fraglos mit der *Arbeitsstätte, d. h. also dem Wohnungsbau* beginnen müssen.“⁵⁵⁷

Ihrer detaillierten Ausführungen zur Ausstattung, zur Gestaltung und Organisation des Wohnungsgrundrisses zielen auf die Änderung einer Planungskultur, nämlich die direkte Einbeziehung der eigentlichen Nutzer/innen der Gebäude in den Entwurf des Grundrisses. Nur sie, so ihre Argumentation, seien die Experten, die den optimalen, also rationalen Grundriss einer Wohnung, vor allem der Küche als der Hauptarbeitsstätte, zusammen mit dem Baumeister entwickeln könnten. Dabei

⁵⁵⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Margis. Eine der Schriften belegt exemplarisch diese politische wie fachliche Orientierung ihrer Arbeit: „(mit Erna Meier) Macht Euch endlich frei - von der Haushalt-Sklaverei! Der vereinfachte Haushalt und wie man ihn zeitgemäß führt. Hausfrauen, der halbe Tag gehört Euch! Ullstein-Verlag: Berlin 1930“. Sie wirkte mit ihrem Verlag und ihrer offensiven publizistischen Tätigkeit, die getragen war von einer grundsätzlichen Antikriegshaltung (ihr Mann war im 1. Weltkrieg gefallen), für eine gesellschaftspolitische Aufklärung der Frauen. Sie ging 1933 in den politischen Widerstand und arbeitete u.a. mit der Gruppe um Anton Saefkow zusammen. Sie wurde 1944 verhaftet und starb an den Folgen der Folter durch die Gestapo.

⁵⁵⁶ Margis, H. (1928): Die Frau als Heimgestalterin, in: Ritter, H./Hrsg. zusammen mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 75-78

⁵⁵⁷ Margis, H. (1928): Die Frau als Heimgestalterin, in: Ritter, H./Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 75

verweist sie auf eine in England angewandte Planungsmethode: die Befragung. Dort seien Fragbögen an Hausfrauen ausgegeben worden, mit deren Hilfe Fehler bei der Planung sowie Anregungen für neue Gestaltungsmöglichkeiten eingeholt werden sollten. Dies war offenbar ein großer Erfolg und sie empfahl diese Methode auch in Deutschland zu übernehmen.⁵⁵⁸ Hier wurde die Frau selbst zum Subjekt der Planung und nicht mehr nur Objekt – wie es üblich war – auch bei den modernen Architekten. Diese Methoden wurden zwar nicht in die Landesplanung übernommen, jedoch legte der Vortrag den Zusammenhang zwischen der Planung einer Wohnung unter aktiver Einbeziehung der Nutzer und einer Landesplanung, die die Interessen von Einwohnern einbezieht, nahe.

Die Landesplanung, wie auch die Architektur oder das Ingenieurwesen waren von Männern dominiert. Nur langsam erhöhte sich die Zahl der Frauen in den technischen Berufen. Eine von ihnen im mitteldeutschen Raum war Edith Schulze (1896-1984) in Dessau. Sie hatte in Braunschweig an der Technischen Hochschule studiert und kam als junge Diplomingenieurin nach Dessau und begann Anfang der 1920er Jahre bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Hier wirkte sie als rechte Hand des Stadtbaurates Overhoff bei der Planung von Werkssiedlungen und der Gartenstadt „Hohe Lache“.⁵⁵⁹ Später baute sie für die „Mitteldeutsche Heimstätte“ in Dessau und in Magdeburg, um nach 1945 als Stadtbaurätin in Dessau zu wirken. Als Mitarbeiterin von Overhoff war sie auch in den Siedlungsausschüssen der Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk in Dessau zeitweilig tätig, insbesondere zu Fragen des Siedlungsbaus.⁵⁶⁰

⁵⁵⁸ Margis, H. (1928): Die Frau als Heimgestalterin, in: Ritter, H./Hrsg., zusammen mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 77, 78

⁵⁵⁹ Overhoff, T. (1921): Die Siedlung Hohe Lache, Dessau, S. 23

⁵⁶⁰ www.kmkbuecholdt.de/historisches/sonstiges/Architektinnen1.htm. Von den hier aufgeführten ca. 90 Architektinnen war nur Edith Schulz bzw. Dinkelman genannt, die im mitteldeutschen Raum als Architektin tätig gewesen waren. Die meisten arbeiteten in Berlin, Dresden oder in Süddeutschland. Edith Dinkelman ging in den 1950er Jahren nach Karlsruhe. Ihre Tochter begann dort als ausgebildete Architektin u. a. im Regionalen Planungsverband „Mittlerer Oberrhein“ als Raumplanerin zu arbeiten. Grundlage: Gespräche mit Frau Dinkelman jun. im Sommer 1996.

6.5 Netzwerkstrukturen und Diskurse – der Planungsalltag

Natürlich hatten die in den nicht-staatlich organisierten Planungsverbänden tätigen Landesplaner täglich Brücken zu bauen zwischen den verschiedenen Interessengruppen, aber auch zwischen dem was fachlich übergreifend notwendig erschien und dem was lokal verfochten wurde, um letztlich einen Konsens zu erreichen. Die Geschäftsberichte der Landesplanung in Merseburg gewähren einen gewissen Einblick in diesen Alltag, wobei diese Berichte nur einen schwachen Abglanz der in den Ausschüssen wirklich abgelaufenen Debatten darstellen dürften.

Die Landesplanung in Merseburg hatte bereits in ihrer Aufbauphase erkannt, dass sie, wenn sie erfolgreiche Planung betreiben wollte, unbedingt zu den Nachbarregionen in Sachsen und Thüringen „Tuchföhlung“ aufnehmen musste. So berichtet Walter Lehweß, Architekt aus Berlin und von der Merseburger Landesplanung beauftragter Fachmann für die Betreuung des Wirtschaftsgebietes Weißenfels-Zeitz und Bearbeiter des regionalen Flächenaufteilungsplanes von seinen Kontaktaufnahmen mit den Behörden in Altenburg (Thüringen) und Leipzig (Sachsen). Er sei vom Siedlungsausschuss in Weißenfels-Zeitz beauftragt worden, „wegen der Einbeziehung des Meuselwitz-Rositzer Gebiets in Verbindung zu treten“, weil „die Planbearbeitung eigentlich an der Landesgrenze nicht Halt machen, sondern ... das Meuselwitz-Rositzer Gebiet einbeziehen (müsste).“⁵⁶¹ Die Thüringer Seite antwortete nicht nur positiv, sie erweiterte die Kooperation durch Einbeziehung der Thüringer Landesregierung, die sich auch für eine finanzielle Unterstützung der Planungsarbeiten einsetzte.⁵⁶²

⁵⁶¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr.1, Bl. 1r. Brief von Lehweß an den Kreisdirektor von Altenburg vom 31. August 1925.

⁵⁶² ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr.1, Bl. 1v Abschrift an das Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Inneres vom 5. September 1925.

Es gehörte aber auch das Scheitern von Bemühungen dazu – nicht alle Brücken waren, im übertragenen Sinne, baubar. Ein Problemfeld, das keine Brücke entstehen ließ, betraf die Standortentwicklung der Stickstoffwerke in Piesteritz, westlich von Wittenberg. „Keiner Fabrik Deutschlands entströmen auch nur annähernde Mengen solcher Rauch- und Staubwolken.“⁵⁶³ Dies konstatierte Anfang der 1920er Jahre der Arzt Prof. Kraft in seinem Gutachten zur Umweltsituation der Piesteritzer Stickstoffwerke. Die Situation änderte sich während der 1920er Jahre nur unwesentlich, was anhaltende Proteste belegen. Die Landesplanung behielt den ungünstigen Standort im Westen der Stadt bei, was offenbar der ökonomischen und politischen Stärke der Stickstoffwerke geschuldet blieb.

6.6 Rückkopplungen – Planung zwischen Theorie und Praxis

Die Erkenntnis des Strukturwandels – das Paradigma der Planung gewinnt eine neue Dimension: Die ersten Ansätze können dargestellt werden am Beispiel der Landesplanung Ostthüringen – mögliche Anzeichen einer eher nicht-linearen Planung.⁵⁶⁴

Die tiefen Erschütterungen der Gesellschaft der Weimarer Zeit, die von den Auswirkungen des Weltkrieges und dann von der Weltwirtschaftskrise geprägt waren, haben das Denken auch der Planung massiv beeinflusst. Das lineare Denken entlang eines schier unaufhaltsamen Wachstums geriet ins Wanken, wenngleich nicht vollkommen und eher zurückhaltend, schließlich überwog die Hoffnung auf

⁵⁶³ Landeshauptarchiv S-A, Rep. C 48, Nr. 1004, Bl. 455r sowie Kegler, H. (1992): Die Piesteritzer Werksiedlung, Dessau, S. 38-41

⁵⁶⁴ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, Textband I und Kartenband II. Mit diesen beiden Veröffentlichungen liegt das einzige vollständige und einen gewissen Abschluss dokumentierende Planwerk eines Landesplanungsverbandes in Deutschland vor. Es ist in Form und Aufmachung schlichter und weniger ausladend als die Fragmente anderer Planungsverbände, wie etwa das Planwerk aus Merseburg, das allein in grafischer Hinsicht einen gravierenden Klassenunterschied darstellt – hier aber fehlt der Textband. Auch die Kartensammlung in Brandenburg-Mitte war umfassender, aber nicht systematisch für eine Veröffentlichung aufbereitet.

Überwindung der krisenhaften Zustände. Dies war auch mit der beginnenden Erholungsphase der Wirtschaft nach dem Ende der Inflation der Fall - Optimismus machte sich breit, wie er sich auch in Kunst, Wissenschaft oder urbaner Lebenskultur unter dem Schlagwort der „Goldenen Zwanziger“ eingebürgert hat, sicher ein euphemistisches Bild, das aber durch Momente eines mondänen Lebens genährt wird.⁵⁶⁵

Doch der Beginn der Weltwirtschaftskrise läutete ein erneutes Nachdenken und differenziertes Betrachten von Entwicklungsprozessen ein. Basierte das Planungsdenken bis etwa 1927/28 auf gesicherten statistischen Untersuchungen, die, wie im Merseburger Planungsatlas erkennbar, schon ein differenziertes Bild von Wachstum und Schrumpfung – auch aus der Vorkriegszeit – zeichnen, so waren die Planer ab 1929 auf sich und vor neue Herausforderungen gestellt. Diese Krise war nicht vergleichbar mit denen der jüngsten Vergangenheit. Sie stellte etwas Neues dar. Viele Antworten grassierten in der Fachwelt und Politik. Sie reichten von Agrarromantik über Totalautarkie, also Ende des Exportindustrialismus, Industrieferndlichkeit mit Auflösung der Großstädte und Übergang zur vollständigen Selbsthilfe bis zu unverdrossener Fortschrittsgläubigkeit.⁵⁶⁶ Die Diskussionen in der Landesplanung Mitteldeutschlands (und nicht nur dort) waren nicht unbeeinflusst von diesen meist ideologisch gefärbten Aufwallungen. Die seriösen Debatten darunter verliefen noch im Heimatschutz, der noch nicht weitgehend im Fahrwasser der Rassenideologie ab 1933 angekommen war und eher im Sinne von bewahrender Erneuerung und Schutz vor übereilter Modernisierung agierte, wie am Beispiel Thüringens sichtbar geworden war. Dieses Vokabular findet sich recht verbreitet in

⁵⁶⁵ Sinnbild hierfür können die Bauhausfeste oder die Revuen an den Berliner Theatern sein. Dafür sind sicher keine neuen Belege erforderlich.

⁵⁶⁶ Hoffacker, H. W. (1989): Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen, S. 51-59, S. 284-298, S. 309-326

den Schriften der Landesplanung, die versuchte, eine Brücke zwischen Modernisierung und Bewahrung zu schlagen.⁵⁶⁷

Die pragmatisch angelegte Landesplanung war gezwungen, einen realen Weg zu finden, einen Weg, der alle Seiten an einen Tisch zu bringen vermochte, der umsetzbar sein konnte und der dabei fachliche Positionen, zu denen auch der Erhalt von landschaftlichen Schönheiten, angemessene Wohnverhältnisse in Stadt und Land etc. zählten, nicht aufgab, ja diese letztlich durchsetzte. Um eine empirische Sicherheit für ihre Argumentationen zu erhalten, bedienten sich die Planer der offiziellen Statistik auf Reichs- und Länderebene. Die entsprechenden Fachleute wurden von Anbeginn einbezogen. Die Statistik bot einen hohen Grad an Informationsdichte, was vor allem Trendbetrachtungen ermöglichte oder erhärtete – aber weitgehend nur bis Mitte der 1920er Jahre. Das Problem aber, wie aus der Vielzahl an Informationen eine Synthese in der Planung, sowohl die Situation als auch die Vorausschau betreffend, geschaffen werden konnte, war nur in Ansätzen gelöst.

Die Planer griffen zu einem – nicht explizit herausgearbeiteten – Mittel, das zum Verständnis der komplexen Raumentwicklung und der Umbrüche diente: Die Hermeneutik. Beschreibend und deutend näherte sich die Landesplanung an ihren zu bearbeitenden Gegenstand. Dies hatte Prager 1924 vorgemacht, als er den Unterschied zwischen der Situation im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland begründete, und damit für eine methodisch eigenständige Ausrichtung der Landesplanung in Merseburg plädierte.⁵⁶⁸ Luthardt, für den das planerische Vorgehen in Merseburg ein Vorbild war, was sich besonders im Kartenband oder in der Darstellung der

⁵⁶⁷ Es verging kaum ein Artikel, der nicht mit einem Appell an die Bewahrung der Schönheiten der Heimat, an Heimatgefühl etc. endete. Darin liegt offenbar auch ein kommunikativer Schlüssel, um der mächtigen Industrielobby Argumente entgegen zu setzen, was jedoch nicht explizit geäußert wurde.

⁵⁶⁸ Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, in: Zeitschrift für Bauwesen, 4-6, S. 24. ThHStAW. Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl.31v

„Arbeitswegzonenpläne“⁵⁶⁹ ablesen lässt, bediente sich gleich mehrfach dieses Vorgehens:

- phänomenologische Beschreibung und Deutung der Teilregionen und deren Wirtschaftsstrukturen,
- Ableitung von planerischen Aussagen auf übergreifender Ebene.

Nach umfassenden Beschreibungen der wirtschaftlichen, städtebaulichen und landschaftlichen Gegebenheiten Ostthüringens⁵⁷⁰ gelangte Luthardt zu einer grundsätzlichen Deutung der ökonomischen Struktur in diesem Gebiet (und für Thüringen insgesamt): „ ... dass Thüringen hinsichtlich des Grades seiner Industrialisierung von den größeren Bezirken des Deutschen Reiches nach Sachsen, Westfalen und Rheinland den vierten Platz einnimmt, so kann dies nur eine Industrie sein, bei der die angegebenen Nachteile der Rohstoffarmut und beförderungstechnisch ungünstigen Lage vergleichsweise weniger ins Gewicht fallen, also eine Industrie von Erzeugnissen, deren Hauptwert nicht in den verbrauchten Roh- und Hilfsstoffen liegt, sondern in der körperlichen und vor allem geistigen Arbeit, die zu ihrer Herstellung notwendig war.“⁵⁷¹ Erhärtet wurde diese Auslegung seiner Beschreibungen durch eine Statistik von 1925, nach der nur ein Sechstel der Industriebeschäftigten mit der Herstellung von Halbfabrikaten, die übrige Mehrheit mit der Erzeugung von Fertigfabrikaten beschäftigt war – Thüringen war also kein Billiglohngebiet für eine Grundstoff- und Zulieferindustrie, sondern stellte ein Angebot an durchaus qualifizierten Arbeitsplätzen bereit.⁵⁷² Daraus leitete er eine diversifizierte Standort- und Distributionsstruktur ab, die keine Konzentration und Verkehrsbänder benötigt, sondern eine Kleinteiligkeit und Vernetzung, um mit heutigen Worten zu sprechen.

⁵⁶⁹ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 54, 55

⁵⁷⁰ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 21-44

⁵⁷¹ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 44

⁵⁷² Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 45

Dem Aufbau einer Kommunikationsstruktur widmete sich die Landesplanung in Ostthüringen in besonderem Maße. Der Bau neuer Straßen rückte dabei in den Mittelpunkt. Da Luthardt Thüringen auch als „Durchgangsland“⁵⁷³ bezeichnet hatte, was aus der zentralen Lage in Deutschland und an den Verbindungswegen zwischen den wichtigen Zentren gelegen abgeleitet wurde, ergab sich – neben der Binnenbedeutung des Verkehrs – noch der überregionale Aspekt. Beides sollte in die landschaftlichen Gegebenheiten harmonisch eingefügt werden, da inzwischen der Fremdenverkehr zu einem „Industriezweig“ herangewachsen sei.⁵⁷⁴ Allein diese nüchterne Feststellung liegt jenseits aller Heimattümelei. Dennoch ging es nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um die Menschen, die in den Städten und Dörfern lebten, die eine Heimat, auch unter sich verändernden Bedingungen haben sollten.

Eine Brücke, die für Thüringen ungewöhnlich ist, wurde von der Landesplanung geschlagen, um die Struktur der Wirtschaft und den Lebensraum in Zukunft zu sichern, also um das Augenmerk auf die Kommunikationswege zu lenken: die internationale Ausstattung mit Kraftwagen (PKW) – Los Angeles 2 Personen auf einen PKW ... Berlin 64 Personen pro PKW. Nicht dass Luthardt amerikanische Verhältnisse wünschte, doch leitete er daraus ab, dass diesem Trend rechtzeitig und angemessen begegnet werden müsse – durch entsprechenden Ausbau der Straßen – allerdings behutsam und auf die konkrete Situation bezogen und sorgsam in die Landschaft eingepasst.⁵⁷⁵

Nach dieser allgemeinen Begründung und Herleitung des Ausbaus der Verbindungswege in Thüringen, führte Luthardt eine neue Kategorie in der Landesplanung ein: das Projekt. Üblicherweise blieb die Landesplanung bei der

⁵⁷³ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 4

⁵⁷⁴ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 31

⁵⁷⁵ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 11

zweidimensionalen Darstellung auf Ebene stehen. Die Flächennutzung (im Verbund mit Planungen für Verkehrswege etc.) bildete den Inhalt der Landesplanung und den Kern von deren Kommunikation. Im Textband finden sich hingegen 37 konkrete Projekte zum Bau von Straßen, die meist als Ortsumgehungen oder als Direktverbindungen zwischen neuen Wirtschaftsschwerpunkten ausgelegt waren.⁵⁷⁶ Die einzelnen Straßenprojekte erhielten jeweils einen Gesamtkontext und wurden als zusammenhängende Strukturen beschrieben, also nicht als singuläre Maßnahmen additiv aufgeführt. Im Gegensatz dazu erhielt die Eisenbahn, obgleich ihre tragende Rolle betont wurde, neben dem Luftverkehr eine eher untergeordnete Darstellung.

Die Akzentuierung war klar. Methodisch ist damit der Landesplanung eine Doppelrolle zugeschrieben worden, nämlich sowohl konzeptionell als auch umsetzungsorientierend zu fungieren. Das Straßen-Projekt diene zum Einen dazu, die Landesplanung herunter zu brechen auf den konkreten Fall und damit als Entwicklungsimpuls wirksam zu werden. Zum Anderen ging es dabei nicht schlechthin um Neubauprojekte. Es ging, nachdem das Reichsstraßennetz in Verhandlungen mit den Ländern auch für Thüringen abgestimmt worden war, „nicht etwa (um) den sofortigen Bau völlig neuer Straßen, sondern ... (darum,) auf den vorhandenen Straßenzügen den Verkehr geordnet und übersichtlich zu leiten und für den weiteren Ausbau Leitsätze an die Hand zu geben.“⁵⁷⁷ Demnach soll das Fernstraßennetz die vorhandenen Straßen als Anregung und die „Verkehrsbänder“ als „Spielraum“ für die Suche nach mehreren Lösungen nutzen, was auch die Möglichkeit der Anlage von „Autobahnen“ einschließen könne.⁵⁷⁸ Diesen „Spielraum“ würden dann die Projekte – auch als Varianten angelegt – füllen, so der planerische Ansatz.

⁵⁷⁶ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 64-96 Die Projekte wurden als „Spezielle Straßenplanung“ bezeichnet und z. T. mit Detailzeichnungen untersetzt, so z. B. die Verlegung der Staatsstraße in Lehdorf, S. 68.

⁵⁷⁷ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 64

⁵⁷⁸ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 64

Eine vergleichbare Idee lag der Bearbeitung des Flächenaufteilungsplanes zugrunde. Auch hier wurden einzelne Teilräume definiert und dann in ihrer wirtschaftlichen Perspektive beschrieben. Sie haben einen relativ kurz bemessenen zeitlichen Horizont, waren also eher umsetzungsorientiert denn visionär angelegt.⁵⁷⁹ Außerordentlich detailliert hat die Landesplanung die Entwicklungen im Bereich der technischen Infrastrukturen aufgeführt, insbesondere die für Ostthüringen markanten Wasserkraftwerke und Stauanlagen sowie die Systeme der Fernversorgung mit Elektrizität und Gas - beide Systeme waren gerade im Aufbau begriffen, weswegen diesen Themen so viel Raum gewährt worden war.

All diese Ausführungen klingen nach gradlinigem, linearem Planungsverständnis, das vor allem funktionsorientiert ist. Doch dann wurde dies gebrochen: Im Kontext von „Wohnungswesen und Bevölkerungsstand“ meldete die Landesplanung, eigentlich Luthardt, Zweifel an. Der Bezug war das Raum-Zeit-Modell von Lagebeziehungen zwischen Arbeits- und Wohnstandorten. Er reflektierte (die Vorkriegssituation durchaus beschönigend) in einem knappen Absatz an einer nicht prononcierten Stelle dieses grundsätzliche Entwicklungsmodell:

„Zwischen Wohnungsbedarf und gewerblicher Entwicklung besteht ein enger Zusammenhang. Vor dem Kriege, in Zeiten normaler Wohnungserstellung, vollzog sich ein harmonischer Ausgleich der Entfernung zwischen Arbeits- und Wohnstätten. Diese Harmonie ist seitdem gestört durch die STRUKTURWANDLUNGEN (Hervorhebung HK), welche die Wirtschaft infolge Krieg, Krisen und Produktionshemmungen sozialen Ursprungs durchgemacht hat und aus denen sie kapitalistisch und technisch rationalisiert hervorgegangen ist. Das blieb nicht ohne Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Umschichtungsprozess der erwerbstätigen Bevölkerung innerhalb der Berufsgruppen ist noch nicht zum Abschluß gelangt. ... Im mitteldeutschen Braunkohlebezirk hat sich die Wirtschaftsstruktur besonders stark

⁵⁷⁹ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 101-106

gewandelt: während des Weltkrieges durch Zuwanderung von Kriegsrüstungsindustrie in das ungefährdete mitteldeutsche Gebiet, dann durch Neuerungen in der Verwertung der Kohle, durch vorteilhafte Entwicklungen der Verkehrswege und andere Umstände.“⁵⁸⁰ Luthardt antizipierte einleitend „den Beginn einer Umwälzung unserer gesamten Wirtschaftsverhältnisse“, getrieben von der sich wandelnden Industrie.⁵⁸¹ Noch deutete er den daraus resultierenden Drang der Bevölkerung aus den Städten auf das Land zum Teil aus der ideologischen Brille als „aus dem Triebe nach Arterhaltung“. Doch dann konstatiert er wieder rational: „Wenn man sich diese verschiedenen auf Dezentralisierung der Großstädte drängenden Kräfte vor Augen hält, wird einem klar, dass möglicherweise in einiger Zeit andere Siedlungsbedürfnisse der Industrie eintreten, selbst wenn ihre Gütererzeugung sich gar nicht steigern sollte.“⁵⁸² Also (planmäßige) Suburbanisierung ohne Wachstum - ein Szenario, das bereits die aus dem Wachstum von Bevölkerung und Industrie entspringende Suburbanisierungsperiode überspringt und dicht an die heutigen Tendenzen heranführt: Zersiedlung trotz Schrumpfung.

Vor einem solchen Horizont erscheinen die unmittelbaren planerischen Aussagen recht kurz gegriffen, verständlicherweise, denn dies war in den Konsequenzen nicht weiter deutbar und schon gar nicht kommunizierbar. Doch die neuen Herausforderungen, mit denen auch die Landesplanung konfrontiert werden wird, waren zumindest im vagen Blick, so ideologisch sie auch bisweilen hergeleitet bzw. gedeutet wurden. Eine empirische Absicherung wurde jedoch stets gesucht - es blieb also nicht im Bereich des Spekulativen, wenngleich die Unsicherheiten und Risiken der Planung schon ahnbar wurden. Das ist bereits ein neuer Grad an Modernität in der Planungskultur, die über das fordistische Verständnis von Modernität weit hinausreicht.

⁵⁸⁰ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 54-55

⁵⁸¹ Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 2

⁵⁸² Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Leipzig, S. 2

7. Exkurs: Vom Ende einer maßstabsetzenden Planungskultur

Ab 1933 und dann endgültig 1935 wurden die demokratisch basierten Landesplanungsvereinigungen der Weimarer Republik gleichgeschaltet und schließlich zentral der Reichsstelle für Raumordnung und ihren Gliederungen unterstellt. Es gab zwar in plantechnischer und zum Teil auch in personeller Hinsicht eine gewisse Kontinuität, doch die Strukturen einer freiwilligen und auf Vereinsbasis bzw. durch demokratische Regierungen getragenen Landesplanung wurden gebrochen.⁵⁸³ Aus dem Bereich der Planungsstellen in Mitteldeutschland tauchte lediglich der Name Lindemann, also der Geschäftsführer in Merseburg, in den Akten der Zeit nach 1933 auf. Er gehörte zwar zu einer der wichtigen Personen in der Landesplanung, war aber keiner der führenden Aktivposten.⁵⁸⁴ Im Oktober 1933 hatte die Arbeitsgemeinschaft mitteldeutscher Landesplanungsstellen Vorschläge zur Neuorganisation der Landesplanung unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen an den Preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit gesandt. Die Vorschläge knüpften im Grunde an die bereits vor 1933 erarbeiteten Systematiken an, die vor allem nun eine übergreifende „Reichsplanung“ und dann folgend „Landesplanung“ und „Bezirksplanung“ für einrichtbar hielten.⁵⁸⁵ Insgesamt klingen alle Überlegungen sehr nach den auch in der Arbeitsgemeinschaft erörterten Themen, noch ist nichts von Gleichschaltung und subordinierender Raumordnung zu lesen. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1934, erstellt am 31. März 1935, wurde dann einleitend festgestellt: „Das Landesplanungswesen ist seit Beginn des Jahres 1934 durch organisatorische Maßnahmen der Reichsregierung und der parteiamtlichen Stellen in mannigfacher Beziehung beeinflusst und angeregt worden.“⁵⁸⁶ So wurde im März 1934 ein „Reichskommissar für das Siedlungswesen“ eingesetzt, der die

⁵⁸³ Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 31–33

⁵⁸⁴ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 90r

⁵⁸⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 98r

⁵⁸⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 101v

Vereinheitlichung alle Siedlungsangelegenheiten durchsetzen sollte. Noch klingt im Bericht ein hoffnungsvoller Tenor an, wenn festgestellt wurde, dass die „Wirtschaftspläne der Landesplanung ... der Arbeit der neuen Reichsstelle gute Dienste leisten können.“⁵⁸⁷

Die Dezentralisierung stand für die Landesplaner nach wie vor auf der Tagesordnung, ganz im Sinne der Debatten um 1930 – noch war keine Rede vom „Volk ohne Raum“, noch ging es um Rationalisierung, um Raumwirtschaftsplanung für eine effiziente Bodennutzung und Siedlungsverteilung.⁵⁸⁸ Aber auch die Verbindung zur Wissenschaft, wie sie von den Merseburger Planern betrieben worden war, bekam einen Impuls – verheißungsvoll klang das in den Ohren der Landesplaner: „Das Amt des Siedlungsbeauftragten im Stabe des Stellvertreters des Führers der NSDAP hat im September 1934 eine ‚Planungswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft‘ ins Leben gerufen mit dem Ziel, zwischen den wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Landesplanungsstellen und der Forschungstätigkeit der Hochschulinstitute die längst notwendige Verbindung herzustellen.“⁵⁸⁹

Die strategische Bedeutung der Landesplanung für die politischen Ziele der Nationalsozialisten kann kaum deutlicher zum Ausdruck kommen. Die Fachleute „alter Schule“ sahen darin aber vorrangig die Aufwertung ihrer Arbeit. Dass in den ersten Jahren kaum wesentliche organisatorische Veränderungen vorgenommen worden waren, wurde von Lindemann darauf zurück geführt, dass die Landesplanung bereits seit Jahren im Sinne der nun möglichen Gesamtplanung gearbeitet habe.⁵⁹⁰ Der Glaube an die nunmehr mögliche Durchsetzung rationaler Ziele der Landesplanung bzw. der Raumwirtschaftsplanung mit Hilfe eines rational und effektiv

⁵⁸⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 102r

⁵⁸⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 102 v

⁵⁸⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 102r

⁵⁹⁰ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 114v

handelnden Staates bestimmte die Einschätzung der aktuellen Situation der Landesplanung. Im Jahr 1936 erfolgte dann die strukturelle Änderung: Die örtlichen Siedlungsausschüsse, Herzstück einer auf Dialog ausgerichteten Planung, wurden aufgelöst.⁵⁹¹ Es kam auch zu personellem Wechsel, so verlies Rosenberger, wirtschaftswissenschaftlicher Mitarbeiter der Landesplanung in Merseburg, die dortige Stelle und ging nach Münster. Dies kann nicht als wirklicher Aufstieg angesehen werden, sondern bildete wahrscheinlich den Normalfall im Vorgehen, einen personellen Austausch in den Planungsstellen vorzunehmen (ein Dr. Schröder kam an seine Stelle).⁵⁹² Alle nicht konformen Personen waren ja sowieso bereits entfernt worden, wie das Beispiel Prager zeigte.

Damit begann aber nur das Präludium der Umstellung der Landesplanung. Nach 1936 wurde die Landesplanung in Mitteldeutschland (und in den anderen Teilen des Reiches auch) zu Landesplanungsgemeinschaften zusammengefasst, die den politisch-administrativen Einheiten entsprachen. So entstand die Landesplanungsgemeinschaft der Provinz Sachsen – Land Anhalt mit Sitz in Magdeburg.⁵⁹³ Nun wurde auch von „Raumordnungsplänen“, nicht mehr von Raumwirtschaftsplänen, gesprochen. Die Umstellung hatte etwa 3 Jahre gedauert. Dann waren die letzten Elemente der in den 1920er Jahren entwickelten Planungskultur entfernt worden. Die Planungslogik jedoch, wie sie die Systematik, den Aufbau der Planebenen oder die funktionalen Gliederungen betrafen, wurden weitergeführt und zu einem tragenden Gerüst der Planung. Die „störenden“ Elemente fielen der Umstrukturierung zum Opfer, wie die Relativierung des Planens durch Dialog, die aufklärerische Seite der Planung durch die Öffentlichkeitsarbeit oder das Denken im Strukturwandel, also letztlich auch nichtlinearer Planungsansätze – all das wurde eliminiert und durch lineare Hierarchien ersetzt.

⁵⁹¹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 117v

⁵⁹² ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 117v

⁵⁹³ LHASA, MD, Rep. C 20 IX, Nr. 10, Bl. 28

Neben Lindemann muss – auch stellvertretend – auf Gustav Langen verwiesen werden. Beide können als Prototypen für die Übergangszeit angesehen werden. Sie waren für den Erhalt einer gewissen Funktionsfähigkeit der Planungsverwaltungen notwendig, dann aber, als die eigentlichen kriegspolitischen Ziele von den nationalsozialistischen Machthabern in die Praxis umgesetzt werden sollten, also ab etwa 1935 (1937), standen diese Beamten und Fachplaner aus der Weimarer Ära im Wege. Nicht nur, dass damit die politischen Führungseliten des Nationalsozialismus einer komplex angelegten Planungskultur ihre innere Struktur und inhaltlichen Basis beraubten; es kam zu einer bis heute nachwirkenden grundlegenden Umpolung der Raumordnung, die nur mühsam die in der demokratischen Periode der 1920er Jahre gelegten Grundlagen wieder entdeckt als Teil einer Selbstreflexion, wie die jüngste Literatur dazu belegt.⁵⁹⁴

Fazit des Verlustes:

Im Landesplanungsverband Mitteldeutschland offenbarten sich in den 1920er Jahren Reformelemente, die gewissermaßen eine „Zwischenkultur“ darstellten, d. h. die sowohl der Moderne und dem technisch-kulturellen Fortschritt verpflichtet waren als auch reflexiv, besinnend oder konservativ wirkten. Eine auf das Gleichgewicht von divergierenden Prozessen orientierte Planung (wie sie in diesem Verband angelegt war), die weder platte Versöhnung von Widersprüchen postulierte noch fade Wachstumsethik favorisierte, vermochte als kulturelle Kraft glaubwürdig zu werden. Dies setzte regionale Institutionen voraus, die programmatische Ideen entwickeln und kulturstiftende Wirkung erzielen konnten. Der Landesplanungsverband für den mitteldeutschen Industriebezirk war eine solche Institution – zumindest in der Phase seiner Herausbildung bis 1932.

⁵⁹⁴ Vgl. die eingangs erwähnten Beiträge von Leendartz oder Blotvogel. Die tendenzielle Zunahme von Reflexionen über die Raumordnungsgeschichte stimmt zuversichtlich, dass dieses Erbe der 1920er Jahre (resp. der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts) stärker in das Bewusstsein der Fachöffentlichkeit dringt.

8. Der Planungsatlas: Landesplanung im engeren Mitteldeutschen Industriebezirk

8.1 Struktur und Inhalt des Kartenbandes

Mit dem sog. „Kartenband“ von 1932 legte die Landesplanung in Merseburg nach fast 10 Jahren vorbereitender Tätigkeit das umfassendste Planwerk vor, das in der Weimarer Republik geschaffen worden ist. Aber auch darüber hinaus sucht es seinesgleichen. Andererseits basiert die Planung in Mitteldeutschland auch auf den internationalen Erfahrungen, insbes. aus England oder aus Schweden, wie sie 1924 beim Internationalen Städtebaukongress in Amsterdam vorgestellt worden waren. Die Aufstellung von regionalen Flächenaufteilungsplänen („Regional Plan“ in England oder „Plan Regional“ in Frankreich) ist international zur gleichen Zeit auf dem Vormarsch. Von diesen Erfahrungen profitierte auch das Planwerk in Mitteldeutschland, wie Prager herausstellte.⁵⁹⁵

Wie bereits einleitend bemerkt, ist zwar der Mitteldeutsche Planungsverband bereits Gegenstand weniger Betrachtungen gewesen, jedoch nur ein einziges Mal wurde dabei das eigentliche „Produkt“ dieser umfassenden Planungstätigkeit, die Pläne selbst, zum Gegenstand erhoben und dies auch nur cursorisch.⁵⁹⁶ Das verwundert nicht, da alle bisherigen Untersuchungen aus historiografischer oder kunstgeschichtlicher Sicht die institutionellen Dimensionen in den Mittelpunkt gerückt hatten, nicht aber der aus der Perspektive eines Stadtplaners wichtige Planinhalt selbst analysiert wurde. Daraus leitet sich ein modifiziertes Erkenntnisinteresse ab. Es geht zudem darum, welche mögliche Bedeutung dieses Planwerk für die aktuelle Auseinandersetzung um die „strategische Planung“ haben könnte. Neben den bereits

⁵⁹⁵ Prager, S. (1924): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk. ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 30v. Siehe: Übersicht der Karten und Pläne im Anhang II.

⁵⁹⁶ Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in den Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, Einlegeblatt mit einem Ausschnitt des Plans Nr. 26 „Wirtschaftsplan Dessau-Roßlau-Zerbst“

dargestellten Verfahren und Strukturen, der Planungskultur, geht es auch um den eigentlichen Plan („Nr. 23“), der im Wesentlichen ein Plan der Flächennutzung (Raumstruktur) und der Mobilität war.

Das Planwerk kann aber nur verstanden werden, wenn es als Teil des umfassender angelegten Planungsverständnisses im Merseburger Verband verstanden wird. Die Auswahl der Planstruktur und die Darstellung fügen sich ein in eine auf Kommunikation angelegte Vorgehensweise. Es war nicht beabsichtigt, ein geschlossenes Plansystem zu erstellen sondern eine Grundlage für ein sich dynamisch entwickelndes und sich entlang wesentlicher Grundlagen bzw. Orientierungen bewegendes Verständnis auf drei Ebenen der Planung zu schaffen: die übergreifende Betrachtung im mitteldeutschen Raum (zwischen Berlin, Hannover, Fulda und Dresden), die strategische Orientierung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk zwischen Wittenberg, Magdeburg, Weimar und Gera sowie die Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplanebene im stadtreionalen Bereich ausgewählter wirtschaftlicher Schwerpunkte. Die Pläne wurden nicht als „Top-Down“ Vorgaben der Landesplanung angesehen, sondern als ein Arbeitsprogramm, in dem die Landesplanung „die Einzelpläne ihrer Mitglieder miteinander in Einklang“ bringt, also moderierend wirkt.⁵⁹⁷ „Ein Einfluß auf die Planungen ist im allgemeinen nicht möglich und nur dadurch mittelbar erreicht, daß der Wohnungskommissar, Regierungs- und Baurat Lindemann in Merseburg, Geschäftsführer der Landesplanung ist, wodurch bei der Frage der Bauzuschüsse usw. Rücksichtnahme auf Pläne der Landesplanung erreicht wird.“⁵⁹⁸ Neben der Moderation stand der Landesplanungsgeschäftsstelle nur der „goldene Zügel“ zur Verfügung, der offensichtlich geschickt im Rahmen der Verhandlungen eingesetzt wurde.

⁵⁹⁷ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 8r

⁵⁹⁸ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 8r

Die Pläne erscheinen aus dieser Sicht als Instrumente für die Hauptaufgabe, die sich die Geschäftsstelle der Landesplanung selbst gegeben hatte: Beratung der Planverfasser auf der Ebene der Kommunen und Wirtschaftszusammenschlüsse. Sie verstand sich als zentrale Instanz zur Förderung und Beratung der Mitglieder in den einzelnen Ausschüssen, was bei der Mehrheit der Landesplanungsverbände, die nicht staatlich dirigiert wurden, der Fall war und in Merseburg besonders ausgeprägt erschien.⁵⁹⁹ Dabei bediente sich die Geschäftsstelle zahlreicher Partner in Organisationen und Institutionen, die als planungsrelevant angesehen wurden (z. B. Wasserverbände, Elektrizitätsunternehmen oder Statistische Stellen der Länder bzw. des Reiches) und bezog deren Untersuchungen in die Beratungs- und Planungstätigkeit ein. Sie verstand sich zugleich als eine Bündelungs- und Vermittlungsstelle von relevantem Wissen und spezifischen Daten. Zugleich wurde bei der Beratung auf Wahrung einer strikten Selbstständigkeit der Planbearbeitung auf der lokalen Ebene der Kommunen bzw. der Zweckverbände geachtet und somit eindrucksvoll ein Beispiel für ein vorweg genommenes „Gegenstromprinzip“ heutiger Landes- und Regionalplanung geliefert, wobei sich die Landesplanung mit dem Planwerk auch als Instanz der Öffentlichkeitsarbeit (vom Lichtbildervortrag bis zu Vortragsveranstaltungen) verstand.⁶⁰⁰ Dabei sollten die Pläne und Verfahren in erklärenden Schriften und durch Vorträge in öffentlichen Veranstaltungen erläutert werden. Die jeweiligen Fachinstanzen und Behörden sollten durch gezielte Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen mit den Inhalten und Zielen des Planwerkes vertraut gemacht werden und somit selbst als Teil der Kommunikationskultur fungieren, wobei die „Weiterbildung der Baupolitik voraussichtlich grundlegende Bedeutung“ gewinnen würde.⁶⁰¹

⁵⁹⁹ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 8r

⁶⁰⁰ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 8r sowie Prager, S. (1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hoffmann, W./Hrsg. (1925?): Mitteldeutschland, S. 36-38, insbes. S. 37 sowie Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 81r, 81v, 8r, 9r

⁶⁰¹ Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 56, Bl. 8v.

Der vorliegende Kartenband blieb unvollendet, da der angekündigte Textband bis 1933 nicht mehr fertig gestellt werden konnte. In den Archivbeständen findet sich (jedenfalls bislang) kein Material, das als Rohfassung für diesen Textband angesehen werden kann. Offenbar war dieser noch nicht sehr weit gediehen oder ist verloren gegangen. Insofern müssen die Beiträge in der zeitgenössischen Fachliteratur und begleitende Archivalien als Quellen zur Bewertung dienen. Ein wesentlicher Grund für das verzögerte und unvollendete Erscheinen des Planwerkes lag auch in einem methodisch wesentlichen Aspekt.

Mit Einbruch der Weltwirtschaftskrise verstärkten die Planer das in Ansätzen erkennbare nicht-lineare Verständnis um die adaptiv-emergente Seite. Sie stellten sich auf die neue Situation ein, die sie als fundamental betrachteten. „In Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse wurden die Wirtschaftspläne weiter durchgearbeitet bzw. auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft. Nur wenn die zwischengemeindlich wichtigen Plandispositionen weiterhin der Entwicklung angepaßt und die erforderlichen Flächen offen gehalten werden, ist die Verwaltung und die Wirtschaft in der Lage, sich rationell einzurichten.“⁶⁰²

Der Prototyp einer emergent-adaptiven Planung war geboren worden. Dabei wurde nicht einfach nur reflexhaft reagiert, sondern abgewogen, indem alle „Projekte, deren Ausführung trotz der Notzeit nicht zurückgestellt werden (kann), zu klären“ sind.⁶⁰³ Diese Anpassungen wurden dann in die strategischen Planüberlegungen eingefügt und mit den entsprechenden Partnern in Behörden und der Wirtschaft kommuniziert.⁶⁰⁴

⁶⁰² ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 72r

⁶⁰³ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 72r. Diese Ausführungen wurden im Geschäftsbericht der Geschäftsführung der Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk für das Jahr 1931 getätigt.

⁶⁰⁴ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 73r.

Dem Kartenband ist eine kurze, aber prägnante Einführung vorangestellt worden. Hier umreißen die Autoren der Landesplanungsstelle in Merseburg Struktur, Inhalt und Absicht der Planunterlagen. Danach gliedern sie die Materialien in zwei Kartenteile auf den Maßstabsebenen 1:1.000.000 und 1:200.000 sowie den Planteil in den Maßstäben 1:25.000/1:10.000 bzw. 1:50.000. Er umfasst insgesamt 39 Karten und Pläne und ist einem Schubert ausgeliefert worden.⁶⁰⁵ Der Kartenband erschien im Eigenverlag der Landesplanung in Merseburg, einzelne Karten sind bei anderen Druckereien in Berlin, Zwickau oder Düsseldorf angefertigt worden. Der Bearbeitungsstand der einzelnen Karten bzw. Planung ist in der Regel 1929, wenige Ausnahmen beziehen sich auf 1925 bzw. 1927 oder 1931. Der gesamte Kartenband erschien letztlich 1932. Die lange Bearbeitungszeit ist der Weltwirtschaftskrise geschuldet, die zu erheblichen Problemen bei der technischen Fertigstellung geführt hatte, wie einleitend vermerkt wird. Im Geschäftsbericht der Landesplanung vom Mai 1932 wird vermerkt, dass nunmehr die Veröffentlichung des Planwerkes erfolgt.

Zunächst sollte, so die Ankündigung, der Kartenband erscheinen, später dann der Textband, welcher sich „eingehend mit den neueren Problemen der Planung auseinandersetzen (wird). Es erscheint aus diesen Gründen unbedenklich, die Herausgabe beider Bände voneinander zu trennen.“⁶⁰⁶ Dieser Textband ist offenbar nie erschienen, jedenfalls konnte keine antiquarische oder archivarisches Stelle gefunden werden, wo ein solcher Band – auch als Rohfassung – verzeichnet wäre.

Ein Blick in die Vorankündigung des Werkes von 1931 belegt, dass durchaus ein inhaltlicher Zusammenhang von Text- und Kartenband angestrebt worden war, man

⁶⁰⁵ Original im Archiv Kegler. Es gibt aber in mehreren Stadtarchiven, so in Dessau oder Merseburg, weitere Exemplare des Originals.

⁶⁰⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 73v

sich aber inzwischen schon fast davon verabschiedet hatte und dem Text nur noch eine Nebenrolle zuwies.⁶⁰⁷ Demnach wäre der Textband in fünf Abschnitte gegliedert:

1. Entstehung, Organisation und Aufbau der Landesplanung Merseburg,
2. Natürliche und wirtschaftliche Verhältnisse des Planungsbezirks,
3. Die allgemeine Landesplanung,
4. Die spezielle Landesplanung (örtliche Wirtschaftspläne),
5. Die Durchführung der Planungen.

Das „Kartenwerk“ ist dann mit kleinen Abweichungen als „Kartenband“ wie vorgesehen erschienen. Die Modifikationen betreffen die Trennung der Wasserkarten (Fluss- und Grundwasserkarte), die Einfügung der Karte zu den „Mitteldeutschen Landstraßen“ sowie die Reihenfolge einiger Karten. Zusätzlich war ursprünglich noch eine Karte „Der Wohnungsbedarf“ in der zweiten Maßstabsebene vorgesehen. Eine Begründung findet sich nicht den Geschäftsberichten.⁶⁰⁸

Das Ziel der planerischen Arbeiten wurde, nach Angaben der Autoren in dieser Einleitung, auf vier Schwerpunkte bezogen:

- Verkehr,
- Arbeitsmarkt,
- Bevölkerungsbewegung,
- Bodeninteressen.

Damit sind die zentralen Kategorien planerischen Handelns umrissen, wie sie sich in der Genese des Fachgebietes herausgebildet haben: Umgang mit der Flächennutzung, mit dem Wandel der Wirtschaftsstruktur und der Demografie, vermittelt durch Kommunikationsinfrastrukturen. Die städtebauliche und

⁶⁰⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 26r

⁶⁰⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 78r-80v

landschaftliche Gestaltung, die bisherige Domäne der Disziplin, tritt „versteckt“ auf – ein Indiz für die innere Ausdifferenzierung des Fachgebietes.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch ein relativierendes, nicht-lineares Selbstverständnis der vorgelegten Planungen:

„Sie (die Planungen HK) tragen lediglich den Charakter von Entwürfen, die den Erwägungen zum jeweiligen Zeitpunkt der Planaufstellung entsprechen und schaffen daher auch keine endgültige und rechtlich gesicherte Bestimmung für die Flächennutzung. Landesplanung und Städtebau von heute betrachten die Wirtschaftspläne als Programme, die mit den ständig wechselnden tatsächlichen Verhältnissen ihren Inhalt ändern, und die schließlich so geformt werden, dass der verhältnismäßig geringe Flächenbedarf der nächsten Zukunft an richtiger Stelle gedeckt werden kann. Entsprechend solcher Labilität der Planung ist auch für die einliegenden örtlichen Wirtschaftspläne von Zeit zu Zeit eine Überarbeitung zu erwarten.“⁶⁰⁹

Dieses Planungsverständnis ist nicht nur ausgesprochen modern und – aus heutiger Sicht – sehr aktuell. Es ist auch ein Ausdruck einer gewandelten Auffassung von Planung im gesellschaftlichen Sinn und von der Rolle des institutionalisierten Planers. Die hier vertretene Planungsauffassung liegt jenseits einer „Gottvater-Diktion“, aber offenbar auch jenseits einer nur dem Markt vertrauenden Heilslehre. Wirtschaftsplanung wurde, wie – eingangs ausgeführt als Ausdruck einer Gesamtrationalisierung der Standortwahl und Gestaltung begriffen. Dabei ging es weniger um die konkrete planerische Zuweisung als vielmehr um die programmatische Ausrichtung, die flexibel und elastisch genug sein muss, um sich wandelnden Anforderungen genügen zu können, ohne eine optimierte Grundorientierung aufzugeben. „Wirtschaftspläne“ werden als die informellen Instrumente der Landes- und städtebaulichen Planung auf lokaler Ebene angesehen.

⁶⁰⁹ Inhalt des Kartenbandes, Deckblatt, Merseburg 1932

Das ist ein neuer Ansatz, der im Wesentlichen auf Gustav Langen zurück geht. Durch die Anwesenheit von Vertretern der mitteldeutschen Landesplanung auf der Leipziger Siedlungswoche 1927 dürfte die Adaption erfolgt sein. Somit wurde ein städtebaulicher Wirtschaftsplan zum ersten Mal in dieser Form durch die Landesplanung in Merseburg praktiziert und gedruckt.⁶¹⁰

Die Wirtschaftspläne waren im Grunde Flächennutzungspläne, die aber nicht alle, vor allem die öffentlichen Nutzungen auswiesen, sondern sich vorrangig den Standorten der Wirtschaft widmeten. Zugleich wiesen sie die verkehrlichen und landschaftlichen Vorhaben (incl. Schutzgebiete) aus. Zudem sind in den Darstellungen deutlich die städtebaulichen Konfigurationen erkennbar. Allerdings fallen diese in den jeweiligen Planungen, die in der Verantwortung der kommunalen Akteure liegen, differenziert aus. So weist der Wirtschaftsplan für Halle (Plan 30) eine sehr klar erkennbare städtebauliche und landschaftsplanerische Vorstellung aus, wohingegen der Wirtschaftsplan für Zipsendorf-Meuselwitz vorrangig die Standortentwicklung der Braunkohlewirtschaft hervorhebt.⁶¹¹

Die entscheidende Feststellung jedoch ist die, dass in nächster Zukunft ein „verhältnismäßig geringer Flächenbedarf“ zu erwarten sei und deshalb die Frage der „richtigen Stelle“, d. h. der optimalen Lagezuweisung von wirtschaftlichen und Wohnungsstandorten eine besondere Wertschätzung erfahren müsse. Die in den meisten Plänen erscheinenden großflächigen Ausweisungen der Braunkohleabbaugebiete werden offenbar nicht als „Flächenbedarf“ dargestellt, da diese nur als temporäre Inanspruchnahmen – mit einem Zeithorizont von 30 Jahren – angesehen werden. Im strategischen „Plan 23“ tauchen diese auch nicht auf.

⁶¹⁰ Langen, G. (1928): Planwesen, in: Ritter, H./ Hrsg. in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 224

⁶¹¹ Siehe Anhang mit den Texten und Karten zum Planungsatlas. Es wird hier zwischen Karten (Analyse) und Plan (Planungen) im Planungsatlas unterschieden, was historisch nicht explizit getan worden war, aber deutlich erkennbar ist.

Eine zentrale Rolle des analytischen Teils im Planungsatlas spielt die Karte 10:

„Die Wandlungen der wirtschaftlichen Struktur 1907 bis 1925 in den mittleren Verwaltungsbezirken und den Großstädten Mitteldeutschlands“. In der grafisch sehr abstrakten wie ästhetisch ansprechenden Darstellung sind die Änderungen in der Branchenstruktur des weiteren Planungsgebietes, incl. Berlin, abgebildet worden. Diese Karte enthält den Schlüssel für die Ausrichtung des Planungsdenkens: der „Strukturwandel“.⁶¹² Hier taucht dieser Begriff erstmalig, im Sinne einer Trendanalyse auf.

Die 39 Karten und Pläne⁶¹³ stellen ein offenes System analytischer und orientierender Aussagen zur Entwicklung des mitteldeutschen Wirtschaftsraumes dar. Die Karten bzw. Pläne sind nach drei Maßstabsebenen geordnet (1:1.000.000, 1:200.000 und 1:50.000 bzw. 1:25.000/1:10.000). Dieser Unterteilung liegt die auf Robert Schmidt zurückgehende Trennung in „allgemeine und spezielle Landesplanung“ zugrunde.⁶¹⁴ Den Planungsebenen wurde hier noch eine Analyseebene vorgeschaltet, woraus sich die Dreigliederung ergibt. Sie geht weiter als es Schmidt forderte. Im vorliegenden Planwerk sind die Grenzen zwischen den Ebenen jedoch fließend gestaltet. So umfasst die erste Maßstabsebene Übersichtskarten von der „Politischen Gliederung“ über die Bestandskarten zum Wald oder Bodenschätzen und analytischen Trenddarstellungen von Wirtschaftsstrukturen und Bevölkerungsentwicklung bis hin zu Verkehrsplanungen. Dieser Part ist mit 18 Karten der umfänglichste. Der zweite Teil umfasst lediglich 6 Karten bzw. Pläne, verbindet also auch Analyse (wie z. B. die Bevölkerungsentwicklung 20) mit Planung (z. B. Flächennutzungsplan 23), bezogen auf den engeren Raum Mitteldeutschlands. Die „Wirtschaftspläne“ für die einzelnen

⁶¹² Karte Nr. 10: Die Wandlungen der wirtschaftlichen Struktur 1907 bis 1925; angekündigt war 1931 eine Karte mit dem Titel: „Strukturwandlungen der mitteldeutschen Wirtschaft 1907-1925“ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 26r

⁶¹³ Karten enthalten Bestandsangaben, wohingegen Pläne antizipierte Aussagen beinhalten.

⁶¹⁴ Schmidt, R. (1926): Landesplanung, in: Baupolitik, S. 127-131, insbes. 127

Schwerpunkte im Planungsraum beinhalten stadtregionale Flächennutzungen und stellen den Übergang zu den örtlichen Bebauungsplänen dar. Es handelt sich also um eine fließende Struktur der Planungsebenen. Andererseits sind die einzelnen Teile des Kartenbandes nicht zwangsläufig aufeinander bezogen. Die Schlussfolgerungen und Deutungen können durchaus verschieden ausfallen. Es handelt sich also nicht um fertige Vorgaben der oberen Planungsebene an die untere, sondern um ein Diskursangebot und keine lineare Kausalität. Zugleich sollen die Kommunen bzw. die regionalen Siedlungsausschüsse mit Informationen versorgt werden, die sie selbst nicht erheben könnten. Darauf verwies Werner von Walthausen, einer der beauftragten Architekten und Planer.⁶¹⁵

Die Landwirtschaft hat kaum Beschäftigtenzuwachs zu verzeichnen, meist im Gegenteil – Rückgang. Damit ist ein deutlicher Trend ausgemacht worden, der als Begründung für den Dezentralisierungsansatz – aus dem Bestand heraus – angeführt wird. Zuwachs hingegen wird im gewerblichen Sektor konstatiert. Dabei wird eine großräumige Disparität zwischen dem industriellen Kerngebiet um Merseburg und den sächsischen bzw. thüringischen Wirtschaftsregionen unterschieden. Im ersteren erfolgte eine Konzentration großindustrieller Strukturen, in den beiden letztgenannten prägte sich eine eher mittelständische Veredlungs- und Verbrauchsgüterwirtschaft aus. Dies wird auch durch die Untersuchung der Pendlerbeziehungen (Karte 21) unterstrichen. Entscheidend ist die Feststellung, dass sich in dem gesamten Beobachtungszeitraum von 18 Jahren die Tendenz zur Rationalisierung abzeichnete. Dies kann u. a. an den Zuwächsen in der Beschäftigtenzahl der Braunkohlewirtschaft und der chemischen Industrie im Regierungsbezirk Merseburg abgelesen werden: einer Verdopplung in der Braunkohlegewinnung steht eine Vervierfachung in der chemischen Industrie gegenüber.

⁶¹⁵ Walthausen, v. W. (1926): Landesplanung im Regierungsbezirk Merseburg, in: Baupolitik 1926, S. 193-194, insbes. S. 194

Vorausgesetzt, dass sich die Zunahme der Beschäftigung direkt proportional zum Produktausstoß verhält, wovon hier ausgegangen wird, bedeutet das einen Rationalisierungsschub und vor allem einen rasanten Effizienzzuwachs in der Nutzung des Rohstoffes Braunkohle. Der technologische Fortschritt in der chemischen Industrie schlägt sich also direkt im Verbrauch an Rohstoffen nieder. Das wiederum bedeutet im Umkehrschluss, dass bei anhaltender Rationalisierungstendenz der Rohstoffeinsatz weiter deutlich relativ sinken dürfte, was unmittelbare Auswirkungen auf die Flächennutzung in der Region hätte. Dies hatte Pfannschmidt in seiner allgemeinen Begründung für das Zusammenwirken von Wirtschaftskunde/Landeskunde und Landesplanung heraus gearbeitet, wobei er von einer „elastischen Wirtschaftsplanung“ sprach.⁶¹⁶ Die Entwicklung des ökonomisch-sozialen Systems erschien in den Augen der Planer als ein dynamisches, welches sich nur „bruchstückhaft“ verwirklicht und das durch entsprechende Freiheitsgrade in der Planung berücksichtigt werden müsse.⁶¹⁷

Die Darstellung der Lagerstätten auf der Karte 12 vermittelt eine Tendenz zur Konzentration der Abbaugebiete der Braunkohle vom Raum Merseburg/Bitterfeld in Richtung Lausitz und Leipziger Südraum (hier als „sächsische Bucht“ bezeichnet), was sich anhand der Anzahl der Förderstätten („Betriebe“) ablesen lässt. So erscheint z. B. das Geiseltal als Insel mit einer großen Anzahl an Förderstätten, was anzeigt, dass diese Lagerstätte in einem absehbaren Zeitraum von ca. 70 Jahren ausgekohlt sein dürfte. (siehe „Geiseltal in 70-80 Jahren“ im Anhang) Die Kohle stellt neben dem Kaliabbau den wichtigsten regionalen Rohstoff dar. Der Erzbergbau spielt eine geringere Rolle. Am stärksten betroffen ist dabei das Mansfelder Kupferrevier. Die starke Konkurrenz aus Übersee (vor allem Chile) führte zu Förderrückgängen, was sich wiederum im Schrumpfen der Bevölkerungszahlen in diesem Gebiet niederschlägt (Karte 9). Diese Analyse, basierend auf der Volkszählung von 1925,

⁶¹⁶ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 55

⁶¹⁷ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 55

offenbart die Dynamik und regionale Disparität der Bevölkerungsentwicklung. Es kann die Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen in Mitteldeutschland abgelesen werden. Neben dem Mansfelder Revier betrifft die Schrumpfung vor allem Ostthüringen (um Greiz). Stark wachsende Städte hingegen sind Jena und die Umlandgemeinden von Leipzig sowie im Bitterfelder und Merseburger Raum. Gleichzeitig ist eine Abnahme der Bevölkerung in den produktiven landwirtschaftlichen Gebieten wie der Magdeburger Börde zu konstatieren.

Außerdem wird in Karte 10 auf die starke Exportabhängigkeit der mitteldeutschen Industrie hingewiesen, wie die Trendbetrachtung, die bis 1928 weiter gerechnet wird, aussagt. Hier kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Weltwirtschaftskrise, die sich bereits abzeichnete, einen Rückgang der Beschäftigung erkennen lässt, was aber nicht zu Wanderungen der Arbeitskräfte führte, d. h., es wird keine nennenswerte Abwanderung aus der Region konstatiert. Um den krisenbedingten Disproportionen in der regionalen Entwicklung entgegen zu wirken, und um unnötige Binnenwanderungsbewegungen zu verhindern, ist ein flexibles Mobilitätssystem zu entwickeln, das es den Arbeitskräften ermöglicht, in der „Einstundenentfernung“ auch einen notwendig werdenden Arbeitsplatzwechsel vornehmen zu können, ohne umziehen zu müssen.⁶¹⁸ Von dieser Grundannahme getrieben, hat Pfannschmidt das Mobilitätssystem der „Halb- und Einstundenerreichbarkeit“ mit Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Fahrrad und zu Fuß als sich überlappende Einzugsradien entwickelt, was im „Plan 23“ abgebildet worden ist.

Kartografisch stellt das Planwerk eine grafisch außerordentlich ansprechende, in der typografischen Sprache der Moderne gehaltene wissenschaftliche Bildfolge dar. Eine serifenlose Schrifttype, seitlich herausgestellte Blattnummern, z. T. die Planränder

⁶¹⁸ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 53-54. Auf S. 54 ist dieses Prinzip zum ersten Mal und mit dem Datum 27. Januar 1928 veröffentlicht worden.

sprengende Karten und vor allem die Darstellung der statistischen Angaben lassen den Einfluss moderner Typografie und Werbegrafik erkennen, ohne dass dies direkt nachweisbar ist. In den Geschäftsberichten findet sich kein eindeutiger Hinweis darauf. In den ansonsten einheitlichen Darstellungen weichen lediglich die beiden Wirtschaftspläne von Halle und Magdeburg etwas vom Layout ab, die erst gegen Ende der Arbeiten am Planwerk eingefügt wurden und somit nicht mehr plangrafisch angepasst werden konnten, wie auf den Erstellungsdaten der Pläne ersichtlich ist.

Das Planwerk ist über mehrere Stufen gereift und wurde im Eigenverlag des Planungsverbandes in Merseburg erarbeitet. Erste Entwürfe wurden bereits 1925 veröffentlicht und tragen in der Plangrafik wie in der inhaltlichen Ausgestaltung deutliche Kennzeichen eines Herantastens an den Planungsgegenstand und dessen Vermittlung.⁶¹⁹ Die Einflüsse der Typografie der Moderne sind ab 1927 erkennbar.⁶²⁰ Der letztlich gewählten Darstellung ging eine seit 1924 währende Auseinandersetzung um Vereinheitlichung von Plandarstellungen voraus.⁶²¹ Diese Vereinheitlichung erschien notwendig, um die – aus heutiger Sicht – informellen Siedlungspläne von den formellen Bebauungsplänen nach Fluchtliniengesetz zu unterscheiden. Solange es noch kein Preußisches Städtebaugesetz gab, das dann auch diese Frage hätte regeln sollen, bestand die Notwendigkeit, inhaltliche und darstellerische Regeln für die Erstellung dieser Pläne für den Regierungsbezirk festzulegen. Die Siedlungspläne wurden also den Bebauungsplänen vorgeschaltet, um grundsätzliche Orientierungen für die Anlage von Wohn-, Industrie-, Erholungs-, Verkehrs-, Handels- oder Bergbauflächen zu gewinnen.

⁶¹⁹ Siehe: Küster, D. (1925): Über die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den mitteldeutschen Industriebezirk, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 17, S. 129-132, insbes. S. 130. 1929 erschien dann der erste Entwurf zum „Plan 23“, der ebenfalls nur Konturen aufzeigt. Siehe: Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 54.

⁶²⁰ So wurden nach 1927 (bes. ab 1930) die Geschäftsberichte in einer modernen Schrifttype geschrieben, die die bis dahin übliche Frakturtype ablöste.

⁶²¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, Bl. 9-16 (Richtlinien für die Aufstellung von Siedlungsplänen für die Mitteldeutschen Wirtschaftsgebiete innerhalb des Regierungsbezirkes Merseburg, Verfasser: Stephan Prager, 22. 2. 1924)

Die Siedlungspläne sollten, so Prager, „Schwierigkeiten bei der förmlichen Festsetzung der Bebauungs- und Fluchtlinienpläne ... aus dem Wege (zu) räumen.“⁶²² Mit diesen Anforderungen an die Siedlungspläne wurde der kommunikative Charakter des späteren Planwerkes vorgezeichnet. Zugleich definierten die Planer die wesentlichen Darstellungsarten für die einzelnen Flächennutzungen, die Maßstabsebenen sowie die kartografischen Grundlagen.⁶²³ Die Farben der einzelnen Nutzungsarten und Statistiken im späteren Planwerk sind hier bereits in den Grundzügen umrissen und wurden letztlich beibehalten, eben nur ausdifferenziert und grafisch angepasst. Besonderes Augenmerk legte Prager auf den Umgang mit den Bergbauarealen. In den Plänen sollte nicht nur der aktive Bergbau und die möglichen Fördergebiete für die nächsten 50 Jahre ausgewiesen werden, sondern auch „Angaben darüber ..., in welchem Maße die Auffüllung der Gruben in die Wege geleitet worden ist, inwieweit der Boden wieder rekultiviert worden ist ...“.⁶²⁴

Den Bemühungen um einheitliche Planzeichen und Farben schließt sich auch der Normenausschuss der Deutschen Industrie mit einem Entwurf der „Reichshochbaunormung“ an. Um dem „in den Fachkreisen schon mehrfach empfundene(n) Bedürfnis, die Darstellungen und Kennzeichen ... einheitlich zu gestalten ...“ nach zu kommen, erstellten die Planer den Entwurf für ein Normblatt, das jedoch wegen dem fehlenden Städtebaugesetz nicht angewendet wurde.⁶²⁵ Dennoch nahmen die zuständigen Stellen im Preußischen Ministerium diesen zur Kenntnis. Vergleichbare Vereinheitlichungsversuche sind auch aus Sachsen bekannt.

⁶²² LHASA,MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, Bl. 2

⁶²³ LHASA,MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, Bl. 12-16

⁶²⁴ LHASA,MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2768, Bd. 1, 14

⁶²⁵ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen, Nr. 11, Bl. 102

Die dort von Mackowsky vorgelegte „Farbenbezeichnung des Siedlungs- und Wirtschaftsplanes für das westsächsische Braunkohlegebiet (Landesplanung)“ stellte eine einfach handhabbare und zugleich aussagekräftige Planzeichenordnung dar. Sie fand entsprechende Anwendung und wurde auch bei der länderübergreifenden Planerstellung von der Landesplanung in Merseburg berücksichtigt.⁶²⁶

Der für Mitte 1931 angekündigte Versand der beiden Teile des Planwerks, Karten- und Textband, wurde mit einer breiten Informationskampagne im Frühjahr 1931 eingeleitet. Presseinformationen, Rundschreiben, Handreichungen und Vorträge gehörten zum Propagandaprogramm, mit dem das Planwerk einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. So wurden z. B. die Schulleiter sämtlicher Mittel- und Volksschulen angeschrieben und die Anschaffung des Kartenwerkes dringend empfohlen.⁶²⁷ Ähnlich wurden die Baugenossenschaften angeschrieben und Vorträge angekündigt.⁶²⁸ Die ganze Werbekampagne wird durch Autoritätsbeweise maßgeblicher Persönlichkeiten zur „Beurteilung des Werkes aus Verwaltung und Wirtschaft“ untersetzt und breit kommuniziert.⁶²⁹

⁶²⁶ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 162-164

⁶²⁷ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 9r, 10r

⁶²⁸ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 8r,v, 81r,v

⁶²⁹ ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 11, Bl. 27v, 67r

8.2 Das Hauptresultat des *Spiel-Raumes*-1: Der „Plan 23“⁶³⁰

Der Originaltext zum „Plan 23“ lautet:⁶³¹

„Zusammendruck 1929 aus der Topogr. Übersichtskarte des Deutschen Reiches 1: 200 000 mit dem Stand der auf den Grundplatten ausgeführten Berichtigungen und Nachträge. Hergestellt vom Reichsamte für Landesaufnahme, Reichskartenstelle, Berlin 1929.

Der Plan wurde aufgestellt von der Landesplanung Merseburg unter Mitwirkung der Landesplanungen Magdeburg, Westsachsen-Leipzig u. Ostthüringen sowie der Städte Dessau, Halle, Leipzig und Magdeburg.

Vorliegender Übersichtsplan soll den Zusammenhang der gegenwärtigen und künftigen Verteilung der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen darstellen. Die geplanten Gewerbe- und Wohnflächen entsprechen einem Höchstbedarf der nächsten 30 Jahre. Ihre örtliche Lage ändert sich mit den Standortbedingungen. Für die nähere Zukunft sind nur Teile der geplanten Flächen zum Aufschluss durch Baustufen- und Fluchtlinienpläne bestimmt. – Die jetzige Bebauung ist teils aus dem Unterdruck ersichtlich, soweit dieser dem gegenwärtigen Stand entspricht, teils ist sie in den als geplant ausgewiesenen Flächen enthalten. – Die Lage der Industrie- und Wohngebiete zueinander soll den künftigen siedlungstechnisch erwünschten Zustand zeigen. Gegenwärtig schließen die vorhandenen Wohnflächen das Mischgebiet ein, enthalten also schädliche Industrie; die geplanten Wohnflächen enthalten dagegen außer dem reinen Wohngebiet nur Mischindustrie mit Kleingewerbe und

⁶³⁰ Es soll an dieser Stelle zwischen *Spiel-Raum1* - „Plan 23“ aus dem Planungsatlas und *Spiel-Raum2* - „Ferropolis“ aus dem zweiten Teil der vorliegenden Schrift unterschieden werden. Hier wird ein strategischer Plan analysiert, der nicht „gebaut“ worden ist, während mit „Ferropolis“ ein Projekt in seiner Entstehung nachvollzogen wird. Beiden ist gemeinsam, dass sie ein Schlüsselobjekt für das Planungsdenken im historischen Rekurs darstellen, aber vollkommen unterschiedlich sind. Damit werden Eckpunkte der Planung - zwischen „Plan“ und „Projekt“ - hervorgehoben und für Bewertungen im historischen Kontext der disziplinären Entwicklung aufbereitet. (Anhang IV, Abb. 11)

⁶³¹ Kartenband Plan Nr. 23, Bildunterschrift (Archiv Kegler)

Geschäftsgebiete. In den Wirtschaftsplänen sind die einzelnen Flächennutzungsarten plantechisch voneinander unterschieden.

Gewerbestandorte: Der Mittellandkanal nebst Südflügel begünstigt die gewerbliche Ansiedlung an der Elbstrecke Magdeburg-Dessau-Wittenberg sowie an der Saale-Elster-Strecke Bernburg-Staßfurt-Halle-Merseburg-Leipzig. Außer der Lage zum Wasserweg ist die stärkere oder schwächere Begünstigung einzelner Orte und Gebiete durch Bahn- und Straßenverkehrslage, durch die Wasserversorgung aus Urstromtälern und durch die Lage zu den Verbraucherorten der Bevölkerung für die gewerbliche Ansiedlung bestimmend.

Wohnflächen: Die Entwicklung der Wohngebiete wird sich zweckmäßig weiter im Anschluss an die bisherigen Stadtkörper und an die günstigen Gewerbestandorte vollziehen, wobei eine dezentralisierte Besiedlung der Ortschaften in der Einstundenlage zu mehreren Gewerbezentren erstrebt wird. – Die Einstundenzone eines Gewerbeortes umschließt sämtliche Wohnorte, von denen aus die Erwerbstätigen bei Benutzung der Bahn in höchstens eine Stunde zur Arbeitsstätte gelangen können. Wohnorte, die von mehreren Zonengrenzen umschlossen werden, sind demnach arbeitsmarktlich besonders günstig gelegen. – Die Wohnflächen sind in diesem Plane nur für Wohnorte mit vorwiegend gewerblicher Bevölkerung und für Wohnortgruppen mit mehr als 2000 Einwohnern eingetragen worden.

Grünflächen: Größere Waldflächen für öffentliche Erholung besitzen lediglich das Gebiet Dessau-Wittenberg-Bitterfeld, das Mansfelder Land, das Unstrutgebiet, Ostthüringen und das sächsische Mittelgebirgsland. Im Elster-Saale-Gebiet ist dagegen der Bestand an Waldflächen überaus gering. Hier gewinnen daher die Talniederungen (natürliche Überschwemmungsgebiete und angrenzende Niederungsgebiete) erhöhte Bedeutung für die Volkserholung und die Wasserwirtschaft. Dargestellt sind ferner für Preußen und Anhalt die geschützten landschaftlich hervorragenden Gegenden sowie die größeren Naturdenkmalschutzgebiete.“

(Siehe Planbild im Anhang)

Der „Plan 23“ stellt das Herzstück des Planungsatlasses für die engere mitteldeutsche Landesplanung dar. Darin sind Hauptaussagen der Planung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk in einer räumlich-funktionalen und flächenbezogenen Synopse zusammengefasst worden. Die geplanten Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen wurden als strategische Aussagen hervorgehoben. Darüber hinaus enthält der Plan ein Raum-Zeit-Modell zur eisenbahnbasierten Mobilität, das als abstrakte Einzugsgebietsdarstellung über den Flächennutzungsplan gelegt wurde. Damit enthält dieser Plan auch Aussagen zu dynamischen Elementen räumlicher Vernetzung.

Es handelt sich um einen kombinierten Flächennutzungs- und Strategieplan, der sowohl den aktuellen Planungsstand repräsentiert als auch langfristig stabile Elemente der räumlichen Entwicklung hervorhebt. Dazu zählen:

- die Korridore der Flussauen,
- die zusammenhängenden Waldgebiete,
- die Grenzen der Stadtentwicklung mit Hervorhebung der bestehenden Kerne und der Erweiterungsflächen,
- die Schwerpunkte der gewerblichen und industriellen Wirtschaft.

Gewerbestandorte:

Im Wesentlichen werden die bereits bis zum 1. Weltkrieg angelegten Industrie- und Gewerbestandorte fortgeschrieben. Im Planwerk wird nicht zwischen Alt- und Neustandorten unterschieden. Es kommt zu einer neuen Wichtung, indem sie bzgl. der verkehrlichen Erschließung über die Bahn und die Flüsse (weniger über die Straße) erweitert werden. So bilden sich Korridore ab: Magdeburg - Schönebeck - Bernburg/Köthen - Halle/Leuna; Halle - Bitterfeld - Wittenberg; Wittenberg - Piesteritz - Roßlau; Eisleben - Hettstedt - Aschersleben - Staßfurt - (Magdeburg).

Die Städte bzw. Gewerbestandorte werden als regionale Zielpunkte in einem 30km-Netz der bahnseitigen Erschließung (vorrangig zur Heranführung von Arbeitskräften) hervorgehoben:

Magdeburg, Schönebeck, Staßfurt, Aschersleben, Bernburg, Dessau, Roßlau, Piesteritz, Wittenberg, Farbenfabrik Wolfen, Bitterfeld, Leipzig, Halle, Leuna, Plagwitz, Eisleben, Hettstedt, Jena, Zeitz, Gera, Weißenfels, Meuselwitz sowie Apolda (wobei es hier keine planerischen Aussagen zur Entwicklung gibt). Diese Orte könnten als „zentrale Orte“ (diesen Begriff gab es noch nicht), als wirtschaftliche Zentren, aber auch als dezentrale Wohnorte angesehen werden. Nicht dabei sind: Zerbst, Delitzsch, Altenburg, Wurzen, Eilenburg, Weimar (auch diese Stadt ist offenbar nur cursorisch aufgenommen, ohne eine planerische Aussage, die möglicherweise auch noch nicht vorlag, da ja die Landesplanung Mittelthüringen erst ab 1930 aufgebaut wurde).

In den Zentren überlagern sich die Einzugsradien, weswegen z. T. die 30 km-Radien oder sog. „Ein- bzw. Halbstundenzonen“ unterschritten werden. Entlang der Einzugskorridore werden die potenziellen Wohnstandorte, bezogen auf die Haltepunkte der Bahn wiederum mit Einzugsradien von 3 bis 7 km (10 km) dargestellt – also fußläufige oder fahrradbezogene Anbindungen. Daraus ergibt sich ein Korridor-Netz, welches die dezentralen Standortschwerpunkte für die Wohnbereiche hervorhebt. Die dazwischen liegenden Orte werden als nicht erweiterbar angesehen. Ausnahmen bilden Orte in besonderen Naturlandschaften, wie der Elbaue (Bad Schmiedeberg etc.) oder dem Unstruttal.

Besonders auffallend ist im Planwerk das System der Auenverbindungen. Alle Fluss- und Bachläufe sind als Grünverbindungen betont und fast vollständig von jedweder Bebauung freigehalten. Sie bilden klar abgegrenzte Räume des Natur- und Hochwasserschutzes. Es ist ein zusammenhängendes Netzwerk dieser Auenlandschaften vorgesehen, die wiederum mit den großen Waldgebieten (Dübener Heide, Harz, Fläming und Ostthüringen) verknüpft sind. In diesen Grünräumen werden - für preußisches und anhaltisches Gebiet - Naturschutz- bzw. Naturdenkmalebereiche ausgewiesen:

- das Unstruttal mit Teilen der Saaleaue (Artern bis Naumburg sowie Großheringen bis Leißling) - größtes Gebiet,

- die Saale-Elster-Aue mit Teilen des Stadtgebietes von Merseburg bis Schkopau - zweitgrößtes Gebiet,
- ein Abschnitt der Muldeaue zwischen Jessnitz und Altjessnitz/Raguhn,
- ein Waldgebiet südlich von Mosigkau bei Dessau,
- die Elbaue südlich von Roßlau (südliches Ufergebiet),
- die Elbaue zwischen Steutz und Badetz mit Steckby - drittgrößtes Gebiet,
- Waldgebiete südlich Medewitz und nördlich von Zerbst.

In diesen Gebieten sind die Naturschutzgebiete abgegrenzt. Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich ist nicht ausgewiesen worden, obwohl es in dieser Zeit als touristisches Naherholungsgebiet erschlossen und beworben wurde.⁶³² Die Stadt Wörlitz ist hingegen in das System der „Ein- bzw. Halbstundenzonen“ einbezogen. Die existierende Bahnverbindung, für die touristisch lebhaft geworben wurde, war – im Gegensatz zu der in den Kurort Bad Schmiedeberg – Bestandteil der bahnseitig erschlossenen Naherholungsstruktur im Gesamtplan.

Die Braunkohletagebaue erscheinen im Planbild fast unkenntlich und nur als Standortsymbol (gekreuzte Hammer und Schlegel). Sie werden nicht flächenmäßig ausgewiesen, obgleich sie beträchtliche Flächenrelevanz auch schon damals besaßen. Zum Einen können dafür taktische Gründe eine Rolle spielen. Wegen der starken Präsenz der Landwirtschaftsvertreter in den Siedlungsausschüssen sollten die zwar temporären, aber eben enormen Devastierungen durch den Bergbau nicht direkt kommuniziert werden, sondern erst auf der kleinräumigen Ebene der Wirtschaftspläne. Andererseits kann vermutet werden, dass diese Gebiete als Übergangslandschaften angesehen wurden, wie aus den Veröffentlichungen von Prager 1925 abzuleiten wäre. Er setzte sich bereits ausführlich mit den Fragen der Bergbau-Folge-Landschaften auseinander.⁶³³ Dabei ging es zumeist um eine forst-

⁶³² Bauhaus Dessau/Hrsg. (1996): Industrielles Gartenreich, Dessau, S. 48-50

⁶³³ Prager, S.(1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, in: Zeitschrift für Bauwesen, S. 44

und landwirtschaftliche Nachnutzung, nur in Ausnahmefällen stand die Vision einer Freizeitlandschaft im Mittelpunkt, wie z. B. im Geiseltal.

Die konkreten Ausweisungen der Bergbauareale in den Plänen 32 bzw. 33 zeigen die weiten, potenziell devastierten Flächen. Auf dieser Grundlage entstand auch die Vision der Zukunftslandschaft „Das Geiseltal in 70 bis 80 Jahren“ von v. Walthausen 1928, die aber Prager bereits 1925 angedeutet hatte.⁶³⁴ Der „Plan 23“ selbst weist explizit keinen Zeithorizont aus, wenngleich Annahmen für die nächsten 30 Jahre getroffen werden (siehe nächster Abschnitt). Es sollte offenbar ein Zielkorridor mit den wesentlichen landschaftsprägenden Elementen vermittelt werden. Für das Geiseltal aber wird lediglich landwirtschaftliche Fläche als Nachnutzung dargestellt – eine touristische Seenlandschaft hingegen nicht. Auch hier können taktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Die Vision von 1928 hätte vielleicht im Textteil Niederschlag gefunden.

Damit wird der Plan handhabbarer und die Hauptaussagen sind klar erkennbar. Das Mobilitätsmodell hingegen liegt wie eine Arabeske darüber und bedarf der intensiven Beschäftigung, will der Betrachter dieses System verstehen. Aber vielleicht ist dies auch nicht sofort notwendig. Es genügt auf den ersten Blick zu erkennen, dass alle wichtigen Standorte der Industrie mit denen des Wohnens über die Eisenbahn in einem effektiven Zeit-Raum-Maßstab verknüpfbar sind.⁶³⁵

⁶³⁴ Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, S. 44: „Im Geiseltal, wo eine Wiederauffüllung der Gruben, die voraussichtlich zu großen Teichen werden, nicht möglich ist, und wertvoller landwirtschaftlicher Boden in den Abraumhalden untergeht, könnten diese Halden wenigstens durch Bepflanzung wieder in die Natur einbezogen werden.“ Dazu hatte dann 1928 der zuständige Planbearbeiter, Werner von Walthausen, das entsprechende Planbild erstellt.

⁶³⁵ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 54

Die Industriestandorte:

Die bestehenden Standorte bildeten in dieser Planung das Grundraster für die wirtschaftliche Entwicklung. Damit wird der Trend zur Dezentralisierung, wie er sich aus den Standortentscheidungen bis 1918 ergeben hatte, weiter geführt. Neben dieser Fortschreibung der wesentlichen Industrie- und Gewerbestandorte ist im Plan ein neuer Standort mit beabsichtigter großer Bedeutung, eine neue Industrie-Wohnbandstadt zwischen Roßlau und Steutz, mit einer Länge von ca. 10 km auf dem Hochufer der Elbaue vorgesehen. Hierfür waren auch neue Bahn- und Straßenverbindungen vorgesehen. Damit würde ein zweiter Pol an Großstandorten in Mitteldeutschland geschaffen werden, der so groß wie Leuna geworden wäre. Er hätte Bitterfeld-Wolfen übertroffen. Der Ausbau des Standortes Magdeburg-Rothensee, unmittelbar an dem Wasserstraßenkreuz von Elbe und Mittellandkanal wäre dann noch ebenso groß geworden und hätte den dritten Pol dargestellt.

Zwischen diesen Polen entfaltete sich in dem Plan ein weitmaschiges Netz dezentraler Konzentration des Wohnens und Gewerbes. Dieses Modell kann als eines der frühesten Ansätze für eine heute wieder diskutierte „dezentrale Konzentration“ (siehe Teil 2 der vorliegenden Arbeit) betrachtet werden.

Der neue Standort wäre zudem durch eine neue Eisenbahntrasse von Süden sowie – auf Dessauer Gebiet - durch eine Straßenbrücke (am Leopoldshafen/Kornhaus, nördlich von Dessau) angebunden worden. Vor allem aber sollte der Hafen Roßlau erweitert werden. Das Industriegebiet wäre in zwei Abschnitte gegliedert gewesen, welche durch Schneisen bei Brambach und bei Roßlau einen Zugang zur Elbe gehabt hätte. Steutz und Aken könnten zu einem bedeutenden Wohnstandort in bester Lage zur Elbaue entwickelt werden.⁶³⁶ Die geschützte Aue bei Steckby sollte von dieser Entwicklung unberührt bleiben. Durch die Lage auf dem Hochufer wären mögliche Schadstoffemissionen weiträumig verteilt worden und hätten das in der

⁶³⁶ Vgl. Wirtschaftsplan 26 (Dessau – Roßlau – Zerbst)

Hauptwindrichtung gelegene Dessau offenbar weniger betroffen. Die Hauptentscheidungskriterien für diesen neuen Großstandort waren:

- optimaler Bahnanschluss für die Heranführung der Arbeitskräfte (Zonenüberlagerung in Roßlau),
- günstige Lage in Bezug auf die Auenlandschaft, d.h. außerhalb Hochwassergebietes,
- optimale Bedingungen für den Gütertransport über die Elbe, aber auch über die Bahn und die Straße (mit Neubauten von Brücken),
- Begrenzung des Ausbaus der Dessauer Industrie im westlichen (Auen)-Gebiet.

Die Industriestandorte werden unmittelbar den Rohstoffquellen zugeordnet, so wie sie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden waren: Leuna befindet sich unmittelbar in der Nähe der Braunkohlegruben des späteren Geiseltals; Bitterfeld/Wolfen grenzt an die Tagebaue westlich der Industriestandorte an; Zschornowitz ist am Rande der Braunkohlelagerstätte von Golpa errichtet worden.

Die Standorte an der Elbe (der neue bei Roßlau und Wittenberg – Piesteritz) werden wegen der günstigen Lage am Fluss entwickelt. Dies wird durch den Aufbau des mitteldeutschen Überlandverbundes für Elektroenergie möglich.

In der Deutung von Pfannschmidt spielte die Lageoptimierung der Produktionsorte zu den Rohstoffquellen, die in den Standorttheorien von Alfred Weber entscheidend sind, eine untergeordnete Rolle, da sich alle Standorte in einem 30km-Netz befinden. Damit bleiben die Raumüberwindungsaufwendungen für alle Marktbeteiligten offenbar relativ gleich, zumal sich alle auf die Eisenbahn und die Flüsse beziehen. Die 30km-Marke stellte eine „Schallmauer“ für Transportaufwendungen dar.⁶³⁷ Das Hauptkriterium in der Planung hingegen war die Lage und Verknüpfbarkeit der Wohnstandorte in Bezug auf die dezentral verteilten Industriestandorte („nestartige

⁶³⁷ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 53-54

Gruppierungen“), welche entlang von Entwicklungskorridoren verknüpft werden, ohne dass sie als Wohngebiete zusammenwachsen sollen.⁶³⁸

In diesem räumlichen Modell legten die Verfasser, so kann vermutet werden, mit der differenzierten Herausarbeitung eines Mobilitätsnetzes offenbar den Übergang der Wirtschaft Mitteldeutschlands von der „Rohstofforientierung“ zu einer „Absatzorientierung“ an – ein Trend, der durch die Kriegswirtschaft bereits vorangetrieben worden war.⁶³⁹ Rathenau hatte diesen Prozess strategisch eingeleitet, was sich in den Ansiedlungen der Kraftwerke und Chemischen Industrien niedergeschlagen hatte.⁶⁴⁰ Mit den nun vorgelegten Planungen erfuhr dieser An Schub eine Qualität, die bis dahin reichte, dass die Industrien, die ja noch an die Braunkohle gebunden waren, sich langfristig von dieser Primärenergiequelle abkoppeln würden.

⁶³⁸ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 51-55. In diesem grundlegenden Beitrag liefert Pfannschmidt die wirtschaftstheoretische Einführung in das mitteldeutsche Planwerk und stellt insbesondere sein Modell für den im Plan 23 dargestellten Ansatz der dezentralen Konzentration und der Mobilität vor. Dieser Artikel beinhaltet die Quintessenz seiner 1932 fertig gestellten Dissertation „Standort, Landesplanung. Baupolitik“ (siehe auch: Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der Raumplanung, Dessau, S. 26).

⁶³⁹ Voppel, G. (1990): Die Industrialisierung der Erde, Stuttgart, S. 63 sowie S. 39. Diese wirtschaftsstrategischen Überlegungen waren Anfang der 1920er Jahre in verschiedenen Veröffentlichungen dargelegt worden. Vor allem der Geograf Bücher hatte 1922 das Modell einer wirtschaftlichen wie räumlichen Kaskade wirtschaftlicher Tätigkeit aufgestellt, die von der städtischen Hauswirtschaft bis zur „Volkswirtschaft mit großräumlichen Verflechtungen“ reicht. Ohne, dass es konkrete Hinweise darauf gibt, dass Pfannschmidt diese Literatur studiert hatte, darf davon ausgegangen werden, dass er bei seinen Studien an der Universität in Halle mindestens Kenntnis davon erhalten hatte – so legen die Ausführungen von Bücher Bezüge zur mitteldeutschen Planung nahe. Vgl. Bücher, K. (1922): Die Entstehung der Volkswirtschaft. Erste Sammlung, Tübingen, S. 149.

⁶⁴⁰ Wilderotter, H. (1994)/Hrsg.: Walther Rathenau 1867-1922 – Die Extreme berühren sich, Berlin, S. 362-386, insbes. S. 363. Hier werden Rathenaus Überlegungen für eine Rationalisierung der Gesamtwirtschaft zusammen gefasst. Die Ideen der Gemeinwirtschaft, wie Rathenau sein Konzept einer durch Behörden beaufsichtigten „Gruppenbildung der einzelnen Industrien“ nannte, also einer räumlich wie stofflich/energetisch (dezentral) organisierten und nicht nur dem freien Wettbewerb überlassenen industriellen Wirtschaft, dürfte ebenfalls bekannt gewesen sein. Die AEG (Gründer: Emil Rathenau) hatte den Aufbau der mitteldeutschen Elektrowirtschaft, von Bitterfeld ausgehend, eingeleitet. Es gab also Bezüge zwischen Rathenau und der mitteldeutschen Planung.

Einige der Korridore werden jedoch verdichtet und bilden Bandstädte: Magdeburg (Rothensee bis Schönebeck), Merseburg bis Leuna, Eisleben bis Hettstedt und - als neuer Standort - Roßlau bis Steutz. Daneben zeichnen sich räumliche Cluster („Nester“) ab: zwischen Weißenfels, Zeitz und Meuselwitz, um Bitterfeld und Wittenberg sowie die große Stadt Leipzig und der westliche Bereich Plagwitz. Die Kette der Städte Aschersleben, Bernburg, Köthen und Dessau wird hervorgehoben. Zudem bilden sich kleinere, dezentrale Schwerpunkte entlang der Eisenbahntrassen: zwischen Zschornowitz, Gräfenhainichen und Bergwitz. Weiterhin werden Inseln wie Jena oder Gera mit räumlich begrenzter Industrie ausgewiesen. Einen Sonderstatus nimmt der Bereich um Bad Schmiedeberg, Pretzsch und Düben ein: dieser wird nicht als an das Eisenbahnsystem angeschlossen ausgewiesen (obwohl eine Bahnverbindung besteht). Offenbar ist dieser Bereich als ein autonomer und für die Naherholung in der Dübener Heide vorgesehen worden. Es ergibt sich ein sehr differenziertes Gebilde, das nicht einem Dogma verpflichtet zu sein scheint, sondern von den realen Gegebenheiten ausgeht und diese maßvoll ergänzt.

Auffallend ist, dass der Südraum Leipzig nicht in das Mobilitätsmodell einbezogen worden war. Borna als größte Stadt in diesem Bereich ist nicht integriert. Die Erschließung der Braunkohlelagerstätten hatte hier noch nicht in dem Maße begonnen, dass sie vermerkt wurde. Doch ließ sich das Modell durchaus auf diesen Raum erweitern. Es bezog sich bislang nur auf den Grenzbereich zu Thüringen um Meuselwitz und Zeitz, die bereits im Einzugsbereich der Mobilitätsplanungen lagen.

8.3 Eine überschlägliche Flächenbilanz im „Plan 23“

Die Industrieflächenausweisung erscheint moderat und geht kaum über den bereits erreichten Stand hinaus – bis auf den neuen Standort nördlich von Dessau sowie westlich von Bitterfeld und von Wittenberg. Hinzu kommen die Standorte südlich von Merseburg und der Westen von Leipzig. Insgesamt aber wird das Modell einer dezentralen Industrieentwicklung verfolgt, das keine übermäßigen Konzentrationen nur an den Großstädten vorsieht. Vielmehr werden, neben den o. g. Standorten, viele eher kleine Flächen bestimmt bzw. fortgeschrieben. Der Umfang der

Flächenzunahme variiert in der Regel zwischen 20 bis 30%, in wenigen Ausnahmen 50% der Wohnbau- bzw. Industrieflächen (z. B. Dessau), aber bei kleineren Orten liegt dieser auch unter 10% bzw. reicht bis zur Stagnation.⁶⁴¹

Die Ausweisung der Stadterweiterungsgebiete geht von einem Zeithorizont von 30 Jahren aus, also bis etwa 1960. Für den Zeitraum von 1905 bis 1925 konnte ein Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 13,5% konstatiert werden (siehe Karte 9). Dies läge unter der durchschnittlichen Erweiterungsfläche von ca. 20-30%. Damit würde, bei einer proportional angenommenen Entwicklung der Bevölkerung eine Verringerung der Bebauungsdichte in den Erweiterungsgebieten erfolgen. Dies wird im Plan 39 für die Stadt Magdeburg städtebaulich detailliert ausgewiesen. Der Plan ist also nicht nur ein Flächennutzungsplan, sondern auch städtebaulich-landschaftlicher Raumgestaltungsplan. Dies wird erhärtet durch Übernahme der historischen Baustrukturen im Grundbild des Planes. Zudem stellt die Ausweisung der Erweiterungsflächen eine Vorwegnahme der Baugrenzen der zukünftigen Stadt dar. Auch das wird an den Plänen für Magdeburg und Halle besonders deutlich. Zwar gehen die Planer vom quantitativen Wachstum aus, doch legen sie Grenzen fest, die ein sprawlartiges Zusammenwachsen der Städte verhindern sollen. Dies weicht ab vom amerikanischen Suburbanisierungsmodell. Die Stadt- bzw. Dorferweiterungen erfolgen zudem nur entlang der im Mobilitätsmodell ausgewiesenen Eisenbahntrassen. Die dezentrale Konzentration erfolgt planerisch entlang der bestehenden Siedlungsstruktur und erweitert diese moderat. Dies entspräche dem, was 60 Jahre später mit dem Begriff Nachhaltigkeit belegt worden ist.

Bezogen auf das wichtige Thema Mobilität folgte die Planungsvorstellung der Trendbetrachtung, wie sie in den Analysekarten 15 bis 18, insbes. aber 17 „Verkehr auf den mitteldeutschen Landstraßen“ zur strategischen Relation von Güterverkehren

⁶⁴¹ Eigene Ermittlungen mittels Rasterung des Plangebietes und vergleichender Flächenausweisungen, wie sie im Plan 23 farblich differenziert wurden (Unterscheidung zwischen Bestand und Zuwachs).

auf der Straße und auf der Bahn getroffen wurden, aber wirtschaftspolitisch akzentuiert:

„Ein Vergleich der Straßenverkehrskarte und der Eisenbahnverkehrskarte ergibt auch, daß die Gebiete mit Schwerindustrie, besonders im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, sich mehr auf den Bahnverkehr beschränken als die Gebiete mit Veredlungs- und Verbrauchsgüterindustrie und mit regem Handelsgewerbe zur Versorgung dichtbevölkerter Gegenden, wo eine wesentlich stärkere Entwicklung des Straßenverkehrs in Erscheinung tritt.“⁶⁴²

Das theoretische Selbstverständnis des Planes leitet Pfannschmidt, der durchaus als der geistiger Vater dieses Planes angesehen werden kann, aus den seinerzeitigen Diskussionen der Wirtschaftswissenschaft ab. Diese ringen in der Standortlehre um die Definition von Wirtschaftsräumen und deren Abgrenzungen. Der Wirtschaftsgeograf Erwin Scheu von der Universität Leipzig lieferte für Pfannschmidt die wohl geeignetste Begründung mit seiner Definition sog. „indifferenten Zonen“, d.h. der „Zonen geringster Flächenverdichtung oder Intensität der Flächennutzung, welche die Einflußzonen der einzelnen Strukturmerkmale der Wirtschaftsgebiete voneinander trennen. ... Das Aufsuchen der indifferenten Zonen vermittelt daher eine genaue Kenntnis der Wirtschafts- und Siedlungsräume, deren Hauptmerkmal wiederum nicht die Dauer ihres Bestandes, sondern der Wechsel ist.“⁶⁴³ Damit wurden die dezentrale Struktur und die flexible Vernetzung der Standorte als Planungsziel begründet. Grundsätzlich folgt Pfannschmidt letztlich der Standorttheorie Alfred Webers und der Nationalökonomie, die sich auch in verschiedenen Spielarten der Wirtschaftsgeografie zeigte, wie er selbst vermerkte.⁶⁴⁴

⁶⁴² Planungsatlas, Textpassage auf der Karte 17

⁶⁴³ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 54. Der Bezug auf Scheu wird hier auf den 1.4.1927 datiert. Damit lässt sich der Übergang von der beschreibend phänomenologischen zur (empirisch fundierten) theoretischen Phase im Planungsdenken – bezogen auf den mitteldeutschen Planungsprozess – terminisieren. Er fällt zusammen mit der institutionellen Neujustierung des Planungsverbandes sowie mit einer personellen Veränderung.

⁶⁴⁴ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 52

Dabei unterliegt er einem Dilemma: Das Hauptproblem an der Theorie Webers liegt bekanntlich in dessen Reduktion der standorttheoretischen Frage auf die Kostenminimierung und die Vernachlässigung der Definition des optimalen Betriebsortes als gewinnmaximalem Standort.⁶⁴⁵ Diesen Widerspruch vermochte die Landesplanung nicht aufzulösen, ja sie thematisierte diesen auch nicht explizit. Vielmehr suchte sie eine planerische Umgangsform mit den sich aus der Eigenlogik der kapitalistischen Wirtschaftsform entstehenden Folgen. Dabei spielte das sog. „Gesetz der wachsenden und sich verengenden Räume“ eine Schlüsselrolle.⁶⁴⁶

8. 4 Der „Plan 23“ – eine erweiterte Annäherung⁶⁴⁷

Die Deutung dieses Planes folgt der These, dass es sich hierbei um einen neuen Typ an Plan handelt, der sowohl langfristige stabile Elemente als auch dynamische Komponenten enthält. Er könnte als ein früher Prototyp einer kommunikativen und

⁶⁴⁵ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeografie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 47

⁶⁴⁶ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 54-55

⁶⁴⁷ Da zum Planwerk kein Textband erschienen war, bedarf es einer Deutung dessen, was in diesem Schlüsselplan vermittelt werden sollte. Der Plan ist keine Aggregation der Wirtschaftskarten, aber auch keine direkte Ableitung aus der Analyse. Insofern liegt keine eindeutige Quellenlage vor, aus der Ableitungen getroffen werden könnten. Deswegen soll auf einen hermeneutischen Zugang verwiesen werden, um den *Plan lesen*, d. h. verstehen zu können, ohne weitere Ausführungen der Schöpfer zur Hand zu haben.

„Das „Verstehen“ (Sinn-Verstehen) ist der gemeinsame Nenner der verschiedenen Auslegungen und Spielarten der Hermeneutik. Der Gegenstand der Hermeneutik ist der *Text* (*hier: der Plan HK*), etwa ein Buch oder ein Brief. Als Texte können jedoch auch Gespräche, Bilder, Gesetze, Filme, Sitten, Institutionen oder Handlungen verstanden werden. Die Hermeneutik als wissenschaftliche *Methode* ist als strukturiertes, planmäßiges Vorgehen zu verstehen. Das Wissen um die Bedeutung (nicht um die Ursachen) soll hierbei eine präzise Interpretation z.B. eines Briefes ermöglichen.“ http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese_hermeneutik.php

Grundlegend für den Zugang zu dem hier betrachteten Gegenstand ist die „*Hermeneutik der Differenz*“ nach Gadamer, da der Zugang zum „Plan 23“ überhaupt erst geschaffen werden musste – die institutionelle Vorgeschichte und die Einbindung in das Planwerk insgesamt ermöglichen nun den Zugang, ohne sofort eine plausible Erklärung zu liefern. Gadamer, H.-G. (1972): Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Tübingen; siehe auch: <http://www.wu-wien.ac.at/usr/h96b/h9608493/arbeit2.html> (01-05-11)

„elastischen Wirtschaftsplanung“, d.h. Raumplanung angesehen werden. Obwohl die Kernaussagen sich auf die Kategorien der Flächennutzung beziehen („Gewerbeflächen, Wohnflächen, Waldflächen, Talniederungen, landschaftlich geschützte Gebiete/Naturdenkmalschutzgebiete“), weist er sich als ein Kultur-Landschaftsplan aus. Hier wird das Bild eines balancierten Gefüges von funktionsoptimierten Standorten der Wirtschaft, Kommunikation/Transport, Schutz natürlicher Ressourcen und dezentralisiertem Stadtsystem vermittelt. „Die Landesplanung erstrebt eine harmonische Einheit von Landschaftsformen, Wirtschafts- und Siedlungsformen ...“. ⁶⁴⁸

Mit diesem „Gesetz“ deuteten die Wirtschaftsgeografen, und in deren Gefolge die Landesplanung in Mitteldeutschland, den begonnen Strukturwandel der Wirtschaft an. Die empirisch ermittelte Gleichzeitigkeit von sich dezentalisierender, neuer Industrie (Tendenz zur Randwanderung) und sich konzentrierender, alter Industrie an vorhandenen Standorten wird als „Bedeutungswandel“ verstanden, dem die Landesplanung Rechnung tragen müsse. ⁶⁴⁹ Dieser Bedeutungswandel heißt zwar vor allem Umgang mit dem Wachstum, kann aber auch mit Schrumpfung zu tun haben, wie die Analysen der Bevölkerungsentwicklung für Standorte alter Industrien (wie z. B. im Mansfelder Land) belegen. Vor allem ist es ein Wandel der Industrie, der sich aus dem technologischen und damit auch sozialen Wandel ableitet, wie Pfannschmidt hervorhebt. ⁶⁵⁰

Die Dezentralisierungsdebatte erscheint nicht in dem Maße als ideologisch dominierter Planungsgrundsatz, wie es Hoffacker ⁶⁵¹ ausmachte, sondern eher als ein

⁶⁴⁸ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 55

⁶⁴⁹ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 55

⁶⁵⁰ Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 52

⁶⁵¹ Hoffacker, H. W. (1989): Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen, S. 172-178. Seine Argumentation gründet sich im Wesentlichen auf die Dissertation von 1932. Hier setzte er sich eher allgemein mit der Standorttheorie auseinander und

planerisches Modell, nach dem ein konkreter Raum gestaltet werden kann. „Harmonie“ drückt auch eine Hoffnung aus, die Krise mit den Mitteln der Landesplanung in ein ruhiges Fahrwasser zu geleiten, eine sicher trügerische Annahme. Hier schwingt die Vorstellung der Gestaltbarkeit einer neuen Einheit von Wirtschaft und Gesellschaft mit. Ein Wunsch, der auch in anderen Kulturkreisen, wie z. B. dem Bauhaus, anzutreffen war.

Der mitteldeutsche Raum mit seiner per se dispersen Raumstruktur bot sich an für die Umsetzung eines solchen Modells. Dies wurde von Pfannschmidt, aber auch bereits von Prager mit Blick auf das Ruhrgebiet betont, dem Referenzraum für die Landesplanung schlechthin. Dass es eine Frage der praktischen Vernunft ist, eine Auflösung der Städte nicht in Betracht zu ziehen und dennoch eine Dezentralisierung vorzunehmen, um das Wachstum der Städte aufzufangen, kann als nicht triviales Planungsziel angesehen werden.

In diese Richtung argumentierte Gustav Langen bereits bei seiner kritischen Würdigung des Wettbewerbs zu Breslau 1922, was Einfluss auf die Planungen gehabt haben dürfte, wenngleich dieser nicht unmittelbar nachweisbar ist.⁶⁵² Seine Omnipräsenz in der Fachwelt seinerzeit dürfte dafür sprechen, dass die Argumente in die konkrete Planungsdiskussion eingeflossen sind. Die von ihm vertretenen Auffassungen stellen die Quintessenz der – aus konservativer Position vorgetragenen – Fachdebatte dar. Diese nimmt die internationale Diskussion, insbesondere aus dem angloamerikanischen Raum durchaus auf, integriert sie aber in die reale Situation in Deutschland und schlägt die Brücke von den utopischen Vorstellungen zu den Alltagsfragen der Planung.

kritisierte u. a. Alfred Weber. Zu diesem Zeitpunkt hatte Pfannschmidt die Landesplanung in Merseburg bereits verlassen.

⁶⁵² Langen, G. (1922): Zur Entwicklung der städtebaulichen Grundsätze, in: Zeitschrift Deutscher Architekten und Ingenieure, 1922, Nr. 37/38, S. 178

Im Grunde beinhaltet der „Plan 23“ den „DNS-Code“ der räumlichen Planung: die vier Basisbausteine Wohnen, Gewerbe, Grün und Mobilität. Diese werden im Plan, entlang der Bestände und im Ergebnis eines gestaffelten, rückkoppelnden Diskurses organisiert. Gerade darin liegt die Bedeutung dieses Plans.

8.5 Der „Plan 23“ und der Versuch eines historischen Modells nicht-linearer Raumordnung

Als 1932 der sog. Planungsatlas für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk erschien, arbeitete der Doktorand Walter Christaller gerade an den letzten Kapiteln seiner Dissertation über „Die zentralen Orte in Süddeutschland“ (erschienen 1933), also jener Theorie, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Grundlage für das Paradigma der Raumordnung in Gestalt der Zentrale Orte Konzeption, nicht nur in Deutschland geben sollte.⁶⁵³

Auf den ersten Blick unterscheiden sich diese beiden raumwirksamen Modelle (Dezentralisierungsmodell versus Zentrale Orte Modell) hinsichtlich ihres Wirtschaftsbezuges: Geht das Modell des mitteldeutschen Planungsverbandes von der bestimmenden Wirkung der Industrie und des Gewerbes für die räumliche Entwicklung aus, so stellt Christaller die Versorgung der Bevölkerung mit Diensten und Produkten in den Mittelpunkt, was er zudem auf industrieferne Gebiete bezieht, woraus das hierarchische System der zentralen Orte abgeleitet wird.⁶⁵⁴ Der Planungsatlas hingegen konzentriert sich auf die Wirtschaft und deren konstituierende Rolle für die räumliche Entwicklung. Vor allem aber handelt es sich hierbei um ein dynamisches System, das von der Veränderung der räumlichen

⁶⁵³ Siehe dazu auch Teil 2 der vorliegenden Arbeit.

⁶⁵⁴ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 82

Struktur und der damit zusammenhängenden Veränderungen der räumlich-funktionalen Beziehungen ausgeht. Christallers Modell ist ein eher statisches.⁶⁵⁵

In den Karten 9, 10, 19 und 20 des Planungsatlasses werden die dynamischen Prozesse der Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklung und deren räumliche Verteilung dargestellt und bewertet. Außerdem wird, insbesondere in der Karte 11 („Die mitteldeutschen Handelsstädte“) die dynamischen Beziehungen der Städte und Wirtschaftsstandorte mit den Nachbargebieten (bis Süddeutschland und bis Hamburg) - bis hin zu Hinweisen auf weltwirtschaftliche Einflüsse auf die Standortdynamik - aber auch ihre innere Veränderung herausgearbeitet. Damit greift die Darstellung weit über den von Christaller gewählten Horizont hinaus, ohne jedoch ein abstraktes Modell zu liefern.

Neben dem dynamischen Modell werden die Invarianten räumlicher Entwicklung herausgearbeitet (Kartenteil A), welche vor allem die naturräumlichen Gegebenheiten betreffen, die zwar auch Veränderungen unterliegen und durchaus anthropogenen Einflüssen ausgesetzt sind, aber bezogen auf die wirtschaftliche Dynamik und die Stadtveränderungen rel. konstant bleiben. Hier spielen vor allem die Flußsysteme, die Waldgebiete, aber auch die klimatischen Verhältnisse eine wichtige Rolle. Diese Elemente finden sich dann auch im „Plan 23“ wieder und fungieren dort als rahmensetzende Raumelemente (Einschränkungen sind bzgl. der Klimaverhältnisse zu bemerken). Besonders auffallend ist das Verständnis der Struktur des Siedlungssystems insgesamt. Dabei wird von einem relativen Ausreifen des Siedlungsbestandes ausgegangen, d.h., die Verteilung der Siedlungen im mitteldeutschen Raum wird als Abbild eines dezentralen Systems angesehen, welches in dieser Dezentralität zu stärken und vor allem zu optimieren wäre. Damit

⁶⁵⁵ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 82 und S. 223ff. Erst seit dem Beginn des Strukturwandels in den 1970er/80er Jahren treten dynamische Raummodelle verstärkt (wieder) auf. Ein wesentlicher Kritikpunkt ist die bis heute anzutreffende Orientierung der räumlichen Planung auf Verwaltungshandeln und die mangelnde Relevanz für die wirtschaftlichen Akteure.

reflektiert der „Plan 23“ die geltende Auffassung der Fachdisziplin Stadt- und Landesplanung, wonach die Zukunft der Stadt in deren Dezentralisierung – aus dem Bestand heraus – liegt. In ähnlicher Weise werden die Wirtschaftsstandorte dezentralisiert betrachtet und in Einzelfällen durch neue, dezentrale Standortausweisungen (Wirtschaftsplan 26 - Dessau) ergänzt. Es gilt also das gewachsene Siedlungssystem als rel. optimale Struktur, wobei die historische Kernstadt (resp. das Dorf und die Kleinstadt) gestärkt werden.

Als wesentlich werden die Kommunikationsbeziehungen angesehen. Sie basieren auf der Eisenbahn und der Schifffahrt, da es in jedem Falle um Massentransporte geht, wofür offenbar das Automobil als unwirtschaftlich angesehen wird. Da die wirtschaftliche Struktur Mitteldeutschlands hauptsächlich durch Grundstoffchemie, Landwirtschaft und Rohstoffproduktion gekennzeichnet ist, die jeweils Massenbedarfe zu bewältigen haben, kommt einer optimalen Verkehrsstruktur eine Schlüsselbedeutung zu. Dies betrifft in besonderem Maße auch den Personenverkehr, der auf die Arbeitsstätten bezogen wird. Die Versorgungsfunktion, die bei Christaller dann eine wesentliche Rolle spielen wird, ist im Planungsatlas nur eine abgeleitete Funktion. Im Zentrum steht die Wirtschaft. Das Kommunikationssystem wird entlang von Korridoren, deren Kern die Eisenbahnlinien sind, entfaltet. Orte, die außerhalb dieser Korridore liegen, sind nicht Teil des wirtschaftsbezogenen Dezentralisierungssystems. Insofern wird eine gewisse Zentralität betont, die aber nicht absolut und abschließend ist.

Somit kann in dem Modell, das dem Planungsatlas zugrunde liegt, von einer dynamischen De-Zentralität der stadtreionalen Entwicklung ausgegangen werden. Dies wird durch eine empirische Analyse gestützt, ohne, dass es eine direkte und kausale Ableitung aus der Analyse für die Planung gibt. Dies wäre auch nicht durchsetzbar gewesen. Als Prozess sich sukzessive aggregierender Schritte reiften die Planungen der relativ autonom agierenden, aber koordinierten Siedlungsgemeinschaften. Dabei wurden Impulse aus der Planungsstelle in Merseburg aufgenommen bzw. in den Plan eingefügt. Die impliziten Grundlagen sind

also: ein Selbstorganisationsprozess der Raumstruktur des Siedlungs- und Wirtschaftssystems; die Landes-Planung hat diesen Prozess jeweils zu optimieren, wobei die Planungen selbst einer Dynamik und Relativität unterliegen.⁶⁵⁶

Es gibt keine eindeutige Hierarchie im Siedlungsnetz, die Größe einer Stadt und deren Bedeutung für die Wirtschaft, den Handel und die Kultur wird nicht zum Merkmal ihrer Hervorhebung genutzt; einzig die Bedeutung als Wirtschaftsstandort und Arbeitsstätte bestimmt den Stellenwert als rel. „Zentrum“. Die anderen Funktionen sind abgeleitet und werden in Gestalt der Flächennutzung (Wohnen, Rohstoffgewinnung, Verkehr, Grünssysteme, Gewerbeflächen) aufgeführt; Versorgungsfunktionen werden als marktbestimmte Funktionen angesehen, die sich selbst regulieren und deshalb nicht planbar sind. Der raumordnende Planungsansatz (der Begriff Raumordnung – siehe Gustav Langen – ist zwar erschienen, wird jedoch nicht begrifflich, aber sinnverwandt im Planungsatlas verwendet) kann als eine dynamische Raumordnung mit fraktalen Wachstumsgrenzen⁶⁵⁷ bezeichnet werden - damit würde sich das Modell der Planung im mitteldeutschen Raum epochal von dem statischen Modell der Zentralen Orte Christallers unterscheiden.

Die Planelemente, wie sie insbesondere im „Plan 23“ hervorgehoben sind (Wohnen, Gewerbe, Grün und Mobilität), sind Funktionalismus im nicht-trivialen Sinne, d. h., diese sich aus dem räumlichen Entwicklungsprozess ergebene räumliche Struktur wird als funktional angesehen (sie hat sich selbst organisiert) und somit soll sie als stabile Grundgröße wirken. Die Elemente sind in der Planung nicht einfach nur

⁶⁵⁶ Vgl. Einleitung Kartenteil im Planungsatlas.

⁶⁵⁷ Für die einzelnen Orte werden Erweiterungsgebiete ausgewiesen, die jeweils begrenzt sind. Da alle Orte mit derartigen Bereichen versehen wurden, die der jeweiligen Größe des Ortes in Relation entsprechen – so die vom Autor vorgenommenen Flächenbetrachtungen, verteilen sich die Wachstumsmöglichkeiten relativ proportional auf die jeweiligen Orte (als Erweiterungen der kompakten Orte) – analog zu einer fraktalen Struktur. So gewinnt die Dezentralisierung eine übergreifende Struktur. Dies wird ermöglicht durch das gestaffelte Verkehrssystem. Damit könnte, ohne dass die Planung bewusst so angelegt worden ist, ein übergreifendes Planungsprinzip aus dem „Plan 23“ abgeleitet werden.

abstrakt und linear in optimierter Weise gesetzt worden, sondern sie fungieren als zentrale Elemente für eine Vermittlung von Beziehungen in einer auf ein Gleichgewicht ausgerichteten Entwicklung im gesamten Raumgefüge. Dabei werden Verknüpfungen innerhalb und außerhalb des Gebietes mit erwogen, also Kooperation und Austausch zwischen verschiedenen dezentralen Zentren einbezogen, wobei die inhaltliche Entwicklung jeweils offen gehalten wird. Das sind Aspekte, die unter der Kategorie Nicht-Linearität gefasst werden können.⁶⁵⁸

⁶⁵⁸ Briggs, J; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München. Vgl. dazu insbes. S.243-244.

9. Fazit und erste Deutungen zum Entstehen der Landesplanung in Mitteldeutschland

9.1 Der engere Rahmen für das Entstehen der Landesplanung

Das Fehlen einer übergreifenden staatlich-gesetzlichen Regelung der kommunalen und regionalen Koordinierung von Infrastruktur-, Wohnungsbau- oder Standortentscheidungen bildete den Treibsatz für das Entstehen der Landesplanungen – letztlich auch in Sachsen, wenngleich dort staatlich angeordnet und gelenkt. Das Fehlen des immer wieder eingeklagten Städtebaugesetzes rief kreative Kräfte auf den Plan, die die Initiative ergriffen, um entsprechende Koordinations- und Planungsinstanzen zu schaffen, also jene *Spiel-Räume*, die das Entstehen und Entfalten der Landesplanung eröffneten. Dabei erwiesen sich die freien Vereinigungen als die – gezwungenermaßen – kreativsten. Mit der Landesplanung in Merseburg bildete sich die aktivste von allen, die zudem mit dem Planungsatlas das umfassendste Planwerk vorlegte. Etwas ähnliches, nur im kleineren Format, entstand in Ostthüringen. In Düsseldorf, wie in den meisten anderen Verbänden, wurden ebenfalls Planwerke erstellt, die aber nicht in solch systematisches Werk mündeten.

Der fehlende gesetzliche Zwang führte nicht nur zu einer ausgeprägten informellen Kooperationskultur, er setzte auch inhaltliche Kreativität frei, die, wie im Falle der Merseburger Planungsansätze, eine neue Dimension, nämlich Andeutungen einer Planung für den Strukturwandel und nicht mehr „nur“ für die rationale Organisation des industriellen Wachstums beinhaltete. Eine solche Situation ist u.a. heute in den USA anzutreffen. Hier entstehen, wie z. B. im Planwerk „Chicago Metropolis 2020“⁶⁵⁹, kreative Planungsmodelle, getragen von informellen Zusammenschlüssen.

⁶⁵⁹ Johnson, E. W. (2001): Chicago Metropolis 2020, Chicago, London. Diese Strategie setzt auf eine Renaissance der Dezentralisierung als Modell für den nachhaltigen Umbau der Sprawl-Region im Umland der Metropole.

Allerdings bergen diese das Risiko in sich, keine gestaltende „Durchschlagskraft“ zu erlangen, wenn alles nur auf freiwilliger Vereinbarungsbasis erfolgen solle. Das Problem wurde auch in den 1920er Jahren lebhaft erörtert. Diese Debatte führte dann 1932 soweit, dass die Landesplanungsverbände nicht mehr ein Preußisches Städtebaugesetz forderten, was nicht mehr zur Verabschiedung kam, sondern ein Reichsplanungsgesetz.⁶⁶⁰ In dieses sollten die gewonnenen Erfahrungen beim Aufbau der Landesplanungsverbände einfließen. Das wäre sicher ein internationaler Durchbruch auf dem Gebiet der demokratisch verfassten, kreativen räumlichen Planung auf allen Ebenen geworden. Mit der Durchsetzung der nationalsozialistischen Raumordnung ab 1935 wurden derartige Ansinnen Makulatur. Damit ging nicht nur die demokratisch basierte Landesplanung - mit all ihren Unzulänglichkeiten, aber vor allem weitreichenden Potenzialen - zu Ende. Dies bedeutete auch das Ende der wohl kreativsten und experimentellsten Phase in der Geschichte der Landesplanung im Industriezeitalter überhaupt.

9.2 Die Bedeutung der mitteldeutschen Planungen

Auf der Verbandsebene ging es um die Abstimmung und Zusammenführung der Flächennutzungspläne (der Begriff wurde um 1930 eingeführt, ansonsten hießen sie meist Flächenwidmungspläne) zu einem „Generalsiedlungsplan“, der den Charakter eines orientierenden Rahmenplans trug. Er beinhaltete die Planung von Gewerbebereichen, Bergbaugebieten und ihrer Folgeentwicklung sowie die Koordinierung des öffentlichen Nahverkehrs (vorrangig der Eisenbahn), der Naturschutzbelange und der Anlage von Wohnsiedlungen. Die in der Planungsstelle bzw. für den Verband arbeitenden „Plantechniker“ repräsentierten den damals höchsten Entwicklungsstand der wissenschaftlichen Disziplin, wie z. B. Martin Pfannschmidt, Verbandsgründer Stephan Prager oder Hermann Jansen. Mit der Herausgabe des mitteldeutschen Planungsatlanten erschien 1932 (Druck 1931) das umfassendste

⁶⁶⁰ Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, S. 32

wissenschaftliche Planungswerk Deutschlands, das bis heute eine planungshistorische Fundgrube geblieben ist. Er beinhaltete insgesamt 39 Plandarstellungen mit Analysekarten im Maßstab 1:1.000.000 für das Gesamtgebiet Mitteldeutschlands (zwischen Berlin, Hannover, Kassel und Dresden), Analysen und Planungen im Maßstab 1: 200.000 für das engere mitteldeutsche Industriegebiet (Magdeburg, Erfurt, Leipzig, Dessau) sowie städtebauliche Wirtschaftspläne für die einzelnen Wirtschaftsgebiete im Maßstab 1:50.000 bzw. 1:25.000. Dabei führen die „Ausschnitte aus dem Aufgabenbereich der allgemeinen Landesplanung [wie] die Verkehrsübersichtspläne 18 und 22, der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächenplan 23 [das Kernstück des gesamten Planwerkes, siehe Abbildung] und der Plan der Gas- und Kraftversorgung 24“ die wesentlichen planerischen Arbeiten zusammen.⁶⁶¹

Diese Darstellungen entsprechen etwa den Maßstäben von Flächennutzungsplanung, Regionalplanung und Raumordnung heute. Dabei weisen die Wirtschaftspläne auch städtebauliche Strukturen auf, sind also auf die dreidimensionale Ebene ausgerichtet. Sie bilden ein Bindeglied zwischen flächiger Standortplanung und Städtebau. Auch das war eine Innovation. Der Mitteldeutsche Planungsverband war im Jahr 1932 der einzige von 31 Planungsvereinigungen im Deutschen Reich, der ein solches Planwerk geschaffen hatte.⁶⁶² Dieses Ergebnis war jedoch nur durch eine intensive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den benachbarten Planungsgremien in Westsachsen und Ost-Thüringen sowie mit den großen Städten zustande gekommen.⁶⁶³

⁶⁶¹ Planungsatlas, Vorbemerkungen sowie Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Hrsg.), Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 63, S. 17-28., S. 24

⁶⁶² Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz., S. 18ff. sowie auch Marx, C. (2006): Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: Die neue Stadt (online Magazin) II/VI

⁶⁶³ LHASA, MD, Rep. C 20 I b 2768, Bd. 1, Bl. 63, 65, 89

Die fachliche Rezeption der Aktivitäten zur mitteldeutschen Landesplanung hielt sich in der einschlägigen Fachpresse in Grenzen. Dieser für die disziplinäre Entwicklung wichtige Indikator kann nur bedingt als Maßstab für den erreichten disziplinären Reifegrad herangeführt werden. So erschienen in den beiden wichtigsten Fachorganen im fraglichen Zeitraum zur mitteldeutschen Landesplanung, im „Städtebau“ nur vier Beiträge, die von den Hauptakteuren des Fachgebietes verfasst waren (Schmidt, v. Walthausen, Pfannschmidt) und in der Deutschen Bauzeitung sechs Beiträge und eine Literaturdarstellung (Prager, Köster, Luthardt sowie Redaktionsnotizen). Zur Leipziger Siedlungswoche erschienen im gleichen Blatt ebenfalls sechs Beiträge und zur Ausstellung in Göttenburg vier. Das kann nicht als große Plattform für eine Fachdebatte angesehen werden. Offenbar ist es aber so, dass sich der Kommunikationsschwerpunkt der entstehenden Disziplin auf andere, direkte Formen verlagert hatte. Dies scheint nachvollziehbar, da in der Entstehungsphase ein unmittelbarer Austausch über Konferenzen, Fachgemeinschaften oder Bereisungen effektiver und erkenntnisgenerierender wirkt.

10. Eine Jahrhundertsicht auf die Landesplanung: Von der “Überlandplanung” zum „innovativen Milieu“⁶⁶⁴

10.1 Einführung in eine Periodisierung

Dieser einführende Überblick zur Landes-Planungsgeschichte im 20. Jahrhundert rückt wesentlich erscheinende Linien disziplinärer Entwicklung, und dabei die kognitive Seite, in den Mittelpunkt. Eine komplex und global angelegte Geschichte der räumlichen Planung des 20. Jahrhunderts muss noch geschrieben werden.⁶⁶⁵ Dabei spielt die Frage der Periodisierung eine wichtige Rolle.⁶⁶⁶ Bislang wird die Entwicklung der Raumplanung entlang vor allem der politischen Verortung und institutionellen Ausprägung stadial differenziert. Dem ist grundsätzlich durchaus zuzustimmen. Dennoch versperrt diese Schwerpunktsetzung den Blick auf qualitative Prozesse, vor allem der konzeptionellen Dimension innerhalb der werdenden Disziplin und erschwert die Deutung aus aktueller fachlicher Sicht, so dass weitere Unterscheidungen wichtig werden. Der von der kunsthistorischen Position bei Leendertz vorgeschlagene 4-stufige Ansatz, der jedoch nur bis 1980 reicht, kann als ein Rahmen angesehen werden, der jedoch nur für Deutschland (BRD) zutrifft:

- Formierung: 1880 bis 1935,
- Etablierung: 1935 bis 1945,
- Neuordnung: 1945 bis 1960,
- Aufstieg: 1960 bis 1980.

⁶⁶⁴ Erste Konturen dazu vom Autor veröffentlicht in: et - Magazin der Regionen 2/2000, S.58 – 61. Vgl. auch: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 7-53

⁶⁶⁵ Blotevogel, H.; Schelhaas, B. (2011): Geschichte der Raumordnung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 75-201. In diesem Beitrag geben die Autoren zum ersten Mal umfassend einen Abriss der Geschichte der überörtlichen Planung – in Deutschland (mit gelegentlichen Bezügen zum Ausland). Damit liegt eine erste, verdienstvolle Übersicht vor, zumal sie Teil eines Handbuches zur Raumplanung ist und somit diese in den historischen Kontext stellt. Die dem Beitrag zu Grunde liegende Periodisierung folgt den gesellschaftspolitischen Zäsuren im 20. Jahrhundert.

⁶⁶⁶ Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen. Das hier vorgeschlagene Periodisierungsmodell deckt sich grundsätzlich mit dem Ansatz der ARL, wobei die Autorin einzelne Zäsuren spezifisch festlegt (z. B. 1957 bzw. 1973/74), S. 398.

Auffallend ist dabei die Konzentration auf die politische Verknüpfung der Raumplanung mit der NS-Raumordnung (Etablierung. 1935 bis 1945). Zu Recht wird damit eine kritische Debatte zur Verflechtung der Raumplanung mit der NS-Expansions- und Kriegspolitik herausgearbeitet und der Weiterführung von Aspekten/Strukturen dessen bis weit in die Nachkriegszeit hinein. Dennoch genügt dies nicht. Das innerdisziplinäre Gefüge ist nicht ganz so „stromlinienförmig“ in die politischen Systeme eingepasst, wie es dieser Ansatz bei Leendertz suggeriert.

Einem modifizierten Zugang, nämlich von der städtebaulichen Position aus, zur Gesamtperiodisierung der Raumplanung folgend, unterbreitet Albers der Vorschlag, diese in ebenfalls vier Abschnitte zu gliedern. Dabei ordnet er die Phasen entlang multipler Kriterien - mit europäischer Sicht - und schlägt vor:

- Anpassungsplanung: 1860 bis 1900
- Auffangplanung: 1900 bis 1960
- Entwicklungsplanung: 1960 bis 1980
- Perspektivplanung: ab 1980⁶⁶⁷

Auffallend sind die Übereinstimmungen in den Zäsuren 1960 und 1980. Dabei kommt „1960“ ein besonderer Stellenwert zu. Zu diesem Zeitpunkt scheinen die letzten Ausläufer der Landesplanung aus der Zeit vor 1933 an ihr Ende gekommen zu sein, auch bedingt durch einen Generationswechsel, vor allem aber offensichtlich durch den Eintritt in eine neue Phase, die auf dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt basierte, die neue Dimensionen auch in der räumlichen Planung eröffnete. Da die räumliche Planung in nicht unerheblichem Maße durch die disziplinären Entwicklungen von Geografie und Wirtschaftswissenschaften, und insbesondere durch die sich aus der Schnittmenge dieser beiden heraus schälenden

⁶⁶⁷ Albers, G. (1996): Entwicklungslinien der Raumplanung in Europa seit 1945, in: DISP 127, S. 2-12; Periodisierung S. 11. Zum Verhältnis von Planung und Politik in der Geschichte der Planung in Deutschland siehe auch: Fürst, D.; Scholles, F./Hrsg. (2004): Handbuch der Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund, S. 12-17

Raumwirtschaft, mitgeprägt worden ist, erscheint eine entsprechende Zuordnung der jeweiligen Konzeptionen der Raumwirtschaftstheorie unumgänglich. In diese jeweiligen Perioden lassen sich auch die divergierenden Entwicklungen des Bauhauses einordnen. Diese Institution soll hier nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Rolle bzgl. der Landesplanung betrachtet werden.

Wenn hier davon ausgegangen wird, dass *Spiel-Räume* innovationsgenerierende Phasen der räumlichen Planung darstellen, dann können, so der Ansatz des Autors, grundsätzlich drei Abschnitte für die Entfaltung der deutschen Landesplanung grob umrissen werden, die sich um „Marksteine“ der inhaltlichen/kognitiven, aber auch institutionell/gesellschaftlichen Entwicklung ranken:

- Grundlegung: Mitte der 1920er bis Mitte der 1930er Jahre mit den Marksteinen 1923 und 1927,
- Perspektivwechsel: Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre mit den Marksteinen 1969 und 1975,
- Globale Neuorientierung: Mitte der 1980er Jahre bis zur Jahrtausendwende mit dem Markstein 1989.⁶⁶⁸

Bei aller Hinlänglichkeit derartiger Zäsurenzuweisung können daran bestimmte qualitative Veränderungen festgemacht werden, die hier als Anhaltspunkte für eine Einordnung der gewählten *Spiel-Räume* fungieren mögen. Sie müssen unterkomplex bleiben, gestatten aber den Blick auf kognitive Schübe zu schärfen, ohne damit vollständig werden zu können. Zugleich ist zu bedenken, dass bereits in der ersten

⁶⁶⁸ Periodisierungsvorschläge des Autors: Diese Periodisierung liegt der folgenden, kursorischen Längsschnittbetrachtung einer Geschichte des (institutionalisierten) Planungsdenkens im 20. Jahrhundert zugrunde. Eine historische Übersicht zur Raumordnung hat Blotevogel vorgelegt; darin kommen auch Elemente des Planungsdenkens vor. Die relative Eigenlogik des Planungsdenkens wird damit nicht ausreichend abgebildet, weshalb die bisher vorliegenden Periodisierungen nur teilweise zutreffen. Vgl.: Blotevogel, H.; Schelhaas, B. (2011): Geschichte der Raumordnung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 75-201

Phase Elemente einer globalen Neuorientierung festzustellen waren (siehe u. a. den Beitrag von Gustav Langen).

10.2 Grundlegung: Mitte der 1920er bis Mitte der 1930er Jahre mit den Marksteinen 1923 und 1927

Zwischen der Internationalen Städtebau-Ausstellung in Göttenburg 1923 und etwa 1927 kann der entscheidende Zeitraum für die Entstehung der Landes- bzw. Regionalplanung festgemacht werden. Damit war (wie im ersten Teil dieser Schrift gezeigt) vor allem in kognitiver Hinsicht die „Dezentralisierung“ zum bestimmenden Moment von überörtlicher Planung - auch im transatlantischen Raum - manifest geworden. Dabei gewann der Diskurs zwischen der mehr städtebaulich ausgerichteten Linie (siehe Planungen für den mitteldeutschen Planungsverband) und der mehr desurbanen, sprawl-orientierten Auffassungslinie, wie sie sich in den USA durchzusetzen begann, an Dynamik. Die Gründung der „Regional Planning Association of America“ (RPAA) in New York markierte dies. Dem Kreis der Gründer um Henry Wright gehörten mit Lewis Mumford und Clarence Stein namhafte Planer und Stadtforscher der USA mit internationaler Reputation an. Stein und Wright hatten jenen Regionalplan für New York (1926) entwickelt. Dies war ein fulminanter Idealplan, eine Vision, in der die Entwicklung des expandierenden Raumes in Form einer „Regional City“, durch dezentrale fußläufig erschließbare „community cluster“ und ein Netz von „townless highways“ aufgezeigt wird. Es ging um das Kanalisieren von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie zunehmendem Auto-Verkehr. Das „Zoning“ gewann als pragmatisches Instrument die dominierende Funktion in der rationalen Organisation des konkreten Raumes. Die RPAA entwickelte sich zur internationalen Ideenschmiede und einem Vorreiter der Regionalplanung.⁶⁶⁹ Die

⁶⁶⁹ Dokument 11: C. Stein/H. Wright, 1926 in: Fehl, G.; Rodriguez-Lores, J. (1997): Die Stadt wird in der Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt, Basel, Berlin Boston, S. 202-226. Hier werden das gesamte Planwerk zum Bundesstaat New York und die entsprechenden Bezüge dargestellt.

entwickelten rationalen Planungs doktrien (Zoning) strahlten u. a. auch auf die Sowjetunion aus.⁶⁷⁰

Beiden Linien ist jedoch eines gemeinsam gewesen: Sie bezogen sich auf den „konkreten Raum“, wenngleich mit diametralen Konzepten zur Bewältigung der Wachstumsfrage (dezentrale Städtebildung oder suburbane Städteauflösung). Diese Divergenz im „Lager“ der „Städtebauer“ ist bis heute präsent und gewinnt mit der Auseinandersetzung um die Suburbanisierung des 21. Jahrhunderts neue Nahrung.

Doch die gravierendere Auseinandersetzung zeichnete sich um 1927 (bis etwa Mitte der 1930er Jahre) ab. Nun begann der „Kampf“ um die Ausrichtung der „Dezentralisierung“ in der übergreifenden Planung zwischen Verfechtern des „konkreten Raumes“ und der „Antiräumlichkeit“.⁶⁷¹ Es war der Eintritt der Geografie und Wirtschaftswissenschaft in die Raumdebatte.

Natürlich reichen die ersten Raumwirtschaftstheorien bis in das 19. Jahrhundert zurück, wie die Theorie der Landnutzung von Heinrich von Thünen, der gemeinhin als Gründer der Raumwirtschaft anzusehen ist.⁶⁷² Grundlegende Arbeiten zur Standorttheorie der Industrie legte dann Alfred Weber bereits 1909 vor – damit war ein Bezugspunkt für die Landesplanung entstanden. Seine Rezeption reichte bis weit in die 1920er Jahre hinein. Da Webers Untersuchungen stark abstrahiert und

⁶⁷⁰ Goldzamt, E. A.; Schwidkovskij, O. A. (1985): Städtebaukultur europäischer sozialistischer Länder, Moskau, S. 78-83 (russische Ausgabe). Mit Bezügen zu Ludwig Hilberseimer und Ernst May, vor allem aber auf die Arbeiten von Clarence Stein verdeutlichen die Autoren den Transfer von Ideen der rationalen Planung aus Westeuropa und den USA in die Sowjetunion (insbes. S. 82).

⁶⁷¹ Hönsch, F.; Lavrov, S.; Sdasjuk, G. (1986): Bürgerliche Konzeptionen der regionalen Entwicklung, Gotha, S. 25-30

⁶⁷² Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 63-72

modellhaft waren, konnten sie kaum für die Anwendung in der Planung taugen, wurden aber ansatzweise zur Kenntnis genommen.⁶⁷³

Allmählich zeichnete sich ab, dass die Wirtschaftsgeografie zu einer Führungsdisziplin in der überörtlichen Planung avancierte. Ihr kognitiver Kern hatte sich radikal transformiert und ging Symbiosen mit der Standortlehre der Nationalökonomie ein. Dieser Strang der fachlichen Debatte um die Genese der regionalen Planung hatte den maßgeblicheren Einfluss gewonnen.⁶⁷⁴ In den 1920er und 30er Jahren entstanden disziplinäre Grundstrukturen in den raumrelevanten Fachgebieten, die bis heute nachwirken. Kennzeichnend für diesen „Urknall“ der modernen Raumwissenschaften, in dessen Umfeld sich auch die Landesplanung entfaltete, waren die kognitiven und institutionellen Transformationen der Geografie und der Wirtschaftswissenschaften. Es bildeten sich die ersten Konturen der Wirtschaftsgeografie heraus. Sie definierte ihren Gegenstand als die „räumliche Ordnung und d(ie) räumliche Organisation der Wirtschaft“.⁶⁷⁵ Dabei ging es den Vordenkern um die Überwindung der Trennlinien zwischen den sich gerade neu positionierenden Wissenschaftsgebieten der Ökonomie, Soziologie und Geografie; zu nennen wären in diesem Zusammenhang Arbeiten z. B. von Schmidt oder Predöhl (1925 oder 1932) sowie in den USA von Hoover (1937).⁶⁷⁶

Befördert durch die rasante Ausbreitung der Industrie über nationale Grenzen hinweg, aber auch durch Krisen (Weltwirtschaftskrise) und neue Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Märkte wurde der klassisch empirische

⁶⁷³ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 37-38

⁶⁷⁴ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 15-20. Die disziplinäre Verknüpfung von Geographie und Wirtschaftswissenschaft und ihren Wurzeln wird hier herausgearbeitet, allerdings ohne den Diskurs der „städtebaulichen“ Linie wahrzunehmen.

⁶⁷⁵ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 21

⁶⁷⁶ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 18 sowie Hönsch, F.; Lavrov, S.; Sdasjuk, G. (1986): Bürgerliche Konzeptionen der regionalen Entwicklung, Gotha, S. 51-53

Ansatz zugunsten eines, die Interaktionen von Wirtschaftsakteuren und die Verteilung dieser Aktivitäten im Raum betreffenden, stärker theorieorientierten Verständnisses entfaltet. Die Kategorie des „Raumes“ gewann in dieser Zeit einen wesentlichen Stellenwert. Die Frage, wie diese Interaktion als dynamischer Prozess gefasst werden kann, trat als drittes Moment hinzu.⁶⁷⁷ Den sicherlich bedeutendsten Beitrag für die Wirtschaftsgeografie, ja für die Geografie und später die Raumordnung, lieferte Walther Christaller mit seiner Theorie der „Zentralen Orte“ von 1933. Es handelt sich dabei um eine deduktiv entwickelte Theorie der Funktionsverteilungen im Raum, die, wie er empirisch ermittelt hatte, hierarchisch und nach bestimmten Verteilungsmustern erfolgt. So basierte das zentralörtliche System „auf der Annahme, mit der geringstmöglichen Zahl an zentralen Orten die räumlich gleichmäßig verteilten Konsumenten mit allen zentralen Gütern und Diensten zu versorgen. ... (das sog.) Versorgungs- und Marktprinzip.“⁶⁷⁸ Christaller ergänzte dieses System dann noch durch ein Verkehrs- und ein Verwaltungsprinzip, die auf den gleichen Mechanismen beruhten. In der Zeit ihrer Entstehung hatte die Theorie von Christaller noch keine unmittelbare Wirkung; diese setzte dann erst ca. 20 Jahre später ein. Sie kann als eine der Basisinnovationen für die Raumwissenschaften im 20. Jahrhundert angesehen werden, trotz aller Kritik an ihr, wie z. B. das vollkommene Ausblenden der Industrie und der räumlich differenzierten Entwicklungen in Wirtschaftsgebieten und Städten.⁶⁷⁹

Die politische Dimension des Prozesses einer als notwendig erachteten Steuerung durch den Staat wurde zwar reflektiert, trat aber erst nach der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 und dann nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland vehement auf die Tagesordnung. Dass gerade in diesem Bereich die Landesplanung entscheidende Beiträge geleistet hatte (basierend auf einem eigenen Raumverständnis, das ebenso komplex wie dynamisch angelegt war), wurde von der

⁶⁷⁷ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 19, 23

⁶⁷⁸ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 79

⁶⁷⁹ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 82

wissenschaftlichen Community der Wirtschaftsgeografie kaum wahrgenommen. Hier bestand eine Barriere, die bis heute spürbar ist. Mit der engen Verflechtung ihres Gegenstandes mit den realen wirtschaftlichen Prozessen der Gesellschaft, also einer unmittelbaren Wirksamkeit ihrer Erkenntnisse für die raumwirksamen ökonomischen Bestrebungen, avancierte die Wirtschaftsgeografie schnell zum „shooting-star“ der Politik, insbesondere auch in der NS-Zeit. Mit Predöhl stieg einer der wichtigsten Wirtschaftsgeografen zum Direktor des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes auf, einem „think-tank“ der Weltherrschaftsambitionen der Nationalsozialisten.⁶⁸⁰

Die Standorttheorien, beginnend bei J. H. v. Thünen im 19. Jahrhundert, über A. Weber und W. Isard zu W. Christaller oder A. Lösch wurden komplexer und bildeten das Fundament für die späteren Wachstums- und Entwicklungstheorien bzw. für die Raumordnung.⁶⁸¹ Mit ihren hierarchischen und zugleich isotropen Modellen leisteten sie auch einen Beitrag für das – hier interessierende – verstärkte „Enträumlichen“ der Raumwissenschaften. Mobilitätstheorien und abstrakte Standort-Raumsysteme dominierten nach dem 2. Weltkrieg den methodischen und kognitiven Kern der Raumordnung. Die Ansätze der „Überlandplanung“/Landesplanung der Zwischenkriegszeit hatten in der nationalsozialistisch „gleichgeschalteten“ Raumordnung kaum mehr einen tragenden Platz gehabt. Lediglich ihr technischer Apparat wurde in Teilen weiter benutzt. Die Landesplanung wurde nach 1945 wieder reaktiviert und gelangte zur Geburtshelferin einer neuen praktischen Landes- und Regionalplanung – zunächst gleichermaßen in den deutschen Besatzungszonen.

⁶⁸⁰ www.ns-archiv.national-socialism.org/ns/images/f/f3/EWG_Band_II.pdf.

Predöhl war u. a. auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der 1939 gegründeten nationalsozialistischen „*Gesellschaft* für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e.V.“, die die „Neuordnung Europas“ wissenschaftlich vorbereiten sollte.

⁶⁸¹ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 23

Nach Gründung der beiden Staaten gab es divergierende, aber auch teilweise parallele Entwicklungspfade.⁶⁸²

In den Nachkriegsjahren fand die praktische Landesplanung ein breites Betätigungsfeld, was durch Wiederaufbau und Neuausrichtung der Wirtschaft geprägt war. Sie folgte dem planerischen Arsenal, das in den 1920er, aber auch in der NS-Zeit auf plantechnischer Ebene entstanden war. Hier wurden grundlegende und räumlich konkrete Weichen für die Standortentwicklung gestellt. Vor allem in der DDR entstanden neue Industriestandorte, die den Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie einleiteten. Die überkommenen Standorte wurden im Wesentlichen fortgeschrieben. Zudem entstand im Städtebau ein gewaltiges neues Aufgabenfeld, das neben dem Wiederaufbau auch im Bau neuer Städte bzw. Satellitenstädte mündete.⁶⁸³

Die Landes- und Regionalplanung begann sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt zu institutionalisieren: Die ersten Landesentwicklungspläne entstanden in der BRD auf Landesebene, die Raumordnung wurde vorbereitet und die Territorialplanung in der DDR nahm bei den Bezirksverwaltungen ihre Arbeit auf.⁶⁸⁴

England übernahm seit den 1930er Jahren mit den Planwerken für Großlondon und die „New Towns“ neben den USA, die mit Roosevelts „New Deal“ an die Planungskultur der RPAA anknüpften, in den 30er und 40er Jahren die internationale Vorreiterrolle in der regionalen Planung. In den mittel- und osteuropäischen Ländern setzte in den 50er und vor allem 60er Jahren eine Neubelebung der räumlichen

⁶⁸² Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 16-18

⁶⁸³ Vgl. dazu: Topfstedt, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig, insbes. S. 26-46.

⁶⁸⁴ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 19-30. Der hier vorgenommenen Periodisierung kann an dieser Stelle gefolgt werden. Sie bedarf jedoch einer weiteren Differenzierung, wenn es um den internationalen Blick auf die räumliche Planung in der Zeit seit 1945 geht.

Planung als „Territorialplanung“ mit starkem Bezug zur Standortentwicklung der Industrie ein. Hier war Polen eines der aktivsten Länder, das frühzeitig gesamtgesellschaftliche Raumplanungen nach dem „Knoten-Band-System“ entwickelte, dem raumplanerischen Ausformen standorttheoretischer Modelle der Lageoptimierung (Mobilitätstheorie/Transportoptimierung) und der Übertragung der Zentrale-Orte-Theorie von Christaller als Kern der Raumordnung in die zentralörtliche Gliederung. Ähnliche Wege beschritt auch die DDR mit der Systematik der Siedlungsstruktur.⁶⁸⁵

10.3 Perspektivwechsel: Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre mit den Marksteinen 1969 und 1975

In diesem Abschnitt trat ein fundamentaler Zeitenwandel zutage, den der Kulturphilosoph Schmid treffend mit dem Übergang vom PRO-Zeitalter zum RE-Zeitalter beschrieb.⁶⁸⁶ Diese Zäsur setzte er um das Jahr 1975 an, welches den Wechsel von Progress, Prosperität, Profit, Produktivität etc. zu Reflexion, Rekonstruktion, Recycling, Renaturierung, Revitalisierung, urban Renaissance etc. ausmachen würde. Diese Zäsur ist in der Tat nachvollziehbar, so unscharf sie auch gefasst sein mag: Mit dem Europäischen Denkmaljahr, das unter dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ stand, bekam dieser Umbruch, der vorrangig ein kultureller war, eine klare Zeitzuschreibung.⁶⁸⁷

⁶⁸⁵ Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover, S. 34-44 sowie Blotevogel, H. (2002): Zur Theorie und Praxis des Zentrale-Orte-Konzeptes, in: Blotevogel, H./Hrsg.: Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes, Hannover, S. 10-16

⁶⁸⁶ Schmid, W. (2004): Mit sich selbst befreundet sein, Frankfurt/M., S. 13. Vgl. auch: Brichetti, K. (2009): Die Paradoxie des postmodernen Historismus, Berlin, S. 14-15

⁶⁸⁷ Dieser Umbruch im Planungsdenken fand z. B. auch seinen Niederschlag in der städtebaulichen Lehre an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, die in jener Zeit die Hinwendung zur „städtebaulichen RE-Konstruktion“ eingeführt hatte und damit die Bestandsentwicklung zu einem tragenden Credo städtebaulicher Entwicklung: Kegler, H. (2007): Aufbruch in die „alte Stadt“ – zur Städtebauausbildung an der HAB Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – eine persönliche Momentaufnahme, in: Escherich, M.; Misch, C.; Müller, R./Hrsg.: Entstehung und Wandel mittelalterlicher Städte in Thüringen, Berlin, S. 322-335

Dieser Vorgang wiederum wäre ohne die Umbrüche um 1968/69, die sich weltweit vor allem in Studentenunruhen äußerten, nicht denkbar gewesen. Ein Modernisierungsschub durchzog die Gesellschaften – wozu auch der „Prager Frühling“ gerechnet werden muss. Diese Symptome des Beginns eines grundlegenden Wandels im gesellschaftlichen Verständnis – über die politischen Systeme hinausreichend – fanden u. a. auch ihren Niederschlag im Aufbruch zu neuen Studiengängen, allen voran dabei den Planungsstudiengängen.

Ab etwa Mitte der 1960er Jahre begann die systematische Lehre und Forschung zu raumwissenschaftlichen Themenkomplexen. International entsteht die „Regional Science“; in den beiden deutschen Staaten begann in Dortmund und Weimar mit eigenen Fakultäten bzw. Sektionen Raumplanung bzw. Städtebau und Gebietsplanung die Ausbildung neuer Fachkräfte. Die Gründung des Verbandes der Stadt- Regional-, und Landesplaner 1969 unterstrich den Durchbruch im Selbstverständnis der Profession. In wissenschaftlicher Hinsicht war diese Periode ebenfalls ertragreich. Hier formierten sich die Theorien nicht-linearer Planung von Lindblom oder Etzioni, befördert durch den Einfluss von Systemtheorie, Kybernetik und Selbstorganisationstheorien.⁶⁸⁸ Dabei spielte der angloamerikanische Raum eine maßgebliche Rolle und mit Christopher Alexander fand die Debatte einen ihrer prominentesten Akteure.⁶⁸⁹

Eine der wohl bekanntesten und wirkungsvollsten Beiträge zum Wandel im sozial-räumlichen Planungsverständnis lieferte Jane Jacobs mit ihrem bahnbrechenden Buch „The Death and Life of Great American Cities“, in welchem sie im Grunde auch

⁶⁸⁸ Für das Verständnis der Planung unter handlungstheoretischem Gesichtspunkt in dieser Periode: Fürst, D.; Scholles, F./Hrsg. (2004): Handbuch der Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund, S.17-23.

⁶⁸⁹ Alexander, C. (1965): „A City is Not a Tree“, in: Architectural Form, Vol. 122, No. 1, S. 58-61, No. 2, S. 58-62. Dieser – in der Rückschau – bahnbrechende und oft zitierte Beitrag (und dessen folgende Veröffentlichungen) löste, gerade unter Architekten und Planern, ein Nachdenken über das streng rationale Planungsverständnis aus, aber eher bezogen auf die Stadt als auf die Region. Vgl. Frick, D. (2008): Theorie des Städtebaus, Tübingen, S. 31ff.

den Zeitenwechsel im Planungsverständnis vorwegnahm. So rechnete sie vor allem im letzten Abschnitt ihres Buches mit der „deduktiven Planung“ schonungslos ab und forderte eine „induktive Planung“.⁶⁹⁰ Im gleichen Atemzuge brandmarkte sie die „Decentrists“, die Vertreter einer Dezentralisierungsauffassung, die eine Auflösung der Städte (im Sprawl) vertraten.⁶⁹¹ Im bundesdeutschen Raum gewann die Vorstellung von Planung als politischem Prozess an Gewicht und verlagerte die Theoriedebatte in den gesellschaftspolitischen Bereich, was zwar die Debatte um den gesellschaftlichen Stellenwert von Planung beförderte, andererseits aber die Flanke der konkreten räumlichen Planung und Gestaltung öffnete und dieses Feld anderen Disziplinen überlies. Dies stellte insgesamt einen Quantensprung in der disziplinären Entwicklung dar. Seit den späten 1940er und den 1950er Jahren vervielfältigte sich die Raumwissenschaft geradezu. Sowohl in den Bereichen der Handlungs- und Managementtheorien, aber auch bei der Wirtschaftsgeografie können derartige Tendenzen festgestellt werden. Nun begannen vorrangig „Regionale Wachstums- und Entwicklungstheorien“ die Debatten zu bestimmen. Der Einfluss angloamerikanischer Schulen wuchs enorm. Dabei reichte das Spektrum von neoklassischen, liberalen (neoliberalen) Theorien, über postkeynesiatische bis hin zu Wachstumspolkonzepten, also polarisationstheoretischen Modellen.⁶⁹²

Die bis dahin unangefochtene Vorstellung vom Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung kam Anfang/Mitte der 1970er Jahre ins Wanken. Ölkrise, wirtschaftliche Stagnation und ansatzweiser Rückgang in der Bevölkerungsentwicklung, aber auch der beginnende Strukturwandel in der Kohle- und Stahlindustrie sowie die Notwendigkeit der verstärkten Altstadtsanierung ließen die bisherigen Grundsätze

⁶⁹⁰ Jacobs, J. (1961): *The Death and Life of Great American Cities*, New York, S. 441

⁶⁹¹ Jacobs, J. (1961): *The Death and Life of Great American Cities*, New York, S. 20

⁶⁹² Schätzl, L. (2003): *Wirtschaftsgeographie 1 Theorie*, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 135 ff. Hier soll nur cursorisch die Vielfalt an theoretischen Ansätzen umrissen werden. Die Untersuchung und differenzierte Darstellung würde den hier gesetzten Rahmen sprengen. Die Theoriedebatten waren vor allem vom Wachstumsdenken und einer zunehmenden Mathematisierung der Raumwissenschaft geprägt.

von wachstumsorientierter Raumordnung und Städtebaupolitik erschüttern.⁶⁹³ Stadterneuerung und eine informelle regionale Planung mit Beteiligung der lokalen Akteure erhielten stärkeres Gewicht. Die Raumordnung passte sich mühsam an. Zugleich begann der Siegeszug neoliberaler Wirtschaftskultur, die schrittweise auch die Übernahme von Managementstrategien in der Raumplanung vorantrieb. Der Wandel in den Produktionsstrukturen in Richtung postfordistischer Formen führte dazu, dass auch die Dezentralisierung, gepaart mit Flexibilisierung, Deregulierung und fast ausschließlicher Wettbewerbsausrichtung zu dominanten Erscheinungen wurde.⁶⁹⁴ Zugleich gab es aber auch Gegenbewegungen, die die Dezentralisierung mit Akteursbeteiligungen, Kooperationsformen und kleinen Strukturen, also einen industriegesellschaftlich kritischen Ansatz forcierten.⁶⁹⁵

Der *Spiel-Raum* in dieser Periode fungierte im Ergebnis der politischen Auseinandersetzungen wie ein grundlegender „Sprung“ im planungswissenschaftlichen Denken. Die Denkräume aus der Systemtheorie, die wesentliche Impulse für den Übergang zu einem komplexen Planungsverständnis setzten, verstärkt durch die fundamentalen Reflexionen des „Club of Rome“, schufen eine wesentliche Basis jener Neuartigkeiten im Verständnis von übergreifenden Zusammenhängen, die auch im Planungsdenken ihren Niederschlag fanden.⁶⁹⁶

⁶⁹³ Stellvertretend für diese generellen Erscheinungen in der Gesellschaft können die Entwicklungen im Ruhrgebiet angesehen werden. Neben einer nahezu unübersehbaren Literatur dazu können die folgenden Darstellungen als plausible, exemplarische Zusammenfassung angesehen werden: Prossek, A. et al/Hrsg. (2009): Atlas Metropole Ruhr, Essen, insbes. S. 24-37, 100ff sowie 206-211

⁶⁹⁴ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich S. 224

⁶⁹⁵ Hahn, E. (1982): Siedlungsökologie – ein neuer Begriff, ein altes Thema, in: Hahn, E./Hrsg.: Siedlungsökologie – ökologische Aspekte einer neuen Stadt- und Siedlungspolitik, Karlsruhe, S. 1-14

⁶⁹⁶ Dieser Zeitraum dürfte zu den wichtigsten einer weiteren Untersuchung werden. Er wird hier nicht behandelt, da sich das ehemalige Mitteldeutschland in der DDR befand und Raumplanung hier grundsätzlich nicht auf dem Boden heutiger Demokratie fußte. Dennoch fanden auch in der DDR neue Planungen statt, die einen eher informellen Charakter trugen und z. T. sogar veröffentlicht wurden: Dietl, R. (1979): Aufgaben regionaler städtebaulicher Planungen im industriellen Ballungsgebiet Bitterfeld-Dessau-Wittenberg, in: Architektur der DDR, 7/1979, S. 414-418. In diesem Beitrag wurde zum ersten Mal in der DDR von „städtebaulicher Planung in ihrer regionalen Dimension“ gesprochen. Diese Veröffentlichung des Bezirksarchitekten in Halle symbolisiert den beginnenden Wandel in der Planungsdiskussion der DDR – bezogen auf räumliche Planung. Zugleich umriss diese Planung das spätere Projektgebiet des „Industriellen Gartenreiches“, was aber nur einen mittelbaren Einfluss auf

10.4 Globale Neuorientierung: Mitte der 1980er Jahre bis zur Jahrtausendwende mit dem Markstein 1989

Zweifelsohne bot die „Zeitenwende“ von 1989 eine jener Jahrhundertzäsuren, die fundamentale Impulse auslösten. Die dann einsetzende virulente Phase der Neuorientierung kann nicht ohne die bereits seit Mitte der 1980er Jahre einsetzenden bzw. sich deutlich verstärkenden Hinwendungen zu ökologischen und neuen ökonomischen wie sozialen Ansätzen verstanden werden. Der wohl wichtigste dürfte der seit 1987 international zum Durchbruch gelangte Begriff der „Nachhaltigkeit“ sein.⁶⁹⁷ Damit war zum ersten Mal ein globaler Maßstab auch für die räumliche Planung durch die Politik formuliert worden.

In den 80er Jahren begann die Auseinandersetzung um den Wandel der fordistisch geprägten Industriegesellschaft und die mögliche adäquate Abbildung dieser in den raumwissenschaftlichen Disziplinen. Der Paradigmenwechsel in der Wirtschaft zu flexiblen Produktionsstrukturen und der Wissensgesellschaft hinterließ auch Spuren in der gesellschaftlichen Reflexion.⁶⁹⁸ Die Modellvorstellungen konvertierten zu eher dynamischen Modellen auf der einen Seite und zu verstärkt räumlich konkreten, inkrementalistischen Vorstellungen auf der anderen Seite.⁶⁹⁹ Die Wirtschaftswissenschaften begannen den „Raum“ wieder zu entdecken. Die Zeit der „New Economy“ brach an. Die Wachstumstheorien wurden modifiziert und mit neuen

die Auswahl des räumlichen Zuschnittes dieses Projektes darstellte. Es wurde aber deutlich, dass in Zukunft eine nicht an administrativen Grenzen gebundene regionale Planung notwendig sein würde, um den Strukturwandel bewältigen zu können. Zur konstruktiven Reflexion der Entwicklungen im Planungsdenken der BRD in dieser Zeit aus Sicht der wissenschaftlichen Literatur der DDR siehe: Weiske, C. (1989): Soziale Ziele in modernen, nicht-marxistischen Theorien zur Raumplanung – ihr Platz, ihre Begründung und ihre Wirkung auf den internen Bestand der Theorien, Halle/S. (Habilitation an der Martin-Luther-Universität, unveröff.).

⁶⁹⁷ Weltkommission für Umwelt und Entwicklung/Hrsg. (1988): Unsere gemeinsame Zukunft, Berlin. Diese deutsche Übersetzung des sog. Brundtlandberichtes erschien in der vollständigen Wiedergabe des Originalberichtes in der DDR ein Jahr nach der Verabschiedung durch die UNO. Siehe dazu auch: Bahro, R. (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln (Neuaufgabe Berlin 1990) oder Bahro, R. (1989): Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Stuttgart

⁶⁹⁸ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 223 ff.

⁶⁹⁹ Sieverts, T.; Ganser, K. (1983): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus, in: DISP 115, S. 31-37, vor allem S. 35

dynamischen Modellen kombiniert. Dabei schälten sich dynamisch-zyklische und vor allem die dynamisch-evolutionären Ansätze heraus.⁷⁰⁰ Maßgeblichen Einfluss auf die Raumwissenschaften und die räumliche Planung insgesamt hatten vorrangig die dynamisch-evolutionären Vorstellungen, neben dem gerade in den 1980er Jahren politisch an Bedeutung gewinnenden Neoliberalismus, der die ausschließliche Subordination aller gesellschaftlich-ökonomischen Prozesse unter Marktprozesse forcierte.

Es können besonders drei Konzepte der staatlich gesteuerten bzw. angeregten, also nicht nur dem freien Spiel des Marktes überlassenen Entwicklung, hervorgehoben werden, die auch ihren Niederschlag in raumplanerischen Konzeptionen fanden:

- „Das Konzept der langfristigen industriellen Wachstumspfade“,
- „Das Konzept der innovativen regionalen Milieus und Netzwerke“,
- „Das Konzept der lernenden Regionen“ und das damit verwandte Konzept der „regionalen Kompetenzzentren“.⁷⁰¹

Sie sind Ergebnis einer breiten Reflexion des Strukturwandels in den industriellen Regionen. Sie folgen mehr oder weniger einem Bedeutungsgewinn von Regionen für die Marktakteure, als komplementärem Part zur Globalisierung. Alle drei Vorstellungen fanden z. T. auch in Kombination Anwendung. Die industriellen Wachstumspfade folgen dem Modell der Ausstrahlung von induzierten Industriezentren, die sich im Laufe eines längeren Prozesses durch Bildung von dezentralen Clustern und Lokalisierungen im Raum ausbreiten. Der für die räumliche Planung besonders wichtige Ansatz der innovativen Milieus folgt der Annahme, dass es gerade im Strukturwandel notwendig ist, in Regionen ein anregendes, kreatives Umfeld zu erzeugen, was dann wiederum Rückwirkungen auf den Wandel der Region und auf die Ansiedlung bzw. Entstehung neuer Wirtschaftszweige hat. Bei

⁷⁰⁰ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 200 ff.

⁷⁰¹ Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeographie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich, S. 230-243. Die hier gegebene Gesamtübersicht ist noch weiter gefasst, soll aber auf die in der informellen Regionalplanung und Regionalpolitik gebräuchlichen Konzepte reduziert werden.

den lernenden Regionen wird ein endogener Ansatz verfolgt, bei dem die Akteure in den Regionen angeregt werden, die Wissensgenerierung und die Anwendung neuer Erkenntnisse zu organisieren. Dafür können regionale Kompetenzzentren als Inputgeber fungieren. Durch regionale Netzwerke, die auch bei den innovativen Milieus wichtig sind, und andere regionale Kommunikations- bzw. Kooperationsformen, kann das Induzierte schrittweise stabilisiert werden und zu einem Wandel der Region führen.

Es entstanden mit Regionalkonferenzen, regionalen Innovationsstrategien und einem verstärkten Trend zu Zusammenschlüssen in Regionalverbänden und Planungsgemeinschaften neue Formen der informellen Regionalplanung jenseits der administrativ verfassten Strukturen, die auch die grenzüberschreitende Kooperation mit Frankreich, Holland und der Schweiz beinhaltete.⁷⁰² Dies begann auch die Europäische Union mit entsprechenden Programmen zu fördern. Zugleich aber wurden auch Grenzen dieser Verfahren deutlich, die zwar starre Strukturen aufzubrechen begannen, aber immer noch hinter den Entwicklungen des sich verstärkenden Strukturwandels, des Bevölkerungsrückganges und einer sich anbahnenden Globalisierung durch die neuen Medien zurückblieben.

Dies bildete Ende der 80er Jahre den Anstoß zu einem neuen Vorgehen in der Regionalplanung. Wieder war das Ruhrgebiet der Vorreiter. Mit der Idee zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) und der Gründung einer entsprechenden, auf 10 Jahre befristeten Planungsgesellschaft bekam die informelle Planung einen neuen Handlungsrahmen. In das Zentrum rückten nun Projekte, die Impulse für den regionalen Strukturwandel generieren sollten. Mit weit über 100 Projekten entstand ein nahezu flächendeckendes Netz an Initialpunkten, die zugleich ein weitgefächertes Spektrum an Themen des Strukturwandels beinhalteten und von

⁷⁰² Danielzyk, R. (1998): Neue Aktionsfelder der Regionalplanung – regionale Entwicklungskonzepte (REK)/ Regionalkonferenzen und Städtenetze, Referatesammlung Nr. 73, Institut für Städtebau Berlin (DASL), S. 190-210, insbes. 198ff

der Siedlungserneuerung über Industriekultur bis zur Landschaftsgestaltung reichten. Dabei spielte Kunst im öffentlichen Raum eine zentrale Rolle. Das Hauptanliegen der IBA bestand nicht mehr in der möglichst umfassenden Regulierung der Entwicklung, sondern im Anregen neuer Wege für das Finden einer neuen Identität der Region, nachdem diese endgültig ihren Status als Kohle- und Stahlregion verloren hatte – ohne jedoch diese Vergangenheit zu leugnen. So wurde das Hauptziel der IBA nicht im planerischen Ausgleich von differenzierten Nutzungsanforderungen an den Raum gesehen, sondern im Anregen eines „innovativen Milieus“ unter innovationsträgen, bisweilen auch innovationsfeindlichen Verharrungsstrukturen. Die Region wurde zum temporären Konstrukt für die strukturelle wie gestalterische Erneuerung.⁷⁰³

Damit war ein qualitativ neuer Schritt in der regionalen Planung gegangen worden, der zum „richtigen“ Zeitpunkt kam. Dies ist nicht nur aus der Perspektive des nördlichen Ruhrgebietes bedeutsam, sondern auch aus der Sicht auf die radikalen Wandlungen der politischen, ökonomischen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa ab 1990. Gleich mehrere fundamentale Veränderungen überlagerten sich, die zunächst in dem Gebiet der DDR/neue Bundesländer am deutlichsten hervortraten. Das Hauptproblem aus dem Blickwinkel der räumlichen Planung erwuchs – trotz vieler redlicher Bemühungen – aus der nahezu unveränderten Übertragung der in den 70er und 80er Jahren in der alten Bundesrepublik entwickelten bzw. angepassten Instrumentarien der Raumordnung auf das „Beitrittsgebiet“ mit ihrem, im Kern noch immer auf Wachstum (jetzt als Nachholen bezeichnet) ausgerichteten Orientierung. Die „klassischen“ Raumordnungsinstrumente mussten angesichts des Wegbrechens der ökonomischen Basis, drastischem Bevölkerungsschrumpfen in den Städten, gepaart mit Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitigem Zuwachs an Flächenverbrauch prinzipiell versagen. Andere Instrumente und Vorgehensweisen, wie sie z. B. gerade

⁷⁰³ Vgl. Kilper, H. (1999): Die Internationale Bauausstellung Emscher Park, Opladen, insbes. S. 119-121. Die Frage nach dem Verständnis von Innovation bleibt dabei relativ offen. Es lauerte hier die latente Gefahr, eines Innovationszwanges, der eher kontraproduktiv wirkte und z. B. lokale Traditionen etc. zerstörte. Innovation kann nicht als per se positiv belegt angesehen werden.

mit der IBA begonnen wurden, waren noch nicht weit genug entwickelt, um eingesetzt zu werden.

Das Ruhrgebiet hat wohl in einzigartiger Weise planerisch diesen fundamentalen Wechsel gestaltet, deren Kernaussage in dem Strukturwandel mündet, wie er sich - mit unterschiedlichen Ausrichtungen – zwischen Mitte der 1960er und dem gerade begonnen 21. Jahrhundert abbildete. Dabei können vier Hauptphasen unterschieden werden, wobei die IBA Emscher Park eine Schlüsselrolle einnahm. In den vier Phasen wird der räumlich strukturelle Wandel mit dem dahinter liegenden Planungsverständnis kombiniert:

- Phase 1 (1966 - 1974): Integrierte Strukturpolitik,
- Phase 2 (1975 - 1986): Zentralisierte Strukturpolitik,
- Phase 3 (1987 - 1999): Regionalisierte Strukturpolitik (RSP) und "Internationale Bauausstellung Emscher Park" (1989 - 1999),
- Phase 4 (ab 2000): Selbstorganisierte Strukturpolitik (?).⁷⁰⁴

Ohne auf die einzelnen Phasen hier eingehen zu können, zeigt sich eine deutliche Tendenz im Wandel des Planungs(steuerungs)verständnisses: Die Entwicklung erstreckte sich von einer bis in die 1980er Jahre reichenden stringenten (linearen) Steuerung des räumlichen wie ökonomischen Strukturwandels hin zu einer - im Ansatz formulierten - selbstorganisierten Steuerung, die offenbar als ein Anfang nicht-linearer Planung/Steuerung des weiteren Strukturwandels nach dem absehbaren, vollständigen Ende des Montanzeitalters zu verstehen wäre.

Das wohl einzige vergleichbare Vorhaben (zugleich als ein Experiment angelegt), das in eine ähnliche Richtung zielte, war in Mitteldeutschland vom Bauhaus Dessau bereits 1989 – unabhängig von der IBA – konzipiert und eingeleitet worden: das

⁷⁰⁴ http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/erneuerung_der_infrastruktur/strukturpolitik_fuer_das_ruhrgebiet/strukturpolitik. (2011-09-19) Dabei handelt es sich um die prägnanteste Zusammenfassung des konzeptionellen Strukturwandels im Ruhrgebiet (planerische Steuerung), die hier wörtlich übernommen werden.

„Industrielle Gartenreich“. Mit diesem Langzeitexperiment zur Umweltgestaltung wurden zugleich zwei strategische Gesichtspunkte behandelt: Die Reformideen des historischen Dessau-Wörlitzer Gartenreiches der Aufklärung wurden über Gestaltungsprojekte in Beziehung gesetzt zu dem widersprüchlichen Erbe des Industriezeitalters mit der Absicht, über diese regionale Konstruktion eine „Reformlandschaft des 21. Jahrhunderts“ zu entwickeln. Dieses Kulturprojekt hat nichts mit herkömmlicher Raumordnung zu tun. Es setzt Initiale, um langfristig eine neue Identität einer Region zu entfalten auf der Basis einer Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte und den aktuellen Herausforderungen für die räumliche Gestaltung neuer Formen der Industriegesellschaft nach dem radikalen Ende der „old economy“ (z. B. der Montanindustrie).

Diese beiden deutschen Vorhaben zu einer neuen Art von Landesplanung reihen sich zugleich ein in die weltweite Auseinandersetzung um die neue Rolle von Regionen und Regionalplanung in den 90er Jahren. Die Region gewinnt als Handlungsebene zwischen Nationalstaat und Kommune einen Stellenwert, welche nicht mehr nur ordnungs-politischer Natur ist. Projektorientierung wurde zu einer Zauberformel. Informelle Instrumente wie die Auslobung regionaler Entwicklungswettbewerbe, aber auch neue Förderprogramme der Europäischen Union wie „INTERREG“ mit solchen Schwerpunkten, wie z. B. „Kreative Sanierung von Kulturlandschaften, die durch menschliche Tätigkeit geschädigt wurden“, deuten neue Wege an, die nicht mehr den mechanischen Vorstellungen einer reinen Wachstumspolitik entsprechen.⁷⁰⁵

Ausdruck dessen sind aber auch das Entstehen neuer Zusammenschlüsse und internationaler Plattformen für Regionalisierung und eine darauf gerichtete Planung. So gründete sich z. B. 1994 in den USA die „Konferenz der Welt – Regionen“. Dieser Zusammenschluss von Vertretern aus Regionen aller Kontinente konstituierte sich,

⁷⁰⁵ Vgl. <http://www.cadses.net/en/FAQ/intercadses.html>

um auf europäischen Erfahrungen fußend, Entwicklungsstrategien für Regionen unter den globalen Veränderungen in Wirtschaft, Umwelt und sozialen Situationen zu erörtern. Dabei zeichnet sich eine (internationale) Bewegung für ein neues Verständnis von Raumplanung in den Regionen ab. Dies bedeutet nicht mehr nur Ordnungspolitik, sondern die Schaffung kreativer Milieus in den Regionen als Basis für einen Übergang von der „old economy“ zu einer „new economy“⁷⁰⁶ des Zeitalters der Nachhaltigkeit.

Die bisherige Raumordnung, wie sie die deutsche Planungskultur dominierte und z. T. noch dominiert, ist darauf noch nicht, oder nur in Teilen eingestellt. Die Raumordnung tritt an ihre sprichwörtlichen Grenzen. Die praktischen Erfahrungen, wie sie z. B. bei der IBA oder in dem Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ gesammelt wurden, deuten in eine neue Richtung. Es gilt diese Erfahrungen zu bündeln und mit entsprechender Kraft in die öffentliche Debatte einzubringen. Die Reflexion der Geschichte von regionaler Planung und die Belebung des historisch angelegten Reformansatzes in der Regionalplanung könnte die neue Chance der europäischen Planungskultur für den grundsätzlichen Wandel der Industriegesellschaft darstellen. In diesem Sinne verstand sich das Vorhaben „Industrielles Gartenreich“.

⁷⁰⁶ „New Economy“ wird vom Autor nicht nur auf die internetbasierte Medienökonomie beschränkt, sondern umfassender verstanden.

Teil 2: Die 1990er Jahre

Vorbemerkung

Das Projekt „Industrielles Gartenreich“, geboren in der Wendezeit, stellte einen Versuch dar, am Ende eines geradezu prototypischen linearen Planungsverständnisses in der DDR, einen neuen Ansatz für eine Region des früheren Mitteldeutschland zwischen Dessau und Bitterfeld, in die das Bauhaus „hineingeboren“ worden war, zu formulieren und als praktisches Experimentierfeld zu gestalten. Das gesamte Vorhaben basierte nicht auf dem existierenden Planungssystem der Bundesrepublik, wie es sich dann, zwar in modifizierter Form um Mitte der 1990er Jahre auch in den neuen Bundesländern schrittweise durchsetzte. Die Projektakteure standen – auch bereits vor der politischen Wende – in einem Austausch mit den Fachleuten der Stadterneuerung in West-Berlin und dann auch der IBA-Emscher Park, den Vorreitern einer innovativen Erneuerungsplanung in der BRD in den 1980er Jahren. Damit waren auch zwei kognitive Brücken geschlagen worden, die sich in der Projektkonfiguration des „Industriellen Gartenreiches“ niederschlugen. Hervorzuheben ist hierbei vor allem der Bezug zur akademischen Planungskultur in Berlin/W., dem Kreis der Stadterneuerer an der TU Berlin um Harald Bodenschatz. Er war es letztlich auch, der den Impuls gab für das „Industrielle Gartenreich“ während des „II. Internationalen Walter-Gropius-Seminars“ 1989. Er griff dabei auf das wenige Jahre vorher im Kontext der behutsamen Stadterneuerung entwickelte Modell des Umgangs „mit den Schichten der vorhandenen Stadt“ als zentralem Instrument eines konzeptionell erweiterten Begriffs der Planungsgeschichte zurück.⁷⁰⁷ Damit schloss die planerische

⁷⁰⁷ Bodenschatz, H. (1987): Platz Frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin, S. 16. Dass dieses Schichtenmodell, also die gleichberechtigte Wertschätzung der kulturellen „Ablagerungen“ aus verschiedenen Epochen in einer Stadt, das als Ausgangspunkte für planerische Weiterentwicklungen gewählt wurde, bereits von Gustav Langen 1927 propagiert worden war, war zu

Neujustierung, wie sie vom Bauhaus in Dessau angestrebt worden war, unmittelbar an den aktuellen Stand der Auseinandersetzung in der internationalen Vorreiter-Stadt der Stadterneuerung in dieser Zeit, Berlin/W., an. Mit der IBA war wenige Jahre zuvor dort das Doppelmodell von „Kritischer Rekonstruktion“ und „Behutsamer Stadterneuerung“ geboren worden. Das „Industrielle Gartenreich“ kann insofern als Synthese dieser beiden Modelle angesehen werden, als hier nun die behutsame, bestandsschonende Erneuerung mit einer kreativen Sanierung von ökologisch devastierten Bereichen verbunden wurde, die als eine von der bis dahin dominanten linearen Stadtentwicklungspolitik abweichende Planung zu bezeichnet werden können.⁷⁰⁸ Kurz darauf wurden dann die Brücken zur IBA im Ruhrgebiet hergestellt, die ja ihrerseits von der IBA in Berlin/W. gelernt hatte. So entstand in kurzer Zeit ein strategisches Netzwerk, das bis zum Ende der Laufzeit des Projektes „Industrielles Gartenreich“, dem Jahr der EXPO 2000, eine tragfähige Basis für strategische Einzelprojekte wie für das Zustandekommen der EXPO-Korrespondenzregion, aber letztlich auch für die konzeptionelle Reaktivierung des Bauhauses in Dessau selbst einen wesentlichen Beitrag geleistet hatte.⁷⁰⁹

Dennoch waren der starke kulturhistorische Bezug und die spezifische Projektanlage der Einzelvorhaben sowie der Bauhausbezug eine Besonderheit. Mit dem Beitrag zur EXPO 2000 erlangte das gesamte Vorhaben und die Einzelprojekte eine öffentliche Rezeption. Projekte wie „Ferropolis“ oder die „Piesteritzer Siedlung“ haben sich erfolgreich entwickelt und zählen heute zu den Ankern der Region. Eine heuristische Bewertung des gesamten Planungsprojektes erfolgte nur ansatzweise. Hervorzuheben wären dabei die Dissertation des Geographen Müller-Krug, Universität Hamburg aus dem Jahr 2002 oder die kritische Würdigung von Eisold im

diesem Zeitpunkt Ende der 1980er Jahre noch nicht bekannt. Dieses Schichtenmodell kann als grundlegendes Indiz für eine Abkehr von der ignoranten Kahlschlagmoderne gewertet werden.

⁷⁰⁹ Der Autor dieser Schrift gehörte mit Rolf Kuhn, Martin Stein, aber auch Heike Brückner oder Jens Fischer, alle Mitarbeiter am Bauhaus Dessau, die ab 1987 dorthin gewechselt waren, um die neue Institution aufzubauen, zu den Initiatoren dieser Vernetzung.

Kontext einer Abhandlung zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich aus dem Jahr 2000.⁷¹⁰ Zwei Momente werden durch die beiden Autoren heraus gestellt: Zum Einen erhebt Müller-Krug das „Industrielle Gartenreich“ in den Stand eines „Regionalplanungsmodells“, das als Projektionsfläche der durch das Bauhaus Dessau angeregten Entwicklung neuer Umgangsweisen mit den Folgen der Industrialisierung fungierte.⁷¹¹ Diese Institution bildet in der vorliegenden Arbeit einen immer wieder kehrenden Bezugspunkt, ist sie doch wie keine andere mit der Entwicklung in Mitteldeutschland als weltweites Symbol der industriellen Moderne verbunden. Ihre Wirkungen und die Auseinandersetzungen um diese schillernde Einrichtung sind unterschiedlich zu bewerten.⁷¹² Hier geht es vorrangig darum, das Bauhaus in Dessau im Kontext der Mitteldeutschen Landesplanung bzw. der jüngeren Regionalentwicklung mit Bezug zur EXPO 2000 zu betrachten. Dass dabei ein übergreifender kultureller und politischer Kontext hergestellt werden muss, steht außer Zweifel. Es geht aber nicht schlechthin um eine Bauhausgeschichte, sondern um den Versuch, das (damals) aktuelle Bauhaus in Dessau in den Kontext einer zeitbedingten Neuverortung als Experimentalinstitution zu bringen.⁷¹³

Der kritische Blick auf das Gesamtvorhaben „Industrielles Gartenreich“, wie ihn Eisold z. B. für die zukünftige Wirkung vor allem der markanten Einzelprojekte, wie „Ferropolis“, vorträgt, ist zwar nicht Hauptgegenstand seiner Darstellungen, soll

⁷¹⁰ Müller-Krug, C. H. (2002): das Bauhaus und die Gestaltung mitteldeutscher Bergbaulandschaften, Stuttgart sowie Eisold, N. (2000): das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Rostock. Dies waren die beiden ersten externen, wissenschaftlichen Reflexionen des „Industriellen Gartenreiches“ nach dem Ende der EXPO.

⁷¹¹ Müller-Krug, C. H. (2002): das Bauhaus und die Gestaltung mitteldeutscher Bergbaulandschaften, Stuttgart, S. 123-133

⁷¹² Bober, M. (2006): Von der Idee zum Mythos. Die Rezeption des Bauhauses in beiden Teilen Deutschlands in Zeiten des Neuanfangs (1945 und 1989), Diss. sowie Bober, M. (2009): Der Mauerfall von Dessau, in: Bauhausstadt, 12/2009, S.8

⁷¹³ Kröber, S. (2010): Multiple Regionalentwicklung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Identität und Transformation, Halle/S. Hier wird das „Industrielle Gartenreich“ in einem breit angelegten systemtheoretischen Kontext betrachtet. Damit reiht sich diese Diplomarbeit an der Martin-Luther-Universität Halle in den Kreis der neueren Reflexionen zu dem Projekt ein und öffnet dabei den Blick auf Aspekte wie Identität, Kommunikation oder Tragfähigkeit mit übergreifenden theoretischen Bezügen. Vgl. insbes. S. 256-347.

dennoch der „Erzählung“ vorangestellt werden: „So deutlich gerade die ‚Stadt aus Eisen‘ ein Zeichen für die Umwertung nutzlos gewordener Hinterlassenschaften des Industriezeitalters ist, so unerfüllbar scheinen die Erwartungen, die in dieses Projekt gesetzt sind. Nicht übersehbar ist, dass bei diesem in Zukunft inmitten eines Tagebausees aufragenden stählernen Artefakts in der Kraft der Bildhaftigkeit die Gefahr einer Ästhetisierung des Schrecklichen groß ist. Das Denkmal kann zur Bagatellisierung führen. ... Mit solchen allzu schlüssigen, und trotz gegenteiliger Absicht eine bestimmte Machbarkeit suggerierenden Bildern scheinen (die) temporären oder stärker prozessualen Projekte des ‚Industriellen Gartenreiches‘ nicht geschlagen zu sein. Beispielhaft stehen hier die Gartenexperimente in den Grubenlandschaften, das Projekt ‚Neue Arbeit‘ oder das vorerst gescheiterte Mulde-Projekt. Es gibt da sehr einfache Fragen, die zu stellen wären. Wann werden die Dessauer Kinder wieder in der Mulde baden können?“⁷¹⁴

In planungstheoretischer Sicht findet sich in der jüngsten Literatur eine erste Reflexion, die das „Industrielle Gartenreich“ bereits mit wissenschaftlichem Abstand und mit einem Bezug auf das diesem Projekt folgende Vorhaben der IBA „Stadtumbau“ in Sachsen-Anhalt (2002 bis 2010) betrachtet.⁷¹⁵ Dabei wird jedoch die Sicht auf das „Industrielle Gartenreich“ als Projekt methodisch verengt, da der Focus auf der Analyse der Stadtentwicklungskonzepte der Stadt Dessau gelegt wurde. Dennoch stellen die Autoren das „Industrielle Gartenreich“ als einen strategischen Ansatz dar, der versuchte, die Deindustrialisierung zu bewältigen, das alte industrielle Erbe abzuschütteln und neue strategische Ansätze zu formulieren. Der Stadt Dessau, so das Fazit der Autoren, gelang es jedoch nicht, in der Zeit seit 2000, also nach der EXPO, ein strategisches Leitbild zu entwickeln.⁷¹⁶ Insofern muss konstatiert werden, dass nach dem Ende der Projektlaufzeit und einem Übergang zu

⁷¹⁴ Eisold, N. (2000): das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Rostock, S. 184

⁷¹⁵ Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 70-71

⁷¹⁶ Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 72. Damit sind auch die Risiken nicht-linearer Planung angedeutet worden, die mit den handelnden Personen verbunden sind.

einem neuen Strategieprozess (IBA „Stadtumbau“) der strategische Impuls des „Industriellen Gartenreiches“ – zumindest in Dessau – nicht weiter geführt worden war, was die Autoren vor allem auch mit personellen Veränderungen der Spitze der Stadt in Verbindung bringen.

Einen weiteren Horizont öffnete Wolfgang Kil in seiner durchaus polemisch gehaltenen Textantologie zu den Umbruchzeiten der 1990er Jahre, als er das „Industrielle Gartenreich“ in seinen „Gründerparadiesen“ bezüglich einer Bauhaus-Rezeption verarbeitete⁷¹⁷: „Bei diesem umfassend angelegten Langzeitunternehmen sollen ‚historische und sozialwissenschaftliche Forschung, Landschaftsplanung, Architektur und Kunst, Ökonomie und Ökologie ineinander greifen‘. Es geht um visionäre Gedankenarbeit ebenso wie um praktisches Tätigwerden vor Ort. Oft sitzen eher Bürgermeister, Betriebsräte und Industriemanager in den Seminaren als Künstler, Architekten oder Designer. Die konkrete Misere der mitteldeutschen Industriebrachen wurde als Praxislabor für die arbeitskulturellen wie ökologischen Herausforderungen einer im Umbruch befindlichen Welt angenommen – offen für jeden unkonventionellen Ansatz. Zum ‚Gartenreich-Projekt‘ gehören restaurierte Werkssiedlungen ebenso wie die Baggerstadt Ferropolis im Tagebau Golpa-Nord, neue Binnenschiffstypen für unregulierte Flüsse ebenso wie der Versuch, das stillgelegte Kohlekraftwerk Vockerode in ein Solarkraftwerk umzurüsten.

Das Pathos dieses in die Zukunft gerichteten Projektes kann nur den befremden, der nicht weiß, dass die Idee zu dem ganzen auf einem international besetzten Symposium entstand, in genau jener Novemberwoche 1989, da in Berlin die Mauer fiel. Und als folgerichtige Entscheidung nach der intensiven Beschäftigung mit dem

⁷¹⁷ Kil, W. (2000): Gründerparadiese: Vom Bauen in Zeiten des Übergangs, Berlin. Der dieses Buch eröffnende Artikel des Architekturkritikers und Publizisten Kil ist mit „Die Faszination des Radikalen“ überschrieben. Am Ende des Artikels beschreibt er zwei Fallbeispiele des Umgangs mit dem Bauhaus-Erbe nach 1990: a) das neue Musikgymnasium in Weimar, gestiftet von der Deutschen Bank, errichtet im Stile der „klassischen Moderne“ und b) das „Industrielle Gartenreich“ am Bauhaus Dessau. Letzteres ist hier zitiert worden.

„Bewußtsein der Moderne“ (Thilo Hilpert) wird es nur der nicht erkennen, der von der funktionalistischen Tradition der DDR-Bauhausforschung nichts weiß. Es gehörte für mich zu den ernüchterntesten Erfahrungen der Nachwendezeit, dass honorige Kollegen der westlichen Kritiker- und Historikerzunft via Großfeuilleton in die Debatten um die Neuorientierung des Dessauer Bauhauses eingriffen und dabei ausgerechnet das Industrielle Gartenreich, diesen visionär in die Zukunft gerichteten Impuls, als ‚provinziell‘ abkanzeln. Lieber eine international reputierte Gedenkstätte als ein praxisorientiertes Laboratorium für fortgesetzte Zukunftsarbeit? Und wie müßte man Zukunft nach kritischer Analyse heute eigentlich buchstabieren? ‚global denken – lokal handeln‘, haben wir in den achtziger Jahren gelernt. Man sieht: Radikales Weiterdenken wie auch radikale Konsequenzen werden zu allen Zeiten gebraucht.“⁷¹⁸

Letztlich aber knüpfte das „Industrielle Gartenreich“ an den Perspektivwechsel von 1927 an – ohne, dass dies jedoch direkt konstituierend für das Projekt um 1990 gewirkt hätte. Das funktionalistische Verständnis (im engeren Sinn) wurde erweitert zugunsten eines Blickes auf die Verfügbarkeiten der Ressourcen. Die ‚abgelagerte Geschichte‘ als sozial-kulturelle Ressource und die natürlichen Sicherungsbedingungen des Lebens gewannen den zentralen Stellenwert für das „Industrielle Gartenreich“. Dieser sich öffnende *Spiel-Raum* wurde unverhofft, aber nicht unerwartet betreten. Dabei würde sich nun ein dritter Perspektivwechsel abzeichnen, der des Übergangs zur konsequenten nicht-linearen Planung.

Das Projekt und die darauf zielende Planungstätigkeit waren gesellschaftlich eingebunden in den Prozess der Transformation Ostdeutschlands, mit all den inhärenten Widersprüchen. Das Bauhaus in Dessau bot dabei eine herausgehobene Projektionsfläche für Diskussionen, die z. T. auch politisch motivierte Stellvertreterdebatten waren, auf der Suche nach einem angemessenen Stellenwert

⁷¹⁸ Kil, W. (2000): Gründerparadiese: Vom Bauen in Zeiten des Übergangs, Berlin, S. 13

eines aktuellen Bauhauses. Dass niemand eine Patentlösung parat hatte, war offenkundig. Gerade dies gehört zu den wesentlichen Momenten des *Spiel-Raumes*, den das Bauhaus in Dessau objektiv besaß. Aus diesem Blickwinkel geht es darum, das „Industrielle Gartenreich“, und insbesondere „Ferropolis“, selbst „sprechen“ zu lassen, um diese dann im Zusammenhang der nicht-linearen Planung zu verorten. Dabei wird zunächst der gesellschaftliche Rahmen für die „gewonnene Planlosigkeit“ nach 1989/90 abgesteckt – der Geburtszeitraum des „Industriellen Gartenreiches“, ohne eine umfassende Analyse der politischen und ökonomischen Transformationen in Ostdeutschland vornehmen zu wollen, welche eine gesonderte Aufgabe wäre. Die Einbindung in den planungs- und systemtheoretischen Diskurs, wie er anfänglich eröffnet wurde, schließt sich an die „Erzählung“ zum „Industriellen Gartenreich“ an.

Das *Resümee* der vorgelegten planungshistorischen Betrachtungen zu der in den beiden zeitlichen Segmenten des 20. Jahrhunderts jeweils unterschiedlich angelegten und verstandenen Landesplanung erfolgt in zwei Richtungen:

1. zum Verständnis von Raumplanung im Sinne der Annäherung an eine Definition, aus der Sicht der beiden historischen Zugänge,
2. zur Typologie der Planung im (historischen) Laboratorium der „Dezentralisierung“, dem Paradigma der Landesplanung.

Damit erhalten die gewählten Zeitabschnitte und eingrenzenden Lokalisierungen einen Rahmen für mit dieser Arbeit anzuregende Diskussionen über eine Planungsgeschichte, die die Tätigkeit des Planens selbst stärker in den Mittelpunkt rückt.

Schließlich führen 20 Thesen zur planungsgeschichtlichen Bedeutung der mitteldeutschen Landesplanung der 1920er und zum „Industriellen Gartenreich“ der 1990er Jahre diese als Beispiele überörtlicher Planung auf dem Wege zu einer neuen Qualität des Planens zusammen, die hier mit „Nicht-Linearität“ gefasst wird.

1. Der gesellschaftliche Rahmen: „Gewonnene Planlosigkeit“⁷¹⁹

Einleitung

In der Tat, es war ein Zustand ohne Planung entstanden, jedenfalls eine Zeit lang herrschte Unsicherheit, keine festen Strukturen und geregelten Abläufe, ja eine Art zivilisiertes Chaos. Unmittelbar im Herbst 1989 begann diese Phase, die ungewiss und durchaus voller Risiken war. Sie endete etwa nach drei Jahren, also um den Jahreswechsel 1993/94 herum. Es waren produktive Jahre, aber auch Jahre schmerzlicher Verluste. Es war eine Zeit des radikalen Umbruchs, eine der wenigen in der deutschen Geschichte, die weitgehend friedlich ablief. Dabei war der Umbruch nicht weniger als ein politischer und ökonomischer Systemwechsel – in den Grenzen der beide politischen Systeme basierenden industriegesellschaftlichen Ausrichtung.⁷²⁰

Diese Phase des produktiven Chaos war wirklich ein Gewinn an Kreativität und Freiheit – auf der einen Seite. Auf der anderen war es eine Zeit der Verluste – an Arbeit, an Identitäten, an Vertrautheiten oder an Freundschaften. Dies hatte zunächst nichts mit Planung zu tun, gehört aber dazu, wenn über Planung gesprochen wird. Die Zeit zwischen dem Wendeherbst und der Etablierung aller bundesdeutschen Institutionen und Regelwerke hatte plötzlich einen Zustand der angespannten Entfesselung von Kräften eröffnet, der Möglichkeiten schuf, aber auch neue Grenzen erkennbar werden ließ. Es war zunächst eine Befreiung – in vielfacher Hinsicht, eben auch für die Planung. Des Korsetts einer Kommandoplanung entledigt, entstanden

⁷¹⁹ Kegler, H. (2010): Gewonnene Planlosigkeit, in: Altröck, U.; Hünig, S.; Kuder, T.; Nüssli, H. (Hrsg.): Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung, Berlin, S. 35-51

⁷²⁰ Als Exkurs zu einem etwa parallel verlaufenden internationalen Umbruch und entsprechender, bis heute währender (planerischer) Reaktionen darauf, die ganz anderer Art sind, ist ein Text vom Autor zu den Entwicklungen in Los Angeles nach den schweren Unruhen Anfang der 1990er Jahren in der metropolitanen Gesellschaft, die eine gleiche Einwohnerzahl hat wie die ehemalige DDR, angefügt.

neue Planungsansätze, die noch nicht als Blaupausen der westdeutschen ausgerichtet waren, wenngleich viele Anregungen von dort eingeflossen sind.⁷²¹

Nach dem Jahreswechsel 1989/90 wurden die Weichen allmählich auf die deutsche Einheit gestellt. Damit hieß es für die Planung, sich auf einen schnellen Anpassungsprozess einzustellen, der im Wesentlichen eine Übernahme bundesdeutscher Regularien bzw. die Formulierung von Übergangsregeln bedeutete. Es zeichnete sich ab, dass die gewonnene Planlosigkeit einem anderen Zustand weichen würde. Die Monate zwischen dem Ende des einen Zustandes und dem Eintreten eines neuen erzeugten viele jener Pläne, die dann in den folgenden Jahren, ja in manchen Fällen sogar bis heute, ihre Wirkung entfalteten. Es waren nicht unbedingt gezeichnete Pläne, sondern eher Strategien. Es gab sie auf vielen Ebenen, in Berlin und Bonn wurde an den Übergangsverordnungen für den DDR-Beitritt gearbeitet. In den Kommunen und Stadtteilen entstanden lokale Initiativen, die die gewonnene Freiheit für die Erhaltung von verfallenen Objekten nutzten, für neue Projekte alternativer Lebensstile, also für einen Ausstieg aus dem industriegesellschaftlichen Lebensmodell.⁷²² Es gab aber auch zahlreiche Projekte, die dem Umbau der Städte und Regionen gewidmet wurden, im Südraum von Leipzig oder in der Lausitz ebenso wie am Bauhaus in Dessau mit dem „Industriellen Gartenreich“, das später die Grundlage für eine „EXPO 2000“-Korrespondenzregion werden sollte – alles Vorhaben, die aus der gewonnenen Planlosigkeit erwachsen waren. Doch das war nur der eine Gewinn im Planungsdenken: die Loslösung von einer (Wirtschafts)Planung alter Provenienz. Es entstand 1990 zugleich auch die große „Planlosigkeit“, die als Gewinn gegenüber der untergegangenen Planwirtschaft gefeiert werden sollte.

⁷²¹Entwurf einer neuen DDR-Verfassung des Runden Tisches von 1990., http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html (15. 12.2010)

⁷²² Grober, U. (1998): Ausstieg in die Zukunft, Berlin, S.7-9 sowie S. 31-51

Ein Grundwiderspruch: „Überholen ohne Einzuholen“ oder Nachholende Modernisierung als Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Planwirtschaft

Der Wirtschaftsjournalist Günter Heismann zog vor zehn Jahren eine Bilanz der mehr oder minder gelungenen Transformation des Wirtschaftssystems im Osten Deutschlands, die er unter die Überschrift stellte: „Überholen ohne Einzuholen“. Er griff dabei auf ein Zitat von Walter Ulbricht zurück, das dieser in den 1960er Jahren als Marschroute für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR im Verhältnis zur BRD ausgegeben hatte. Sie war Illusion geblieben.⁷²³ Doch für eine Betrachtung des Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 schien dieser Slogan plötzlich wieder an Bedeutung und sogar an Realitätsgehalt zu gewinnen. Durch einen radikalen Umbau der Wirtschaft, eine flächendeckende Deindustrialisierung und einen selektiven Aufbau von modernen Industrieinseln gelang ein punktuelles „Überholen“ der alten Bundesländer tatsächlich. Mehr noch: Der Osten Deutschlands wurde – auf zahlreichen Gebieten – in die globale Welt katapultiert, wodurch er – auf diesen Gebieten – einen Vorsprung vor den alten Bundesländern gewann. Zugleich waren Zügelungsinstanzen einer ungehemmten Wirtschaftsentwicklung der alten BRD nach 1990 im Osten Deutschlands gar nicht vorhanden oder gar nicht erst entstanden, wozu starke Gewerkschaften, eine wirkungsvolle Bürgergesellschaft oder eben auch eine ausgereifte Planungskultur gezählt wurden.⁷²⁴

Insgesamt wurde am Beginn der 1990er Jahre in den der BRD beigetretenen Ländern Ostdeutschlands ein historisch einmaliges Experiment vollzogen. Binnen weniger Monate vollzog sich ein grundlegender Umbau der gesamten Gesellschaft. „Nach dem Fall der Mauer wurde der Partei- und Staatsapparat in den neuen Ländern weitgehend zerschlagen bzw. unter westdeutsche Kuratel gestellt. Gebietskörperschaften, Behörden, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und ähnliche Institutionen wurden weitgehend nach dem Muster der alten Bundesländer

⁷²³ Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin, S. 15

⁷²⁴ Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin, S. 245

reorganisiert. Nichtstaatliche Einrichtungen und Organisationen, sofern sie überhaupt vorhanden waren, gingen mit der Wende unter. Der soziopolitische Kahlschlag hat weitgehende, noch kaum erforschte Folgen – im Guten wie im Schlechten“.⁷²⁵

Dieser radikale Umbau von Oben basierte auf einem von der Öffentlichkeit weitgehend mitgetragenen Modell, dem Modell der „nachholenden Modernisierung“, also einer Angleichung aller Strukturen und Lebensstile an das westdeutsche „Erfolgsmodell“⁷²⁶. Die Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern des Jahres 1990 belegen dies. Es herrschte ein Konsens faktisch über alle politischen Gräben hinweg, dass die untergegangene DDR einen Nachholbedarf habe – und dass dieser in kurzer Zeit zu befriedigen sei. Zugleich wurde deren Territorium als ein gewaltiges Absatz- wie als Investitionsgebiet erkannt. Hierfür war eine schnelle Umstrukturierung erforderlich, was zuerst Privatisierung und dann Sanierung hieß.⁷²⁷ Um den gewaltigen Akt einer Umstellung von der „Planwirtschaft“ auf die „Marktwirtschaft“ zu vollziehen, wurde ein aus der Nachkriegsgeschichte Deutschlands bekanntes Instrument aktiviert:

„Die Treuhandanstalt – die größte Staatsholding der Welt“⁷²⁸

Mit dieser gigantischen Institution, die mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurde, um die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft zu vollziehen, entstand ein Steuerungsgremium, das die zentrale „Staatliche Plankommission der DDR“ weit in den Schatten stellte. Sie hatte quasi Zugriff auf alle Wirtschaftsbereiche und damit auch auf alle Lebenssphären der neuen Länder. Sie agierte wie ein „Landlord“. Die

⁷²⁵ Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin, S. 244

⁷²⁶ Geißler, R. (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen – eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Noll, H.-H.; Habich, R./Hrsg.: Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Frankfurt a. M., S. 37-60, insbes. S. 44

⁷²⁷ Stein, M. (1996): Wirtschaftsförderung als Planungsstrategie. In: Bauhaus Dessau/ Hrsg.: Industrielles Gartenreich. Berlin, S. 198-201

⁷²⁸ Frankfurter Rundschau vom 14. November 1990

Privatisierung wurde als Allzweckmittel zum wirtschaftlichen Neuaufbau und damit auch zur Gewährleistung von sozialem Wohlstand angesehen. Dabei stand es außer Zweifel, dass nur durch ein beschleunigtes Wachstum der Wirtschaft jener Wohlstand in den neuen Ländern erreicht werden könne, der in den alten durch das Wachstum in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ erzielt worden war. Damit war klar, dass alles, was sich dem Wachstum entgegen stellt, Wohlstand verhindern würde. Über diese Ziel-Mittel-Konstellation herrschte Konsens unter den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen (und wissenschaftlichen) Akteuren und Eliten. Damit wurde zugleich eines der größten Experimente der Nachkriegsgeschichte in Europa vollzogen – ohne wissenschaftliche Vorbereitung, basierend auf Annahmen, nach denen eine Totalprivatisierung der beste (ja einzige) Weg in die Zukunft sei. Die Erfahrungen aus Großbritannien unter Thatcher bildeten zumindest einen Hintergrund. Der Neoliberalismus fungierte als theoretisches Modell, konnte sich doch in den neuen Bundesländern unter solchen Voraussetzungen „die Wirtschaft frei entfalten (und) Unternehmen w(u)rden nicht durch alte Interessen behindert“⁷²⁹. Zum einen stimmt diese Feststellung ganz sicher. Andererseits öffnet sich hier ein Grundwiderspruch.

Die von einer aus dem Staat ausgelagerten Treuhand-Anstalt exekutierte Privatisierung einer gesamten Volkswirtschaft traf auf das zarte Pflänzchen einer sich gerade konstituierenden kommunalen Selbstverwaltung. Dort herrschte Planlosigkeit. Die Kommunen hatten kaum Erfahrungen mit den neuen rechtlichen Regeln und Planungsstrukturen. Sie waren vielfach dem von der Treuhand-Anstalt ausgeübten Privatisierungsdruck hilflos ausgeliefert, dem sie ihre eigenen Interessen oder gar das Gemeinwohl kaum entgegenzustellen vermochten. Die zentralstaatliche Kommandowirtschaft der DDR war ersetzt worden durch eine zwar demokratisch legitimierte „Top-Down-Institution“, die sich jedoch unmittelbarer demokratischer Kontrolle und Einflussnahme durch die Kommunen entzog. Aber nicht nur die Struktur zur Durchsetzung des Kapitalismus im Osten Deutschlands fällt auf.

⁷²⁹ Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin, S. 245

Vielmehr stellt sich die Frage nach dem planerischen Ziel, das vor dem Einsatz eines Steuerungsinstrumentes formuliert und entsprechend operationalisiert werden sollte. Das Ziel war also der Zweck, die Privatisierung, die dann von selbst die Zukunftsentwicklung, also die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West herstellen würde. Da das Erfolgsmodell Westdeutschland diesen Weg – so die implizite Annahme – erfolgreich beschritten hatte, sollte er auch im Osten beschritten werden. Planung sei nicht notwendig, da doch die Selbstverwirklichungskräfte des freien Marktes alles richten würden.

Mit der Bildung der Länder in der ehemaligen DDR zogen das Rechtssystem und damit – etwas zeitversetzt – auch die Planungsstrukturen in den neuen Bundesländern ein. Es wurden Strukturen aus den alten Bundesländern fast eins zu eins übertragen, die eigentlich nicht für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft, sondern für die Verwaltung eines bereits erreichten Zustandes ausgelegt waren und die in der alten BRD über 40 Jahre lang reifen konnten. Nun trafen diese „alten Institutionen“, an denen Traditionen hafteten, auf neue Entwicklungen, für die sie gar nicht geschaffen worden waren und die sie latent überforderten.

Es herrschte zeitweise ein Vakuum, das durch Improvisation, unbürokratisches Verhalten, ungewöhnliche Kooperationsbeziehungen überbrückt wurde. Hier entstanden vielfach kreative Lösungen, die bis heute erhalten sind und Maßstäbe setzen für die Lösung komplizierter Umbauprobleme. Es war ein Prozess des täglichen Betretens von Neuland unter den Bedingungen strikter „Top-Down-Lenkung“ durch die Treuhand und dem Finden von adäquaten Lösungen „vor Ort“. Ein Durchwursteln auf gesamtstaatlicher Ebene kennzeichnete diese strategisch so bedeutende Phase. Das neue Land im Osten Deutschlands hatte eine neue Planlosigkeit gewonnen, demokratisch errungen und staatlich vollzogen.

Erst ab Mitte der 1990er Jahre begannen sich die Planungsinstitutionen in vollem Umfang zu konsolidieren. Zu diesem Zeitpunkt waren die wesentlichen

wirtschaftspolitischen Weichenstellungen vollzogen. Nun griffen die Instrumente, die aus den alten Bundesländern übertragen worden waren. Doch die Übertragung der Instrumente aus der alten BRD erwies sich letztlich als eine Verlängerung der bestehenden Verhältnisse. Vielfach mussten Improvisationen vorgenommen werden, um das Instrumentarium auf die jeweilige Situation anzupassen. Oft erwies es sich aber auch schlicht als „Dinosaurier“. Denn, alle Institutionen der Planung, vom Land bis zum Dorf, waren in den ersten Jahren nach 1989 mit der dem Wachstum verpflichteten Auffassung angetreten, durch Planung für ein ungezügelttes Wachstum den Nachholbedarf der neuen Bundesländer nicht nur nicht zu behindern, sondern sogar erst zu ermöglichen. Dass sich diesen Umstand auch manche Glücksritter zu Nutze machten, sei als zwangsläufiger Nebeneffekt einer solchen Wachstumseuphorie erwähnt.

Dass es gegen die ausgeprägte Wachstumsorientierung kaum Widerstand gab, resultierte auch daher, dass die Grundeinstellung der „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ der DDR sich ebenfalls auf dem Wachstumsmodell gründete. Von einer Endlichkeit der Ressourcen oder von einer Umsteuerung der Energiepolitik in Richtung erneuerbarer Grundlagen war dort kaum die Rede. Da war die Debatte in der BRD, vor allem bei den Grünen, aber auch in anderen gesellschaftlichen Kreisen, wie z. B. Gewerkschaften, Sozialdemokraten oder im akademischen Bereich, bereits weiter. Doch diese Aspekte wurden bei der System-Übertragung nur marginal in die neuen Bundesländer transferiert – die geringen Wahlergebnisse der Grünen im Osten geben ein beredtes Zeugnis dessen. Die Kräfte, die die „friedliche Revolution“ in der DDR betrieben und ausgestaltet hatten, trugen auch viel von diesem Gedankengut mit sich, da es nicht nur um die Überwindung des Kommandosystems der DDR ging, sondern auch um das Finden einer alternativen Zukunft. Doch diese Dimension von neuem Gesellschaftsentwurf blieb als Reformansatz stecken und fand letztlich nur in wenigen Initiativen alternativer Lebensformen oder strategischer Projekte ihren Niederschlag. Allein die Übertragung der Gesetzgebung der BRD ließ schrittweise Grenzen und „Hindernisse“ einer zügellosen Wirtschaftsentfaltung entstehen: Denkmalschutz, Natur- und Emissionsschutz, Raumordnung u.ä.m. Letztlich erwies sich aber die Übertragung dieser „Bremsen“ und deren ungenügende Anpassung an

ein neoliberales Modell als hilfreich für die Gestaltung einer teilweise ausgewogeneren Entwicklung in den Regionen. Doch auch das war nicht planvoll geschehen, sondern hatte sich so ergeben, wenngleich dies als ein Gewinn gegenüber der Zeit der „Planwirtschaft“ angesehen werden muss. Demgegenüber konnten in den unmittelbaren Nachwendejahren – neben den ökosozialen Alternativprojekten auch einige Naturschutzgroßprojekte (wie z. B. das „Grüne Band“ auf dem ehemaligen Grenzstreifen oder die „Schorfheide“ nordöstlich von Berlin) und großräumige Sanierungen von altindustriellen und Bergbauflächen, so z. B. im Gebiet um Bitterfeld, durchgesetzt werden. In dieser Zeit zeichnete sich aber auch bereits die Gefahr der Aushöhlung des Planungsinstrumentariums der alten BRD ab, wie in einem Text von 1993 bereits dargestellt:

Es „eröffnet sich eine Diskrepanz zwischen den im Baugesetzbuch der Bundesrepublik formulierten Planungsaufgaben, welche die Daseinsvorsorge durch «geordnete städtebauliche Entwicklung», Wahrung des «Wohls der Allgemeinheit», «sozial gerechte Bodennutzung» oder «menschenwürdige Umwelt» beinhaltet.

Mit der 1992 und 1993 sich schrittweise vollziehenden realen Etablierung von Planungsinstitutionen und gesetzlichen Reglements in den Ländern und Gemeinden entstanden - im «Nachgang» - demokratische Möglichkeiten mindestens nachsorgender Regulierung. Zugleich gibt es Anzeichen einer Aushöhlung erreichter planungskultureller Standards der alten Bundesländer. Mit dem seit 1. Mai 1993 für die neuen Bundesländer gültigen «Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz» (sog. Beschleunigungsgesetz) wird nicht nur der Prozess einer Rechtsangleichung an das Niveau alter Bundesländer unterbrochen und zweierlei Recht in einem Staat reetabliert, sondern auch noch für einen Teil des Staates eine Art «Planungs-Ausnahme-Zustand» verhängt. So können beispielsweise für Investitionsvorhaben Naturschutzgesetze für fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden, oder es bedarf einer gerichtlichen Klageerlaubnis, wenn Personen oder Gruppen im Osten gegen geplante Vorhaben juristische Instanzen

anrufen wollen ...

Der 1992 veröffentlichte «Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen» für die Entwicklung in Deutschland findet im Gegensatz dazu als sinnvolles Instrument langfristig orientierter Umstellung räumlicher Entwicklungsprozesse nach Kriterien des Erhaltens, der ökologischen Wirksamkeit und einer Ausgleichspolitik nur wenig Zugang zu den Planungen im Osten....

Die hierin niedergelegten Reformansätze müssen im Osten ungehört verhallen, fehlt doch hier ausreichender planungskultureller «Nährboden», auf dem sie gedeihen können.»⁷³⁰

Gleichzeitig öffneten sich, wie im gleichen Beitrag festgestellt wurde, Freiräume und kreative Alternativen der „Planlosen“:

„In der virulenten Phase zwischen diesem Ende und dem Versuch, eine effizientere Art der Modernisierung einzuleiten (in der DDR war das die Zeit zwischen November 1989 und 1. Juli bzw. 3. Oktober 1990) entstanden zwei Optionen für eine sich neu bildende Planungskultur.

Einerseits verschafften sich mit dem Abbau angestauter Defizite an Demokratie und ökologischen wie sozial-kulturellen Orientierungen vielfältige Initiativen für Stadt- und Regionalerneuerung freie Bahn: Nicht nur, dass diese Themen Gegenstand der «Runden Tische» wurden, die zeitweilig auf allen Ebenen staatliche und kommunale Politik bestimmten, sondern es entfaltete sich ein breites Spektrum an spezifischen Institutionen (z. B. «Volksbaukonferenzen», zahllose Bürgerforen und Vereinigungen für Stadterneuerung, Denkmal- und Naturschutz, «Umweltbibliotheken» u. a. m., die sich behutsamer Erneuerung, Stadtreparatur, ökologischer Wiedergutmachung und demokratischer Planungsstrukturen widmeten. Es

⁷³⁰ Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur Ost: zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuches. In: DISP 115, S. 42-46, insbes. S. 43. Siehe auch: Textanhang.

deutete sich der Beginn einer «doppelten Modernisierung», einer umfassenden Reform an. D. h., es wurden demokratische und kulturpolitische Werte und Instrumente, die die modernen Gesellschaften am Ende des Jahrhunderts im «Westen» für die Gestaltung humanerer Verhältnisse hervorgebracht hatten, in atemberaubender Kurze kreiert. Dieses Nachholen demokratischer Planungskultur war mit dem Versuch verbunden, die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung nicht schlechthin als demokratisch legitimated Aufholen konsumtiver Defizite zu betreiben, sondern im Sinne von Ressourcenschonung, Wahrung sozial-kultureller Eigenheiten und umfassender Reparatur umzuorientieren.“⁷³¹

In einer Vielzahl von Städten und Gemeinden waren in den 1990er Jahren Initiativen entstanden, die lokalökonomische, soziale und ökologische Projekte starteten, die nicht dem Primat einer nachholenden Modernisierung folgten, sondern den Transformations- und Strukturwandelprozess in einer anderen Weise deuteten, als es der Mainstream tat. Letztlich war, so die Argumentation vieler dieser Initiativen, auch die nachholende Modernisierung nur eine Verlängerung des ressourcenverzehrenden Wachstumsmodells, wie es in allen frühindustrialisierten Ländern in Ost und West dominant gewesen war. Dabei reichten die kreativen Versuche z. B. von ökosozialen Wohnprojekten in der Altmark („Drei Linden“) über von Künstlern initiierte, revitalisierende Stadtteilprojekte in Leipzig-Plagwitz (Wandlung der „Baumwollspinnerei“ in ein Kunstzentrum) bis zu ungewöhnlichen Maßnahmen zur Stadtsanierung in Schlema, Sachsen, einer Stadt, die durch den Uranbergbau schwer geschädigt worden war und die zu einem Kurort transformiert wurde. Dazu ist auch die frühzeitige Erkenntnis des Bürgermeisters von Leinefelde, Thüringen, zu zählen, dass mit der Deindustrialisierung auch die Plattenbaubestände reduziert und umgebaut werden müssen – dieser Ort wurde zum Vorreiter des Stadtumbaus.

⁷³¹ Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur Ost: zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuches. In: DISP 115, S. 42-46, insbes. S. 43. Siehe auch: Text im Anhang V.

Ein Langzeitprojekt zum Umbau der altindustriellen Bergbauregionen im mitteldeutschen Raum, in welchem verschiedene kreative Sanierungsstrategien und Projekte auf den Weg gebracht wurden, hatte das Bauhaus Dessau unter dem Titel „Industrielles Gartenreich“ bereits in der Wendezeit entwickelt. Es wurde 1994 zu einem Beitrag der EXPO 2000: einer sog. „Korrespondenzregion“. In diesem Projekt kommt in konzentrierter Weise der Charakter einer über den einfachen Modernisierungsansatz hinausreichenden Umbaustrategie zum Ausdruck. Es war in der chaotischen Phase einer „Planungsfreiheit“ entstanden und konnte so ein kreatives Potenzial entfalten. Projekte wie „Ferropolis“ oder die autofreie Siedlung Piesteritz wären später kaum noch realisierbar gewesen.

„Termin: II. Internationales Walter-Gropius-Seminar vom 4. – 10. 11. 1989, Ort: Bauhaus Dessau, Thema: Zentren der Region – Innenstadterneuerung und Stadt(zentrums)entwicklung – Modellplanung für Dessau“⁷³². Mit dieser Kalendernotiz begann Harald Bodenschatz, Professor an der TU Berlin und Teilnehmer an jenem Planungsseminar, seinen Rückblick auf dieses Ereignis im November 1989. In diesen ganz unprätentiösen Zeilen war die Geburtsstunde des späteren Langzeitprojektes „Industrielles Gartenreichs“ der 1994 zur Stiftung gewandelten Institution Bauhaus Dessau vermerkt. Die Idee war geboren worden in der Woche, die mit der Maueröffnung endete: ein zufälliger, aber auch symbolträchtiger Beginn einer programmatischen Auseinandersetzung um die Zukunft des „ökologischen Katastrophengebietes“ rund um Dessau, Bitterfeld und Wittenberg, im nördlichen Teil des früheren mitteldeutschen Industriegebietes rund um Leipzig und Halle. Dass ein Jahrzehnt später aus dieser Idee ein Beitrag zur Weltausstellung EXPO 2000 als Korrespondenzstandort werden sollte, mit zahlreichen programmatischen Projekten, allen voran „Ferropolis – die Stadt aus Eisen“, war nicht im geringsten zu ahnen.⁷³³

⁷³² Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258. Siehe dazu auch: Anhang IV, Abb. 4

⁷³³ Kegler, H. (1998): Le paradis des jardins industriels. In: anthos 2, S. 10-15 sowie Kegler, H. (2005): Ferropolis – Die Stadt aus Eisen, Gräfenhainichen

Die Idee bestand darin, das historische Gartenreich Dessau-Wörlitz aus dem 18. Jahrhundert, das ein „Erbe von europäischer Bedeutung, aber auch einen reichen Schatz an Erfahrungen mit Reformprozessen“⁷³⁴ darstellt, zum Ausgangspunkt eines Umbaus der industriell überformten Region zu nehmen. Die Industrialisierung, allen voran der weiträumige Braunkohlebergbau als energetische Basis der Chemieindustrie, hat der Region ihren Stempel aufgedrückt. Denn, in „hartem Gegensatz zur Stadtlandschaft der Aufklärung entwickelte sich seit dem späten 19. Jahrhundert eine kapitalistische Industriegesellschaft, von der ungeheure positive wie negative Impulse ausgingen.“⁷³⁵ Ziel sollte es sein, die „Vermittlung der beiden widersprüchlichen historischen Potenziale in Richtung eines ‚sozialorientierten, industriellen Gartenreiches‘, also die Vermittlung von Industrieentwicklung und Sicherung der Landschaft, neue Einheit von Wohnen, Arbeiten und Kultur/Freizeit in ökologischer Perspektive bei gleichzeitigem Respekt vor der Geschichte“⁷³⁶ zu ermöglichen.

Diese bis heute aktuelle Grundaussage blieb der Kompass für die Entfaltung des Gesamtprojektes wie einzelner Vorhaben und war letztlich auch Maßstab für den EXPO-Beitrag. Damit war ein fundamentaler Strategiewechsel für die regionale Entwicklung umrissen, der durchaus im Gegensatz stand zu der offiziell für die neuen Bundesländer ab 1990 „verordneten“ nachholdenden Modernisierung. Vielmehr verfolgte das Bauhaus Dessau (und dann die EXPO) eine Art reflexiver Modernisierung für ein postindustrielles, aber nicht industriefreies, ökologisches Zeitalter, deren Kern die Auseinandersetzung um die kulturelle Identität war. Von Anfang an war damit ein diskursiver Konflikt vorgezeichnet. Vorwürfe einer Reindustrialisierung des Gartenreichs auf der einen Seite standen Angriffen auf die

⁷³⁴ Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258

⁷³⁵ Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258

⁷³⁶ Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258

vermeintliche Industrieerhinderung gegenüber. Das Bauhaus Dessau war so zu einem „Störfall“ geworden.

Gar nicht im Sinne einer nachholenden Modernisierung ausgerichtet, sondern schlicht als rettender Wiedergewinn zu verstehen ist eines der erfolgreichsten Vorhaben der ersten Phase nach der Wende: das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“. Es ist Bestandteil einer breit gefächerten Förderlandschaft, die den neuen Bundesländern zu Gute kam. Infrastrukturausbau und -neubau, Stadtsanierung oder soziale Anpassungsprogramme – die neuen Bundesländer erhielten enorme Förderungen. Diese entsprangen zwar auch dem Grundgedanken einer Nachholung, jedoch setzten sie in den neuen Ländern zugleich Maßstäbe für eine weiter reichende Erneuerung. Dafür steht vor allem der „Städtebauliche Denkmalschutz“. Zunächst ging es „nur“ darum, zu retten, was zu retten ist, d.h. den Verfall der historischen Zentren in der ehemaligen DDR zu stoppen und durch eine komplexe, nicht nur auf Einzelobjekte oder Ensembles, sondern auf ganze Innenstädte ausgerichtete denkmalgerechte Sanierung bzw. Erneuerung die baukulturelle Substanz der alten Städte langfristig zu erhalten. Damit wurde auch ein Stück europäischen Kulturguts erhalten. Das Programm hat sich bewährt und wird nun auf die alten Bundesländer übertragen. Als Kind der unmittelbaren Wendezeit stellt dieses Programm eine Innovation mit Langzeitwirkung dar.

Insgesamt könnte das erste Jahrzehnt nach der Wende planungstheoretisch als eine Zeit adaptiv-emergenten Suchens und Entwickelns von Strategien und Verfahren, von experimentellen Projekten und Kulturen gewertet werden. Dieses hatte sich „im Schatten“ der ökonomisch ausgerichteten Politik der Treuhandanstalt zur Implementierung der nachholenden Modernisierung gebildet.

Planung am Ende – der Stadtumbau und eine Folgebekämpfung der nachholenden Modernisierung

Um das Jahr 2000 herum breitete sich allmählich die Erkenntnis aus, dass eine neue, bis dahin von der Politik in den neuen Bundesländern weitgehend ignorierte Tatsache an Dominanz im Alltagsgeschehen in den Städten und Regionen gewann: der demografische Wandel. Der um sich greifende Leerstand in den Plattenbaugebieten an den Rändern der großen, aber auch kleinen Städte ließ sich nicht mehr leugnen. Bis dahin hatte Planung den Wachstumsimperativ zu exekutieren. Doch nun offenbarten die „toten Augen“ der Häuser, dass der Wirtschaftsumbau eben nicht nur die Industrie auf ein Minimum reduziert hatte, sondern, dass er auch an der Bevölkerung nicht spurlos vorüber ging. Ein dauerhaftes, flächendeckendes Neubeleben der Wirtschaft erfolgte nicht. Dieses Neubeleben blieb auf die lukrativen Standorte, die Inseln der Hochtechnologie oder der Infrastruktur beschränkt – vollkommen nachvollziehbar und planvoll.

Der damalige Bundesbauminister Bodewig berief die sogenannte Lehmann-Grube-Kommission ein, ein Expertenkreis, der den Leerstand in den Wohngebieten taxieren und Maßnahmen für dessen Bekämpfung empfehlen sollte. Die Ergebnisse waren für die Politik ernüchternd. Mehr als 20% der Wohnungen und der dazu gehörenden Infrastrukturen standen leer. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis wurde ein umfassendes Programm aufgelegt. Das Schrumpfen der Städte hatte begonnen – für Demografen stellte dies keine Überraschung dar, waren doch Abwanderung und Geburtenrückgang spätestens seit den 1990er Jahren in den neuen Bundesländern (z. T. schon vorher) zu einem unumkehrbaren Prozess geworden, auf den es zu reagieren galt.⁷³⁷ Für die Planungspolitik war es ein Fanal. Die nachholende Modernisierung selbst hatte offenbar meist keine blühenden Wirtschaftslandschaften, sondern wirklich „blühende Landschaften“ hinterlassen, so jedenfalls erschienen viele leer stehenden Gewerbegebiete. Das Berlin-Institut⁷³⁸ konstatierte am Ende des

⁷³⁷ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Raumordnungsbericht 2000, Berlin, S. 12-16 sowie Bauhaus Universität Weimar; Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr (2007): Stadtland Thüringen – Wege des Städtebaus. Weimar, S. 175-182

⁷³⁸ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Berlin, S. 10

zweiten Jahrzehnts, dass es keinen Sinn mehr machen würde, einige Regionen mit vielen solcher Gebiete in Ostdeutschland überhaupt noch zu fördern, da diese dauerhaft keine industrielle Perspektive mehr haben würden.

Die Bundesregierung stand in dieser Situation vor einer grundsätzlich neuen Herausforderung: Die unerwartete Lage in den leerer werdenden Städten und Gemeinden galt es nunmehr, anders als zehn Jahre zuvor, planvoll, wenn auch reaktiv anzugehen. Zunächst wurde der Begriff des „Stadtumbaus“ eingeführt.⁷³⁹ Damit erfolgte ein Rückgriff auf den 1983 im Zusammenhang mit der IBA Berlin bereits in die Diskussion gebrachten Begriff „ökologischer Stadtumbau“.⁷⁴⁰ Ohne die damals gemeinte Dimension mit dem Stadtumbau zu erfassen, konnte auf diese Weise dem Wort Schrumpfen ein positiver Klang verliehen werden. Erst in der Folgezeit offenbarte sich die Grundsätzlichkeit des Themas. Als wesentliche Schritte folgten dann 2001 und 2002 die Auflage eines umfassenden und in der internationalen Praxis einmaligen Programms „Stadtumbau Ost“ (Finanzvolumen 2,5 Mrd. €) sowie ein Bundeswettbewerb zur Vorbereitung des Mitteleinsatzes in den Kommunen. Dieser Wettbewerb gehörte zu den größten und umfassendsten in der Geschichte der Bundesrepublik. Er bezog 260 Kommunen ein und war für teilnehmende Planungsbüros bundesweit ausgeschrieben. Das Ziel bestand darin, den Stadtumbau-Prozess mit Konzepten vorzubereiten und auf eine längerfristige Basis zu stellen. Von den 260 eingereichten Planungen wählte die Jury 37 Konzepte aus, die ob ihres Innovationspotentials mit Blick auf die neuen Herausforderungen prämiert wurden. Einer der Kommunen, die mit einem 1. Preis ausgezeichnet worden waren, stellte die Jury folgendes Zeugnis aus:

⁷³⁹ Bodenschatz, H.; Kegler, H. (2005): Stadtumbau. In: ARL – Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg.: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1092-1096 sowie BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2002): Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau-Ost“. Berlin

⁷⁴⁰ Hahn, E. (1983): Ökologischer Stadtumbau: Idealistischer Zukunftstraum oder Notwendigkeit, in: Kennedy, M./Hrsg.: Öko-Stadt, Frankfurt/M., Bd. 2S. 129-136

Bsp. Gräfenhainichen:

Die kleine Stadt bei Bitterfeld zählte zu den zehn Kommunen, die mit einem 1. Preis ausgezeichnet wurden. Die Jury hob den strategischen Ansatz, „Stadt mit neuer Energie“, und das gewählte Beteiligungsverfahren, eine „Charrette“, sowie die unterbreiteten planerischen Ansätze auf den Ebenen des Quartiers, der Gesamtstadt und der Region besonders hervor. So konnte die ehemalige Bergbaustadt mit dem Konzept, die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung konsequent auf die Grundlage erneuerbarer Energien auszurichten, ebenso überzeugen wie durch die radikale Einbeziehung der Stadtöffentlichkeit in das Finden der Strategie. Diese Strategie wird seitdem schrittweise umgesetzt. Gegenwärtig ist die Stadt in ein aus diesem Stadtumbaukonzept abgeleitetes Bundesmodellprojekt „Energetische Stadterneuerung“ eingebunden, in welchem die Erfahrungen dieser Art Stadtumbau für andere Kommunen fruchtbar gemacht werden sollen.⁷⁴¹

Mit diesem Wettbewerb „Stadtumbau-Ost“ und dem darauf fußenden Förderprogramm war zunächst nur auf den Bevölkerungsrückgang reagiert worden. Erst allmählich wurde klar, dass es sich dabei um einen fundamentalen Vorgang handelt, um den Abschied vom Wachstum. Diesen thematisierte die ab 2002 in Sachsen-Anhalt veranstaltete IBA Stadtumbau. In ihrem Rahmen wurden in 19 Städten des Bundeslandes verschiedene Konzepte zum Rückbau, zur Aufwertung oder zur Umgestaltung von leergefallenen Bereichen in den Städten erprobt und punktuell bis 2010 umgesetzt. Hier ist ein Impuls für die weitere Debatte im Stadtumbau entstanden, der viele Erfahrungen bereit hält. Wesentlich ist aber, dass der Stadtumbau als Teil einer Abkehr vom Bevölkerungswachstumsmodell verstanden wurde, die dauerhaft sein wird und eine weltweite Dimension besitzt.

⁷⁴¹ BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2003): Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau-Ost“. Berlin, S. 8-10 S. 52-55

In vergleichbarer Weise legte das Land Brandenburg 2000 eine Internationale Bauausstellung auf, um den Umbau der vom Bergbau betroffenen Region im Süden des Landes qualitativ, d.h., die im Zuge der Stilllegung der Tagebaue erfolgende Sanierung durch anspruchsvolle Landschaftsgestaltung in Richtung einer neuen Identität für diese Bergbaufolgeregionen zu steuern. Hier wurden die Impulse des „Industriellen Gartenreiches“ aufgegriffen und mit den Sanierungsarbeiten an den stillgelegten Braunkohletagebauen, aber auch an Industriebrachen und Arbeitersiedlungen verbunden. Im Zentrum standen hier vor allem künstlerische und kulturelle Impulse, die der schrumpfenden Region eine neue Gestalt verleihen, Zukunftsperspektiven als touristische und lebenswerte Region vermitteln sollen. Auch hier ging es nicht um Wachstum, sondern um den qualitativen, ästhetisch anspruchsvollen, sozialorientierten und ökologischen Umbau.⁷⁴²

Die Regionen, in denen keine solchen Großprojekte stattfanden, waren nun, nach der kurzen Hoffnung einer schnellen nachholenden Modernisierung, wieder in den Zustand der Planlosigkeit gefallen, der in einigen Fällen Kreativität freisetzte.⁷⁴³ Ob dies zu einer neuen Lebensqualität in den Regionen, jenseits der hektischen Betriebsamkeit in den prosperierenden Inseln, führen wird, steht noch nicht endgültig fest. Doch es zeigen sich durchaus Tendenzen, aus der neuen Planlosigkeit Gewinn zu erzielen – wenn auch keinen materiellen, sondern vor allem einen kulturellen. So rief das bürgerschaftlicher Initiative entsprungene „Institut für Entwicklung des ländlichen Kulturraumes“ in Baruth (Brandenburg) eine „Raum-um-ordnung“ aus. Es handelt sich dabei um eine Raumordnung von unten, die sich der Gestaltung der Kulturlandschaft nach den Bedürfnissen der BewohnerInnen widmet – ganz im Sinne einer konsequent nachhaltigen Gestaltung.⁷⁴⁴ Es reifen aber auch gerade in den

⁷⁴² Kegler, H. (2008): Mehr als Marketing – Zwei Internationale Bauausstellungen im Osten zum Stadt- und Landschaftsumbau. In: Planerin 5/08, 15-17

⁷⁴³ Links, C.; Volke, K. (2009): Vorsprung beim Suchen nach Alternativen. In: Links, C.; Volke, K./Hrsg.: Zukunft erfinden – kreative Projekte in Ostdeutschland..Berlin, S. 11-15

⁷⁴⁴ Schröder, T. (2009): Raumumordnung. In: Links, C.; Volke, K.: Zukunft erfinden. Berlin, S. 130-136

abgehängten Regionen vielfältige Experimente zur Verknüpfung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit – z. B. in lokalökonomischen Initiativen zwischen Berlin und Schkölen. Dies hatte die konventionelle Planung bislang ebenfalls nicht im Visier.⁷⁴⁵

Ein Zwischenfazit:

In diesen Jahren wurden Weichen gestellt, die noch lange die Entwicklung bestimmten. Die Treuhandanstalt war im Grunde eine Art Vollendung der Planwirtschaft. Mit ihrer Hilfe sollte die ostdeutsche Wirtschaft für den internationalen Markt effektiviert und konkurrenzfähig gemacht werden – um den Preis der weitgehenden Deindustrialisierung. Ein wirklicher Gewinn bestand darin, dass sich durch die Stilllegung eines großen Teils der Industrieanlagen weite Gebiete ökologisch erholen konnten und die CO₂-Bilanz Deutschlands weltweit positiv ausgefallen ist.

Die Umkehr: Auch die alten Länder begannen sich auf den grundlegenden Abschied vom Wachstum einzustellen, allmählich und zunächst in den Städten und Regionen des Strukturwandels und der stagnierenden Prosperität, so in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder dem Saarland sowie in Teilen Bayerns. Sicher, hier gab es bereits vor der Wende viele bürgerschaftliche Initiativen und Vereine, die gerade in den Nachbarschaften wertvolle Arbeit leisten. Doch das Schrumpfen der Städte in großem Maßstab und dauerhaft, das ist weitgehend neu. Das Bundesprogramm „Stadtumbau-Ost“ ist seit 2007 folgerichtig auf die alten Bundesländer ausgedehnt worden („Stadtumbau West“).

In dem Jahrzehnt von 2000 bis 2010 mussten zum einen Versäumnisse der ersten Dekade der deutschen Einheit aufgefangen werden, und zugleich galt es, mit dem demografischen Wandel umgehen zu lernen. Es war das Jahrzehnt der einkehrenden Routine auf allen Ebenen der Planung und der erfolgreichen

⁷⁴⁵ Scurrall, B. (1999): Vielfalt der Arbeit. Neu-Ulm, S. 36-57

Umsetzung der eingeworbenen Fördermittel (auch auf allen Ebenen); es wurden gleich zwei Internationale Bauausstellungen aufgelegt und - inhaltlich wie organisatorisch - erfolgreich abgeschlossen (bei aller Kritik an ihren strategischen Wirkungen). Inzwischen begann auch der „Export“ von Planungserkenntnissen aus dem Osten in den Westen, insbes. den Stadtumbau betreffend. Doch bleibt auch hier ein gewisser Zweifel. Mit dem „Stadtumbau Ost“ wurde vor allem der Bestand an Plattenbauwohnungen reduziert, auch um einen effektiven Wohnungsmarkt zu generieren. Doch die Abrisse hielten mit dem Bevölkerungsschwund nicht Schritt. Trotz massiver Abrisse bleiben ca. 30% Leerstand erhalten. Was aus den betreffenden Beständen wird, ist weithin offen. Hier sind auch die oft ausgeblendeten und etwa im gleichen Prozentsatz vom Leerstand betroffenen Altbaubestände hinzuzurechnen, die städtebaulich und sozial bedeutsam für die Stadtentwicklung sind. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass in naher Zukunft neue Problemfälle hinzutreten: Leerstand in nicht mehr verkäuflichen Eigenheimen aus der Zeit des Wirtschaftswunders.

Damit kann für das zweite Jahrzehnt nach der Wende konstatiert werden, dass es viele Anzeichen dafür gibt, dass die nachholende Modernisierung einem grundlegenden Kurswechsel zu weichen scheint – noch nicht explizit, aber deutlich erkennbar. Die Politik und die Planung stellen sich allmählich auf diesen Paradigmenwechsel ein. Der anhaltende Bevölkerungsrückgang bestimmt zunehmend alle Planungsentscheidungen, ungeachtet aller Wachstumsrhetorik, die noch immer auf Bundesebene vorherrscht. Damit sind seit etwa 2000 auch die fundamentalen Planungsmodelle der Regionalentwicklung in die Kritik geraten. Das Zentrale-Orte-Konzept steht dabei an erster Stelle.

Damit ist ein Kern der seit mehr als einem Jahrzehnt laufenden, kontroversen Debatte um die Reform der Raumordnung bzw. der Landes- und Regionalplanung angesprochen. Dabei reicht das Spannungsfeld in der Diskussion vom Festhalten an den bisherigen Kernelementen der Raumplanung (wie dem Konzept der „Zentralen Orte“ - ZOK) bis hin zu grundlegenden Änderungen, denen eine fundamentale Kritik

am bestehenden Planungssystem zugrunde liegt. Diese Debatte ist noch nicht abgeschlossen und wird sicher noch an Dynamik gewinnen. Denn es geht der gegenwärtig praktizierten Raumplanung letztlich in weiten Teilen immer noch um eine wachstumssichernde Planung, wenngleich zunehmend die Fragen der negativen demografischen Entwicklung Einzug in die Planungen gehalten haben und „Nachhaltigkeit“ als übergreifendes Ziel anerkannt wurde.⁷⁴⁶ Mit der Dominanz der „Zentralen Orte“, der „Achsen“ und der Kategorien von Vorrang-, Vorbehalts- und Entwicklungsgebieten sind diese wachstumsorientierten, funktional-technischen Bezeichnungen in den Planwerken verbriefte. Das Zentrale-Orte-Konzept stellt, wie in der Debatte kritisch vermerkt wird, eine „Karikatur einer regionalen Wirtschaft“ dar, weil es kaum noch ausreichende Steuerungsmöglichkeiten offenbart, die den Tendenzen einer postfordistischen Gesellschaft genügen.⁷⁴⁷ Bei aller Wertschätzung der Regionalplanung bleibt – so die These aus dieser Perspektive – die heutige Stadt-Landschaft ein Ergebnis hochgradig verplanter und dennoch „kooperativer Planlosigkeit“⁷⁴⁸. Zunehmend erscheint die Planung getrieben von den Trends der demografischen Entwicklung. Das inzwischen etablierte und ausgereifte System der Raumordnungspläne auf allen Ebenen – es findet in den meisten neuen Ländern inzwischen die dritte Überarbeitung der Landesentwicklungspläne statt – lässt kaum eine Abkehr von dem sich auf dem Wachstumsmodell gründenden Zentrale-Orte-Konzept erkennen. Mit einer solchen Zuspitzung kann der Blick auf die Notwendigkeiten einer grundlegenden Zieldiskussion für die Entwicklung im postindustriellen Zeitalter – jenseits von Wachstum – geschärft werden.

Das „Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ stellte in der programmatischen Untersuchung „Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder“ fünf Gründe für eine schleppende Akzeptanz

⁷⁴⁶ z. B.: Landesentwicklungsplan Thüringen LEP 2004: S. 8-10, S. 14

⁷⁴⁷ Klüter, H. (2000): Regionale Kommunikation in Politik und Wirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung 9/10.2000, S. 599-610, insbes. S. 606

⁷⁴⁸ Klüter, H. (2000): Regionale Kommunikation in Politik und Wirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung 9/10.2000, S. 599-610, insbes. S. 607

und dementsprechend verzögerte Politik in diesem strategisch fundamentalen Bereich fest:

- „1. Kein radikales Modernisierungsdenken (...) Demografienpolitik ist häufig auf traditionelle Lösungen fixiert und setzt nicht radikal auf eine Zukunftswirtschaft [(...) Energieautarkie, regional-ökologischer Landbau, Mobilitätsmanagement, Revitalisierung von Gemeinschaften].
2. Zu viele Symptomkuren (...) Symptome mildern, wobei aber weiterhin grundlegende Weichenstellungen in die entgegengesetzte Richtung wirken – neben dem Wachstumszwang vor allem gesetzliche Überregelung und Beschneidung regionaler und kommunaler (Finanz-)Autonomie.
3. Kein Ansatz an Knotenpunkten (...) Maßnahmen disparat, ressortspezifisch, nicht untereinander abgestimmt, und nicht auf die Ursachen der Probleme ausgerichtet.
4. Der Mensch ist der entscheidende Hebel (...) dass es um die Menschen geht, und nicht um namenlose, anonyme Möblierung der öffentlichen Landschaft mit Gegenständen (Infrastruktur).
5. Manche Regionen sind nicht förderbar (...) diese Ausblendung der Wirklichkeit hat für die Atmosphäre solcher Räume schlimmere Folgen, als wenn die Administration die Wirklichkeit eingestehen würde.“⁷⁴⁹

Erst, so scheint es, wenn die öffentliche Meinung, allen voran die der Eliten, sich einem so grundlegenden Perspektivwechsel im Wachstumsdenken anschließt und diesen dann mit entsprechenden planerischen Ansätzen ausfüllt, besteht die Aussicht, dass die nächste Phase der Nachwendeplanung adäquat gestaltet werden kann. Eine Garantie gibt es nicht, aber die Chance öffnet sich zumindest. An erster Stelle wird hier ein „radikales Modernisierungsdenken“ gefordert, keine erneute „nachholende Modernisierung“. Der einzuholende Vorreiter ist offenbar abhanden gekommen. Das Modell Westdeutschland hat seine Zugkraft eingebüßt. Dort wird

⁷⁴⁹ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung – B I (2009): Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin, S. 8-10

offenbar an Wohlstandssicherung gearbeitet, nicht aber an Zukunftsfähigkeit. Darin liegt eben eine (längerfristige) Chance für Regionen in den neuen Bundesländern.

Ausblick⁷⁵⁰

Das zweite Jahrzehnt „gewonnener Planlosigkeit“ geht zu Ende. Das Modell des Wachstums ist in die harsche Kritik geraten, wenngleich die offizielle Politik an ihm festhält - was soll sie auch tun, wenn sie nicht eingestehen will, dass ein Kurswechsel überfällig ist? Die Vordenker unterschiedlicher Couleur sind sich einig: „Der eigentliche „Wohlstand (...) beginnt erst da, wo das Wachstum endet.“⁷⁵¹ Meinhard Miegel steht dem „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“ vor, einem Think Tank. Er gehört zu den gesellschaftspolitischen Vordenkern auf eher wertkonservativer Basis, mit expliziten Bezügen zur Perspektive der Stadt.⁷⁵² Hier eröffnen sich Ansatzpunkte für ein grundlegend neues Verständnis von städtischer Entwicklung nach dem Ende des Wachstums. Doch was besagt das für das kommende, das dritte Jahrzehnt nach der Wende?

Hier eröffnet eine Studie des Deutschen Instituts der Wirtschaftsforschung⁷⁵³ hilfreiche Einsichten: Zunächst scheint die in diesem Beitrag vorgenommene Periodisierung durch diese Studie aus wirtschaftspolitischer Sicht gestützt zu werden. Die Einkommensentwicklung kann hierfür als ein Indikator angesehen werden, zeigt diese doch als grundlegende Tendenz in der wirtschaftlichen Entwicklung eine zunehmende Polarisierung an. So war die Zeit von 1993 bis 1999 die einer relativen und die dann folgende Dekade die einer absoluten Polarisierung der Einkommensgruppen – sowohl insgesamt wie in einzelnen Regionen Deutschlands,

⁷⁵⁰ Der Ausblick ist aus der Perspektive von 2009 formuliert. Damit soll die Entwicklung in dem Jahrzehnt nach dem förmlichen Ende des Industriellen Gartenreiches/EXPO 2000 umrissen werden, um die „chaotischen“ 1990er Jahre in den Kontext der folgenden Dekade zu setzen.

⁷⁵¹ Miegel, M. (2010): EXIT Wohlstand ohne Wachstum. Berlin, S. 247

⁷⁵² vgl. www.denkwerkzukunft.de/lebensraumstadt (15.12.2010)

⁷⁵³ Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010, S. 3-8

wobei die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland tendenziell zunahm.⁷⁵⁴ Nicht nur, dass damit dauerhaft Armutsregionen vorgezeichnet werden, worauf sich die Planung einstellen muss, es verbirgt sich wohl dahinter eine gravierende politische Fehlorientierung.

Dazu muss der Kernbereich der nachholenden Modernisierung betrachtet werden: das Schaffen neuer, moderner Arbeitsplätze. Diese entstehen durch Investitionen im produktiven Sektor (sekundärer und tertiärer) und können an den getätigten Anlageninvestitionen pro Arbeitsplatz gemessen werden. Hier fällt die Bilanz ernüchternd aus: Von den zwischen 1991 und 2007 getätigten Ausrüstungsinvestitionen (insgesamt 3,2 Bill. €) wurden 13,8 % in den neuen Bundesländern getätigt – bei 16% Bevölkerungsanteil kann nicht von einer nachholenden Modernisierung im arbeitsplatzrelevanten Bereich gesprochen werden. Wenn diese Werte auf die Zahl der Erwerbspersonen umgerechnet werden, ergibt sich ein Verhältnis von alten zu neuen Ländern von 83.000 € zu 59.000 € – das bedeutet, dass die neuen Länder nur rund zwei Drittel des Vergleichswerts für die alten Länder erreichen.⁷⁵⁵ Damit sind nicht nur Disproportionen angesprochen, sondern dauerhaft festgeschriebene Disparitäten. Es ist kaum davon auszugehen, dass sich an diesen etwas ändern wird, schon gar nicht nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. So bleibt festzustellen, dass eine aufholende Entwicklung, wie sie mit dem Wirken der Treuhandanstalt in den 1990er Jahren suggeriert worden war, de facto nicht eingetreten ist – abgesehen von Inseln wie Jena, Dresden oder Leipzig.

Wenn wir nun konstatieren, dass ein Aufholen der neuen Länder strukturell gar nicht möglich ist, dann drängt sich die Frage auf, ob nicht aus diesem Umstand eine

⁷⁵⁴ Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010, S. 3-8, insbes. S. 7

⁷⁵⁵ Neues Deutschland (ND): Eine doppelte Spaltung, 19./20. Juni 2010, S. 8

Tugend gemacht werden sollte. Wenn also das alte Wachstumsmodell nicht (mehr) realisierbar ist – jedenfalls nicht für weite Teile der neuen Bundesländer (und tendenziell auch nicht mehr für die alten Bundesländer – dann kann doch die Frage nach einem Ziel jenseits des Wachstums gestellt werden:

„Eigentlicher, menschengemessener Wohlstand – das ist bewusst zu leben, die Sinne zu nutzen, Zeit für sich und andere zu haben, für Kinder (...) das ist Freude an der Natur, der Kunst, dem Schönen, dem Lernen, das sind menschengemessene Häuser und Städte, mit Straßen und Plätzen, die die Bewohner gerne aufsuchen, das ist ein intelligentes Verkehrssystem, das ist gelegentliche Stille, das ist sinnvoller Genuss, das ist die Fähigkeit des Menschen, mit sich etwas anfangen zu können“.⁷⁵⁶

Ist das naiv? Können sich das nur die Reichen in den prosperierenden Inseln leisten? Diese Werte sind unbestreitbar erstrebenswert, weil per se nachhaltig. Doch ist es kaum vorstellbar, wie sie auf dem derzeit die öffentliche Debatte dominierenden Weg realisiert werden können. Es bedarf nicht weniger als einer erneuten ‚Zerstörung‘.

„Der österreichische Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter formulierte Anfang dieses Jahrhunderts [des 20. Jahrhunderts, HK] die These von der ‚schöpferischen Zerstörung‘, die einer Innovation vorausgehe. Damit etwas Neues entstehen könne, müsse, überspitzt formuliert, das Alte absterben oder beseitigt werden“.⁷⁵⁷

Es hat sich in der fundamentalen Umwandlung von 1990 auch die Fähigkeit des Staates gezeigt, in einer komplizierten Situation, kurzfristig, radikal zu handeln. Die Richtung und die dabei vollzogenen Änderungen sind aus heutiger Sicht sehr differenziert und durchaus auch kritisch zu bewerten. Das soll nicht mehr im Zentrum stehen. Vielmehr zeigte dieser Vorgang, dass es potenziell Fähigkeiten zur

⁷⁵⁶ Miegel, M. (2010): EXIT Wohlstand ohne Wachstum. Berlin, S. 247

⁷⁵⁷ Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin, S. 243

Umsteuerung gibt, die, nunmehr im Sinne der o.g. Werte und zu einer langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge für die Allgemeinheit, genutzt werden könnten.

Auf der Grundlage einer Kombination von demokratischer Legitimation und zentralistischer Organisation vermochte die Gesellschaft damals in kurzer Zeit einen radikalen Umbau der Wirtschaft zu vollziehen – allerdings unter der Maßgabe, ein Staatsgebiet für die globale Marktwirtschaft aufzuschließen. Wäre nicht ein vergleichbares Modell – mit einer anderen Orientierung – für eine an den existenziellen Erfordernissen von Klimawandel, sozialer Gerechtigkeit und stadträumlicher Nachhaltigkeit gemessenen Umbaupolitik denkbar? Die Herausforderungen sind gewaltig, sie bedürfen adäquater Strukturen, angemessener Ziele und demokratischer Legitimation. Der Stadt- und Raumplanung würden dabei gänzlich neue Planungsfelder zuwachsen, die nicht mehr nur auf das Minimieren von Störungen und Sichern von Eigentumsrechten beschränkt blieben.

20 Jahre nach der deutschen Einheit hat der Staat erneut bewiesen, dass er im Schnellverfahren und in großem Stile handeln kann: die gigantischen „Rettungsschirme“ für Banken, die Verstaatlichung von „systemrelevanten“ Banken usw. beweisen dies eindrucksvoll. Doch für welchen Zweck wurden diese hart an der Grenze demokratischer Legitimität operierenden Handlungen vollzogen? Der Staat handelt offenbar immer nur, wenn es akut wird, dann aber sehr effizient – nie langfristig und vorsorgend, d. h. eigentlich planlos.⁷⁵⁸

Wenn die Übereinkunft der Parteien von 1990, nach der die Marktwirtschaft das einzig erstrebenswerte Ziel ist, einer Überprüfung bedarf - und dass eine solche Überprüfung ansteht, ist angesichts der kardinalen Folgen des durch das Wachstums-Paradigma massiv beförderten Klimawandels und angesichts der

⁷⁵⁸ Kegler, H. (2006): Planen ohne Plan. In: Selle, K.; Zalas, L./Hrsg.: Planung neu denken Bd. 2 – Praxis der Stadt- und Regionalplanung. Dortmund, S. 487-500, insbes. S. 487

Ohnmacht gegenüber dem demografischen Wandel offensichtlich - dann muss die operationale Ebene verlassen und muss über neue, angemessene gesellschaftliche Systeme nachgedacht werden. Dass dabei die Demokratie und eine starke öffentliche Steuerung eine zentrale Rolle spielen müssen, haben die letzten 20 Jahre bewiesen. Gefehlt haben letztlich „nur“ die grundsätzliche Orientierung demokratischer Entscheidungen für ein neues Paradigma (jenseits jenes quantitativen Wachstumsmodells) und deren darauf fußende ordnungspolitische Umsetzungen. Nicht das Wachstum, sondern die dauerhafte Tragfähigkeit ökologischer Systeme im globalen wie regionalen Maßstab wäre ein Maß für die Entwicklung. ... Dann kann von „gewonnener Planlosigkeit“ gesprochen werden; es wäre eine Gewinn, die alte Planung für das Wachstum umzubauen und aus dieser kreativen Zerstörung eine besonnene Planhaftigkeit zu gewinnen.

Exkurs zum Planungsalltag:

Die „offizielle“ Raumplanung in den 1990er Jahren in Mitteldeutschland

Nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt im Jahre 1994 endete die turbulente Phase der Neukonstituierung der neuen Bundesländer im ehem. Mitteldeutschen „Kernland“. Die nunmehr regierende SPD adaptierte für ihre Regionalpolitik das Modell der „Regionalisierten Strukturpolitik“ aus NRW.⁷⁵⁹ Damit sollte das im Ruhrgebiet rel. erfolgreich angewandte Programm einer integrierten Kombination von Wirtschaftsförderung und ausgewogener regionaler Standortpolitik für den Wandel der Montanregion in eine industriebasierte Dienstleistungsregion in dem ebenfalls vom massiven Strukturbruch gekennzeichnete Land zwischen Harz und Elbe, Saale und Altmark übertragen werden. Dem kam entgegen, dass die CDU-Vorgängerregierung ebenfalls etwas Besonderes eingeführt hatte, was – außer in Sachsen – sonst kein anderes neues Bundesland einrichtete: Regierungsbezirke.

⁷⁵⁹ Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nüssli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 167-211, insbes. S. 184-187 zur „regionalisierten Strukturpolitik“ in Sachsen-Anhalt; nur in diesem neuen Bundesland wurde diese Strategie eingeführt.

Damit war die staatliche Struktur der in NRW vergleichbar und die Problemlage, zumindest im Süden des Landes, dem Raum Halle-Dessau, durchaus der im Ruhrgebiet ähnlich.

Diese Regierungsbezirke hatten jedoch in den ersten Jahren vollauf damit zu tun, ihre Strukturen aufzubauen, die enorme Flut an Verwaltungsdirektiven umzusetzen, funktionierende Abläufe zu organisieren usw. Zudem waren die ersten Jahre jene, in denen die meisten strukturbestimmenden Entscheidungen auf der räumlichen Ebene fielen. Die noch rel. geringe Regelungsdichte und die noch schwachen exekutiven Kräfte eröffneten auch hier *Spiel-Räume*. In dieser Zeit entstanden die suburbanen Areale, die meisten Gewerbegebiete und anderen großen Infrastrukturen am Rande der Städte, bei gleichzeitigem, massivem Abbau der vorhandenen gewerblichen und industriellen Strukturen. Dieser Rasanz waren die jungen Strukturen der staatlichen und kommunalen Verwaltung nicht gewachsen. Die „Oszillation“ einer Nutzung dieser *Spiel-Räume* reichte vom „Industriellen Gartenreich“ bis zur Schaffung exorbitanter Gewerbegebiete, die z. T. bis heute noch leer stehen.⁷⁶⁰

Mit der „Regionalisierten Strukturpolitik“ sollte nun eine auf einem starken Staat basierende Regionalentwicklung, zudem unter Nachhaltigkeitsprämissen, durchgesetzt werden. Mit dem „Leitfaden zur Erarbeitung der Regionalen Entwicklungskonzepte (REK) in Sachsen-Anhalt“ vom 27. Februar 1995, der als „Gemeinsamer Entwurf der Ministerien für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung sowie Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt“⁷⁶¹ firmierte, leitete die Landesregierung den Aufbau von Planungsstrukturen ein, die ausdrücklich das

⁷⁶⁰ Karsten, M.; Usbeck, H. (2001): Gewerbesuburbanisierung – Tertiärisierung der suburbanen Standorte, in: Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg.: Suburbanisierung in Deutschland, Opladen, S. 71-80. Grundsätzlich trifft diese Tendenz auch andere Regionen, in Ostdeutschland trat dieser Gewerbesuburbanisierungsprozess zeitlich und räumlich wesentlich konzentrierter auf. Diese lösten Wanderungen an den Stadtrand und damit verbunden auch eine Randwanderung des Wohnens aus.

⁷⁶¹ Dokument Archiv Kegler. Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates für das Regionalforum im Regierungsbezirk Dessau wurden dem Autor alle die Regionalentwicklung betreffenden Materialien zugestellt.

Grenzfeld von Wirtschafts- und Raumpolitik betreten sollten. Die Regionalen Entwicklungskonzepte waren ein noch relativ junges informelles Steuerungsinstrument, das hier zur Anwendung kommen sollte. Zwar war Thüringen in dieser Hinsicht ein Vorreiter und Sachsen hatte begonnen, staatliche Planungsverbände aufzubauen, doch eine Verknüpfung von wirtschaftlicher und räumlicher Politik, wie sie in Sachsen-Anhalt vorgesehen war, stand in der Konsequenz bei den beiden anderen ehemaligen mitteldeutschen Gebieten nicht auf der Tagesordnung.⁷⁶² Dort dominierten die klassischen Raum(ordnungs)politiken, wobei die Übernahme der innovativen REK-Ansätze aus Bayern wichtige Impulse in Thüringen und Sachsen setzten.

Sachsen-Anhalt wählte also einen Mittelweg, der durchaus als ein kreativer angesehen werden kann. Zumal für den Regierungsbezirk Dessau dieser Prozess durch die Erarbeitung des Beitrages zur EXPO 2000 als Korrespondenzregion, die den Umbau des altindustriellen Gebietes demonstrieren und in der „Regionalisierte Strukturpolitik“ ein besonderes Gesicht bekommen sollte. Die relativ großräumig angelegten REK waren auf sieben Regionen im Land ausgerichtet und sollten schrittweise erarbeitet werden, was dann auch ab etwa 1995 erfolgte.⁷⁶³ Dazu war es zudem vorgesehen, sogenannte „Regionalbüros“ einzurichten, die den „bottom-up“-Prozess in den Regionen koordinieren mögen. Daraus gingen dann später die Regionalmanagements hervor, die die Umsetzung der Maßnahmelisten aus den REK befördern sollten. Auch dies ist schrittweise, aber differenziert umgesetzt worden. Die raumordnerischen Vorgaben des Staates leisteten das zuständige Ministerium und die Regierungspräsidien. Hier wurden vor allem sog. Teilgebietsentwicklungsplänen gearbeitet, um z. B. bei den sich stark wandelnden Bergbaufolgeregionen schneller

⁷⁶² Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nüssli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 167-211, insbes. S. 188-189 und 206.

⁷⁶³ Fürst, D. (2001): Regionale Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt, in: et-Magazin der Regionen 3/2001, S. 24. „Strukturpolitik als suchender Lernprozess“, so fasst Fürst den in Sachsen-Anhalt gewählten Weg der Regionalisierung. In diesem Umfeld wurde das „Industrielle Gartenreich“ in den EXPO-Prozess überführt, was als besonderer Ausdruck des Suchvorgangs bezeichnet werden kann.

und direkter planerische Rahmensetzungen vornehmen zu können. Dennoch liefen die Planer meist mit dem Plan der Entwicklung hinter her. Diese Instrumente haben sich offenbar als nicht reaktionsfähig genug erwiesen, um derartigen Umbruchsituationen gewachsen zu sein. Insofern war es grundsätzlich richtig, auf das flexible, informelle und „von-unten“ kommende, d. h. Beteiligungsinstrument des REK zu setzen. Obwohl die räumlichen Zuschnitte angemessen erscheinen, nicht so kleinteilig wie in Thüringen oder so formal wie in Sachsen, fehlte allen REK-Prozessen die inhaltliche Vision. Dies war nur im Falle des „Industriellen Gartenreiches“ gelungen. Es genügte aber nicht, einen Koordinator für die Regionalisierung zu haben, es brauchte den Inspirator. Das war ein Hauptkritikpunkt, den der „Wissenschaftliche Beirat“ des Regionalforums in seiner abschließenden Einschätzung vom September 2001 formuliert hatte: Es sollten Strukturen geschaffen werden, die „Vor- und Nachdenker“ für die Region mobilisieren und institutionell binden, um den Leitbildprozess übergreifend forcieren zu können.⁷⁶⁴ Diese kritische Aufforderung war vor dem Hintergrund des Endes der EXPO 2000 und der Neuprofilierung des Bauhauses in Dessau, das sich dem Thema „Stadt“ zuwandte und das sich nicht mehr der „Region“ als einem international relevanten Handlungsrahmen verpflichtet sah.⁷⁶⁵

Es war also in den 1990er Jahren eine nahezu ideale Konstellation entstanden, die sich im *Spiel-Raum* ergeben hatte, aber durchaus angestrebt gewesen war: In der virulenten Phase der Wende hatte das Bauhaus Dessau vor allem (nicht nur) mit dem strategisch angelegten Projekt „Industrielles Gartenreich“ sowohl einen konzeptionellen Rahmen wie auch einen Set an Einzelprojekten geschaffen, die diesen inhaltlich als „Akupunktur-Stücke“ in der Region manifestierten, und die mit regionalen wie internationalen Akteuren auf den Weg gebracht wurden. Gleichzeitig

⁷⁶⁴ Abschlussbericht des Wissenschaftlichen Beirates auf der Regionalen Entwicklungskonferenz, Dessau, 20.09.2001. Vorsitzender des Wiss. Beirates: Prof. Schenkel, Umweltbundesamt Dessau/Berlin. Archiv Kegler

⁷⁶⁵ Stimpel, R. (2009): „Nicht komplett verbauhäuseln“, Interview Philip Oswald und Harald Kegler, in: Deutsches Architektenblatt 08/09, S. 10-15, insbes. S. 12

war ein enger Kooperationsverbund mit der IBA Emscher Park aufgebaut worden. In methodischer wie in strategischer Hinsicht entstanden Gemeinsamkeiten und Erfahrungsaustausch. Dies war die entscheidende Grundlage dafür, dass nach 1995, als der Aufbau operationaler Strukturen zur Entfaltung der „EXPO-Korrespondenzregion“ eingeleitet werden konnte, nicht bei „Null“ gestartet werden musste, sondern Grundlagen geschaffen waren. Das „Industrielle Gartenreich“ war insofern passfähig sowohl für die „Regionalisierte Strukturpolitik“ als auch für den von der IBA verfolgten Ansatz der „Innovativen Milieus“ bzw. des „enabling state“, des aktivierenden Staates.⁷⁶⁶ Damit wurden Räume eröffnet und Möglichkeiten angeboten, deren Nutzung in den Regionen unterschiedlich erfolgte. Es ließ sich hingegen eher nicht mit der stringenten Strategie der Wachstumskerne kombinieren, wie sie z. B. Sachsen favorisierte und für den Metropolraum Leipzig Dominanz erlangte.⁷⁶⁷ Vielmehr war mit dem „Industriellen Gartenreich“ ein zu den gängigen Raum-Wirtschaftsstrategien „quer liegendes“ Regionalisierungsmodell auf den Weg gebracht worden, das eine smarte Strategie verfolgte, eine neue Identität der postfordistischen Raum-Kultur über neuartige „Poetische Orte“ zu kreieren: Es ist ein Typ „unternehmender Region“, die nicht das „geplante Ergebnis“ in Arbeitsplatzzahlen sucht, sondern im Finden einer neuen Bedeutung durch Aktivität von in Netzwerken agierenden Menschen.⁷⁶⁸ „Ferropolis ... (d)ieser Ort – im Rahmen

⁷⁶⁶ Fürst, D. (2001): Regionale Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt, in: et-Magazin der Regionen 3/2001, S. 24-25. Hier wird auf die langfristige Wirkung der Strategie „Regionalisierten Strukturpolitik“ verwiesen, die in Sachsen-Anhalt durchaus wirkungsvolle Anstöße gegeben hat. Mehr kann in rel. kurzer Laufzeit nicht erwartet werden. Gerade diese Anstöße geben und den „richtigen“ Hebel für den Strukturwandel bedienen kann, nach dem Urteil des Autors, für Sachsen-Anhalt in dieser Zeit durchaus mit positivem Vorzeichen versehen werden.

⁷⁶⁷ Herfert, G.; Röhl, D. (2001): Leipzig – Region zwischen Boom und Leerstand, in: Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg.: Suburbanisierung in Deutschland, Opladen, S. 151-162, insbes. 158-159.

⁷⁶⁸ Ipsen, D. (2000): Poetische Orte und regionale Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung, 9/2000, S. 567-574; insbes. S. 573

des Projektes ‚Industrielles Gartenreich‘ erdacht und von der EXPO realisiert – könnte in der Lage sein, diese Region neu und aufs Neue zu integrieren.“⁷⁶⁹

Das Land hatte also eine (in Ansätzen auch realisierte) Kombination aus drei planungsstrukturellen Elementen vorgenommen – wenn gleich dies nicht langfristig vorsätzlich passiert ist, sondern innovativ-adaptiv, was kein Makel ist: eine übergreifende staatliche, linear angelegte Planung der grundsätzlichen strukturbestimmenden Entwicklungen – im Einklang von wirtschaftlichen und räumlichen Komponenten; eine nicht-lineare (informelle) Planung auf regionaler Ebene in Gestalt von REKn sowie ein Experimentalgebiet für die Erprobung neuer Wege beim Strukturwandel unter Einbeziehung kreativer Impulsgeber (hier: das „Industrielle Gartenreich“ mit dem Bauhaus Dessau) und der Gründung von temporären Entwicklungsagenturen (hier: EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH) zur Realisierung von Experimenten; eingebunden in einen regionalen Kommunikationsprozess (Regionalforum mit wissenschaftlichem Beirat). Inhaltlich verfolgte das Land und die beteiligten Institutionen ein Ziel, das sehr treffend als „weicher Weg der Dezentralisierung“ bezeichnet worden ist.⁷⁷⁰ Dies untersetzend, wirkte die erfolgreiche Beteiligung der EXPO-Region „Industrielles Gartenreich“ an dem Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“, der explizit auf die Ausprägung kreativer Milieus und der Entfaltung spezifischer Wege zur nachhaltigen Regionalentwicklung setzte.⁷⁷¹ Dies war sicher einer der kreativsten Regionalisierungs- und Dezentralisierungsvorgänge in den neuen Bundesländern.

⁷⁶⁹ Ipsen, D. (2000): Poetische Orte und regionale Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung, 9/2000, S. 567-574; insbes. S. 572

⁷⁷⁰ Müller, B. (2002): Regionale Entwicklung durch Entwicklungsplanung und Strukturpolitik, zitiert nach: Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 185

⁷⁷¹ Adam, B. (2001): Spuren eines Wettbewerbs, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft, Nr. 3/2001, S. 1-4, insbes. S. 1

Brandenburg hatte einen vergleichsweise ambitionierten Ansatz, der Furore machte: „Dezentrale Konzentration“ von 1993. Die Herausbildung eines Kranzes von Subzentren um die Metropole Berlin sollte das Wachstum Berlins in die Tiefe des Brandenburger Raumes kanalisieren.⁷⁷² Dieses Konzept blieb im Wesentlichen Planung. Es können interessante Parallelen zu den Planungsvorstellungen der Landesplanung von 1932 gezogen werden. Die Absicht, das Wachstum dezentral abzuleiten und dabei ressourcensparend zu verfahren, erlebte – in neuer Weise – eine Renaissance. Doch als das Wachstum verebbte – es hatte sich bereits zwischen 1990 und 1992 in das Berliner Umland ergossen – musste das Konzept scheitern. Dennoch war es als Idee faszinierend und fand auch entsprechende politische Unterstützung. Es muss als die am entschiedensten vorgetragene Dezentralisierungs-Neuinterpretation angesehen werden. Die gemeinsame Landesplanung von Berlin und Brandenburg hat zwar nach 2000 eine Konzeptmodifikation vorgenommen, doch ist die Dezentralisierung nicht abgesetzt. Vielmehr erlebt sie im Zuge der Diskussion um den Klimawandel eine Neuauflage, wie dies auch in Sachsen anzutreffen ist – trotz demografischen Schrumpfungsbedingungen.⁷⁷³

Um 2000 kann von einem Höhepunkt der Regionalisierungsdiskussion in Deutschland gesprochen werden. Sie hatte vor allem in den neuen Bundesländern zahlreiche neue Formen der informellen Planung hervorgebracht, aber auch in den alten Ländern gab es einen deutlichen Schub in der regionalen Entwicklungsplanung. Nach 2000 fiel sie – zumindest in Mitteldeutschland – auf „Normalniveau“. Die Regionalplanung beendete das Experimentieren und betrieb vornehmlich Gesetzesvollzug. Erst in jüngerer Zeit gewinnt die Regionalplanung im Zusammenhang mit der Demografie-, Energie- und Klimafrage einen neuen

⁷⁷² Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nussli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S.174-184

⁷⁷³ Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nussli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 204-206

Kreativitätszuwachs.⁷⁷⁴ Der Erfahrungsvorsprung aus den 1990er Jahren, der insbesondere in der EXPO-Region existiert, gehört inzwischen zum historischen Pfund Mitteldeutschlands, mit dem die Region – und darüber hinaus – wuchern, besser, von dem sie neue Innovationskraft beziehen könnte.

Mit der neuen Landesregierung von 2002 begann in Sachsen-Anhalt ein neuer Abschnitt der regionalen Entwicklungspolitik. Dieser wurde mit einem Paukenschlag eröffnet: Der Ministerpräsident verkündete in seiner Regierungserklärung eine Initiative zur Gründung eines Landes „Mitteldeutschland“, die er zusammen mit Sachsen und Thüringen auf den Weg bringen wollte. Eine alte Debatte wurde aufgewärmt – unter Bezugnahme auf die Verbände der 1920er Jahre, die sich auf den „mitteldeutschen Wirtschaftsraum“ orientiert hatten.⁷⁷⁵ Bereits seit Anfang der 1990er Jahre lebten solche Überlegungen immer wieder auf. Nach 2000 verdichteten sie sich wieder. Stets war eine Bezugnahme auf die Ideen und konkreten Ansätze aus den 1920er Jahren Pate solcher Debatten, wie sie z. B. an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig geführt worden waren.⁷⁷⁶ Die Argumentation leitete sich aus einer Mischung von regionaler Kulturgeschichte und europäischer Wirtschaftsperspektive her und mündete in einer Regionalmarketing-Initiative, ohne dass die Idee der Länderfusion umgesetzt wurde.⁷⁷⁷ So zeichnete sich für Sachsen-Anhalt insgesamt letztlich nach dem Ende der EXPO 2000 und dann nach dem Regierungswechsel von 2002 eine Ernüchterung ab. Zunächst bildeten sich ab 2001 „Regionale Planungsgemeinschaften“, die sich auf fünf Regionen im Land verteilten und damit die förmliche Regionalplanung nunmehr in

⁷⁷⁴ Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nussli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 206

⁷⁷⁵ Regierungserklärung von Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer am 20. Juni 2002 (Pressemitteilung der Staatskanzlei), S. 14

⁷⁷⁶ Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, 5/01, 2001: „Aus drei Ländern könnte eins werden“ sowie: www.mitteldeutschland.com

⁷⁷⁷ Amtsblatt Stadt Dessau 28. Juni 2003, S. 23: „Gemeinsam für Mitteldeutschland – Eine Wirtschaftsinitiative geht neue Wege der Standortwerbung“

kommunale Hand überführte. Es kam zum Aufbau solider Planungsinstitutionen, die nunmehr den üblichen Standards entsprachen. Es wurde – im besten Sinne des Wortes – verwaltet. Zugleich wurden die Regierungspräsidien abgeschafft und ein Landesverwaltungsamt gebildet. Die Linearität der Planung bekam Aufwind, ohne dass die informelle REK-Planung verschwand. Sie verlagerte sich zunehmend auf die Strukturen der ländlichen Entwicklung (z. B. „Leader-Prozess“), die zu tragenden Größen für die regionale Entwicklung avancierten.⁷⁷⁸ Demgegenüber verlagerte sich die Landespolitik auf den Stadtumbau, dem demografischen Wandel folgend.

⁷⁷⁸ <http://www.leadernetzwerk-sachsen-anhalt.de/> Eine nahezu flächendeckende Kooperationsstruktur ist in den letzten 10 Jahren aufgebaut worden, die alle außerhalb der größeren Städte befindlichen Gebiete umfasst.

2. Karriere eines Begriffes⁷⁷⁹: Industrielles Gartenreich

Ein Ansatz nicht-linearer, kulturhistorisch basierter Planung

1999: Das Industrielle Gartenreich ist als Begriff wie als Konzeption etabliert. In den Konturen einer gebauten Vision ist es – zehn Jahre nach dem Entstehen der Idee – zugleich real sichtbar. Aus dem Begriff Industrielles Gartenreich von 1989 wurde ein Konzept, das den historischen Zusammenhang, die zweihundertjährige Entwicklung der modernen Gesellschaft und die programmatischen Herausforderungen für die zukünftige Umweltgestaltung miteinander verbindet.

Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich: Sichtbare Aufklärung

Die Bezeichnung des Fürstentums Anhalt (seit 1807 Herzogtum Anhalt) als "Gartenreich" geht auf zeitgenössische Beschreibungen der Chronisten Carl August Boettiger und August von Rode zurück. Sie lobten die landschaftskultivierenden Leistungen um das Fürstentum Anhalt: das ganze Land sei ein Garten.⁷⁸⁰ Das historische Gartenreich entstand zwischen 1765 und 1817, also in einem Zeitraum von ca. 50 Jahren. Die Endphase dieses Prozesses ist zugleich Auftakt der sich ankündigenden industriell-kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft.

Das Dessau Wörlitzer Gartenreich ist die erste große Landesverschönerung auf dem europäischen Festland, die nach dem Muster der in England gesehenen

⁷⁷⁹ Die Beiträge der Kapitel 2., 4., 5. und 6. entstammen aus: Kegler, H. (1999): Industrielles Gartenreich; in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 8 – 31, Kegler, H. (1999): Industrie; in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 88 – 119 und Kegler, H. (1999): Bilanz und Zukunft; in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 230 – 233

⁷⁸⁰ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 158

'Ornamented Farm' die Kultivierung eines ganzen Landes zum Ziel hatte. Den historischen Hintergrund bildet das in Kleinstaaterei und wirtschaftliche Rückständigkeit zersplitterte Deutschland, das sich durch die Kämpfe des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) in einer tiefen Krise befand. Während in England bereits seit der Revolution von 1640 bürgerlichen Kräften dem Feudaladel die Macht entzogen hatte, beharrten in den deutschen Ländern die restaurativen Kräfte des Feudalabsolutismus in ihren Machtpositionen.

Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817) hatte anderer Pläne. Sofort nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges begann er – geleitet von den humanistischen Idealen der Aufklärungsphilosophie – ein weitgefächertes Reformprogramm, das vor allem auf eine Erneuerung der ökonomischen Verhältnisse zielte und von kulturellen und pädagogischen Reformen begleitet wurde. Erhard Hirsch bezeichnete das Gartenreich als „Kulmination der Dessauer Aufklärung“: „Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis erreichte seinen ersten Höhepunkt im Philanthropismus, der zusammen mit der Wiedererweckung des Sports als schulische Angelegenheit von Dessau in alle Welt ausging. Er kulminiert erneut in der Schaffung des 'Gartenreichs', wie die Zeitgenossen das Land Anhalt-Dessau apostrophieren. Dadurch wurde nicht nur die bewunderte 'schöne, durch Kunst verherrlichte Gegend in einem wohladministrativen und zugleich äußerlich geschmückten Lande' (Goethe) geschaffen, sondern – es wird sich noch vielfach wiederholen: Diese Landeskultur diente unter einem humanen Regiment zugleich auch wieder der Pädagogik, einer Volksbildung im weitesten Sinne. Mit ihrer Neigung zu Symbolik und Allegorisierung ist die Gartenkunst des Barocks und, in gesteigertem Maße, die des Rokoko schon vielfach lehrhaft. Aber nicht daran knüpft die Dessauer Landschaftsgestaltung an. Nach ihrem Wahlspruch 'das Nützliche mit dem Schönen verbinden' kam sie den utilitaristischen Zielstellungen der Aufklärungsphilosophie nahe. ...Auf diese Weise ließ Dessau die bürgerliche Kultur erstmalig und überzeugend Gestalt werden und propagiert so aufgeklärtes Denken im eigenen Lande wie unter den zahlreichen empfänglichen Besuchern, die es von hier durch ganz Europa verbreiteten. Und diese Besucher können sich in ihren enthusiastischen Äußerungen nicht genug tun. Hatten doch hier ihre Illusionen von

einem möglichen Reich der Vernunft deutlich spürbare Erfüllung gefunden. Franz Volkmar Reinhardt sprach vom 'Schauplatz für vernünftige Menschen'. ... Nur so, in dieser Gesamtsicht, ist die in unseren Augen allzu enthusiastische Begeisterung der Zeitgenossen für das Dessauer Gartenreich überhaupt zu begreifen. "⁷⁸¹

Die Reformversuche des absolutistischen Regenten Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt - Dessau (1740-1817) trugen Früchte im Sinne der Aufklärung -ein Wetterleuchten inmitten einer ansonsten dumpfen Feudalgesellschaft in deutschen Landen. Die Leidenschaft für England, für die bürgerliche Kultur, die Gartenkunst, aber auch für Ökonomie und Technik hatte das ambitionierte Reformwerk des Fürsten geprägt. Es war eine Reform von oben, getragen vom aufgeklärten Absolutismus und auf einer physiokratischen Ökonomie basierend, die von den Vorgängern des Fürsten Franz betrieben wurde. Sein Reformwerk hob sich besonders in kultureller Ausprägung schillernd ab vom übrigen Umfeld, vom Nachbarn Preußen und von anderen deutschen Kleinstaaten. Zahlreiche Reisende suchten begierig dieses Experiment einer aufgeklärten Welt im Kleinen auf. Sie trugen die Kunde vom malerischen Gartenreich weiter. So urteilte 1805 einer der beredtesten Reisenden jener Zeit, der Leipziger Adolf Müller, über das sichtbar gewordene Gartenreich: „Keine Idee von der erbärmlichen Armut und Trägheit des Volkes; hinreichend Gelegenheit zur Kunstbildung in den schönen Gartenanlagen, Werke aller Art Baukunst ... das vortreffliche Theater, Sorge für Musik, mäßiger Reichtum und industriöse Tätigkeit..."⁷⁸² In großer Zahl erschienen überschwängliche Berichte über das Musterland am Mittellauf der Elbe, über ein fleißigeres Werk, das die gesamte Gesellschaft des Fürstentums umfasste: industria (lat.) = Fleiß.

⁷⁸¹ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 158-159

⁷⁸² Hirsch, E. (1965): Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz ,S. 214

Andrea R. Riem, Aufklärer und Sympathisant der Französischen Revolution, hob das Werk im Lande Anhalt-Dessau 1796 emphatisch hervor. Er gab zugleich einen Ausblick auf die Vorbildwirkung des im Gartenreich Entstehenden: „Das ganze Land ist ein Garten Gottes und die Gegend um Dessau ein wahres Paradies. ...das Ganze ein Meisterwerk einer glühenden Einbildungskraft. ... Sobald man in diese Stadt [Dessau] kommt, sieht man allenthalben Industrie, Kunstfleiß, Handel und jeden sichtbaren Zweig einer guten Staatswirtschaft ...“⁷⁸³

Die zeitgenössische Verwendung des Begriffes „Industrie“ kann natürlich nur als Vorläufer heutigen Sprachgebrauchs gelten. Im Attribut „industriös“ drückt sich die Wertschätzung aller reformerischen Leistungen in Anhalt aus. Industriöse Tätigkeit gilt als wesentlicher Bestandteil der „durch Kunst verherrlichten Gegend“⁷⁸⁴ So erschien die industrielle Entwicklung den Zeitgenossen als folgerichtige Fortsetzung der Gestaltungs-, Bildungs-, Wirtschafts- und Staatsreformen im Fürstentum Anhalt.

Zeichen des „proto-industriellen“, des kapitalistischen Zeitalters⁷⁸⁵ ließen sich im Anhalt des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts vor allem dank der engen Bezüge zu England ausmachen. Hatte doch Fürst Franz von seinen Reisen nach England viele Ideen und wirtschaftliche Neuerungen mitgebracht, so neue landwirtschaftliche Methoden sowie künstlerische und architektonische Impulse. Darunter waren auch Ansätze einer industriell geprägten Wirtschaftsweise, künstlerisch geformt und politisch insistiert.

Doch noch gab es im Fürstentum Anhalt keine Industrialisierung, wie sie in England zur gleichen Zeit bereits sichtbar war. Der Schwerpunkt der Ökonomie lag weiterhin

⁷⁸³ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 229

⁷⁸⁴ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 158

⁷⁸⁵ Mendels, F. (1972): Proto-Industrialization, The first place of the industrialization process, in: Journal of Economic History, No. 32, S. 247- 261, insbes. S. 241

auf der Landwirtschaft. Im Gartenreich führte der Fürst neueste englische Bewirtschaftungsmethoden ein und revolutionierte z.B. durch die Abschaffung der Dreifelderwirtschaft das gesamte mittelalterliche System der Landbewirtschaftung. Anhalt galt im 18. Jahrhundert auf dem Kontinent als Muster für moderne Landwirtschaft. Das Fürstentum wurde zum Bildungsort von höchstem Rang: „Landwirte aus ganz Europa waren hier jahrelange Hospitanten!“⁷⁸⁶ In der Anwendung neuer Methoden und Technologien (Düngung, Kleeanbau, Viehwirtschaft etc.) waren deutliche Vorboten der sich im 19. Jahrhundert allmählich durchsetzenden industrialisierten Landwirtschaft (Kunstdünger, Pflanzenzucht, Mechanisierung z. B. durch Dampfpflüge) erkennbar.⁷⁸⁷ Mit Anhalt wurden aber nicht nur landwirtschaftliche Reformen, sondern auch Hoffnungen auf einen Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft in Verbindung gebracht. Goethe pries das Gartenreich als eine Entwicklung, die im radikalen Gegensatz zur militaristisch geprägten, konservativen Feudalgesellschaft stehe.

Im Spätwerk des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau gibt es dann ein deutliches Zeichen, das von kommenden Zeiten kündete. Die verkleinerte Nachbildung der gusseisernen Ironbridge im Coalbrookdale, Mittelengland, der weltweit ersten Eisenbrückenkonstruktion, symbolisiert im letzten, dem östlichen Entwicklungsabschnitt der Wörlitzer Anlagen den Übergang in ein neues Zeitalter.

Um 1800 zeichnete sich für den Besucher des Gartenreichs ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess ab. Dieser war durch "industriösen Fleiß" wie durch kulturelle Feinsinnigkeit gekennzeichnet. Doch obwohl sich das Reformwerk des Fürsten als Reaktion auf die Feudalverhältnisse und die sozialen und ökonomischen Krisen des 18. Jahrhunderts verstand, blieb es ambivalent. Einerseits zunftsweisend als

⁷⁸⁶ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 84

⁷⁸⁷ Breymeyer, U. (1998): Rüben und Dampf, industrialisierte Landwirtschaft, in: Brüggemeier, F.-J.; Korff, G.; Steiner, J./Hrsg.: mittendrin, Dessau, S. 286

ganzheitliches Entwicklungsmodell, als Gesamtkunstwerk, und andererseits restaurativ in absolutistischen Bedingungen gefangen.

Letztlich hing die Blüte des Gartenreichs zu sehr an seinen Protagonisten, am Fürsten und an seinen kongenialen Partnern. Nach dem Tod des Architekten und Schöpfers der Bauten im Gartenreich, Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff, im Jahre 1800 und dem Tod des Fürsten Franz im Jahre 1817 fehlten die treibenden Kräfte der Reformen. Ein Abbruch der Entwicklung des Gartenreichs war die Folge. Es standen keine neuen Kräfte parat, die das Konzept hätten weiterführen, d. h. in eine neue Ära überleiten können. Das Gartenreich erstarrte.

Im Schatten des neuen Zeitalters

Um 1900 konstatierten Historiker ein „Schweigen über Wörlitz“.⁷⁸⁸ Das Gartenreich war in Agonie verfallen und in Vergessenheit geraten. Es schwang nur noch wenig wehleidige Hoffnung mit, wenn bedauert wurde, dass „es wirklich ein Rätsel [ist], warum wir heute über entlegene Thäler Norwegens mehr hören als über diese, in ihrer Art einzige Schöpfung von höchstem kulturgeschichtlichen und hohem künstlerischen Wert“.⁷⁸⁹ Zur gleichen Zeit hatte nicht weit von Wörlitz entfernt die Industrialisierung neue Zeichen gesetzt. Rasant entfalteten sich Tonwaren- und Zuckerindustrie und später chemische Industrie sowie Elektroenergieerzeugung im Raum Bitterfeld-Dessau. Das elektrochemische Zeitalter begann um 1900. Mit dem Bau der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn 1898 hielt die neue Verkehrstechnik Einzug ins Gartenreich. 1915 durchschnitt dann die Elektroferntrasse vom Kraftwerk Zschornowitz nach Wittenberg-Piesteritz den östlichen Teil des Gartenreichs bei Gohrau, ohne dass diese Zerschneidung – auch in späteren Betrachtungen – problematisiert wurde.

⁷⁸⁸ Hirsch, E. (1965): Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz, S. 213

⁷⁸⁹ Hirsch, E. (1965): Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz, S. 213-214

Zögerlich begann parallel zur dynamischen Industrieentwicklung eine Rezeption des historischen Gartenreichs: Erst in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts wurde das Gartenreich wieder relativ bekannt – als ein kulturhistorisches Ereignis, zusammengefasst unter dem Begriff des „Dessau-Wörlitzer Kulturkreises“⁷⁹⁰ Die Entwicklung der Gartenreichlandschaft schien abgeschlossen. Ihre Aneignung als kulturgeschichtliches Erbe wurde eingeleitet. Als Bezugspunkt oder Quelle für die industrielle Moderne wurde das Gartenreich der Aufklärung dagegen nicht wahrgenommen. Die Ansiedlung des Bauhauses in Dessau 1926 war deutliches Indiz für eine Verschiebung der Inspirationsquellen für die Entwicklung der Industrieregion: weg von dem Geschichte gewordenen Gartenreich hin zum Vorreiter der industriellen Moderne. Obgleich für viele der Bauhausmeister und -studenten die Landschaft des Gartenreichs ein beliebtes Refugium darstellte, blieb es für ihre Tätigkeit sekundär.⁷⁹¹

Ein Blick in den 1932 vom „Landesplanungsverband für den mitteldeutschen Industriebezirk“ herausgegebenen Planungsatlas zeigt: das Gartenreich war in den Planungskategorien „Naturschutz- bzw. Waldschutzgebiete“ sowie „Grünflächen: Wald, Wiese, Grünanlagen, Dauergarten“ aufgegangen. Teile des Gartenreichs standen damit zwar in der - noch nicht verbindlichen - Flächennutzungsplanung unter Schutz. Dennoch war eine Zerstückelung des Gartenreichs durch Straßen und Fernleitungen sowie durch neu ausgewiesene Industrieflächen vorgezeichnet. Das Gartenreich wurde auf eine funktionale Größe reduziert, nämlich Ausgleichsareal für die Stadt- und Industrieentwicklung sowie Erholungsgebiet zu sein.

Dieser Status hat sich weder in den Planungen der Nationalsozialisten noch in denen der DDR oder in den Planungen der heutigen Bundesrepublik geändert. Insofern zeigen die Planungen einerseits die auffällige Kontinuität eines modernen, funktional

⁷⁹⁰ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 7

⁷⁹¹ Thöner, W. (1993): Die Meisterhäuser im Porträt, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Leben am Bauhaus, Dessau, S. 27-79, S. 27ff

angelegten Planungsverständnisses und andererseits eine bemerkenswerte kunstgeschichtliche bzw. denkmalpflegerische Diskursunfähigkeit angesichts zeitgemäßer Entwicklungen.⁷⁹² Lediglich der bildungsbürgerliche Hintergrund und die kontemplative Qualität insbesondere der Wörlitzer Anlagen spielten in den regionalen Planungen dieses Jahrhunderts eine Rolle.

Schon in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bahnte sich ein Konflikt an. Die durch die Kriegswirtschaft vehement forcierte Industrialisierung in Mitteldeutschland griff auf das Areal des Gartenreichs über, das sich bereits weitgehend auf Garten-Inseln - wie Wörlitz oder den Park Georgium - verengt hatte. Der Bau der Autobahn von Berlin nach Nürnberg leitete 1938 die weitere Entwertung des Gartenreichs ein. Durch Siedlungs- und Kraftwerksbau in Vockerode, eine Ausweitung der Landwirtschaftsflächen sowie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, aber auch durch aufkommenden Tourismus kam es zu einer umfassenden Veränderung, einer Funktionalisierung und Industrialisierung der gesamten Landschaft, aus der nunmehr nur noch Rudimente des Gartenreichs ragten.

Mit dem Wiederaufbau und Ausbau des mitten im Gartenreich gelegenen Kraftwerks Vockerode in den fünfziger Jahren und mit der weiteren großräumigen Erschließung von Braunkohleabbaugebieten in unmittelbarer Nähe der verbliebenen Anlagen des Gartenreichs begannen sich die ästhetischen Widersprüche, aber auch die ökologischen Beeinträchtigungen und Nutzungskonflikte zuzuspitzen. Während der forcierten Industrialisierung der fünfziger und sechziger Jahre in der DDR, die sich besonders auf das mitteldeutsche Industrieviertel konzentrierte, gingen nicht nur räumlich konkrete Elemente des Gartenreichs verloren, auch die Ideenwelt des Gartenreichs wurde verschüttet.

⁷⁹² Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung (Zwischen Wörlitz und Mosigkau – Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Dessau und Umgebung, Heft 35), Dessau, S. 12ff sowie Dietl, R. (1979): Aufgaben regionaler städtebaulicher Planung im industriellen Ballungsgebiet Bitterfeld-Dessau-Wittenberg, in: Architektur der DDR, 7, S. 415-418, insbes. S. 415

Die Wiederentdeckung

Ab Mitte der sechziger Jahre begann eine erneute Hinwendung zum Gartenreich. Einzelne propagierten wiederum die Kultur des Gartenreichs. Sie leiteten eine praktische Reaktivierung der baulichen und landschaftlichen Hinterlassenschaften durch Rekonstruktions- und Pflegemaßnahmen ein. Wesentlicher Zweck war die touristische Nutzung. Zugleich spielte im Zusammenhang mit der Modernisierung der DDR in den sechziger Jahren die Aneignung derjenigen historischen Epochen, die als fortschrittlich klassifiziert wurden, als kulturelles Erbe der Deutschen Demokratischen Republik zunehmend eine Rolle. Eine ähnliche Motivation kann für die zur gleichen Zeit einsetzende Bauhausrezeption konstatiert werden.

Das Gartenreich, zumeist reduziert auf Wörlitz, erhielt den Status eines besonderen Ausflugszieles bzw. Erholungsortes. Dieser Status blieb, obwohl das Gartenreich seit den achtziger Jahren zugleich als Denkmal der Landschaftsgestaltung geführt wurde, in den Planwerken für die regionale Entwicklung bis 1998, also auch über das Ende der DDR hinweg, erhalten. 1998 wurde dann eine Teilraumkonzeption für das Gartenreich verabschiedet, die wieder kulturelle und ökonomische Ziele in einem integrierten Planwerk verknüpfte.⁷⁹³

Die Auswirkungen der Industrialisierung auf das Gartenreich wurden erstmals von Hirsch in den achtziger Jahren hervorgehoben: „Der heutige Besucher kann noch einen deutlichen Eindruck von der einstigen Gestaltung gewinnen, wenn es auch hier naturgemäß und gerade durch die Industrialisierung des Mittelelbe-Raumes Einbußen gegeben hat.“⁷⁹⁴ Diese Wahrnehmung industrieller Folgen reduzierte sich einseitig auf die zerstörerische Dimension der Industrie. Vernachlässigt wurde dabei, dass der Industrialisierung auch eine Utopie von Wohlstand und Emanzipation

⁷⁹³ Forum Dessau-Wörlitzer Gartenreich/Hrsg. (1998): Teilraumkonzept – Neue Strategien für eine Kulturlandschaft, Dessau. Alle Angaben beziehen sich auf diese Schrift, insbes. S. 4-15.

⁷⁹⁴ Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig, S. 158

innewohnt, weshalb nicht nur eine Verlustrechnung angebracht ist. Konsequenterweise folgt die industrielle Moderne dem von der Aufklärung gebahnten Weg. Doch mit der industriellen Überformung des Gartenreichs in diesem Jahrhundert kehrt sich die auf Befreiung des Menschen von kulturellen und natürlichen Fesseln gerichtete Industriemoderne gegen ihre Quellen. Mit zunehmendem Ressourcenverbrauch, wachsender Ineffizienz und dem Erreichen einer ökologischen Belastungsgrenze der Region beginnt gegen Ende dieses Jahrhunderts die Industrie selbst Geschichte zu werden. Die massiven Prozesse der Deindustrialisierung in den neunziger Jahren sind Ausdruck dieser neuen Entwicklung. Gartenreich und Industrie werden als historische Ablagerungen mit all ihren Widersprüchen zur Grundlage für die nunmehr erneut zu gestaltende Lebensumwelt.

Aufgabe war es, Gartenreich und Industrialisierung als Ausdruck von historischen Prozessen der modernen Gesellschaft in einem Entwicklungszusammenhang zu sehen. Doch diese immensen Widersprüche als zusammengehörige Seiten des Prozesses der abendländischen Kulturentwicklung wiederum kulturell zu verarbeiten, ohne sie zu negieren, harren noch der umfassenden theoretischen wie praktischen Aufarbeitung. Das Projekt „Industrielles Gartenreich“ verstand sich als ein Baustein und Experiment auf diesem Weg.

Das Jahr 1989

Natürlich war das Datum des II. Internationalen Gropius-Seminars am Bauhaus Dessau 1989 ein Zufall. Das Zusammentreffen mit weltgeschichtlichen Ereignissen, also dem Fall der „Berliner Mauer“ (9. November 1989), ist selbstredend nicht planbar. Dennoch scheint sich in der Terminsetzung eine gewisse Notwendigkeit widerzuspiegeln. Mit der Hinwendung des Bauhauses zum Thema Stadt hängen die beginnende Selbstreflexion und der Anspruch zusammen, wieder eine Institution des Eingriffs in den gesellschaftlichen Raum zu werden. Umbrüche deuteten sich schon vor 1989 an: 'Perestroika' in der Sowjetunion und in anderen Ostblockländern wurde zum Kennzeichen dafür. Das Bauhaus griff zur rechten Zeit ein zentrales Thema der

Gesellschaft auf. Die Städte der DDR offenbarten Einblick in die Strukturen einer offenkundig verfehlten Politik.

„Die Stadt ist als relativ selbständiger gesellschaftlicher Organismus Abbild der Gesellschaft im Kleinen. Damit ist der Zustand unserer Städte auch Abbild der Zustände unserer Gesellschaft. ... Fragen der Identität, des kulturellen Erbes, des Erhaltens und des Bauens und Gestaltens stellen sich völlig neu in der Verantwortung der Städte, also ihrer Bürger. Darauf sind die Städte und vor allem ihre leitenden Organe nicht vorbereitet. Wenn es aber so sein soll, dass die Städte bald ein Abbild einer erneuerten, einer besseren, einer demokratischen und kulturvollen sozialistischen Gesellschaft sind (und zunächst wohl ein Hoffnungsträger unumkehrbarer Erneuerung), dann muss dort jetzt unser Hauptaugenmerk liegen, dann brauchen wir alle Kraft mitzuarbeiten, hier einen neuen Zustand und ein neues Bild zu erreichen.“⁷⁹⁵

Die Vorstellung der DDR-Staatsführung, durch serielle Massenfertigung von Wohnungen das soziale Problem des Wohnens lösen zu wollen, hatte sowohl zum kulturellen und physischen Ruin von Städten als auch zur Überschreitung der volkswirtschaftlichen Belastbarkeit geführt. Die Visionen einer sozialistischen Stadt waren rücksichtslosem Pragmatismus und politischem Voluntarismus zum Opfer gefallen. Das Bauhaus Dessau stellte dieser Konfliktsituation für das II. Internationale Walter Gropius-Seminar 1989 die Aufgabe gegenüber, ein ganzheitliches Konzept für die zukünftige Stadt mit einer entsprechenden Industrie- und Umweltpolitik zu erarbeiten: „In der zu Ende gehenden 100jährigen Phase moderner Planung für die extensive Entwicklung (Stadtwachstum) und dem nunmehr beginnenden Übergang

⁷⁹⁵ Kuhn, R. (1989): Die Aufgaben des Bauhauses Dessau bei der gesellschaftlichen Erneuerung in der DDR, unveröffentlichtes Manuskript. Archiv Kegler

zur Intensivierung (Innenentwicklung) steht eine grundsätzliche Neubewertung und -orientierung der Planung für die Gesamtstadt und ihr Zentrum bevor."⁷⁹⁶

Für die exemplarische Bearbeitung übergreifender Stadtentwicklungsfragen fiel die Wahl auf Dessau. Nicht nur, weil sich das historische Bauhaus an seiner zweiten Wirkungsstätte nahezu ausschließlich mit Bauten für Dessau beschäftigt hatte, sondern auch, weil Dessau viele als typisch anzusehende Merkmale und Konflikte einer Industriestadt aufwies:

- das kriegszerstörte Zentrum ist durch offene Bebauung mit Großblöcken identitätslos neu bebaut,
- weit ausgreifende Randbebauung (vor allem Wohnungsbau in Großtafelbauweise),
- innerstädtische Brachflächen,
- Verfall von Wohngebieten aus der Vorkriegszeit,
- großangelegte Verkehrsbauten,
- Bevölkerungsabwanderung (in andere Teile der DDR),
- Wohnungsleerstände,
- Umweltbelastung durch Verkehr und Industrie.⁷⁹⁷

In der Arbeitsstruktur des Gropius-Seminars war die Frage nach einer Gestaltungsidee der Stadt angelegt. Eine erste Gruppe arbeitete zu Konsequenzen für die Innenstadtentwicklung, die sich aus Strukturveränderungen in Wissenschaft und Technik sowie Produktions- und Arbeitsorganisation ableiten. Die zweite Gruppe untersuchte die Konsequenzen für die Innenstadtentwicklung, die sich aus den Zielen ökologischer Stadterneuerung sowie der Bewahrung und Nutzung landschaftlicher Vorteile der Stadt-Umlandregion ergeben. In der dritten Gruppe wurden Synthesen

⁷⁹⁶ Einladung zum II. Walter-Gropius-Seminar, August 1989, Bauhaus Dessau, Archiv Kegler

⁷⁹⁷ Gaube, A.; Stein, M. Sioda (1990): Stadtentwicklung Dessau, Bericht der Ergebnisse des II. Walter-Gropius-Seminars, Dessau, S. 16 (unveröffentlicht)

der in den ersten beiden Gruppen erarbeiteten Aussagen formuliert. Konsequenzen für die Innenstadtentwicklung, die sich aus den Anforderungen von Stadtkultur und Stadtöffentlichkeit ergeben, standen im Mittelpunkt.

Aus diesen Synthesen und der Akzentuierung einer primär kulturell argumentierenden Planung erwuchs die Idee des Industriellen Gartenreichs. Eine angepasste Industrie in der Stadt sollte als bestimmender Standortfaktor erhalten bleiben, um zugleich eine zerstörerische, flächige Reindustrialisierung abzuwehren. Dabei kam dem Bauhaus Dessau eine konzeptionelle Schlüsselrolle zu. Drei große kulturelle Projekte sollten in einem Zeitraum von zehn Jahren den Erneuerungsprozess vermitteln. Als erstes das Projekt „Bauhausstadt Dessau“, das die internationale Bedeutung Dessaus wieder sichtbar werden lassen und gleichzeitig die besondere Rolle des Bauhauses beim Wiederaufbau der Stadt verdeutlichen sollte; zweitens das Projekt „Industriestadt Dessau“; drittens das Projekt „Gartenreich Dessau“.

Dahinter verbarg sich der Versuch einer Erneuerung der Moderne in der DDR, welcher im „Funktionalismus-Konzept“ seinen Niederschlag fand.⁷⁹⁸ An den Hochschulen in Weimar und Berlin/Ost waren dazu aus architektur- und designtheoretischer Sicht programmatische Ansätze formuliert worden, die seit 1987 im neu konstituierten Bauhaus rezipiert wurden: „Funktionalismus setzt eine flexible Produktion voraus. Die sozialkulturellen Anforderungen und die natürlichen und historischen Bedingungen individualisieren den lokalen Standort derart, dass ihnen kein universeller Standard entsprechen kann. Ist auch die nötige Varianzbreite von Bauaufgabe zu Bauaufgabe unterschiedlich, so ist doch die Unterordnung der Mittel

⁷⁹⁸ Weber, O. (1989): Thesen zum Funktionalismus, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Neue Bauhaus Hefte, Dessau, S. 63–68. Aus heutiger Sicht schwingt hier eine Mischung aus kritischer Reflexion des speziellen Modernisierungsweges der DDR mit reformerischem Anspruch und eine auf die Wirkung neuer Technologien setzende Fortschrittshoffnung in dieser Aufgabenstellung mit. Eine Ambivalenz, die sich auch im theoretischen Ansatz findet.

unter die Zwecke ein so grundlegendes funktionalistisches Prinzip, dass die verfügbare Bautechnik zwar einen anerkannten Faktor für die Formgebung darstellt, doch bezüglich der konkreten Bedingungen variable Lösungen gestatten muss.

Die ‚klassische‘ Form der Industrialisierung, die standardisierte Massenproduktion auf der Ebene von großen Einheiten wie Blöcken und Segmenten, ist für die Stadt- und Siedlungsentwicklung mit weitreichenden Anforderungen an geographische, soziale, kulturelle und historische Differenzierungen untypisch und nur als historisch begrenzt eingesetzte Technologie zur Überwindung des Wohnungsdefizits zu verstehen. Im Interesse des flexiblen Typus und einer hohen Ökonomie der Massenproduktion setzt der Funktionalismus auf den technischen Fortschritt. Er strebt ökonomische Lösungen auf der Basis frei programmierbarer (EDV-gestützter) Fertigung an. Darüber hinaus besteht aber das Spezifische der baulichen Produktionsweise darin, alle technologischen Niveaus – von der einfachsten Handarbeit bis zur Computersteuerung – als mögliche Techniklösungen bereitzuhalten. Handwerkliche und hochtechnologische Lösungen treffen sich in der der Bauproduktion eigenen Flexibilität und der entsprechenden hohen Organisations- und Entscheidungsdichte, während serielle Produkte der reproduktiven Art Ausnahmen, Zwischenlösungen oder Größenordnungen unterhalb architektonischer Einheiten darstellen. Funktionalismus behandelt Elemente und Halbfertigteile als Erzeugnisse, doch Gebäude als originäre Orte.“⁷⁹⁹

Der Versuch, Fehler der "historischen" Moderne zeitgemäß zu kompensieren, führte dicht an die in den westlichen Ländern geführten Modernisierungsdebatten der achtziger Jahre heran, die auf neue Technologien setzten.⁸⁰⁰ Zudem flossen in das Gropius-Seminar 1989 zwei Entwicklungstendenzen der westlichen

⁷⁹⁹ Weber, O. (1989): Thesen zum Funktionalismus, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Neue Bauhaus Hefte, Dessau, S. 63–68, insbes. S. 67

⁸⁰⁰ Leborgne, D.; Lipietz, A. (1990): Neue Technologien, neue Regulationsweisen: einige räumliche Implikationen, in: Borst, R. u.a./Hrsg.: Das neue Gesicht der Städte, Basel, Boston, Berlin, S. 109ff

Stadtplanungsdiskussion der siebziger und achtziger Jahre ein, die eine spätere Ausformung des „Industriellen Gartenreichs“ als Konzept wie in der Praxis beeinflussten: Zum einen die Orientierung auf die „marktgerechte Stadt“, d.h., die Stadt primär als Produkt und Standort für Investitionstätigkeit zu sehen – mit darauf orientiertem Marketing, und zum anderen die Orientierung an der kulturell und partizipativ angelegten Stadterneuerung, wie sie in verschiedenen Städten (Bologna, Rotterdam, Salzburg, Berlin/West u. a.) erfolgreich praktiziert wurde.⁸⁰¹

Im Seminar zur Diskussion standen ein Programm der Kulturarbeit ebenso wie eine projektbezogene Planung als Abkehr von der „linearen Fortschreibung eines quantitativen Wachstumsprozesses der Industrie“ hin zu einem Denken in „der gleichzeitigen Existenz prinzipiell verschiedenartiger Raum-Zeit-Systeme der Produktion“⁸⁰² als Beitrag zur innovativen Wirtschaftsförderung. Diskutiert wurde in der Gruppe Ökologie zugleich ein sozialer und ökologischer Imperativ, der die neuen demokratischen Selbstbestimmungskräfte der Stadt gegen eine ‚Ellenbogengesellschaft‘ fördern und grundlegende ökologische Standards fixieren sollte. Doch ahnungsvoll – oder die eigenen Hoffnungen persiflierend – entstand auch ein Gegenszenario. Dieses verdeutlicht aus heutiger Sicht prägnant, welche Probleme sich in den Städten der DDR 1989 darstellten und welchen Weg Dessau und andere Orte gegangen wären. Titel des Gegenszenarios: „Was passiert, wenn nichts passiert?“ Prognostiziert wurde:

- „die weitere Abwanderung junger und leistungsfähiger Arbeitskräfte,
- kaum neue Investitionen für wirtschaftliche Entwicklungsprojekte,

⁸⁰¹ Heinz, W. (1990): Stadtentwicklung und Strukturwandel, Stuttgart, Berlin, Köln, S. 9ff, sowie Arbeitsgruppe Stadterneuerung/Hrsg. (1989): Stadterneuerung in Berlin-West, Berlin (West), S. 9-11; Bodenschatz, H. (1998): Alte Stadt – neu gebaut, in: Die Alte Stadt 4/98, S. 299-317, S. 315 sowie Bodenschatz, H. (1990): Vorläufige Überlegungen zur kulturellen Stadterneuerung in Dessau, in: Bodenschatz, H.; Welch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S.62-63

⁸⁰² Ergebnisse der Arbeitsgruppen des II. Internationalen Walter-Gropius-Seminars, Bauhaus Dessau, Archiv Kegler; Hans Norbert Mertens, 1989, Bemerkungen zum Ergebnis der Gruppe 1. Die Ergebnisse wurden in persönlichen Gesprächen mit dem Autor, Dr. Mertens, Bad Dürrenberg, im Mai 2011 verifiziert. Gleiches gilt für die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen (Silvia Böhme, Gera, und Holger Schmidt, Dessau).

- Verbleib in einem provinziellen Klima, in dem Innovation und Erneuerung nur schlecht gedeihen können,
- wenig Ansätze für internationale Kontakte in Wirtschaft, Kultur und Politik,
- beschleunigte Verschlechterung der nichtmateriellen Lebensbedingungen und
- letztendlich Absinken der Stadt in die Bedeutungslosigkeit ...⁸⁰³

Die Erinnerung an diese Prophezeiung schützt vor Verklärungen angesichts der Deindustrialisierung in den neunziger Jahren. Aus den anfänglichen Konzept-Umrissen kristallisierten sich 1990 sowohl eine operationalisierbare Konzeption für das Industrielle Gartenreich als auch für die Transformation des Bauhauses selbst heraus. Die „Vorläufigen Überlegungen zur kulturellen Stadterneuerung in Dessau“⁸⁰⁴ bildeten eine Anregung für das im Herbst des gleichen Jahres veröffentlichte Konzept.⁸⁰⁵ Dieses Konzept speiste sich auch aus den 1989/90 angebahnten kooperativen Kontakten zur Nachfolgeorganisation der IBA-Alt in Berlin/West und zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park im Ruhrgebiet, zur Technischen Universität Berlin sowie zu europäischen Projekten regionaler Erneuerung, wie zum Beispiel in Glasgow/Schottland oder Schlesien/Polen.

Im Sommer 1990 zeichnete sich ab, was bis Mitte der neunziger Jahre radikal sichtbar wurde: Einerseits eine flächenhafte Stilllegung der überkommenen Industrien und andererseits eine, wenn auch quantitativ geringe, Neuansiedlung. Zugleich wurde die gesamte ökologische Dramatik sichtbar, die mit den Feststellungen im Brundtland-Bericht von 1987 korrespondierte.⁸⁰⁶ Dessau-Bitterfeld,

⁸⁰³ Diese Formulierung brachte Holger Schmidt in die Diskussion ein.

⁸⁰⁴ Bodenschatz, H. (1990): Vorläufige Überlegungen zur kulturellen Stadterneuerung in Dessau, in: Bodenschatz, H.; Welch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S.62-63

⁸⁰⁵ Projektbericht Bauhaus Dessau/Hrsg. (1990): „Industrielles Gartenreich“, Dessau, S. 5, unveröffentlicht, Archiv Kegler

⁸⁰⁶ Weltkommission für Umwelt und Entwicklung/Hrsg. (1988): Unsere gemeinsame Zukunft (DDR-Ausgabe des Brundtland-Berichtes), Berlin, S. 43ff

so lautete die Erkenntnis, ist prototypisch für ein globales Problem der Industriegesellschaft. Die Folgen der mehr als 100jährigen Industrialisierung sind Gegenstand neuer Konzepte – selbst bei vollständiger Deindustrialisierung bleibt die Industrie Bestandteil der zukünftigen Aufgaben einer ökonomischen, politischen wie kulturellen Auseinandersetzung.

Eine neue Kraft entsteht

Die Betrachtung der Historizität und der Widersprüchlichkeit zweier kultureller Epochen und ihrer konkreten Ausformungen ist heute Aufgabe des Projektes Industrielles Gartenreich. Denn aus diesem Verhältnis können orientierende Maßstäbe und konkrete Maßnahmen für eine langfristig tragfähige Entwicklung der von uns gestalteten Lebensumwelt abgeleitet werden. Nach dem Anstoß für dieses Projekt während des Gropius-Seminars im November 1989 bestand vor dem Hintergrund sich abzeichnender Wandlungen die Notwendigkeit, Strategien für einen veränderten Weg der industriellen Entwicklung zu formulieren. Es entstanden die programmatischen Umriss des „Industriellen Gartenreichs“: ursprünglich als „sozialorientiertes industrielles Gartenreich, also als Vermittlung von Industrieentwicklung und Sicherung der Landschaft, als Konzept einer neuen Einheit von Wohnen, Arbeiten und Kultur/Freizeit unter ökologischer Perspektive bei gleichzeitigem Respekt vor der Geschichte“.⁸⁰⁷ Kern des Konzeptes „Industrielles Gartenreich“ ist die Reaktivierung der historischen Schichten in ihren programmatischen Bedeutungen durch reale Projekte und Kulturarbeit. Denn diese programmatischen Bedeutungen stehen im Verhältnis zu den heutigen Konfliktsituationen.

1990 begann das „Industrielle Gartenreich“, institutionelle Kraft zu gewinnen. Am 30. Juni 1990 wurde das Projekt anlässlich eines Aktionstages am Bauhaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Definition des „Industriellen Gartenreichs“,

⁸⁰⁷ Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258

Diplomarbeiten zu Projekten auf Industriebrachen sowie ein szenisch-musikalischer Spaziergang zwischen Bauhaus und Georgengarten verliehen der Vorstellung des Projektes den wissenschaftlichen und kulturellen Rahmen. Im Herbst 1990 erhielt die experimentelle Werkstatt am Bauhaus Dessau den Beinamen „Industrielles Gartenreich“. Der regional agierende Verein gleichen Namens führte verschiedene Akteure zusammen, um eine behutsame Erneuerung der Region zu befördern. Im Herbst 1990 sendete das ostdeutsche Fernsehen einen ersten Filmbeitrag über das Projekt „Industrielles Gartenreich“. Die öffentliche Debatte begann.

Ab 1991 wurde das „Industrielle Gartenreich“ konkreter: Erneuerungsprojekte für die Industriesiedlungen in Piesteritz bei Wittenberg und in Zschornowitz, Gestaltungsvorschläge für die Bergbaufolgelandschaft, Ideen für die Umnutzung der Kraftwerksanlagen in Vockerode, Stadterneuerungsprojekte in Wittenberg, Dessau und Bitterfeld und Projekte zu Teilbereichen des Gartenreichs machten die experimentelle wie umsetzungsorientierte Absicht deutlich. So wurde das räumliche Gefüge zwischen Dessau, Wörlitz, Bitterfeld und Wittenberg als „Industrielles Gartenreich“ definiert. Die Überlagerung der Kulturlandschaften des historischen Gartenreichs und der Industrie wurde zur strategischen Konstruktion. Beide Aspekte verschmolz der 1993/94 produzierte Dokumentarfilm „das industrielle gartenreich“ der Autoren Bolbrinker, Herold und Stutterheim. Dem folgten weitere Filme für die Fernsehsender ARD/MDR („ORWO-Filmfabrik Wolfen“, 1996) und arte („Mythos Bauhaus“, 1998).

Der Begriff „Industrielles Gartenreich“ wurde in der Folgezeit auf mehreren Ebenen verankert bzw. reflektiert:

- urheberrechtlich, durch eine Markenschutzeintragung beim Patentamt,
- symbolisch, durch ein 'erzählendes' Logo mit den wesentlichen Elementen der vorhandenen und der zukünftigen Landschaft: den zwei Flüssen Elbe und Mulde, den vier Schornsteinen des Kraftwerks Vockerode - zugleich die vier Säulen des Schlossportikus von Wörlitz symbolisierend – und der Baggerstadt Ferropolis,
- manifest, durch das Grundlagenbuch Industrielles Gartenreich, herausgegeben von der Stiftung Bauhaus Dessau, ex pose verlag, Berlin, 1996,
- institutionell, durch die Anerkennung als Arbeitsgebiet des 1994 in eine Stiftung

übergeleiteten Bauhaus Dessau,

- praktisch und politisch, durch die Anerkennung der Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg als Korrespondenzregion der EXPO 2000,
- praktisch, durch die umsetzungsorientierte Weiterführung von Projektideen und Ansätzen der Bauhausarbeit in der Region,
- überregional, durch die erfolgreiche Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ des Bundesbauministeriums unter der Überschrift Industrielles Gartenreich auf der Grundlage einer regionalen Vereinbarung,
- international, durch Gäste aus verschiedenen Ländern (England, Italien, Spanien, Südkorea, USA), die zu Problemen der Regionalerneuerung unter sozial-kulturellen Maßgaben arbeiten,
- international, durch die Aufnahme in das Programm der UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung und durch die Verleihung des Europäischen Preises für Stadt- und Regionalplanung für ein Teilprojekt des Industriellen Gartenreichs.

Mit der Diskussion um eine Umwelt-EXPO in der Region ab 1991 rückte die Frage nach „postindustriellen Perspektiven“ des „Industriellen Gartenreichs“ immer stärker in den Vordergrund. Schließlich wurde in einem Vortrag von Gernot Böhme am Bauhaus Dessau⁸⁰⁸ die Auseinandersetzung über die Grundsatzfragen der Gestaltung menschlicher Lebensumwelt anhand des Industriellen Gartenreichs aufgeworfen. Die weiterführende Debatte ist seitdem eröffnet und zugleich können reale Bausteine, die das Konzept „Industrielles Gartenreich“ lesbar machen, zwischen Dessau, Bitterfeld und Wittenberg erfahren werden.

Industrielles Gartenreich wird EXPONat

Die internationale Resonanz des „Industriellen Gartenreichs“ setzte ab 1991 ein. Das Projekt wurde als Ansatz für eine „positive Entwicklungsperspektive für das Bauhaus Dessau“ begrüßt.⁸⁰⁹ Zugleich aber wurde dem Projekt vorgeworfen, sich zu sehr mit

⁸⁰⁸ Böhme, G.: Gärten und Wüsten, Naturverschönerung und Naturzerstörung, in: Die Gartenkunst, Heft 2/97, S. 235-238. Der Vortrag basierte auf dem Text „Gärten und Wüsten“, der dann auch in der Publikation „Industrielles Gartenreich“ (1999) aufgenommen wurde, und erstmals in der Zeitschrift „Die Gartenkunst“ 1997 veröffentlicht worden war.

⁸⁰⁹ Vgl. Stellungnahme der Universität Brüssel, 22.1.1991, Archiv Kegler

den Problemen der konkreten Region zu beschäftigen. Immer dann, wenn das „Industrielle Gartenreich“ von Fragen der Moderne, des Industrialisierungsprozesses und der Rolle des Bauhauses in diesem Prozess entkoppelt wurde, blieb ein provinzieller Beigeschmack, zu dem die Konkretheit des Projektes verleitete. Dieser Eindruck wandelte sich ab 1995 mit den EXPO-Vorbereitungen: „Mit den Arbeiten am Industriellen Gartenreich als zeitgenössische Interpretation der Ideen aus dem Historischen Gartenreich hat eine Arbeitsgruppe am Bauhaus in Dessau bereits 1988 begonnen, die Reformlandschaft des 21. Jahrhunderts zu skizzieren. Dieses Ideengut, das in der Fachwelt nur zögerlich angenommen und in der Region bis heute häufig missverstanden wird, wurde der gedankliche Grundstein für die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der EXPO 2000 gelegt. Vor allen aber ist der Region über das Bauhaus Dessau eine fachliche und wissenschaftliche Kompetenz zugewachsen, ohne die Reformimpulse nicht entstehen. Die Arbeit an der Idee des „Industriellen Gartenreichs“ hat im Laufe der Zeit auch Projektideen heranreifen lassen, die nun in die Realisierungsphase für die EXPO 2000 eintreten können.“⁸¹⁰

Der Begriff „Industrielles Gartenreich“ hatte sich als diskursfähig erwiesen. Er hat in der Region, vor allem bei politischen und planenden Akteuren, Akzeptanz gewonnen. Durch nationale und internationale Preise, durch Kongresse und Publikationen verbreitete sich das „Industrielle Gartenreich“ als Idee und erfuhr internationale Resonanz. Ein reger Austausch mit weltweiten Partnern entstand. Das Projekt und die Ideen hatten sich inzwischen etabliert. Damit gelang es, der Gartenreich-Idee wieder eine programmatische Dimension im Kontext des Umbruchs der Industrialisierung zu verleihen.

⁸¹⁰ Bericht Prof. Karl Ganser et al an das Kuratorium der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt, September 1995, Archiv Kegler

3. Industrielles Gartenreich: ein strategisches Gesamtprojekt

Erzählung zu Bezügen, Zielen und Strukturen für eine „Reform-Landschaft“ des 21. Jahrhunderts⁸¹¹

Vom Norden, aus der Bundeshauptstadt kommend, erblickt der Autofahrer beim Verlassen der waldreichen Anhöhen des Fläming die vier Schornsteine des Vockeroder Kraftwerkes – die Landmarke für den Eintritt in das mitteldeutsche Industriegebiet. Mit der Überquerung der Elbe öffnet sich der Blick in die weite Auenlandschaft. In 30 Minuten ist Bitterfeld erreicht - vorausgesetzt, der tägliche Stau verhindert die Durchfahrt nicht.

Braune Schilder am Straßenrand mit autogerecht stilisierten Bildern und den Aufschriften „Lutherstadt Wittenberg“, „Dessau - Wörlitzer Kulturlandschaft“ sowie „Bauhaus Dessau“ lassen 500 Jahre europäische Kulturgeschichte vorbeirauschen. Die Landschaft löst sich im Rhythmus der Autobahnabfahrten auf; Geschichte gerinnt zur Randbemerkung an einem unaufhaltsam vorwärtsdrängenden Band. Der Fortschritt stockt beim nächsten Stau und gerät zur Illusion. Dabei bietet sich Gelegenheit zum eingehenden Studium der Hinweisschilder. Doch sie verraten wenig. Bestenfalls beim Umfahren des Staus könnten sich die übereinander gelagerten Schichten der Vergangenheit entdecken lassen: die verborgenen Zeugen der Reformation, der Aufklärung, der Hochindustrialisierung; eines Bildungswerkes für eine neue Landeskultur oder einer Reformbewegung in der Siedlungsweise. Daneben würden sich zernarbte Landstriche, bis zum Horizont reichende Grubenfelder, wanderdünenähnliche Hochhalden, Kaskaden von Elektromasten, Rohrtrassen, Bahnlinien und Brachen zeigen. Dann käme der Fahrer vorbei an den

⁸¹¹ Kegler, H. (1996): Industrielles Gartenreich – Bezüge, Ziele und Struktur für eine „Reform-Landschaft“ des 21. Jahrhunderts, in: Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Industrielles Gartenreich-1, Dessau, S. 228-241. Die historischen Quellen zu den Grundlagen dieses Beitrages sind in diesem Buch behandelt worden.

Trümmern des Rathenau-Hauses und dem wuchtigen Kulturpalast, um nach einem Blick auf die neue Einkaufslandschaft bei Brehna wieder auf die Autobahn hinter Bitterfeld zu gelangen.

War es nur eine Irritation?

Was vermögen die Fundstücke am Rande des (Um)Weges zu berichten? Wovon künden sie? Wie viele Reichtümer birgt dieses zur Randerscheinung gewordene Gebiet?

Sind hier nicht kulturelle Maßstäbe abgelagert, die von den Notwendigkeiten für neue, grundsätzliche Orientierungen der zukünftigen Entwicklung künden?

Erzwingen die bedeutsamen geschichtlichen Hinterlassenschaften nicht ein anderes Verhalten gegenüber der Landschaft als menschlichem Lebensraum?

Wie würde eine Landschaft gestaltet sein, die diese Fragen zu beantworten vermag? Sind nicht neue, weitreichende Zeiträume für einen solchen Gestaltungsvorgang anzusetzen, der über die nächsten Generationen nachzudenken hätte?

In welcher Weise gewinnen gestalterische Prinzipien und ästhetische Qualitäten einer wieder lebensfähigen regionalen Natur an Bedeutung? Wie finden Tätigkeiten für die lokale Reproduktion im Sinne einer angemessenen, dauerhaften Lebensweise Niederschlag im regionalen Kontext?

Erlangt damit nicht die Reform in ihrer grundlegenden Tradition und Bedeutung einen programmatischen Stellenwert für eine solche Landschaft? Muss die Region Experimente für eine solche Reform wagen, und kann sie dabei an eine Tradition anknüpfen?

Fragen, die keine schnellen Antworten erwarten lassen, sondern ein Innehalten verlangen, Besinnung und Rückblick auf dem Wege in eine mögliche Zukunft erfordern. In den Fallstricken der dominanten „Weiter-so-Politik“ mit ihren letztlich wohl selbstzerstörerischen Institutionen und Wirtschaftsweisen, ihren Kulturen mit dem Auto und dem Geld, ihren Verheißungen eines unendlichen Wachstums und

Wohlstandes finden solche Fragen kaum gebührenden Platz. Weltkonferenzen für Umwelt und Entwicklung (1992), Klima und Soziales (1995) vermögen nur Marginalien zu verändern, obgleich die globalen Erkenntnisse und Indizien grundlegender Wandlungen und deren Gefahrenhintergründe seit fast 20 Jahren propagiert werden. Zumindest Umriss von Antworten liegen vor. Sie wurden u.a. von „world-watch“, „Welthungerhilfe“ oder „Club of Rome“ unterbreitet. Lokale Kursänderungen werden weltweit mit mehr oder weniger großem Erfolg praktiziert. Eine unbeschreibbar große Vielzahl von Wegen lässt Hoffnungen keimen. Eine generelle Umkehr bzw. ein „Königsweg“ aus dem Fangnetz der industriellen, fortschrittsgläubigen Wachstumsgesellschaft ist jedoch nicht in Sicht.

Die Region als programmatischer Bezug

Wie in einem Brennglas finden sich in der Region allgemeine Problemstellungen des Umgangs mit der Landschaft, wie sie auch anderswo auf der Tagesordnung stehen. Die Landschaft scheint nach der großräumigen Stilllegung der Kohle- und Energiewirtschaft sowie der chemischen Produktion nur noch bedingt selbst lebensfähig. Die Menschen sind weitgehend auf Zuwendungen von außen angewiesen. Die eigene Wasserversorgung ist bedroht, z.T. schon nicht mehr möglich. Die kulturellen Zusammenhänge in Landschaft und Siedlungsgebieten fragmentieren sich, ihre Spuren drohen verlorenzugehen oder beginnen zu verwischen.

Die z.T. verschütteten Zeugnisse des „Gartenreiches“ repräsentieren ein über einen langen Zeitraum mit anhaltender kultureller Ausstrahlung verwirklichtes kulturelles Gesamtwerk der Lebens-Reform. Ob es der „Drehberg“ und das nahe „Vorwerk Münsterberg“ bei Vockerode sind, die Schulen in Dessau und bei Wörlitz oder die verschiedenen Wallwachhäuser entlang den Elbdeichen, sie bieten Anlass zur Auseinandersetzung um den Wiedergewinn ganzheitlicher und langfristiger Handlungsoptionen räumlicher Gestaltung und wirtschaftlicher Tätigkeit.

Ein so weitreichendes Experiment, das einen ganzen Staat umfasste, die Landschaft zu einem Träger von Reformen in Politik, Wirtschaft und Bildung ausgestaltete, Philosophie, Kunst und Lebensalltag in ein bis heute faszinierendes räumliches Verhältnis setzte, kann als maßstabsetzende Herausforderung für die Zukunft angesehen werden. Die nur noch zu ahnenden Verbindungen im „Gartenreich“, Kleinarchitekturen an den rudimentären Alleen im „Wörlitzer Winkel“ oder an den Deichen und natürlich die denkmalgeschützten Anlagen entlang der „Hauptstraße des Gartenreiches“ lassen Vorstellungen von einem solchen Gesamtwerk entstehen. Jedes einzelne Element in seiner durch die Zeit geprägten Erscheinungsform vermag Assoziationen über eine „bessere Welt“ anzuregen. Damit rückt die Frage nach Maßstäben, die aus der Geschichte an die regionale Entwicklung - möglicherweise in Richtung einer „Reform-Landschaft des 21. Jahrhunderts“ - zu legen sind, in den Vordergrund.

Die in der Industrialisierung geborenen kulturellen Utopien neuer räumlicher Lebensweisen, so z.B. der Traum von der elektrifizierten Welt, der in Zschornewitz einen Quellort besitzt, und ihre Gegenbewegungen, wie die der Gartenstadt „Hohe Lache“ oder der Selbstversorgersiedlungen in Dessau, zählen zum unverzichtbaren Kulturgut für die aktuelle Diskussion zur regionalen Erneuerung. Die zahlreichen baulichen, künstlerischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Experimente, die vor allem in der vielgestaltigen Siedlungslandschaft ihren Ausdruck fanden, belegen eine markante Tradition gesellschaftlicher Aufbrüche in der Region, die durchaus widersprüchlicher Natur waren. Ein krönendes Moment dieser Tradition ist das Bauhaus. Wesentlich an diesen in der Landschaft niedergelegten Spuren der Industrialisierung um Bitterfeld, Dessau und Wittenberg erscheint jedoch ihre kritische Betrachtung als Ausdruck des Wirkens einer industriellen „Megamaschine“⁸¹² im elektrochemischen Zeitalter.

⁸¹² Bahro, R. (1989): Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Stuttgart, Wien, S. 117-123

Der visionäre Wunsch nach allgemeiner Wohlfahrt und die radikale Verwertung des Raumes, seiner Menschen und der Landschaft lassen sich an Kulturhäusern und Siedlungen in Bitterfeld oder Wolfen und den danebenliegenden Industriebrachen ehemaliger Chemiewerke augenscheinlich ablesen. Von herausragender symbolischer Bedeutung wäre hier das Walther-Rathenau-Haus gewesen – inzwischen zur immateriellen Hinterlassenschaft geworden. Zugleich sind Versuche einer umfassenden Regulation der Industrialisierung in der Standortverteilung von Kraftwerken, den Trassenführungen der Eisen- und Autobahn oder der Anlage von Wohnsiedlungen erkennbar. Die Tradition einer hochentwickelten Planungskultur im mitteldeutschen Raum um 1930 kann darin vermittelt entdeckt werden.

In dieser Zeit hat die Region insgesamt ihre Eigenständigkeit verloren, wie sie sie in der Ära des Gartenreiches besaß. Die Anpassung an die Bedürfnisse der Metropole und die raumgreifenden Verwertungsziele der Industrie erschien als letztlisches Gestaltungsmoment für die Region. Sie lieferte den elektrischen Strom und die synthetischen Produkte für die neue Wohlstandskultur; sie wurde zum „Standort“, zur Ressource und zur Passage für Stoff-, Energie- und Menschenströme. Ihre Reichtümer exportierte sie gegen einen Wohlstand auf Zeit. Die langfristig wirkende Auszehrung durch die hypertrophierende Metropole hinterließ in immer weiter greifenden Räumen Brachen, devastierte Gebiete, Arbeitslosigkeit und Stigmatisierung.

Der stilisierte Traum vom Garten als idealisierte, künstlerisch bereicherte Landschaft und einer im Einklang mit der Natur entfalteten Lebensweise, wie sie in den erhaltenen und gepflegten Anlagen zwischen dem Wörlitzer und dem Kühnauer Park erlebbar sind, stehen schroff neben Mahnmalen industrieller Vernutzung der Landschaft durch Bergbau-Großtechnik an der Grube Golpa-Nord: Kettenbagger, Absetzer, Förderanlagen. Nur wenige Kilometer entfernt liegt der Wörlitzer Park, schicksalhaft durch unsichtbare Flüsse und oberirdische Bäche und Gräben mit der einstigen Bergbaulandschaft verknüpft. Idyllische, naturnahe Auenlandschaften der

Mulde bei Bitterfeld lassen kaum ahnen, dass die Wiesen durch den mehr als 400 Jahre währenden Bergbau im Muldeinzugsgebiet verseucht und für eine landwirtschaftliche Nutzung nunmehr ungeeignet sind. Das regionale Wasserhaushaltssystem, von dem nicht nur die Gartenlandschaften, Auen und Heidewälder abhängig sind, befindet sich nach 100 Jahren Braunkohlenbergbau und Industrieentwicklung in einem recht labilen Gleichgewicht. Die Wasserschichten können nur durch Pumpen gehalten werden. Würde man diese abstellen, bestünde die Gefahr großflächiger Vergiftungen durch die Altlasten der ehemaligen Chemieindustrie in Bitterfeld und Wolfen.

Im industrialisierten „Band“ Bitterfeld - Dessau tritt sowohl die Indienstnahme der Region für den Fortschrittstraum der Metropolen als auch die Vision einer neuen Siedlungs- und Lebensweise auf Grundlage der modernen Verkehrstechnik sowie der Abkehr von der alten, barocken Stadt im „Gartenreich“ und der Anfang des 20. Jahrhunderts zur eng gewordenen industriellen Großstadt hervor. Das Bauhaus leistete für diese Vision programmatische und praktische Beiträge. Im Zentrum des Interesses heute steht die Auseinandersetzung mit den produzierten räumlichen Leitbildern der städtebaulichen Moderne, vor allem jener Entwicklungsphase zwischen den beiden Weltkriegen. Die errichteten Gartenstädte, Werks- und Selbstversorgersiedlungen manifestieren einen Höchststand der europäischen Stadtbaudiskussion im Spannungsfeld denkbarer Utopien und erlebter Krisen jener Jahre. Neben den Resten dieser Siedlungen erstrecken sich die Hallen stillgelegter Industrieanlagen, einst Hoffnungsträger technikbeherrschten Lebens, heute überflüssige Objekte - aber zugleich Ausdrucksträger einer architektonischen und technischen Kultur, wie sie in den Anlagen des Kraftwerkes von Zschornewitz und Bitterfeld, der Filmfabrik Wolfen oder des sogenannten „Gasviertels“ (Gaswerk) in Dessau in Erscheinung tritt. Und wiederum daran anschließend, erstrecken sich Halden, Gruben, Abriss- und Geröllfelder oder überwachsene, längst stillgelegte, brachgefallene Industrieareale, wie der seit fast 50 Jahren ruhende Hafen an der Muldemündung bei Dessau oder die Spulkippe bei Zschornewitz.

Vor dem Betrachter entfaltet sich die Region einem Bilderbuch gleichend, dessen Seiten durchbrochen sind und somit ausschnittshaft Einblick in zurückliegende Geschichte(n) gewähren. Im Fortgang der Entwicklung kann der wertende Rückblick zum tragenden Bestandteil für neue Orientierung werden. Die Zusammenführung dieser real erlebbaren Zeugnisse von zwei bedeutsamen Phasen kultureller Raumentwicklung bildet das konstruktive Grundgerüst des Projektes „Industrielles Gartenreich“ – eine Modellvorstellung für den Aufbruch in eine Gesellschaft und eine Landschaftskultur, die sich auf einer radikalen Reform gegenwärtiger Entwicklung und dem Verarbeiten der sichtbaren Tradition von „Aufklärung“ und „industrieller Moderne“ gründet.

Innerhalb der beiden tragenden Schichten des Projektes lassen sich in der Region prinzipiell vier Landschaftstypen unterscheiden, die für das Projekt die jeweiligen Betrachtungs- und Handlungsebenen darstellen:

- die Auenlandschaft entlang den Flüssen Mulde und Elbe (als Biosphärenreservat der UNESCO unter Schutz gestellt) sowie das Wassereinzugsgebiet der Mulde und der regionale Wasserhaushalt,
- das historische „Gartenreich“ mit seinen erhaltenen oder verschütteten Anlagen und Teilen,
- die Landschaft der Industrialisierung mit den industriellen Inseln und ihren Resten (ehemalige Kraftwerksstandorte, stillgelegte Industriebereiche, Gartenstädte und Werksiedlungen),
- die Brachen ehemals industrieller Nutzung und die devastierten Flächen des Bergbaus.

Die in diesen Landschaften gespeicherte Geschichte und die Vision einer Reform der zerstörerischen Wachstumsgesellschaft bedürfen neuer Experimente, deren Einstieg symbolische Projekte und Suchfelder sein können. An markanten Orten mit einer beispielhaften Verknüpfung von historischer Bedeutung, aktueller Umbruchsproblematik und spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten für eine Zukunft werden diese „Einstiege in Experimente“ angesiedelt, die das Bauhaus mit Partnern entwickelt:

Dazu gehört die ehemalige Braunkohlengrube „Golpa-Nord“. Der sich in diesem

Tagebaurestloch durch einen Flutungsvorgang herstellende Wasserspiegel samt den technischen Aufwendungen für seine Regulierung zeigt die Wasserabhängigkeit der Region. Darauf beziehend, soll eine geplante Anlage von „Wassergärten“ die Selbstheilungskräfte der Natur anregen und zugleich eine neue Landschaft prägen sowie die Verbindung von industrieller Folgelandschaft zum historischen Gartenreich einleiten. Daneben erhebt sich am Grubenrand die Baggerstadt „Ferropolis“, Mahnmahl und Symbol für einen vergangenen Fortschrittsglauben, Stätte der Erinnerung für die abgebagerte Heimat sowie Ort für Erneuerungsimpulse in der Grubenlandschaft und der angrenzenden Stadt.

Der „Drehberg“ gilt unter den berühmten Orten im Gartenreich eher als ein stiller, unscheinbarer Ort, der Nachdenklichkeit, Trauer und Besinnung, aber auch Lebensfreude, Heiterkeit und Hoffnung in sich vereint. Dieses historische Zeichen, Symbol für die Einheit von Leben und Tod, könnte Kräfte für eine Reformkultur aus (Be)Sinnlichkeit und festlicher Aktion anregen.

Das städtebauliche Fragment „Kraftwerk-Süd“ - „Kraftwerkssiedlung“ - „Kulturpalast“ - „Rathenau-Haus“ aus dem industriellen Band Bitterfeld-Wolfen stellt den Kernbereich einer 100 jährigen Industriegeschichte mit wichtigen Ursprungsorten der mitteldeutschen Chemieentwicklung und symbolischen Kultstätten industrieller Arbeit sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Provenienz dar. Neben der Geschichtsdarstellung zwischen Rathenau und dem „Bitterfelder Weg“ gewinnt dieses Fragment Bedeutung für eine Neuorientierung zugunsten einer städtebaulichen Kultur des gesamten Bereiches unter Einbeziehung vorhandener industriegeprägter Strukturen.

Die Stadt- und Siedlungslandschaft in der Bauhaus-Stadt Dessau bietet durch ihre Verschränkung von Kulturlandschaft, von ausgedehnten Siedlungsbereichen, bedeutenden Städtebautraditionen wie die barocke Stadterweiterung oder die Wiederaufbauplanung nach dem 2. Weltkrieg bis in die 50er Jahre sowie

industriellen Wohn- und Arbeitsstätten die Gelegenheit, eine historisch fundierte bestands- und ressourcenschonende Stadterneuerung zu initiieren. Von besonderem Interesse erscheinen die Bereiche der Nord-Süd-Achse mit ihrer architektonisch reichen und widersprüchlichen Raumfolge und das "Gasviertel" als Ursprungsort der Dessauer Industrieentwicklung. Zugleich verweisen die an verschiedenen Orten der Stadt angelegten Bauhaus-Bauten auf architektonische und städtebauliche Intuitionen des Neuen Bauens für die Stadtentwicklung. Dessau ist zugleich Schnittpunkt einer regionalen Siedlungslandschaft zwischen Piesteritz bei Wittenberg, Zschornowitz und Wolfen mit ihren zumeist denkmalgeschützten Anlagen von z.T. internationaler kulturgeschichtlicher Bedeutung. Dabei gewinnt die Werkssiedlung Piesteritz als markantes Zeugnis des der Stadtbaukunst verpflichteten Werkssiedlungsbaus aus der Zeit des 1. Weltkrieges wegen des Weges einer bewahrenden Erneuerung einen besonderen Stellenwert.

Die industrielle Insel Vockerode im Gartenreich mit ihren gravierenden sozialen Problemen im Zuge des Zusammenbruchs der industriellen Basis ist ein prädestinierter Ort für die Suche nach neuen, gemeinwesenorientierten Tätigkeitsfeldern für eine Verknüpfung lokaler Wirtschaftskreisläufe mit Fragen der Dorf- und Landschaftserneuerung. Über die „Entwicklungswerkstatt“ und „soziale Betriebe“ kann hier der Einstieg erfolgen. Eine vergleichbare Situation, jedoch im Industrieareal Bitterfeld - Wolfen gelegen, stellt die Initiative „Neue Arbeit“ in der ehemaligen Filmfabrik Wolfen dar. Der „Wallwitzhafen“ an der Muldemündung in die Elbe gilt als ein Beispiel für die öffentliche Wiederentdeckung eines von der Natur zurückeroberten Industrieareals: Die Spuren der Geschichte können eine Sensibilisierung für den behutsamen Umgang mit Brachen anregen.

Die projektierten „Landschaftsstreifen“ in Zschornowitz vermitteln Visionen für eine mögliche Wiedergewinnung von Freiräumen zur Selbsterneuerung des Lebensraumes in einer devastierten Umwelt. Sie können Suchfelder für eine auf Dauerhaftigkeit zielende Gestaltung sein. Die Streifen beinhalten Sanierungsbereiche, Lernpfade für Bewohner und Besucher, lokalökonomische

Wirtschaftsbereiche, bewahrte Geschichtszeugnisse und Selbstregenerationsareale der „befreiten“ Natur.

Die „gespeicherte“, widersprüchliche Kultur gilt es, an jenen markanten Orten zu erhalten und auf verschiedene Weise öffentlich zu erschließen. Das Spektrum einer entsprechenden „Kulturarbeit“ beginnt mit öffentlichen Auseinandersetzungen über die „Fruchtbarkeit verschütteter Monumente“ des Gartenreiches und der Industrielandschaft im Rahmen denkmalpflegerischer oder künstlerischer „Maßnahmen“. Es reicht von Festen (z.B. anknüpfend an Traditionen der Drehberg- oder Siedlungsfeste) über Rundfahrten und Führungen, Foren und Seminare bis zu Publikationen und Filmen. Darauf fußen Planungen und Studien für die Erneuerung bzw. Revitalisierung von sensiblen Bereichen des regionalen Naturhaushaltes, wie z.B. der Flüsse und Gruben, aber auch für konfliktgeladene Lebensbereiche in Siedlungen und Stadtbereichen. Die kulturelle, öffentliche Inwertsetzung von entwerteten Räumen und Infrastrukturen mit derartigen Maßnahmen im Sinne einer erhaltenden Erneuerung ist die Voraussetzung für eine Umkehr der zerstörerischen Verwertungsspirale der industriellen Wachstumsgesellschaft und den Aufbau einer Kultur der Dauerhaftigkeit. Die Erhaltung dieser Orte bietet zugleich Anlässe für eine gestalterische Auseinandersetzung mit diesen Themen und vermittelt sinnliche Zugänge zu den historischen Ablagerungen und den innewohnenden Botschaften. Sie sollen Bestandteil eines neuen Alltags werden, in dem Erhaltung vor Vernutzung steht, in dem Langlebigkeit einem permanenten Verschleiß vorgezogen wird, in dem es Beruhigung statt der immerwährenden Beschleunigung gibt, der Solidarität und Dezentralität gegenüber subalternen Verhaltensweisen und -strukturen befördert, der Kulturgeschichte und deren Pflege zu einem tragenden Bestandteil erhebt.

Damit verbindet sich auch die Suche nach prinzipiell neuen Lebensperspektiven für die Bewohner, von denen viele auf dem Markt industrieller Erwerbsarbeit nicht mehr gebraucht werden. Aus den Reformkulturen schöpfend und die bisherige Verschleißorientierung in eine - ökologischer und kultureller Regeneration

verpflichtete - Kreislaufwirtschaft wandelnd, wären neue Tätigkeitsfelder denkbar, die zugleich eine Grundlage für neue Berufe darstellen können. Als Ersatz bisher vorherrschender Berufsbilder der gegenwärtig dominanten Wirtschaftsbereiche wären folgende neue Ausbildungsziele denkbar:

Klimawirt, Sozialbetriebswirt, Kulturarbeiter, Bestandspfleger (Stadt- und Dorfpfleger), Ressourcenplaner, Wiederverwendungsingenieur/-planer und -gestalter, Freigeldökonom ...

Die soziale und technisch-wirtschaftliche Reformtradition der Region kann für die Innovation auf sozialen Gebieten fruchtbar gemacht werden. Erste Ansätze repräsentieren einzelne Aktivitäten im Rahmen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsförderung, wie in Vockerode, Dessau oder Wolfen. Darauf aufbauend können Entwicklungswerkstätten und Selbsthilfeorganisationen, Genossenschaften und regionale Netze von Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungsagenturen die technische Innovation für die schadstofflose, auf den regionalen Bedarf orientierte und an den regionalen Ressourcen bemessene Produktion anregen. Entscheidendes Kriterium für eine Wirtschaftsweise, welche die überkommenen industriellen „Wunden“ zu heilen vermag, ist ihre Fähigkeit, den vorhandenen naturräumlichen, baulichen und sozialkulturellen Bestand behutsam erhaltend zu erneuern, das heißt, die Gestaltung der Lebensumwelt zum Gegenstand miteinander verwobener wirtschaftlicher, politisch planender und künstlerischer Tätigkeit zu erheben.

Dabei geht es um eine Programmatik, die dieser traditionsreichen Region angemessen wäre. Sie verwirklicht sich nicht mehr durch einen aufgeklärten Fürsten oder starken Industriepolitiker. Der Traum wäre, durch wiedergewonnene, veränderte oder neue Institutionen ein „Regionales Oberhaus“ oder andere kulturelle „Instanzen“ zu induzieren und in Handlungen zu überführen.⁸¹³ Unter gänzlich neuen

⁸¹³ Bahro, R. (1989): Logik der Rettung, Stuttgart, Wien, S. 491ff

Bedingungen ist an die Erfahrungen und Fähigkeiten der hier lebenden Menschen anzuknüpfen.

Dass hierfür keine Handlungsrezepte bereitliegen, dürfte klar sein. „Die Frage aber, wie die universelle Herausforderung des Reichtum und (zugleich HK) Zerstörung produzierenden Industriesystems demokratisch aufgelöst werden kann, ist theoretisch und praktisch völlig offen.“⁸¹⁴ Eindeutige und umfassende Lösungen für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme der Region hat niemand parat. Schnelle Lösungen erweisen sich zumeist als Pyrrhussiege. Die Problemlösungen industriegesellschaftlicher Herkunft sind zumeist „von den Problemen, die sie bewältigen sollen, zutiefst affiziert, so dass alle Lösungsanstrengungen nur die Problemwucherung beschleunigen.“⁸¹⁵ „Die Frage ist vielmehr, wie man die Dinge dahin in Bewegung bringt, dass Lösungen absehbar werden.“⁸¹⁶

Es steht also eine grundsätzliche Abkehr von der vermeintlich „polytechnischen Lösbarkeit“ der Probleme und eine Hinwendung zum Erlernen von Fähigkeiten für den Umgang mit fundamentalen Problemen auf der Tagesordnung.⁸¹⁷ Dabei verknüpfen sich wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit, assoziatives Gestalten, tastendes politisches Handeln und sinnliches Erfassen. Aus dieser Sicht bedeutet „Nachhaltigkeit“, ein Begriff, der vor allem seit dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro Konjunktur hat, weniger ein endgültiges Ziel als eine Handlungsmaxime. Das heißt, der englischen Wortbedeutung von „sustainability“ zu folgen und Fähigkeiten für das Erzielen und den Wiedergewinn von

⁸¹⁴ Beck, U. (1991): Beck, U. (1991): Die unvollendete Demokratie, in: Beck, U./Hrsg.: Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S.196-201, insbes. S. 201

⁸¹⁵ Beck, U. (1994): Die Stadt in der Gewißheit des Umbruchs, in: Deutsches Architektenblatt, Nr. 9, S.1315-1317, insbes. S. 1316

⁸¹⁶ Hoffmann-Axthelm, D. (1993): Die dritte Stadt, Frankfurt/Main, S. 152

⁸¹⁷ Burckhardt, L. (1989): Das Ende der polytechnischen Lösbarkeit, in: Archithese, Nr.5, S.42-43/68, insbes. S. 68

dauerhaft möglichen Lebensbedingungen sowie einem entsprechenden Verständnis von Wirtschaft zu entwickeln.⁸¹⁸ Damit wird erkennbar, dass sich die sogenannte „Nachhaltigkeit“ weder betriebswirtschaftlich erschöpft noch mit einer Anpassung an die gegenwärtigen Machtverhältnisse gleichgesetzt werden kann.

Die Erörterung eines solchen Vorhabens wie „Industrielles Gartenreich“ muss im Verhältnis zu zwei prinzipiell möglichen Strategien für die regionale Entwicklung gesehen werden:

- a) Nutzung endogener Potentiale oder
- b) Nutzung der Zugkraft spektakulärer Großprojekte⁸¹⁹

Letztere stellen herkömmliche Innovationsstrategien dar, die auf die Inszenierung von zeitlich und räumlich begrenzten Großvorhaben als Anschubmotoren einer Entwicklung setzen. Der „Eiffelturm-Effekt“ soll die Modernisierung vorantreiben, internationale Investoren anlocken und Touristenströme kanalisieren. Herausragende Vorhaben dieser Art sind die EXPOs. Für Hannover ist im Jahr 2000 eine solche vorgesehen. Hier gibt es Beziehungen zu dem Projekt „Industrielles Gartenreich“, die zugleich die oben angegebene Polarisierung der Strategien relativieren und auf eine ambivalente Gratwanderung des Projektes verweisen.

Im Zusammenhang mit dem „Nationalen Sonderprogramm“ zur Altlastenerfassung und -sanierung in Bitterfeld schlug der Bonner Umweltminister 1991 vor, im Raum Halle/Leipzig/Bitterfeld eine „Weltausstellung der Sanierungstechnologien“

⁸¹⁸ Birkhölzer, K. (1994): Lokale Ökonomie zwischen Marginalisierung und zukunftsweisender Wirtschaftsweise, in: IFP "Lokale Ökonomie" und "Zukunft im Zentrum" gGmbH/Hrsg.: Lokale Ökonomie, Berlin, S.9-15, S. 12

⁸¹⁹ Siebel, W. (1992): Die internationale Bauausstellung Emscher Park, in: Häußermann, H./Hrsg.: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Basel; Berlin; Boston, S.214-231, insbes. S. 218

durchzuführen.⁸²⁰ Daraufhin schlugen das Bauhaus Dessau und der Oberbürgermeister der Stadt Dessau dem Land Sachsen-Anhalt vor, das Projekt „Industrielles Gartenreich“ mit dem Gedanken einer Weltausstellung zu verknüpfen, nicht zuletzt, um den Charakter der Technologiemesse zu brechen und Aufmerksamkeit auf einen komplexen Ansatz zur Regionalentwicklung zu lenken. Ziel war auch, die Öffentlichkeit mit dem Projekt bekanntzumachen bzw. diese durch die politische Zugkraft einer Weltausstellung für die Probleme der Region und mögliche Lösungsstrategien zu mobilisieren. 1994 wurde durch die Landesregierung das Projektgebiet Dessau - Bitterfeld - Wittenberg als ein Korrespondenzstandort zur EXPO in Hannover vorgeschlagen und am Ende des gleichen Jahres prinzipiell bestätigt. Erste praktische Schritte zur Institutionalisierung der EXPO-Aktivitäten sind im Dezember 1994 mit der Gründung eines Regionalforums eingeleitet worden.

Obgleich die Zielsetzung einer „nachhaltigen Entwicklung“ für beide Standorte (Hannover und Dessau - Bitterfeld - Wittenberg) angegeben wird, entstehen Zweifel, ob dieses Ziel erreicht wird oder ob nicht eher eine gigantische Messe für ökologische Modernisierungs(technik) samt kulturellem „Beiwerk“ und Touristenströmen dieses Ziel konterkarieren. Damit könnte das Projekt „Industrielles Gartenreich“ ebenfalls in ein Zwielicht geraten und nicht, wie es der EXPO-Vertrag von 1928 vorsieht, eine Bildungsveranstaltung ohne kommerzorientierte Messe werden.⁸²¹ Mit der offiziellen Erhebung zur EXPO-Region gelangten die Begriffe Nachhaltigkeit und „Industrielles Gartenreich“ in die politische Öffentlichkeit. Zugleich aber suggerierte dies auch einen leichteren Zugang zu öffentlichen Fördermitteln, was ein Konkurrenzgebaren der Kommunen untereinander beförderte. Hier deuten sich bereits gegenteilige Wirkungen bezüglich der oben genannten Zielsetzungen an. Die Auseinandersetzung dürfte sich zukünftig weiter verschärfen.

⁸²⁰ Mitteldeutsche Zeitung vom 7. Januar 1991

⁸²¹ Projektgruppe "Umwelt-EXPO in Sachsen-Anhalt" (1994): Mensch-Natur-Technik. Die Mitteldeutsche Industrieregion auf dem Weg in das 3. Jahrtausend, Magdeburg, unveröffentlicht, S.6ff

Das „Industrielle Gartenreich“ hingegen könnte (auch als Beitrag für die EXPO) „auf der Grundlage einer Bilanz des 20. Jahrhunderts, mit der Verknüpfung von sozialen und technischen Utopien, also neu entworfenen Grundrissen einer besseren Welt, zur Aufklärung über fatale Entwicklungslinien des vergangenen Jahrhunderts beitragen und so ein unverzerrtes Blickfeld auf die Zukunft öffnen. Das ist nicht viel, aber mehr ist nicht zu erwarten.“⁸²²

Die strukturellen Schwerpunkte und die Schrittfolge des Programms

Das „Industrielle Gartenreich“ versteht sich als kulturelles Programm für die Gestaltung der Landschaft und für die Perspektive ihrer Bewohner. Es umfasst drei miteinander verflochtene inhaltliche Dimensionen und Tätigkeitsfelder:

Die beiden kulturellen Schichten (Gartenreich und Industrialisierung) mit ihren geistigen Grundlagen und Hinterlassenschaften werden in eine Auseinandersetzung mit den dominanten Wertorientierungen sowie den kulturellen Be- und Entwertungen des Vorgefundenen, der verschütteten Reichtümer oder Entwicklungen geführt.⁸²³

Dieses „In-den-Dialog-Bringen“ historischer Schichten heißt, mit öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten einen Erkenntnis- und Lernprozess aller für die Regionalentwicklung in Frage kommenden Fachleute, Politiker, Bewohner, Besucher und deren Gremien anzuregen. Somit orientiert diese erste Dimension als ein Lernprogramm primär auf die Handlungen der Menschen hinsichtlich ihrer Ziele, Wertungen und Verfahren für eine dauerhaft tragfähige regionale Entwicklung. Hierfür ist ein neues Bildungsverständnis mit entsprechenden Institutionen zu

⁸²² Negt, O. (1991): Weltausstellung 2000: Industriemesse oder ein Haus Salomonis?, in: Brandt, A.; Jüttner, W.; Weil, S./Hrsg.: Weltausstellung und Stadtzukunft - Das EXPO-Projekt, Hannover, S.25-38, insbes. S. 38

⁸²³ Bodenschatz, H.; Seifert, C. (1992): Stadtbaukunst, Brandenburg an der Havel, Berlin, S. 13-15. Hier führen die Autoren das Modell der „Schichtungen“ als grundlegendem Ansatz für eine „kulturelle Stadterneuerung“ aus, was in der Konzipierung des „Industriellen Gartenreiches“ einen zentralen Stellenwert einnahm und über die persönlichen Kooperationsbeziehungen transportiert wurde.

entwickeln. Die Ansätze für lokale „Entwicklungswerkstätten“ stellen dafür einen möglichen Einstieg dar.

Die zweite Dimension des Programms versteht sich als lokales Aktionsprogramm zu dem ganzheitlichen Lernansatz. Hier werden kulturelle Projekte an markanten Orten regionaler Entwicklung, an jenen Schnittstellen zwischen historischen Erfahrungen und perspektivischen Orientierungen entfaltet. Die aktuellen Umbrüche in der Region werden an diesen Orten mit den jeweiligen kulturgeschichtlichen Ablagerungen sowie Ansätzen für Nachhaltigkeit in Beziehung gebracht. Als „Bruchstücke der anstehenden Veränderung“⁸²⁴ eröffnen sie Zielstellungen und bereiten ausgewählte Beispielumsetzungen vor. Damit können diese Projekte sowohl zum Erkenntnis- und Prüffeld des Lernens als auch zum Initialmoment von Richtungsänderungen regionaler Entwicklung werden. Diesen Projekten kommt eine Schlüsselrolle zu. Neben Veröffentlichungen nehmen die monatlich stattfindenden Rundfahrten, Exkursionen und geführte Wanderungen eine wichtige Funktion bei der Vermittlung des programmatischen Ansatzes ein. Auf eine erzählende und damit montierende Art werden dabei Geschichte und Zukunft vermittelt. Indirekte Wirkung besitzen ortsbezogene Ausstellungen (z.B. zur Kunst des „Bitterfelder Weges“, 1994, oder zu den Dessauer Siedlungen, 1991 bis 1994) und Kunstprojekte (z.B. „Wasserspiele für die Mulde“, 1992, am Drehberg, 1992 bis 1994). Mit dem ersten, 90minütigen Kino- und Fernsehfilm zum "Industriellen Gartenreich" entstand 1994 durch eine Berliner Dokumentarfilmgruppe eine filmische Rundfahrt durch Geschichte, aktuellen Umbruch und perspektivische Ansätze der Region.

Die dritte Dimension umreißt ein „Materialisierungsprogramm“ des Lernprozesses, d.h. die Realisierung von „Lernhilfen“ bzw. symbolischen Zeichen für jeweilige Zielsetzungen an den Orten. Dies reicht von Initiativen zur Gründung entsprechender lokaler Institutionen über Planungen und Studien für Objekte bis zu deren

⁸²⁴ Hoffmann-Axthelm, D. (1993): Die dritte Stadt, Frankfurt/Main, S. 133

partnerschaftlicher Umsetzung in singulären Erneuerungs-Bauten und Anlagen. Mit dieser Dimension des Projektes werden (im Maßstab 1:1) Experimente „vor Ort“ in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren realisiert. Dabei kann auch eine Rückkopplung zu den formulierten Ansätzen der ersten Dimension erreicht werden. So entsteht ein praktischer „Erkenntnis-Pfad“, der letztendlich verändernd wirkt.

Diese prinzipiellen Handlungsdimensionen des Programms manifestieren sich in drei Schwerpunkten, die eine Operationalisierung des Programms ermöglichen:

Einen ersten Schwerpunkt bei der Entfaltung des „Industriellen Gartenreiches“ stellt die Institutionalisierung dar. Da nur bedingt auf vorliegende institutionelle Grundlagen, Erfahrungen und Beispiele zurückgegriffen werden kann, ist die Frage offen, welche Institutionen eine nachhaltige, aus dem kulturellen Bestand abgeleitete Entwicklung tragen können. Dieser Part gehört zu den wichtigsten Lern- und Erkenntnisfeldern des Gesamtprojektes. Nicht nur die Suche nach adäquaten Institutionen (formeller und informeller Art) und die Auseinandersetzung mit sich etablierenden „Importinstitutionen“ westlicher Provenienz mit ihren oft (neo)zentralistischen, subalternen und von „Muttereinrichtungen“ abhängigen Strukturen sowie der Umgang mit der pauschalen politischen Stigmatisierung von Ost-Institutionen, aber auch der Entwertung historischer Institutionsformen, gehören zur Projektentwicklung. Vor allem das generelle Fehlen angemessener institutioneller Netzwerke und einer Kultur der Eigenständigkeit und Kooperation gestaltet sich zum Entwicklungsfeld des Projektes. Bisher wurde die Institutionalisierung in zwei Richtungen vorangetrieben:

1. Bildung institutioneller Träger und kommunikativer Plattformen in der Region auf Vereinsbasis (Verein „Industrielles Gartenreich“ e. V. mit den Arbeitskreisen „Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft“, „Siedlungserneuerung“, „Ferropolis“ seit 1990 oder Einzelvereine, wie der Verein Wolfener Siedlung 1991, der Museumsbahnverein der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn seit 1994) sowie eine Beschäftigungsgesellschaft (gGmbH) für den Aufbau von Entwicklungswerkstätten (seit 1994);

2. Aufbau von Institutionen, die im Sinne einer „Brücke“ eine Kommunikation zwischen externen Partnern, zu einzelnen Projekten und übergreifenden Themen ermöglichen, wie der Verein „Gesellschaft für Urbanistik“ e. V. zu Fragen der Stadt-, Dorf- und Regionalerneuerung (seit 1990) sowie der Dachverband „Bergbau-Folgelandschaft e. V.“ (seit 1995), aber auch informelle Gremien, wie die „Arbeitsgemeinschaft ökonomische Selbsthilfe und regionale Erneuerung“ (seit 1993) oder das „Bauhausforum“ als ein europäisches Netzwerk für nachhaltige Regionalentwicklung (seit 1994). Als dringend notwendig erscheint zukünftig die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft bzw. -agentur für Projektmanagement und -umsetzung von bestimmten Vorhaben, die vom Bauhaus ausgehen und in ihrem Verlauf einen größeren Finanz- und Personalumfang einnehmen.

Die Institution Bauhaus nimmt seit den 1920er Jahren, vor allem in Bezug auf die Stadt Dessau und die Region, einen besonderen Platz ein. Die Beschäftigung mit dieser Institution, ihrer Entfaltung als konsistenter Impulsgeber und endogenes Potential sowie internationaler Kommunikationspunkt mit Tradition und kunst- bzw. kulturgeschichtlicher Bedeutung gestaltet sich zum Ausgangs- und Bezugspunkt der meisten institutionellen Aktivitäten innerhalb des ersten Schwerpunktes.

Als ein zweiter Schwerpunkt leitet sich die Geschichtsarbeit sowohl aus der Beschäftigung mit dem Bauhaus selbst als auch aus dem regionalen Bezug wie aus der aktuellen Umbruchsituation ab: Der Verlust an Identifikationsmöglichkeiten und Orientierungen verleitet, so die gegenwärtige Beobachtung, wieder einmal zu verklärender Rückwärtsgewandtheit. Hier gewinnt die Auseinandersetzung um das Geschichtsverständnis an Bedeutung. Der neuralgische Punkt liegt in der besonders ambivalenten Industriegeschichte. Zum einen stellt sich Geschichte in Gestalt industrieller Altlasten und eines Images von Schmutz, Verbrauchtsein oder sozialer Probleme dar. Diese Geschichte wird, wie man auch in vergleichbaren Gebieten Europas sehen kann, durch Flächenabriß und Altlastenabdeckung getilgt, womit ein verbreitetes Verfahren für den Imagewechsel genannt ist, das auch in der Region Schule macht. Zunehmend wird jedoch die Ästhetik der Industriekultur

(Industriedenkmale) als Wandlungssymbol entdeckt.⁸²⁵

Daneben, eher in einer losen Beziehung zur Regionalerneuerung stehend, werden Industriemuseen als „weiche“ Standortfaktoren für die „postindustrielle“ Entwicklung eingerichtet. Die Gefahr bei diesen Vorgehensweisen besteht im Gerinnen von Geschichte zur Arabeske eines Geschichtsverdrängungsprozesses, ja zu einer „Ästhetik des Vergessens“⁸²⁶. Da aber die Industriegeschichte viele soziale, ökologische, technisch-ökonomische und räumliche Widersprüche in ihren Baulichkeiten und Arealen gespeichert hat, bietet sie potentiell die Möglichkeit, über ihre kritische Befragung und systematische Integration kulturelle Umorientierungen für die Regionalentwicklung zu vermitteln.

Dies gewinnt unter den Bedingungen des Umbruchs im Osten einen besonderen Stellenwert. Der Stigmatisierung der industriell geprägten Regionen als grau, veraltet und wertlos und dem sich darauf gründenden „Wegmodernisieren“ von Geschichte stellt das „Industrielle Gartenreich“ einen Sicherungsansatz entgegen. Innere Möglichkeiten (endogene Potentiale) sind gerade im Prozess ihrer Entwertung und Vernichtung zu sichern, denkmalpflegerisch zu bewahren und die in ihnen wohnenden Widersprüche und Reformansätze für die Suche nach Orientierungen der Regionalentwicklung fruchtbar werden zu lassen. Eine darauf bezogene Forschung, Dokumentation und Präsentation ermöglicht die praktische Wirkung der geschichtlichen Betrachtungsweise in den Einzelprojekten. Das seit 1993 im Aufbau befindliche „Archiv Industrielles Gartenreich“ bildet zusammen mit dem Forschungsschwerpunkt Industrialisierungs- und Umweltgeschichte die institutionelle Grundlage dafür.

⁸²⁵ Schmals, K.M.; Müller, S./Hrsg. (1993): Die Moderne im Park, Dortmund, S. 11

⁸²⁶ Hilpert, T. (1992): Als alles offen ist (im Sommer 1991): Medien-Bauhaus-Stadt-Raum, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 28-51, insbes. S. 51

Bezogen auf den Erhalt und eine Musealisierung von Objekten oder Prozessen gilt es, „mit dem Wissen, das in ihnen gespeichert ist, zu argumentieren und zu dem, was wir aus der Welt machen, Stellung zu beziehen“; es geht dabei nicht um „Schausammlungen“, sondern darum, durch das Aufdecken von Schwierigkeiten, von Geheimnisvollem, von verborgenen Schätzen „Gewißeiten zerplatzen“ zu lassen und bezugslosen Bilderwelten entgegenzutreten.⁸²⁷ Von geradezu zwingender Bedeutung für das Vorhaben erwächst hier die Auseinandersetzung um das Bauhaus-Erbe, d.h. um die Rolle des Bauhauses im Prozess der industriellen Modernisierung und Raumgestaltung.⁸²⁸

Der dritte Schwerpunkt betrifft die synthetisierende Handlungsebene räumlicher/landschaftlicher Gestaltung der „Lebensumwelt“. Sowohl die historischen Reichtümer und Widersprüche als auch die Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung finden in Gestalt eines Landschaftsraumes ihren Ausdruck. Hier wird eine konkrete, sinnlich und sozial erfahrbare, d.h. praktizierbare Wandlung auf Grundlage des geschichtlich Vorhandenen schrittweise sichtbar. Damit realisiert sich ein vitaler Anspruch an das Bauhaus als einer gestaltenden Institution. In besonderem Maße werden in der Landschaft die gravierenden Konflikte verschiedener Interessengruppen, die Auseinandersetzung um das Verständnis von industrieller Arbeit und ihres Wandels sowie der Umgang mit den Ressourcen deutlich. Damit sind die zentralen Bezugspunkte der Gestaltung benannt. Eine die Gestaltungsarbeit fundierende Forschung und Kommunikation zu den Themen Nachhaltigkeit und Region hat seit 1994 begonnen, nationale und internationale Diskussionsstränge in Beziehung zu dem Programm „Industrielles Gartenreich“ zu setzen.

Bei dem verfolgten Ansatz geht es nicht in erster Linie um vordergründige

⁸²⁷ Fehr, M. (1994): Für ein neues Paradigma des Musealen, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 1, S. 16

⁸²⁸ Bodenschatz, H. (1992): Industrielles Gartenreich?, in: Planerin, Nr. 1, S.5-8, insbes. S. 7

Begrünung, um Realisierung von Bauvorhaben oder um die Gestaltung von Parkanlagen auf ehemaligen Brachen. Keine planmäßige Vollendung einer „postindustriellen“ Landschaft mit historisierender Erheiterung von Besuchern, sondern eine – fast surreal angelegte – Gestaltung von Fragmenten bestimmt die Vorgehensweise des Projektes. Gemeint sind die authentischen Spuren kultureller Traditionen, die historischen Widersprüchlichkeiten und deren Zusammenwirken im regionalen Raum, welche Ahnungen und praktische Möglichkeiten eröffnen, aber auch Besinnung und Ehrfurcht bedeuten. Eine neue „Regel“ oder „Konvention“ der Gestaltung entsteht im Vernetzen solcher Fraktale mit einer neuen Orientierung. Im Wirken für eine Raumgestaltung auf regionaler Ebene geht es um die Entfaltung einer „Ästhetik der Spuren“, der „Fruchtbarkeit der Monumente“, der epischen und narrativen Elemente der Landschaft. Zugespitzt formuliert, wären am Wiederherstellen naturbezogener Lebensverhältnisse und „an den geschichtlichen Spuren der Arbeit gegen Nostalgie und Mobilisierung von Schöpfungsakten gegen Vollendungszwang“ die Gestaltungsambitionen des Bauhauses zu orientieren.⁸²⁹

Wenn bei der Darstellung der Handlungsschwerpunkte des „Industriellen Gartenreiches“ wiederholt vom „Entfalten“ gesprochen wurde, dann deutet dies auf die Verlaufsform des Programms, dessen Zeitstruktur hin. Dass ein solches Programm, eine langfristig orientierte und grundlegend (radikal) gedachte Neuorientierung regionaler Entwicklung nicht durch einige programmatische Zeilen erreichbar ist, erscheint einleuchtend. Sie muss für jeden Schwerpunkt durch notwendige Forschung, dokumentierende Beobachtung, lokale Projektentwicklung, öffentliche Diskussion, künstlerische Reflexion, internationale wissenschaftliche Kommunikation, verarbeitende Ausstellungen und Aktionen fundiert und schrittweise errungen werden.⁸³⁰ Die etappenweise Bündelung verschiedener Aktivitäten zu öffentlichen Darstellungen und Diskussionen vermag, so lautet die Vermutung, dem

⁸²⁹ Hilpert, T. (1992): Als alles offen ist (im Sommer 1991): Medien-Bauhaus-Stadt-Raum, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 28-51, insbes. S. 44

⁸³⁰ Stein, M; Kegler, H. (1991): „Schneller leben“, in: Leben statt Lifestyle, Langenargen, S. 56-59, insbes. S. 59

Orientierungsprozeß kontinuierliche, weiterwirkende Impulse zu verleihen und zugleich der Gefahr einer Zerfaserung im Alltag zu begegnen. Andererseits könnte dadurch einer „Festivalisierung von Stadtentwicklungspolitik“ Vorschub geleistet werden, der durch eine kritische Begleitung „von außen“ begegnet werden sollte.⁸³¹ Entlang den beiden wichtigen historischen Sedimenten der Region, die sie prägten und ihr internationale Beachtung einbrachten, werden solche Bündelungen vorgenommen:

Den Ausgangspunkt stellen das Bauhaus und dabei seine Beziehung zur Raumgestaltung, zur Stadt und dem urbanen Lebensraum dar. Nahtlos schließt sich daran die zwingend erforderliche Reflexion der Industrialisierungsgeschichte als kritisches Fundament und unmittelbares Bezugsfeld an. Als drittes Moment tritt das Gartenreich in den Vordergrund, womit zugleich ein - nicht mechanisch gesehen - analoger Ringschluß zu Themen landschaftlicher Gestaltung gezogen wird. In einem Zeitraum von 10 Jahren vermitteln kulturelle Aktivitäten (Ausstellungen, Kongresse, Aktionen) die öffentliche Debatte und Planungspraxis zur Regionalentwicklung – anknüpfend an historische Jubiläen.

Am Beginn stand das Projekt „Bauhaus-Stadt“ (Bündelung von Aktivitäten 1993) - anlässlich des 70. Jahrestages der Bauhaus-Ausstellung in Weimar 1923, welche den Kurswechsel des Bauhauses zur Industrialisierung der Gestaltungskultur und zum Neuen Bauen (Neue Stadt) einleitete. Hier konnte zumindest ansatzweise das Selbstverständnis des Bauhauses in der Geschichte und als Institution für die Zukunft sowie dessen internationale Bedeutung erörtert werden.

Als zweite Stufe folgt 1996/97 die „Industrie-Region“ anlässlich des 70. Jahrestages der Eröffnung des Dessauer Bauhauses in dem damals prosperierenden

⁸³¹ Vgl. Siebel, W. (1991): Festivalisierung der Politik und die Unsichtbarkeit der Städte, in: Brandt, A., Jüttner, W.; Weil, S./Hrsg.: Das EXPO-Projekt, Hannover, S.39-51., insbes. S.39

Industriegebiet Dessau - Bitterfeld und der 100jährigen Jubiläen Mitte der 1990er Jahre sowohl der chemischen Industrie in Bitterfeld/Wolfen als auch der Junkerswerke in Dessau. Im Zentrum stehen hierbei die Wertung der industriegeschichtlichen Hinterlassenschaften und das öffentliche Herausarbeiten ihrer kulturellen Bedeutung als Denkmale, Mahnmale, Merkzeichen in der Landschaft oder als Orte des Lebensalltags.

Den vorläufigen Abschluss bildet 1999/2000 das „Gartenreich“, womit - anlässlich des 80. Gründungstages des Bauhauses und des 200. Todestages des klassizistischen Architekten Erdmannsdorff⁸³² – gleichzeitig die Gesamtschau auf das Projekt „Industrielles Gartenreich“ erfolgt. Dabei bietet sich Gelegenheit, das Thema Kulturlandschaft/Lebensumwelt und Nachhaltigkeit übergreifend zu behandeln.⁸³³

Dieses 10-Jahres-Programm „Industrielles Gartenreich“ nahm die UNESCO 1993 als Beitrag zur „Weltdekade für kulturelle Entwicklung“ auf.⁸³⁴

⁸³² Bodenschatz, H. (1990): Vorläufige Überlegungen zur kulturellen Stadterneuerung in Dessau, in: Bodenschatz, H.; Welch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S.62-63, insbes. S. 62

⁸³³ Kegler, H.; Stein, M. (1990): Konzeption für die Forschung des Bereiches Urbanistik am Bauhaus Dessau 1990-2000, in: Bodenschatz, H.; Welsch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S.64-69 sowie Kegler, H. (1993): "Industrielles Gartenreich" - historische Zusammenhänge, in: Jahresbericht 1992 Bauhaus Dessau, Dessau, S. 5-11, insbes. S. 11

⁸³⁴ Dokumentation der Aufnahmeunterlagen (1993), Dessau/Bonn (unveröffentlicht)

4. Bauhaus-Stil: eine Reflexion auf dem Wege zur EXPO 2000

„Ich gebe bekannt: Die Industrie hat einen neuen Stil geschaffen. Niemand bestreitet heute mehr, dass es eine Ästhetik gibt, die von der modernen Industrie ausgeht. Immer mehr Anlagen und Maschinen, die unter Wahrung der Proportionen und der Entsprechung von Gewicht und Material geschaffen werden, verwandeln sich in wirkliche Kunstwerke, denn in ihnen kommt ein Plan zum Ausdruck. Jedoch die Auserwählten, die die Welt der Industrie organisieren und von kühnem Geist durchdrungen wirklich schöne Gegenstände schaffen, sind der Meinung, weit entfernt von der schöpferischen Ästhetik zu sein. Sie irren sich, denn gerade sind sie die aktivsten Schöpfer der modernen Ästhetik. Weder die Künstler noch die Industriearbeiter begreifen das. IN DER ALLGEMEINEN PRODUKTION und nicht in gewissen ornamentalen Ergänzungen wird der Stil der Epoche geschaffen!“⁸³⁵

Der Schriftsteller Ilja Ehrenburg bringt mit dieser Deklaration Anfang der zwanziger Jahre seinen Anspruch an ein ästhetisch-soziales Programm des 20. Jahrhunderts auf den Punkt. Er skizziert eine universal angelegte Utopie der kulturellen Wirkung industrieller Produktion. Die Industriegesellschaft schien zum ersten Mal die Möglichkeit zu eröffnen, den utopisch anmutenden Unbedingtheitsanspruch der gestaltenden Kräfte für eine vollständig neue Kultur und Umwelt des Menschen weltweit zu realisieren. Die künstlerische Avantgarde sah am Beginn des Jahrhunderts in der Industrie die tragende Kraft neuer Gestaltungsmöglichkeiten.

Der 'neue Stil' erhielt mit dem Bauhaus Dessau ein gestalterisches und programmatisches Referenzobjekt. Ehrenburg, der hier stellvertretend für die

⁸³⁵ Ehrenburg, I. (1922): Und sie bewegt sich doch, Leipzig (Reprint 1989)

radikalen Wortführer der industriellen Moderne steht, sieht im Bauhausgebäude den geronnenen Ausdruck dieses Anspruchs:

„Ich näherte mich dem 'Bauhaus' an einem der ersten Frühlingstage. Zarter Dunst stieg auf aus dem Dickicht der Fabrikschlote, am Himmel schwirrten vergnügt Junkersflugzeuge, die Luft duftete nach März, Rauch und Kalk. Als ich schließlich das 'Bauhaus' erblickte, das ganz aus einem Stück gegossen zu sein scheint wie ein beharrlicher Gedanke, und seine Glaswände, die einen durchsichtigen Winkel bilden, mit der Luft fließend und doch von ihr getrennt durch einen exakten Willen - da blieb ich unwillkürlich stehen. Da war kein Staunen angesichts einer sinnreichen Erfindung, nein, es war einfach Bewunderung. Zum ersten Mal sieht hier die Erde einen Kult der nackten Vernunft, jenes lichten und nüchternen Prinzips, das so ergreifend auf uns wirkt. Nicht am Platze waren hier das dunkle Element der Gefühle, dunkle Seelenwinkel, sich türmende Träume. Jeder Winkel, jede Linie, jedes kleine Detail wiederholt hier eindringlich die Schlussworte seit der Schulzeit vergessener Theoreme: 'Was zu beweisen war!'"⁸³⁶

Ehrenburgs Bewunderung mutet an wie eine zeitversetzte Ankündigung eines neuen Gartenreichs. Nur schöpften nun die Gestalter des Bauhauses das epochale Werk aus der Kraft der großen Industrie. Ziel war die Schaffung einer neuen Welt auf der Basis der Industrie. Ganser nennt folgende Motivationen der wachsenden Akzeptanz und pathetischen Bewunderung des Industrialismus:

- „die politischen Utopien der Linken von einer besseren, gerechteren Gesellschaft ohne Privatbesitz an Produktionsmitteln, orientiert am Solidarprinzip,
- die politischen Utopien der Rechten von Volksgemeinschaft und starkem Staat, wo die Einzelnen in größeren, nahezu mystischen Gemeinschaften aufgehen,
- die Utopien des Marktes, die auf dem Privatbesitz und auf dem Konkurrenzprinzip beruhen, und eine Gesellschaft der Freiheit und des Überflusses versprochen,
- die technischen Utopien, durch neue Erfindungen, höhere Produktivität und

⁸³⁶ Ehrenburg, I. (1927): Bauhaus, zit. nach: Baumann, K. (2007): Bauhaus Dessau, Berlin, S. 19

materiellen Reichtum Not und Mangel endgültig zu beseitigen,

- schließlich die Utopie, die Natur vollkommen zu beherrschen, sie zu besiegen, bis hin zu der Vorstellung, eine Natur zu schaffen, die den Anforderungen der technischen Welt entspricht."⁸³⁷

Bei allem Pathos und der Einseitigkeit, die jenen Utopien und Zielsetzungen innewohnt: Die neue Kultur und auch wachsenden Wohlstand gebärende Industrie ist in diesem Jahrhundert zur allgemein respektierten Tatsache geworden. Erst am Ende des 20. Jahrhunderts liegen fundamentale Kritik, spätestens seit dem Atomreaktorunglück von Tschernobyl 1986, und euphorische Hoffnung angesichts neuer industrieller Möglichkeiten, die eine 'elektronische oder biotechnologische Revolution' mit sich bringen kann, wieder dicht beieinander. Das gesellschaftliche Verständnis von Industrie ist erneut gespalten.

Die Kraft der an den Industrialismus gebundenen Utopien hat sich in der Gestaltung der industriellen Räume aller Städte und Regionen niedergeschlagen. Divergierende Vorstellungen prägten diese Gebiete. So stellt das Bauhaus nur einen - wenngleich radikalen - Ausschnitt aus dem Repertoire an Leitvorstellungen dar. Oft stehen Resultate dieser Utopien schroff und unvermittelt nebeneinander, gerade auch in der Region des Industriellen Gartenreichs.

Die mitteldeutsche Chemieregion insgesamt versprach zur Quelle des Wohlstandes zu werden. Doch die Stadt Dessau beherbergte sowohl das Bauhaus, jene euphorisch beschriebene Ikone der Industriemoderne, als auch die Produktionsstätten des Giftgases Zyklon B für die nationalsozialistischen Vernichtungslager in Auschwitz. Am Ende des 20. Jahrhunderts muss ein ökologisches und soziales Desaster konstatiert werden.

⁸³⁷ Ganser, K. (1999): Editorial, Internationale Bauausstellung Emscher Park. Katalog der Projekte, Gelsenkirchen, S. 11

Alle Einsicht und kritische Reflexion darf jedoch nicht vergessen lassen, dass die Industrie ein kulturelles Versprechen war – und in vielem noch heute ist. Diesem Versprechen folgte und folgt die Menschheit – ob passiv verführt oder aktiv handelnd. Ein kolossales Werk wie die Industrialisierung kann nicht ausgeblendet werden, will man Strategien entwickeln, die am Wendepunkt dieser neuen Schöpfung Industrie nach dem praktischen Umgang mit Traum und Trauma eines 'neuen Stiles' fragen. So gesehen, ist das „Industrielle Gartenreich“ einerseits in der Industriekultur aufgehoben, andererseits als Gartenreich aber der Industriekultur in großen Teilen geopfert, um den Preis der Durchsetzung des radikal Neuen.

Verstädterung als Grundlage der Umweltgestaltung

Die Welt ist – in der Tendenz – am Ende des 20. Jahrhunderts eine industrialisierte und urbanisierte geworden, getrieben vom Fortschrittsglauben und kapitalistischen Verwertungsmechanismus. „Dies ist das Jahrhundert der städtischen Revolution“, konstatierte der Brundtland-Bericht, der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung an die Vereinten Nationen von 1987.⁸³⁸ Der weltweite Übergang von ländlicher Dispersion zu industriestädtischer Agglomeration ist mit den beiden Erscheinungsformen Migration und Flächenverbrauch durch Bebauung und Umnutzung verbunden – bis hin zur vollständigen urbanen Inanspruchnahme, wie sie z. B. in den Agglomerationen der USA oder Japans exemplarisch sichtbar ist. Die Industrie erscheint als der primäre Auslöser der „paläotechnischen Verstädterung“⁸³⁹, wie umgekehrt die Stadt die wesentliche Trägerform der Industriegesellschaft darstellt. 'Conurbation' und Industrialisierung stellen die beiden Seiten der Umweltveränderung des 20. Jahrhunderts dar. Sie sind zum Kennzeichen des Zeitalters der Globalisierung geworden.

⁸³⁸ Weltkommission für Umwelt und Entwicklung/Hrsg. (1988): Unsere gemeinsame Zukunft, Berlin, S. 234

⁸³⁹ Mumford, L. (1963): Die Stadt. Geschichte und Ausblick, Köln; Berlin, S. 546

Das Bauhaus der zwanziger Jahre liefert eine Stellungnahme zur Kultur der Stadt im Industriezeitalter.⁸⁴⁰ Es stützte sowohl mit seinem Gebäude selbst wie auch als Schule jene Intentionen, nach denen die schöpferischen Orte für das neue Zeitalter in der industriellen Produktion zu suchen seien. Das Gebäude, das aus dem Formen- und Materialrepertoire der Industrie gestaltet wurde und als gebautes Lehrprogramm fungierte, verfügt über einen kulturellen Surplus in der Anmutung und im gestalterischen Gestus, der es heraushebt als Symbol eines Zeitalters. Das Laboratorium, die künstlerische Experimentalfabrik für die Kultur der Industrieepoche, wurde von den Protagonisten des Bauhauses als neuer Mittelpunkt der Industriestadt neben den vorhandenen, den historischen Stadtschwerpunkt gesetzt. Es entstand zuerst planerisch und dann baulich und räumlich die neue Stadt anstelle der vorhandenen. Die Planungen der Bauhausmeister wie der Studenten bringen diesen Ansatz ebenso zum Ausdruck wie die Dessauer Bauhausbauten, die heute als Fragmente jener neuen Stadt angesehen werden können.

Die Stadtvorstellungen des Bauhauses beruhten auf den Prinzipien der 'fordistischen' Industrie. Sie übersetzten diese in Raumstrukturen. Ähnliche Vorstellungen haben zur gleichen Zeit die russischen Konstruktivisten entwickelt.⁸⁴¹ Die Stadt durch eine als Maschine organisierte Großstruktur zu ersetzen, wie es Ludwig Hilberseimer 1932 für Dessau vorschlug, ruft heute kritisches Staunen hervor.⁸⁴² Diese Stadtidee des Bauhauses ist utopisch und bedrückend zugleich. Dennoch birgt die Radikalität des Vorschlages auch eine Herausforderung an die heutige Aneignung des Bauhaus-Erbes. Nicht der konkrete Vorschlag, wohl aber seine Radikalität ist heute gefragt, um auf die Aufgaben der Gegenwart zu reagieren und einen neuen Willen

⁸⁴⁰ Hilpert, T. (1992): Als alles offen ist (im Sommer 1991): Medien-Bauhaus-Stadt-Raum, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 28-51, insbes. S. 31

⁸⁴¹ Goldzamt, E. (1974): Städtebau sozialistischer Länder, Berlin, S. 46

⁸⁴² Bodenschatz, H. (1992): Bodenschatz, H. (1992): Großstadt-Bauhaus-Hochhaus-Berlin? In: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 66-83, insbes. S. 66

zur Gestaltung von Stadt und Region abzuleiten.⁸⁴³

Industrialisierung und Verstädterung führten zu einer Bedrohung der Lebensgrundlagen. Zugleich setzt eine Differenzierung innerhalb der industriell geprägten Welt ein.⁸⁴⁴ Besonders in den Ursprungsregionen der klassischen Industrien ist in den neunziger Jahren der Deindustrialisierungsprozess drastisch deutlich geworden. Zu diesen Regionen zählt auch die am Jahrhundertbeginn prosperierende Region Mitteldeutschland. Heute ist die industrielle Basis in der Region Halle, Leipzig, Dessau, Bitterfeld zur Randgröße geworden. Ein ähnlicher Prozess hat Regionen der Montan- oder der Schiffbauindustrie längst erreicht. An diesen Schnittstellen des Widerspruches zwischen conurbaner Überformung und Schrumpfen der industriellen Basis liegen Chancen für einen regionalen, d. h. konkreten wie modellhaften Einstieg in das Zeitalter einer „Revolution der Nachhaltigkeit“.⁸⁴⁵

Die skizzierten Debatten zu Stadt, Industriegesellschaft und Nachhaltigkeit prägten Programm und Projekte des „Industriellen Gartenreichs“ Anfang der neunziger Jahre. Die erste Beschreibung des „Industriellen Gartenreichs“ von 1990 entwirft ein mögliches Bild dessen, was eine nachhaltig gestaltete Lebensumwelt sein könnte - als Anregung, nicht als unrealistische Utopie oder als Handlungsdogma.⁸⁴⁶ Auf der Basis konkreter, regionalspezifischer, aber zugleich übertragbarer Ansätze definierte

⁸⁴³ Helbrecht, I. (1992): Das Bauhaus als Wille zur Gestaltung, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, 6–27, insbes. S. 23

⁸⁴⁴ Vgl. dazu auch: Sieverts, T.; Müller, R./Hrsg. (1991): Emscher Landschaftspark, Zukunft für Industrieregionen, Gelsenkirchen, S. 60ff sowie Bremm, H.J., Danielzyk, R. (1992): Die Modernisierung alter Industrieregionen, in: Müller, S.; Schmals, K.M./Hrsg.: Die Moderne im Park, Dortmund, S.22-49, S. 22

⁸⁴⁵ Meadows, D. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart, S. 265

⁸⁴⁶ Stein, M. (1990): Die Bauhausstadt, in: Architektur der DDR, Nr. 4, 42 – 43. Hier wurde zum ersten Mal die Hinwendung zu nicht-linearer Planung im Projekt „Industrielles Gartenreich“ angedeutet: „Planung heißt nicht: Planen für einen Endzustand“, S. 43

sich das „Industrielle Gartenreich“ als ein reflexives Handlungsprogramm zur Gestaltung der urbanisierten Lebensräume nach der klassischen Industrie.

Das „Industrielle Gartenreich“ gehört zu den wenigen Ost-West-Vorhaben, die 1989/90 vor der 'Wende' in der DDR begannen und sich bis heute entfalten. In diesem Sinne ist das Projekt Industrielles Gartenreich eine kulturelle Brücke. Das Bauhaus hat in einer Zeit, da die Halbwertszeit von Konzepten für die Stadt- und Regionalentwicklung kaum Jahresfristen erreicht, einen Langzeitansatz in die Debatte um die Bau- und Planungspraxis eingebracht. Dieser Ansatz gewann allmählich an Kraft und bildet heute, zehn Jahre nach der Wiedervereinigung, eine anerkannte Entwicklungs- und Gestaltungsgrundlage – nicht zuletzt aufgrund der Anerkennung als Korrespondenzregion der EXPO 2000. Diese Anerkennung ist auch Ausdruck der Ambivalenz von industrieller Moderne, ihren Folgen, und ihrer kulturellen Inszenierung durch Weltausstellungen (seit 1851).

Die EXPO 2000

Deutschland ist im Jahr 2000 erstmals EXPO-Gastgeber. Die Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg ist Korrespondenzregion der EXPO. Kultplätze des Industrialismus und Feste eines ungebrochenen Fortschrittsglaubens sind die Weltausstellungen schon seit 150 Jahren.⁸⁴⁷ Selbst die großen Konflikte des 20. Jahrhunderts, die Weltkriege, die atomaren Katastrophen oder der Holocaust haben daran nur wenig geändert. Eine EXPO zur symbolträchtigen Jahrtausendwende rückt vor diesem Hintergrund in besonderer Weise in das Licht der Öffentlichkeit. Die Herausforderungen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft lassen keine einfache Fortsetzung des Selbstdarstellungskultes von Nationen, von Technik und industriellem Fortschritt zu. Die Widersprüche und existenziellen Bedrohungen der Überlebensfähigkeit unserer Zivilisation sind zu gravierend, als dass eine Feier des

⁸⁴⁷ Kretschmer, W. (1999): Geschichte der Weltausstellungen, Frankfurt/M., New York, S. 177-184, S. 264, S. 270.

Fortschritts noch angesagt wäre. EXPO ist ein Ereignis. Ob es aber noch eine zeitgemäße Form der Motivation für kulturellen Fortschritt der modernen Gesellschaft ist, kann bezweifelt werden.

Der Kristallpalast: Überschwängliches Lob begleitete vor 150 Jahren die erste Weltausstellung im Hyde Park in London, gefeiert als „Great Exhibition of Industry of All Nations“ sowie als „Nationaler Ort der Erholung und Belehrung“.⁸⁴⁸ Diese EXPO im eigens für diesen Zweck und für die Dauer dieser Veranstaltung im Jahr 1851 errichteten Kristallpalast – allein der Name suggeriert Superlative für ein gigantisches Unterfangen – war ein „in künstlerischer, erzieherischer und kommerzieller Hinsicht beispielloses Unternehmen“.⁸⁴⁹ Im Kristallpalast wie dem umgebenden Park und mittels der Ausstellungsgegenstände wurde das Prinzip der Weltausstellungen als Messe der Selbstdarstellung der Industriestaaten und der Verkündung einer „Beherrschbarkeit von Welt [zelebriert]. ... Die Darstellungen sollten Geschichte nicht als gemachte oder machbare zeigen, sondern zeigten ein Geschichtsmachwerk.“⁸⁵⁰

In der Themselandschaft war der Prototyp eines modernen Themen- Freizeitparks entstanden. Anders als die englischen Landschaftsparks, die Anregungen für das Dessau-Wörlitz Gartenreich lieferten, inszenierten die Gestalter des Kristallpalastes eine Erlebniswelt. Damit war der Prototyp einer kommerziellen Freizeitarchitektur entstanden. Wie ein roter Faden durchzieht die Geschichte der Weltausstellungen die veränderten Leitarchitekturen, die dem Industriezeitalter ästhetischen Ausdruck und bildlich-programmatische Orientierung verliehen.

Eine EXPO neuen Typs

⁸⁴⁸ Friemert, Ch. (1984): Die gläserne Arche, Dresden, S. 7

⁸⁴⁹ Friemert, Ch. (1984): Die gläserne Arche, Dresden, S. 61

⁸⁵⁰ Friemert, Ch. (1984): Die gläserne Arche, Dresden, S. 71

1990 fiel in Paris die Entscheidung, die EXPO 2000 an Hannover zu vergeben. Mit knapper Mehrheit wurde die niedersächsische Landeshauptstadt vor Toronto ausgewählt – mit der Stimme der DDR. Der inhaltliche Beweggrund für diese Entscheidung lag im Konzept einer dezentralen Weltausstellung, die sich vom bisherigen Charakter einer Selbstdarstellungs- und Vergnügungsmesse von Industrie und Nationen unterscheiden sollte, indem sie das Prinzip 'Nachhaltigkeit' entlang des unspezifischen Mottos „Mensch-Natur-Technik“ vermittelt, und zwar unter Einbeziehung von realen Orten in Deutschland und der Welt.⁸⁵¹

Angesichts des ökologischen Dramas in den neuen Bundesländern und basierend auf dem politischen Willen der Bundesregierung zu zeigen, wie die marktwirtschaftliche BRD in der Lage ist, die ökologische Erbschaft des 'Realsozialismus' zu tilgen, schlug der damalige Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, im Januar 1991 vor, in Bitterfeld, dem Synonym für die Umweltkatastrophe im Osten, eine „Weltausstellung der Sanierungstechnologien“ durchzuführen. Erklärtes Ziel war die „Schaffung gleichwertiger Umweltbedingungen auf hohem Niveau in ganz Deutschland“ und der gezielte Abbau des Negativ-Images, „um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Überlebensfähigkeit vor allem der altindustriellen Regionen zu sichern“.⁸⁵²

Das Bauhaus (in Dessau) reagierte auf diese Initiative mit dem Vorschlag, nicht eine Technologieausstellung zu veranstalten, sondern den Prozess der Erneuerung und Umwandlung einer industriell überformten Region modellhaft zu zeigen, um so praktische Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung in die internationale Diskussion um den Wandel der Industriegesellschaft einzubringen. Der Vorschlag wurde aufgegriffen, indem man beide Ansätze, die Weltausstellung und das Bauhaus-Konzept „Industrielles Gartenreich“, verband. 1993 beauftragte die Landesregierung

⁸⁵¹ Kretschmer, W. (1999): Geschichte der Weltausstellungen, Frankfurt/M., New York, S. 270. Hier wird auch die „EXPO neuen Typs“ in Hannover im Jahr 2000 hergeleitet.

⁸⁵² Töpfer, K. (1991), in: „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 7. Januar 1991

Sachsen-Anhalt das Bauhaus, einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Grundlage für eine offizielle Beantragung des sachsen-anhaltischen Beitrages als Korrespondenzregion zur EXPO liefern sollte. Regionale Initiativen starteten, und schließlich wurde auf der Basis des Bauhaus-Konzeptes „Industrielles Gartenreich“ im Dezember 1994 das Regionalforum als Träger einer „Umwelt-EXPO“ gegründet. Mit den Projekten des Bauhauses, so z.B. Ferropolis, die Piesteritzer Siedlung, die landschaftskünstlerische Gestaltung der Bergbaugebiete Goitzsche und Golpa Nord, Kraftwerksdenkmal und Kolonie Zschornowitz, Kraftwerk Vockerode, Stadterneuerungen in Wittenberg oder in der Bauhausstadt Dessau, sowie mit vielfältigen kulturellen Aktionen konnte über das fulminante Erbe der Region hinaus ein Spektrum an konkreten und schrittweise umsetzbaren Zielen gezeigt werden. Durch ein Verbinden von Zukunftsprojekten und Reformtraditionen entstehe, so die damalige Vorstellung, eine ungewöhnliche Kraft, die das Gartenreich zu einem Referenzvorhaben für nachhaltige Entwicklung von internationaler Wirkung erhebe.

Die offizielle Bestätigung des „Industriellen Gartenreichs“ als Korrespondenzregion der EXPO 2000 in Hannover im Jahre 1994 und der Aufbau einer EXPO-Entwicklungsgesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 1995/96 gaben der regionalen Entwicklung neue Dynamik. Mit der Übernahme des Modells Industrielles Gartenreich durch die EXPO-Träger ist eine der entscheidenden Lehren aus der Industrialisierung, aber auch aus der Bauhausgeschichte gezogen worden. Die ausschließlich auf das Neue und Gegenwärtige bezogene industrielle Moderne mit ihrem nahezu totalitären Gültigkeitsanspruch hat die Sicht auf die Historizität der Kulturentwicklung verstellt. Daran ändert sich in Hannover auf dem EXPO-Messegelände kaum etwas. Indem aber das Projekt „Industrielles Gartenreich“ Widersprüche der Industrieentwicklung am regionalen Exempel öffentlich zur Debatte stellt, durch die EXPO zur Anschauung führt und als Quelle für eine Zukunftsgestaltung thematisiert, entstehen praktische Beispiele für den Aufbau einer neuen Identität nach dem Bruch in der Industriegesellschaft.

5. Die Neue Stadt: konzeptioneller Ansatz für das postindustrielle Zeitalter

Über die EXPO 2000 hinaus stellt sich die Frage nach der Neugestaltung städtischer Lebenskultur nach dem Entzug der industriellen und damit der wirtschaftlichen Basis – nicht nur in der Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg. Die industrielle Revolution provozierte am Ende des 19. Jahrhunderts radikale Vorstellungen über neue Siedlungsweisen im Industriezeitalter. Auf der einen Seite entwarfen die Protagonisten der Debatte Szenarien der komplett neuen Stadt:

- a) die Industriestadt, die nach den Erfordernissen der modernen, großen Industrie und ihren technischen Systemen organisiert und mit neuen Materialien und Infrastrukturen gestaltet wird; hierfür steht Tony Garniers 'cité industrielle', ein Idealstadtentwurf für die Industriestadt des 20. Jahrhunderts;
- b) die Gartenstadt, die sich als Reaktion auf den Industrialismus und seine Auswirkungen auf die Stadtentwicklung versteht; der Idealentwurf stammt von Ebenezer Howard, der nicht nur eine andere Stadt entwarf, sondern das gesamte Siedlungssystem neu gestaltete. In einem langfristigen Prozess sollten die großen Industriestädte in einem System von dezentralen Gartenstädten aufgehoben werden.

Beide Modelle gehörten zu den Wegbereitern der industriellen Moderne. Garnier antizipierte die Traumstadt des Industriezeitalters, während Howard ein Gegenbild entwarf, das bis heute nichts an Strahlkraft als Reformmodell für die Stadtentwicklung eingebüßt hat.⁸⁵³

⁸⁵³ Zlonicky, P. (1995): Hellerau und die Stadt der Zukunft, in: Fricke, W./Hrsg.: Die Zukunft der Stadt, Bonn, S. 42

Eine Analogie zu der Situation am Ende dieses Jahrhunderts kann nur bedingt gelten, da der Urbanisierungsprozess neue Dimensionen erreicht hat. Jedoch besteht eine vergleichbare Unsicherheit in der Suche nach zukünftigen Entwicklungen der Städte und Regionen. Aufrufe zum Lernen richten sich an alle Akteure.⁸⁵⁴ Bisher geltende Regeln und Grundsätze scheinen damals wie heute für die zukünftige Entwicklung nicht mehr geeignet zu sein. Mit dem „Industriellen Gartenreich“ wird ein Lernfeld an einem konkreten, für den 'Jahrhundertweg' der Industrialisierung typischen Beispiel eröffnet.

„Die 'cité industrielle' wurde 1899 begonnen. Das ist der Augenblick der Stadtentwürfe: 1898 erschien Ebenezer Howards Entwurf der 'Gartenstadt'. Sogar die Einwohnerzahl der Gartenstadt ist etwas die gleiche wie die der Industriestadt (33.000 und 35.000). Übrigens sollte ja auch Howards Stadt eine Industriestadt sein, nur ist dort die Industrie der schwächste Teil. Bei Garnier ist sie der Anlass.

Kommen wir zu einem weiteren Unterschied: Howards Gartenstadt ist eine Genossenschaft, Garniers Industriestadt soll eine Form des Staats- oder Stadt-Sozialismus verwirklichen: es gibt aber keine Mauern oder Zäune, die Grundstücke sind allen zugänglich, die Menschen wohnen in der Stadt, wie Garnier sagt, in einem Park. Und noch eines: die Verteilung der Energie - durchweg Elektrizität! Be- und Entwässerung, aber auch die Verteilung der Lebensgüter wird von der Stadt besorgt; und natürlich werden alle öffentlichen Gebäude von der Stadt errichtet und unterhalten. Es gibt ihrer erstaunlich viele, und sie sind erstaunlich groß.

Man fragt sich, was eine Stadt von 35.000 Einwohnern mit einer Gruppe von Sälen anfangen soll, von denen der größte 3.000 Menschen fasst, ein anderer 100 und zwei kleine je 500. Und das sind nicht die einzigen Saalbauten. Was

⁸⁵⁴ Sauberzweig, D. (1998): Die europäische Stadt zwischen Globalisierung, Vernetzung und Zukunftschancen, in: Sauberzweig, D.; Wagner, B.; Rübke, T./Hrsg.: Kultur als intellektuelle Praxis, Essen, S. 127

tut eine solche Stadt mit einer ausgedehnten Schule der Künste und einer noch größeren Schule für industrielle Betätigungen? Diese Gebäude besetzten zentral Positionen in der Wohnstadt. Eine Gruppe von Krankenhäusern liegt oben auf dem Hügel, auf deren terrassiertem Hange die Wohnstadt gelegen ist. Abseits - im Osten, ziemlich weit von der Stadt entfernt, liegt der berühmte Bahnhof.

Es handelt sich um eine Idealstadt, und die Ideale, welche der Entwurf verfolgt, werden an einigen der großen öffentlichen Gebäude in Inschriften verkündet. Garniers eigene bewundernswert knappe Darstellung der Industriestadt endet mit den Worten: 'Dies, in Kürze, ist das Programm für die Errichtung einer Stadt, in der es Jedem bewusst ist, dass das menschliche Gesetz Arbeit heißt, dass jedoch der Kult des Schönen und das gegenseitige Wohlwollen genügen, um das Leben herrlich zu machen.

Ein schönes Programm - aber anstrengend: Ich sagte schon, dass keiner dort einen eigenen Garten hat. Da ziehe ich Howards Gartenstadt vor und sogar die Industriedörfer solcher Unternehmer wie Cadbury. Der eigene Garten trägt viel zur Lebensfreude arbeitender Menschen bei, abgesehen davon, dass man dort Gemüse anbauen kann. Ich finde in seinem Plan auch keine Läden. Und ob es wirklich eines jeden arbeitenden Menschen Wunsch ist, ständig in den großen Auditorien sich zu bilden, sich geistig zu bereichern, sich zu idealisieren, weiß ich auch nicht so recht."⁸⁵⁵

Wittenberg - eine 'Europäische Stadt'

Die utopischen Vorgriffe auf die Zukunft der Stadt des Industriezeitalters setzten die Aufhebung der alten Stadt voraus. Doch diese gehört zu den elementaren Bestandteilen auch der Industriegesellschaft. Im „Industriellen Gartenreich“ spielt gerade Wittenberg eine Pionierrolle als kultureller Initiator

⁸⁵⁵ Posener, J. (1989): Geleitwort in: Garnier, T.: Die ideale Industriestadt (Cité Industrielle) (Reprint), Tübingen, S. 8

der Stadterneuerung. Wittenberg hat weitgehend unbeschadet sowohl die Industrialisierung als auch den Zweiten Weltkrieg überstanden. Die Stadt gehört zu den in der Struktur und im Erscheinungsbild erhaltenen Beispielen alter Städte in Europa, die eine Stadtbaukultur widerspiegeln, wie sie weltweit als Modell einer 'Europäischen Stadt' mit spätmittelalterlichem Gründungsmuster und einer reichen Raum- und Architektursprache dargestellt wird. Wittenberg fungiert als Gegenbild zur 'cité industrielle' Bitterfeld-Wolfen. Zum anderen ist Wittenberg auch eine Industriestadt. Westlich der Altstadt fand die typische Entwicklung dieses Jahrhunderts ihren Niederschlag: Randwanderung der Industrie und Suburbanisierung. Im Ersten Weltkrieg entstand ein Stickstoff- und Sprengstoffwerk mit der dazugehörigen Werkssiedlung. Diese gehört zu den viel beachteten Mustersiedlungen mit dem Charakter einer Gartenstadt – ein gebautes Kleinod in traditionalistischer Architektur mit Raumstrukturen, die eine Simulation europäischer Altstädte darstellen. Wittenberg als historische Stadt sowie Wittenberg-Piesteritz als Gartenstadt fungieren für das „Industrielle Gartenreich“ als Modelle einer bestandsorientierten Erneuerung und als Pole in der Debatte um Perspektiven einer Zukunftsgestaltung der industriell geprägten und kulturell reichen Region.

Die Altstadt: Die Vernachlässigung der Bausubstanz Wittenbergs konnte zu DDR-Zeiten in Grenzen gehalten werden, dank der Rolle als Luther-Stadt und dank engagierter Personen. Der reformatorische Geist Wittenbergs reicht bis in die Stadtkultur der Gegenwart. In den achtziger Jahren formierte sich eine Oppositionsbewegung unter dem Dach der Kirche, um Demokratiedefizite in der DDR zu überwinden.⁸⁵⁶ Wittenberg war auch Nährboden für Initiativen der Stadterneuerung: Altstadterhaltung versus extensiver Wohnungsbau industrieller Fertigung am Stadtrand. Die Cranachhöfe (einst Druck- und Malwerkstatt von Lucas Cranach d.Ä.) spielten dabei eine Schlüsselrolle.

⁸⁵⁶ Günter, R. (1998): Hexenkessel, Halle/S., S. 452

Einige der oppositionellen Kräfte der DDR aus den achtziger Jahren übernahmen später kommunalpolitische Verantwortung. Sie waren es, die die vom Verfall bedrohten Cranachhöfe für die Stadt erwarben und dann eine - auch symbolische - Grundlage für die Stadterneuerung schufen. Im Zuge der ab 1991 begonnenen Kooperation mit der Stadt Wittenberg wurde das Bauhaus, inzwischen mit dem Programm „Industrielles Gartenreich“ regional bekannt geworden, als fachlicher Berater in die Erneuerung einbezogen. Verwirklicht wurde ein Konzept, das durch den Geist des Industriellen Gartenreichs geleitet wurde. Ein Freilegen der bau- und sozialkulturellen Schichtungen verband man mit dem Einfügen neuer Elemente als Anregung für ein Weiterdenken der Kultur- und Baugeschichte. Es entsteht eine Analogie zur Methode wie zur sozialen und ästhetischen Kultur, die das „Industrielle Gartenreich“ als Projekt anstrebt.⁸⁵⁷

Die Piesteritzer Werkssiedlung⁸⁵⁸

Entlang der Elbe war im ausgehenden 19. Jahrhundert ein Industriegebiet westlich der Altstadt entstanden. Mit dem Ausbau der Sprengstoff- und Stickstoffwerke im Ersten Weltkrieg rückte Wittenberg in den Rang einer Industriestadt auf. Der Chemiebetrieb wurde zum Hauptarbeitgeber der Stadt (1990: ca. 9.000 Beschäftigte bei ca. 50.000 Einwohnern). Zur Werksanlage baute der staatliche Auftraggeber zwischen 1916 und 1919 eine der markantesten Werkssiedlungen in Deutschland. Im Sinne deutscher Stadtbaukunst entstand eine Stadt vor der Stadt, eine Art alte Stadt – neu gebaut.⁸⁵⁹ Eine Gegenwelt zur Industrie zu schaffen, war das Konzept. Die

⁸⁵⁷ Günter, R. (1998): Hexenkessel, Halle/S., S. 610-612. vgl. auch: <http://www.cranach-stiftung.de/hoefe/markt4-historie.html> (17.09.2011)

⁸⁵⁸ Kegler, H. (1995): Die Piesteritzer Werkssiedlung – ein programmatisches Denkmal, in: Oehmig, S./Hrsg.: 700 Jahre Wittenberg - Stadt Universität Reformation, Weimar, S. 419-428. Hier die Geschichte und Erneuerung der Siedlung als Projekt des Industriellen Gartenreiches/EXPO als Bestandteil der Geschichte der Reformationsstadt Wittenberg gewürdigt.

⁸⁵⁹ Bodenschatz, H. (1998): Alte Stadt – neu gebaut, in: Die Alte Stadt 4/98, S. 299-317, S. 299 Diese Bezeichnung greift den Titel dieses Beitrages von Harald Bodenschatz auf, in welchem die aktuellen

pittoreske Stimmung mutet an wie eine Grotte angesichts der Chemieanlagen und deren Ausdunstungen. Sie verkörpert aber den damaligen Höchststand der städtebaulichen Praxis. Ein gebautes Lehrbuch europäischen Siedlungsbaus – ein 'Gesamtkunstwerk' – wurde von Gerlach (Professor für Städtebau in Danzig) und dem Architekten Salvisberg geschaffen.

Eine Erneuerung dieser Siedlung war also die angemessene Würdigung ihrer Bedeutung. Der zweite Beweggrund liegt in der städtebaulichen Kultivierung eines 'Anti-Industrialismus' - gewissermaßen ein Gegenstück zu der 'Siedlung vom Fließband' von Walter Gropius in Dessau-Törten. Damit wird die Piesteritzer Werkssiedlung zu einem Gegenstand aktueller Auseinandersetzungen um Perspektiven des Siedlungsbaus und der Suburbanisierung.

Im Gegensatz zur verbreiteten Methode der Einzelprivatisierung gelang es bei der Sanierung der Werkssiedlung Piesteritz, unter Einbeziehung von Bewohnern und Eigentümern den sozial-kulturellen Zusammenhang durch eine Gesamtträgerschaft des Wohnungsbestandes mit denkmalpflegerischer und sozialer Bindung zu sichern. Die Piesteritzer Werkssiedlung ist somit ein gelungenes Beispiel kultureller Erneuerung in den neuen Bundesländern. Die Sanierung der Werkssiedlung wurde im Wesentlichen 1999 abgeschlossen – ein Ausnahmeprojekt mit überregionaler Bedeutung. „Schöner als jeder Neubau“ lautete der Presse-Kommentar zu dem Ergebnis der Erneuerung.⁸⁶⁰

Zschornewitz - ein Ort der Infrastruktur

Tendenzen neotraditionellen Städtebaus seit den 1990er Jahren reflektiert werden. Was am Beginn des 20. Jahrhunderts zum selbstverständlichen Repertoire gehörte, findet sich heute in einer kontroversen Debatte wieder. Diese Debatte spielte in der Rezeption der Siedlung keine Rolle, wohl aber im Kontext der internationalen Diskussionen um den New Urbanism. Dazu vor allem S. 315.

⁸⁶⁰ „Merkur“ vom 9. April 1999

Das auf Betreiben des Bauhauses als Fragment erhaltene frühere Großkraftwerk Zschornewitz ist ein 'Anti-Museum' der Industriegeschichte. Es verkörpert die „Ästhetik des allmählichen oder augenblicklichen Verschwindens – und nicht mehr des Erscheinens, des progressiven Auftauchens eines Stils“⁸⁶¹ Das Denkmal fungiert nicht in erster Linie als Behausung von Objekten, die den industriellen und technischen Fortschritt markierten. Es ist vielmehr Teil einer „Ereignislandschaft“, die den Aufstieg und den Fall der Industrie, die abgelagerten Risiken, die sozialen Folgen und Perspektiven aufzeigt. Deshalb steht Zschornewitz zugleich für Neugestaltung.

Mit dem 1915 errichteten Kraftwerk war Zschornewitz ein Glanzpunkt der „elektrochemischen Revolution“, die ab etwa 1900 eine qualitativ neue Ära der Industrialisierung einleitete.⁸⁶² Das damals imposante Bauwerk mit seiner über zweihundert Meter langen Turbinenhalle markierte einen Wendepunkt der Industrialisierung, indem es die Oberlandversorgung der Stickstoffwerke in Piesteritz bei Wittenberg und der chemischen Werke in Bitterfeld vornahm oder die Hauptstadt Berlin mit Strom versorgte. Zschornewitz avancierte um 1930 zur 'Elektrocity', eines der ersten und bedeutendsten Braunkohle-Großkraftwerke der Welt, errichtet am Tagebau und ausgestattet mit einer romantisch anmutenden Werkskolonie. Es stellte eine Kombination aus „Maschine“ und „Gartenstadt“ dar - ein Industriedorf fernab der Städte in einer durch Maschinen ausgezehrten Landschaft.⁸⁶³

Die Architektur des Kraftwerks brachte die neue Ära zum Ausdruck. Eine den Funktionen der Stromerzeugung entsprechende Architektursprache eröffnete den Beginn einer neuen Baugattung. Somit stellt das Kraftwerk Zschornewitz

⁸⁶¹ Virilio, P. (1998): Ereignislandschaft, München, Wien, S. 100

⁸⁶² Reiß, H. (1995): Kraftwerk und Kolonie Zschornewitz, Dessau, S. 10

⁸⁶³ Lenz, G. (1999): Verlusterfahrung Landschaft, Frankfurt/M., New York, S. 171ff

einen Prototyp des Industrie-Funktionalismus dar und ist zugleich eine monumentale Manifestation des Industriezeitalters inmitten einer bis dahin agrarisch geprägten Landschaft. Es markiert als Bauwerk sowohl den Aufbruch zu Wohlstand durch technischen Fortschritt als auch die Kriegswirtschaft und symbolisiert in besonderer Weise die Widersprüche der Industrieepoche.⁸⁶⁴

Als Denkmal schrieben Kraftwerk und Kolonie Zschornewitz ab 1992 – dem Jahr der Stilllegung – erneut Baugeschichte: vom Schlüsselbauwerk der Industriegeschichte zum lästigen Relikt, vom Abbruchobjekt zum teilweise erhaltenen Baudenkmal von überregionaler Bedeutung, von der Brache zum Ort neuer, angemessener Produktion.

Der Erhalt des Kraftwerks als Fragment war nicht nur Ergebnis eines Kampfes zur Sicherung von Spuren einer industriekulturellen Ära. Es steht auch für die Auseinandersetzung um die industrielle Nachnutzung des Altstandortes. Die Frage „Wohin mit dem Stillgelegten?“ kann auf verschiedene Weise beantwortet werden. Industrieobjekte können als

- das schöne Denkmal,
- das kritische Museum,
- ein neues Gewerbe,
- erneuerte Wohnbereiche,
- ein (künstlerisch) verfremdetes Objekt,
- eine Landmarke in der Landschaft,
- eine Ruine betrachtet werden.⁸⁶⁵

⁸⁶⁴ Vgl. dazu insgesamt: Kegler, H.; Mittmann, E. (1998): Wohin mit Stillgelegtem? Dessau. Dabei handelt es sich um eine Dokumentation zu einer gleichnamigen Tagung, die die Nachnutzung von Industriearealen im nationalen und europäischen Kontext generell thematisierte.

⁸⁶⁵ Zlonicky, P. (1991): Über den Umgang mit sperrigen Gütern, in: Stadtbauwelt, 110, 1270 – 1276, S. sowie Kegler, H.; Mittmann, E. (1998): Wohin mit Stillgelegtem? Dessau, S. 19

All dies vereint Zschornewitz – mehr oder weniger. Noch sind nicht alle Facetten entfaltet. Doch muss der Wandel von einem Abrissobjekt zu einem Initialort neuer Entwicklung auf der Basis industriegeschichtlicher Reflexion bedacht werden.

Kurz nach der Stilllegung erreichte den völlig überraschten Vorstand der Vereinigten Energiewerke VEAG, den in Berlin ansässigen Eigentümer, die Nachricht von der auf Anregung des Bauhauses erfolgten Unterschutzstellung von Kraftwerk und Kolonie. Nach einer Auseinandersetzung zwischen VEAG, Bauhaus und der Öffentlichkeit kam ein von beiden Seiten getragener Kompromiss zustande, der wirtschaftlich vertretbar ist, bei dem jedoch viel bauliche Substanz verloren ging. Die VEAG stellte erhebliche Mittel bereit, um, kombiniert mit staatlich geförderter Arbeit, 1995 das erste sanierte Objekt der Industriekultur in der Region zum achtzigjährigen Gründungsjubiläum des Kraftwerks zu präsentieren. Parallel dazu initiierte das Bauhaus in Kooperation mit der Gemeinde und durch Architekturbüros getragenen Prozess der behutsamen, bewohnerorientierten Erneuerung des in unterschiedlichem Eigentum befindlichen Wohnbestandes, was schließlich zur Aufnahme in die Liste der EXPO-Projekte führte.⁸⁶⁶

Bitterfeld-Wolfen – Von der 'cité industrielle' zur 'Gartenstadt'

Das Gebiet Bitterfeld-Wolfen steht für die typische 'cité industrielle'. Etwa zu der Zeit, da Garnier seine Vision zu Papier brachte, siedelte sich zwischen den kleinen Städten und Dörfern um Bitterfeld die damals modernste Industrie, die Grundstoff-, Farben-, Faser- und Filmchemie an. Um dieses zusammenwachsende Konglomerat aus Fabrikanlagen entstand ein Kranz aus Wohnsiedlungen unterschiedlicher Gestalt und Größe. Diese Agglomeration

⁸⁶⁶ Schmidt, H.; Schmidt, B. (1993): Zschornewitz – Chancen der Erneuerung, Dessau, S. 39

wuchs unaufhörlich – bis 1990. Dann brach das Gebilde, beschleunigt durch den Prozess der deutschen Einigung, in sich zusammen. Die Grenzen des Wachstums waren augenscheinlich erreicht.

Besonders Wolfen, der nördliche Teil der Agglomeration, erscheint geradezu 'klassisch' für die fordistische Industriemoderne des 20. Jahrhunderts. Ein rational und vollständig auf die Belange der Produktion bezogenes Modell der Raum- und Sozialorganisation, die totale Bestimmung der Lebensvorgänge durch die Produktion. Aber nicht nur der Aufstieg zu einem der wichtigen Film- und Faserproduzenten markierte die Besonderheit Wolfens. Den Extremfall stellt die ORWO-Filmfabrik, hervorgegangen aus den Firmen Agfa und I.G. Farben, dar. Das traditionsreiche Werk, in dem 1936 der erste Farbfilm der Welt „Agfacolor“ hergestellt wurde, beschäftigte noch 1989 15.380 Menschen. Im September 1994 waren es 799, 1998 kam das vollständige Aus.⁸⁶⁷

Der radikale Bruch nach 1990, der mit der vollständigen Schließung der Film- und Faserfabrik endete, machte mehr als jeden zweiten Bewohner arbeitslos. Die Einbindung des Standortes in globale Wirtschaftsstrukturen brachte dem Ort kaum Effekte für die lokale Beschäftigung. So siedelte z.B. ein kanadischer Glasproduzent eine vollautomatisierte Fabrik auf einem Gelände neben der Filmfabrik an.

Das Siedlungsgebiet liegt abseits. Dessen ursprünglicher Zweck, Wohnort für eine Arbeitsstätte zu sein, ist aufgehoben. Der Fall Wolfen kann als Modell für den globalen Wandlungsprozess von Industriestandorten angesehen werden. Die neue Modernisierungswelle der Industrie hinterlässt überflüssige

⁸⁶⁷ Lauff, P. (1994): Wolfen, Entwicklungsansätze für den zentralen Bereich, Bauhaus Dessau, unveröffentlicht, S., 31. Die weiteren Angaben fußen auf dieser Schrift.

Menschen. Stadt als Standortbedingung hat sich für diese Art Industrie erübrigt. Abwanderung der Bewohner ist die Folge. Der Zusammenbruch der klassischen Industriestrukturen und die Ausdehnung neuer, hochtechnologischer Produktionsstätten sowie eine Suburbanisierung im Umland prägen das Bild dieses Raumes – durchaus typisch für ähnliche Situationen in anderen industriell geprägten Regionen.

Die Reaktivierung von Stadtvorstellungen schlägt die Brücke, so die These, zu den Fragen, die sich mit dem einstigen Ort verbanden, zu Hoffnungen, die in die Stadt gesetzt wurden: gutes Leben, Arbeit oder das Bilden von Gemeinschaften. Die Fabrik als Gründungsanlass der Kommune Wolfen existiert nicht mehr. Die Fabrik ist eine Geisterstadt. Die 'Goldsucherzeit' ist vorbei - dennoch wird die Kommune Lebensraum vieler bleiben. Es geht nicht um falsche Versprechen oder trügerische Hoffnungen. Die Zeit der großen Industrie kehrt nicht zurück. Wolfen ist die erste wirklich postindustrielle Stadt, die einst Hochtechnologiestandort war.

Die Filmstadt – eine Inszenierung

An der Hauptpforte des früheren ORWO-Werkes empfängt ein Spruchband die Neugierigen: „Wo wollen Sie denn eigentlich hin?“ Stadtpläne werden verteilt und ein Reiseführer übernimmt die Führung, einen blauen Regenschirm in die Höhe haltend. Erste Station des Rundgangs ist die „Nulleinundvierzig“. Jedes Gebäude der Filmfabrik ist unübersehbar mit einer halbmeterhohen, vierstelligen Nummer bezeichnet gewesen, als diese Bauten noch Teile eines Produktionsablaufes waren. Nun geht es nicht mehr um das Durchzählen. Die Bauten auf dem Gelände sind wie ihre Funktionen fragmentiert. Sie brauchen eine neue Sinnggebung.

Noch zeigt das Bauwerk „Nulleinundvierzig“⁸⁶⁸, erbaut 1936, die repräsentative Schwere aus I.G. Farben-Zeiten. Daneben liegt als Relikt der DDR-Mangel- und Autarkie-zeit die Gärtnerei. Sie flankiert den zentralen Platz der „Filmstadt“, der von der Gründungsarchitektur der Filmfabrik um 1910 gefasst ist: Verwaltung, Bahnhof, Bibliothek, Restaurant, Feuerwehr, Buchladen. Der Blick richtet sich in die zum früheren Wasserturm führende Straße. Dicht gesäumt von kleinen, neu eingerichteten Fabrikationsstätten, deren Firmenschilder die Gebäudenummern des Werkes überdecken. Ein Café an der Ecke lenkt die Aufmerksamkeit auf einen Garten inmitten zweigeschossiger verwaister Produktionshallen aus der Blütezeit der Firma Agfa. Nach dem Abriss der Industrieanlage wurde der Platz gleichmäßig mit Kies aufgeschüttet. Ein Unort ohne besondere Eigenschaften entstand. Nur Autofahrer nahmen die Möglichkeit wahr, Ihren Weg abzukürzen und schufen eine diagonal verlaufende provisorische Straße. Nun bezeichnet ein Graskreuz diesen Ort und macht ihn zum Garten. Der Autofahrer ist gezwungen, einen Umweg zu fahren, oder das Graskreuz zu zerstören. Der benötigte Rasen wurde in gleicher Kreuzform einer mit Chemieabfällen kontaminierten Deponie entnommen. Es entstand eine Negativform, die mit der Positivform auf dem Werksgelände korrespondiert, und die auf nicht unbegrenzt zur Verfügung stehende Ressourcen hinweist.⁸⁶⁹

Hinter den Fabrikhallen jenseits der „Filmstraße“ öffnet sich das Gelände. Eine sorgfältig gepflegte Freifläche ist das Ergebnis umfänglicher Abrissarbeiten. Bei genauerem Hinsehen kann auf geharkten Flächen ein Wohnungsgrundriss ausgemacht werden. Pantomime-Künstler beschreiben gestisch den Wohnalltag in der Filmstadt.

⁸⁶⁸ Bitterfelder Zeitung, „041 als Campus-Hauptgebäude?“, 4. 7. 2008. Hier wurde zum ersten Mal die Nachnutzungskonzeption für das Gebäude vorgestellt: das Rathaus der fusionierten Stadt Wolfen-Bitterfeld wird darin einziehen. Letztlich ging diese Neunutzung von der kulturellen Inwertsetzung der dargestellten Kunstaktion aus.

⁸⁶⁹ Vgl. HGB Leipzig, Bogen Nr. 4/1997. Ein Informationsblatt, erstellt von Studierenden der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig, dokumentierte die gesamte Aktion.

Die Grundstücke grenzen unmittelbar an das Film- und Industriemuseum, das nach der Wende in der Produktionshalle des ersten Farbfilms der Welt entstand. Gegenüber erhebt sich ein gewaltiger Betonklotz aus den sechziger Jahren, die frühere „Emulsionsfabrik Nr.4“, Fertigungsstätte für Filmbeschichtung. Das nahezu fensterlose Gebäude, dessen Abriss nach Schätzungen 20 Millionen DM kosten würde, verfügt über so viel Bruttogeschossfläche wie alle öffentlichen Gebäude der Stadt Wolfen zusammen. Ein derart spezialisiertes Bauwerk verbietet eigentlich jede Nutzungsänderung. Waren die Gebäude der frühen Industrialisierung mit relativ großer Flexibilität versehen, stellen die der späten Phase spezialisierte Infrastrukturen des Produktionsablaufs dar. Gerade dieses Bauwerk verdeutlicht die Vorstellung von Wachstum und Ewigkeit eines industriellen Fertigungsverfahrenes. Nur ist er versiegt. Könnte dort eine Medienfabrik für die Produktion virtueller Räume angesiedelt werden? Andere Ideen zielen in Richtung touristischer Erlebniskultur oder gartenkünstlerischer Experimente.

Der letzte Teil des Rundganges führt durch eine Passage mit Glaskuppel. Sie mutet an wie eine frühe 'shopping mall'. Die Passage tangiert den ehemaligen Werksbahnhof und mündet in der früheren Bibliothek am zentralen Platz. Zu dieser Zeit wird der Raum als zeitweilige Planungswerkstatt genutzt. Eine Ausstellung und Videoinstallationen sowie musikalische Inszenierungen formen eine Atmosphäre zwischen industrieller Vergangenheit und neuer urbaner Zukunft.

Das Ziel der Aktion: Die Planungswerkstatt, deren Hauptsitz der Kulturpalast Bitterfeld ist, verlegt alternierend ihre Wirkungsstätte an Schwerpunkorte des Planungsraumes, um eine öffentliche Debatte zur Zukunft der alten Industrieräume zu provozieren. Welche urbane Qualität Wolfen als möglicher Stadtteil einer 'Neuen Stadt' haben wird, ist offen. Doch einst wirkende innovative Kräfte – die Filmfabrik war Ort bahnbrechender technischer

Erfindungen – werden sich in neuen Netzwerken formieren. Ein schwieriger Weg, der mit der Planungswerkstatt und den Initialprojekten in diesem Raum eingeleitet wurde.⁸⁷⁰

Die Alt-Lasten: Die 'Grundmauern' von Wolfen und Bitterfeld sind brüchig - im doppelten Sinne. Die Gemeinden tragen eine ökologische Last. Auf lange Sicht wird die chemische Altlast in der sogenannten Giftblase unter den ehemaligen Chemiewerken, aber auch in den seit hundert Jahren verfüllten Tagebaugruben und in den Sedimenten der Flüsse und Bäche in der Umgebung bestehen bleiben. Dies begründete vor zehn Jahren das medienwirksame Stigma als „dreckigste Region Mitteleuropas“.⁸⁷¹

Die Gefahren sind real. Ein Beispiel: „Durch das Schadstoffinventar der Deponie Grube Antonie wird hauptsächlich das Grundwasser gefährdet. Der entscheidende Schadstoffeintrag erfolgt offensichtlich im Nordteil der Deponie. Hier wurden extreme Belastungen des Grundwassers mit chlororganischen Verbindungen festgestellt. Die maximal gemessenen Konzentrationen überschreiten den C-Wert der Holland-Liste für HCH-Isomere um das 4600fache, Chlorbenzole um das 2500fache, AOX um das 2800fache. Darüber hinaus wurden starke Belastungen auch mit BTEX-Aromaten und DDT gemessen. Die maximal gemessenen Konzentrationen überschreiten den C-Wert noch um das 48fache für BTEX-Aromaten und um das 67fache für DDT. Für Mangan wurde eine 280fache Überschreitung des Wertes festgestellt, der die Eignung von Wasser für die Trinkwassergewinnung begrenzt. Die Belastungen betreffen sowohl den oberen als auch den unteren Grundwasserleiter, da im Bereich der Grube Antonie im Verlaufe des

⁸⁷⁰ Siehe auch: Günter, R. (1998): Hexenkessel, Halle/S., S. 452. Die Planungswerkstatt kann auch als ein Beitrag zur Entwicklung einer neuen Planungsdemokratie in der Region vor dem Hintergrund mangelnder/fehlender Demokratie in der DDR gesehen.

⁸⁷¹ „Der Spiegel“ vom 19. März 1990

Braunkohleabbaus die trennende Tonschicht zwischen beiden entfernt wurde."⁸⁷²

Die zweite Last ergibt sich aus der gravierenden Erwerbslosigkeit. Die offiziellen Statistiken sprechen für 1998 – bezogen auf die gesamte Region – von 22 Prozent. Dies ist ein Spitzenwert, der doppelt so hoch ist wie der Durchschnitt in der Bundesrepublik. Für die einzelnen Orte Bitterfeld oder Wolfen erreichen diese Werte die Dreißig-Prozent-Marke. Zählt man die Unterbeschäftigung hinzu, so waren 1989 rund 39.000 Menschen beschäftigt. Zählt man die Bergleute und andere Werktätige hinzu, waren über 50.000 Beschäftigte zu registrieren. Zwei Jahre später hatte sich die Zahl auf ein Drittel reduziert. Nach Einschätzungen der Treuhandanstalt kann von zwanzig Prozent als realistische Größe für eine international wettbewerbsfähige Industriebeschäftigtenzahl – bezogen auf die DDR-Zeit – ausgegangen werden.

Der Masterplan: Die mit dem Umbruch einhergehende soziale und kulturelle Entwertung des vorhandenen Ortes lassen die Vorstellungen von Stadt, die geübten Instrumente und Methoden der Planung und Gestaltung solcher Räume als nicht ausreichend erscheinen. „Für die Stadt der Zukunft gibt es keine verbindlichen Leitbilder mehr.“⁸⁷³ Vielmehr sind neue Wege zu formulieren sowie Planungsinstrumente zu integrieren in ein System kultureller Arbeit, um Gesamtsteuerung und autonomes Handeln, Entwicklungsplanung, Akupunktur, Intervention, Vermittlung und institutionalisierte Diskurse zu

⁸⁷² Studie im Auftrag der Bitterfelder Vermögensverwaltung Chemie GmbH (1993), unveröffentlicht. Der Zugang zu diesen Informationen erfolgte über den Landkreis Bitterfeld, Umweltamt.

⁸⁷³ Zlonicky, P. (1995): Hellerau und die Stadt der Zukunft, in: Fricke, W./Hrsg.: Die Zukunft der Stadt, Bonn, S. S. 44

verbinden.⁸⁷⁴ Es sind Formen der Planung mit denen anschaulichen Denkens, wie es der Kunst eigen ist, zu durchdringen.

Mit den Planungsarbeiten in Bitterfeld-Wolfen hat die Stiftung Bauhaus Dessau solche Wege in Kooperation mit lokalen und externen Partnern beschritten. Die Auszeichnung mit dem Europäischen Preis für Stadt- und Regionalplanung und das Verankern einer weiterführenden Planungsstruktur am Ort unterstreichen den Erfolg der bisherigen Vorgehensweise.

Mitte der 1990er Jahre trafen zwei Erkenntnisse bei den kommunalen Verwaltungen in Bitterfeld-Wolfen zusammen. Zum einen hatte das Bauhaus in Kooperation mit der Universität Miami, School of Architecture, einen Masterplan für einen Teil des Industrieareals erarbeitet. Detailliert wurde dieser Plan durch einzelne Entwürfe zur Umgestaltung der Industrieareale zu Mischgebieten aus Industrie-, Wohn- und Kulturlandschaften. Diese Initiative fand wegen ihres visionären, ausdrucksstarken Ansatzes lebhaftes Interesse bei den lokalen Akteuren. Eine direkte Intervention mit weiterführender Wirkung war gelungen.

Das Ziel gestalterischer Interventionen, Entscheidungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen, war sinnvoll. Die Radikalität des Ansatzes einer Netzwerkstadt überzeugte: ein Industrieareal, das zum Teil weiter als solches genutzt werden soll, zu einem Wohn-, Kultur und Arbeitsort mit Qualitäten für eine Freizeitnutzung zu entwickeln und damit erste Elemente einer zukünftigen 'Gartenstadt' zu zeigen.

⁸⁷⁴ Vgl. Hoffmann-Axthelm, D. (1996): Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt/Main-New York, S. 222 sowie S. 255ff

Zudem hatten sich die Kommunen informell in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um Planungen interkommunal abzustimmen. Standortkonkurrenz, schwindende Einnahmen und Abwanderungen nötigten die lokalen Politiker zur Kooperation. In dieser Situation griffen die Kommunen die Herausforderung des Masterplanentwurfs auf. Sie beauftragten das Bauhaus samt Partnern, ein Gesamtentwicklungskonzept für den Raum Bitterfeld-Wolfen zu erarbeiten.

Die in der sogenannten „Interessengemeinschaft Westliche Mulde“ zusammengeschlossenen Städte Bitterfeld und Wolfen, die Gemeinde Greppin und der Landkreis Bitterfeld waren nach langjähriger Konkurrenz Ende 1995 übereingekommen, dass die Bewältigung des Strukturwandels und eine Umorientierung der räumlichen Planung auf Bestands- und Innenentwicklung und nur durch regionale Zusammenarbeit gelingen kann. Befördert durch die Diskussion um die Auswahl potentieller Projekte zur EXPO 2000 entstand die Frage, mit welchen Planungsinstrumenten eine solche konzeptionelle Arbeit geleistet werden kann. Vor allem aber mussten - sollte der Prozess langfristig gelingen - die bislang separat agierenden Wirtschaftsvertreter in die kommunale Entwicklungsplanung integriert werden.

Der Auftrag an die Stiftung Bauhaus Dessau knüpfte an das Projekt „Industrielles Gartenreich“ an. Es sollte ein von üblichen Verfahren abweichender Weg gesucht werden, um der Herausforderung dieses in ökologischer und sozialer Hinsicht konfliktreichen Ortes und zugleich dem Anspruch an Modellhaftigkeit zu genügen.

Die Arbeit einer temporären Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen begann im Frühjahr 1996. Der Auftraggeber, die Entwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH (EWG) als Vertreter der Kommunen in der „Interessengemeinschaft Westliche Mulde“, erwartete ein

gemeindeübergreifendes, konsensfähiges Entwicklungskonzept für die Region. Dieses Entwicklungskonzept wurde von der Stiftung Bauhaus Dessau konzipiert und moderiert, von einem regional und interdisziplinär besetzten Gremium getragen, von einem Gutachterbeirat begleitet und mit externen Planern inhaltlich ausgeführt. Die Ergebnisse fanden in einem Planwerk, in einem Projektplan und in einer Charta ihren Niederschlag.⁸⁷⁵

Mit diesem Planwerk wurde ein erster Schritt zur Wandlung der Industriestadt Bitterfeld-Wolfen zu einem neuen „Aggregatzustand“ urbaner Kultur getan. „Mit der Transformation von Form und Inhalt der europäischen Stadt wird auch jene Kultur eine Transformation erleben, die wir Urbanität nennen.“⁸⁷⁶ Der Industriestandort Bitterfeld-Wolfen ist das Zentrum der 'Neuen Stadt', um die sich die Altstadt- und Dorfzentren sowie die vielgestaltige Siedlungslandschaft mit den Altlastenarealen bzw. Brachen gruppieren. Um nun das notwendige Reglement für die 'Stadtwerdung' auszuarbeiten, braucht die 'Neue Stadt' ein 'Lokales Bauhaus' (eine dezentrale Werkstatt) als Impulsgeber.

Bitterfeld-Wolfen bedeutet den Abschied von tradierten Stadtvorstellungen – analog zum Abschied von der Naturvorstellung aus vorindustrieller Zeit. Das Charakteristikum ist die Netzwerkstruktur der neuen Stadt. Ihre physische Gestalt wird heterogen sein - diese Differenziertheit macht die ästhetische und soziale Qualität aus, so widersprüchlich sie auch sein mag. Das heißt letztlich auch, dass die Industrie sich 'verstädtern' wird. Die vorhandenen Areale werden als Teil des Gemeinwesens geöffnet, die Funktionen treten in ein Wechselverhältnis.

⁸⁷⁵ Entwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft (EWG); Stiftung Bauhaus Dessau /Hrsg. (1996): Dokumentation Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen, Dessau. Diese dezentrale Werkstatt wurde vom Bauhaus Dessau initiiert und moderiert (unter Federführung des Autors) und mit Planungsbüros sowie zahlreichen lokalen Akteuren durchgeführt.

⁸⁷⁶ Häussermann, H.; Siebel, W. (1998): Hat die urbane Stadt noch Zukunft? In: Sauberzweig, D.; Wagner, B.; Rübke, T./Hrsg.: Kultur als intellektuelle Praxis, Essen, S. 51

Die 'Neue Stadt' bedeutet, eine neue Emanzipation zu beginnen.
„Intermediate“ heißt: langfristiger Übergang von der 'cité industrielle' zur
Gartenstadt des 21. Jahrhunderts.

6. Hauptresultat des Spiel-Raumes-2: Ferropolis – Die Stadt aus Eisen⁸⁷⁷

Ferropolis ist ein Ergebnis des konstruktiven Nutzens von gesellschaftlichem und wissenschaftlichem wie künstlerischem *Spiel-Raum* für die Gestaltung eines außergewöhnlichen, aber prototypischen Projektes für nicht-lineare Planung. Dieses Projekt wird im Folgenden als Prozess, als Resultat kreativer Sanierung von Hinterlassenschaften des fordistischen Industriezeitalters beschrieben, bewertet und verallgemeinert. Insofern ist dies eine Annäherung an eine Raum-Um-Ordnung. Das Projekt weicht ab von den linear gedachten technischen Sanierungsschemata und bildet zugleich eine neue Art der Reaktivierung von „Randzonen“ der postindustriellen Räume. Die Grundlage bildet die persönliche Erfahrung des Autors mit der Entwicklung des Projektes. Darin liegt ein nicht distanzierter, aber zugleich reflektierender Zugang zum Umgang mit den sich eröffnenden *Spiel-Räumen*.

„Ferropolis“ stellt darüber hinaus als Projekt in dieser Schrift den historischen Gegenpart zu dem „Plan 23“ aus dem Mitteldeutschen Planungsatlas und die Neuinterpretation der Vision zum „Geiseltal“ von 1928 dar.

Vorbemerkung

Im Ernst – Ferropolis ist eine „Stadt“: „In einer der Exkursionen zu dem Tagebaurestloch Golpa-Nord und uns unberechtigt auf dem dortigen Gelände vor

⁸⁷⁷ Vgl. Kegler, H. (2005): Ferropolis – Die Stadt aus Eisen, Dessau/Gräfenhainichen. In dieser Dokumentation zum 10. Jahrestag der Stadtgründung wurden sowohl Ergebnisse einer Studie, die der Autor im Auftrag der LMBV zu den Hintergründen und Grundlagen des Projektes „Ferropolis“ 2003 (unveröffentlicht) angefertigt hatte verwendet: Kegler, H. (2003): Ferropolis - Studie, Dokumentation – Erfahrungen – Ausblick eines außergewöhnlichen Projektes, Bitterfeld (im Auftrage der LMBV) als auch der Beitrag des Autors „Ferropolis – Grenzstadt der Moderne“ in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich 2, Dessau, S. 114-118 zu Grunde gelegt. Die von der LMBV beauftragte Studie fand mit Genehmigung der LMBV Eingang in die Publikation von 2005. Nicht extra bezeichnete Angaben entstammen dieser Studie, einzusehen bei der LMBV, Bitterfeld. Eine weiterer Beitrag des Autors setzte sich mit dem Projekt Ferropolis im Rahmen eines BMBF-Forschungsprojektes auseinander: Kegler, H. (2009): Neue Pläne für altes Eisen – Regionale Entwicklung zwischen gestern und heute – das Beispiel Ferropolis, in: Möhring, C./Hrsg.: Phönix auf Asche, Tharandt, S. 106-115. (Anhang IV, Abb. 12)

einem Baggerschrottplatz aufhaltend, wurden wir von einem ungewöhnlich schnell heranfahrenden Trabi überrascht. Zwei Herren stiegen aus. Einer von ihnen beleibt und zwar so sehr, dass sein rotes T-Shirt nicht bis zur Hose reichte. Daneben trug er noch einen breitkrempigen Cowboyhut und einen Revolver. Ich ging auf die beiden zu: „Phantastische Geräte diese Bagger... usw. – Es ist verboten ... das Gelände ... die werden verschrottet. Auf dem einen hier bin ich fünf Jahre lang gefahren. Eigentlich schade. Man könnte ein Cafe oder eine Aussichtsplattform daraus machen. Aber das interessiert ja keinen und ist sowieso nur Spinnerei.“ So begann das Gespräch des Ferropolis-„Erfinders“ vom Bauhaus Dessau (Rainer Weisbach) mit dem ehemaligen Bergmann Harald Harnisch, Baggerführer auf dem Bagger 651, der nunmehr eingesetzt worden war, um die Grube zu bewachen.⁸⁷⁸ Daraus ist nun, Jahre später (2005), eine „Stadt“ geworden. Im Ernst? Ferropolis hat eine „Mainstreet“, hat einen Marktplatz und einen Bahnhof, hat ein Haus, in welchem Trauungen stattfinden können, eine „Orangerie“, einen Aussichtsturm, eine Wasserfront mit Bootsanleger, vor allem aber eine Arena, gefasst von Tagebaugroßgeräten, ein „Rathaus“ mit dem Sitz der Verwaltung, ein Stadtschild und Eingangssäulen zur Arena, die Propyläen, ... also alles, was für eine Stadt notwendig ist.⁸⁷⁹

Natürlich wird Geschichte, werden Projekte von jeweils konkreten Personen gemacht. Deren Handeln hat Ferropolis ermöglicht – auf allen Ebenen der Projektentwicklung. Einige sind noch „im Dienst“, andere im Ruhestand oder an anderen Orten tätig, neue sind hinzugekommen, haben den Staffelstab übernommen. Doch die Entwicklung dieses ungewöhnlichen Projektes verbindet sie alle. Es ist auch die Gewissheit, dass mit diesem Projekt für die Region im ehemaligen mitteldeutschen Bergbaurevier bei Gräfenhainichen ein Hoffnungsträger geboren wurde – was wäre, wenn Ferropolis nicht gebaut worden wäre? Es hätte

⁸⁷⁸ Vgl. Kegler, H., (1999): Ferropolis – Grenzstadt der Moderne, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich 2, Dessau, S. 114-118. Die Angaben beruhen auf diesem Artikel.

⁸⁷⁹ Wenn hier von „Stadt“ gesprochen wird, dann im ironischen, spielerischen Sinne, vor allem aber als Befragung dessen, was „Stadt“ im postindustriellen Zeitalter ausmachen könnte.

eine Entwicklung wie überall gegeben: Abriss, Brache, „blühende Landschaft“, bestenfalls ein Strand am See mit Würstchenstand. Die Bergbauregion wäre in der Unkenntlichkeit versunken, Abwanderung und Arbeitslosigkeit wären ohne Alternative gewesen, denn die Ansiedlung neuer großer Industrien von „Außen“ hätte gerade hier nicht stattgefunden. Die Fülle an Seen der Bergbaufolgelandschaft im mitteldeutschen Raum hätte keine besondere Entwicklung in diesem Teil des ehemaligen mitteldeutschen Bergbaureviers hervorgebracht. Der See im früheren Tagebau Golpa-Nord wäre lediglich einer von vielen gewesen. Dass seit dem Richtfest von Ferropolis 1997 fast eine Million Menschen diesen Ort besucht haben, wäre ansonsten undenkbar geblieben. Ferropolis hat die Region im Landkreis Wittenberg national und z. T. auch international bekannt gemacht. Es ist eine Chance eröffnet worden.

Und es zeigte sich, dass, bei Einhaltung aller notwendigen Regularien und enger finanzieller Rahmensetzungen, neue Wege beschreitbar sind, die vorher undenkbar erschienen. Die wichtigste Eigenschaft der Beteiligten ist jedoch ihr fester Glaube an eine mögliche Zukunft und ihr langer Atem diese Zukunft schrittweise zu gestalten. Ferropolis ist geradezu ein Symbol für das oft beschworene Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“. Dabei war Ferropolis keineswegs unumstritten, stellte es doch ein gewisses Risiko dar. Die langfristige ökonomische Tragfähigkeit war keineswegs 100%ig garantiert und Kritiker wiesen oft auf diesen Umstand hin. Aber: der Wille, aus der Krise einen Ausweg finden zu wollen, hat die Akteure immer wieder das Projekt vorantreiben lassen.

Was kommt danach?

Die Bedeutung von Ferropolis für die Nachnutzung stillgelegten Bergbaus

„Siebentausend Tonnen Ästhetik“ – so könnte Ferropolis, die Stadt aus Eisen, in Analogie zu einem Beitrag, der vor 20 Jahren in der führenden DDR-Design-

Zeitschrift „FORM + ZWECK“ über die Gestaltung von Tagebaugroßbaggern erschienen war, bezeichnet werden.⁸⁸⁰ Euphorisch wurde darin seinerzeit noch die Ästhetik des Maschinenzeitalters gefeiert: „Zuweilen wird der Industrieformgestalter mit Fragen konfrontiert, die ihn an Grenzbereiche der ästhetischen Gestaltung führen. Sollte man ab bestimmten Erzeugnisgrößenordnungen versuchen, noch ordnend einzugreifen, und wenn, in welchen Bereichen? Diese Frage steht zum Beispiel für die Gestaltung von Tagebaugroßgeräten. Einerseits prägen diese Erzeugnisse mit der von ihnen geschaffenen Umgebung ganze Umweltbereiche, andererseits bekommen nur vergleichsweise wenige diese Geräte zu Gesicht. Auf der einen Seite verkörpern und schaffen sie Millionenwerte, andererseits verwandeln sie zeitweise natürliche Gegebenheiten und verändern das Antlitz der Umwelt. In dieser Widersprüchlichkeit agieren Menschen, dirigieren den Prozess mit Hilfe komplizierter Hochtechnologien und sind selbst auf Höchstleistungen aus.“⁸⁸¹

Die zweckorientierte Gestaltung dieser Großgeräte bestimmte die Auseinandersetzung über die ästhetischen Herausforderungen solcher Aufgaben, jedoch keine Zweifel an deren langfristiger Sinnhaftigkeit oder gar den Folgen. Es darf kein Vorwurf erhoben werden, schließlich dienten diese Geräte der Stromversorgung, einem elementaren Bedarf der Wirtschaft und Bewohner. Und, es war keinesfalls nur in der DDR so, der Braunkohletagebau ist weltweit nach ähnlichen Prinzipien verfolgt worden.

Doch schon wenige Jahre nach dem Erscheinen dieses Artikels war der Zweck der Großgeräte plötzlich erfüllt, hatten die Giganten schlagartig ausgedient. Heute, mehr als ein Jahrzehnt später, sind fast alle Braunkohletagebaue im ehemaligen mitteldeutschen Revier stillgelegt. „Tausende Tonnen Ästhetik“ sind geronnen,

⁸⁸⁰ Hammitzsch, H. (1988): Dreihundert Tonnen Ästhetik, in: Form & Zweck, s. 34-36

⁸⁸¹ Hammitzsch, H. (1988): Dreihundert Tonnen Ästhetik, in: Form & Zweck, s. 34-36, insbes. S. 34

erstarrt zu Dinosauriern eines vergangenen Zeitalters. Die ästhetische und soziale Herausforderung hat sich gewandelt – aber auch der ökologische Gesamtzusammenhang ist deutlich geworden.

Diesem Thema widmete sich das Bauhaus Dessau mit seinem regionalen Gestaltungsprojekt „Industrielles Gartenreich“ seit 1989. Die Frage, die dieses Langzeitvorhaben bestimmte, lautete, wie mit dem radikalen Umbruch der industriellen Gesellschaft und den damit verbundenen sozialen Verwerfungen, dem Überflüssigen an Baulichkeiten und Material, dem Verlust an Identität und Zukunftsvertrauen umgegangen werden kann und zugleich eine neue, anspruchsvolle Stadt-Landschaft nach dem Ende dieses Industriezeitalters für und mit den dort lebenden Menschen gestaltet werden kann. Damit wurde keineswegs eine provinzielle Sondererscheinung thematisiert, sondern ein prototypischer Fall aufgegriffen, der für alle Industrieländer der Welt zutrifft und viele Parallelen im Norden der USA, in Frankreich, in Mittelengland, in Spanien, im Ruhrgebiet oder in Schlesien, in Brasilien oder Japan hat. Wesentliches Anliegen war es, die Spuren des Industriezeitalters nicht einfach verschwinden zu lassen oder zu beschönigen, sondern als Ansatz für neues Leben in der industriellen Branche zu nutzen.

Doch wäre das ganze Vorhaben, eine „Stadt aus Eisen“ zu bauen, ein buntes Bild geblieben, eine schillernde Vision, wäre nicht die LMBV gewesen, die von Anbeginn diesem Vorhaben nicht nur Sympathie sondern letztlich auch finanzielle und materielle Kraft entgegenbrachte. Dieses Projekt gehört zu den herausragenden Sanierungsvorhaben, weil hier die LMBV ein Jahrzehnt ungewöhnliche, letztlich erfolgreiche Wege zur Gestaltung einer Landschaft nach dem Bergbau mit den regionalen Partnern ging. Es kann als ein Modell verstanden werden, wie eine Idee – hier aus dem Bauhaus Dessau – mit politischer Kraft und finanzieller Unterstützung des Landes – hier Sachsen-Anhalt, des Bundes und der EU – und den Fähigkeiten der Bergbausanierungsgesellschaft, solche großen Projekte erfolgreich umzusetzen, zusammengeführt worden waren. Dabei wurde täglich von allen Beteiligten Neuland betreten. Der Weg war nicht gradlinig und das Projekt stand nicht immer unter einem

guten Stern. Doch die Motivation der beteiligten Akteure schaffte es immer wieder, das Projekt voran zu bringen. Ein wesentliches Motiv war die EXPO 2000 in der Korrespondenzregion Dessau-Wittenberg-Bitterfeld (hervorgegangen aus dem Projekt Industrielles Gartenreich), in dessen Herz Ferropolis lag. Die EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH hat als Entwicklungsgesellschaft des Landes das Projekt in einer wichtigen Phase gezielt vorangebracht und eine große Öffentlichkeit hergestellt.

„Nekropolis“ oder eine „Grenzstadt der Moderne“ entsteht

Ferropolis, das Monument aus Stahl, gebaut aus nutzlos gewordenen Großgeräten einer nun zu Ende gegangenen Epoche, eigentlich Schrott, stellt so etwas wie eine „Totenstadt“ des Industriezeitalters dar, eben „Nekropolis“. Wie im alten Ägypten, wurden die gottgleichen Pharaonen an einem heiligen Ort neben der eigentlichen Stadt an besonderen Plätzen bestattet. Für die Öffentlichkeit waren diese Orte verborgen, auf das Leben im ewigen Jenseits aufwendig ausgestattet. Ferropolis ist aber mehr als ein „Friedhof der Industriemoderne“, er ist Abschied und Aufbruch zugleich. Hier Trauerarbeit mit der vergangenen Arbeit verbunden mit dem Respekt vor der ingenieurtechnischen Leistung und dem Neuinterpretieren der Stahlkolosse für Zwecke des Tourismus, der Kultur, Kunst und der Wirtschaft. Die Großgeräte sind nutzlos geworden und gerade in dieser Nutzlosigkeit ermöglichen sie auch Fragen an die Vergangenheit des Industriezeitalters mit ihrer Gigantomanie, ihrem Beherrschungswillen, ihrer totalen Zweckorientierung – koste es, was es wolle. Sie sind also sowohl ein Zeichen für die Rückbesinnung als auch für die optimistische Zukunftshoffnung. In diesem Sinne gilt: „Im Ernst – Ferropolis wird eine Stadt“.

Auf dem stillgelegten Industrieareal inmitten des ausgekohlten Tagebaus entsteht also ein Kunstort. Dort, wo einst das „Headquarter“ der Tagebauleitung seinen Sitz hatte, den sogenannten Tagesanlagen, Einrichtungen für den Bergbaubetrieb mit dem Management, zentraler Energieversorgung (30-kV-Station) und Logistik, entsteht die künstliche Neuansiedlung: Fünf ausgediente Schaufelrad- und Eimerkettenbagger sowie Absetzer, jeweils bis zu 150 m Länge und über 30 m Höhe,

wurden an diesen Ort transportiert und zu einem Ensemble um eine Arena gefügt. 7.000 Tonnen zur Verschrottung vorgesehener Stahl in Form gigantischer und zugleich filigraner Konstruktionen werden einen neuen Sinn erhalten. Die zur Ruhe gekommenen Großgeräte wecken Assoziationen: Diese "Vögel" aus Urzeiten, die Saurier einer vergangenen Epoche haben sich in einem Horst eingefunden und beraten über ihr zukünftiges Leben in einer Zeit, da ihres Gleichen ausgestorben sein werden...

Was hat dies mit „Stadt“ zu tun? Ein Arrangement stillgelegter Relikte eines Industriezweiges, der überflüssig geworden ist, hat eher etwas Museales an sich, als dass es mit der Urbanität einer alten Stadt mit ihren Straßen, Plätzen und Architekturen verschiedener Epochen zu tun hätte. Das Ensemble bildet eine Konstruktion von neuer Wirklichkeit mit authentischen Objekten der industriellen Vergangenheit – und nur mit solchen. Es hebt sich ab vom üblichen Weg der Sanierung der vom Menschen geschaffenen „Mondlandschaften“, die ansonsten alle Spuren des Eingriffs in die Landschaft zu tilgen pflegt. Durch den Erhalt von Elementen des Braunkohlebergbaus entstand Raum für neue Möglichkeiten der Gestaltung.

Ferropolis ist Museum und Mahnmal, Stahlskulptur, Veranstaltungsareal, Themenpark für Kunst und Kultur, Ort für die Ansiedlung neuen Gewerbes, kontemplativer Ort, Landmarke und Werbeträger der EXPO – ein vielgestaltiges Areal. Dies ergibt einen Freizeitpark, wie er seit „Gas Works“ in Seattle (USA) von 1972 auf vielen stillgelegten Industrieanlagen eingerichtet wurde. Ferropolis ist mehr. Hier entsteht etwas Neues – eine sozial-kulturelle Plastik aus „Versatzstücken des Industriezeitalters“. Die industriegeschichtlichen Objekte, die Bagger und Absetzer, sind an einem neuen Ort zu einem neuen Gebilde gefügt worden. Die Großgeräte waren einst monströs erscheinende Werkzeuge: "Ferropolis" bildet ein Monument der vergangenen Arbeit und der Technikfaszination, aber auch neuer Freizeitmöglichkeiten und neuer Tätigkeiten. So schwankt die „Stadt“ zwischen

Kultort und Keimzelle sozialer Aktivität, deren kulturelle und ökonomische Basis nicht mehr die im 19. Jahrhundert entstandene Industriearbeit ist. Es wird neue Arbeit sein.

Die Bagger und Absetzer sind (auf Anregung des Bauhauses Dessau) 1994 unter Denkmalschutz gestellt worden – eine Voraussetzung für ihre Weiternutzung. Das gesamte Ensemble ist jedoch ein Denkmal besonderer Art. Die Denkmale stehen an einem neuen Ort und haben nichts mehr mit ihrer ursprünglichen Funktion gemein. Ist das noch ein Denkmal? Wird hier nicht Denkmalschutz zum „Bauchladen“ des beliebigen Umgangs mit der Industriegeschichte? Vielleicht aber verbirgt sich gerade in dem unkonventionellen Umgang mit den Hinterlassenschaften der Industrie ein unpräntiöser Umgang mit Denkmalen. Keine museale Starre, sondern Weiterentwicklung könnte das Motto dafür lauten.

Ferropolis hat „die Rolle einer doppelten Mahnung: Ein industrielles Zeitalter des Denkens in großen Dimensionen der Apparate bei kleinem Horizont der Ökonomie ist endgültig vorbei. Der Referenzkapitalist Staat, den Marx noch beschwören musste, ist der Globalisierungsfalle anheimgefallen. Dafür ist Ferropolis tatsächlich das derzeit beste Denkmal. Andererseits mag die Baggerstadt den Menschen der Region als Ansporn dienen, aus der eigenen Notsituation heraus Mikrostrukturen zu schaffen, die erst in einer oder zwei Generationen als Identität sich niederschlagen können – etwa in der Ansiedlung postindustrieller Gewerke. ...“⁸⁸²

Woraus entsteht eine neue Stadt? Eine alte Frage, wurden doch seit Jahrtausenden neue Städte gebaut. Aus welchem Material waren sie? Die Antwort war einfach: Aus dem Vorhandenen; die Reichen unter den Stadtgründern konnten es sich leisten, Material von weit her zu holen, exotische Steine und Hölzer; die Ärmern nahmen

⁸⁸² Mit einer der ersten Mails, die am Bauhaus Dessau geschrieben wurden, kam diese Aussage zum Projekt (die Quelle ist nicht mehr zurückzufolgern): Sachsse, R., 1997, Internet-Kommentar.

das am Ort Vorhandene. Im 20. Jahrhundert schien es keine Frage mehr zu sein, welche Materialien verwendet werden – Stahl und Beton ermöglichten das Bauen überall und in jeder Form. Eine Haltung, die auch nicht ohne Auswirkung auf die Bestrebungen des Bauhauses der 20er Jahre und dessen Nachfolger blieb. Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, mehren sich Zweifel an der Gültigkeit dieser „alles-ist-machbar“ – Maximen. Der Kern der „Altstadt“ von Ferropolis besteht ausschließlich aus örtlich vorhandenem, künstlichem Material.

Wie entsteht eine neue Stadt? Architekten und Bauleute schaffen die Räume – die eigentliche Stadt aber entsteht durch ihren Gebrauch als Gemeinwesen. Doch zu einer solchen Körperschaft gehört mehr als sechs Jahre des Planens und Bauens. Es genügt nicht, etwas zu bauen und mit Spektakel einzuweihen. Urbanes Leben braucht kulturelle Initiatoren, Phantasten, die im Schrott, Schutt und Leere neues, städtisches Leben ahnen und dieses selbst erproben. Die ersten Schritte gingen das Bauhaus und die ehemaligen Bergleute. Inzwischen kommen immer häufiger Interessierte aus der näheren und fernen Umgebung, aus dem Ausland – nicht nur als Besucher. Gärtner begannen zu wirken. Ein Magazingebäude wurde zur zeitweiligen „Orangerie“ – ein Name, der inzwischen Eingang in den technischen Begriffsapparat der Bergbauverwalter gefunden hat.

Ein Experiment hat begonnen, um Gewohntes aufzubrechen, ein Zeichen ist im Entstehen, das Fragen und Antwortsuche nach dem Umgang mit dem Erbe der industriellen Gesellschaft provoziert.

Ferropolis ist (noch) keine Stadt: Die Unwirtlichkeit unserer realen urbanen und suburbanen Umwelt, unserer fragmentierten Stadt-Landschaft, bedarf des Wagnisses kraftvoller, auch symbolträchtiger Gegenimpulse und radikaler langfristiger Konzepte. Dieser bereits in den 1960er Jahren von Jane Jacobs, der amerikanischen Urbanismus-Kritikerin, konstatierte Verlust urbaner Kultur, erscheint angesichts von Ferropolis wie in einem Spiegel – ein Zerrbild der Umbrüche in den

1990er Jahren. Die ökonomische Grundlage ganzer Regionen ist weggebrochen bzw. erheblich geschrumpft. Menschen und industrielle Hinterlassenschaften sind überflüssig geworden. Viele wanderten und wandern ab, ziehen der Arbeit nach. Die städtische Gesellschaft steht auf einer existenziellen Probe. Als soziales Gemeinwesen bietet sie nur noch bedingt Sicherheit, Gelegenheit für Erwerbsarbeit und Befriedigung vitaler Bedürfnisse. Sie ist aber dennoch ein „Ort menschlicher Bewusstseinsentwicklung“⁸⁸³ geblieben, wenngleich eines deutlich in Wandlung begriffenen.⁸⁸⁴ Sie fungiert als Inbegriff von Kultivierung, einer Art Rematerialisierung eines Ortes, der entleert wurde.⁸⁸⁵

Vermag Ferropolis ein anderes Modell von künstlicher „Stadt“ zu werden, als es der Freizeit- und Medienkonzern „Walt Disney Company“ in den USA mit seiner jüngsten Schöpfung „Celebration“, nahe den Disney Parks von Orlando/Florida geschaffen hat? „Celebration ist ... nicht etwa nur ein Versuch, urbane Qualitäten in die ‚suburbs‘ der Vereinigten Staaten zu bringen. Vielmehr handelt es sich bei der Siedlung um einen kritisch zu betrachtenden Ausdruck kultureller und materieller Reproduktion von ‚Stadt‘ durch einen Konzern der Unterhaltungsindustrie. Celebration spiegelt wider, auf welche Weise in einem Gemeinwesen, das als am weitesten entwickelte Freizeit- und Dienstleistungsgesellschaft gilt, soziale Werte und Vorstellungen von Urbanität geprägt und vermarktet werden – und könnte deshalb tatsächlich ein Modell für die amerikanische Stadt der Zukunft sein.“⁸⁸⁶ „Celebration“ ist ein Versuch, Identität zu stiften und „Geschichte zu erzeugen“ an einem „Unort“. Ferropolis ist angesichts dessen, ein Labor für einen Versuch der Bildung neuer Stadt-Entwicklungsmodelle an der Zäsur der urbanisierten Gesellschaft an einem authentischen Ort: Inszenierung von Stadt als gelebte Wirklichkeit – als Verbindung aus Bewahren und

⁸⁸³ Mitscherlich, A., (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Berlin, S. 14

⁸⁸⁴ Leborgne, D.; Lipietz, A. (1990): Neue Technologien, neue Regulationsweisen: einige räumliche Implikationen, in: Borst, R. u.a./Hrsg.: Das neue Gesicht der Städte, Basel, Boston, Berlin, S. 109

⁸⁸⁵ Hoffmann-Axthelm, D. (1993): Die dritte Stadt, Frankfurt/Main, S. 9

⁸⁸⁶ Roost, F. (1998): Walt Disneys „Celebration“, in: Die Alte Stadt, 4/98, S. 318-334, insbes. S. 334

Neuschöpfen von Identität, ein Schlüssel für soziale und ökonomische Neubelebung. Dabei spielt die nachvollziehbare Geschichte des Ortes eine wesentliche Rolle.

Solch eine Inszenierung, wie sie Ferropolis darstellt, erscheint nicht als Täuschung, von denen die Vergnügungsindustrie lebt. Sie gehört – in Form einer Verfremdung - aber auch bei Ferropolis zum Vorgang einer Inwertsetzung von Vergangenenem, und ist somit Teil der Kultur einer Gesellschaft. Fantasiervolle Anregungen im Umgang mit scheinbar Wertlosem, mit überflüssig gewordenen Gegenständen initiiert eine auch im ökologischen Sinne zu verstehende Wiederverwendungskultur. Die viel beschworenen Nachhaltigkeit muss, will sie überhaupt noch eine Chance haben, auch Lust machen. Hier verläuft der Grat zwischen konsumorientierter Vermarktung und einer Kultur der Reparatur und Aneignung von Verbrauchtem als kreative Neugestaltung von Lebensumwelt. Dies ist das Gegenteil von einem „Sanierungsfall“, von technischer Instandsetzung einer ausgekohlten Landschaft. Ferropolis geht über die normale Sanierung der Tagebaue hinaus. Dieser Ort steht als Symbol und reales Projekt für einen Anfang und für eine Alternative. Es ist ein Ort, der zunächst für das Verlassen steht und dann zugleich für die Rückkehr von Menschen an diese „Wüstung des Industriezeitalters“.

Die Hinterlassenschaften der Industrie erfahren die Einordnung in die Kategorie technischer Wartungs- oder Sanierungsfälle.⁸⁸⁷ Geschichts-„befreite“, gestaltarme, fantasielose, nach technischen Standards bereinigte Areale entstehen aus dieser Denkweise, die die Monokultur der industriellen Vernutzung in die Monostruktur einer anthropogenen, sanierten Steppe transportiert, die vor allem einem Kriterium zu genügen hat: technischer Sicherheit, die überdies nicht garantiert werden kann.⁸⁸⁸ Dem steht Ferropolis entgegen. Dieses Projekt bedingt und bewirkt neue Denkweisen. Fantasie, Ironie und eine werdende, gebaute Realität miteinander

⁸⁸⁷ Knodt, R. (1994): Ästhetische Korrespondenzen, Berlin, S. 75

⁸⁸⁸ Ganser, K. (1998): Die IBA Fürst-Pückler-Land: Kultivieren statt Sanieren, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbuch der Bergbaufolgelandschaften, Dessau, S. 96-98, S. 96

verbindend, entsteht Ferropolis als lokaler Versuch „zwei der zur Zeit meist gestellten Fragen zu beantworten: Wohin bewegt sich der Strukturwandel dieser Region und wie wird eine nachindustrielle Kulturlandschaft aussehen?“⁸⁸⁹

Der Name FERROPOLIS

Mit der Präsentation von Ergebnissen des Seminars "Wunden" im Bauhaus 1991, das gemeinsam mit der Universität Braunschweig, Prof. Wehberg, durchgeführt worden war, begann die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Zukunft der Bergbaufolgelandschaft im Rahmen des Projektes Industrielles Gartenreich.⁸⁹⁰ Einer der Teilnehmer führte den „Tanz der Bagger“ auf, ein anderer las das selbst verfasste Gedicht „AB-RAUM“ dazu. In langsamen, getragenen Bewegungen formierte er tänzerisch einen Raum, der die „Akropolis“ über den „Wunden“ in der Landschaft umriss. Diese „Stadt“ versprach keine Heilung sondern Andacht und Anregung zu neuer Gestaltung des Ortes. Die Assoziation liegt nahe: Auf einer Anhöhe über der zumeist als „Mondlandschaft“ bezeichneten Grube erhebt sich eine „Stadt“, die einem besonderen Zweck dient, ungewöhnlich in ihrer Formgebung ist und weithin sichtbar erscheint. Die Akropolis von Athen, die Stadt der antiken Götterwelt, erhebt sich über der profanen Stadt der Bürger. Die Analogie scheint vermessen zu sein. Doch nach wie vor wirkt der Urtyp einer europäischen Stadt, die griechische Polis, anregend und herausfordernd für Überlegungen zur Zukunft der urbanisierten oder devastierten Umwelt. Auf den ersten Blick war die Idee, den „Tanzplatz der Giganten“ am Grubenrand nicht als Museum in der Landschaft oder als Stahlskulptur aufzufassen, sondern als „Stadt“, die Eröffnung einer weitergehenden Dimension von touristischer Attraktion als sie in Freizeitparks gemeinhin angeboten wird. POLIS suggeriert eine soziale Angelegenheit.

⁸⁸⁹ EXPO GmbH (1997): Projektvereinbarung (unveröffentlicht)

⁸⁹⁰ Wehberg, H. (1991): Einleitung, in: TU Braunschweig; Bauhaus Dessau/Hrsg.: Wunden – Braunkohlebrachen zwischen Wörlitz und Bitterfeld, Dessau, S. 5

Im Zentrum einer solchen POLIS befand sich ein Forum (Agora) mit den wichtigsten öffentlichen Bauwerken der Stadt. Diese wären, so die Idee, die Bagger, nutzbar durch Besucher und zeitweilige Bewohner. Doch zugleich sollte Bergbaugeschichte gezeigt werden, verfremdet und offen für neue Nutzungen der Großgeräte. Die Bagger stehen somit auch für irdische "Götter", die dem Fortschritt den Weg ebneten. Jetzt haben sie ihr Werk beendet. Das zur Ruhe gekommene Eisen kündigt von der einstigen Botschaft einer lichten Zukunft und von einem verdienten Innehalten, von unbekümmerter Art mit technischen Großgeräten umzugehen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden und zu Denkmälern geworden sind. Sie künden auch von wirtschaftlichen Chancen, über eine vielleicht ganz neue Art des Tourismus oder der Gewerbeansiedlung, des Wohnens und der Freizeitgestaltung, neues Leben in der als ausgestorben geltenden Landschaft anzuregen.

Die lateinisch-griechische Wortschöpfung war anfangs nur als Arbeitsbegriff für ein mögliches Projekt gedacht. Der Name steht für die Idee und der "richtige" Titel sollte noch erdacht werden. Doch die assoziative Kraft war stärker. Ferropolis verbreitete sich und wurde zum Inbegriff einer neuen Gestaltungshaltung. Es ist also kein Nekropolis geblieben, eine Geisterstadt aus Eisen, sonder beginnt ein lebendiger Ort zu werden, der sich wirtschaftlich selbst trägt.

In den mehr als 10 Jahren der Entwicklung des Projektes durchlief Ferropolis zwei Phasen. Von 1991 bis 1995 wurde das Vorhaben vom Bauhaus erdacht, praktisch initiiert und mit der Bergbaugesellschaft (zunächst der MIBRAG, dann der MBV und schließlich der LMBV)⁸⁹¹ sowie vielen regionalen Partnern und der Landesregierung vorangetrieben. Dies mündete in der Stadtgründung, d.h. dem Aufstellen der Großgeräte am 14. Dezember 1995 mit der Enthüllung des Stadtschildes durch den Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts. Im Folgenden wurde Ferropolis unter dem Dach der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH infrastrukturell erschlossen, ausgebaut

⁸⁹¹ MIBRAG = Mitteldeutsche Braunkohle AG; MBV = Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft; LMBV = Lausitzer und Mitteldeutsche Braunkohleverwaltungsgesellschaft

und mit einigen größeren Veranstaltungen in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. 1999/2000 erfolgt die infrastrukturelle Fertigstellung. Dann begann die Etablierung als kultureller und experimenteller Ort. In dieser Zeit hat bereits eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Werden dieser neuen „Stadt“ begonnen. Designer, Bildhauer, Maler, Schauspieler, Musiker und Medienkünstler haben Ferropolis zu ihrem Ort erkoren. Sie sind bekanntlich die Pioniere der Eroberung von neuem Terrain. Diese Phase muss noch weit über die gegenwärtig letzte Phase des Aufbaus hinausreichen, ja sich überhaupt erst entfalten, wenn mehr Menschen hier tätig sein werden. Die unmittelbare Nach-EXPO- Zeit wurde zur Nagelprobe für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der jungen Stadt. Sie hat sie letztlich bestanden, allerdings mit großen Schwierigkeiten.

Worauf gründet sich Ferropolis? Der Braunkohlebergbau um Gräfenhainichen (bei Bitterfeld) und dessen Übergang zur Bergbaufolgelandschaft

Nicht nur Ferropolis ist ein außergewöhnlicher Ort und faszinierendes Ereignis, auch die heute umgebende Landschaft mit dem See, den Kippen und Uferbereichen markieren einen besonderen Ort: ein Tagebau im Schwenkaufschluss – eine Urform des Tagebaus, der selbst ein Denkmal darstellt. Beides zusammen ergibt das einzigartige Ensemble einer natürlichen Kunstwelt nach dem Bergbau. Andere bergbaugeschichtlichen Objekte im Südraum Leipzig oder in der Lausitz verdeutlichen auch die Leistungen des Sanierungstagebaus, stellen aber jeweils Ausschnitte dieser in Ferropolis gelungenen Ganzheitlichkeit einer spektakulären Stadt-Landschaft dar, die aus Bewahrung, Neugestaltung und permanenter Wiederbelebung ihren unverwechselbaren Reiz gewinnt und zunehmend auch als ökonomischer Faktor wirkt.

Der Tagebau Golpa-Nord wurde 1957 mit dem Anlegen der Entwässerungsstrecken als Nachfolgetagebau für den Tagebau Muldenstein für die Versorgung der Kraftwerke

Zschornewitz und Vockerode aufgeschlossen.⁸⁹² Der Tagebau wurde als Birnenaufschluss angelegt und dann als Schwenktagebau betrieben. Charakteristisch für diesen Tagebau war die geringe Mächtigkeit der Flöze von nur bis zu 5 m, welche noch durch Zwischenmittel, d. h. von Erdmaterial durchsetzt war. Das Deckgebirge betrug ca. 24 m. Damit zählte der Tagebau Golpa-Nord zu kleinen Abbaugebieten im mitteldeutschen Raum. Die Aufschlußbaggerung begann 1962 und ab 1964 wurde vom Aufschlussbetrieb zum Regelbetrieb übergegangen, d. h., der Tagebau war nach 7 Jahren Vorbereitung nun für den kontinuierlichen Abbau von Braunkohle bereit. Im Jahr 1968 wurde eine bis 1972 andauernde Stundung des Abbaus verfügt, also eine Abbaupause eingelegt. Die meisten Geräte wurden aus dem Tagebau Golpa-Nord abgezogen, so erfolgte z. B. am 15. Juli 1971 der Transport eines Großgerätes zum Tagebau Goitzsche durch die Mulde. Die Braunkohleförderung sollte durch Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion ersetzt werden. Doch die Lieferungen reichten nicht aus, so wurde der Beschluss gefasst, den Tagebaubetrieb wieder aufzunehmen. Von 1972 bis 1991 erfolgte dann der systematische Abbau – im Uhrzeigersinn um die heutige Halbinsel Ferropolis herum. Am 1. August 1991 wurde der Tagebau in die Sanierung überführt. Fast genau 8 Jahre später begann dessen Flutung, die 2005 vorläufig abgeschlossen sein dürfte. Im Tagebau Golpa-Nord waren über den gesamten Zeitraum 18 Tagebaugroßgeräte im Einsatz gewesen. Fünf von diesen Geräten wurden gesichert (vier davon unter Denkmalschutz gestellt*) und bildeten ab 1997 den Kern von Ferropolis:

- Eimerketten-Bagger auf Ketten 197 ERs 400 (Einsatz seit 06/1964)*
- Eimerketten-Bagger auf Schienen 651 Es 1120 (Einsatz seit 07/1992)*
- Absetzer 1022 A2s 2240 (Einsatz seit III/1974)*
- Absetzer 1025 As 1120 (Einsatz seit III/1974)*
- Schaufelrad-Bagger 1521 SRs 1300 (Einsatz seit 04/1993)⁸⁹³

⁸⁹² Vgl. Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren, 2003, S. 7, verwendet für: Kegler, H. (2004): Studie zu Ferropolis, LMBV (Bitterfeld)

⁸⁹³ *unter Denkmalschutz stehend

(E=Eimerkettenbagger, R=Rad/Laufkette (sonst schienengebunden), s=schwenkbar, A=Absetzer, S=Schaufelradbagger; erste Zahl=Nummer im Bergbaubetrieb, zweite Zahl Konstruktionsnummer)

Alle Geräte wurden 1995 zu ihrem Standort auf der Halbinsel, dem zukünftigen Ferropolis, transportiert. Das dienstälteste Gerät ist der Eimerkettenbagger 197, Baujahr 1941, der wegen seiner häufigen Umsetzung auch das „Rennpferd“ genannt wurde. Er hatte insgesamt 221 km zurückgelegt und war dabei mehrfach zwischen den Tagebauen Golpa, Muldenstein, Gröbern und Haldenbereichen gewandert.

Mit dem Kohleabbau war eine weitgehende Absenkung des Grundwasserspiegels auf eine Sohle von etwa minus 65 m NN durch den Betrieb von etwa 300 Filterbrunnen und bis zu drei Wasserhaltungen im Tagebau verbunden. Gleichzeitig wuchsen Abraumhalden vorrangig in der Nähe der Ortslage Goltewitz (nördlich von Golpa-Nord), wo 80% des Abraums aus dem Aufschluss verbracht wurden. Seit 1972 wurde der Abraum dann im Inneren des ausgekohlten Teils des Tagebaus verkippt, was u. a. zu den charakteristischen Schüttkegelketten führte, die während der Grubenwanderungen zwischen 1995 und 1998 eine spektakuläre Kulisse für die Aktionen in der Grubenlandschaft darstellte.

Exkurs zur Energiepolitik⁸⁹⁴

Die Hauptleistungsphase des Tagebaus wird für den Zeitraum zwischen 1974 und 1987 angesetzt.⁸⁹⁵ Dabei wurden 342,3 Mio. m³ Abraum und 69,9 Mio. t Rohkohle gefördert. Als Nebenprodukt der Kohleförderung wurde zwischen 1980 und 1990 Ton gewonnen und auf die Halde östlich von Jüdenberg abgelagert (8,2 Mio. t). Jährlich wurden im Tagebau ca. 12 Mio. m³ Wasser gehoben und in die Vorfluter geleitet. Bis zur endgültigen Einstellung der Wasserhebung im Jahr 1997 wurden insgesamt etwa 425 Mio. m³ Wasser gehoben. Daraus leitet sich ein grob geschätztes Verhältnis von

⁸⁹⁴ Angaben aus dem Gespräch mit dem letzten Direktor der LMBV, Bereich Mitteldeutschland, Dr. Tropp, am 22. August 2003 in Gräfenhainichen.

⁸⁹⁵ Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren, 2003, S. 8, verwendet für: Kegler, H. (2004): Studie zu Ferropolis, LMBV (Bitterfeld)

bewegtem Abraum, gehobenem Wasser und geförderter Rohkohle von 5:6:1 ab. In anderen Worten: Um an einen Eimer Braunkohle zu gelangen mussten 6 Eimer Wasser abgepumpt und 5 Eimer Abraum verkippt werden (ein Bild, das während der Grubenwanderungen entwickelt wurde und den Besuchern eindrucksvoll die Massenverhältnisse im Tagebau vor Augen führte). Die ökonomische und ökologische Fragwürdigkeit des Braunkohletagebaus wird an Hand dieser Relationen plastisch. Insgesamt wurden im Bereich von Golpa-Nord 1700 ha Landschaft devastiert.

Das Dorf Gremmin wurde 1982 überbaggert, d. h., es wurde abgetragen und die Einwohner umgesiedelt. Gleichzeitig mussten zwei Hochspannungsfernleitungen und eine Ferngasleitung verlegt werden. Mehrere Straßen verschwanden. Dennoch: die Förderung von Braunkohle war für die DDR-Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung zu dieser Zeit alternativlos. Daraus erwuchs ein Stolz der Bergleute, an einer Schlüsselstelle der Volkswirtschaft tätig zu sein. Bergleute, wie Baggerführer und Lokomotivführer, ja, der Bergmann generell (und besonders die „Bergfrau“, die auch im direkten Tagebaubetrieb, so beim Gleisrücken, eingesetzt war) hatten einen besonderen Stellenwert in der Öffentlichkeit. Sie vertraten sehr selbstbewusst ihren Status. Dieser erwuchs auch aus der körperlich außerordentlich anstrengenden Arbeit. Im Tagebau Golpa-Nord waren in der Spitzenzeit der Förderung 820 Menschen beschäftigt – neben dem Kraftwerk Zschornowitz und der Zentralwerkstatt für die Reparatur der Bergbautechnik einer der größten Betriebe in der Region.

Ganz zweifellos hätte mit Energieeinsparung, dem Umstieg auf Erdgas, der rechtzeitigen Förderung von alternativen Energien u.ä.m. der Verbrauch von Landschaft und Ressourcen gemindert werden können, und vielleicht wäre Golpa-Nord 1972 nicht wieder in Betrieb gegangen.

Doch die Abbaupolitik sah eine andere Strategie vor: Der Tagebau Golpa-Nord reiht sich ein in eine Kette von Tagebauen, die, ausgehend von den Abbaufeldern bei

Bitterfeld, die bereits seit 1838 betrieben wurden, sich systematisch nach Nordosten und dann in Richtung Dübener Heide bewegen sollten. Die Dübener Heide war bereits seit dem 17. Jahrhundert als Abbaugbiet für Raseneisenstein und Braunkohle genutzt – viele der heutigen Seen dort sind ehemalige Bergbaubereiche. Mit der Ausweitung des Abbaus ab 1900 in den Bereich Zschornewitz – besonders im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes 1915 – begann der Braunkohleabbau sich wieder der Dübener Heide zu nähern, diesmal jedoch mit großer Technik und in großflächigem Abbau. Die langfristige Strategie aus der DDR-Zeit sah schließlich vor, groß angelegte Abbaugbiete über Gräfenhainichen hinaus zu erschließen und bis etwa 2050 weite Teile der Dübener Heide abzubauen.

Der Tagebau Golpa-Nord sollte 1991 planmäßig außer Betrieb gehen – er war der letzte Tagebau im Bitterfelder Revier, der noch vollständig ausgekohlt worden ist. Die Förderung von Kohle wurde als Ablösung dann im Tagebau Gröbern, südlich von Gräfenhainichen Mitte der 1980er Jahre aufgenommen. Dieser Tagebau, der ab 1987 Kohle lieferte, sollte den Anfang machen bei der Erschließung der Dübener Heide. Er ging - als einer der letzten - 1993 aus dem Betrieb und folgt Golpa-Nord in der Herstellung einer Seenlandschaft.

Der Tagebau Golpa-Nord stellt als einer, der zufällig mit der Wende in der DDR außer Betrieb ging, ein einzigartiges Zeugnis eines einerseits planmäßigen Übergangs vom Tagebau zur Bergbaufolgelandschaft dar. Andererseits repräsentiert er als einer der ersten und zugleich auf markanteste Weise die Veränderung der Sanierungs- und vor allem Nachnutzungsstrategie der Bergbaugesellschaft: Ferropolis war (ist) eine Besonderheit. Zu DDR-Zeiten wurden die Tagebaue nach deren Auskohlung geflutet, die Restflächen dem Forst, der Landwirtschaft oder dem Militär als Übungsgelände zur Verfügung gestellt. In einigen Bereichen wurden Erholungsgebiete angelegt. In den meisten Fällen wurde eine durchgängige, technische Sanierung durchgeführt, d. h., die gesamte „neue“ Landschaft in neue Nutzung überführt.

Mit der Wende 1990 kam schrittweise eine neue Fragestellung auf: Der Bedarf an neuer Nutzung ist drastisch zurückgegangen. Die schlagartige Zunahme an Bergbaufolgelandschaften – nahezu 80% der ehemaligen Tagebaue sind in einem Jahrzehnt seit 1990 stillgelegt worden – warf die Frage auf, wie diese vielen devastierten Flächen nach der Flutung zu nutzen seien. Gerade auch im Zusammenhang mit der Debatte um Ferropolis, den Grubenwanderungen und der Landschaftskunst im Tagebau entstanden neue Ansätze, wie: Tagebaubereiche der Natur überlassen (z. B. Teilbereiche der Goitzsche-Landschaft), Bergbaubereiche als Landschaftskunst entwickeln, Freizeitnutzung wird die Hauptnachnutzung sein. Der Bergmann wurde somit in eine neue Rolle gebracht: er begann Landschaft neu zu gestalten. Was früher sein Arbeitsplatz war, wurde nun nicht mehr nur zum „Nachsorgegebiet“, sondern zu einem Areal, des Neuschaffens von Werten, von Möglichkeiten für neue Chancen nach dem Bergbau, für Naturschutz, für Tourismus, für neue ästhetische Qualitäten, für wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Der Bergmann (Bergfrau) mutierte zum Landschaftsgestalter. Für den mitteldeutschen Raum begann dieser Prozess an vier Orten: in Golpa-Nord, an der Goitzsche bei Bitterfeld und, etwas zeitversetzt, am südlichen Stadtrand von Leipzig sowie im Geiseltal bei Merseburg. In Golpa.-Nord wurde Pionierarbeit geleistet – Ferropolis war der praktische Anfang.

Die Grubenwanderungen – Begegnungen mit dem „Weißen Fleck“

Die Welt „im Loch“ war eine unbekannte, jedenfalls für die meisten Menschen. Nur durch Berichte aus dem Fernsehen und der Presse über die „Winterschlachten“ im Tagebau waren schemenhafte Kenntnisse über die Bedeutung, die Arbeit und die Probleme, die mit dem Braunkohlebergbau verbunden waren, in der Öffentlichkeit bekannt. Kaum jemand hat je die Chance gehabt, einen Tagebau leibhaftig zu betreten. Folglich existierten auch nur vage Vorstellungen davon, was ein solcher Tagebau ist, wie er organisiert ist, unter welchen Bedingungen gearbeitet wurde und was er letztlich gesamtwirtschaftlich bzw. ökologisch bedeutete. Um ein solches Vorhaben wie Ferropolis auch für eine breite Öffentlichkeit verständlich machen zu

können war (und ist) es notwendig, den Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau, mit der unmittelbaren Bergbau-Landschaft herzustellen.

Am 6. Mai 1995 fand eine (Welt)-Premiere statt: die erste Grubenwanderung durch den – noch in Sanierung befindlichen Tagebau Golpa-Nord. Initiiert und geleitet wurde die Wanderung durch den „Spaziergangsforscher“ Bertram Weishaar, der im Auftrage des Bauhauses Dessau, unterstützt und getragen vom Verein Industrielles Gartenreich e. V., eine Gruppe von etwa 200 Entdeckern leitete. Die LMBV hatte dies ermöglicht – nach anfänglicher Überraschung ob dieses Ansinnens vom Bauhaus – erfolgte die übliche gründliche Prüfung, Einweisung, Belehrung - in enger Abstimmung mit dem Bergamt Halle. Es wurden mehrere „Grubenwanderführer“ zertifiziert, die dann die einzelnen Wandergruppen bei ihren Erkundungsspaziergängen auf vorher strikt festgelegten Routen durch die „Cañons“, die „Hochebenen“, die „Wüsten“ oder „Hügelketten“, vorbei an atemberaubenden Sandformationen und kleinen Gewässern, begleiteten. Eine Filmlandschaft, die alle Entdecker tief beeindruckte. Vor allem auch deswegen: es wird diese Landschaft nicht mehr geben, es ist ein Zwischenstadium nach Bergbau und vor der Flutung. Ab 1996 wurden die im Vorfeld der Wanderungen im Rahmen sog. „Claim-Summer“ durch Studenten verschiedener Hochschulen „Land-Art“-Projekte in der Grube realisiert, die als künstlerische Interpretationen Zusammenhänge, Widersprüche und Assoziationen in der Landschaft - auf Zeit - aus Menschenhand zeigten. Gepaart wurden die Landschaftsgestaltungen durch musikalische Ereignisse, Lesungen und Bootsfahrten. Für die Besucher war es immer wieder eine Offenbarung, hatten sie doch Eindrücke von einem „Weißen Fleck“ Erde erhalten können, der direkt vor ihrer Haustür liegt. Bis zum Ende der Wanderungen im September 1998 kamen während der gut 100 Wanderungen (jeweils an Wochenenden im Sommer) mehr als 6000 Menschen in die bizarre Landschaft auf dem Grund des zukünftigen „Gremminer Sees“, also 18 bis ca. 25 Meter unter dem zukünftigen Wasserspiegel.

Für vier Jahre war eine Zwischennutzung der Grube installiert worden, die mehr als nur ein temporäres Ereignis war. Sie hatte prinzipielle, historische Bedeutung: Jede

Wanderung war Teil eines irreversiblen Prozesses; jeder Weg war einmalig, denn die Landschaft veränderte sich fortwährend - Erkenntnisse, die die Besucher als eine besondere Schule des Sehens erfuhren. Der große Zuspruch zeugte von dem Bedarf, sich einer solchen „Erlebnis- und Erkenntnis-Strapaze“ unterziehen zu wollen.

Eine Grube soll trocken bleiben – ein See entsteht

Bereits vor den ersten Wanderungen durch die Bergbaufolgelandschaft auf der Grubensohle entstand die Idee, dass diese faszinierende und zugleich lehrreiche Landschaft vielleicht nicht in Kürze geflutet werden sollte, sondern über einen längeren Zeitraum trocken bleiben könnte. Erste Überlegungen wurden dazu 1994 angestellt und u. a. von Prof. Ganser gegenüber der LMBV dargestellt:

“Für die Entwicklung der Industriegesellschaft nach der Phase der Ausbeutung von Kapital und Natur ist es wichtig, die Regeneration in langsamen Schritten bewusst zu machen und in einem Dialog von Versuch und Verbesserung immer weiter zu qualifizieren. Dieses ‚große Labor‘ könnte das ‚Industrielle Gartenreich‘ ausmachen und den Ruf der Region als eine reformoffene weit über die Grenzen des Landes hinaus erneut ins Bewusstsein bringen.“⁸⁹⁶

Dadurch wäre es vielen Besuchern möglich, die Veränderung der Landschaft wahrzunehmen, d. h., sie könnten die „Rückverwandlung“ der durch Menschenhand „geschlagenen Wunde“ in das System der Natur nachvollziehen. Ein langsamer, natürlicher Anstieg des Grundwassers, also eine Rückeroberung des „gestörten Areals“ durch die Natur wäre ein Jahrhunderterlebnis. Dieser Vorschlag wurde der LMBV unterbreitet, die ihn ernsthaft prüfte. Theoretisch hätte – bei langfristigem

⁸⁹⁶ Prof. Ganser in einem Brief an die LMBV, 11. Mai 1994, Archiv Kegler

Planungsvorlauf – die Möglichkeit bestanden, diese Idee umzusetzen. Jedoch sprachen letztlich zwei wesentliche Gründe dagegen, die Grube Golpa-Nord über einen längeren Zeitraum trocken zu halten:

Die enormen Kosten von etwa 1 Mio. DM pro Jahr für das Abpumpen von etwa 5 bis 7 Mio. m³ Wasser; die bereits fast fertiggestellte Böschungssanierung, die auf eine schnelle Flutung ausgelegt war (wäre in der Abschlussbetriebsplanung von Anbeginn eine Trockenhaltung vorgesehen gewesen, hätte zwar eine Möglichkeit bestanden, die Böschungen auch für diesen Fall auszulegen, doch wäre das mit einem massiven Verändern der gesamten Böschungslandschaft und letztlich mit erheblichen Zusatzkosten verbunden sein müssen).

Somit wurde dieser Gedanke verworfen. Der gesetzte Kostenrahmen für die Sanierung und den Aufbau von Ferropolis konnte eingehalten werden. Der Beginn der Flutung des Tagebaus Golpa-Nord erfolgte im Oktober 1999. Bis 2004 wird der vorläufige Zwischenwasserstand von 76,6 NN erreicht (letztlich werden 78,6 m NN erreicht). Der See wird dann eine Fläche von 543 ha einnehmen. Dafür müssen (seit 2000) 69,4 Mio. m³ Wasser in den Tagebau geleitet werden – als Fremdwasser aus der Mulde. Auch der Abschluss des Tagebaubetriebes bedeutet noch einmal eine enorme technische und ökonomische Anstrengung. Die Hinterlassenschaften des Bergbauzeitalters müssen mit erheblichem Aufwand in einen für die Öffentlichkeit sicheren und für eine natürliche Regenerierung geeigneten Zustand versetzt werden.

Die Eisenbahn – Abraum, Kohle und Besucher

So, wie die Grubenbahn elementarer Bestandteil des Tagebaubetriebes war, ist nun die „Ferropolis-Erlebnisbahn“ Bestandteil der „Stadt aus Eisen“. Ferropolis ist über einen Haltpunkt nicht nur mit dem regionalen Bahnnetz, dem ehemaligen Grubenbahnnetz, verbunden, sondern kann über Anschlüsse mit dem Netz der Deutschen Bahn AG mit allen Fernzielen verknüpft werden. Die Fahrt einer Delegation aus dem Ruhrgebiet mit dem legendären Rheingold-Express im August 1997 hat dies bereits unter Beweis gestellt. Damit war die Gleisverbindung nach

Ferropolis eingeweiht worden. Seit dem gibt es in der Saison regelmäßige Fahrten von Dessau oder von Leipzig nach Ferropolis. Touristengruppen oder Veranstaltungsbesucher nutzen diese Mittel zur Anreise. Die Bahn erfährt also eine Wiedergeburt.

Neben dieser verbindenden Funktion, die die Eisenbahn erfüllt und zukünftig durch fahrplanmäßigen Verkehr erfüllen wird, kann die historische Dimension der Eisenbahn im Grubenbetrieb erlebt werden: Auf dem Gelände der Ferropolis GmbH, an der Station 18 (ein ehemaliges Stellwerk) wurde die größte Sammlung von Eisenbahntechnik des Braunkohletagebaubetriebes angelegt und wird von einem Verein betreut. Die LMBV hat damit eine einmalige Sammlung dieser Technik geschaffen, die das touristische Zielgebiet Ferropolis durch eine wichtige Komponente erweitert. Hier sind neben den verschiedenen Typen von Lokomotiven und Kohle- bzw. Abraumwaggons, auch Kuriositäten des spezifischen DDR-Tagebau-Eisenbahnbetriebs zu besichtigen. Besondere Attraktionen stellen die Gleisrückmaschinen dar. Zu sehen sind außerdem E-Loks verschiedener Typen, Spezial- und Mehrzweckwagen, ein Schneepflug, Dieselloks oder Rottenkraftwagen, eine sowjetische Rangierlok und Salonwagen oder eine neuer Doppelstock-Schienenbus der Baureihe 670 der DB AG, mit dem die ersten regelmäßigen Bahnfahrten im Zusammenhang mit den Grubenwanderungen nach Ferropolis unternommen worden waren.⁸⁹⁷

⁸⁹⁷ Im Jahr 2010 wurde die Sammlung der Eisenbahnrelikte aufgelöst. Mit dem jährlichen MELT-Festival kam es im gleichen Jahr zu einer neuen Belebung der Eisenbahn als Transportmittel für die Festival-Besucher – im Rahmen eines innovativen Mobilitätsmanagements. Vgl.: <http://www.ferropolis.de/service/geschichte.html>

Die Region – Einbindung von Ferropolis: eine Raum-Um-Ordnung⁸⁹⁸

Im Ergebnis eines internationalen Studentenwettbewerbes zur Erneuerung altindustrieller Standorte, bei dem ein Team aus Karlsruhe mit einer Planung für Zschornewitz den ersten Preis erhalten hatte, erhielten diese Studenten ein Stipendium, um ihre Idee weiter zu präzisieren. Dieses Stipendium war mit einem Aufenthalt am Bauhaus Dessau verbunden und wurde von der regionalen Wirtschaftsförderung in Dessau gestiftet. Am Bauhaus entwickelten die Studenten 1994 – zusammen mit Mitarbeitern der Abteilung Experimentelle Werkstatt des Bauhauses die Idee eines „Pfades der industriellen Wandlung“. Dieser touristische Themenpfad sollte von der Grube Golpa-Nord, über das zukünftige Ferropolis, zum Industriedenkmal Kraftwerk Zschornewitz, durch die – dann erneuerte – Kraftwerkskolonie zur Außenkippe Gröbern führen, auf welcher ein Windenergiepark errichtet werden sollte – und inzwischen entstand. Bis 1998 wurde diese Idee in Kooperation mit der regionalen ABM-Gesellschaft, ÖKO-Tours, sowie den Partnern EXPO GmbH, Vereinigte Energiewerke AG (VEAG), LMBV und den Gemeinden sowie dem Landkreis Wittenberg umgesetzt. Auf diesem Weg kann der Besucher die Wandlung der Verstromung von Kohle zu einem Ort der regenerativen Energieerzeugung erleben und zugleich eine vielfältige Industriefolgelandschaft kennen lernen.

Dieser erste Baustein einer regionalen Verknüpfung von Ferropolis wurde ab 1999 in die Konzeption der mitteldeutsche „Straße der Braunkohle“ aufgenommen, die in Vockerode bzw. Ferropolis beginnt und bis in den Südraum Leipzig führt. Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzeptes Dübener Heide (REK) wurde ein Akteurswettbewerb zur Ermittlung zukunftssträchtiger Projekte regionaler Vernetzung durchgeführt. Der „Pfad der industriellen Wandlung“ erhielt eine Auszeichnung und wurde in die offizielle Projektliste des REK mit prioritärer

⁸⁹⁸ Vgl. dazu auch: Schröder, T: (2009): Raumumordnung. In: Links, Christoph; Volke, Kristina: Zukunft erfinden. Berlin, 130-136. Dieser Begriff war in den 1990er Jahren noch nicht eingeführt. Er wurde hier ergänzt, weil er inhaltlich treffend erscheint.

Bedeutung aufgenommen. Im Laufe der Weiterentwicklung dieses Projektes wurde eine Vernetzung der Objekte der Industriekultur zwischen Bitterfeld/Wolfen und Wittenberg/Piesteritz vorgenommen. Ab 2003 übernahm der Verband Tourismusregion Wittenberg, welcher 2002 in Ferropolis gegründet worden war, die Projektleitung dieses Vorhabens, das nun unter dem Titel „Kohle, Dampf & Licht“, ein Weg der Industriekultur, firmiert.⁸⁹⁹

Eine zweite neue Anbindung von Ferropolis wurde strategisch von der LMBV eingeleitet und im Jahr 2002 von der Stadt Gräfenhainichen im Rahmen der Planung für den Stadtumbau weiterentwickelt: Die Verbindung von Ferropolis über das Wasser nach Gräfenhainichen. Mit dem Bau einer Brücke über die nördliche Umgehungsstrasse der Stadt wurde die Möglichkeit geschaffen, einen Brückenkopf zu errichten. Von diesem können zukünftig Boote bzw. eine Fähre nach Ferropolis fahren. Zugleich ist diese Fußgängerbrücke der nördliche Anfang einer Stadtachse, die bis zum südlichen Übergang der Stadt zum zukünftigen Gröberner See führt. Diese Achse fungiert dann als neues Rückgrat der Stadt und verzahnt diese mit der neuen Seen- und Kulturlandschaft nach dem Bergbau.

Doch ist Ferropolis und die Tagebauseen um Gräfenhainichen nur ein Teil einer gewaltigen Landschaftsumgestaltung, die den gesamten Raum zwischen Harz und Zittauer Gebirge betrifft. Dieser Raum war über 150 Jahre Abbaugbiet für Braunkohle (und ist es in wenigen Bereichen noch bis etwa 2050). Die überwiegende Zahl der etwa 224 Restlöcher des Tagebaus ist stillgelegt und in den zurückliegenden Jahren mit einem Aufwand von über 7,5 Mrd. € saniert worden. Dieses Gebiet umfasst die ehemaligen Braunkohleabbaugebiete im Bitterfelder Bereich (zu dem auch Ferropolis gehört), die Tagebaue bei

⁸⁹⁹ Verband Tourismusregion Wittenberg/Hrsg. (2004): Tourismusregion Wittenberg – zwischen Berlin und Leipzig, Lutherstadt Wittenberg, S. 12-13 sowie 32-33

Aschersleben/Nachterstedt, im Geiseltal bei Merseburg, die großen Areale im Südraum Leipzig und der Lausitz sowie bei Görlitz und Zittau.

Ein kleiner Baustein in dieser weltweit einmaligen Aktion ist Ferropolis – aber ein besonderer. So entstehen nicht schlechthin sanierte Tagebaue. Es entsteht eine neue Kulturlandschaft in der weltgrößten Landschaftsbaustelle. Der Bund, die Länder Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben hier in einer beispielhaften Kooperation, organisiert durch den Steuerungs- und Budget-Ausschuss und umgesetzt durch die LMBV sowie viele Unternehmen und Verwaltungen in den betreffenden Regionen, dieses große Werk geschaffen. Eine, pathetisch gesagt, Welt-Kulturlandschaft ist im Entstehen: Diese Landschaft, die zu wesentlichen Teilen aus Seen bestehen wird, ist 10mal so groß wie der Bodensee – eine vom Menschen geschaffene Kunstlandschaft.

Wie entsteht eine Stadt? Die Stufen der Entwicklung zu einer „neuen Stadt“

Im Januar 1991 begann das Bauhaus Dessau sich dem Thema der Bergbaufolgelandschaften zuzuwenden. Erste Projekte auf Brachen in Dessau 1990, dem ehemaligen Wallwitzhafen, bildeten den Hintergrund für Fragen, die sich aus dem schlagartigen Entstehen riesiger Brachenareale im Gefolge einer abrupten Stilllegung der Braunkohlenförderung im Mitteldeutschen Revier seit 1990 ergaben. Die nördlichsten Gruben dieses Gebietes bei Bitterfeld, die Goitzsche (62 km²) und Golpa-Nord (13 km²), lagen im Projektgebiet des Industriellen Gartenreichs Dessau-Bitterfeld-Wittenberg.

Die Komplexität der Probleme, vor allem der ökologischen, und das Ausmaß der gestalterischen Herausforderungen, die diese weiträumige Stilllegung eines Industriezweiges mit sich brachten, ließen die Bergbaufolgelandschaften, zunächst als "Wunden" wahrgenommen, zu einem Arbeitsfeld des Bauhauses werden. Ein mit der Architektenkammer Hessen für Januar 1991 geplantes Entwurfsseminar zu einem eher gewöhnlichen Thema (Gestaltung von Gewerbegebieten) wurde auf

Grund der aktuell gewordenen Probleme auf die Bergbaufolgelandschaft bei Bitterfeld umorientiert. Damit begann sich dieser Themenschwerpunkt am Bauhaus zu etablieren. Der eigentliche Ort für das spätere Ferropolis wurde im Laufe des Jahres 1991 bei einer der zahlreichen Exkursionen eher zufällig entdeckt.

Im Herbst 1991 begann dann die systematische Arbeit an dem Vorhaben. Mit dem Gespräch am 22. Oktober 1991 zwischen Vertretern des Bauhauses und leitenden Ingenieuren der Bergbaugesellschaft wurde die Kooperationsbasis geschaffen. Der Anfang war gemacht, aber noch war lange kein sichtbares Umsetzen einer Idee erkennbar. Erst 1992 entstanden die wichtigsten Grundlagen für die spätere „Stadt aus Eisen“.

Bauhaus Dessau, Architekturmuseum Frankfurt/Main und die Architektenkammer Hessen veranstalteten im April in Dessau und Bitterfeld eine Werkstattwoche zu Bergbaubrachten: „Probleme, Chancen, Visionen - Goitzsche und Industrielles Gartenreich“. Erste Gesamtpläne des Industriellen Gartenreiches und Gestaltungsideen für den Tagebau Goitzsche bei Bitterfeld entstanden, so auch die Idee für ein Bergbaumuseum („erstes Braunkohlebaggermuseum der Welt“ – mit EXPO-Würdigkeit).

Zur gleichen Zeit vergab das Bauhaus Dessau, in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Koblenz, eine Diplomarbeit für ein Baggermuseum „Ferropolis“ im Tagebau Golpa-Nord. Am 16. Juni 1992 präsentierte der Student Martin Brück die Entwürfe – die ersten Zeichnungen für Ferropolis. Sie haben nichts mit dem gemein, was Ferropolis heute ist, doch war dies ein entscheidender Schritt, damit Ferropolis überhaupt entstehen konnte. Nun begann Kulturarbeit – Ausstellungen, Vorträge, Exkursionen, Gesprächsrunden, Workshops, Feste...

Im Jahr 1994 erfolgte auf Antrag des Bauhauses die Unterschutzstellung als Denkmal der Industriegeschichte. 1994 wurde der Durchbruch erreicht: Die

benachbarte Stadt Gräfenhainichen beantragte Übertragung der Grundstücke von der Treuhand-Anstalt. Doch die Zeit drängte. Die vorgegebenen Sanierungspläne sahen immer noch die Verschrottung der Bagger vor. „Wenn kein Projektträger die Geräte übernimmt, kommt der Derrick, der Demontagekran“, lautete die permanente Drohung der Sanierungsgesellschaft, die alle Beteiligten vorantrieb.

Es gab natürlich in dieser ersten Periode der Projektentwicklung zahlreiche Kritiker des Vorhabens. Die Argumente reichten dabei von „Spinnerei“ bis zu ernstzunehmender Skepsis, die sich aus finanziellen Risiken speiste. Sowohl Vertreter der Gemeinde Gräfenhainichen als auch Mitarbeiter der LMBV zählten zu den wichtigsten Skeptikern, die jedoch im Zuge der schrittweisen Erfolge, die erreicht wurden, in ihrer Kritik verhaltener wurden. Besonders hervorzuheben seien einige Stadträte (z. B. Harry Rußbült) und der Landrat, Dr. Littke, die stets das Projekt verteidigten und vorantrieben. Letztlich haben sich die Stadt Gräfenhainichen und der Landkreis Wittenberg – trotz ernst zu nehmender wirtschaftlicher Bedenken – für dieses Vorhaben ausgesprochen. Ohne diesen politischen Rückhalt wäre es schwieriger gewesen, das Projekt in der gegebenen Zeit zu entwickeln. Nicht zuletzt haben Pioniere des Sanierungsbergbaus der Region, wie z. B. Dipl.-Ing. Streiber (LMBV), durch ihr Drängen die Großgeräte vor der Verschrottung bewahrt. Doch wäre dies alles ohne die Weichenstellung bei den entscheidenden Geldgebern nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Die Entscheidung: 30. Juni 1994

An diesem Tag fiel für Ferropolis die Entscheidung über „JA oder NEIN“, über Werden oder Verschrottung: Prof. Karl Ganser (Direktor der Internationalen Bauausstellung IBA Emscher Park im Ruhrgebiet) organisierte gemeinsam mit dem Bauhaus Dessau einen Ortstermin in Golpa-Nord. Es sollte ein Gespräch zu Ferropolis sowie zur Gestaltung der Tagebaulandschaft mit den Entscheidungsträgern sein: Dr. Schucht (Treuhandanstalt), Dr. Schröder (Braunkohle-Sanierungsbüro), Prof. Dr. Bilkenroth und Dr. Tropp (Bergbaugesellschaft LMBV), Dr. Zichel (Sanierungsgesellschaft), Prof. Dr. Kuhn, Dr.

Kegler, Martin Brück und Rainer Weisbach (Stiftung Bauhaus Dessau) kamen zusammen. Nach einer Einführung im Bauhaus Dessau zu dem Gesamtansatz, zu Visionen und der internationalen Relevanz des Vorhabens erfolgte eine Befahrung der Grube. Die Fortsetzung der Gespräche erfolgte bei einem Spaziergang im Wörlitzer Park. Das Ergebnis: „Die Vögel sollen stehen bleiben“, so der letztlich Verantwortliche Dr. Schucht. So wurde quasi „per Handschlag“ die Grundsatzentscheidung für den Aufbau von Ferropolis getroffen.

Weichenstellungen erfolgen immer als Resultat eines Prozesses und unter bestimmten Umständen. An diesem Tage wurde also die Zukunft von Ferropolis entschieden. Zufall? Natürlich hing die konkrete Entscheidung vom Zusammentreffen von Menschen in Entscheidungspositionen ab, die zufällig in dieser Zeit in diesen Positionen waren. Doch das Entscheidende war, dass dieses Zusammentreffen letztlich kein Zufall war, sondern Teil eines langfristigen Projektdesigns und des Schaffens einer Konstellation wie persönlichen Atmosphäre, in welcher eine solche strategische Entscheidung möglich geworden war.

Nun begann die unmittelbare Vorbereitungsarbeit, Kostenkalkulation und Einpassung in die Abschlussbetriebsplanung für die Tagebausanierung. Es wurde eine Summe von knapp 6 Mio. DM ermittelt, die für den Aufbau von Ferropolis, d. h. für Vorbereitung des Geländes, für das Aufstellen der Großgeräte, deren technische Sicherung und die Herstellung elementarer Voraussetzungen einer Erreichbarkeit, wie Gleisanschluss u. ä. notwendig waren. Dieser Kostenrahmen – die Umwidmung von Abrissgeldern in Erhaltungsgelder - wurde bestätigt und zum „eisernen Gesetz“ erklärt – er wurde absolut eingehalten. Für den touristischen Ausbau des Areals kamen (in den Folgejahren) in zwei Paketen jeweils noch einmal so viele Gelder vom Land Sachsen-Anhalt und von der Europäischen Union dazu. Eine zuvor durch den Verein Industrielles Gartenreich e.V. vorgelegte technisch-ökonomische Machbarkeitsstudie (erarbeitet vom Ingenieurbüro CUI) half letzte Zweifel am Projekt auszuräumen.

1995 wurde der Aufbau von Ferropolis eingeleitet, bewerkstelligt von der Bergbaugesellschaft (LMBV), der Sanierungsgesellschaft und in Kooperation mit dem Bauhaus Dessau. Anlässlich der vom Bauhaus initiierten Aktionstage am 16. und 17. September 1995 auf dem Gelände der Tagesanlagen, dem zukünftigen Ferropolis-Ort, begann die erste öffentliche Inbesitznahme:

Schienenfahrzeugausstellung, Selbstfahrbetrieb, Fotofahrten mit der Bahn in den Tagebau, geführten Spaziergängen durch den Tagebau; erstmalig fährt ein Zug vom Wörlitzer Bahnhof in Dessau zu den Tagesanlagen nach Golpa-Nord. Baggerführungen, Vorträgen, Videovorführungen, Gerhard Grundermann singt. Als Ehrengast fuhr am 17. September um 11.30 Uhr die Umweltministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Heidecke, den Absetzer 1022 die ersten Meter in Richtung Tagesanlagen – der Aufbau von Ferrpolis war eingeleitet. An diesen beiden Aktions-Tagen kamen etwa 3000 Besucher, die ersten auf dem zukünftigen Areal der „Stadt aus Eisen“.

Die Stadtgründung

Der Höhepunkt für die Entwicklung war natürlich die offizielle Stadtgründung am 14. Dezember 1995. Sie wurde vollzogen vom Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Schucht. Am Tage zuvor war der letzte Bagger auf die Halbinsel gefahren. Der „Rohbau der Stadt“ war entstanden. Alle, die mit dieser Stadtgründung, den Vorbereitungen, aber auch den Hoffnungen, die an dieses Projekt geknüpft waren, kamen, um diesem denkwürdigen Akt beizuwohnen. Bei bitterer Kälte, nach langem Warten und vielen Fototerminen wurde die Stadtgründung mit der Enthüllung des Stadtschildes vollzogen. Im Hintergrund erklärte so mancher Bergmann die Anwesenden für verrückt. Recht hatten sie, denn nur, wer verrückt genug ist, kann die Entwicklung vorantreiben. Hier wiederholt sich Geschichte ...

Die Phasen der Entwicklung von Ferropolis – der „Stadt aus Eisen“

Die Phasen der Projektentwicklung - zwischen der ersten Idee von 1991, der Stadtgründung im Dezember 1995 und der Vollendung des Ausbaus im Jahr 2005 - können so zusammengefasst werden:

1991 bis 1995: Initialphase des Projektes

Nach dieser Phase des Einleitens dieses Vorhabens, die von der Entwicklung der Idee im Kontext des Industriellen Gartenreiches bis zur symbolischen Stadtgründung reichte (1991 bis 1995), lässt sich der weitere Prozess in zwei große Phasen gliedern:

1996 bis 2004: Konstituierung des Projektes - in den Teilabschnitten 1996-2000 und 2001-2004

Der Zeitraum des eigentlichen Baus der wesentlichen Elemente der „Stadt aus Eisen“, d. h. der Aufstellung der Großgeräte um eine Veranstaltungsarena und der glanzvollen Eröffnung von Ferropolis im Zuge der EXPO 2000 sowie der Einleitung der abschließenden Sanierung der Großgeräte und Fertigstellung der Infrastruktur. Die „Y-förmige“ Arena für die Großveranstaltungen, von Jonathan Park entworfen, wird gebaut und die neuen Infrastrukturen komplettieren die Lebensfähigkeit der neuen Stadt. Die Ferropolis GmbH (Gründung 1997), zunächst durch den Landkreis Wittenberg und die Stadt Gräfenhainichen gemeinsam hauptsächlich getragen (der Landkreis überträgt seinen Anteil nach Vollendung des Ausbaus), wird Eigentümerin des Areals und der Großgeräte. Vier Geschäftsführer wirkten bisher für die Ferropolis GmbH (Herr Seltmann, Herr Till, Frau Helbig und Herr Schröder). Ein Ferropolis-Förderverein gründete sich, in welchem sich ehemalige Bergleute um die Sicherung und Präsentation historischer Sachzeugen des Bergbaus kümmern. Sie betreiben einen musealen Bereich in der früheren 30-kV-Station. Dank der Fördermittel vom Land Sachsen-Anhalt kann die Sanierung der Großgeräte und der infrastrukturelle Ausbau vollendet werden.

Doch zeitweilige finanzielle Engpässe waren nicht zu vermeiden. Mit zunehmenden Besucherzahlen steigt aber schließlich die Akzeptanz von Ferropolis. Es stellt sich mehr und mehr heraus, dass die Stadt aus Eisen wirklich der Anker regionaler

Entwicklung geworden ist. Spätestens mit der Privatisierung des Gremminer Sees, des ehemaligen Restloches, im Jahr 2004 scheint eine neue Wertschätzung dieses „weißen Fleckes“ auch bei Investoren einzusetzen. Wieder wird die Frage gestellt: „Fluch oder Segen?“, doch die Antwort wird wieder lauten: das liegt an den Akteuren selbst. Bis zur EXPO 2000 war Ferropolis von einer zunehmenden öffentlichen Wahrnehmung geprägt. Danach musste sich Ferropolis neu definieren, was mit einer Krise begann und nur langsam, aber letztlich erfolgreich gelang.

Ab 2005: Etablierung des Projektes: Das Neue Ferropolis

Der widersprüchliche Übergangsprozess bis zum Beginn der Schaffung von Voraussetzungen für die eigenständige, wirtschaftliche und kulturelle Lebensfähigkeit der „Stadt aus Eisen“ wird etwa ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen – wie vergleichbare Vorhaben belegen (Völklinger Hütte im Saarland). Ferropolis könnte als Themenpark für neue wirtschaftliche und kulturelle Impulse auf den Gebieten regenerative Energie, Kulturtourismus, Bildung und Kunst fungieren. Der 10. Jahrestag von Ferropolis 2005 ist ein Meilenstein auf dem Wege zur Profilierung als Themenpark einer neuen Generation: Edutainment heißt die neue Zielmarke.

Grundsätzlich kann für diese Phase eingeschätzt werden, dass sich die technische Sicherung der Großgeräte durch die LMBV bewährt hatte, dass der vorgegebene Finanzrahmen eingehalten worden war und dass Ferropolis ein Publikumsmagnet geworden ist mit überregionaler Bedeutung, was letztlich auch das Land Sachsen-Anhalt in seinem Profil als Ort innovativer Kräfte stärkte.

Besucherentwicklung⁹⁰⁰ in Ferropolis:

Jahr		Tagesbesucher		Konzertbesucher
1995 (Gründung)				
1996		3.000*		
1997		17.500*		4.000
1998		22.500*		2.000
1999		24.500		4.200
2000(EXPO-Jahr)		60.500		30.750
2001		44.000		52.500
2002		40.000		51.000
2003		50.000		90.000
2010	ca. 150.000			

Ist Ferropolis einmalig?

Was waren die möglicherweise übertragbaren Bedingungen für den Erfolg eines solchen ungewöhnlichen und nicht absehbaren Projektes? Dabei lassen sich mehrere, vorläufige Aspekte hervorheben:

- ein stabiler Impulsgeber, der „außerhalb“ stand und doch ausreichend involviert war: hier das Bauhaus Dessau mit seiner experimentellen Planungs-Werkstatt;
- der „lange Atem“ aller Beteiligten, d. h. das Vorhandensein einer Idee, einer langfristig angelegten Vision, die genügend Kraft und bildhaften Ausdruck besitzt, der

⁹⁰⁰ Ohne Besucher der Grubenwanderungen, Ferropolis GmbH, Besucherstatistik, 2004 (Angaben gerundet).

die konkreten Akteure schrittweise zur Beteiligung animiert und „bei der Stange“ hält; mit dem „Industriellen Gartenreich“ lag eine solche Idee vor;

- Institutionen, die über Organisationskraft und finanzielle sowie technische Kapazitäten verfügen, um ein solches Projekt auf den Weg zu bringen; mit der LMBV war eine solche Institution vorhanden, deren Führung konsequent den Umsetzungs-Prozess steuerte;

- Einzelkämpfer, die immer aufs Neue dem Projekt Leben einhauchten, neue Ideen für einzelne Abschnitte entwickelten, auch hin und wieder störten, dem Ganzen die inhaltliche Dynamik verliehen; ob dies der Diplomand war, der die ersten Zeichnungen von Ferropolis angefertigt hatte, ob das Künstler waren (vom Maler bis zum Fotografen, vom Musiker bis Schauspieler), ob das der Spaziergangsforscher war – sie waren die notwendigen Pioniere, ehe die etablierten Künstler und Designer kamen und die großen Planungen vorlegten; ohne die Pioniere wäre Ferropolis – wenn überhaupt – kaum das geworden, was den Reiz für die Hundertausenden Besucher ausmacht; es bedarf eines Klimas und eines institutionellen „Hinterlandes“ für die Experimentatoren (mit dem Bauhaus war dies am Anfang gegeben, später kam die EXPO-Entwicklungsgesellschaft dazu);

- externe Befürworter und Unterstützer des Projektes bzw. ein Netzwerk an Partnern, die das Vorhaben beförderten, ob als Politiker, als Projektentwickler, als bekannte Persönlichkeit ... ein solches Netzwerk wurde über das Bauhaus geknüpft und mit Karl Ganser war eine Schlüsselperson in diesem gefunden worden, der entscheidend dazu beitrug, dass jener 30. Juni stattfinden und erfolgreich enden konnte;

- schlagkräftige Umsetzungsstrukturen, wie sie vor allem durch die LMBV und ab 1996 zusätzlich durch die EXPO-Entwicklungs-Gesellschaft gegeben waren, um die finanziellen, organisatorischen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen realisieren zu können.

Es gehören aber auch in entscheidendem Maße lokale Akteure dazu, die – oft gegen den Widerstand der eigenen „Nachbarn“ – zu einem visionären Projekt stehen, ohne dass ein Erfolg sich sofort einstellt; sie zu finden und zu motivieren ist ein wesentlicher Teil der Gestaltung eines nachhaltigen Charakters des Projektes.

Insofern ist Ferropolis nicht selbstverständlich, ja es ist einmalig. Nirgendwo wird es ein solches Projekt mehr geben, doch sind die Erkenntnisse durchaus übertragbar.

Nachtrag:

Die „Nach-EXPO-Zeit“ von Ferropolis war im Wesentlichen durch Folgendes geprägt: Das Finden geeigneter Personen und Institutionsformen für die weitere Entwicklung – nachdem das Projekt erstellt wurde – gehört zu den größten Herausforderungen; hier hat Ferropolis Leergeld bezahlt (Personalentscheidungen, die aus fiskalischen und weniger aus inhaltlichen Gründen getroffen wurden; Institutionalisierungen, die aus förderrechtlichen und nicht aus entwicklungspolitischen Gründen geschaffen wurden, Diskontinuität in der Leitung und in der Bindung von externen Beratern; lange Zeit fehlende Strategie für die Weiterentwicklung des Projektes nach der ersten Phase der technischen Fertigstellung); so kam es nach dem Ende der EXPO 2000 zu einem regelrechten Bruch in der Entwicklung.

Die Entwicklung eines sich immer wieder erneuernden Netzwerkes von Akteuren und Institutionen fungiert als Garant für die Projektkontinuität, auch (und gerade) in Krisenzeiten; von dem ursprünglichen Netz an Partnern (von 1995) sind nur ganz wenige am Projekt beteiligt, gegenwärtig arbeitet wieder ein stärker werdendes Netz – doch zwischenzeitlich sah es so aus, als ob dieses Netz verloren gegangen wäre.

Der zögerliche Aufbau einer schlagkräftigen und zugleich lokal wie international verankerten Institution (Ferropolis GmbH), die die LMBV (und z. T. EXPO Gesellschaft) als Träger hätte ablösen können, erweist sich größtes Defizit, dass seit zwei Jahren schrittweise kompensiert wird, außerdem fehlte nach der EXPO und dem Abschluss des Projektes Industrielles Gartenreich eine neue treibende Idee für die weitere Entwicklung der Region. Dies ist erkannt worden durch die lokalen Akteure. Daran wird seit kurzem gearbeitet: Pläne für das Solarkraftwerk Ferropolis wurden in einer Charrette erarbeitet. Diese ersetzt aber nicht eine Weiterentwicklung

der Vision für die Region: hier wäre an den „Regionalpark Mitteldeutschland“⁹⁰¹ anzuknüpfen.

Die neuen Weichen werden gestellt: eine letztmalige Förderung erreicht Ferropolis, um die Infrastruktur den Anforderungen, die ein Veranstaltungsbetrieb, die die Tagesbesucher, aber auch Ansiedler stellen zu genügen. Ein Masterplan, erarbeitet in einer Charrette, eröffnet neue Entwicklungshorizonte und bildet die Grundlage für die nächsten Schritte. Zügig werden die Sanierung der Tagebaugroßgeräte (insbesondere Korrosionsschutz), der Ausbau der Verkehrswege, die Sanierung der Bauten und die Gestaltung des Umfeldes eingeleitet und umgesetzt. Vorrangig lokale Firmen, Ingenieure und Planer, ergänzt durch externe Spezialisten realisieren die Maßnahmen. Den symbolischen Auftakt bildet die Übergabe des Fördermittelbescheides am Tag des Großkonzertes von Herbert Grönemeyer, das über 25000 Besucher zwischen die stählernen Riesen lockt. Die Kraft des Ortes überwältigt.

Das „Neue Ferropolis“ ist weitgehend vollendet: Eine Gastronomie wird in der „Orangerie“ eröffnet, die Begehrbarkeit des großen Absetzers wird ermöglicht, erste Ansiedlungen von kleinen Unternehmen setzen Zeichen für eine wirtschaftliche Zukunft des Ortes. Ganz neue Horizonte zeichnen sich ab: Ferropolis als Solar-Kraftwerk. Die Stadt mit neuer Energie, das Leitbild für Gräfenhainichen, findet mit dieser handfesten Vision eine symbolkräftige Entsprechung. Ganz neue Perspektiven ergeben sich aus einer weiteren Besonderheit: der umgebende Gremminer See, früher der Tagebau Golpa-Nord, wurde verkauft – ein privater Investor erwarb den See von der LMBV, um diesen nachhaltig zu entwickeln – im Einvernehmen mit den

⁹⁰¹ ABAXAS (2001): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Dübener Heide, Lutherstadt Wittenberg/Weimar (unveröffentlicht). An diesem REK hat der Autor mitgewirkt und dort erstmalig den Vorschlag für einen „Regionalpark Mitteldeutschland“ eingebracht. Die Erstveröffentlichung erfolgte beim UIA-Kongress 2002 in Berlin unter: Kegler, H. (2002): Ressource Region: Regionalpark Mitteldeutschland, in: UIA Berlin 2002 e. V./Hrsg.: Ressource Architektur, Basel; Boston; Berlin, S. 117-119

Anrainern. Eine nahezu ideale Konstellation zeichnet sich ab: Private Kräfte und die Öffentlichkeit gehen eine Partnerschaft ein, um die Region zu entwickeln. Neue Projekte werden geboren: schwimmende Häuser, ein solares Freizeitdorf „Neu Gremmin“, ein Skater-Rundweg, eine neue Wasserfront, aber auch neue Naturschutzareale, Aufforstungen und – vielleicht – das längste Solar-Kraftwerk Europas ... Und das alles auf ehemaligem Tagebaugelände – eine Wiedernutzung „verbrauchter Landschaft“, eine In-Kulturnahme der Landschaft nach der Industrie gewinnt in und um Ferropolis konkrete Gestalt. Sie prägt die Region und beginnt ihr eine neue Identität „nach der Kohle“ zu verleihen. Gebaut wurde im Sommer 2011 der erste Baustein: Ferro-Solar, ein Solarkraftwerk auf den Dächern der ehemaligen Tagesanlagen, dem Herz des Braunkohletagebaus.⁹⁰²

Fazit:

All diese aus Erfahrungen abgeleiteten Einschätzungen des Prozesses belegen eine Nicht-Linearität der (,ungeplanten‘) Planung von Ferropolis, die vor allem aus der Interaktion von Akteuren in unvorbestimmten Rollen und Zeitabläufen bestand:

a) „Gedanken zu ‚Ferropolis‘: Als ich die Landschaft von Ferropolis gesehen habe, musste ich unweigerlich an zweierlei denken: erstens an die gewaltigen Anstrengungen jener Menschen, die früher an diesem Ort gearbeitet haben. Natürlich ist der Anblick, der sich jetzt bietet, lediglich der einer kahlen Landschaft. Trotzdem kann man sich leicht die Tausenden von Menschen vorstellen, die jene riesigen Maschinen bedient haben und dort arbeiten mussten. Das zweite, worüber ich nachdachte, sind diese in der Erde klaffenden Wunden, die allmählich vernarben. Über diese Narben ragen die Monster der Vergangenheit auf, die anmuten wie prähistorische Ungeheuer. Es kam mir so vor, als wären diese Ungeheuer zu Eis erstarrt, als wäre die Geschichte selbst zu Eis erstarrt. Mir gefällt die Vorstellung, dass das Ferropolis-Konzert im Herzen Europas stattfinden wird, in Deutschland, das von den riesigen Widersprüchen unserer Epoche zerrissen wird: auf der einen Seite

⁹⁰² „Kraftwerk auf dem Dach“, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. 7. 2011

der gewaltige ökonomische und technologische Fortschritt, auf der anderen Seite das Gespenst Arbeitslosigkeit, die Heerscharen von Arbeitslosen. Deshalb sehe ich diese Veranstaltung als einen symbolischen Akt an: Die Wunden werden nicht verborgen, sondern - im Gegenteil - wir legen sie offen, erhellen sie mit Hilfe der blendenden Lichtarchitektur von Gert Hof. Und meine Musik, die sich im Wesentlichen auf das Material des „Canto General“ stützen wird, sich aber an *den Menschen an sich* wendet, birgt den Funken einer großen Hoffnung. Jene zu Eis erstarrte Epoche, geprägt von den gewaltigen menschlichen Anstrengungen, jene prähistorischen Vehikel, stählernen Ungeheuer werden in Licht getaucht und beleuchtet, nachgezeichnet von diesem Licht, aus dem die Musik, die Hoffnung dringt, gesungen von Choristen aus vielen Ländern. Die alle zusammen ein Klanggebilde erschaffen: das Lied von der Zuversicht des Menschen.“⁹⁰³

b) "spuren des menschen – in den zerstörungen keimten schon die elemente des neuen."⁹⁰⁴ Diesen Ausspruch zierte die Sitzbank in Ferropolis, die anlässlich der Amtsausführung von Prof. Kuhn und der Amtseinführung von Prof. Hämer als Bauhausdirektoren im März 1997 in Ferropolis aufgestellt worden war. So war es nur folgerichtig, dass den beiden Bauhausdirektoren der 1990er Jahre ein Ausspruch vom Bauhauskünstler der 20er Jahre auf den Weg gegeben wurde. Dieser konstruktivistische Künstler und Bauhausmeister postulierte einen Gestaltungsgrundsatz, der aus der Dekonstruktion des Vorhandenen eine neue Welt entstehen lassen sollte: Formzertrümmerung als Kulturhandlung gegen die überkommenen Grundsätze. Im übertragenen Sinne auf den Gestaltwerdungsprozess von Ferropolis bezogen, erscheint eine Analogie zu Moholy-Nagy in einem ökologischen Gesamtzusammenhang möglich – jedoch jenseits einer Fortschrittsverheißung, die stets das „Zertrümmerte“ ablegt, um Neues

⁹⁰³ Mikis Theodorakis – Rede anlässlich seines Konzertes zur Eröffnung von Ferropolis am 16. Juli 2000 (persönlicher Mitschnitt Kegler)

⁹⁰⁴ „Lazlo Moholy-Nagy, der bauhaus-meister, 1926“, zit.: Passuth, K. (1982): Moholy-Nagy, Dresden, S. 340

- Ressourcen verschwendend - hinzuzufügen. Das Gegenteil erscheint angesichts der unbewältigten Hinterlassenschaften notwendig. Die neue Kulturhandlung liegt in der Aufnahme des Zertrümmerten und dessen fantasievoller Wiedereingliederung in den sozialen Gestaltungsprozess der Umwelt. Ferropolis ist zum Laboratorium für die Entwicklung einer „nachfossilen“ Landschaft geworden, d. h. einer Landschaft nach dem Ende der fossilen Rohstoffe. Dies ist nicht frei von Ironie ob der Zumutungen, denen sich die Zivilisation aussetzte während der Industrialisierung, überdeckt von den Hoffnungen, die an diese Industrie gestellt worden waren.

„Sich auf die Zukunft zu orientieren heißt demnach, für das Gewesene Sorge zu tragen.“⁹⁰⁵ Doch kann es nicht nur bei der Sorge um das Vergangene bleiben, wie Uhlmann sinngemäß treffend formulierte, als er Ferropolis als ein offenes Experiment deklarierte, das ein Projekt für mutige Animatoren sei, die wohl wissen, dass eine Zukunft dieser Bergbaugroßgeräte nicht in einem Technikmuseum beheimatet sein könne.⁹⁰⁶

⁹⁰⁵ Brock, B. (1999): Gott und Müll, in: Frankfurter Rundschau vom 9.4.1999

⁹⁰⁶ Vgl. dazu Uhlmann, G. (1998): Zwischen Wüsten und Oasen, in: deutsche bauzeitung 7/98, S. 20-21 sowie Uhlmann, G., (1998): Giganten der Vergangenheit, Ferropolis: Mythos aus einer fernen Industrieregion, in: Kultur&Technik, S. 21-24

7. Bauhaus Dessau: Zukunftswerkstatt aus Tradition?⁹⁰⁷

Das Bild und der Name dieser zur Reliquie gewordenen Institution, dieses „Kristalls“, führen nicht enden wollende Touristenströme ins abseits gelegene Dessau, vermögen weltweit nicht nur Interessierte in erregtes Erstaunen zu versetzen. Ein Mythos lebt, geformt durch die mediale Kraftübertragung einer Rezeption in den Jahren des Modernisierungsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg und durch die mobilisierende Wirkung der unvollendeten, widersprüchlichen „Idee des Bauhauses“ (Mies van der Rohe).⁹⁰⁸

Nähert sich der unvorbereitete Besucher dem realen Ort, ereilt ihn die Ernüchterung: Eingezwängt in Bauten der 30er Jahre und von Bäumen überragt, eröffnet sich ein Gebäude, das nicht mit Anstand zu altern vermag und enormer Sanierungsaufwendungen bedarf. Die Ernüchterung trifft Kritiker des Bauhauses ebenso wie Vertreter einer weltweiten Enthusiastengemeinde, denen die Moderne trotz aller Grabgesänge immer noch, oder gerade erst recht, Inspiration und Zukunftsaussicht vermittelt.

Viel mehr als die Äußerlichkeiten bringt der Vorgang der inhaltlichen Aneignung des Bauhauses Bewegung in die Lager von Befürwortern und Kritikern. Die Erwartungen an das heute wiederzufindende Bauhaus richten sich auf die Bestätigung eines geschichtlichen Bildes, das vermeintlich, je nach Standpunkt des Betrachters, fortwirkt.⁹⁰⁹ Hier entsteht eine Zerreißprobe zwischen Mythos und Anspruch, zwischen Kritik und neuen Konzepten. Dabei tritt der bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes um 1990 vorherrschende „Kampf“, wer in den deutschen Staaten politisch

⁹⁰⁷ Kegler, H. (1996): Bauhaus Dessau – Zukunftswerkstatt aus Tradition?, in: Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Industrielles Gartenreich-1, Dessau, S. 288-292

⁹⁰⁸ Vgl. Schulz, B. (1988): Das deutsch-deutsche Bauhaus, Der Tagesspiegel vom 8. 8. 1988

⁹⁰⁹ Bodenschatz, H. (1992): Industrielles Gartenreich?, in: Planerin, Nr. 1, S. 5-8, insbes. S. 6

legitimer Erbe des Bauhauses sein durfte, geführt unter dem Motto „Wem gehört das Bauhaus“⁹¹⁰, zurück hinter die Frage, welche Rolle ein Bauhaus Dessau für die Zukunft einnehmen solle.

Den Hintergrund dieser Frage bilden zweifelsohne die grundlegenden Bewertungen des Erbes der Moderne, insbesondere der städtebaulich-architektonischen Zeugnisse und Ideen. Zwei Wortführer dieser Debatte mögen stellvertretend für die Tragweite historischer Bewertungen stehen: Der Fürsprecher eines Traditionsbezuges auf die modifizierte „Moderne“, Frei Otto, wünscht diese als „bewohnbare Zukunft... zurück in die Stadt“⁹¹¹. Er unterstreicht dieses Anliegen durch einen weitreichenden Vergleich „Eine Epoche nur (verglichen mit Romanik, Gotik, Renaissance, Barock und Klassizismus d.V.) hat deutsche Wurzeln: Es ist die Moderne der zwanziger Jahre. Sie entstand in Berlin, Weimar und Dessau. Sie blühte in einer Zeit ganz großer Not.“⁹¹² Das Bauhaus in Dessau oder städtebauliche Leistungen wie die Weißenhof-Siedlung in Stuttgart, die Siedlungsbauten von Taut in Berlin oder die Bauhausbauten in Dessau rechnet er zu den „Großtaten“, die jedoch lange Zeit als „undeutsch“ disqualifiziert wurden. Anders Mathias Schreiber, der die städtebauliche Moderne in die Trias der Grundübel des 20. Jahrhunderts verbannt sehen will – „das Elend des nationalsozialistischen Totalitarismus, das Elend des stalinistischen Totalitarismus und das Elend des rationalistischen Städtebaus der Moderne“.⁹¹³ Schreiber macht für letzteren auch die Schuldigen aus: der „linke Bauhaus-Flügel“ um Hannes Meyer und Ludwig Hilberseimer.

Sicher, diese Frontalstellung ist überzeichnet. Dennoch drückt sie Pole jener

⁹¹⁰ Schulz, B. (1988): Das deutsch-deutsche Bauhaus, Der Tagesspiegel vom 8. 8. 1988

⁹¹¹ Otto, F. (1994): Die bewohnbare Zukunft "Moderne" zurück in die Stadt, in: Deutsches Architekten Blatt, Nr.10, S.1533-1534, insbes. S. 1533

⁹¹² Otto, F. 1994, Otto, F. (1994): Die bewohnbare Zukunft "Moderne" zurück in die Stadt, in: Deutsches Architekten Blatt, Nr.10, S.1533-1534, S. 1534

⁹¹³ Schreiber, M. (1990): Traumstadt der Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 8. 1990

Zerreißprobe aus, denen ein Bauhaus heute ausgesetzt ist. Die „Moderne“ wird als nationales Gut von internationalem Rang beschworen, sie wird als „linkes“ Verhängnis gebrandmarkt.

Die Kritik an der Moderne ist nicht neu. Vieles von dem, was der Heimatschutz der 1920er Jahre am Bauhaus und dem modernen Städtebau auszusetzen hatte, war sicher berechtigt. Diese Kritik war förderlich, solange sie nicht politisch, sondern kulturell geführt wurde. Verwiesen sei an dieser Stelle lediglich auf die Stellungnahme eines der Kronzeugen des deutschen Traditionalismus in Architektur und Städtebau, Theodor Fischer, anlässlich der bevorstehenden Bauhausschlieung 1932, in welcher er sich gegen diese wendet, obgleich ihm gegenüber dem Bauhaus „eine ganze Last von Bedenken“⁹¹⁴ erscheinen. Er empfindet eine Schließung als dogmatischen Eingriff in die notwendige Kunst- und Kulturentwicklung und empfiehlt, diese Institution nicht als undeutsch zu stigmatisieren, nur weil einige der Bauhaus-„Neuerer“ sich zum Sozialismus bekennen.⁹¹⁵

Ein heutiges Bauhaus sieht sich aber nicht nur in diese Auseinandersetzung gestellt, in der es eigene Diskurse zu führen hat. Es wird darüber hinaus auf die Moderne generell reflektieren müssen, so vor allem auf das Verhältnis technischer Vernunft und gesellschaftlicher Emanzipation des Menschen als Wandel von Befreiung in Beherrschung oder von Aufklärung in Mythologie.⁹¹⁶ Hier ist die historische Positionsbestimmung des Bauhauses unumgänglich. Dabei offenbart sich ein zentrales Problem der Moderne, nämlich die Abwendung von der Tradition.⁹¹⁷

⁹¹⁴ Fischer, T. (1932): Um das Bauhaus, in: Die Kunst, S. 30-32, insbes. S. 30. Hier findet sich auch die Kritik des Heimatschutzes am Bauhaus wieder.

⁹¹⁵ Fischer, T. (1932): Um das Bauhaus, in: Die Kunst, S. 30-32, insbes. S. 32

⁹¹⁶ Horkheimer, M., Adorno, T.W. (1986): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M., S. 6

⁹¹⁷ Welsch, W., (1988): Unsere postmoderne Moderne, Weinheim, S. 93

sowie Helbrecht, I. (1991): Das Ende der Gestaltbarkeit? Oldenburg, S. 91ff

Das Spektrum konzeptioneller Vorstellungen für ein neues Bauhaus, welches seit 1991 in der Öffentlichkeit dargeboten wurde, reicht vom wohlgemeinten Ruf "Rettet das Bauhaus" mit der Empfehlung, dies in eine bundeseigene Hochschule nach dem Vorbild der Villa Massimo zu wandeln⁹¹⁸, über ein Kultur- und Kreativitätszentrum für die deutsche Wirtschaft⁹¹⁹ bis zu einem Kunstinstitut, das eine „poetische, verträumte, phantastisch-kindliche Einfachheit“⁹²⁰ ausstrahlt.

Gerade in letzterem wird die Zerreißprobe des Bauhauses auf die Spitze getrieben. Es geht um die Befreiung des Bauhauses von jeglicher Programmatik. Vor allem „Welterlösungsprogramme“, die auf einen „sozialkulturellen Wertewandel“ zielen, sind der „anarchischen, melancholisch-vitalen Phantasie von Künstlern, Kunsthandwerkern und Architekten eher hinderlich“⁹²¹. Flankiert werden diese Zielangebote durch lokale Zuweisungen des Bauhauses als touristischer Anlaufpunkt, als Tagungsstätte oder als beliebiger Bezugs- und Legitimationsbeweis für das Allerlei der Aufschwung-Architektur: „Dem Bauhausstil mit viel Glas und Grüntreu“⁹²².

Jene Zerreißprobe schlägt sich auch auf die interne Debatte im Bauhaus um die Suche nach konzeptionellen Ansätzen nieder. Die „Last“ des historischen Bauhauses, „bahnbrechend“ zu wirken und erneut international respektable Ergebnisse vorzulegen, bringt das Bauhaus heute in die Zwangslage, das geprägte Bild vom Bauhaus zu bestätigen und zugleich neue Wege zu beschreiten. Dies eröffnet, nicht zuletzt unter den Bedingungen der östlichen Transformation, vielfältige, auch divergierende Sichtweisen auf einzuschlagende Richtungen.

⁹¹⁸ Fatheuer, H.; Spilker, G.; Günter, R. (1991): Aufruf "Rettet das Bauhaus", in: Vom Bauhaus nach Bitterfeld, Gießen, S.25-26

⁹¹⁹ Peter, M. (1990): Das Ende eines Mythos, in: VDI-Nachrichten, Nr. 10, S. 72-78

⁹²⁰ Schreiber, M. (1991): „Wolkig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 4. 1991

⁹²¹ Schreiber, M. (1991): „Wolkig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 4. 1991

⁹²² Dessauer Tageblatt vom 23. 8. 1991

Die historischen Herausforderungen für einen aktuellen Ansatz lagen grundsätzlich in den „zentralen Ideen des Bauhauses - etwa d(em) pädagogische(n) Prinzip einer Verbindung formal-künstlerischer mit material-werkmäßigen Komponenten bei der Ausbildung von Gestaltern und Architekten, oder d(em) soziale(n) Prinzip verantwortbarer ästhetischer Produktion zum gesellschaftlichen Nutzen ...“⁹²³ Ohne dabei in Analogieschlüsse zu verfallen, erscheint die „experimentelle Grundhaltung des Bauhauses“⁹²⁴ als maßgebendes Moment.

Der Bauhäusler Roman Clemens warnte 1978, dass das Bauhaus der 1920er Jahre keine Wiederholung duldet, dass Versuche in dieser Richtung zu Erstarrungen führen müssen.⁹²⁵ Solche Erkenntnisse, die z.B. durch die Erfahrungen der Nachkriegsversuche zur Weiterführung des Bauhauses mit der Verknüpfung von „Werkstattarbeit“ und „Planungsgemeinschaft“ erhärtet werden, erhöhen den Anspruch an den konzeptionellen Neubeginn. Eine ausschließlich museal-konservierende Nutzung des Bauhauses in Dessau verbietet sich hingegen, gibt es doch zahlreiche Stätten der Bauhauserbepflege, wie in Berlin oder Weimar. Gerade eine Verbindung von Pflege, kritischer Wertung und zukunftsorientierter Gestaltungsarbeit eröffnet spezifische Möglichkeiten.

Der Fächer interner Vorschläge seit 1990 für Komponenten einer Bauhausperspektive reicht dabei z.B. von einer Galerie moderner Kunst, über ein internationales Forschungsinstitut, ein Medienstudio, eine Experimentierstätte für bildende und darstellende Künstler bis zu einem neuen Bildungsinstitut. Die

⁹²³ Hahn, P. (1988): Experiment Bauhaus, Das Bauhaus-Archiv zu Gast im Bauhaus Dessau, in: Bauhaus-Archiv/Hrsg.: Experiment Bauhaus, 7 – 8, S. 7

⁹²⁴ Hahn, P. (1988): Experiment Bauhaus, Das Bauhaus-Archiv zu Gast im Bauhaus Dessau, in: Bauhaus-Archiv/Hrsg.: Experiment Bauhaus, 7 – 8, S. 7

⁹²⁵ Clemens, R. (1978): Eine authentische Aussage über Idee und Arbeit, Geist und Leben am Bauhaus, in: bauhaus 3, Leipzig, S.8-9, S. 8 und Wingler, H. M. (1989): Bauhaus Archiv Berlin, Berlin, S. 122

Auseinandersetzung darüber bleibt präsent.

Die Chance, die im Bauhaus heute steckt, besteht darin, nicht einem institutionellen Wiederholungszwang als Ausbildungsstätte zu erliegen. Eine derart „historisch aufgeladene“ Institution würde sich ohnehin kaum in die weitgehend verfestigte öffentliche Institutionslandschaft der Gegenwart einfügen lassen. Dem Bauhaus, so die denkbare Aussicht, wohnen Möglichkeiten zum Entfalten einer neuen experimentellen Kultur in der Gesellschaft inne, die über eine „technische Vernunft“ hinausgehen und welche die Reform menschlicher Tätigkeit und des sozialen Raumes als Gestaltungsaufgabe begreifen. Das Bauhaus könnte als Prototyp und Experimentierfeld eines solchen ganzheitlichen sozialkulturellen Versuchs gelten. Dafür wären die Werkstatt-Traditionen wie auch der Gestaltungsanspruch des Bauhauses in neuer Weise zu interpretieren, in die internationale Debatte einzubringen und für die Praxis fruchtbar werden zu lassen. So entstünde eine Werkstatt für Ideen, in der gesellschaftliche Probleme formuliert und Lösungsansätze probiert werden - im Disput mit der Vergangenheit der Moderne.⁹²⁶

Die Facetten der historischen Werkstattarbeit am Bauhaus würden sich dabei von einer Ausbildungsstätte für Gestaltungsfähigkeiten wandeln zu einem Lern- und Erfahrungsort für raumgestaltende Tätigkeit – jenseits der Erwerbsarbeit.⁹²⁷ Ein sich dahingehend orientierender Anspruch, wie er mit dem Programm „Industrielles Gartenreich“ verfolgt wird, verknüpft Traditionen regional erfahrbarer Visionen 200jähriger Kultur mit den langfristigen Erfordernissen eines Erhalts der Lebensumwelt.⁹²⁸

⁹²⁶ Pehnt, W. (1994): „Industrielles Gartenreich“, in: Der Spiegel, Nr. 10, S. 234-238, insbes. S. 238

⁹²⁷ Glaser, H. (1989): Neue Stadtstrukturen unter veränderten Bedingungen – von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft, in: Wildemann, R./Hrsg.: Stadt, Kultur, Natur, Baden-Baden, S. 536

⁹²⁸ Helms, H.G./Hrsg. (1992): Die Stadt als Gabentisch, Leipzig, S. 44

Hier wären die Vorstellungen der „experimentellen Werkstätten“ des aufklärerischen Reformwerkes, die Versuche der Lebensreform- und Gartenstadtbewegung des beginnenden 20. Jahrhunderts oder die Reformansätze der Nachkriegszeit, wie sie vor allem in den 70er Jahren mit sozialen Bewegungen im „Westen“ und den Bürgerbewegungen der Wendezeit im „Osten“ entstanden, in die Suche für eine neue Experimental- und Werkstattkultur einzubeziehen.

So gesehen, stellt die Werkstatt eine Möglichkeit zukünftiger Lebenskultur als Gemeinwesen dar. Ihre reformierende Kraft entfaltet die Werkstatt in einem vielgestaltigen Prozess, in dem die Zielsetzungen und das methodische Arsenal von Zukunftswerkstätten⁹²⁹ wie auch die reichen Kulturtraditionen weltweiter sozialer Erneuerungsbewegungen aufgehoben werden.⁹³⁰ Werkstätten können dabei als verschiedenartige soziale und wirtschaftliche Zusammenschlüsse auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen und Bezügen für „soziale Innovationen“ entstehen. Hier bleibt unbeantwortet, ob diese Werkstattpraxis aus lokalen Initiativen und Selbsthilfeorganisationen, aus kommunalen und ländlichen Entwicklungswerkstätten für „neue Arbeit“ oder aus „Akteuren“ der Wissenschaft, Planung, Wirtschaft oder Politik, die jeweils neue kooperative Re-Formen eingehen, erwächst.

Bei aller Offenheit: Ihr Maßstab wären Fähigkeiten zur Gestaltung einer Lebenskultur, die eine dauerhaft tragfähige Daseinsweise ermöglicht. Dem Bauhaus käme hierfür die Rolle eines Gestalters und Kommunikationsortes zu, der in Auseinandersetzung mit den widersprüchlichen Fragmenten der Geschichte und der gegenwärtigen „Transformation“ jene Fähigkeiten zu befördern hätte.

Die Diskussion einer Werkstattperspektive sollen folgende Kriterien anregen:

⁹²⁹ Jungk, R.; Müller, N.R. (1990): Zukunftswerkstätten, Berlin, S. 17ff

⁹³⁰ Runge, B.; Vilmar, F. (1988): Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt/M., S. 15ff

„Nähe zum Wohnort, aber doch von ihm abgetrennt, daß ein deutlicher 'Ortswechsel' stattfindet, da allein schon dieser motiviert bzw. (im rechten Sinn verstanden) 'diszipliniert': Überwindung des 'Sich-gehen-Lassens'.

Tätigkeit in Gruppen, die die individuelle Selbst- und Mitbestimmung ernst nehmen, die offen sind für das Hineinwachsen neu Hinzukommender, die aber auch das Ausscheren in eigenwillige Tätigkeitsbereiche fördern (also keine Ingroup-repression entwickeln). Produktiv-kreative Tätigkeit, die sinnvoll ist (jenseits des Hobbyismus, der zu Hause seinen Ort haben mag); sinnvoll ist es z.B., wenn individuelles Engagement dem Gemeinwohl zu Gute kommt.

Gesellschaftliche Anerkennung, indem solche Werkstätten, abgesehen von der notwendigen 'Grundversorgung' der in ihnen Tätigen, eine der Erwerbsarbeit adäquate 'Aura' erhalten. Der wirtschaftliche Nutzen der Werkstatt kann hinzukommen - so wie er sich bei vielen Projekten der alternativen Schattenwirtschaft, die man besser 'Parallelwirtschaft' nennen sollte, einstellt. Auf die Familie bezogen, bedeutet Werkstatt eine neue Form des ‚ganzen Hauses‘.⁹³¹

Werkstatt für die „dritte“ Landschaft - ein Erwartungsfeld

Der Rückblick auf die Arbeit des Bauhauses Dessau zwischen 1989 und 1995 eröffnet eine Entwicklungsperspektive der Institution, die als „Zukunftswerkstatt aus Tradition“ zu einer auf Dezentralität orientierten Wirkungsstätte und zum Bestandteil raumgestaltender Tätigkeit in der Landschaft wird. Diese Landschaft kann, einer surrealen Montage gleich, aus Vorhandenem mit seiner Geschichte und den schroffen Widersprüchen, den rätselhaften Zeichen, abstoßenden wie angenehm berührenden Eigenschaften und den sedimentierten Lebensgeschichten der Bewohner erwachsen.⁹³² Das Zusammenfügen bisheriger Fragmente und das

⁹³¹ Glaser, H. (1989): Neue Stadtstrukturen unter veränderten Bedingungen – von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft, in: Wildemann, R./Hrsg.: Stadt, Kultur, Natur, Baden-Baden, S. 537

⁹³² Adorno, T.W. (1986): Rückblickend auf den Surrealismus, in: Surrealismus in Paris 1919-1939, Leipzig, S.693-698, insbes. S. 694

behutsame Erweitern zu einem neuen Kulturraum prägt die Werkstatttätigkeit als spielerische Entfaltung wissenschaftlicher und künstlerischer Gestaltungskräfte, sozialer und politischer Handlungen.

Das „Montieren“ jener Teile, die als alltägliche „Maserung“ der Geschichte, als Rudimente von Menschlichkeits-Träumen oder als Symbole eines „unbotmäßigen Hohngelächters über die unfaßbaren Zumutungen, denen wir uns bisher unterworfen“⁹³³ hatten, erscheinen, bestimmen maßgeblich die Gestaltung. Eine solche „dritte“ Landschaft wäre langfristig Ausdruck der radikalen Reform der vom Ware-Geld-System bestimmten „Arbeit“. Diese Landschaft vermag Erinnerungen wachzurufen und formuliert Umgangsmöglichkeiten mit dem Ererbten für die zukünftige (Über)Lebensfähigkeit:

„Viele der Zeichen, die so selbstverständlich weitergegeben werden, sind aufgezehrt, ihre vielerlei Bedeutungen, die nicht mehr erlebbar oder einsichtig sind, verkümmern zu einem einzigen Wortsinn. ‚Sehen, was man sieht‘, hieße jetzt, sich nicht auszuliefern an die sichtbare Welt der Formen. Formen nicht zu verwechseln mit Kunst. Kunst nicht zu verwechseln mit überlieferten Werten. Überlieferte Werte nicht zu nehmen als ein für allemal gesetzte Werte, sondern: Der sichtbaren Welt unbefangen zu begegnen, sie im Genuss sich anzueignen, sie pragmatisch zu verwenden, ihr ironisch beizukommen, die Logik aufzuheben, und zu sehen, dass der Grund auch im Blau liegen kann. ...

Gertrude Stein schreibt, ‚dass es hundert Jahre dauern soll, um irgendein Ding zu verändern. Es ist die menschliche Art in Jahrhunderten zu denken und Jahrhunderte sind mehr oder weniger hundert Jahre und das ergibt einen Großvater und eine Großmutter pro Enkel oder Enkelin. Wenn alles geht wie es soll und es geht oft ungefähr wie es soll.‘ ...

⁹³³ Kurz, R. (1994): Der uneingestandene Fundamentalismus der Moderne, in: Neues Deutschland vom 1./2.10.1994. Ein sicher streitbarer Artikel, der aber auf grundlegende Ansichten abhebt und deshalb beachtenswert erscheint.

Wenn man davon ausgeht, dass dreißig Jahre vergehen, bis eine Erkenntnis sich durchsetzt, dann wären wir gerade jetzt dabei, Dinge zu bewegen, die sich Anfang des nächsten Jahrhunderts bewegen sollen."⁹³⁴ Mit diesen Worten der Schriftstellerin Martina Düttmann (1992) endet auch der 1994 von Bolbrinker/Herold produzierte Dokumentarfilm "das industrielle gartenreich".

⁹³⁴ Düttman, M. (1992): *Wie die Architektur zur Sprache kommt*, Berlin; Boston; Basel. Zitiert im Film „das industrielle gartenreich“, 1994 (Bolbrinker/Herold).

8. Industrielles Gartenreich: Perioden des Projektes 1989 -1999⁹³⁵

Die Stiftung Bauhaus Dessau hat sich die so entstandene Herausforderung zu Eigen gemacht - den *Spiel-Raum* genutzt:

Die zehnjährige Entwicklung des Projektes Industrielles Gartenreich umfasste – rückblickend - drei Stufen, die durchaus mit denen des Einzelprojektes „Ferropolis“ korrespondieren: die Initialphase (1989 bis 1993), die Konstituierung (1994 bis 1997) und die Etablierung (ab 1998) des Projektes. Der gesamte Prozess ist nicht etwa als folgerichtiger Aufbauvorgang zu verstehen, sondern als ein Lernprozess aller Beteiligten. Die hervorgehobenen Stadien verdeutlichen qualitative Veränderungen, trennen aber nicht in sich abgeschlossene Phasen.

Die Initialphase (1989-93) war die Zeit der Ideen und Entwürfe, der Selbstreflexion über das Bauhaus und dessen Erbe. Das Bauhaus Dessau nahm im Prozess der Regionalentwicklung mehrere Rollen ein: Es wirkte als Anreger und Impulsgeber, aber auch als Mediator/Moderator im Spiel der Akteure. Dabei musste das Bauhaus seine eigene Identität, seine institutionelle Absicherung in der Zeit der Wandlungen im Osten Deutschlands selbst erst erringen. Deshalb stand anfangs die Pflege und Vermittlung des Bauhauserbes im Mittelpunkt, um auf dieser Grundlage und in der Auseinandersetzung mit diesem Erbe die eigenen aktuellen Positionen zu entwickeln. Das II. Walter Gropius-Seminar 1991, das „Fordismus“-Kolloquium 1992 und die Ausstellung „Dimensionen - Bauhaus 1925-1932“ im Jahre 1993 widmeten sich den Positionen des Bauhauses zur Urbanisierung wie zum Umgang mit der Industrialisierung.

⁹³⁵ Vgl. den Auszug aus: Kegler, H. (1999): Industrielles Gartenreich: Projekte 1989-1999, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich 2, Dessau, S. 216-220

Mit den Konzepten von 1990 war ein *Spiel-Raum*⁹³⁶ abgesteckt. Nun startete ein kleiner Zirkel von Personen am Bauhaus Impulsprojekte gemeinsam mit regionalen Partnern. Diese Projekte folgten dem Selbstverständnis des Bauhauses von 1990.

Zu diesen Initial-Projekten gehörten der brachgefallene Wallwitzhafen in Dessau, die Werkssiedlung in Wittenberg-Piesteritz, das Kraftwerk und die Kolonie Zschornowitz, der Drehberg im Gartenreich, das Kraftwerk Vockerode, der Kulturpalast Bitterfeld, die Siedlungen in Dessau, das Bauhausumfeld, die Dessau-Wörlitzer Eisenbahn und der Cranachhof (Markt 4) in Wittenberg sowie die Bergbaufolgelandschaft bei Bitterfeld und in Golpa Nord.

Gleichzeitig sind erste Gestaltungsentwürfe für Orte und Teilbereiche in Kooperation mit Universitäten und Institutionen erarbeitet worden. Zwei internationale Studentenwettbewerbe („bauhaus-future“ und „Freiräume für morgen“) sind zugleich ein Ergebnis der 1990 begonnenen Kooperation mit der IBA Emscher Park. Von großer Bedeutung war die Initiative, eine Anerkennung als Korrespondenzregion der EXPO 2000 zu erhalten. Diese Anerkennung setzte erhebliche Motivationen für den regionalen Kooperationsprozess und die Akzeptanz des Industriellen Gartenreichs frei. Die Tagungen der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung der BRD 1992 oder die Foren zur „Wasser-Sustainability“ 1993 führten externe, z.T. internationale Kompetenz an das Bauhaus und in die Region. Damit begann die kritische Reflexion des Konzeptes Industrielles Gartenreich. In dieser Zeit experimentierte das Bauhaus mit einem besonderen Lehrbetrieb. „Bau-, Umwelt- und Bühnenklassen“, die sich auch Themen und Orten des Industriellen Gartenreichs widmeten, wurden eingerichtet. Die Versuche scheiterten jedoch wegen ihrer unausgereiften Grundlagen.

⁹³⁶ Hier wurde vom Autor der Begriff Spiel-Raum (im Original zusammen geschrieben) das erste Mal rückblickend verwendet und war damit der Ausgangsprunkt für weitere Überlegungen zur Verwendung dieses Begriffs als Titel der vorliegenden Arbeit.

Die Konstituierungsphase (1994-1997) ist gekennzeichnet durch den Aufbau von Umsetzungsstrukturen für die praktischen Experimente, durch neue Kooperationen - auch mit internationalen Partnern - sowie durch den Beginn übergreifender Planungen für eine programmatische Vernetzung der einzelnen Projekte. Zugleich nahmen nun kontroverse Auseinandersetzungen um das „Industrielle Gartenreich“ zwischen regionalen Akteuren sowie in der Fachwelt zu. Denn die ersten Ideen nahmen sichtbar Form an. Herausragendes Beispiel ist Ferropolis: Die offizielle Grundsteinlegung der „Stadt aus Eisen“ im Dezember 1995 war ein markanter Höhepunkt. Mit Gründung der Stiftung Bauhaus Dessau 1994, der Wiederwahl des Direktors und der Verabschiedung des Leitfadens 1996-2000, in welchem das Projekt „Industrielles Gartenreich“ in einem vorläufigen Zeithorizont fixiert wurde, waren die Grundlagen für die Entfaltung des Vorhabens gegeben.

Ende 1994 konstituierte sich das Regionalforum zur Vorbereitung des EXPO-Beitrages in Sachsen-Anhalt als eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Region (der Landkreis Bitterfeld war ein Vorreiter), der Verwaltung (Regierungspräsidium Anhalt) und des Bauhauses. Durch die Landesregierung erhielt die EXPO-Vorbereitung ab Herbst 1995 mit der Gründung einer in Zusammenarbeit mit der IBA Emscher Park gebildeten landeseigenen Entwicklungsgesellschaft (EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH) institutionelle Kraft.

Die Anfang 1996 gegründete Planungswerkstatt in Bitterfeld, konzipiert und moderiert vom Bauhaus, schuf mit dem 'Masterplan' ein strategisches Konzept für die Entwicklung des Raumes Bitterfeld-Wolfen. Ein Jahr später folgte Ähnliches mit der 'Teilraumkonzeption' für das Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Damit waren abgestimmte Maßnahmen festgelegt und so die Voraussetzungen für einen Aufbau von Finanz- und Organisationsstrukturen geschaffen. Nach dem Formulieren von Grundhaltungen und dem Initiieren von Projekten trat nun die dritte Ebene der kooperativen Rahmenplanung hinzu.

In dieser Zeit scheiterten aber auch wichtige Vorhaben. So konnte die Idee „Neue Mulde“, ein Projekt zur Revitalisierung eines Flusssystem, nicht realisiert werden. Mit dem Abriss des Rathenau-Hauses 1995 verlor die Region trotz vielfältiger Versuche des Erhalts ein wichtiges Identifikationsmoment, gilt doch diese einstige Wirkungsstätte von Walther Rathenau als Gründungsort der mitteldeutschen Chemieregion.

Ein wichtiger Impuls für die regionale Anerkennung des „Industriellen Gartenreichs“ war dessen Aufnahme in die Projekt-Liste der UNESCO-Weltdekade für kulturelle Entwicklung 1994. Weitere Anerkennungen beförderten die Aufmerksamkeit: So wurden das Ferropolis-Projekt mit dem nationalen Freiherr-vom-Stein-Preis und die Kinderwerkstatt mit dem Kinder- und Jugend-Kunstpreis des Landes Sachsen-Anhalt geehrt.

Für die Etablierung des „Industriellen Gartenreichs“ (ab 1998) stehen die Integration der Intentionen des „Industriellen Gartenreichs“ in die politische Praxis der regionalen Gremien sowie die Wahrnehmung des Projektes in der nationalen wie internationalen Fachwelt. Einen Durchbruch in der Anerkennung des „Industriellen Gartenreichs“ markiert die erfolgreiche Teilnahme an den Wettbewerben "Regionen der Zukunft" und „Europäischer Preis für Stadt- und Regionalplanung" im Jahre 1998. Weitere Anerkennungen folgten. So haben die Sanierungsprojekte Cranachhof (Markt 4) in Wittenberg und Werkssiedlung Piesteritz den „Bauherrenpreis 1999/2000“ des Bundes Deutscher Architekten DBA und des Deutschen Städtetages erhalten.

Der Aufbau selbsttragender Planungs- und Umsetzungsstrukturen (Regionalmanagement, Wirtschaftsförder- und Entwicklungsgesellschaften, Foren, Agenturen) verleiht dem Industriellen Gartenreich als Beispiel auf dem Wege nachhaltiger Entwicklung eine langfristige Tragfähigkeit. Hierauf beziehen sich auch weiterführende Forschungsprojekte, so z.B. zur Zukunft der regionalen Wirtschaft.

Durch die Gründung eines überregionalen „Magazins der Regionen“ ist 1999 ein neuer Abschnitt der Kommunikation von Strategien regionaler Entwicklung eingeleitet worden. Mit der Zukunftskonferenz zur mitteldeutschen Regionalentwicklung am 1. Juli 1999 in Leipzig wurde ein Auftakt für den internationalen Diskurs über Strategien und Visionen für die Entwicklung der Lebensumwelt im 21. Jahrhundert gegeben. „Industrielles Gartenreich“ wurde dabei als zentrales Modellprojekt einer Bildungslandschaft für dieses übergreifende Ziel diskutiert.

Die Pilotphase des internationalen Bauhaus-Kollegs, welches sich 1998/99 dem Thema „urban-sprawl“ am Gegenstand des suburbanen Raumes Bitterfeld-Wolfen widmete, leitete den Aufbau einer Bildungsinstitution für Postgraduierte gestaltender Disziplinen ein. Eine solche projektorientierte internationale Bildungsstätte basiert auf dem methodischen, experimentell praktischen Erfahrungshintergrund des „Industriellen Gartenreichs“.

9. EXPO: Quo vadis Industrielles Gartenreich?⁹³⁷

Ein kritischer Bericht nach dem Ende der EXPO.

Die Sektgläser sind geleert, die Urkunden bejubelt und die Fahnen in der Korrespondenzregion der EXPO 2000 in Sachsen-Anhalt wurden eingeholt. Eine Ära geht zu Ende. Zehn Jahre nach der Wende kann auf ein Stück bemerkenswerter Transformationsleistung in einem der dramatischsten Gebiete Ostdeutschlands, der einstigen „Sudelküche“ der DDR-Industrie, dem Bitterfelder Raum, zurückgeblickt werden. Der Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ fokussierte diesen Prozess in seiner entscheidenden Phase, der der Umsetzung von Projekten. Mehrere Preise wurden an das Revers der Region geheftet: Europäischer Preis für Stadtplanung, nationale Bauherren- und Stiftungspreise. Zufriedenheit macht sich breit bei Politikern und Geschäftsführern. Erfolgszahlen zu getätigten Investitionen und geschaffenen Arbeitsplätzen werden präsentiert. Es ist in der Tat beachtenswert. Die Steuergelder sind sinnvoll angelegt worden, wie Besucher konstatieren. Außerdem entstanden überregionale Initiativen. Ein „Magazin der Regionen - et“ wurde im Wettbewerbszeitraum gegründet und pünktlich zur Weltkonferenz URBAN 21 der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Initiative der Region Industrielles Gartenreich verabschiedeten die 26 Regionen im Wettbewerb eine „Resolution der Regionen“, in welcher die Botschaft vermittelt wurde: „Wir machen weiter“, der Prozess der Regionalisierung unter der Maßgabe der Nachhaltigkeit bedarf weiterer Aktivitäten, vor allem der Kooperation, des Erfahrungsaustausches und der Internationalisierung.

Die Ernüchterung folgt auf dem Fuße

Ungebrochen hoch sind die Arbeitslosenzahlen. Mit weit über 20 % nimmt die Region weiterhin eine negative Spitzenposition im Bundesgebiet ein, aber auch im

⁹³⁷ Ein Essay: Kegler, H. (2001): Quo Vadis - Industrielles Gartenreich, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Regionen der Zukunft–Aufgaben der Zukunft, Werkstatt: Praxis 3/01, S. 28–31

europäischen Vergleich gehört dieser Wert in die höchste Alarmstufe. Ausländerfeindliche Aktionen, ja sogar ein Mord in Dessau, werden zu Schlagzeilen in der Medienlandschaft. Die Widersprüche sind enorm. Die ökologische Sanierung der Region ist weitgehend vollbracht. Innovative Projekte mit internationaler Ausstrahlung sind - auch befördert durch den Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“ – umgesetzt bzw. in Umsetzung begriffen. Ferropolis, die Stadt aus Eisen, ist zu einem bundesweiten Begriff geworden. Eine Wallfahrtsstätte der Regionalerneuerung ist entstanden. Die sanierte Piesteritzer Siedlung in Wittenberg wird zum Mekka von Stadterneuerern und Denkmalpflegern, Anfragen für einen Erfahrungstransfer häufen sich. Die Kunstprojekte in der Bergbaufolgelandschaft um Bitterfeld oder die Ansiedlung des Bundesumweltamtes in Dessau ziehen nicht nur Heerscharen von Fachtouristen an.

Die Ernüchterung geht aber noch weiter. EXPO und Wettbewerb haben Aufmerksamkeit auf die Region gelenkt. Sie vermochten aber nicht die entscheidende Frage für die Kommunen zu lesen, wie solche Projekte, die explizit Nachhaltigkeit befördern und durch EU- und andere Gelder finanzierbar sind, dauerhaft mit entsprechenden Eigenmitteln auszustatten waren. Punktuell gelang der „Drahtseilakt“, wie die Sanierung der Piesteritzer Siedlung, wie Ferropolis, die Revitalisierung einer Regionalbahn oder die Kunstprojekte in der Bergbaufolgelandschaft zeigten. Doch blieb dies eine Ausnahme, wurde nicht zur Regel. So liegt die Vermutung nahe, dass nur wegen der Sondersituation Weltausstellung und Bundeswettbewerb derartige Konstellationen geschaffen werden konnten. Nun beginnt wieder der bundesdeutsche Förderalltag zur Normalität zu werden, der den ostdeutschen Kommunen und Landkreisen mit ihrer dramatischen Finanznot, bedingt durch exorbitante Arbeitslosigkeit und geringes Steueraufkommen, immer weniger Spielräume für selbstbestimmte und auf Nachhaltigkeit zielende Entwicklungspolitik lässt. Die enormen Transferleistungen der letzten zehn Jahre, die in den „Aufbau Ost“ geflossen sind, dienten der ökologischen Sanierung, ja der Gefahrenabwehr, was eine sehr wichtige und nicht zu unterschätzende Leistung war. Sie stärkten aber auch die Ausstattung der Regionen mit „harten“ Infrastrukturen und forderten Großprojekte. Die Beförderung einer an

Kriterien der Nachhaltigkeit zu orientierenden Entwicklung war hier fast durchweg nicht erkennbar. Eine „doppelte“ Modernisierung, d.h. ein Kompensieren der ökologischen Altprobleme aus den letzten 100 Jahren industrieller Entwicklung, verbunden mit einer konsequenten, auf Nachhaltigkeit zielenden Infrastrukturpolitik, fand kaum statt. Vielmehr dominierte das Prinzip der „nachholenden Modernisierung“, welches die „alten“ Verfahren der Strukturpolitik der Bundesrepublik aus den 1980er Jahren übertrug und lediglich beschleunigungsfähiger gemacht hat.

Somit hatten die Projektakteure im Rahmen des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ in der Region „Industrielles Gartenreich“ (Anhalt - Bitterfeld - Wittenberg) stets einen „Ausnahmestandard“ herzustellen, um wirklich Nachhaltigkeit zu erreichen. Ein eigens dafür gegründeter wissenschaftlicher Beirat setzte die Messlatte und konfrontierte permanent die Akteure mit unangenehmen Fragen zur Einhaltung des anspruchsvollen Niveaus. Die tragenden Säulen für die nachhaltige Erneuerung der Region stellten die Kultur- und Kunstprojekte dar. Insbesondere durch die EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH wurde diese permanente „Störung“ durch eigene, regionale Wettbewerbe, durch „Überzeugungsdirigismus“, durch die Integration internationalen Fachwissens, die Einbeziehung fremder Experten in die Projektarbeit und die Herstellung einer ständigen Öffentlichkeit des Entwicklungsprozesses, sowohl nach innen als auch nach außen flankiert. Höhepunkt dieser Offenbarung der Region war zweifelsohne die Präsentation der Region zu URBAN 21 in Berlin und während der gesamten Laufzeit der Weltausstellung in Hannover als Korrespondenzregion.

Die Jury zum Wettbewerb attestierte der Region „Industrielles Gartenreich“, Gewinnerin eines zweiten Preises, dass sie insbesondere die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit durch eine vierte, die der Kultur und Kunst bereichert hat und mit praktischen Vorhaben für die Regionalentwicklung sichtbar gemacht hat. Ferropolis und die Kunstprojekte in der Industrie- und Bergbaufolgelandschaft sind beredter Ausdruck dessen. Ein sicher wichtiges Resultat des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“, das über die Region „Industrielles Gartenreich“ hinaus Wirkung zeigt und

damit Anregungen vermittelt, ähnliche Wege zu beschreiten, wie das z.B. in der Lausitz oder in Norditalien der Fall ist.

Ein weiteres Ergebnis, zu dem die Region mit ihren Aktivitäten nicht unmaßgeblich beigetragen hat, stellt die „Landesinitiative REGIO“ in Sachsen-Anhalt dar, die im Frühjahr 2000 verkündet worden ist. Mit diesem Bündelungsprogramm verschiedener EU-Förderprogramme sollte ein weiterer Schritt in der Regionalisierung der Strukturpolitik gegangen werden. Das globale Ziel sämtlicher Förderaktivitäten der Landesregierung und damit auch der Landesinitiative REGIO sollte die Fortsetzung und Beschleunigung des Wachstums- und Aufholprozesses des Landes sowie die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sein. Das wirtschaftliche Wachstum hätte dabei unter den Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern erfolgen sollten. In den fünf Regionen Sachsens-Anhalts sollten demnach in den nächsten sechs Jahren 2,5 Mrd. DM für Projekte in der Landesinitiative REGIO reserviert werden. Nun ist es an den Regionen, sich zu verständigen, die Projektpakete zu schnüren und entsprechende institutionelle Voraussetzungen für die Planung und Umsetzung zu schaffen.⁹³⁸

Wie ist die gegenwärtige Situation?

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 7. Juli 2000 konnte ein Kommentar zum Wettbewerb und zu den Resultaten für die Region Industrielles Gartenreich unter der Überschrift, „Ist der Preis ein Irrtum?“ gelesen werden. Er soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden, weil er auf treffende Weise darstellt, in welcher Situation sich die Region befindet, aber auch welchen Wert der Wettbewerb insgesamt hatte:

„Wer die Nachricht liest, mag diese kaum glauben: Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg soll ab sofort eine Region der Zukunft sein? Eine erste

⁹³⁸ Die Angaben beziehen sich auf Aussagen des damaligen Regierungspräsidenten, Friedrich Kolbitz, im wissenschaftlichen Beirat des Regionalforums (2001).

Bestandsaufnahme fällt ernüchternd aus: Die Arbeitslosigkeit liegt über zwanzig Prozent. Die Kommunen klagen allerorten über knappe Kassen. Der Aufbau Ost geht nur mühsam voran und wird noch Jahrzehnte dauern. Und nun das: Eine hochkarätig besetzte Jury vergibt in einem deutschlandweit ausgetragenen Wettbewerb einen zweiten Preis in eine Region, die voller Widersprüche ist. Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg steht plötzlich auf einer Stufe mit der EXPO-Region Hannover, mit München und Stuttgart, die ebenfalls einen zweiten Preis mit nach Hause nehmen durften. Ein Irrtum also?

Es steckt viel Arbeit drin in dem Projekt ‚Region der Zukunft‘, das jetzt und sofort kein Allheilmittel ist. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, die Städte und Gemeinden in der Region einander näher zu bringen, um Entscheidungen miteinander abzustimmen. In einem Europa, das immer globaler wird, ist das der einzige Schritt, um sich zu behaupten und die ausgereichten Fördergelder effektiver zu verteilen. Die geleistete Arbeit ist deshalb eine Investition, die keinesfalls belächelt werden sollte. ‚Region der Zukunft‘ mag ein Preis ohne Wert sein – doch wer so denkt, ist selber schuld. Der Name ‚Region der Zukunft‘ kann auch ein Gütesiegel werden. Das auszufüllen, liegt an den Beteiligten selbst.“⁹³⁹

Besser hatte das Ergebnis des Wettbewerbs in der Region kaum reflektiert werden können. Doch nun trat die Bewährungsprobe in Kraft. Fundamentale Veränderungen standen nach der EXPO an. Es überlagerten sich mehrere Prozesse, die mit diesem Ende eines Entwicklungsabschnittes zu tun haben, aber auch zufällig in diesen Zeitraum fallen: Die Träger des Wettbewerbsvorganges stellten zum Jahresende 2000 – planmäßig – ihre Tätigkeit ein, bzw. orientierten sich auf andere Themen. Andererseits wurden eine Gebietsreform in Sachsen-Anhalt eingeleitet, Planungsgemeinschaften gebildet und Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Der „Geist“ des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ trat in den Hintergrund. Die „harten“ Verwaltungsveränderungen, insbesondere nach der Wahl 2002 begannen die

⁹³⁹ Mitteldeutsche Zeitung vom 7. Juli 2000

öffentliche Debatte zu dominieren. Neue Interessenkonstellationen entstanden. Kooperationsbeziehungen und Netzwerke müssen neu oder wieder gebildet werden. Es wurde planungs- und verwaltungsorganisatorische „Normalität“ hergestellt. Der „Ausnahmestand“ während der letzten Jahre kam zum Erliegen.

Durch die Sonderinstitutionen, Bauhaus Dessau und EXPO Sachsen-Anhalt GmbH sowie das Regionalforum und andere temporäre Institutionen wie Forum Gartenreich, Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen oder verschiedene lokale Agenda-21-Gruppen, gelang es, einen kreativen und zugleich umsetzungsorientierten Prozess der nachhaltigen Regionalentwicklung zu initiieren, der wesentliche Beiträge für die Neudefinition einer Identität der Region nach dem Ende des „Zeitalters von Braunkohle“ lieferte. Ferropolis oder die Piesteritzer Siedlung sind u.a. Symbole für diesen Identitätswandel.

Wie geht es weiter?

Es ist klar: Ein simples „weiter so“ konnte es nicht geben. Man kann einen so konzentrierten Prozess wie „Regionen der Zukunft“ nicht unendlich verlängern. Und eine EXPO ist irgendwann zu Ende. Doch kann es auch kein „aus den Augen, aus dem Sinn“ geben. Dies würde nun wahrlich ein Vergeuden von geistigen, institutionellen und finanziellen Ressourcen bedeuten. Die Perspektive, soweit sie sich derzeit absehen ließ, deutete in drei Richtungen:

- A) Neukonstituierung eines kreativen, auf innovative Milieus zielenden Regionalisierungsprozesses von der Basis,
- B) Europäisierung der Kooperation und des Erfahrungsaustausches,
- C) Weiterführung der Planungskultur des Industriellen Gartenreiches in konkreter Form, die auch im Wettbewerb bereits angelegt war.

Mit einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie und dem Kirchlichen Forschungsheim, unterstützt vom Verein Industrielles Gartenreich, Anfang Dezember 2000 in Wittenberg zum Thema „EXPO: das war's - war's das?“ wurde, gewissermaßen an symbolischer Stätte, der Auftakt gesetzt, um eine

Neukonstituierung der regionalen Akteure von der Basis her zu organisieren. Dabei ging es um eine konstruktive Partnerschaft mit den sich ebenfalls neu konstituierenden „normalen“ Planungsinstanzen wie der Planungsgemeinschaft. So konnte eine neue Balance zwischen informellen und formellen Institutionen, zwischen Innovationsagenten und kooperierenden Verwaltungen entstehen, die - in anderer Form - in der zurückliegenden Ära der Garant für die „Region der Zukunft“ war. Der bisherige wissenschaftliche Beirat würde sich in diesem Prozess ebenfalls neu orientieren und die Redaktion des „Magazins der Regionen - et“ begleitete die neuen Aktivitäten aus einer zunehmend weiteren Perspektive, aber mit enger Bezugnahme auf die Regionalisierung in Sachsen-Anhalt.

Die 1999 während der Zukunftskonferenz Mitteldeutschland in Leipzig unterbreitete Idee einer „Europäischen Akademie der Regionen“ wird ausgebaut. Am Rande der Weltkonferenz URBAN 21 wurde durch einen Kreis europäischer Wissenschaftler und Planungspraktiker ein Protokoll für die Gründung einer solchen Akademie unterzeichnet und in Wittenberg, in der Piesteritzer Siedlung, der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vorbereitungen nehmen Gestalt an, weitere Partner werden gewonnen. Vor allem aber hat ein europäischer Erfahrungsaustausch zu konkreten Projekten einer kreativen Sanierung von durch den Menschen geschädigten Stadt-Landschaften begonnen.

In einem Teilbereich der Region Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg, der zugleich seine Fortsetzung über die sächsische Landesgrenze findet, der „Dübener Heide“, wurden die Ideen und Methoden aus dem Prozess „Regionen der Zukunft“ aufgegriffen und modifiziert weitergeführt. Ferropolis bildete dabei räumlich wie symbolisch den „Gelenkpunkt“ für das zu erstellende Regionale Entwicklungskonzept. Aber auch die Methode des kooperativen Wettbewerbs wurde aufgegriffen und als Auftakt für dieses REK gewählt, in dessen Ergebnis eine Vielzahl von Projektideen entstanden und eine breite Beteiligung von Akteuren initiiert werden konnte.

Noch ist der Ausgang des Neukonstituierungsprozesses offen und die Frage nicht eindeutig beantwortbar, ob die Auszeichnung als „Region der Zukunft“ ein Irrtum war. Es hat ein erneuter Lernprozess in der Region begonnen. Dies schien die mögliche Antwort auf diese Frage zu sein.

Experiment und Alltag - der Beitrag zur EXPO 2000: ein Zwischenfazit auf dem Wege zur Bilanz⁹⁴⁰

Die EXPO 2000 war sicher ein besonderes Ereignis, das im Rahmen der dezentralen Projekte eher ungewöhnliche Wege in der Stadt- und Regionalentwicklung ermöglicht hat. Eine umfassende und seriöse Aufarbeitung steht noch aus. Das Innehalten aber und der kurze, fast flüchtige Rückblick auf das, was in den vergangenen 15 Jahren im Osten Deutschlands verändert wurde, vermag den Blick zu schärfen für die kommenden Dinge. Insofern erlauben die EXPO-Beiträge ein Fokussieren auf das Besondere. Eines wurde dabei deutlich: Es sind Grundlagen gelegt worden und Versuche wurden gewagt für neue Wege in der Stadt- und Regionalentwicklung. Insgesamt aber handelt es sich um ein Stückwerk.

Der Sanierungsfall

Die Vergangenheit ist aufgeräumt. So jedenfalls könnte salopp die gewaltige Sanierungsarbeit der vergangenen Jahre umschrieben werden, ohne Unbewältigtes und fälschlich Aufgeräumtes unerwähnt zu lassen. Es war ein großer, einmaliger Umbau der Stadt- und Regionallandschaft, der im Osten Deutschlands stattgefunden hat. Dabei wurde z. B. mit dem städtebaulichen Denkmalschutz seit Anfang der 1990er Jahre ein nicht hoch genug einzuschätzender Beitrag zur Zukunftssicherung eines Teils des europäischen Städtebauerbes erbracht. Gleiches gilt für den Stadtumbau – ein Programm, das mit einem fulminanten Wettbewerb 2002

⁹⁴⁰ Kegler, H. (2006): Experiment & Alltag: Der Beitrag zur EXPO 2000, in: Planerin 2/06, S. 15-16. Dieser Rückblick mit einem Abstand von 5 Jahren greift die Einschätzung von 2001 auf und erweitert diese. Hier werden Ausschnitte wieder gegeben.

eingeleitet worden ist und zunächst die überzähligen Wohnungsbestände betrifft, aber inhaltlich weiter gefasst sein dürfte: Die Vorbereitung der europäischen Stadt auf ihr postindustrielles Zeitalter. Weniger im Blickpunkt, doch mit größeren Finanzmitteln und Kräften versehen wurden die riesigen Bergbauareale, die Braunkohletagebaue und die Urangruben saniert, gesichert und für neue Nutzungen aufbereitet.

Ein solcher – hier nur angedeuteter – Sanierungsprozess in so kurzer Zeit ist weltweit einmalig; allerdings sind auch die dafür eingesetzten Mittel weltweit einmalig. Allein die Sanierung der stillgelegten Braunkohle- und Uranbergwerke verschlang bisher etwa 20 Mrd. €. Eine komplett neue Landschaft ist zwischen Harz, Oder und Erzgebirge entstand – Europas größte künstliche Seen- und Kulturlandschaft – eine wahrhaft einmalige Bergbaufolgelandschaft. Die Sanierung der Braunkohletagebaue, der einstigen Mondlandschaften in Mitteldeutschland und der Lausitz, ist – einem Jahrhundertwerk gleich – fast abgeschlossen.

Mitten in diesen Sanierungsprozess der 1990er Jahre hinein wurde die Vorbereitung auf die EXPO 2000 gestartet. „Zur Hannoverschen Ausstellung gibt es Kritik: Das Modell der klassischen Großexposition habe ausgedient. Konkrete Projekte machen mehr erfahrbar. Es liegt nahe, die ‚Region als Exponat‘ zu präsentieren.“⁹⁴¹ So lautete der Ansatz, wie er zunächst am Bauhaus Dessau formuliert worden war.

Es ist die Zeit der Industriebrachen und „Mondlandschaften“ gewesen. Die IBA Emscher Park hat die Industriekultur planerisch „geadelt“ und hat das Thema „salonfähig“ gemacht. Ein wichtiger Beitrag, der auch auf die Vorbereitung des EXPO-Beitrages im Land Sachsen-Anhalt Auswirkungen hatte, ja ohne diesen sicher nicht realisiert worden wäre. Das Land entschied sich 1994 das Gebiet des

⁹⁴¹ Günter, R. (1998): Hexenkessel, Halle/S., S. 597

„Industriellen Gartenreiches“, Dessau-Wittenberg-Bitterfeld als Korrespondenzregion bei der EXPO-Gesellschaft in Hannover anzumelden – es gelang. So konnten in knapp 5 Jahren an „Stelle des einmaligen Ereignisses in einer Ausstellungshalle ... Projekte von Dauer im ‚realen Raum‘“ entstehen, die dem Motto folgten, „Wege und Prozesse zur Realisierung von Reformen auszustellen“⁹⁴² Sicher war der Anspruch größer als die Resultate letztlich diesen einlösen konnten, dennoch hat eine so angelegte EXPO viele Kräfte mobilisiert und anspruchsvolle Projekte wie Ferropolis oder die Piesteritzer Siedlung ermöglicht. Sie war Motivator für neue Wege bei der Sanierung, für hohe Qualitäten und für Grenzen überschreitende Kooperation. Es sind Symbole entstanden für eine weiter greifende Art der Sanierung als die übliche, meist nur sicherheitstechnisch angelegte Vorgehensweise. Die EXPO-Beiträge konnten nur bedingt etwas dagegensetzen – der Mainstream war nur gelegentlich zu „übertönen“. Die EXPO-Beiträge waren eine Randerscheinung, aber eine mit erhoffter Langzeitwirkung.

Zwischenfazit:

Die einzelnen Aufgaben der Sanierung sind abgearbeitet worden, manchmal integrierend, meist aber additiv. Das ist der Normalzustand regionaler Entwicklung.⁹⁴³ Die die Sanierung bewerkstelligenden Verwaltungen und Planungsinstitutionen waren unvorbereitet für einen Prozess solchen Ausmaßes und solchen Zeitdruckes. So musste ein Stückwerk entstehen, in welchem die einzelnen Teile dem Stand der Plan-Technik entsprechen und allen Normen Rechnung tragen. Die EXPO-Projekte wollten mehr und haben den Blick auf eine kreative Sanierung zu lenken versucht. Dieser Widerspruch zwischen Besonderem und banalem Alltag verdient mehr Aufmerksamkeit. Einige Momente in diesem Sanierungsprozess deuten auf einen

⁹⁴² Günter, R. (2000): Hexenkessel, Halle/S., S. 597 Damit ist aber nur ein Teil dieser gewaltigen Veränderungen benannt, die den Sanierungsprozess dominierten: die gigantischen Gewerbegebiete und neuen Infrastrukturen, der rasante Ausbau des Autobahnnetzes, die Shopping-Malls an deren Kreuzungen, der Ausbau von Flughäfen oder Bahnhöfen, die Glanzfassaden neuer Büros ...

⁹⁴³ Fürst, D. (2001): Regionale Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt, in: et-Magazin der Regionen 3/2001, S. 24-25

neuen Horizont hin. In diesem großen Sanierungsprozess boten sich für Akteure und Institutionen *Spiel-Räume*, Möglichkeiten, ungewöhnliches zu tun. In einem solchen *Spiel-Raum* entstand die Korrespondenzregion zur EXPO 2000, wie die anderen dezentralen EXPO-Projekte zumeist auch. Hier war übergreifendes strategisches Denken ermöglicht und Abweichungen vom Regelfall letztlich zugelassen worden. Es hatte partiell so etwas wie ein „Ausnahmestand“ geherrscht. Dies war kein verordneter Zustand, sondern einer, der von einzelnen Akteuren und Institutionen ausgehend für eine bestimmte Zeit und ein bestimmtes Vorhaben erreicht worden ist. Dabei waren „Spielregeln“ geändert und Denkansätze, die über die Standards hinausgingen, forciert worden. Es entstand so etwas wie ein besonderer Planungszustand, der neue Kooperation, projektorientiertes Denken, strategisches Vordenken und Verlassen von gängigen Schemata ermöglichte. Ferropolis ist ein solches Zeugnis dieses „Ausnahmestandes“.

Obwohl der gesamte Sanierungsprozess im Osten Deutschlands ein einzigartiges Experiment war (und in Teilen noch ist), waren die dezentralen EXPO-Beiträge Ausdruck dieser Ausnahmesituation, die es verdient hätten, zum Alltag zu werden. Ob es das Industrielle Gartenreich Dessau-Bitterfeld-Wittenberg mit den Leitprojekten Ferropolis oder Piesteritzer Siedlung ist, ob es der Umbau der Plattenbaugebiete von Leinefelde, die Energieprojekte in Ostritz in Sachsen oder dem Elbe-Elster-Kreis waren oder der Stadtumbau in Leipzig-Plagwitz, um nur einige zu nennen, sie warfen am gebauten Beispiel Fragen auf, die über die Sanierungen hinausreichten: die Energiefrage nach dem Ende des Öls, die Bezahlbarkeitsfrage ohne Förderung, die Gestaltungsfrage der postindustriellen Stadtregion u.ä.m.. Vielleicht bieten sich hier wieder *Spiel-Räume*⁹⁴⁴?

⁹⁴⁴ Kegler, H. (2006): Experiment & Alltag: Der Beitrag zur EXPO 2000, in: Planerin 2/06, S. 1/16. Hier wurde vom Autor der Begriff „Spiel-Räume“ eingeführt und dann in der vorliegenden Schrift weitergeführt.

10. *Spiel-Räume* im Dialog – eine Reflexion für Zukünftiges

10.1 Annäherung an eine Definition der räumlichen Planung⁹⁴⁵ (Landesplanung)

„Wir müssen auf jeden Fall vorbereitet sein. Das ist aber nicht möglich. Und das wissen wir.“⁹⁴⁶ *Spiel-Räume* können, ja müssen nicht nur als Möglichkeitserweiterungen gesehen werden. *Spiel-Räume* stellen auch Risikoräume dar, sofort erkennbar oder nicht. Diese Sicht bietet einen möglichen Anlass für das Entstehen eines neuen *Spiel-Raumes*. Dies könnte als ein erneuter Auslöser, Freisetzer von bislang vorgedachten, aber nun praktisch werdenden Möglichkeiten angenommen werden. Ob dies so eintritt, kann nicht eindeutig gesagt werden. Die Umbrüche von 1919 und 1989 mit den jeweils folgenden Ausprägungen demokratischer Gesellschaftsstrukturen, die in der vorliegenden Arbeit jeweils die Ausgangsgrößen für das Freisetzen der *Spiel-Räume* (natürlich nicht nur für die raumplanenden Tätigkeiten) bildeten, stehen auch für unberechenbare Vorgänge in der Gesellschaft. Zugleich aber treten Kontinuitäten hervor, wie sie z. B. am Paradigma der Planung deutlich wurden.

Der von Beck 1991 eingeführte Bezug zum Laboratorium, hatte, wenn auch erweitert mit starkem Bezug zum historischen Bauhaus, für das Industrielle Gartenreich als Projekt konstituierend gewirkt, welches er auf die globale Dimension bezog, verband „Praxis als Forschung und das Eingehen von Gefahren um ihrer Erforschung

⁹⁴⁵ Der Begriff ‚räumliche Planung‘ soll hier die historisch belegte Begrifflichkeit der ‚Landesplanung‘ neutraler bzw. allgemeiner fassen, da es sonst zu dem heute verwendeten Terminus der förmlichen Raumordnung auf Landesebene Verwechslungen geben könnte.

⁹⁴⁶ Beck, U. (2011): Die Kernenergie ist ein Weltexperiment, in: Berliner Zeitung 14. März 2011. Dieser Artikel steht stellvertretend für die aktuellen Beiträge in den Medien über die grundlegende Bedeutung erlangenden Katastrophenfolgen im High-Tech-Land Japan. Sie erinnert in vielen Aspekten an die Debatten in der Folge des Nukleardesasters von Tschernobyl 1986, was auch zu den gesellschaftlichen Umbruchereignissen von 1989 im Ostblock beitrug, ohne dies an dieser Stelle vertiefen oder gar belegen zu wollen.

willen“.⁹⁴⁷ Doch wenn nun die Welt als Ganzes zum Laboratorium wird, wie Beck insbesondere mit Bezug auf die Kernenergienutzung feststellt, geht es nicht mehr um Erforschung, die den Irrtum als grundlegendes Erkenntnismoment und das Experiment als praktische Ebene dessen enthält, sondern um die Vertretbarkeit von Risiken des Anwendungsbezugs der praktischen Erkenntnisgewinnung. Das Maß dafür ist unbekannt und wird nur im gesellschaftlichen Vollzug erkennbar und damit aushandel- wie korrigierbar. Der Irrtumsvorbehalt und die Revidierbarkeit des Experiments erlangt auf gesellschaftlicher Ebene – außerhalb des linear ansetzbaren Versuchs im „Reagenzglas“ unter den Bedingungen von globaler Nicht-Linearität – eine grundsätzlich andere Qualität.

Was an diesem Beispiel der Kernenergienutzung inzwischen offenkundig erscheint, tritt bei einem anderen Weltexperiment nicht so schlagartig und deutlich in das Bewußtsein: Die Siedlungs-Dezentralisierung, ebenso ein globales Experiment mit weitreichenden Auswirkungen. Diese treten heute in Gestalt des Sprawl zutage.⁹⁴⁸ Welch ein Wandel in diesem Jahrhundertexperiment verbirgt sich dahinter und der Ausgang dieses Experiments ist noch nicht absehbar! Auch wenn es Anzeichen gibt, dass dieser Großversuch reflektiert wird und Maßnahmen ergriffen werden, Irrtümer zu korrigieren⁹⁴⁹, eine umfassende fachliche wie gesellschaftliche Auseinandersetzung steht noch aus. Zugleich gibt es eine Fortführung der

⁹⁴⁷ Beck, U. (1991): Die Welt als Labor, in: Beck, U.: Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S. 158 sowie Beck, U. im gleichen Buch: Die unvollendete Demokratie, S. 196-201, Das Zitat von S. 201 gehörte zu den konstituierenden Impulsen des Projektes „Industrielles Gartenreich“, auch hinsichtlich der Offenheit des Projektausgangs (siehe dazu den Beitrag „Industrielles Gartenreich – ein strategisches Gesamtprojekt“ in dieser Schrift).

⁹⁴⁸ Hayden, D. (2003): Building Suburbia, New York, insbes. S. 10-17 sowie Calthorpe, P.; Fulton, W. (2001): The Regional City, Washington. Diese Publikationen stehen für eine Vielzahl von Veröffentlichungen, vor allem in den USA, die diese grundlegende Tendenz der Suburbanisierung/Dezentralisierung städtischer Entwicklung problematisieren und zugleich Alternativen umreißen.

⁹⁴⁹ Stellvertretend seien hier die Forschungsprojekte des Bundesinstitutes für Bauwesen und Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu den Themenfeldern Flächeninanspruchnahme oder Siedlungsentwicklung genannt:
http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_21686/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder, wenngleich die Suburbanisierungsthematik nicht explizit, sondern in verschiedenen Programmen enthalten ist.

Dezentralisierungsdebatte, die, vor allem aus energetischer Sicht, aber auch aus sozialer und politischer wie gesamtwirtschaftlicher Perspektive geführt wird. Hier fokussiert sich die Debatte um die Frage einer dezentralen Autonomie von stadtreionaler Entwicklung.⁹⁵⁰ In der Dezentralisierung gewinnt die Frage der energetischen Grundlagen stadtreionaler Entwicklung eine zentrale Bedeutung.

Obgleich in diesen Diskussionen reichlich Bezüge zu den Dezentralisierungsabsichten der Landesplanung in den 1920er Jahren auftauchen (siehe „Plan 23“, Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk), sind diese fast ausschließlich jenseits der Energiefrage angesiedelt. Die Dezentralisierungsvorstellung der 1920er Jahre basierte auf zentral organisierter Energieversorgung (Strom, Wärme, Treibstoff) – was seinerzeit durchaus als eine technische und soziale Errungenschaft angesehen werden muss. In diesem Punkt deutete sich spätestens in den 1990er Jahren jedoch eine Zäsur an, wie in den Auseinandersetzungen um die bergbaulichen Zusammenhänge von „Ferropolis“ erkennbar geworden war. Es scheint sich seitdem eine neue Phase im Ablauf des Großversuches einer Siedlungs-Dezentralisierung im Sinne eines Umbaus abzuzeichnen.⁹⁵¹ Dabei stehen bisherige Denkmuster auch des Umgangs mit dieser ausufernden Dezentralisation auf dem Prüfstand und bedürfen vielgestaltiger Neubewertungen, ohne die keine wirklich wirksamen Änderungen im Ablauf des Großexperimentes erwartbar erscheinen.⁹⁵² Der Versuchsaufbau muss neu bedacht

⁹⁵⁰ Scheer, H. (2005): Energieautonomie, München. Insbes. in der „Maxime acht“, S. 298-300, formuliert Scheer Anforderungen an Raumplanung zur „Erlangung von Energieautonomie“ als einen Schlüssel für die zukunftsfähige Siedlungsentwicklung.

⁹⁵¹ Bodenschatz, H. (2003): Stadtumbau – Begriffe und Perspektiven, in: Boeckl, M.: Stadtumbau, New York, S. 10-24. Hier arbeitet Bodenschatz eine neue, vierte Phase der Stadterneuerung nach dem 2. Weltkrieg heraus, welche nunmehr die Stadtregion betreffen wird und damit auch den neuen Umgang mit dem Sprawl beinhaltet. In vergleichbarem Sinne dazu auch: Farr, D. (2008): Sustainable Urbanism – Urban Design with Nature, New Jersey, S. 28-35, 113 sowie Calthorpe, P.; Fulton, W. (2001): The Regional City, Washington, S. 34-36, S. 51-60

⁹⁵² Keil, R. (2010): Globale Suburbanisierung: Die Herausforderung der Verstädterung des 21. Jahrhunderts, in: derive No. 40/41, S. 006-010. Insbesondere sein Plädoyer für die Einbeziehung weiterer, auch künstlerischer, ethnologischer u.a. Zugänge, um dem Verständnis „Sprawl“ näher zu kommen, jenseits platter Verhöhnung, wird hier als Bestärkung des gewählten historischen Zugangs gewertet.

werden, wozu selbst ein historischer Zugang zur Dezentralisierungsfrage Bestandteil ist. Demnach würde – aus historischer Sicht – *räumliche Planung als ein komplexes sozial-kognitives System nicht-linearer, interaktiver Antizipation (letztlich) naturbasierter Tätigkeit des Menschen* zu betrachten sein. Der Raum wäre der *mehrdimensionale Interaktionsort und –produkt* dessen.⁹⁵³

10.2 Typologische Reflexion im Planungs-Laboratorium der „Dezentralisierung“

Wie könnte, ableitend aus der historischen Betrachtung, ein Ansatz für die weitere Diskussion über eine strategische Planung unter erkennbaren Bedingungen von Nicht-Linearitäten aussehen? Die grundlegende Frage von Wiechmann, „wann ein Einsatz der neuen emergent-adaptiven, sich vom traditionell rationalistischen Selbstverständnis der Planung lösenden Ansätzen in der Regionalentwicklung angemessen erscheint, (gilt als) heute weitgehend offen“.⁹⁵⁴ Das scheint eine Schlüsselfrage für die Qualifikation der räumlichen Planung angesichts sich abzeichnender neuer Umbrüche zu sein. Diese werden zum Eichmaß der Angemessenheit konzeptionellen Agierens auf landesplanerischer Ebene. Zugleich hat diese Frage in ihrer erkenntnisleitenden Funktion zentrale Bedeutung für eine neue gesellschaftliche Wirkung von Planung.⁹⁵⁵ Die „lernende Praxis“⁹⁵⁶ stellt eine

⁹⁵³ Die Raumdebatte seit 2000 deutete auf eine Intensivierung um die Suche nach einer Renaissance des Raumbegriffes als gesellschaftlicher Kategorie. Dabei stehen Harvey, Löw, Arnold oder Bollnow stellvertretend für eine für die Raumplanung notwendige Grundlagediskussion, die mit der vorliegenden Arbeit aus historischer Perspektive angereichert werden soll. Harvey, D. (2006): Space as a key word, in: Harvey, D.: Space of global Capitalism – Towards a Theory of uneven Geographical, London, New York, S. 119-148; Bollnow O. F. (2000): Mensch und Raum, Stuttgart, Berlin, Köln - mit dem Hinweis auf: „Spielraum des Handelns“, S. 210-2012; Löw, M. (2001): Raumsoziologie, Frankfurt am Main und die kritische Rezension dazu: Arnold, H. (2001): Rezension zu Martina Löw: Raumsoziologie. Frankfurt am Main 2001, in: geographische revue, 3. Jg., Heft 2, S. 103-105

⁹⁵⁴ Wiechmann, T. (2005): Die Planung des Unplanbaren?, in: Neumann, I. (Hrsg.): Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 45. In diesen Quellen wird ein aktuelles und komprimiertes Bild der internationalen Debatte gezeichnet. Zugleich stehen sie stellvertretend für eine weltweite scientific community der planungstheoretischen Diskussion, die sich seit gut drei Jahrzehnten formiert hat.

⁹⁵⁵ In gleiche Richtung zielt die Argumentation von Fürst. Fürst, D. (2006): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Regionalplanung, in: Selle, K. Zalas, L.; Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, S. 117-128, insbes. S. 128

primäre Quelle für diese Anpassung an die sich verändernden Realitäten dar. Das sedimentierte Planungswissen aus den Umbruchzeiten des 20. Jahrhunderts – in dieser Arbeit exemplarisch aufgezeigt – kann durch die Transmission einer hier vorgenommenen Aufbereitung auch zu einem Bestandteil dieses, auf die demokratische Praxis von räumlicher Planung bezogenen Lernens werden.

Die historische Suche nach konzeptionellem Erfahrungswissen, wie es sich nicht allein aus der Bewertung von realisierten Vorhaben speist, vermittelt Impulse, die der Beantwortung der Frage u. a. von Wiechmann näher kommt:

Zunächst sollen die beiden vorgestellten historischen Typen strategischen Planungshandelns, die Landesplanung in den 1920er Jahren und das „Industrielle Gartenreich“ der 1990er Jahre, in der hier adaptierten Typologie strategischer Planung verortet werden. Sie ermöglicht eine prinzipielle Zuordnung des kognitiv-methodischen Ansatzes im Spektrum des Planungsdenkens. Danach werden in der planungstheoretischen Literatur, insbesondere der zur Szenarioplanung, vier Typen unterschieden⁹⁵⁷: „Re-Discovering“ (Typ 1), „Commitment“ (Typ 2), „Refreshment“ (Typ 3), „Enactment“ (Typ 4). Dabei stellen die Typen 1 und 2 eher Planungen unter „strukturkonstanten Umfeldentwicklungen“ dar (lineare Typen), wohingegen die Typen 3 und 4 Planungen unter „turbulenten Umfeldentwicklungen“ (nicht-lineare Typen) zu betrachten sind.⁹⁵⁸

⁹⁵⁶ Jessen, J.; Reuter, W. (2006): Lernende Praxis – Erfahrung als Ressource – planungstheoretische Konsequenzen, in: Selle, K. Zalas, L.; Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, S. 42-56. Die hier aufgeführten vier Dimensionen von Erfahrungen sind: Fachwissen, Normen/Leitziele, Innovationen, politischer Prozess (S. 47-53).

⁹⁵⁷ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I. (Hrsg.): Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 13-35. Zur Typologie: Siehe S. 18-21. Die hier auf die strategische Szenarioplanung bezogene Typologie wird auf die historischen Fälle strategischer Planung in der vorliegenden Arbeit adaptiert. Die methodologischen Ähnlichkeiten von Szenario- und strategischer Planung sind evident. Vgl. dazu auch: Altröck, U. (2004): Anzeichen für eine Renaissance der strategischen Planung?, in: Altröck, U.; Günter, S.; Hünig, S.; Peters, D./Hrsg.: Perspektiven der Planungstheorie, Berlin, S. 221-238.

⁹⁵⁸ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I. (Hrsg.): Szenarioplanung in Städten und Regionen,

Bei Typ 1 handelt es sich um einen rational-formalen sowie analytisch-prognostischen Handlungstyp. In Typ 2 steht der systematisch angelegte Prozess der Kommunikation und politischen Entscheidung im Zentrum. Diese beiden Typen wären demnach einem linearen Verständnis von Planung zuzuordnen, obgleich dies sicher zu grob beurteilt sein mag. Sie treffen für die typologische Zuordnung der untersuchten Beispiele weniger zu.

Anders hingegen verhält es sich mit den Handlungstypen, die sich in einem turbulenten Umfeld zu entfalten haben. Hier wird bei dem „Refreshment“-Typ (3) ein „klassisches Organisationsproblem“ angesprochen: „Die Welt verändert sich und die Organisation bleibt gleich...“⁹⁵⁹. Dieser Typ trifft für die beiden untersuchten Fälle eigentlich nicht zu, da sich im Zuge der rasanten Änderungen des gesellschaftlichen Umfeldes (der Welt) auch die meisten institutionellen Grundlagen änderten, wenngleich zeitversetzt und nicht bruchlos.

Der Typ „Enactment“ (4) zeichnet sich durch einen überwiegend geringen Grad an Organisationsstruktur und Sicherheit aus, bei gleichzeitigem Vorhandensein turbulenter Rahmenbedingungen, also Zustände großer Ungewissheit und Handlungsoffenheit. Dieser Typ wird als „achtsamer Prozess des kollektiven Handelns und Problemlösens“ definiert.⁹⁶⁰ Da für die räumliche Planung in Mitteldeutschland eigentlich erst nach 2000 der „Normalzustand“ von Regionalplanung eintrat, können die 1990er Jahre als ein Zustand von Handlungsoffenheit bzw. Ungewissheit angesehen werden. Es hatte sich eine geteilte Situation in Deutschland herausgebildet: In den neuen Bundesländern

Dresden, S. 13-35, insbes. S. 17-18. Die Zusammenfassung der beiden Typengruppen in „linear“ und „nicht-linear“ wurde vom Verfasser vorgenommen.

⁹⁵⁹ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 19

⁹⁶⁰ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 20

entstand ab 1990 erst eine Organisationsstruktur, die zunächst kaum auf die rasanten Veränderungen angepasst werden konnte, also faktisch parallel zu den virulenten gesellschaftlichen Prozessen agierte. In diesem Umfeld bildete sich das Projekt „Industriellen Gartenreich“ heraus. Dieser Zustand ist prinzipiell vergleichbar mit der Lage in den 1920er Jahren – bezogen auf die Landesplanung.

Aber nicht nur dies zeichnet diesen Typ an Planung aus. Vielmehr handelt es sich um eine „wirklichkeitskonstruierende Gestaltung des Raumes“⁹⁶¹, wofür beide betrachteten Fälle explizit stehen. Dieser Planungstyp beinhaltet pro-aktives Auseinandersetzen mit kommenden, möglichen Entwicklungen, die sich insbesondere aus Umbrüchen ableiten. Planung wird hier zum gestaltenden (i.w.S.) Lernprozess, der einen Grad an Kommunikation beinhaltet, sensibel auf Störungen reagiert und offen für externe Impulse ist.⁹⁶² Gerade die Fähigkeit, Brücken zu bauen, Grenzen zu überwinden, Störungen mit „Störungen“ (z. B. künstlerischen Interventionen) zu begegnen und dabei behutsam und dialogisch vorzugehen, zeichnet eine solche Planung aus. Insofern wird Planung „Spiel“ im nicht trivialen Sinne. Diese Kriterien erfüllen die gewählten Beispiele. Sie gehen also über den Charakter von Anpassungsstrategien (Adaption) hinaus und fungieren als lindernde Bewältigungsstrategien (Mitigation).⁹⁶³

Die Achtsamkeit bedeutet, in engen Rückkopplungen vorzugehen. Insofern wird Konstruktion von Wirklichkeit mit Reflexion, insbesondere auch mit historischer und globaler Abwägung verknüpft. In diesem „Raum“ bewegt sich das Planungsdenken bei der Konstruktion von Wirklichkeit – nicht als simple Projektion von Ideen, sondern als schöpferischer Prozess demokratischer Teilhabe und fachlich

⁹⁶¹ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 24

⁹⁶² Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 24

⁹⁶³ Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold, S. 19

verantwortungsvollen Handelns. Das Spektrum der Ausdeutungen dabei ist breit gefächert. So eröffneten sich jeweils konzeptionelle Handlungsmöglichkeiten im Sinne von strategischen Rahmensetzungen bis „Irritationen“⁹⁶⁴, wie sie eben das Bauhaus Dessau mit dem „Industriellen Gartenreich“ oder die entstehende Landesplanung in Mitteldeutschland mit ihrem Vorgehen ab 1925 auslösen konnten (zumindest für den jeweils betrachteten Zeitraum). An den Relationen von Plan und Projekt lassen sich die *Spiel-Räume* erkennen, die sich unter den jeweiligen Bedingungen eröffneten. Zugleich legen Pläne und Projekte Zeugnis ab, wie diese *Spiel-Räume* genutzt werden konnten.

Das Planungsverständnis, welches auf das „achtsame Handeln“⁹⁶⁵ zielt, bedeutet, die jeweils herrschenden Konstellationen für planerisches Handeln in Bezug auf die Notwendigkeiten, *Spiel-Räume* zu erschließen, zu analysieren bzw. abzuschätzen. Umbruchsituationen sind natürlich stets anders und nicht bestimmbar in ihrem Verlauf. Sie erfordern aber, so die Erkenntnis aus dem hier betrachteten historischen Material, stabilisierende und kreative Institutionen gleichermaßen und gleichberechtigt.

Rückkopplungen und achtsames Vorgehen bei der Planung in nicht-linearen Systemen, die gerade in virulenten Zeiten noch unbestimmbarer erscheinen, sind entscheidende Merkmale einer „Konstruktion“ von Wirklichkeit, die lineares Denken überwindet. Beide Kennzeichen sind im Kern die Implikation von Widerstandskraft gegen Beeinträchtigungen oder gar Zerstörungen durch äußere Einwirkungen. Eine darauf fußende Stärke der Planung, getragen von kooperativem und reflektiertem Handeln, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Geplanten.

⁹⁶⁴ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 20

⁹⁶⁵ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I. (Hrsg.): Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 20

Damit scheint sich die Dichotomie von linearem (rational-analytischem) und nicht-linearem (emergent-adaptivem) Planungstyp⁹⁶⁶ nicht nur in einer Balancesuche oder gar der fatalistischen „Unplanbarkeit“ zu erschöpfen.⁹⁶⁷ Vielmehr, so könnte aus den vorliegenden Untersuchungen abgeleitet werden, erfordert strategische Planung nicht schlechthin das „simultane Management linearer und adaptiver Prozesse“⁹⁶⁸, sondern braucht eine Verknüpfung der beiden nicht-linearen Planungstypen eines ‚achtsamen Handelns‘ mit ‚produktiver Störung‘, also der Verbindung der sich auf Nicht-Linearität beziehenden Typen drei und vier des oben skizzierten Modells.⁹⁶⁹ Beides verknüpft sich in der Projektentwicklung von „Ferropolis“. Der Landesplanung der 1920er Jahre kommt, wie sie hier umrissen wurde, die Funktion eines historischen Denkraumes für das Erschließen der Verknüpfung dieser Planungstypen zu.

In dem Projekt „Industrielles Gartenreich“ und auch der Landesplanung der 1920er Jahre wurde immer wieder auf die Bedeutung von historisch reflektierter Erfahrung als notwendiges Basiselement von adaptiver Planung verwiesen. Es kann sogar behauptet werden, dass die Erfahrung von Planerinnen und Planern der Gleichrichter nicht nur zwischen systematisch-rationalem und emergent-adaptivem Vorgehen ist, sondern vielmehr der notwendige Katalysator für eine fallgerechte, ausgewogene Verknüpfung von ‚achtsamem Handeln‘ und ‚produktiver Störung‘. Sie überbrückt auch Defizite, die aus unzureichenden methodischen und theoretischen Grundlagen

⁹⁶⁶ Vgl. Wiechmann in der Einleitung dieser Arbeit.

⁹⁶⁷ Wiechmann, T. (2005): Die Planung des Unplanbaren?, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 45

⁹⁶⁸ Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund, S. 254

⁹⁶⁹ Glaser, H. (1993): Fragen zur Zukunft der Moderne, in: Deutscher Werkbund/Hrsg.: Perspektiven 1 Beiträge zur Zukunft der Moderne Stadt und Region, Frankfurt/M., S. 8-9, insbes. S. 8. Der Autor argumentiert in die gleiche Richtung zielend, wenn er die „Empathie“ zu einem „Schlüsselbegriff zur Gestaltung einer humanen Zukunft“ erhebt. Achtsamkeit und Einfühlungsvermögen sind nicht identische Begriffe, deuten aber vergleichbare Orientierungen an, die das Linearitätsverständnis einer technischen Moderne überwindet.

in diesem Feld bestehen.⁹⁷⁰ Das ist aber noch keine hinreichende Antwort auf die grundlegende Offenheit der Frage nach Planbarkeit unter wissentlich nicht erkennbaren Zuständen (siehe Eingangszitat in diesem Kapitel von Beck). Erfahrung fungiert hier lediglich als Behelf. Auch führt ein „Irrtumsvorbehalt“ nur bedingt weiter. Danach steht in der Diskussion eine sog. „dritte Antwort“ auf die Frage nach der „Rationalität planenden Handelns“ unter einem „prinzipiellen Irrtumsvorbehalt“.⁹⁷¹ So wäre, nach Jessen, „Atomtechnik ... nach dem Kriterium des prinzipiellen Irrtumsvorbehalts irrational: sie ist nicht revidierbar, also nicht fehlerfreundlich“.⁹⁷² Dies geht zwar über die Dimension des in der vorliegenden Arbeit betrachteten Gegenstandes hinaus, dennoch: Mit einer Feststellung, dass dies nun einmal das Geschäft der Planung sei, nämlich die „Quadratur des Kreises“⁹⁷³, kann sich die Debatte um die Zukunft der räumlichen Planung nicht begnügen.

Welche *Spiel-Räume* sich für Lösung der „Quadratur des Kreises“ jeweils eröffnen, ist im spannungsreichen Wechselverhältnis von „Achtsamkeit“ und „Störung“ auszuloten. „Man kann in diesem Zusammenhang fragen, ob die Gefühlssemantik nicht Ausdruck von schon bemerkten aber noch nicht akzeptierten Diskrepanzen der Industriegesellschaft ist, mit der merkwürdigen Konsequenz, dass man (im Bauhaus?) glaubt, darauf durch absichtsvolle Beeinflussung der Beobachtungen

⁹⁷⁰ Jessen und Reuter erörtern dies unter dem Begriff „lernende Praxis/Erfahrung als Ressource“. Damit erklären sie die individuelle/kollektive Erfahrung als immanenten Bestandteil von (wissenschaftlichem) Planungswissen bzw. als notwendigem Bestandteil von Planungstheorie. Jessen, J.; Reuter, W. (2006): Lernende Praxis – Erfahrung als Ressource – planungstheoretische Konsequenzen, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, S. 45-46.

⁹⁷¹ Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, (Bd. 1), S. 204. Die sog. „erste“ Antwort in der Rationalitätsfrage wurde nach Siebel im „Gott-Vater-Modell“, die „zweite“ im „Inkrementalismus“ und die „dritte“ eben im „Irrtumsvorbehalt“ gefunden (S. 202-204).

⁹⁷² Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, (Bd. 1), S. 204

⁹⁷³ Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, (Bd. 1), S. 209

(also wiederum technisch) reagieren zu können.“⁹⁷⁴ Vielmehr ginge es bei der „Planbarkeit“ darum, wie Luhmann an gleicher Stelle vermerkt, „Freiheit für andere Beobachtungen“ zu ermöglichen. Dafür bedarf es übergreifender Denkraum, wie das mit dem historisch-kritischen Verankern von zukunftsgerichteter Planung im „Industriellen Gartenreich“ oder der Suche nach einer Einbindung in eine übergeordnete Rationalität von Naturzusammenhängen (Ressourcenbegrenzung) bei der Landesplanung der 1920er Jahre (ansatzweise) der Fall war.

Ein verbindendes Element in diesem Verständnis der Planung ist der Bezug auf den übergeordneten Strukturwandel der industriell geprägten Gesellschaft nach der Leitvorstellung der Dezentralisierung – vor 80 Jahren noch als Antizipation eines kommenden Prozesses, vor 20 Jahren als Agieren in einem gerade herein gebrochenen räumlich-gesellschaftlichen Wandel. Heute zeichnet sich eine neue Dimension eines langanhaltenden, widersprüchlichen Umbauvorganges ab, der alle Lebenssphären betrifft und der für die Raumplanung bedeutet, so Blotevogel, dass sie „mit einem deutlich erweiterten Spektrum ihrer Handlungsformen“⁹⁷⁵ agieren muss.⁹⁷⁶

Die Landesplanung der 1920er Jahre in Mitteldeutschland zeichnete sich durch ein optimierendes, breit kommunikatives und dennoch auf wesentliche, langfristig ausgerichtete Ziele der Entwicklung angelegtes Vorgehen aus. Jenes nicht-lineare

⁹⁷⁴ In einem Brief vom 18. 03. 1992 schrieb Niklas Luhmann zu einer Diplomarbeit, die an der Universität Bielefeld zum Thema „Industrielles Gartenreich“ (Marie Bolle) verfasst wurde, diesen Kommentar. Der kritische Verweis von Luhmann auf das „Bauhaus“ ging in dem Schreiben davon aus, dass sich das neue Bauhaus in der gleichen technisch-linearen Denktradition des historischen Bauhauses wähnt, was ja in der Idee und Praxis des „Industriellen Gartenreiches“ nicht angelegt war, aber zu diesem Zeitpunkt durchaus noch nicht umfassend explizit kommuniziert worden war. Brief im Archiv Kegler.

⁹⁷⁵ Blotevogel, H. (2011): Historische Längsschnitthemen im bewertenden Rückblick, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 186-189, insbes. S. 189

⁹⁷⁶ Vgl. Kunstler, J. H. (2005): The Long Emergency, New York. Hier wird, wie im Untertitel formuliert, dieser langanhaltende Umbau für die USA ausdifferenziert: „Surviving the End of Oil, Climate Change, and Other Converging Catastrophes of the Twenty-First Century.“

Optimieren, unter Einschluss von externem Wissen (siehe im Kartenband die Analyse), und dem Konzentrieren auf Kernelemente stabiler, langfristiger Raumentwicklung („Plan 23“ mit Grün- und Auensystem, dezentraler Siedlungsentwicklung, Massenverkehrskorridoren und wirtschaftlichen Schwerpunkten) weist durchaus Bezüge auf zu dem (einer langfristig angelegten kulturellen Umbaustrategie folgenden) patchworkartigen, ebenfalls kommunikativen, aber stärker historisch reflektierenden Vorgehen („konstruktiv-störender“) Projektarbeit des „Industriellen Gartenreiches“. Beide in der vorliegenden Arbeit betrachtete Planungen loten somit die im Typ 4 angelegten Charakteristika aus.

In ihnen widerspiegeln sich die als Nuancen bezeichneten Charakteristika nicht-linearer Planung: 1. *Grenzen überwinden – Kooperationen entfalten*; 2. *Internationaler Austausch – Diffusion von Erkenntnissen*; 3. *Fach-politische Kultur – ohne Vorbehalte*; 4. *Neue Akteure in der Planung – Beteiligungen und Gender-Ansätze*; 5. *Netzwerkstrukturen und Diskurse – der Planungsalltag (als Testfeld)*; 6. *Rückkopplungen – Planung zwischen Theorie und Praxis*.⁹⁷⁷

Es scheint sich dabei also um zwei Seiten einer Medaille der Annäherung an nicht-lineare Planung zu handeln, wenn sie nicht 80 Jahre auseinander liegen würden. So könnte der neue *Spiel-Raum* für eine sich heutigen Umbrüchen anpassende räumliche Planung stärker in dem „Zwischenraum“ der beiden Typen 3 und 4 gesehen werden, also weniger zwischen „Rationalisten“ und „Adapten“. Das Ausloten des Spannungsverhältnisses von ‚achtsamem Handeln‘ und ‚produktiver Störung‘ ist, wie an den historischen Fällen erkennbar wird, ein permanenter Vorgang in der Planung, womit sich die Frage nach dem Zeitpunkt bzw. Anwendungsfall der einen oder der anderen Vorgehensweise relativieren wird. Wichtiger erscheint hingegen, dieses duale Vorgehen zu institutionalisieren und in den gesellschaftlichen Alltag von kommunaler/regionaler Planung innerhalb von demokratischen Verfasstheiten und im

⁹⁷⁷ Siehe Kapitel 6

konzeptionellen Kernbestand der Planungsdisziplin zu verankern. Beide historischen Fälle haben hierfür Anregungen parat.

Darin liegen, abschließend erörtert, drei, den kognitiven Bestand der räumlichen Planung aus disziplinärer Perspektive betreffende Momente verborgen:

A. Stimmt das wissenschaftshistorische Modell von Kuhn uneingeschränkt, nach dem einem Paradigma im „Kampf“ der jeweiligen wissenschaftlichen Communities ein neues folgt, und sich so die Wissenschaft und ihr kognitives Gebäude fortbewegt? Offenbar haben wir es bei der räumlichen Planung mit einem langanhaltenden Paradigma (Dezentralisierung) zu tun, das von personellen Fachgruppen unterschiedlicher Zugehörigkeiten getragen wurde, wobei die „Idee“ weiter lebte.⁹⁷⁸ D. h., das Paradigma wurde den Veränderungen angepasst, ohne dass es grundlegend abgelöst wurde, wenngleich seine Träger und die planerische Anwendung durchaus grundlegend wechselten.

B. Wenn die paradigmatische Vorstellung einer dezentralen räumlichen Entwicklung als planerische Grundlage für die wachsende Industriegesellschaft Gültigkeit erlangt hat und es so aussieht, dass diese Vorstellung, neu gedacht, auch für den grundlegenden Umbau dieser industriellen Gesellschaft fungieren könnte, zeigt sich ein Paradoxon in der (Planungs)Wissenschaftsgeschichte: Das prinzipiell gleich gebliebene Paradigma (Dezentralisierung) kann für entgegen gesetzt gerichtete Planungsaufgaben dienen oder leitend wirken – für das Auffangen und Kanalisieren von Stadtwachstum, aber auch für den Umbau postindustrieller Regionen, die durch Schrumpfung gekennzeichnet sind. Das Paradigma der Dezentralisierung stand aber auch Pate für das Entstehen des Sprawl (was sich ja in den 1920er Jahren bereits

⁹⁷⁸ Vgl. dazu die Diskussion um die Theorie von Thomas S. Kuhn über die wissenschaftliche Revolution, wie sie von Popper Ende der 1980er Jahre geführt wurde: „Der Kampf ums Dasein – ein Kampf der Theorien“. In: Popper, K. R.; Lorenz, K. (1985): Die Zukunft ist offen, München, S.60-61

andeutete). Nun kann es, so die Vermutung, auch in umgekehrter Richtung zum Umbau bzw. Strukturwandel des Sprawl, einer totalen Dezentralisierung, erneut als Leitvorstellung dienen. Dies scheint ein verblüffendes, wissenschaftshistorisches Ereignis zu sein.⁹⁷⁹

C. Dezentralisierung ist ein starkes planerisches Raum-Modell. Wenn der Umbau der industriell geprägten Gesellschaft in erheblichem Maße untergenutzte/zwischenbenutzte Räume, Brachen, monofunktionale/dysfunktionale Infrastruktursysteme oder gestörte Ökosysteme hinterlässt (siehe Ausgangssituation für „Ferropolis/Industrielles Gartenreich“ oder, wie bereits vor 80 Jahren gesehen, das „Geiseltal“), dann entstehen neue, konkrete *Spiel-Räume*. Sie sind „Randerscheinungen“ oder eben neue *Spiel-Räume* an Rändern von Siedlungsbereichen unterschiedlicher Art (vom Zentrum über Gewerbe- und Infrastrukturen bis zum Dorf reichend). Aber nicht nur die räumliche Orientierung der Planung steht auf dem „Spiel“. Es geht sowohl um ein neues Orientieren von Entwicklung (ob wachsend oder schrumpfend) als auch um das Finden von „Kapazitäten von Systemen, die in der Lage sind, Störungen zu absorbieren und es dabei vermögen, ihre Basisfunktionen und Strukturen aufrecht zu erhalten“.⁹⁸⁰ Derartige Kapazitäten konnten im Falle von „Ferropolis“ vermutet werden – noch ist die Lebenszeit dieses Projektes zu kurz, als dass derartige Qualitäten verifiziert werden könnten. Andererseits war es möglich, diese auch in der strategischen Planung („Plan 23“) von 1932 auszumachen. Damit könnte aber ein neues Kapitel aufgeschlagen werden: die „Resiliente Stadt-Region“.

⁹⁷⁹ Johnson, E. W. (2001): Chicago Metropolis 2020, Chicago, S. 141-144. Hier wird ein Modell dezentraler Konzentration für die langfristige Transformation des Sprawl um Chicago beschrieben, was im Grunde im „Plan 23“ des Mitteldeutschen Landesplanungsverbandes formuliert worden ist.

⁹⁸⁰ Newman, P.; Beatley, T.; Boyer, H. (2009): Resilient Cities, Washington, Covelo, London, S. 6

10.3 Fazit und Diskussion:

Zur Geschichte nicht-linearer Landesplanung der 1920er und 1990er Jahre

1. Die Landes-Planungskultur der 1920er Jahre in Mitteldeutschland offenbarte ein erstaunliches, heute nur teilweise erschlossenes Konvolut. Dieses reichte vom theoretischen Gehalt über die institutionellen Netzwerke, die Kooperationskultur, die planerischen Resultate in Gestalt bis hin zum heute inhaltlich wie ästhetisch überzeugenden Planwerk und erstreckte sich bis zu einem geradezu faszinierenden Denkhorizont, der planerische Ideen auf über 70 Jahre im Voraus auslegte. Mit diesem institutionalisierten Planungsgut setzte die Landesplanung in der Dekade nach dem 1. Weltkrieg einen bis heute gültigen Maßstab. Allein dieser Umstand rechtfertigt das Gebot einer umfassenden Rezeption der planungskulturellen Hinterlassenschaften jener Jahre. Es ist aber nicht nur das umfängliche, bis heute nur ansatzweise erschlossene Werk der Landesplanung jener Dekade, welches eine Hinwendung zu diesem Kapitel der Planungsgeschichte – wie sie in der vorliegenden Arbeit vorgenommen worden ist - geradezu notwendig erscheinen lässt. In jener kurzen Zeit entstand auch ein Planungsgebäude, in welchem eine enorme Fülle an theoretischen Äußerungen, Begriffen, Planungsstrategien und Planungen für konkrete Bereiche zu finden sind, deren Herkunft heute nur schemenhaft bekannt ist. So war z. B. die Geburtsstunde der Raumplanung/Raumordnung 1927 - und nicht erst später. All dies ist also Teil eines auf demokratischen Grundlagen der Gesellschaft entstandenen Kulturgutes.

2. Aber nicht nur das Entstehen des Grundarsenals der heutigen räumlichen Planung ist in dieser Epoche zu entdecken. Die Planungsüberlegungen gingen noch weit darüber hinaus. Hier wurden bereits Diskussionen geführt über Entwicklungsprozesse und deren planerische Vorbereitung, die erst am Ende des 20. Jahrhunderts Platz griffen, wie z. B. der Strukturwandel der Industrie, die ihre Ressourcenbasis vollständig ändern wird. Oder die Debatte um das für die industrielle Transformation des Landes angemessene Landschaftsbild, das letztlich etwas der heutigen Nachhaltigkeit Entsprechendes zum Ausdruck bringen müsste.

Überhaupt: Das Aufwerfen der Frage nach der schonenden Nutzung der regionalen Ressourcen für die Entwicklung der Regionen um 1930 – was heute mit der Nutzung endogener Potenziale umschrieben wird – wirft ein Licht auf die Denkhorizonte jener Persönlichkeiten. Planungen von der Endlichkeit einer Verfügbarkeit von Ressourcen aus zu denken, gehörte zu den vielleicht bemerkenswertesten Resultaten planerischer Diskussion Ende der 1920er Jahre. Diese Debatte griff sehr weit über jene euphorische Wachstumsgesellschaft hinaus und begann sich erst ab den 1970er Jahren langsam in der Öffentlichkeit zu verankern.

3. Die „Konstrukteure“ der Landesplanung in den 1920er Jahren gehörten in der Mehrheit einem eher gesellschaftlich konservativen Lager an. Sie waren aber zugleich Modernisierer. Ihr Verständnis von Moderne gründete sich auf einem Denken, das einerseits sehr weit gesteckt war und andererseits sich entlang der räumlichen Realitäten in Städten und Landschaften bewegte. Dabei standen für sie die Begrenzung des Raumes und der Ressourcen sowie der soziale Frieden – im Rahmen der gegebenen Gesellschaft - als Fixpunkte planerischer Tätigkeit mehr oder minder explizit fest. Darin unterschieden sie sich von den technologisch orientierten Modernisierern aus dem Lager der ästhetischen Moderne (z. B. dem Dessauer Bauhaus). Bezogen auf die Endlichkeit der Ressourcen (Begrenzung der Raumnutzung) standen die konservativen Modernisten auch im Gegensatz zur Ideologie der Nationalsozialisten, was für viele, trotz konservativer Einstellung, eine Karriere bei den Machthabern nach 1933 verhinderte. Mit der Einführung der Bezeichnung „konservative Moderne“ als kulturelle Zuordnung der Landesplanung wird in der vorliegenden Arbeit eine klare Nähe zur „klassischen Moderne“ – bei allen grundlegenden Unterschieden – konstatiert, und eine Absage an die These einer etwaigen Vorläuferschaft zur nationalsozialistischen Raumordnung erteilt. Dass nach 1933 Elemente, wie der Begriff „Raumordnung“ übernommen worden war, kann nicht als Beleg für eine direkte korrespondierende Beziehung angesehen werden. Es scheint viel ertragreicher zu sein, eine Debatte um Brücken zwischen konservativer und sog. klassischer Moderne zu entfalten, als sich nur auf Bezüge zum Nationalsozialismus zu versteifen, ohne einer notwendigen Kritik daran auszuweichen.

4. Das Paradigma der Landesplanung, die Dezentralisierung räumlicher Entwicklung, hat sich als eine Metaebene des Planungsdenkens erwiesen. Es ist auch über gegensätzliche Entwicklungstendenzen, politische Lager und epochale Umbrüche hinweg beständig geblieben und hat sich immer wieder als tauglicher Bezug erwiesen. Auf der darunter liegenden Ebene der konkreten Interpretation offenbarte sich ein breites, oft auch gegensätzliches Spektrum. Die Bandbreite reichte dabei vom endlosen Wachstum bis zur Wachstumsbegrenzung. Gerade hier zeigte sich die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Modell der Dezentralisierung: Dezentralisierung zur Stabilisierung der Region (des Landes) versus Dezentralisierung zur effizienten (grenzenlosen) Verwertung des Raumes. Darüber hinaus stellte sich die Frage, wie die Relation zwischen dem Kern und dem Hinterland zu gestalten sei. Es wurde – in beiden Modellen – von einer ganzheitlichen Betrachtung des Raumes ausgegangen, jedoch mit konträrer Orientierung. Die Teilung in „Stadt und Land“ trat zurück gegenüber einer vollständigen Auflösung im Sprawl (anglo-amerikanisches Modell) oder einem System unterschiedlicher Größen an Siedlungsorten, die das bestehende Siedlungsnetz weiter entwickelten (Modell der konservativen Moderne). Die klassische Moderne neigte eher zum amerikanischen Modell.

5. Die Geschichte gewann im Planungsverständnis eine neue Dimension. Es ging nicht um ein „auf die Geschichte berufen“, wenn strategische Aussagen formuliert wurden. Die theoretische Diskussion verlagerte sich auf eine abstrakte Ebene und formulierte ein „Schichtenmodell“ historischer „Ablagerungen“, die sich im Raum manifestieren und die von den planenden Personen integriert werden müssen. Damit war eine Auseinandersetzung um historische Werte, kulturelle Brücken zwischen Vorgefundenem (historischem Befund) und der Integration von Neuem entfacht worden. Dies zu verarbeiten und damit Geschichte zu einem Bestandteil von Zukunft werden zu lassen, offenbart eine sehr moderne Auffassung vom Umgang mit der Historie der Stadt und Region. Sie unterschied sich auch von der der klassischen Moderne, die radikal negierend mit dem Überlieferten umging. Sie unterschied sich aber auch von Heimattümelei, selbst wenn die konservative Moderne z. T. mit den Begrifflichkeiten des Heimatschutzes agierte. Eine im „Schichtenmodell“ angelegte

Planungsauffassung kann als Indiz für die Nicht-Linearität angesehen werden, treten doch die kulturhistorischen „Ablagerungen“ nicht als sorgfältig (linear) geordnete Layer auf, sondern als kulturell differenziert, z. T. widersprüchlich beladen und fragmentiert. Erst die Auseinandersetzung, Interpretation und Deutung eröffnet Möglichkeiten, aktuelle Planungen in den geschichtlichen Kontext zu fügen.

6. In dem strategischen „Plan 23“ manifestierte sich der Ideengehalt der Landesplanung Ende der 1920er Jahre. Nicht nur, dass dieser Plan bis heute Anregungen parat hält, was als ein Nebeneffekt der erstmaligen Aufarbeitung eines Planwerkes aus dem Fundus der Landesplanung jener Zeit darstellt. Er kann auch als Prototyp für ein nicht-lineares Planungsverständnis gewertet werden. Zwar gründete er sich auf eine breit angelegte Analyse der räumlichen, sozialen, wirtschaftlichen u. a. Gegebenheiten; doch wurde mit dem Flächennutzungsplan („Plan 23“) keine positivistische Ableitung aus diesen Analysen getroffen. Vielmehr erscheint dieser Plan als ein Ergebnis der vielfältigen Interaktion mit den regionalen Akteuren und zugleich als eine strategische Setzung von Grundlinien zukünftiger, stabiler Entwicklung, die *Spiel-Räume* ermöglicht, zugleich aber auch Grenzen formuliert. Nicht nur das Setzen von Flächen- bzw. Raumfunktionen, sondern auch das Integrieren von dynamischen Raumbeziehungen macht diesen Plan lesenswert und interpretierbar. Als länderübergreifender, langfristig orientierter Rahmenplan (nach heutiger Lesart) besitzt er eine planungswissenschaftliche und ästhetische Qualität, die weit mehr ist, als ein Vorläufer heutiger Planungen. Er geht zudem deutlich weiter als die später entstandene Konzeption der Zentralen Orte. Der „Plan 23“ kann als eine „Geburtsurkunde“ der Strategischen Planung auf stadtreionaler Ebene angesehen werden.

7. Die hohe kommunikative Dichte bildete eine der entscheidenden Voraussetzungen für die schnelle Entfaltung der Landesplanung als eigenständiges Tätigkeitsfeld, aber auch zur Reifung einer Planungskultur, die deutlich nicht-lineare Züge trug, also sehr modern – im heutigen Sinne – war. Diese Kommunikation basierte vor allem auf zahlreichen, mit der Praxis verbundenen Formen des

Austausches, der Präsentation oder der Distribution von Wissen und Erfahrungen der Planung. Eine Vielzahl an jährlichen Konferenzen, Siedlungswochen oder Ausstellungen, aber auch die Gründung von Vereinigungen und Netzwerken, von Planungsorganisationen (vor allem den nicht-staatlichen) bereitete den Boden für die disziplinäre Entwicklung, und das innerhalb von weniger als 10 Jahren. Dabei traten einige wenige Zentren in den Vordergrund, die als Innovationspole fungierten und von denen ausgehend sich das Planungswissen verbreitete. Berlin und das Ruhrgebiet waren die beiden Vorreiter, bevor sie dann vom mitteldeutschen Raum ab 1925 mehr als nur ergänzt wurden. Im Laufe der 1920er Jahre kamen dann weitere Zentren hinzu, so in Thüringen, aber auch in anderen, von der industriellen Entwicklung erfassten Gebieten Deutschlands – fast die Hälfte des Staatsgebietes wurde auf diese Weise planerisch bearbeitet. In Mitteldeutschland konzentrierte sich die umfassendste Landesplanung, die einzige, die grenzüberschreitend wirkte und die zudem unmittelbar auf die Entstehung der Landesplanung in benachbarten Gebieten (Thüringen, später dann auch Brandenburg) ausstrahlte. Sie selbst war nicht-hierarchisch organisiert und praktizierte – in Anfängen – ein demokratisches Prinzip, das erst mit dem Beginn der 1960er Jahre sich durchzusetzen begann: das Gegenstromprinzip.

8. Für eine solche disziplinäre Entfaltung bedurfte es einer kommunikativen und kooperativen Kultur, die zugleich auch den nicht-linearen Charakter des Entstehungsprozesses wie auch des inhaltlichen Ausreifens der Landesplanung formierte. Konstituierend wirkten mehrere Kriterien, die sich als systembildend für die Landesplanung in Mitteldeutschland heraus stellten: Das Überwinden von Grenzen, bei gleichzeitigem Aufbau von Kooperationsstrukturen und Netzwerken - auch über fachliche Gegensätze hinweg - bedeutete nachhaltige Wirkung. Dazu zählten das Überwinden von Grenzen zwischen Ländern, zwischen Disziplinen und Ressorts, gepaart mit dem Aufbau von Kooperationen, insbesondere zwischen den Landesplanungsverbänden ab Ende der 1920er Jahre. Essentiell waren die internationalen Kontakte, der Austausch von Erfahrungen und letztlich die Diffusion von Erkenntnissen innerhalb Europas, vor allem aber auch transatlantisch. Ein bemerkenswerter Aspekt lag in der fach-politischen Offenheit gegenüber anderen

Positionen, die Kontroversen nicht ausschloss, und Anregungen zu integrieren versuchte. Das betraf die klassische Moderne (Corbusier) ebenso wie sozialistische Ideen. Eine wichtige, wenngleich noch marginale Rolle, spielte die Ausweitung des Personenkreises in der Kommunikation auf weibliche Fachpersonen. Neue Akteure setzten neue Akzente und brachten so z. B. die Frage der direkten Einbeziehung von Nutzern in die Planungen ins Gespräch (nicht nur deren Beobachtung, wie das durch den Arbeitswissenschaftler Taylor praktiziert worden war). Zum anderen gab es einen regen, dicht vernetzten Austausch mit der entstehenden Planungspraxis, nicht nur im Bereich der Verwaltungen, sondern auch mit der Wirtschaft und der akademischen Welt. Der Planungsalltag wurde zur Bezugsebene der sich entfaltenden Landesplanung – sie war keine akademische Disziplin, sondern entstand primär in der Auseinandersetzung mit der Realwelt, verbunden aber mit akademischen Personen. Letztlich war dies der Garant dafür, dass es zu permanenten fachlichen Rückkopplungen kommen konnte, die die Disziplin formte. In Mitteldeutschland wurden Akademiker der TH Berlin in die Ausarbeitung konkreter Planungen in den dezentralen Siedlungsausschüssen integriert, um Impulse zu setzen, aber zugleich auch die übergreifenden Debatten zur Landesplanung zu forcieren.

9. Die entstehende Landesplanung, insbesondere in Mitteldeutschland, stand in einem Widerspruch. Sie wollte den sich bietenden *Spiel-Raum*, der nach dem Weltkrieg entstanden war, nutzen, um die bereits vor 1914 diskutierte übergreifende Planung im Sinne einer Gesamtrationalisierung wirtschaftlicher, sozialer und städtebaulicher Handlungen der Gesellschaft vorzutreiben. Auf der anderen Seite griff schrittweise die Erkenntnis Bahn, dass dies in einem komplex angelegten, kommunikativen Prozess erfolgt und deswegen vielfältige, im heutigen Sinne, nicht-lineare Prozesse zu gestalten sind. Obgleich die Hoffnung auf ein alles regelndes Reichs-Städtebaugesetz permanent präsent war, wurden dennoch die Bemühungen zum Aufbau breit in der Planungsregion verankerte, nicht-hierarchische Strukturen voran getrieben. Mitteldeutschland war in dieser Planungskultur ein Vorreiter, was sich letztlich auch im Planungsatlas für den engeren Mitteldeutschen Raum (1932) niederschlug, dem einzigen umfassenden Planungsdokument der Landesplanung in

dieser Zeit (Ost-Thüringen folgte dem Beispiel 1932/33). Insofern wirkte das Fehlen staatlicher Regelungen fördernd für die Ausprägung kommunikativer Strukturen. Inwieweit sich dies auf die Umsetzbarkeit der Planungen negativ ausgewirkt hätte, kann nicht beurteilt werden, da mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten jedwede demokratische Komponente in der Landesplanung beseitigt wurde.

10. Nicht nur das in der Schwebe bleibende Reichs-Städtebau-Gesetz, das die Landesplanung ebenfalls geregelt hätte, öffnete *Spiel-Räume* für die Ausprägung des disziplinären Gehaltes. Auch die neue Konstellation der gesellschaftlichen Akteure nach dem Ende des Kaiserreiches ermöglichte prinzipiell eine Konstituierung der Planung auf übergreifender Ebene. Die bereits vor dem Weltkrieg versuchten Aufbaumaßnahmen einer überörtlichen Planung (Berlin bzw. Ruhrgebiet) konnten sich nun in neuer Weise entfalten. Diese Situation zu erkennen, entsprechende Netzwerke zu initiieren und dann die adäquaten Institutionalisierungen einzuleiten, dazu bedurfte es Persönlichkeiten, die derartige „Nuancen“ zu erkennen und die neuen gesellschaftlichen *Spiel-Räume* zu nutzen vermochten. Diese Personen rekrutierten sich im Wesentlichen aus dem Kreis derer, die bis etwa 1920 die Vollendung des disziplinären Aufbaus der Stadtplanung (Städtebau) in Deutschland getragen hatten. Sie waren Schüler jener Gründergeneration der Stadtplanung, die maßgeblich das Paradigma der Dezentralisierung geprägt hatte. Zudem waren die Initiatoren der Landesplanung international verbunden, zwar durch den 1. Weltkrieg behindert, aber nicht vollkommen isoliert. Dies war eine mit-entscheidende Ursache für die Entwicklung der Landesplanung in den 1920er Jahren. Diese Internationalisierung beförderte das Reifen der neuen Disziplin.

11. Das „Industrielle Gartenreich“ (IGR) entstand im unmittelbaren Vorfeld des gesellschaftlichen Umbruchs von 1990 und war dann als eines der wenigen Konzepte regionaler Entwicklung zu einem Zeitpunkt parat, da es ansonsten einen „planungsfreien Raum“ gab, der als gesellschaftlicher *Spiel-Raum* für die Entfaltung der Idee fungieren konnte. Der relative Spiel-Raum an der Institution Bauhaus in

Dessau (zu noch-DDR-Zeiten) selbst, die internationalen Kontakte (wenngleich auch nur einseitig) und die (noch vage) Vorstellung von einem grundlegenden Umbau der „vor der Haustür“ des Bauhauses gelegenen Altindustrie-Region um Bitterfeld-Dessau öffneten die Möglichkeiten für die Entwicklung einer strategischen Idee für eine solche regionale Transformation. Die Akteure am Bauhaus hatten diese gesellschaftliche „Nuance“ erkannt (ohne zu ahnen, wohin die Entwicklung nach 1990 wirklich gehen würde). Das Zusammenbrechen des Planungssystems der DDR und das Fehlen eines adäquaten neuen ermöglichte es, neue Wege zu beschreiten, *Spiel-Räume* zu nutzen, aber auch gestaltend zu wirken.

12. Diese Umbruchsituation schuf nicht nur *Spiel-Räume*, sie ließ kaum eine andere Wahl, als auf Nicht-Linearität in der Planung zu setzen, was zunächst unbewusst von den Akteuren wahrgenommen und dann zunehmend als Chance begriffen wurde, den demokratisch gewonnenen *Spiel-Raum* für die Entfaltung der Idee vom „Industriellen Gartenreich“ und der Institution Bauhaus zu nutzen. Insofern kann von einer gewissen Analogie zu den 1920er Jahren gesprochen werden, da bewusst eine Brücke zur Landesplanung der 1920er Jahre in Mitteldeutschland geschlagen wurde mit dem Ziel, Rückkopplungen zu einer demokratisch basierten Planung in Umbruchzeiten herzustellen.

13. Die entscheidenden Impulse für die Konstituierung dieses strategischen Projektes kamen aus zwei externen Quellen, der IBA Emscher Park und der Stadterneuerung Berlin/W. (ebenfalls aus einer IBA hervorgegangen). Dieses – im wahrsten Sinne des Wortes - Grenzen Überschreiten von 1989 und 1990 verlieh der Idee eine notwendige Kraft, ohne die es kaum möglich gewesen wäre, den sich öffnenden *Spiel-Raum* auch als solchen zu nutzen. Diese Einbeziehung strategischer Akteure verhalf dem Vorhaben nicht nur zum Durchbruch, es schuf auch wesentliche neue Kooperationsmöglichkeiten. Die gerade im Zuge der regionalen Großprojekte (IBA) akkumulierten Erkenntnisse konnten auf diese Weise in die Projektregion des „Industriellen Gartenreiches“ diffundieren. Dabei flossen auch fach-politische Momente in die Projektidee ein, die sich aus kritischen Positionen zum Umbau der

DDR nach der „Wende“ speisten, was nicht ohne Konflikte blieb. Vor allem aber war es die Konstruktion des kulturellen Gegensatzes, der der Projektidee des „Industriellen Gartenreiches“ innewohnte, welche die Debatten zwischen den Akteuren auf den unterschiedlichsten Ebenen auslösten - ein durchaus gewolltes, wenngleich auch nicht immer erträgliches Moment. Das damit verbundene schrittweise Aufbauen von Netzwerken zwischen akademischen Kreisen, planungspraktischen Akteuren, strategisch agierenden Institutionen verhalf dem Projekt letztlich zu seiner Realisierung. Eine Vielzahl von Veranstaltungen – wissenschaftliche Tagungen, Exkursionen, Veröffentlichungen, Kunstaktionen etc. – formierten einen Rückkopplungsraum, der die Projektidee allmählich ausreifen ließ. Zugleich erwuchs dabei ein Widerspruch, der das Projekt bis zuletzt prägte: der zwischen dem nicht-linearen Ansatz des „Industriellen Gartenreiches“ und dem linearen, aber gewollten Prozess einer Beteiligung an der EXPO 2000. Obgleich es ein Widerspruch war, gab es doch eine direkte Abhängigkeit. Ohne die EXPO 2000 wäre das Gesamtprojekt (und vor allem die wichtigen Einzelprojekte) nicht realisiert worden, und umgekehrt wäre die EXPO als politisches Projekt eines „Ablegers“ der IBA Emscher Park in den neuen Bundesländern nicht zustande gekommen. Die IBA war in dem Modell der regionalisierten Strukturpolitik verankert, wohingegen das „Industrielle Gartenreich“ als dezentraler *Spiel-Raum* prototypisch für eine Katharsis des Industriezeitalters fungierte. Damit war jenes Grenzfeld betreten worden, das planungstheoretisch jene entscheidende Relation zwischen rational-analytischem und emergent-adaptivem Vorgehen bei der Planung offenbarte. Dabei kann jedoch nicht von einer polaren Zuordnung gesprochen werden. Beide, IGR wie EXPO, trugen Elemente jener beiden, konträren Seiten der Planung.

14. Dieser Widerspruch fokussierte in dem Leitprojekt „Ferropolis“. Die Projektgeschichte offenbarte, dass sich hier beide planerischen Zugänge – nicht gleichgewichtig, aber letztlich balanciert – wieder finden. Das Projekt ist nicht als Ergebnis einer systematischen Analyse entstanden, sondern als spielerische Idee in einer Planungswerkstatt und durch Besichtigung der realen Resträume nach dem Ende des Bergbaus. Erst im Zuge der Ausformung der Idee kamen analytische und systematische Momente zur Entwicklung des Projektes hinzu (sonst wäre es nicht

umsetzbar gewesen). Damit eröffneten sich aber zugleich Widersprüche zwischen der reflektierenden, spielerischen Idee (und dem grundsätzlichen industriekritischen Ansatz) sowie der auf das finale EXPO-Produkt ausgerichtete Umsetzung, die auch noch wirtschaftlichen Kriterien standhalten musste. Damit verkörpert das Projekt und die Idee Ferropolis jene Antwort auf die Frage nach der Ausgestaltung der Relation von rational-analytischer und emergent-adaptiver Seite des Planungsdenkens. Dabei zeigt sich, dass sich das Ganze aber nicht in dieser Antwort erschöpft, sondern letztlich ein gebauter Beweis der Nicht-Linearität von Planung ist.

15. Geschichtliche Reflexion zur Landesplanung in der gewählten Region wurde zu einem tragenden Bestandteil der inhaltlichen Konstruktion des Industriellen Gartenreiches. Die bereits in den 1920er Jahren aufgeworfene Idee eines Schichtenmodells gewann konstituierende Bedeutung – allerdings nicht durch den Rückgriff auf die Idee der 1920er Jahre (dies wurde erst später entdeckt, verstärkte dann aber den gewählten Ansatz), sondern durch die Diskussionen wie sie im Zusammenhang mit der Berliner Stadterneuerung in den 1970er bzw. 1980er Jahren geführt worden waren. Die Bedeutung der beiden großen Schichten (das Dessau-Wörlitzer Gartenreich und die Industrielandschaft, zu der auch die ideelle Landschaft der Planung des Mitteldeutschen Landesplanungsverbandes zählt), die der Region ihr Gepräge gaben, wurden modellhaft in Beziehung gesetzt. Damit war ein historisch umrissener Interaktionsraum „geschaffen“ worden, aus dessen spannungsreicher Überlagerung neue Ideen und Umgangsweisen kreiert werden sollten, was letztlich, wenn auch fragmentarisch, gelang und sich bis heute fortsetzt. Dieser geschichtlich begründete Kontext konnte der Planung einen Rahmen geben, sie vor ziellosem Driften („Durchwursteln“) insofern bewahren, als sie mit dem Bezug zu konkreten Projekten dieses Spannungsverhältnis sicht- und erlebbar machen konnte. Dabei war die EXPO als Katalysator zur Umsetzung bedeutsam.

16. Das räumliche Konstrukt des Industriellen Gartenreiches wich per se von einer Auffassung linearer Planung ab. Ähnlich der, eine gewisse Vorbildwirkung verkörpernden Landesplanung aus den 1920er Jahren wurde kein Bezug für die

Planung gewählt, der nur administrativen Grenzen folgte. Diese Konstruktion einer Region diente nicht einmal der Schaffung einer vermarktungsfähigen Designer-Region. Sie war als Diskursraum angelegt, der übergreifende Themen transportieren (ein neues Verständnis von Arbeit oder Ressourcenschonung etc.) und eine Auseinandersetzung um die Gestaltung der post-industriellen Gesellschaft forcieren sollte. Damit war auch das Erstellen eines Gesamtplanwerks nicht das Ziel der planenden Tätigkeit. Dies wurde für Teilgebiete befördert oder selbst vorgenommen, um Projekte in den Kontext des weiteren Zusammenhangs zu setzen. Damit wurde das historische Gartenreich in der Industrielandschaft bzw. die Post-Industrielandschaft in diesem verortet und mit Projektideen, Aktionen und gebauten Objekten (z. T. temporären) verwirklicht. Planung verwob sich mit Kunst, wurde Kommunikation und bauliches Projekt. Damit konnte das „Industrielle Gartenreich“ eine linear verstandene Auffassung von Planung hinter sich lassen.

17. Eine solche Planung war jedoch auch der Gefahr ausgesetzt, Selbstzweck zu werden (z. B. als „EXPOnat“), ohne weitergehende Ansprüche zu thematisieren. Eine der zentralen Fragen, wie sie bereits in den 1920er Jahren angesprochen worden war und welche zum Gegenstand eines wissenschaftlichen Kolloquiums Anfang der 1990er Jahre wurde, betraf die des Umgangs mit den Ressourcen. Eine Region, die durch mehr als 100 Jahre industrielle Vernutzung gezeichnet war, musste sich diesem Thema stellen, wollte sie nicht nur euphemistisch erscheinen. Exemplarisch zu zeigen, dass Umbau mit Begrenzung des Verbrauchs, ja sogar Gewinn an Ressourcen einher gehen kann, wurde in Einzelprojekten (z. B. Piesteritzer Siedlung, Cranach-Haus Wittenberg, Ferropolis) vermittelt und im Alltag nachvollziehbar gestaltet. Zudem konnte mit den Projekten die jeweils damit verbundene, widersprüchliche Geschichte öffentlich kommuniziert werden. Damit wurde Nicht-Linearität nicht zum Selbstzweck, sondern zum essentiellen Mittel, um zentrale Themen praktisch zu behandeln.

18. Die disziplinäre Entwicklung insgesamt, wie auch die konkrete Ausprägung der Planungskulturen in den beiden hier betrachteten historischen Zeitfenstern, verlief in

diskontinuierlichen Zyklen, also in qualitativ/quantitativ unterscheidbaren unregelmäßigen Abfolgen. Zugleich traten Sprünge auf, wie sie z. B. im fast schlagartigen Ausbreiten der Landesplanung ab 1925 ablesbar waren. Ausgehend von Kriterien der Periodisierung von Entwicklungen disziplinärer Art, wie die institutionelle Ausprägung, die inhaltliche Manifestation der professionellen Tätigkeit, der personelle Besatz und die gesellschaftliche Etablierung, können, wie in den einzelnen Abschnitten zu sehen war, je drei bis vier Stufen unterschieden werden, bis zum Erreichen eines kognitiv-institutionellen Entwicklungsstandes, in welchem sich Resultate disziplinären Handelns zeigen (siehe: Merseburger Planungsatlas oder „Ferropolis“). Diese Mikroperioden aus den beiden Dekaden waren eingebettet in übergreifende Wandlungen bzw. Herausbildungen von Planungstypen und disziplinären Strukturen. Es können dabei prinzipiell drei Stadien unterschieden werden: das Initiieren des disziplinären Planungsdenken, dessen Konstituieren und schließlich die Konsolidierung von Wissen und Institutionen. Damit erreichte das Planungsdenken den Punkt seiner Ausfächerung und Transformation, um dann in neuer Weise und mit neuen qualitativen Eigenschaften aufzuwarten. Dies kann in den drei Perspektivwechseln der Landesplanung, d. h. 1912 als räumliche Horizonterweiterung, 1927 die grundlegende Ressourcenfrage aufwerfend und um 1990 der Übergang zur Nicht-Linearität, gefasst werden. Bei der Landesplanung in den 1920er Jahren handelte es sich um die Ausfächerung nach dem Abschluss der Herausbildung der Stadtplanung, wobei erste Spuren nicht-linearen Planens festgestellt werden können. Im Falle des „Industriellen Gartenreiches“ bestand dies im Übergang vom rationalen bzw. kommunikativen zu einem nicht-linearen Planungsdenken, in welchem die leitende Idee und das umgesetzte Projekt (baulich oder temporär) in ein Wechselspiel traten.

Damit gelang der Nachweis, dass das Planungsdenken nicht (nur) in einer Abfolge von qualitativ aufbauenden Schritten besteht, sondern selbst fragmentiert ist; Erkenntnisse im Planungsdenken tauchen auf, wandeln sich und treten später erneut in Erscheinung, wie dies mit der Landesplanung der 1920er Jahre geschah.

19. Nicht-Linearität in der Planung entsteht als bewusstes planerisches Vorgehen nicht in Institutionen, die Teil einer linear angelegten Planungsstruktur sind. In beiden Zeitabschnitten wirkten, wie exemplarisch herausgearbeitet werden konnte, besondere Institutionen, die noch nicht oder nicht mehr in linear angelegten Strukturen eingebunden waren: dazu zählten das Archiv für Siedlungswesen, das erste (privat betriebene) Forschungsinstitut für Landesplanung oder der Landesplanungsverband für das engere Mitteldeutsche Industriegebiet in den 1920er Jahren. Mit dem Bauhaus Dessau war in den 1990er Jahren eine solche Institution vorhanden, die bewusst *Spiel-Räume* für die Gestaltung von Strategien und Projekten nutzte. Dabei konnte auf die historische Institution Bauhaus als Werkstatt für Kunst, Gestaltung und Bildung Bezug genommen werden – eine besondere Situation, die für die Legitimierung des Projektes „Industrielles Gartenreich“ als Experiment sehr förderlich war. Mit dem Charakter der Institution als einer Werkstatt, in der ein neues Verständnis von Arbeit – zumindest ansatzweise – versucht worden war, entstand die Grundlage für das Erkunden einer nicht-linearen Planungspraxis, am Beispiel der für diese Zwecke „geschaffenen“ Region des „Industriellen Gartenreiches“.

20. Es konnte gezeigt werden, dass die in den beiden Dekaden entstandenen, *Spiel-Räume* für die Landesplanung Bedingung und Resultat zugleich waren. Die Interaktion von Akteuren, die diese Situation erkannten und nutzten, ließ Konturen einer modernen Landesplanung entstehen. Diese zeichnete sich durch ein Verständnis von Planung aus, das der „chaotischen“ Wirklichkeit räumlicher Entwicklung tendenziell adäquat war. Die beiden gewählten Planungsfälle im mitteldeutschen Raum belegen eine adaptive Annäherung an die Nicht-Linearität gesellschaftlicher Entwicklungen. Beide basierten nicht auf Untersuchungen, aus denen dann folgerichtig methodische und strategische Ableitungen getroffen worden waren. Jedoch fußten beide auf institutionellen und kognitiven Grundlagen, ohne die eine solche Reaktion der Akteure auf die gesellschaftlichen Umbrüche nicht möglich gewesen wäre. Beide Initiativen waren in den jeweiligen Dekaden temporäre Erscheinungen. Ohne sie unmittelbar zu vergleichen, zeigten sich in den beiden dargestellten Projekten Gemeinsamkeiten im Annähern an einen Typ überörtlicher

Planung: „Enactment“, also ein „achtsamer Prozess des kollektiven Handelns und Problemlösens“ und der daraus folgenden „wirklichkeitskonstruierende(n) Gestaltung des Raumes“.⁹⁸¹ Eine zeitgemäße, moderne Planung versteht sich hier als Teil von Selbstorganisation, also Nicht-Linearität in der gesellschaftlichen, naturbedingten Verräumlichung von Lebenstätigkeit des Menschen. Eine Dekomposition dieses Annäherungsprozesses verleiht, so der Zweck der vorliegenden Arbeit, emergent-adaptiven Planungen ein historisch begründetes, strategisches Gerüst. So kann zugleich ein Verständnis von Planung überwunden werden, das sich nur aus dem fallweisen Reagieren auf gesellschaftliche/naturbedingte Änderungen ableitet, und eine Planung befördert werden, die, disziplinäre Geschichte als Ressource begreifend, den Herausforderungen zukünftiger Entwicklungen durch bewusstes Gestalten von *Spiel-Räumen* begegnet.

⁹⁸¹ Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 20, 24

I. Planungsatlas Mitteldeutschland: Texte der Karten 1-39

II. Planungsatlas Mitteldeutschland: Karten und Pläne⁹⁸² (Abb. 1)

III. „Das Geiseltal in 70-80 Jahren“ (Abb. 2)

IV. Folge von Abbildungen zu Teil 1 und 2 (Abb. 3-12):

Bauhaus und Landesplanung (1927) – Bauhaus und Industrielles Gartenreich (1990)

Schema zur Landesplanung (1927) – Mitteldeutsche Zeitung „Recycling“ (1990)

„Wohnung, Gestaltung, Wirtschaft“ (1928) – Industrielles Gartenreich-2 (1999)

Merseburger Planungsatlas (1932) – Projektkarte Industrielles Gartenreich (1999)

Plan 23: „Gewerbe-, Wohn-, Grünflächen“ (1932) – „Ferropolis“ Stadt & Raum (2009)

V. Text zur Ergänzung des Teils 2:

Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur – Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs, in: DISP 115, S. 42-46

V.I Zu Ferropolis:

Eine Chronologie - Der Weg von Ferropolis 1995 bis 2011 in Stichworten

⁹⁸² Siehe Vergrößerungen der Originalpläne unter: www.dr-kegler.de - <http://www.regionalpark-mitteldeutschland.de/planungsgeschichte/> Die Abbildungen werden hier verkleinert als Block aufgeführt (Abb. 1).

Anhänge

I. Planungsatlas Mitteldeutschland: Texte der Karten 1-39

*1. Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk,
ihre Grundlagen, Aufgaben und Ergebnisse,
bearbeitet und herausgegeben von der Landesplanung Merseburg
Inhalt des Kartenbandes (Mitteldeutscher Planungsatlas 1932)⁹⁸³*

Texte der Karten/Pläne 1-39⁹⁸⁴

Karten 1 : 1.000.000 des gesamten mitteldeutschen Gebietes

1. Politische Gliederung von Mitteldeutschland

ohne Text

2. Landesplanungsbezirke in Mitteldeutschland

ohne Text

3. Topografische Übersicht von Mitteldeutschland

⁹⁸³ Alle Karten/Pläne sind im Original auch unter www.dr-kegler.de einsehbar. Für die Unterstützung bei der Transkription der Kartentexte sei Susanne Lang und Anna Hitthaler herzlich gedankt.

⁹⁸⁴ Kartengrundlagen 1929 bis 1931:

Planerstellung: Landesplanung Merseburg 1931, Veröffentlichung und Rechte 1932

Geogr.Anst.v.Wagner & Debes, Leipzig

Maßstab 1: 1.000.000 und Wirtschaftspläne

Hausdruckerei der Preussischen Geologischen Landesanstalt, Berlin karten 1: 1.000.000

Zusammendruck aus der Topogr. Übersichtskarte des Deutschen Reiches 1:200.000 mit dem Stand der auf den Grundplatten ausgeführten Berichtigungen und Nachträge.

Hergestellt vom Reichsamt für Landesaufnahme, Reichskartenstelle, Berlin 1929.

*Verkleinerung: Hergestellt in Photoalgraphie vom Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1931.
Maßstab 1: 5. 000*

C.G. Blackertz, Düsseldorf, Karten 1 : 200.000

F. Ullmann, Zwickau, Karte 21 und Wirtschaftsplan 39

Sächsischen Werke A.G., Dresden,

Topographische Grenzen: Das hier dargestellte mitteldeutsche Gebiet wird begrenzt im Südosten vom Lausitzer Gebirge und Erzgebirge, im Süden vom Fichtelgebirge und Frankenwald, im Südwesten vom Thüringer Wald oder der Wasserscheide zwischen Werra und Main, im Westen von der unteren Fulda und der Leine (Ostrand des Göttinger Grabens) und im Norden von der Norddeutschen Tiefebene, deren Grenze etwa von Hannover über die Alter- und Ohre-Niederung nach Magdeburg, von dort über den Fläming und den Muskauer Forst auf den Wasserscheiden zwischen dem Görlitz-Bremer und dem Glogau-Lausitzer Urstromtal verläuft. Als Ostgrenze kann der Neiße-Graben angenommen werden.

Landschaften (nach G. Braun, Greifswald): Das Tiefland reicht über den Fläming und die Niederung der Schwarzen Elster bis an die sächsische Bucht, die den Verkehrssammler Mitteldeutschlands darstellt. Im Nordwesten des Gebiets liegt der Harz, umgeben von dem nördlichen Harzvorland, dem östlichen Harzvorland und dem Eichsfeld im Südwesten. Die beiden letzteren Landschaften umgeben die Thüringer Senke zusammen mit dem Weserbergland, dem Thüringer- und dem Frankenwald und dem Vogtland. Weiter östlich folgen die Erzgebirgsplatte und das Elbsandsteingebirge. Daran schließt sich im Norden die Oberlausitz. Zum Tiefland rechnen die Niederlausitz, die Niederung zwischen Elbe und der Schwarzen Elster und der Fläming.

Höhenverhältnisse: Über 100 m Höhe erhebt sich das mitteldeutsche Hügelland südlich der Hannover-Braunschweigischen Bucht, der Aller-Ohre-Niederung und der Elbe-Niederung, nordöstlich der Elbe außerdem der Fläming mit der Oberlausitz und dem Südteil der Niederlausitz. Die für Mitteldeutschland besonders charakteristische 200m-Schwelle durchzieht die Oberlausitz, säumt die Südränder der Dresdener Bucht, der sächsischen Bucht und den Nordrand des Harzes. Südlich dieses Saumes liegen nur das Unstrutbecken mit der goldenen Aue tiefer als 200 m. Der Übergang vom Hügelland zum Mittelgebirge beginnt etwa an der 400 m-Schwelle, an deren Fuß die sächsischen Industriestädte Freiberg, Chemnitz, Zwickau und Plauen liegen.

Verkehr: Sämtliche Gebirge werden von zahlreichen Verkehrsstraßen unschwer überschritten. Der Eisenbahnpersonenverkehr überquert den Thüringer Wald und das Erzgebirge an den günstigsten Passstellen, während der Eisenbahngüterverkehr die Gebirgsschwellen am Durchbruch der Elbe durch das Elbsandsteingebirge, beiderseits des Fichtelgebirges und in der Senke zwischen Thüringer Wald und Harz umgeht. Der Wasserverkehr beschränkt sich auf das Einflussgebiet der Elbe. Die bevorzugten Verkehrspunkte sind durch größere Siedlungen gekennzeichnet.

4. Klimatische Verhältnisse von Mitteldeutschland

Die vorliegende Darstellung zeigt, welche Abweichungen von den mitteleuropäischen Temperaturverhältnissen in den einzelnen Teilen Mitteldeutschlands auftreten. Danach beträgt die Temperatur in fast ganz Mitteldeutschland gleichmäßig im Januar 0-1°, im Juli 18-19° und im Jahresmittel bis 9°. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich der Harz, das Eichsfeld und das ostelbische Tieflandgebiet, deren Temperaturen um ein Geringes tiefer liegen als im übrigen Mitteldeutschland.

Wärmeschwankungen: Über Königsberg-Leipzig und die Schweiz verläuft die Grenze zwischen dem westlich davon befindlichen Gebiet des Übergangsklimas zum

ozeanischen Klima mit absoluten Wärmeschwankungen von 15-20° C und dem östlich gelegenen Gebiet des gemäßigten Landklimas mit Wärmeschwankungen von 20-25°C. Mitteleuropa ist daher ein Übergangsgebiet zwischen dem Seeklima und dem Kontinentalklima mit milden Wintern und gemäßigter Sommerwärme.

Winde und Wetter: Die vorherrschenden Winde Mitteleuropas kommen im Januar aus SW, im Juli aus WNW, im Jahresdurchschnitt aus WSW. Die Windrosen der mitteldeutschen Städte zeigen, welchen örtlichen Veränderungen diese durchschnittlichen Windrichtungen in der Anpassung an die Oberflächengestaltung unterliegen. In der Umgebung des Harzes werden die Westwinde teilweise parallel zu den Harzrändern abgelenkt. Die Hauptwinde im Eichsfeld streichen von West nach Ost zwischen Harz und Thüringer Wald hindurch. Thüringer Wald und Frankenwald werden durch vorherrschend südwestl. Winde überquert, deren Richtung auch in der sächs. Bucht noch überwiegt und erst in der Niederlausitz in west-süd-westl. Richtung umbiegt. Auch im Erzgeb. ist infolge tägl. Temperatenausgleichs eine Verstärkung der senkrecht zum Kamm(hier also von SO nach NW) streichenden Winde zu beobachten. Neben diesen Grundrichtungen zeigen die Windrosen einzelner Städte besondere Abweichungen infolge örtlicher Bodengestaltungen wie z.B. Zittau, Dresden, Altenburg und einige Städte im Erzgebirge.

Niederschläge: Die jahresdurchschnittliche Regenmenge in der nordostdeutschen Tiefebene liegt zwischen 50 und 60 cm, in Westdeutschland und im mitteldeutschen Hügelland zwischen 60 und 70 cm; sie steigt auf den höchsten Erhebungen der Mittelgebirge bis über 140 cm. Das Gebiet der mittleren Unstrut, der unteren Saale, der Bode und der Elbe von der Saalemündung abwärts liegt im Regenschatten des Harzes; es ist ein besonders regenarmes Gebiet mit jährlichen Niederschlägen unter 50 cm.

5. Die Verbreitung der bedeutenderen Wasserschätze Mitteleuropas

Ohne Text, ausführliche Legende zur den Planzeichen

6. Die mitteldeutschen Flußgebiete

Die Niederschlagsgebiete der mitteldeutschen Vorfluter werden durch die okergelb dargestellten Wasserscheiden getrennt. Mitteleuropa gehört größtenteils zum Niederschlagsgebiet der Elbe. Die wichtigsten Nebenflüsse sind rechtsseitig: die Schwarze Elster und die Havel mit der Spree, linksseitig: die Mulde und die Saale mit der Weißen Elster, der Unstrut und der Bode. Der Verlauf der Wasserscheiden gibt in Ergänzung des Höhenreliefs und der Höhenkurven der topographischen Karte ein plastisches Bild der Oberflächengestaltung. Die Hauptpaßpunkte für die Überschreitung von Gebirgskämmen und von Niederungen liegen an Stellen, wo sich die größeren Vorfluter am stärksten den Hauptwasserscheiden nähern. In der Ebene folgen die Vorfluter dem west-nord-westlichen Verlauf der eiszeitlichen Urstromtäler, insbesondere dem Görlitz-Magdeburg-Bremer, dem Glogau-Baruther und Crossen-Berliner Urstromtal und den ost-nord.östlichen Querverbindungen dieser Urstromtäler. Die Wasserscheiden innerhalb dieser Urstromtäler werden von Kanälen

und Grabenverbindungen durchbrochen. Die gewöhnlichen (jahresdurchschnittlichen) und die geringsten Niedrigwassermengen von Elbe und Saale sind, soweit bekannt, eingetragen worden. Sie zeigen, dass die Wassermengen der Vorfluter im Regenschatten des Harzes (vergl. Karte 5: Klima) im Verhältnis zur Größe des Niederschlagsgebiets außerordentlich gering sind; daher können diese Vorfluter in regenarmen Perioden die Abwässer von Gewerbe, Bergbau und städtischen Kläranlagen nicht mehr einwandfrei abführen.

Schiffbar sind die größeren Flüsse und die sie verbindenden Kanäle in den Urtromtälern. / Ein Vergleich der Flussgebiete mit den Verwaltungsgrenzen zeigt deutlich, welche Gebiete durch Grenzziehung getrennt, jedoch wasserwirtschaftlich so eng verbunden sind, dass die gemeinschaftliche Behandlung wasserwirtschaftlicher Lebensfragen, wie Wasserversorgung, Abwässerbeseitigung, Wasserhygiene, Flutregelung u.a.m. mehr dringlicher werden wird

7. Die Waldverbreitung Mitteldeutschlands in Gegenwart und Vergangenheit

Innerhalb der violetten Grenze wird versucht, den landschaftlichen Zustand des Gebiets zu Beginn des Mittelalters (etwa um 500 n. Chr.) darzustellen. Ortsnamen und Flurnamen, die auf ehemaligen Wald deuten (z.B. -rode), geschichtliche Nachrichten, vorgeschichtliche Funde, bieten im Zusammenhang mit Boden und Klima die Mittel dazu. Bemerkenswert ist die große Ausdehnung zusammenhängender waldfreier oder waldarmer Siedlungsflächen, durch die sich Mitteldeutschland vor allen anderen Teilen Deutschlands auszeichnet. Ein zweites großes Gebiet uralter Siedelung inmitten von Böhmen fällt noch überwiegend in den Rahmen der Karte hinein. Die Gegenden außerhalb der violetten Grenze sind noch nicht genauer bearbeitet worden. Im Tiefland östlich der Elbe und Schwarzen Elster sind Wald und Sumpf als herrschend zu denken. Größere frühgeschichtliche Wohnflächen liegen vermutlich am Westende des Fläming (gegenüber von Magdeburg) im Teltow und Barnim (südlich und nördlich von Berlin) und in der Gegend von Frankfurt a.O. Der westliche Teil des von der Karte erfassten Raumes ist Waldland mit eingestreuten, kleinen Siedlungsflächen, die zwischen Hannover und Braunschweig etwas größeren Umfang erreichen.

8. Die landwirtschaftlichen Gebiete Mitteldeutschlands

Die landwirtschaftlichen Böden sind durch ihren geologischen Ursprung, durch das Klima, durch die bisherigen Einwirkungen der Vegetation (Pflanzenwuchs, Be- und Entwaldung) und durch die menschliche Kulturarbeit bedingt, wobei die verschiedene Zeitdauer der Einwirkung dieser einzelnen Faktoren verschieden starke Bodenveränderungen ergeben hat. Vorliegende Darstellung lehnt sich im wesentlichen an diese Abgrenzung der Bodenarten an. Die Gruppen der Gebiete 1-18 im nordostdeutschen Flachland führen ihre Bodenoberfläche größtenteils auf jüngere (1-7) und ältere (8-18) Vereisung zurück, wobei sich je nach der Höhenlage Geschiebelehm Böden, Sandböden und Flußau Böden vorfinden, während die Gebiete 19-24 zur lößbedeckten Zone der älteren Vereisung rechnen, von denen die Gebiete 21 und 22 teilweise fruchtbare Steppenböden aufweisen. Die

Hügellandgebiete 25-28 mit Lehm- und Verwitterungsböden bilden den Übergang zu den Gebirgsböden 29-33. Klimatisch sind die Gebiete der Steppenböden 21 und 22 im Regenschatten des Harzes durch geringere Winterniederschläge begünstigt. Bewaldet sind vornehmlich die wenig fruchtbaren Gebirgsböden und Sandböden.

Der geringe Boden des nordostdeutschen Flachlandes und seine schlechten Absatzverhältnisse begünstigen den landwirtschaftlichen Großbetrieb mit Viehzucht auf verhältnismäßig extensiver Grundlage. Die fruchtbaren Lößgebiete weisen von jeher eine dichte landwirtschaftliche Besiedlung auf. Eine Ausnahme hiervon bilden gewisse Teile der Magdeburger Börde und des hallischen Lehmbodenbezirks, in welchem die Entwicklung des Zuckerrübenbaues zusammen mit der sonstigen Industrieverbundenheit der Landwirtschaft eine Reihe von gutgeleiteten landwirtschaftlichen Großbetrieben entstehen ließ. Dabei mitgewirkt hat das für Saatzucht und Ackerbau besonders günstige Klima. Haupterzeugnisse dieser intensiven Landwirtschaft sind Zuckerrüben, Braugerste, Brotgetreide und Gemüse. Die Produktion ist auf den großen Nahrungsmittelbedarf der gewerblichen Bevölkerung des Gebiets eingestellt. Erhebliche Überschüsse über diesen Bedarf hinaus, besonders an Getreide und Handelsgewächsen, werden anderen deutschen Gebietsteilen zugeführt. In den Gebirgsgegenden herrscht der Kleinbetrieb vor; die ehemals blühende Erzgewinnung und das Hauptgewerbe haben hier einen großen Teil der Bevölkerung in Verbindung mit der Ernährungsreserve des Grund und Bodens erhalten.

In den Gebieten der fruchtbaren Lößzone, die ihre Bevölkerungsdichte und ihren wirtschaftlichen Aufschwung sowohl den Bodenschätzen wie der gewerblichen Verbundenheit der Landwirtschaft verdankt, treten starke Interessengegensätze in den Bedürfnissen der Landwirtschaft und der Industrie auf; durch den Abbau der Kohle, durch industrielle Abwässerschäden, durch Verkehrs- und Versorgungsanlagen, durch Abzug der Landarbeiterschaft zur Industrie infolge höherer Löhne, durch Belastung ländlicher Gemeinden mit den Bedürfnissen der Industriebevölkerung wird die landwirtschaftliche Betriebsführung zum Teil fühlbar beeinträchtigt.

Bearbeitungsvermerk: Die Abgrenzung der landwirtschaftlichen Gebiete ist nach einem Vorentwurf der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Halle, ausgearbeitet worden unter Mitwirkung der brandenburgischen, sächsischen, thüringischen und braunschweigischen Landwirtschaftskammern; bei der bodenkundlichen Abgrenzung sind die Untersuchungen der Geologen Prof. Dr. H. Stremme, Danzig, und Dr. Freiherr P.F. von Hoyningen gen. von Huene sowie des Geologischen Instituts und des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle verwertet worden.

9. Die Bevölkerung Mitteldeutschlands

Die Bevölkerung der letzten Volkszählung (1925) ist für die größeren Gemeinden (mit 20 000 Einwohnern und mehr) durch Kugeln dargestellt, für die Landkreise in Zählpunkten von je 5.000 Einwohnern, wobei die Zählpunkte nach der geographischen Lage der wichtigeren Siedlungsgebiete angeordnet sind. Verschiedene Farbstufen zeigen den geringeren oder stärkeren Grad der Zunahme von 1905-1925 an; durch graue Tönung heben sich die Gebiete mit rückgängiger Bevölkerung heraus. Die Darstellung gibt Aufschluss über die Besiedlung und über die Bevölkerungsdichte, die das Ergebnis der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sind, über das Größenverhältnis der Städte zueinander, über die städtischen Einflussgebiete und über die Größe der ländlichen Gewerbegebiete.

Bevölkerungsdichte: Aus dem gleichmäßig dünn besiedelten nordostdeutschen Flachland hebt sich die Großstadt Berlin mit ihrem Einflussgebiet und das Niederlausitzer Braunkohlengebiet als bedeutende Siedlungskomplexe heraus. Am Rande der deutschen Mittelgebirge steigt die Bevölkerungsdichte an; sie verstärkt sich in der Sächsischen Bucht und in der Thüringer Senke, denen eine Anzahl größerer und mittlerer Städte das Gepräge gibt. Die dichteste Bevölkerung erreicht das sächsische Erzgebirge mit seiner ausschließlich gewerblich tätigen Bevölkerung; auch das Gebiet von Dresden mit der Oberlausitz ist über den mitteldeutschen Durchschnitt hinaus bevölkert.

Das Bevölkerungswachstum deutet nur da, wo es stärker ausgeprägt ist, auf wirtschaftlichen Aufschwung und auf Zuwanderung. Stärkere Anziehungskraft auf die Zuwanderung übten bis 1925 die größeren Städte und ihre Vorortbezirke aus, wobei die Vororte von Berlin, Leipzig, Hannover, Halle, Kassel meist in stärkerem Tempo wuchsen als die Städte selbst. Im Allgemeinen haben die Städte in günstiger Verkehrslage besonders durch Wanderungen gewonnen. In den ländlichen Gewerbegebieten ist das Bevölkerungswachstum größtenteils durch Zuwanderung erfolgt, am stärksten in einigen Teilen des mitteldeutschen Industriegebietes, des ostelbischen Braunkohlenbezirks, in Teilgebieten Thüringens und des Erzgebirges. Abgenommen hat die Bevölkerung in Gebieten rückgängigen Bergbaus (Freiburg im Erzgebirge und Zellerfeld im Harz, Mansfelder Kupferbergbauggebiet und Kaligebiet nördlich des Harzes), in verkehrsentlegenen Gebieten des mitteldeutschen Hügellandes (z.B. Alsfeld und Lauterbach westlich Fulda und Holzminden) und in besonders fruchtbaren Gebieten mit landwirtschaftlichem Großbetrieb (nördlicher Saalkreis und Mansfelder Seekreis, West-Anhalt und Magdeburger Börde, Zuckerrübengebiete zwischen Halberstadt und Hannover).

10. Die Wandlungen der wirtschaftlichen Struktur 1907 bis 1925 in den mittleren Verwaltungsbezirken und den Großstädten Mitteldeutschlands

Die Erwerbsorte von Landwirtschaft, Industrie und Handel im Gesamtgebiet wirken sich in den örtlichen Verkehrs-, Arbeitsmarkt- und Siedlungsverhältnissen der Wirtschaftsgebiete des engeren mitteldeutschen Industriebezirks aus (vergl. Karte 19).

Die 1 cm hohen Blockdiagramme lassen in ihrer Länge das Stärkeverhältnis der Erwerbszweige und -gruppen zueinander in den mittleren Verwaltungsbezirken und

Großstädten nach dem Bestand an Erwerbstätigen vom Jahre 1925 erkennen. – Das Ausmaß der Strukturwandlungen von 1907 bis 1925 zeigt der verstärkte Vergleichsstrich bei den Blockdiagrammen der einzelnen Erwerbsgruppen an: von der Grundlinie des Diagramms ausgehend, misst er den Stand der Erwerbstätigenzahl des Jahres 1907. Der Vergleichsstrich über dem Blockdiagramm weist also eine (hohl dargestellte) Abnahme an Erwerbstätigen, dagegen innerhalb des Diagramms eine Zunahme nach.

Die Landwirtschaft in Mitteldeutschland erhöhte ihre Beschäftigungszahl fast durchweg nur gering. Während die dargestellten Randgebiete, die Bezirke Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Kassel, Erfurt, Thüringen und Niederschlesien (z.T. mittelbäuerliche Besitzverhältnisse oder gewerbliche Nebenbeschäftigung) noch Arbeitskräfte aufnahmen, trat in den Bezirken Potsdam, Frankfurt a.d.O., Merseburg und in ganz Sachsen nur geringe Zunahme, in Nordbayern Stillstand, in Anhalt Rückgang ein; die überschüssigen Arbeitskräfte wurden hier an die Gewerbe abgegeben.

In der Darstellung der Gewerbe vom Jahre 1925 treten die Tendenzen der technischen und organisatorischen Rationalisierung noch nicht voll in Erscheinung. – Die Gewerbe sind in den Bezirken Hannover, Berlin-Brandenburg und Land Sachsen vorwiegend städtisch konzentriert, in der Provinz Sachsen dezentralisiert, wo die Hälfte der gewerblich Tätigen auf Gemeinden unter 20 000 Einwohner entfällt.

Die Erz- und Steinkohlengewinnung in den Mittelgebirgen sowie der Salzbergbau waren rückgängig, während die Braunkohle in der sächsischen Bucht und in der Lausitz steigende Bedeutung gewann. Die Industrien der Steine und Erden erfuhren durch Umstellungen in der betrieblichen Organisation und im Verbrauch teils Belegschaftsverminderung, teils Zunahme (Ostsachsen und Lausitz). Die Metallgewinnung suchte mehr die Großstädte und ihre Vororte auf zur Versorgung der Verarbeitungsindustrien. Die Industrien des Maschinenbaus, der Metallwaren, des Fahrzeug- und Apparatebaues, der Elektrotechnik und Optik, größtenteils in den Gebieten mit vorhandener Facharbeiterschaft ansässig, gewannen mit zunehmender gewerblicher Spezialisierung, Maschinen- und Elektrizitätsverwendung und durch neue Produktionszweige für Kraftverkehr, Sport, Hygiene, Foto- und Funktechnik, Hauswirtschaft. Die chemische Großindustrie für Kunstdünger, Säuren, Farben, Fotobedarf, Erdölveredlung wandte sich besonders dem Merseburger Bezirk zu, wo die benötigten Betriebsstoffe und Rohstoffe, Arbeitskräfte und Verkehrsverbindungen vorhanden sind. In den Mittelgebirgen nahm die Papierindustrie, in den Großstädten Leipzig und Berlin das Druckereigewerbe zu. Die Textilindustrie, die in den süd-östlichen Gebirgsgegenden und in der Lausitz wegen billiger und geschulter Arbeitskräfte ihren Hauptsitz hat, ging im Vogtland und in Berlin zurück. Innerhalb der Holzindustrie (Thüringen, Mittel- und Westsachsen, Berlin, Merseburg, Anhalt) war die Erzeugung von Musikinstrumenten und Spielwaren rückgängig, jedoch wirkte der gesteigerte Bedarf an Fahrzeugen und Baumaterial auf Zunahme der Erwerbsgelegenheit hin. In der Lederindustrie verstärkten Berlin, Ostsachsen und Thüringen ihre Bedeutung; in der Kautschukerzeugung gewannen Stadt Hannover und Bezirk Merseburg. Von den Nahrungs- und Genussmittelgewerben gingen die landwirtschaftlichen Halbfabrikationszweige in den ländlichen Bezirken zurück, dagegen waren die Konsumgewerbe in den Verbraucherzentren mit Bevölkerungszunahme aufstrebend. Besondere Marktverhältnisse, wie der Übergang

zur Massenproduktion, hemmten das Wachstum des Bekleidungsgewerbes fast allgemein in Mitteldeutschland (außer in Thüringen, Erfurt und Hannover), in der Lausitz und in Berlin. Die günstige Baukonjunktur für Industrie und Wohnungsbau nach dem Krieg belebte das Baugewerbe in den aufstrebenden Gebieten (z.B. Stadt Halle). Versorgungsbetriebe bevorzugten die Braunkohlebezirke Merseburg und Lausitz (Braunkohlenkraftwerke). Das Handelsgewerbe vermehrte sich, entsprechend der wachsenden Zahl der Haushaltungen und mit der gewerblichen Spezialisierung, in den Großstädten stärker als im übrigen Lande. Gewerbsmäßige Verkehrsunternehmungen (ohne Reichsbahn und Post gerechnet) verloren an Beschäftigten durch den privaten Kraftfahrzeugverkehr.

Im engeren mitteldeutschen Industriebezirk nahmen die schwerindustriellen, konzerngebundenen Produktionsmittelindustrien erheblich zu, was sich mehr in der Steigerung der motorischen Leistungen als der Belegschaft äußerte, im Unterschied zu Sachsen und Thüringen mit ihren von jeher arbeitsorientierten mittelbetrieblichen Veredlungs- und Verbrauchsgütergewerben. Die in den dargestellten 18 Jahren beobachteten Umstellungstendenzen haben sich seit 1925 mit fortschreitender Rationalisierung noch deutlicher fortgesetzt; die Beschäftigungszahl der Gewerbe stieg im Merseburger Bezirk von 1925-1928 nochmals um ein Drittel zugunsten der Produktionsmittelindustrien. Seit 1928 ist die Beschäftigung in fast sämtlichen Erwerbszweigen der mitteldeutschen Bezirke verschieden stark rückgängig, infolge der weltwirtschaftlich bedingten Krisenerscheinungen. Erhebliche Wanderungsbewegungen auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch bisher dadurch nicht ausgelöst worden.

11. Die mitteldeutschen Handelsstädte

Die Handelsbedeutung der Städte mit mehr als 20000 Einwohnern ist durch die Anzahl der Erwerbstätigen des Handelsgewerbes (einschl. Versicherungswesen) dargestellt nach den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Der Einzelhandel und die wichtigsten Zweige des Großhandels sind durch Farbgebung unterschieden. Die Farben entsprechen denjenigen der Industriezweige in der Darstellung der Industriekarte 1927, Maßstab 1:200.000. Die dem Handel verwandten Gruppen des Kredit- und Versicherungswesens, der gewerblichen Organisation, des Markt- und Messewesens sind zum Teil in die Darstellung des Großhandels einbezogen worden.

Die Darstellung soll die Funktion der Handelsstädte im Erwerbsleben der Wirtschaftsgebiete und der Handelsbevölkerung im Arbeitsmarkt zeigen und soll die verschiedenartigen Verkehrsbeziehungen der Handelsstädte als Hauptausgangs- und Zielpunkte des Regional- und Fernverkehrs auf Wasserstraßen, Eisenbahnen und Landstraßen erläutern.

Der Handelscharakter der einzelnen Städte verstärkt sich mit ihrer zunehmenden Größe lebhafter als ihr Bevölkerungswachstum. Leipzig, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Halle, Erfurt, Plauen vereinigen auf sich die Hälfte des Handelsumsatzes von ganz Mitteldeutschland bei einem Bevölkerungsanteil von nur einem Viertel. In der Besetzung des

Großhandels (je 1000 der Einwohnerzahl) führt Frankfurt a. M. vor Leipzig und Berlin; es folgen Magdeburg und Halle vor den größeren Städten Hannover, Dresden und Chemnitz; Erfurt überragt ebenfalls Chemnitz, Dresden und Kassel. - In Städten mit Angestelltenbevölkerung oder mit Fremdenverkehr oder dicht besiedelter Umgebung, wie Braunschweig, Leipzig, Dresden, Berlin, Frankfurt a. M., Halle ist der Einzelhandel spezialisiert und daher je 1000 der Bevölkerung stärker besetzt als in Arbeiterstädten, in denen ein Teil des Handels auf Kaufhäuser, Genossenschaftseinrichtungen u. dgl. übergeht (Chemnitz, Magdeburg, Weißenfels). Der Großhandel bevorzugt als Standort mehr und mehr die Verkehrsknotenpunkte, die zu den Bedarfs- und Produktionsgebieten günstig liegen und gleichzeitig Verwaltungs- und Kulturzentren sind. Die Orientierung des Handels nach den Produktionsstätten überwiegt bei Keramik- und Glaswaren, Papierwaren und Spielwaren, während der Handel an Chemikalien und Drogen, Nahrungs- und Genußmitteln, Vieh, landwirtschaftlichem Betriebsbedarf und Baustoffen mehr zu den Zentren der Verbrauchsgebiete wandert; der Großhandel mit Bergwerkserzeugnissen, Textil- und Bekleidungswaren, Fahrzeugen, Apparaten, elektrotechnischem und Hausgerät bevorzugt gleichmäßig die Erzeugungsgebiete und die großstädtischen Gebiete. Im Kredit-, Markt- und gewerblichen Organisationswesen haben einige Großstädte die Führung; hier wird das wirtschaftliche Schaffen der Provinz durch Kreditvergebung und Marktpreisbildung u.a.m. organisatorisch gelenkt. Die kreditwirtschaftlichen Umstellungen der Nachkriegszeit haben im Kreditwesen gleichzeitig die Zusammenfassung an den Handelszentralen wie die Dezentralisation auf kleinere Städte (Bankfilialen, Genossenschaften) gefördert.

Diesen Standorterscheinungen der Großhandelszweige entspricht in großen Zügen folgendes Bild der Einflußbereiche: Während die vom Hauptverkehr abgelegenen Städte der Randzone des sächsisch-thüringischen Gebirgslandes entsprechend der Bevölkerungsdichte ihres Gebiets größtenteils Versorgungshandel und Austausch von Spezialerzeugnissen betreiben, vereinigt Leipzig dank seiner Mittellage auf sich den Großvertrieb der erzgebirgisch-thüring. Verbrauchsgüterindustrien (Welt-Messe) und beeinflußt lebhaft die Versorgung des mitteldeutschen Gebiets mit Lebensmitteln und Industriebedarf. Dresden, mit regen Handelsbeziehungen zu Südosteuropa, rechnet das östliche Erzgebirge und die schles. - sächs. Oberlausitz zu seinem Haupteinflußgebiet, Erfurt das südöstliche Eichsfeld und Mittelthüringen. In bevorzugter Verkehrslage versorgt Halle teils die intensive Landwirtschaft und die Industrie seines Gebiets mit Bedarfsgegenständen, teils setzt es die landwirtschaftlichen Produkte und die Verarbeitungserzeugnisse an Nahrungs- und Genußmitteln in ganz Deutschland, besonders in Thüringen und Süddeutschland ab. Ähnliche Beziehungen, nur in stärkerem Anschluß an die Seehäfen und Norddeutschland, insbesondere an Berlin, unterhält Magdeburg in seiner Verbindungslage zwischen Hamburg-Mitteldeutschland einerseits und Berlin-Niedersachsen-Westdeutschland andererseits; es ist außerdem Vorort des Kalisalzgebietes. Hannover

erstreckt seinen Einfluß auf große Teile von Niedersachsen und den Nordharz, Kassel auf das mittlere Wesergebiet, Frankfurt a. M. auf Südwestdeutschland. Berlin zieht den Handel von und nach dem deutschen Osten auf sich, u.a. versorgt es Schlesien mit schwedischen Erzen, vertreibt schlesische Kohle, ist Großverteiler der Erzeugnisse der Niederlausitz. Hier vereinigen sich Verkaufszentralen und Vertretungen sämtlicher deutscher und vieler ausländischer Gewerbe und Organisationen; im Bankwesen allein beschäftigt Berlin drei Viertel des Personals des deutschen Bankgewerbes.

12. Lagerstätten und Standorte des mitteldeutschen Bergbaus

Die wichtigsten Rohstoffquellen Deutschlands sind die reichen Vorräte an Braunkohle und Kali, außerdem verschiedene Erze. Die hauptsächlichlichen Braunkohlelager liegen in der sächsischen Bucht und in der Lausitz, Vorkommen geringerer Mächtigkeit finden sich im nördlichen Harzvorland und in Hessen. Steinkohlevorkommen im Freistaat Sachsen, nördlich Halle und südwestlich Hannover dienen außerdem der örtlichen Versorgung. Die Umgebung des Harzes und Oberhessen bergen reiche Kalilager. Umfangreichere Lagerstätten sonstiger Mineralien liegen im nördlichen Harzvorland. Die hier vorkommenden Eisenerze sind nach dem Verlust Lothringens von erheblicher Bedeutung für die deutsche Eisenerzversorgung. In letzter Zeit gewinnen auch die Erdölvorräte im Allergebiet durch neue Funde erhöhte Bedeutung. Der Kupferbergbau im Mansfelder Gebiet kämpft schwer gegen den überlegenen Wettbewerb des Auslandes. Zahlreiche kleinere Erzlager im Harz, Thüringer Wald und Erzgebirge sind größtenteils abgebaut und mehr von geschichtlicher Bedeutung. Im einzelnen werden die Vorräte wie folgt geschätzt:

13. Gebiete der mitteldeutschen Gesteine

Nutzbare Gesteine werden im Bereich der Mittelgebirge und Hügellandschaften der mitteldeutschen Hauptscholle an den verschiedensten Stellen ausgebeutet. Neben dem mitteldeutschen Bedarf selbst versorgen sie einen großen Teil des Bedarfs der norddeutschen Tiefebene an Schotter und Splitt für Bahn- und Straßenbauten, an Dachschiefer, Gips, Bauwerksteinen und edleren Steinarten. Bahn- und Straßenschotter wird gewonnen im Flechtinger Höhenzug und im westlichen Fläming, im Harz, in der sächsischen und Dresdner Bucht, in der Lausitz, im Erzgebirge, im Vogtland und in Thüringen. Pflastersteine liefern u. a. die Quarzporphyrgelände nördlich Halle und östlich Leipzig, die Granitbrüche nördlich Dresden und in der Lausitz, sowie die Basaltbrüche der Lausitz, des Wesergebiets und der Rhön. Dachschiefer liefert hauptsächlich der Lehestener Dachschieferbezirk zwischen Thüringer- und Frankenwald. Gips wird in den Gipsbezirken von Hannover, vom Südharz und von Thüringen gefördert. Quarzporphyre liefert u. a. Nordsachsen, Granite die Dresdner Bucht und die Lausitz, Buntsandstein der Thüringer Wald, die Finne und das Elbsandsteingebirge, Muschelkalk das Thüringer Becken und die Saalemündung. An edleren Steinarten sind die

Marmorbrüche bei Saalfeld (Thüringen) und Serpentinbrüche bei Zöblitz (Sachsen) zu erwähnen.

14. Gebiete der mitteldeutschen Erden

Die nutzbaren Erden werden in der Glas- und Porzellanindustrie, der Grob- und Feinkeramik, der Erzeugung von Baustoffen und daneben in der Papierindustrie und in der chemischen Industrie sowie in anderen Gewerben verwandt. Folgende Fundstätten sind besonders zu erwähnen:

Glassand - Lager nördlich des Harzes, in Thüringen, Sachsen und der Niederlausitz; in letzterer befindet sich der reinste Glassand Deutschlands.

Formsand - Lager nördlich und südlich des Harzes, bei Hannover, in der sächsischen und Dresdner Bucht, in der Lausitz und dem Frankenwald.

Farberde - Vorkommen: Kassler Braun bei Kassel, rote Eisenerze, Oker und brauner Eisenoker im Frankenwald, im Fichtelgebirge, in Thüringen und im Harz

Kreide: Das einzige Lager bei Söhlde nördlich des Harzes liefert den Rohstoff für viele Fabrikationen. Kreide wird für die Herstellung von Porzellan, Steingut, Fein- und Grobkeramik und Chamotte sowie in der Papierindustrie verwandt.

An Kaolinen lagern in Thüringen kleinere Vorkommen, größere bei Halle, die größten im Kaolinbezirk des Freistaates Sachsen und der Lausitz.

Tone dienen zur Herstellung von Ziegeln, Tonröhren, Töpferwaren, Steinzeug, glasierten Platten und Chamotte. Besonders zu erwähnen sind die Lager nördlich und südlich des Harzes, die Kaolin- und Tonvorkommen bei Eisenberg, Teuchern, Bitterfeld, Halle, Wurzen, in der Niederlausitz, sowie die Flaschentone bei Wittenberg und in der Dübener Heide. Wo Tone als Abraum bei der Braunkohlenförderung anfallen, werden sie vielfach vom Bergbau selbst zur großbetrieblichen Erzeugung von Ziegeln und Tonwaren verwandt.

Von besonderer Bedeutung sind Schwerspatlager im Südharz und Thüringer Wald und Flußspatlager im Südharz, Thüringerwald und Fichtelgebirge. Im Fichtelgebirge sind ferner Specksteinlager und Feldspatlager vorhanden. Auch das Erzgebirge führt Feldspat. Ein Kieselgurlager findet sich in Klieken bei Coswig a. d. Elbe.

15. Der Personenzugverkehr auf den mitteldeutschen Reichsbahnen

Die Stärke des tagesdurchschnittlichen Verkehrs der Personenzüge ist in Bruttotonnen nach dem Stand vom Sommer 1928 dargestellt. Zu dieser Zeit hatte der Personenverkehr in Mitteldeutschland noch einen verhältnismäßig hohen Stand; seitdem ist infolge der zunehmenden Wirtschaftsdepression ein starker Rückgang eingetreten, sowohl im Fernverkehr (Geschäftsverkehr, Erholungsverkehr) wie im Ortsverkehr (täglicher Berufsverkehr, örtlicher Geschäfts- und Erholungsverkehr). - Diese Darstellung der Streckenbelastung bringt einmal das Gewicht der Wagen und damit ihren Beförderungsraum zum Ausdruck; sie gibt also das Platzangebot sämtlicher Personenzüge aller Grade auf den einzelnen Strecken an, woraus der Stand des Verkehrsbedürfnisses ersichtlich ist. Zum andern enthält sie Gewichtszuschläge nach der Anzahl der beförderten Personen. Die Zahl der Züge wurde nicht als Maßstab gewählt, da sie lediglich die zeitliche Verkehrshäufigkeit (Zugfolge) erkennen lassen würde, dagegen nicht die Mengen des Verkehrs. Der gewählte Gewichtsmaßstab ermöglicht auch einen brauchbaren Vergleich mit der Darstellung des Güterverkehrs. - Den Norden des Kartenausschnittes begrenzt die Haupt-West-Ost-Linie Köln-Hannover-Berlin. Von Hannover zweigt der auf mehrere Parallellinien verteilte Südostverkehr nach der sächsischen Bucht ab. Die Parallellinien vereinigen sich in Halle und Leipzig und schließen von dort aus strahlenförmig die Erzgebirgsplatte auf. Nach Südosten führt ein starker Verkehr aus der Sächsischen Bucht zur Dresdner Bucht und von dort weiter nach Görlitz und dem Osten; so entsteht die Gebirgsrandlinie Hannover-Mitteldeutschland-Oberschlesien am Nordsaum der deutschen Mittelgebirge. Dieser von Nordwest nach Südost gerichtete Randverkehr wird gekreuzt von der Linie Berlin-Halle-Leipzig-Frankfurt als Hauptverkehrsrichtung von Nordost nach Südwest. Von den beiden Hauptlinien Hannover-Dresden und Berlin-Frankfurt zweigen nach Süden ab die Hauptlinien Halle-Probstzella-Nürnberg-München und Leipzig-Plauen-Hof-München, nach Norden die Linie Halle-Magdeburg-Hamburg. Diese Linien ergänzen sich zu einer Nordsüdlinie durch die sächsische Bucht. Die Linie Halle-Magdeburg-Hamburg ist die Fortsetzung der historischen Elbverkehrslinie Prag-Dresden-Magdeburg-Hamburg. Eine Parallel-Linie bildet die Verbindung Dresden-Großenhain-Wittenberg-Magdeburg nördlich der Elbe. Eine zweite große Nordsüdverkehrslinie verläuft im Leinetal und trägt den Verkehr Frankfurt-Hannover-Bremen-Hamburg. Infolge der starken Wirtschaftskraft Mitteldeutschlands sind die Hauptstrecken in verschiedene Parallellinien aufgelöst worden, wodurch ein so dichtes Maschennetz entstanden ist, wie es sonst in Deutschland nur der Ruhrbezirk und die Rhein-Mainische Bucht aufweisen. - Die Flächen zwischen diesen Hauptverkehrslinien werden durch Bahnlinien geringerer Bedeutung aufgeschlossen, die dem Ortsverkehr dienen und im Erzgebirge, Thüringer Wald und Harz auch auf den Fremdenverkehr abgestellt sind. Das Harzgebirge ist nur durch Neben- und Kleinbahnen erschlossen, während die Erzgebirgsplatte bis zu ihrem südlichen Abbruch an der böhmischen Grenze von Vollbahnen aufgeschlossen und der Thüringer Wald auch von mehreren Hauptlinien mit Schnellzugsverkehr gekreuzt wird. - Ortsverkehr und Durchgangsverkehr sind in der vorliegenden Darstellung nicht voneinander getrennt. Es kann aber aus dem Anschwellen des Verkehrs in der Umgebung

der großen Städte und der Industriegebiete auf die örtliche Verdichtung des Verkehrs geschlossen werden.

16. Der Güterverkehr auf den mitteldeutschen Reichsbahnen

Der Eisenbahngüterverkehr ist durch das auf jeder Strecke im Tagesdurchschnitt durchrollende Gewicht der Güterzüge mit ihren Ladungen dargestellt. Da die Massengüter (Kohle, Holz, Erze, Salze, chemische Düngemittel, Steine, Erden, Papier, Teere, Öle, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungs- und Genußmittel) den Güterverkehr wohl gewichtsmäßig beherrschen, ihre Beförderung aber, auf die Gewichtseinheit bezogen, geringeren Verkehrs- und Betriebsaufwand erfordert als der Verkehr von Leichtgütern, Stückgütern und dergleichen, so bringt diese Darstellung die tatsächliche Verkehrsleistung der Strecken zueinander nicht voll zum Ausdruck; sie mißt die Verkehrsleistung am Gewicht statt am erforderlichen Aufwand. - Trotz dieses Vorbehalts gibt die Darstellung ein lebendiges Bild der Wechselbeziehungen der einzelnen Wirtschaftsgebiete untereinander, zumal auch der Verkehr beider Richtungen eingetragen ist. Sie entspricht dem Stande vom Sommer 1928, zu Beginn des Konjunkturrückganges in Mitteldeutschland. - Für Mitteldeutschland ist aus der Karte zu entnehmen, daß nicht der Verkehr einzelner Strecken und zentraler Punkte vorherrscht, sondern daß eine fast gleichmäßige Verteilung des Verkehrs auf eine große Zahl von Strecken stattfindet, die untereinander eine enge Verknotung aufweisen. - Am stärksten belastet sind die Strecken mit Kohletransporten; Ruhrkohle und Koks werden auf sämtlichen West-Ostlinien nach Berlin und nach dem mitteldeutschen Industriegebiet über Hannover-Stendal und Ottbergen-Northeim geliefert. Ebenso gehen schlesische Steinkohlen und schlesischer Koks über Guben-Frankfurt und Guben-Kottbus nach Berlin und über Forst-Kottbus-Torgau nach Leipzig und Halle. Die Braunkohlenversorgung Berlins erfolgt überwiegend von der Niederlausitz her. In der Gegenrichtung zeigt sich nur geringer Verkehr von Leerzügen. Die Braunkohlentransporte des mitteldeutschen Industriebezirks verstärken den gesamten Bezirksverkehr innerhalb des beschränkten Absatzgebiets der Braunkohle. Der Brikettabsatz beeinflußt den Verkehr auch auf einigen Fernstrecken (Richtungen: Plauen-Hof, Magdeburg-Stendal-Hamburg, Northeim-Hannover). Stark ist der Verkehr Mitteldeutschlands an künstlichen Düngemitteln, Steinen und Erden. Z.B. fällt die Verkehrssteigerung im Richtungsverkehr Nordhausen-Halle auf, wo die Gipszüge der chemischen Großindustrie verkehren. Die Außenbeziehungen des Güterverkehrs der verarbeitenden Industrie in der Provinz Sachsen und in Thüringen sind vornehmlich auf die süddeutschen Industriegebiete und die Küstengebiete im Norden und im Nordosten gerichtet. - Aus der Darstellung lassen sich zum Teil auch Zubringerstrecken und Hauptverkehrsstrecken unterscheiden; ein plastisches Beispiel hierfür ist das Anschwellen des Braunkohlenverkehrs im Geiseltal (Mücheln-Merseburg) von Station zu Station. - Ein Vergleich der Güterverkehrskarte mit der Personenverkehrskarte zeigt, daß die Güterverkehrsverdichtung häufig auf Strecken liegt, die im Personenverkehr nur geringe Bedeutung haben. Zum Teil beruht das auf systematischer Gliederung des Verkehrs aus Betriebsrücksichten (Leistungsfähigkeit der Strecken,

Zugförderkosten, Fahrzeiten), zum Teil darauf, daß für Güter- und Personenverkehr verschiedene Standorte und Verkehrsräume maßgebend sind. Sehr deutlich kommt das in der Belastung der Strecke Kassel-Nordhausen-Halle-Falkenberg-Kottbus zum Ausdruck, auf der nur geringer Personenverkehr vorhanden ist.

17. Der Verkehr auf den mitteldeutschen Landstraße

Die graphische Darstellung der Straßenbelastung ist entnommen worden aus der Karte: „Täglicher Verkehr auf den deutschen Landstraßen“ 1:500000, bearbeitet von der Sächsischen Straßenbaudirektion Dresden auf Grund der Verkehrszählung, die der Deutsche Straßenbauverband im Jahre 1928/29 durchgeführt hat. In abgestuften Bandbreiten (1mm = 400 to) ist das Gewicht der Fahrzeuge angegeben, die im Tagesdurchschnitt einer Anzahl ausgewählter Zähltag auf den einzelnen Zählstrecken verkehrten. Die Belastungsziffern sind aus den verschiedenen Gewichtsbewertungen der Verkehrsgruppen: Lastkraftwagen, Personenkraftwagen, Krafträder, Pferdefuhrwerke ermittelt worden. Die Verkehrszählung erstreckt sich lediglich auf die Staats-, Provinzial- und Kreisstraßen, dagegen nicht auf die Gemeindestraßen. Die Verkehrsbeziehungen der Großstädte mit ihren Vororten treten dementsprechend mehr oder weniger verstärkt in Erscheinung, je nachdem das Stadtgebiet infolge von Eingemeindungen einen geringeren oder größeren Teil der Vororte in sich schließt. Seit der Verkehrszählung 1924/25 hat sich der Verkehr an Kraftfahrzeugen in Mitteldeutschland etwa verdreifacht, an bespannten Fahrzeugen um ein Fünftel verringert. Auf den Hauptstraßenzügen war die Zunahme stärker als im übrigen Straßennetz. Die Verkehrsbelastung hat sich auch auf dem Lande allgemein erhöht, während 1924/25 noch die Groß- und Mittelstädte und ihre Umgebung fast alleinige Träger stärkeren Verkehrs waren. Der Aktionsradius des Kraftwagens ist also im Wachsen begriffen.

Die topographische Gestalt der einzelnen Wirtschaftsgebiete, die Siedlungsdichte und besonders die gewerbliche Struktur geben dem Landstraßenverkehr seine Entwicklungslinien an. Sehr klar tritt die Verdichtung des Verkehrs in der Randzone der Mittelgebirge zutage. Die Verdichtung beginnt in der Oberlausitz und setzt sich im topographisch reich gegliederten Erzgebirge fort, wo zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe mit starker Arbeitsteilung und die Vielheit von Städten eine mannigfaltige Verkehrsverflechtung bewirken. Dieser Verkehr geht in klaren Sammellinien in die Ebene der Halle-Leipziger Bucht über. Die großen Verkehrszüge entsprechen denjenigen des Eisenbahnnetzes, sie heben sich deutlich in dem Gesamtbilde Mitteldeutschlands ab: ihre Durchgangsbedeutung verstärkt sich mehr und mehr. Das Hervortreten stark belegter Hauptlinien in einem einheitlichen Netz erklärt sich hier durch die gleichmäßige Verteilung städtischer und ländlicher Wirtschaftszentren in einem Durchschnittsabstande von rd. 30km. Vielfach verzahnt ist der Landstraßenverkehr des Nordharzes und seines weiteren Vorlandes, ausgehend von Halle, teils unmittelbar am Nordharz entlang, teils über

Magdeburg, Braunschweig, Hannover führend. Die intensiv betriebene ertragreiche Landwirtschaft und zahlreiche landverteilte Bergbau- und Industriebetriebe bewirken diesen Verkehr. Im Südharz treten die Gebiete um Göttingen und Nordhausen besonders hervor. Im Thüringer Becken sind die Städte an der Hauptbahnlinie Träger größeren Verkehrs, sie schließen den Thüringer Wald vom Norden her auf. Erfurts Einfluß tritt deutlich hervor, er erfaßt im Nordosten die Goldene Aue. Ein nicht geringer Teil des Verkehrs in den Mittelgebirgen und im Thüringer Becken entfällt auf den Erholungsverkehr und den zur Bedienung der Kurorte erforderlichen Geschäftsverkehr. Die Verkehrsbeziehungen zwischen der mitteldeutschen Randgebirgszone und Berlin sind auf zwei Hauptlinien beschränkt: Berlin-Brandenburg-Magdeburg und Berlin-Wittenberg-Bitterfeld mit Fortsetzungen. Der Verkehr Berlins mit seinen näher gelegenen östlichen Einflußgebieten ist dagegen stärker gegliedert und enthält wohl einen beträchtlichen Ausflugs- und Erholungsverkehr.

Der Verkehrsplanung gibt die Belastungskarte ein Bild, in welcher Richtung sich das tatsächliche Verkehrsbedürfnis entwickelt. Dabei steht offenbar zur Zeit nicht der Großdurchgangsverkehr zwischen den Wirtschaftsprovinzen im Vordergrund, sondern der mehr örtliche Durchgangsverkehr zwischen engeren und weiteren Wirtschaftsgebieten. Die Pflege beider Verkehrsgattungen wird durch ein Ausbauprogramm des Straßennetzes erstrebt, das aus den größeren Zusammenhängen heraus entwickelt wird. In erheblichem Maße sind heute bereits zahlreiche kleinere Gemeinden mit geringer finanzieller Leistungsfähigkeit in die rapide Entwicklung des zwischenörtlichen Kraftverkehrs hineingezogen, wodurch ihnen schwierige Aufgaben erwachsen.

Ein Vergleich der Straßenverkehrskarte und der Eisenbahnverkehrskarte ergibt auch, daß die Gebiete mit Schwerindustrie, besonders im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, sich mehr auf den Bahnverkehr beschränken als die Gebiete mit Veredlungs- und Verbrauchsgüterindustrie und mit regem Handelsgewerbe zur Versorgung dichtbevölkerter Gegenden, wo eine wesentlich stärkere Entwicklung des Straßenverkehrs in Erscheinung tritt.

18. Verkehrsübersichtsplan von Mitteldeutschland

Der Verkehrsübersichtsplan gibt ein Bild der wichtigsten vorhandenen und geplanten Verkehrsflächen Mitteldeutschlands, die für die Entwicklung des Verkehrs im engeren mitteldeutschen Industriebezirk von Belang sind. Die Abhängigkeit der Verkehrsnetze von der Oberflächengestaltung prägt sich insbesondere in der zentralen Verknotung der Linienführungen in der Sächsischen Bucht aus. Allgemein lassen sich die Linienführungen unterscheiden in parallele Randlinien und Querlinien von Gebirgen, Flüssen und Niederungen. Zu den Verkehrsflächen der einzelnen Verkehrsarten ist folgendes zu bemerken:

Straßenverkehr: Die Mittellage der Sächsischen Bucht und des engeren mitteldeutschen Industriebezirks im Herzen Deutschlands bringt es mit sich, daß im Vergleich zum Ortsverkehr und Bezirksverkehr der fremde Durchgangsverkehr stark überwiegt, woraus den Wegebaupflichtigen große finanzielle Lasten zugunsten der Nachbargebiete erwachsen. Im Straßenverkehrsnetz fehlen insbesondere an den Landesgrenzen noch einige Verbindungen; diese werden durch Zusammenarbeit der Landesplanungsstellen planmäßig entwickelt, um später den Ausbau eines Straßennetzes zu ermöglichen, das den zunehmenden Personen- und Lastkraftwagenverkehr über längere Strecken aufnehmen kann. Neue Hauptstraßen erscheinen insbesondere erforderlich im Gebiet des Niederlausitzer Reviers, beiderseits von Elbe und Saale und zwischen Leipzig und den südlich davon liegenden Industriestädten Freiberg, Chemnitz und Gera.

Eisenbahnen: Die Maschenweite des Eisenbahnnetzes ist ebenso wie die des Verkehrsstraßennetzes im mitteldeutschen Gebiet besonders eng, so daß neue Bahnlinien nur noch in geringer Zahl erforderlich werden. Neue Hauptbahnen sind nicht geplant. Dagegen sind Erweiterungsflächen für einen viergleisigen Ausbau der Hauptlinien Berlin-Magdeburg, Hannover-Magdeburg-Halle-/Leipzig-Dresden und Berlin-Bitterfeld-Halle/Leipzig-Weißenfels-Erfurt-Frankfurt a. M. offen zu halten. Daneben ist eine Vervollständigung der Kleinbahnnetze beiderseits der Elbe geplant, sowie der Bau einiger Braunkohlebahnen.

Wasserwege: Für den mitteldeutschen Frachtverkehr stehen außer den schiffbaren Flußläufen von Oder-Spree-Havel, Elbe-Saale-Unstrut und Weser-Werra-Fulda bisher nur ein Teil des Mittellandkanals und das brandenburgische Kanalnetz zur Verfügung. Nach Fertigstellung des Mittellandkanals wird der Ost-West-Verkehr an schweren Frachtgütern auf dieser Hauptverkehrslinie und auf den nördlich und südlich anschließenden Wasserstraßen voraussichtlich eine starke Belebung erfahren, insbesondere auch auf dem geplanten Südflügel des Mittellandkanals, bestehend aus der bis Merseburg aufwärts kanalisierten Saale und dem Kanal Merseburg-Leipzig. Als Fortsetzung dieses Wasserstraßennetzes sind die Verbindung Leipzig-Gera sowie die Verbindung des ostelbischen Braunkohlenreviers mit Leipzig und Berlin geplant.

4. Luftverkehr: Die ausgebauten Flughäfen Berlin, Halle/Leipzig (Schkeuditz), Hannover, Erfurt, Leipzig-Mockau nehmen im wesentlichen den planmäßigen Großflugstreckenverkehr auf, der sich immer mehr zur Hauptaufgabe des Flugverkehrs entwickelt und streckenweise bereits für Nachtflug hergerichtet ist. Berlin ist Ausgangs- und Endhafen, während die übrigen Plätze mehr als Durchgangs- und Umsteigehäfen dienen. Nur ein geringer Teil der Großflugstrecken geht noch über die Verkehrslandeplätze, die hergerichtete Rollfelder und sonstige vorschriftsmäßige Landevorrichtungen haben. Die Verkehrslandeplätze tragen auch einen Teil des Kurzstrecken-(Zubringer-)verkehrs, der jedoch bisher noch nicht zu einem festen Liniennetz geführt hat, sondern das Verkehrsbedürfnis abtastet. Die Verkehrslandeplätze dienen im wesentlichen auch dem Gelegenheitsflugverkehr und dem Bedürfnis von Flugschulen und Versuchsanstalten; sie liegen bei sämtlichen bedeutenderen Städten sowie im Bereich der Erholungsgebiete des Harzes und Thüringer Waldes. Hilfslandeplätze sind für Gelegenheitsflugverkehr und für Notlandungen

erforderlich; ihre planmäßige Ausweisung steht noch bevor, die Flugrouten der jetzigen Großflugstrecken können als Anhalt hierfür dienen. Die Flugrouten im Hügelland werden bei Schönwetter etwa geradlinig geflogen, bei Schlechtwetter folgen sie den Flußtälern.

Karten 1:200.000 des engeren mitteldeutschen Industriebezirks und der angrenzenden Gebiete

19. Standorte und Belegschaft der Industrie- und Bergbaubetriebe 1927

Die Darstellung enthält die Standorte der Betriebe in ihrer örtlichen Lage zum Verkehr, zu den Wasserläufen, nach ihrer Zugehörigkeit zu Verwaltungsbezirken, Siedlungsgebieten und Wirtschaftsgebieten. Die Betriebsgröße des einzelnen Werkes nach der Beschäftigtenzahl (Arbeiter und Angestellte) weist auf seine Bedeutung für den Arbeitsmarkt und z.T. auf den Umfang der Produktion hin. Saisongewerbe (z.B. Rohrzuckerindustrie, Betriebe der Steine und Erden, Baugewerbe, Bekleidungsgewerbe) sind nach ihrer Belegschaft in der Hauptbeschäftigungszeit angegeben. Die Farbgebung soll die Gewerbegruppen sinnfällig unterscheiden. Bergbau, Steinbrüche und Tongruben, die durch ihre Veränderung der Erdoberfläche die Planung beeinflussen, sind sechseckig eingefaßt. Verlassene Bergwerksfelder werden durch gesenkte Bergbauzeichen angedeutet. - Das Darstellungsjahr 1927 zeigt einen Höhepunkt des Beschäftigungsgrades, inmitten der industriellen Rationalisierungsbewegung, deren spätere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hier in den Ansätzen bemerkbar sind.

Die fast gleichmäßige Standort-Verteilung und starke Dezentralisation der Industrie im dargestellten Raume erklärt sich aus der verstreuten Lage der Gewinnungsstätten der Bodenschätze (Braunkohle, Kalisalz, Kupfererz, Gesteine und Erden), ferner aus dem regen Zusammenhang der Industrie mit der intensiven Landwirtschaft, ist aber auch durch das gleichmäßige Netz wichtiger Eisenbahnlinien in der mitteldeutschen Bucht begründet. Im westsächsisch-thüringischen Gebiet wirken die historisch bedingten Arbeitsmarktverhältnisse dezentralisierend. Daher sind beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung auch weite ländliche und landwirtschaftliche Gebietsteile in den gewerblichen Arbeitsmarkt verflochten. Deutlich zeigt die Darstellung das gegenseitig bedingte Zusammenleben einzelner Erwerbszweige, die zusammenballende Kraft des Großverkehrs zugunsten der Mittel- und Großstädte, die Wanderung der Großbetriebe in die städtischen Außengebiete und Vororte, u.a.m.

Die gewerbliche Entwicklung und gegenwärtige Struktur in dem Gebiet nördlich der Linie Apolda-Naumburg-Weißenfels-Schkeuditz-Eilenburg ist von dem südlich gelegenen Gebiet sehr verschieden, wenn auch die Gewinnung von Braunkohle, Gesteinen und Erden beiden Gebieten gemeinsam ist.

Im Nordteil, auf den fruchtbaren Böden, ist die Industrie der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere die Zuckerindustrie von der Börde her nach dem Saale- und Unstrutgebiet vorgedrungen und hat den eigentlichen Anstoß zur Erschließung der Braunkohlenreviere bei Aschersleben, Staßfurt, Köthen, Bitterfeld, Halle, Oberröblingen, z.T. auch Geiseltal und Weißenfels gegeben. Der Aufschwung des Kalibergbaues und seiner chemischen Verarbeitungsbetriebe in den Bezirken Schönebeck, Egeln, Staßfurt, Aschersleben, Bernburg, im Hallischen- und Unstrut-Kalibezirk schufen der Braunkohle weitere reiche Möglichkeiten. Diese wurden im Laufe der Zeit ergänzt durch die Entwicklung von Verarbeitungs-, Verbrauchsgüter- und Hilfsindustrien in den verkehrsgünstigen größeren und mittleren Städten. Besonderen Aufschwung nahm hierbei der Maschinenbau für den Bedarf der früh intensivierten Landwirtschaft, der Zuckerindustrie, der Gewinnung von Steinen und Erden, des Kohle- und Kalibergbaues und des Baugewerbes. Dabei kam der Stadt Magdeburg die Nachbarschaft der Börde, die Nähe der Kalilager und der Schifffahrtsweg der Elbe zugute, während die Vorzüge Halles in seiner Mittellage zu den Bergbaubezirken und einem dicht bevölkerten Hinterland bestehen. Bei Dessau war der Reichtum an Wald und Wasser maßgebend, bei Wittenberg die Verkehrslage und Wasserversorgung. Rohstofflager, Verkehr, billiger Grunderwerb und vorhandene Arbeitskräfte begünstigten weiter die Ansiedlung der chemischen Großindustrie vor dem Kriege (Bitterfeld, Eilenburg, Ammendorf) und im Kriege (Leuna, Piesteritz, Reinsdorf, Roßlau), desgleichen von Kraftwerken (Golpa, Kayna, Amsdorf Gröbers) und andern angegliederten Betrieben der Großindustrie. Die allgemeine gewerbliche Belebung und wachsende Bevölkerung der Großstädte, Mittelstädte und ländlichen Industrieorte ließ besonders die Städte an Verbrauchsgüterindustrie für Nahrungsmittel und Hausgeräte sowie an Spezialmaschinenfabriken, Fahrzeugbau, Apparatebau, Elektrotechnik zunehmen. Dieses Anwachsen hat der Braunkohle weiteren Absatz verschafft, während die Rohzuckerindustrie, der Kalibergbau und der alte Mansfelder Kupfererzbergbau mit ihren Verarbeitungsbetrieben seit einiger Zeit zurückgehen.

Im Gebiet südlich der obengenannten Linie überwiegen die sächsisch-thüringischen Gewerbe, die weniger auf den Bodenschätzen als auf billigen bzw. qualifizierten Arbeitskräften beruhen. Ausgesprochene Textilstädte sind Gera und Apolda. In Naumburg, Zeitz und Eilenburg ist vornehmlich Holzverarbeitende Industrie, in Weißenfels Schuhindustrie, in Altenburg Maschinenbau tätig. Leipzig besitzt eine mannigfaltige arbeitsorientierte Spezialindustrie, u.a. die alteingesessene Papierindustrie, Druckerei, Pelzwarenbranche, Gewerbe der Drogen und Farben, Kleiderkonfektion und sonstige Verbrauchsgütergewerbe. Die Orte der Umgebung von Leipzig sind dem gewerblichen Charakter der Großstadt eng verwandt (z.B. Schkeuditz mit Pelzwaren, Eilenburg mit Musikinstrumentenbau). Die Braunkohlenreviere Borna und Meuselwitz, z.T. auch Weißenfels-Zeitz zeigen nicht die starke Verbindung mit Großindustrie wie die nördlichen Reviere; die Veredlung der hochwertigen

Kohle und Umwandlung in elektrische Kraft (Böhlen, Theißen) nimmt im Süden neben dem Kleinabsatz an Brennkohle breiten Raum ein. Für die Verzahnung des nördlichen und südlichen Gebiets kennzeichnend ist das Übergreifen der sächsisch-thüringischen Papierindustrie nach Norden (Elster, Mulde, Saale).

Die Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsstruktur im dargestellten Gebiet, die hier aus großen Zusammenhängen heraus zu betrachten ist, stellt der Planung zwischen einzelnen Gemeinden und zwischen einzelnen Wirtschaftsgebieten ihre ganz besonderen charakteristischen Aufgaben.

20. Bevölkerungsstand der einzelnen Gemeinden vom Jahre 1925 und Bevölkerungswachstum seit 1905

Die Darstellung wurde für die preußischen, anhaltischen und ostthüringischen Gebiete im Originalmaßstab 1:100.000 von der Landesplanung Merseburg bearbeitet. Der westsächsische Ausschnitt ist mit Genehmigung der Landesplanung Westsachsen, Kreishauptmannschaft Leipzig aus deren Bevölkerungskarte entnommen worden.

Die Bevölkerung ist nach den Angaben der amtlichen Volkszählungen dargestellt worden und zwar: ortsanwesende Bevölkerung sämtlicher Gemeinden vom 1.12.1905, Wohnbevölkerung vom 16.6.1925.

Diese Darstellung verfolgt die auf Karte 9 (Maßstab 1:100.000) in dem größeren Zusammenhang Mitteleuropas dargestellte Bevölkerung und Besiedlung bis auf die einzelnen Gemeinden des engeren mitteleuropäischen Planungsbezirks und seiner Nachbargebiete. Die Eintragung der Bevölkerungszahl in den kartenmäßigen Zusammenhang mit den Höhenverhältnissen, den Gewässern, Waldungen, Bahnen, Straßen gibt Aufschluß über den heutigen Stand der Siedlungsstruktur. Fast sämtliche Ortschaften sind ursprünglich als landwirtschaftliche Siedlungen entstanden.

Infolge der Verschiedenartigkeit der Besitzverfassung, der landwirtschaftlichen Betriebsbedingungen, Bodenverhältnisse, Verkehrsverhältnisse u.a.m. ist die Verteilung und Größe der Siedlungen in den südlichen Wald- und Hügellandgebieten wesentlich verschieden von der Besiedlung des Flachlandes der sächsischen Bucht und der anschließenden Gebiete (man vergl. z.B. die Reihensiedlung in den Flußtälern des Flachlandes mit der gleichmäßigen Besiedlung des Hügellandes oder die Ortsgrößen Ostthüringens mit denjenigen der Börde). Die gewerbliche Entwicklung, die sich über das Mittelalter bis zur Neuzeit unter dem Einfluß politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehens allmählich vollzog, - wobei, besonders in der Neuzeit der Aufschwung der Technik, die Schaffung von Verkehrseinrichtungen, die Aufschließung einzelner Bodenschätze und der Wandel der Marktverhältnisse entscheidend mitwirkten, - hat innerhalb der

ursprünglichen Besiedlung erst die jetzt erkennbaren Größenunterschiede der Gemeinden herausgebildet. Städtische, ländliche und halbländliche Siedlungen mit industrieller, bergbaulicher, handelsgewerblicher, landwirtschaftlicher Bevölkerung beleben heute das Bild in mannigfachen Übergangsformen des Siedlungscharakters.

Die jetzige Größe der Orte läßt ihre Bedeutung im Verkehr, im Arbeitsmarkt und im Wohnungsmarkt erkennen. Die dargestellte Zu- oder Abnahme zeigt für die letzten 20 Jahre die Bewegung der Bevölkerung unter dem Einfluß der Wandlungen im Erwerbsleben an. Durch die gewerbliche Aufwärtsentwicklung sind die Wirtschaftsgebiete an den verkehrsgünstigen Bahnen besonders bevorzugt worden:

Magdeburg, Köthen, Dessau-Roßlau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle, Leipzig, Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Apolda, Weimar, Jena, Zeitz und Gera, ebenso die Braunkohlengebiete zwischen Weißenfels-Zeitz-Borna. Die übrigen Gebiete haben sich im allgemeinen nicht weiter entwickelt und sind z.T. erheblich zurückgegangen: die rein landwirtschaftlichen Gebiete mit überwiegendem Großbetrieb, die Orte mit stillgelegter Einzelindustrie, die Kalibezirke und der Mansfelder Kupfererzbezirk.

Wie stark eigentlich die verschiedenen Kräfte der Bevölkerungsbewegung infolge der Wandlungen im Arbeitsmarkt wirksam sind, gibt die Darstellung des Jahres 1925 nur unvollkommen wieder, weil zu diesem Beobachtungszeitpunkte die wachsenden Arbeitsmärkte eine durch Wohnungsmangel stark gehemmte Freizügigkeit vorfanden. Zahlreiche industrielle Arbeitskräfte sind in ihren bisherigen Wohnsitzgemeinden festgehalten worden und haben z.T. unter Zurücklegung weiter Wege ihre Arbeitsstätte aufsuchen müssen. Das Maß des örtlichen Wohnungsbedarfs geht daher aus dieser Darstellung nur zum Teil hervor. Auch deshalb, weil der Wohnungsbedarf sich weniger in der Zunahme der Personenzahl als der Haushaltungen äußert. Die Zahl der Haushaltungen hat sich aber schneller vermehrt als der Personen. Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfs ist also die Zunahme an Haushaltungen bei sämtlichen hier dargestellten Gemeinden mit Bevölkerungszunahme weiter verstärkt zu denken. Andererseits haben eine Entlastung ihres Wohnungsmarktes nur Gemeinden mit erheblicher Bevölkerungsabnahme erfahren. In allen übrigen Gemeinden mit geringerem Bevölkerungsrückgang ist infolge des gewandelten Verhältnisses zwischen der Haushaltung und ihrer Personenzahl der Wohnungsbedarf gewachsen.

21. Tägliche Pendlerwanderungen der Erwerbstätigen zwischen den Wohnorten und wichtigeren Betriebsorten im Jahre 1929

Die Darstellung fußt auf einer Erhebung über die tägl. Berufswanderungen zwischen Arbeitsorten und Wohnorten. Diese Erhebung ist auf Veranlassung der Landesplanung Merseburg vom Stat. Reichsamt anhand der finanzamtlichen Personenstandsaufnahme vom 10. 10. 1929 durchgeführt worden. Der Erhebungstermin liegt zwischen dem Höchststande der Beschäftigung (1927/28) und dem Beschäftigungstiefstand bei Erscheinen dieses Werkes (1931). Inzwischen haben sich die Pendelwanderungen verringert; der Wert der Erhebung liegt jedoch unverändert in der erstmaligen Möglichkeit zur Erkenntnis des Grades der Arbeitsmarktverflechtung, der verschieden stark wirkenden Anziehungskraft einzelner ländlicher und städtischer Gewerbeorte- und Gruppen auf die Bevölkerung der einzelnen Wohngebiete.

180.000 Pendler wanderten im Herbst 1929 täglich von 2.113 Wohnorten zu 1.096 Arbeitsorten. Brennpunkt der Pendelwanderungen waren etwa 34 Betriebsorte mit mehr als 1000 Zuwanderern täglich, darunter die Betriebsorte Leipzig mit 29.000, Leuna 16.500, Magdeburg 8.000, Halle 7.500, Wolfen 7.200, Bitterfeld 5.400, Dessau 4.000 Zuwanderern. Von den insgesamt erfaßten Betriebsorten mit Zuwanderern sind hier nur 73 Orte bzw. Ortsgruppen mit täglich mehr als 500 Zuwanderern dargestellt. Die Kreisflächen entsprechen der Gesamtbeschäftigtenzahl der Betriebsorte; ihr Größenverhältnis zueinander und zu den Wanderungsströmen zeigt, daß Städte wie Naumburg, Bernburg, Köthen, Aschersleben, Altenburg nur geringe Anziehungskraft haben und den Hauptteil ihrer Arbeitnehmer aus der Ortsbevölkerung entnehmen, im Gegensatz zu Wittenberg, Dessau, Leipzig, Halle und besonders zu den ländlichen Industrierevieren Leuna, Bitterfeld, Wolfen, Piesteritz-Reinsdorf, Mansfeld, Luckenau, Meuselwitz, Born bei denen die Zuwandererströme den Betriebsort in dichten Massen umgeben. Der obere mit Ringlinie eingefasste Sektor jedes Betriebsorts stellt den Anteil der am Ort wohnenden Bevölkerung dar, die übrigen Sektoren zeigen den Anteil derer, die täglich von außerhalb zuwandern und dabei eine Wegzeit von 0- $\frac{1}{2}$ Stunde, $\frac{1}{2}$ -1 Stunde und über 1 Stunde zurücklegen, - bei der Annahme, daß der Arbeitsweg mit Eisenbahn und Fahrrad zurückgelegt wird. Der Anteil der Pendelwanderer mit weiten Wegen wächst bei den ländlichen Gewerbeorten, wo der Hauptbedarf aus mehr oder weniger abgelegenen Groß- und Mittelstädten gedeckt wird; so sind z. B. Halle, Merseburg, Weißenfels, Naumburg Wohnstädte für Leuna, Dessau für Wolfen, Wittenberg für Piesteritz-Reinsdorf. Die Mittelstädte und Bergbaugebiete ergänzen ihre Arbeiterschaft aus der näheren ländlichen Umgebung, während die Großstädte mit großem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, besonders Angestellten, ihr Einzugsgebiet auf die Vororte sowie auf die Mittelstädte und Kleinstädte der weiteren Umgebung ausdehnen. - Durch den Verkehr der Eisenbahnen bedingt, ergeben sich ausgeprägte Wanderungsketten in den Wechselbeziehungen der einzelnen Arbeitsmärkte, es zeigen sich aber auch wanderungsschwache Räume und isolierte Arbeitsmärkte. Die

Pendelwanderungsströme sind in Sammellinien von 20 und mehr Arbeitern dargestellt, deren Einzellinien von den Wohnortgruppen der näheren Umgebung ausgehend zu denken sind. - Die Pendelwanderungen sind meist die Vorstufe der Wohnansiedlungsbewegung. Es läßt sich eine Stufenwanderung feststellen, die zunächst von den ausgesprochen ländlichen in die halbländlichen Gebiete mit Bergbau oder Ortsindustrie geht und von hier aus den reinen Industrieorten und Großstädten zustrebt. - Auch die verschiedene berufliche und soziale Struktur der auf Sammellinien vereinigten Pendlermengen ist für die siedlungspolitische Bewertung der Darstellung beachtenswert.

22. Verkehrsplan für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk und die angrenzenden Gebiete

Der Verkehrsplan wurde aufgestellt von der Landesplanung Merseburg und der Straßenverwaltung der Provinz Sachsen, unter Mitwirkung der Reichsbahndirektion Halle, der Elbstrombauverwaltung, der Landesplanungen Magdeburg, Westsachsen-Leipzig und Ostthüringen, sowie der Städte Dessau, Halle, Leipzig und Magdeburg.

Der Verkehrsplan zeigt das gegenwärtige und das künftige Zusammenwirken der Verkehrswege im Raume des mitteldeutschen Planungsgebiets und seiner einzelnen Teile. Die gemeindliche Planung von Ortsverkehrsflächen, Gewerbeflächen und Wohnflächen ist durch dieses Verkehrsnetz bedingt. Ziel der Planung ist, den Raum für die Erweiterung und Verlegung von Straßen und Bahnen, für Anlage von Kanälen und Anfluggelände der Flugplätze gegen Verbauung zu sichern. Der Abbau der Braunkohle stellt hierbei örtlich besondere Aufgaben.

Die Verkehrsstraßenplanung enthält im vorliegenden Gebiet sämtliche Straßen größerer Verkehrsbedeutung (die Hauptverkehrsstraßen einschließlich Reichsfernstraßen und die Straßen erster Ordnung). Für das Gebiet der Landesplanung Merseburg sind außerdem die Straßen geringerer Verkehrsbedeutung (zweiter Ordnung) eingetragen worden.

23. Plan der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk in den angrenzenden Gebiete

Der Plan wurde aufgestellt von der Landesplanung Merseburg unter Mitwirkung der Landesplanungen Magdeburg, Westsachsen-Leipzig u. Ostthüringen sowie der Städte Dessau, Halle, Leipzig und Magdeburg.

Vorliegender Übersichtsplan soll den Zusammenhang der gegenwärtigen und künftigen Verteilung der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen darstellen. Die geplanten Gewerbe- und Wohnflächen entsprechen einem Höchstbedarf der nächsten 30 Jahre. Ihre örtliche Lage ändert sich mit den Standortbedingungen. Für die nähere

Zukunft sind nur Teile der geplanten Flächen zum Aufschluss durch Baustufen- und Fluchtlinienpläne bestimmt. – Die jetzige Bebauung ist teils aus dem Unterdruck ersichtlich, soweit dieser dem gegenwärtigen Stand entspricht, teils ist sie in den als geplant ausgewiesenen Flächen enthalten. – Die Lage der Industrie- und Wohngebiete zueinander soll den künftigen siedlungstechnisch erwünschten Zustand zeigen. Gegenwärtig schließen die vorhandenen Wohnflächen das Mischgebiet ein, enthalten also schädliche Industrie; die geplanten Wohnflächen enthalten dagegen außer dem reinen Wohngebiet nur Mischindustrie mit Kleingewerbe und Geschäftsgebiet. In den Wirtschaftsplänen sind die einzelnen Flächennutzungsarten planteknisch voneinander unterschieden.

Gewerbestandorte: Der Mittellandkanal nebst Südflügel begünstigt die gewerbliche Ansiedlung an der Elbstrecke Magdeburg-Dessau-Wittenberg sowie an der Saale-Elster-Strecke Bernburg-Staßfurt-Halle-Merseburg-Leipzig. Außer der Lage zum Wasserweg ist die stärkere oder schwächere Begünstigung einzelner Orte und Gebiete durch Bahn- und Straßenverkehrslage, durch die Wasserversorgung aus Urstromtälern und durch die Lage zu den Verbraucherorten der Bevölkerung für die gewerbliche Ansiedlung bestimmend.

Wohnflächen: Die Entwicklung der Wohngebiete wird sich zweckmäßig weiter im Anschluss an die bisherigen Stadtkörper und an die günstigen Gewerbestandorte vollziehen, wobei eine dezentralisierte Besiedlung der Ortschaften in der Einstundenlage zu mehreren Gewerbezentren erstrebt wird. – Die Einstundenzone eines Gewerbeortes umschließt sämtliche Wohnorte, von denen aus die Erwerbstätigen bei Benutzung der Bahn in höchstens eine Stunde zur Arbeitsstätte gelangen können. Wohnorte, die von mehreren Zonengrenzen umschlossen werden, sind demnach arbeitsmarktlich besonders günstig gelegen. – Die Wohnflächen sind in diesem Plane nur für Wohnorte mit vorwiegend gewerblicher Bevölkerung und für Wohnortgruppen mit mehr als 2000 Einwohnern eingetragen worden.

Grünflächen: Größere Waldflächen für öffentliche Erholung besitzt lediglich das Gebiet Dessau-Wittenberg-Bitterfeld, das Mansfelder Land, das Unstrutgebiet, Ostthüringen und das sächsische Mittelgebirgsland. Im Elster-Saale-Gebiet ist dagegen der Bestand an Waldflächen überaus gering. Hier gewinnen daher die Talniederungen (natürliche Überschwemmungsgebiete und angrenzende Niederungsgebiete) erhöhte Bedeutung für die Volkserholung und die Wasserwirtschaft. Dargestellt sind ferner für Preußen und Anhalt die geschützten landschaftlich hervorragenden Gegenden sowie die größeren Naturdenkmalschutzgebiete.

24. Überlandnetz der Elektrizitäts- und Gasversorgung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk in den angrenzenden Gebiete

Dargestellt ist das vorhandene Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetz; projektierte Leitungen sind nur zum Teil angegeben. Die Karte gibt einen Überblick über die heutigen Versorgungsgebiete der einzelnen Unternehmungen, die sich aus dem regional und zeitlich verschieden stark aufgetretenen Versorgungsbedürfnis schrittweise herausgebildet haben. Fördern auf die Versorgung mit Elektrizität wirkte

in neuerer Zeit die Gründung von Großkraftwerken auf der Braunkohle; der Bau der Stromverteilungsnetze ist fast abgeschlossen. Dagegen ist der Bau von Ferngasleitungen erst seit einigen Jahren im Gange.

Die Versorgungsnetze stellen der Landesplanung besondere Aufgaben:

- 1. Schutz der vorhandenen Leitungen vor baulichen Anlagen, die Störungen der Versorgungen mit sich bringen könnten oder eine spätere Ausbreitung des örtlichen Verteilungsnetzes erschweren würden.*
- 2. Erleichterung des Baues von Fernleitungen durch Einpassung der Leitungsprojekte in die Wirtschaftspläne der Landesplanung (richtige Lage der Leitführung zum Baugebiet, Kohlegebiet, Verkehrsanlagen u.a.m.), wodurch eine Entlastung der Leitungsbaukosten möglich ist.*

Wirtschaftspläne

25. Wirtschaftsplan Wittenberg-Piesteritz und Umgebung

Die Stadt Wittenberg, ursprünglich als Marktsiedlung an der Handelsstraße Magdeburg-Lausitz-Schlesien entstanden, später als Festung am Elbübergang ausgebaut, gilt gegenwärtig wegen ihrer Verkehrslage am Elbstrom und am Kreuzungspunkt zweier bedeutender Bahnlinien als günstiger Gewerbestandort. In und bei Wittenberg haben sich in neuerer Zeit chemische Großbetriebe und Verbrauchsgüterindustrien niedergelassen und das Erwerbsleben von Stadt und Landkreis gefördert. Weitere örtliche Industrien nordwestlich von Wittenberg stützen sich auf größere Lager von Sanden und Tonen, auf die nahen Braunkohlenlager und benutzen die Vorteile des Wasserweges. Im Wirtschaftsplan werden folgende Flächennutzungen vorgeschlagen:

Industrieflächen für künftigen Bedarf können teils westlich von Wittenberg in Nachbarschaft der Bodenschätze, teils an Stichkanälen westlich und östlich der Stadt angelegt werden.

Städtische Mischgebiete sind innerhalb des alten Festungsgebiets an der Eisenbahn und den Ausfallstraßen ausgewiesen.

Die städtischen Wohngebiete geschlossenerer Bebauung werden durch Wohngebiete mit offenerer Bebauung in den Randgemeinden ergänzt. Beide dienen vornehmlich dem Bedarf der Industriearbeiterschaft, die in der Stadt Wittenberg, in Werkssiedlungen und in benachbarten ländlichen Gemeinden wohnt. Besonders zu schützen sind wertvolle alte gärtnerische Siedlungen - speziell für Blumen- und Gemüsebau - in den moorigen Niederungen der Umgebung.

Im Westen der Stadt werden die Industrieflächen durch ausgedehnte Grünflächen von den Wohnflächen getrennt.

26. Wirtschaftsplan Dessau-Roßlau-Zerbst

1 : 50.000

Im Wirtschaftsgebiet von Dessau und Umgebung ist eine rege wirtschaftliche Entwicklung beiderseits der Elbe im Gange, die durch den Mittellandkanal weiter gefördert werden wird. Inmitten fruchtbarer Landwirtschaft und in Nachbarschaft bedeutender Industriegebiete liegt die anhaltische Landeshauptstadt Dessau mit Industrien der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Metallwaren, des Flugzeug- und Apparatebaues (u.a. Junkers Flugzeuge), der Spezialmaschinenindustrie und der Holzindustrie. Rosslau weist chemische Werke, Porzellanindustrie und Holzindustrie auf. Zerbst hat Gemüsebau, Veredlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Eisen- und chemische Industrie, sowie arbeitsorientierte feinmechanische Gewerbe; es ist Hauptsitz der deutschen Thermometerindustrie. Neue Industrieflächen sind östlich der Mulde und am nördlichen Elbufer westlich Rosslau freizuhalten; letztere sollen der späteren Ansiedlung von Industrien mit großem Flächenbedarf dienen, die hier in bester Frachtlage zu den einheimischen und überseeischen Rohstoffen und zu den benachbarten Arbeitsmärkten nach Durchführung des Mittellandkanals einen vorzüglichen Standort finden. Auf diese künftige Entwicklung ist auch die Wohnflächenplanung teilweise eingestellt. Gegenwärtig gehören Rosslau, Zerbst und die westlichen Gemeinden zu den Hauptwohnsitzgemeinden der Dessauer Arbeitnehmer, während ein großer Teil der Dessauer Wohnbevölkerung seinen Erwerb im nahen Bitterfelder Industriegebiet findet.

Die günstigsten Wohnflächen liegen landschaftlich reizvoll an der Elbe- und Muldeniederung sowie bei den südlich und westlich vorgelagerten Waldungen.

27. Wirtschaftsplan Bitterfeld und Umgebung

Im Wirtschaftsgebiet Bitterfeld liegen zwei Braunkohlenflöze übereinander. Das obere liegt sehr flach und wird daher großflächiger und schneller abgebaut. Die Braunkohle beliefert Großbetriebe der Chemie, Elektrizitätskraftwerke, Papierindustrie und Betriebe der Steine und Erden. Für die Ansiedlung der chemischen Großindustrie war neben der Braunkohleversorgung ein billiger Grundstückserwerb, Grundwasserströme und Bahnverkehrslage entscheidend. Durch die Ansiedlung gewerblicher Arbeiter sind die Gemeinden stark gewachsen. Neue Wohnflächen werden außerhalb der Braunkohlevorkommen und auf wiedereingeebnem Tagebaugelände offengehalten. Die vorhandenen Wohnflächen auf Braunkohle werden entweder nicht erweitert oder fallen dem Bergbau zum Opfer. Die Industrieflächen liegen in großflächiger Vereinigung westlich und nördlich von Bitterfeld. Diese der Windrichtung nach ungünstige Lage ist historisch bedingt. Teils wird versucht, die Industrie durch Grünflächen von den Wohnflächen zu trennen. Die wichtigen Verkehrsanlagen, Bahnen und Straßen, bleiben bei fortschreitendem Kohleabbau auf Pfeilern stehen, die weniger wichtigen werden verlegt.

28. Wirtschaftsplan Hetstadt-Sandersleben sowie

29. Entwässerungsplan des Gebietes oberhalb Hettstedt

In dem Gebiet zwischen Eisleben und Hettstedt wird seit 100 Jahren der Mansfelder Kupfererzbergbau betrieben, auf dem heute noch das Erwerbsleben der Bevölkerung am Ostrand des Harzes beruht. Innerhalb des Ausgehenden des Kupferschieferflözes sind die kleinen Schutthalden der ersten Gruben der mittelalterlichen Gewerke noch sichtbar. Gegenwärtig wird der Kupferschiefer südöstlich der dargestellten Gebiete im Tiefbau gefördert und auf Grubenbahnen nach Großörner und Burgörner geschafft. Hier befinden sich die Betriebe der Kupfergewinnung und -verarbeitung, in denen z.T. auch eingeführte Rohstoffe verhütet werden. Erhebliche Flächen sind durch riesige Schlackenhalde belegt. Die Wohnflächen der Arbeiterschaft liegen teils in den Betriebsgemeinden, teils in der benachbarten Stadt Hettstedt und in den preußischen und anhaltischen Gemeinden der Umgebung. Mit Rücksicht auf das Bergklima liegen die Wohnflächen größtenteils windgeschützt in Tälern. Da der Fortbestand des Mansfelder Kupferschieferbergbaues durch das anhaltende Sinken des Weltmarktkupferpreises gefährdet ist, werden die ausgewiesenen Wohnflächen in absehbarer Zeit nur in geringem Umfange beansprucht werden und durch Pachtgartenflächen an geeigneter Stelle zu ersetzen sein.

Dadurch würde der größtenteils im Eigenhaus hier ansässigen Bevölkerung, die allmählich ihre Arbeitsgelegenheit einbüßt, ihre Ernährungsgrundlage erhalten bzw. erweitert werden. Die Führung der Verkehrsstraßen, die auch dem lebhaften Harzreiseverkehr dienen, bedarf innerhalb der eng gedrängten Ortslagen des Wippertales zahlreicher Verbesserungen. In Hettstedt und dem anhaltischen Sandersleben wird die Anlage größerer Umgehungsstraßen notwendig. Die eng verbundenen Ortslagen bedürfen ferner einer gemeinsamen Kanalisation mit verschiedenen Kläranlagen für die Abwässer der Gewerbeflächen und Wohnflächen. Das Projekt paßt sich den Planabsichten des Wirtschaftsplanes an.

30. Gesamtsiedlungsplan für das engere Hallische Wirtschaftsgebiet

Ohne Text

31. Wirtschaftsplan Schkeuditz und Umgebung

1 : 10.000

Die Stadt Schkeuditz, in unmittelbarer Nachbarschaft der sächsischen Großstadt Leipzig, ist mit dieser wirtschaftlich eng verbunden.

Es findet beiderseits ein reger Austauschverkehr an Arbeitskräften statt, wobei Schkeuditz überwiegend Wohnsitzgemeinde ist. Eine Anzahl von typischen Leipziger Gewerben, besonders der Pelzwarenbranche, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie der Holzverarbeitung sind hier ansässig.

Erhöhte Bedeutung hat Schkeuditz durch den Flughafen Halle-Leipzig, dessen Einflugbereich sich auf fast ganz Mitteldeutschland erstreckt. Der Hafen hat den starken Spitzenverkehr der Leipziger Messen aufzunehmen und soll später Imstande sein, den Flughafen Berlin-Tempelhof zu entlasten. Zur Sicherung des Anfluges sind im Wirtschaftsplan um die Rollfeldgrenze Schutzzonen von 0,5 bis 1,5 km vorgesehen.

Die Nachbarschaft von Sachsen und Leipzig ergibt für Schkeuditz eine Reihe zwischenstaatlicher und –gemeindlicher Aufgaben größerer Bedeutung. Die geplanten Verkehrsstraßen berücksichtigen besonders die Anschlüsse an die Reichsfernstraßen, an die geplante Kraftwagenbahn Leipzig-Halle und an den Flughafen. Die Weiterführung der bestehenden Oberlandbahn Leipzig-Schkeuditz bis zum Flughafen ist dargestellt. In das Verkehrsliniennetz hängen sich die Bauflächen als Industriegebiet, Mischgebiet und Wohngebiet ein. Die natürlich baubeschränkten Überschwemmungsflächen der Elsteraue gewinnen für die Bevölkerung des gesamten Gebiets steigende Bedeutung als Erholungsflächen. Ihre landwirtschaftliche Ausgestaltung ist eng verbunden mit der Vorflutreinhaltung und Regulierung der Elster.

32. Arbeitsstätten und Wohnorte der Erwerbstätigen im Wirtschaftsgebiet Merseburg-Leuna-Geiseltal

Ohne Text

33. Wirtschaftsplan des westlichen Geiseltals

Im Geiseltal bei Merseburg, auf einer Fläche von etwa 5.000 ha., liegen etwa 1 Milliarde von 9,4 Milliarden to. der gesamten Braunkohlenvorräte Mitteldeutschlands in einer Flözmächtigkeit bis zu 90 m und mehr. Rohbraunkohle wird an die Ortsindustrie der angeschlossenen Brikettwerke, ferner an die Zuckerfabrik Stöbnitz, das Großkraftwerk und die Maschinenglasfabrik in Kayna sowie das Leunawerk durch Werksbahnen, an die Industrien der Umgebung mittels der Reichsbahn geliefert. Auf weitere Strecken und für den Hausbrand kommt brikettierte Kohle zum Versand. Neue Industrieflächen werden für ähnliche Betriebe in Nachbarschaft der jetzigen Werke und bei Frankleben im Südwesten von Merseburg vorgesehen. Die Mächtigkeit des Kohlevorkommens lohnt den Abbruch und die Verlegung von vorhandenen Bahnen, Straßen und Straßenbahnen. Vorflutern, Baulichkeiten und ganzen Ortschaften. Abbruch und Verlegung erfolgen abschnittsweise entsprechend dem Vordringen der einzelnen Gruben. Die Landwirtschaft, auf die jetzt noch eine Bevölkerung von etwa 10.000 unter 83.000 Geiseltalbewohnern

insgesamt entfällt, wird ausgekauft und wandert allmählich ab. Mit fortschreitendem Abbruch der alten Ortslagen werden daher neue Wohnflächen nur für den Bedarf gewerblicher Arbeiter sowie für Versorgungsgewerbe notwendig. Diese Flächen liegen am Südrand und Ostrand des ausgehenden der Braunkohle, zu wenigen größeren Siedlungen zusammengefaßt, und sind jetzt schon größtenteils mit Werkssiedlungen einzelner Bergwerksgesellschaften bebaut. Andere Orte, wie St. Ulrich, Stöbnitz, Crumpa und Bedra, bewahren ihren landwirtschaftlichen Charakter. Umgemeindungen sind bereits im Sinne der Planbearbeitung erfolgt. - Der gegenwärtige Zustand (1931) des gesamten Wirtschaftsgebietes nach dem Abschluß der jüngsten raschen Aufwärtsentwicklung wird durch den seit 1924 nicht berichtigten Unterdruck nur teilweise wiedergegeben.

34. Wirtschaftsplan Weißenfels

Die Stadt Weißenfels liegt an der Eingangspforte zur thüringischen Landschaft und sammelt den Verkehr der Eisenbahnen und Straßen zwischen Halle-Leipzig einerseits und Ost- und Mittelthüringen andererseits. Die Bedeutung von Weißenfels in dieser günstigen Fernverkehrslage wird durch seine örtlichen Beziehungen gesteigert. Die es inmitten einer reichen, größtenteils mittelbäuerlichen Landwirtschaft und in Nachbarschaft des südöstlichen Braunkohlenreviers sowie des nördlichen Wirtschaftsgebiets Merseburg-Leuna-Geiseltal einnimmt. Die Wohnbevölkerung findet ihren Erwerb teils in der historischen Leder- und Schuhindustrie, teils in örtlicher Papierindustrie, in eisenverarbeitender Industrie, im Braugewerbe, Versorgungsgewerbe aller Art und in lebhaftem Handel. Größere Teile der Weißenfelser Wohnbevölkerung sind auch im nördlich gelegenen Leunawerk tätig, geringere Teile finden ihren Erwerb in Leipzig, Naumburg, Merseburg, Halle, Zeitz, im Braunkohlenbergbau des Geiseltals und in den südlichen Kohlenrevieren von Hohenmölsen und Luckenau. An das Mischgebiet der Innenstadt schließen sich Wohnflächen in offenerer Bebauung auf den Hängen südlich der Saale an. Das flachere Gelände im Norden, im Anschluß an die Bahn und an das bestehende Mischgebiet mit größeren gewerblichen Anlagen bietet für zukünftige Industrie geeigneten Raum. In Weißenfels gabeln sich die Straßen, die aus dem Saaletal nach Leipzig und Halle führen; eine weitere Hauptstraße zweigt nach Süden in Richtung Plauen und Fichtelgebirge ab. Mit Rücksicht auf die bereits weit vorgeschrittene Verbauung und das bewegte Gelände ist für die Zukunft im Südwesten eine Umgehungsstraße in großem Bogen geplant, ähnlich der weitausholenden Schleife der Eisenbahn Zeitz-Weißenfels.

35. Wirtschaftsplan Zipsendorf-Meuselwitz und Umgebung

Meuselwitz, Zipsendorf und Umgebung gehören zu den ältesten mitteldeutschen Braunkohlenrevieren. Noch stärker als im Bitterfelder

Revier wechseln hier die gleichen Flächen ihre wirtschaftliche Nutzung. Unter Flächen, die früher bereits im Tiefbau und im Tagebau abgebaut worden sind, werden tiefere Braunkohlenflöze nach neueren wirtschaftlichen Methoden nochmals aufgeschlossen. Erschöpfte Tage- und Tiefbaufelder werden für Wohnzwecke nutzbar gemacht. Gemeinsam für die Gemeinden Zipsendorf und Meuselwitz muß die Lage von Wohnflächen, Grünflächen, Verkehrsstraßen und Kanalisationsanlagen im Einvernehmen mit dem Bergbau dem Fortschritt der Tagebauten und Tiefbauten angepaßt werden. Die wichtigen Verkehrsanlagen, insbesondere Bahnen, bleiben auf Sicherheitspfeilern bestehen. Straßenverlegungen werden in ihrer künftigen Linienführung mit den notwendigen Umgehungsstraßen zu verbinden sein. Gelände für spätere Industrieansiedlung ist zwangsläufig im Westen beider Orte im Anschluß an die Zeitzer Bahn gegeben. Da Zipsendorf preußisch und Meuselwitz thüringisch ist, bedarf es, wie dies bei der Planbearbeitung geschehen ist, auch bei der Durchführung einer zwischenstaatlichen Verständigung. - Beide Orte sind Wohnsitze für zahlreiche Bergbauarbeiter der benachbarten Grubengebiete und unterhalten einen regen Austausch von Arbeitskräften mit den Nachbarstädten Zeitz, Altenburg, Rositz. Die Stadt Meuselwitz hat eine bedeutende Fabrikation von Porzellanen, Installationsmaterial, Baumwollwebstoffen, Steinbearbeitungsmaschinen, Förderanlagen und sonstige Spezialindustrien; Versorgungs- und Handelsgewerbe dienen dem Bedarf der dichten bergbaulichen Gebietsbevölkerung.

36. Wirtschaftsplan Corbetha-Spergau-Dürrenberg

Corbetha liegt an der wichtigen Eisenbahngabel der Linien aus Richtung Weißenfels nach Halle und Leipzig, ist aber erst durch den Zuzug von Arbeitnehmern des nahen Leunawerkes lebhafter gewachsen, ebenso wie seine Nachbargemeinden Wengelsdorf und Spergau. Ein großer Teil der Arbeitnehmer ist außerhalb der nördlich gelegenen Werkssiedlung Leuna in Bad Dürrenberg angesiedelt worden. Dieses Soolebad mit seinen landschaftlich schönen Kuranlagen wird von der einheimischen Industriebevölkerung und von Leipziger Einwohnern in steigendem Maße aufgesucht. Die Soolequellen Dürrenbergs werden durch eine staatliche Saline ausgebeutet. Bei Spergau und Corbetha treten verarbeitende Industrien von Glassand- und Kaolinlagern auf. Die Umgebung zeigt hochentwickelte Landwirtschaft. Künftige Industrieentwicklung findet geeignetes Gelände im Norden im Anschluß an die bedeutenden Eisenbahnlinien und an die Reserveflächen des Leunawerkes. Ferner ist die Führung der wichtigeren Straßen unter Vermeidung der engen dörflichen Ortslagen und die Freihaltung dieser Verkehrsflächen eine dringende Aufgabe. Geplante Wohnflächen sind an den zum Bahnverkehr gleich günstig gelegenen Orten Corbetha und Dürrenberg zusammengefaßt. Landschaftsgestaltung und weitere Erschließung des Saaletals unter Berücksichtigung der Kanalisierungspläne ergänzen die hier vorhandenen Planungsaufgaben.

37. Wirtschaftsplan Zeitz und Umgebung

In der Stadt Zeitz und ihren Vororten sind Textilbetriebe, Kinderwagenindustrie, Metallwaren- und Maschinenfabriken, Klavierfabriken und Nahrungsmittelindustrie aller Art (Zucker- und Schokoladenfabriken) ansässig. Mit dieser typischen Verbrauchsgüterproduktion, die sich wesentlich auf eingesessene qualifizierte Arbeitskräfte stützt, trägt das Zeitzer Gewerbe den Charakter des sächsisch-thüringischen Gewerbegebiets. Zwischen der Stadt, den Vororten und den Braunkohlengebieten der Umgebung, besonders im Weißenfelser Revier, findet ein reger Austausch an Arbeitskräften statt; ein Teil sucht täglich entferntere Arbeitsstätten auf, u. a. die Großstadt Leipzig. Das lebhafte Wachstum der Stadt Zeitz rechtfertigt die Ausweisung neuer Industrieflächen am nördlich gelegenen Bahnhof, in Nachbarschaft der Braunkohle und an dem projektierten Kanal Leipzig-Gera, dessen Verwirklichung z. Zt. noch ungewiß ist. Die neuen Wohnflächen zeichnen sich durch vorzügliche Lage im südöstlichen Hügelland aus und werden durch Grünflächen in den Talfalten stark aufgelockert. Die Planung der notwendigen Umgehungsstraßen und ihrer zweckmäßigen Verbindung mit den vorstädtischen Gebieten wird durch das bewegte Gelände und durch die bereits vorhandene Bebauung erschwert. Die landschaftlichen Vorzüge der Gebiete im Süden und Westen der Stadt erfordern besondere Pflege. - Im Gegensatz zu Weißenfels erstreckt sich der Entwicklungsplan von Zeitz auf eine Anzahl von Vorortgemeinden, die an Industrie und Bevölkerung in raschem Wachstum begriffen sind, besonders Aue und Rasberg; die einheitliche Durchführung des Geplanten ist hier eine wichtige zwischengemeindliche Aufgabe.

38. Wirtschaftsplan Naumburg-Kösen-Freyburg

Die Umgebung von Naumburg, Bad Kösen und Freyburg ist wegen ihrer landschaftlichen Reize das besuchteste Erholungsgebiet der gewerbereichen sächsischen Bucht. Die Rentnerstadt, Behördenstadt und Schulstadt Naumburg ist gleichzeitig das Kultur- und Wirtschaftszentrum einer größeren preußisch-thüringischen Umgebung. Industrieanlagen sind hier nur in geringem Umfange, hauptsächlich von der Holz- und Textilindustrie vorhanden. In jüngerer Zeit begeben sich aus Naumburg zahlreiche männliche Arbeitnehmer täglich nach dem bei Merseburg gelegenen Leunawerk und weibliche Arbeitnehmer in die Apoldaer Textilindustrie. Bad Kösen besitzt wegen seiner Bäder und seiner Burgenlandschaft große Anziehungskraft. Freyburg betreibt hauptsächlich Obstbau und Winzerei. Industrien der Steine und Erden, besonders Kalk- und Zementwerke, gewinnen und verarbeiten die vorhandenen Bodenschätze des Saale- und Unstruttales. - Die Aufgabe des Wirtschaftsplanes besteht im Schutz der Weinberghänge der Saale und Unstrut gegen planlose Besiedlung durch Wochenendhäuser und in der

Pflege und Erschließung der landschaftlichen Schönheit des Gebiets.- Der Verkehrsaufschluß des Erholungsgebiets ist durch eine Fernstraße auf dem nördlichen Saaleufer geplant, die gleichzeitig zur Entlastung der alten Ortsdurchfahrten der Talstraße dienen soll.

39. Entwicklungsplan für die Stadt Magdeburg und ihr Einflußgebiet

1 : 50.000

ENTWURF: STADTERWEITERUNGSAMT MAGDEBURG 1931.

Magdeburg ist entstanden als Brückenort und als nordöstlichste Randstadt der Ausläufer des Mittelgebirges, Ausfallstor nach Osten und Stützpunkt der Ostgrenzbefestigung (bis 1900) unmittelbar neben dem fruchtbaren Hinterland der Börde, einer Lößhügelkette, die beste Böden und klimatische Vorzüge aufweist. Der Anbau von Weizen, Zuckerrüben, Gemüse und Handelsgewächsen wird hier von einer intensiven Landwirtschaft betrieben. Das Straßennetz alter Handelswege vereinigt sich in einem Elbübergang, der durch das Niederungsdelta der Elbe (Zusammenfluß mit dem Breslauer Urstromtal) geschützt wurde. Aus dem Dreißigjährigen Kriege ging die reiche Stadt gänzlich zerstört hervor. Trotz der weitsichtigen Vorschläge Otto v. Guericke für die Neubebauung blieb leider die Enge der mittelalterlichen Straßenzüge in der Altstadt bestehen. Sie wurde bis ins 19. Jahrhundert durch den immer stärker werdenden Festungsgürtel fixiert; dessen Aufhebung ermöglichte jedoch die Ausgestaltung eines willkommenen Grünringes.

Im 18. Jahrhundert bereits war eine blühende Textilindustrie und Tabakfabrikation in Magdeburg ansässig. Sie wurde um 1830 durch die neue Industrieentwicklung der Stadt abgelöst, die mit der Anlage von Werften und Maschinenfabriken für die Dampfschiffahrt, später auch für den Bergbau und die landwirtschaftliche Verarbeitungsindustrie einsetzte. Südwestlich von Magdeburg, in etwa 20 bis 30 km Abstand ziehen sich in weitem Bogen ausgedehnte Braunkohle-, Erz- und Salzreviere hin, ergänzt durch eine bedeutende landwirtschaftliche Veredelungsindustrie und Betriebe der Gesteine und Erden. Auf den technischen Bedarf dieser Produktionszweige und der Landwirtschaft ist die heutige Magdeburger Industrie vornehmlich eingestellt; sie ergänzt sich durch bedeutende Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Der Magdeburger Handel ist der Großversorger der gewerblichen Bevölkerung der Umgebung, insbesondere des Nordharzes und seines Vorlandes, aber auch großer Teile des Elbgebietes und des weiteren Mitteldeutschlands. Im Zucker- und Getreidegroßhandel Deutschlands nimmt Magdeburg eine führende Stelle ein, gefördert durch die Lage am Elbstrom und durch die Verbindungslage einerseits zwischen den nördlichen Einfuhrhäfen und Mitteldeutschland, andererseits zwischen Berlin und Westdeutschland.

Die Bahnanlagen am Elbufer, die jetzt die Stadt von der Elbe abtrennen, können und müssen fortfallen. Sie sind ein Rudiment der ersten alten Bahnstrecke, die sich außerhalb der Stadtwälle halten mußte. Die Umlegung der Bahn, die nach Aufgabe der inneren Befestigung den Glacisring im Westen benutzte, hat für die Stadtentwicklung eine neue Erschwerung geschaffen; die Ostwestverbindungen werden durch den Bahnkörper stark behindert. Eine Verlegung des an den Hauptbahnhof angeschlossenen Güterbahnhofs nach Nordwesten ist erstrebenswert. Der starke Durchgangsverkehr Magdeburgs macht ein Umgehungsstraßensystem notwendig, das in Ansätzen schon vorhanden ist. In dem nördlichen Niederungsgebiet zwischen der Trasse des Mittellandkanals und den bisherigen Häfen wird ein umfangreiches neues Industrie- und Hafengelände erschlossen. Die Zukunftsaufgabe der Stadt ist der Ausbau dieses Industriekomplexes im Norden der Stadt. Die Elbehäfen erhalten durch einen Abstiegskanal und ein Schiffshebewerk Verbindung mit dem Mittellandkanal. Magdeburg bekommt dadurch einen neuen wirtschaftlichen Faktor, der seine Stellung als die eines nördlichen Kernpunktes der mitteldeutschen Industrie befestigen wird.

Die Bevölkerung, von der über die Hälfte in der Industrie und ein Drittel im Handel tätig ist, stellt eine besonders hochqualifizierte Arbeiterschaft. Als unmittelbares Einflußgebiet der Stadt ist der Elbestreifen bis Schönebeck und die Orte im 10-Kilometer-Umkreis anzusehen. Nach dem Plan würden hier etwa 800.000 Einwohner Platz finden.

Die Industrie folgt dem Elblauf und den Außenbahnen. Der Komplex Westerhüsen/Buckau umfaßt hauptsächlich Schwerindustrie und chemische Industrie. An der Braunschweiger Bahn zwischen Sudenburg und Wilhelmstadt liegen der Schlacht- und Viehhof und eine große Metallwarenfabrik. Obwohl die Rauch- und Geruchsbelastigungszone nach Westen nur wenig Wohngebiet überdeckt, wäre Umlegung erwünscht. Vorläufig ist das Gebiet so eingeriegelt, daß keine größeren Erweiterungen möglich sind. Ähnlich liegt es bei einem kleinen Gebiet östlich der Friedrichstadt an der Strecke der alten Berliner Bahn, das außerdem schlechte Verkehrsverbindungen hat. Ein neuerer Industriekern zwischen alter und neuer Neustadt enthält Groß- und Kleinbetriebe, Brauereien usw. Er ist ausbaufähig und hat Anschluß an das alte und neuerschlossene Hafengebiet, in dessen nördlicher Verlängerung die neuen Großindustrien unter sehr günstigen Standortsbedingungen angesiedelt werden.

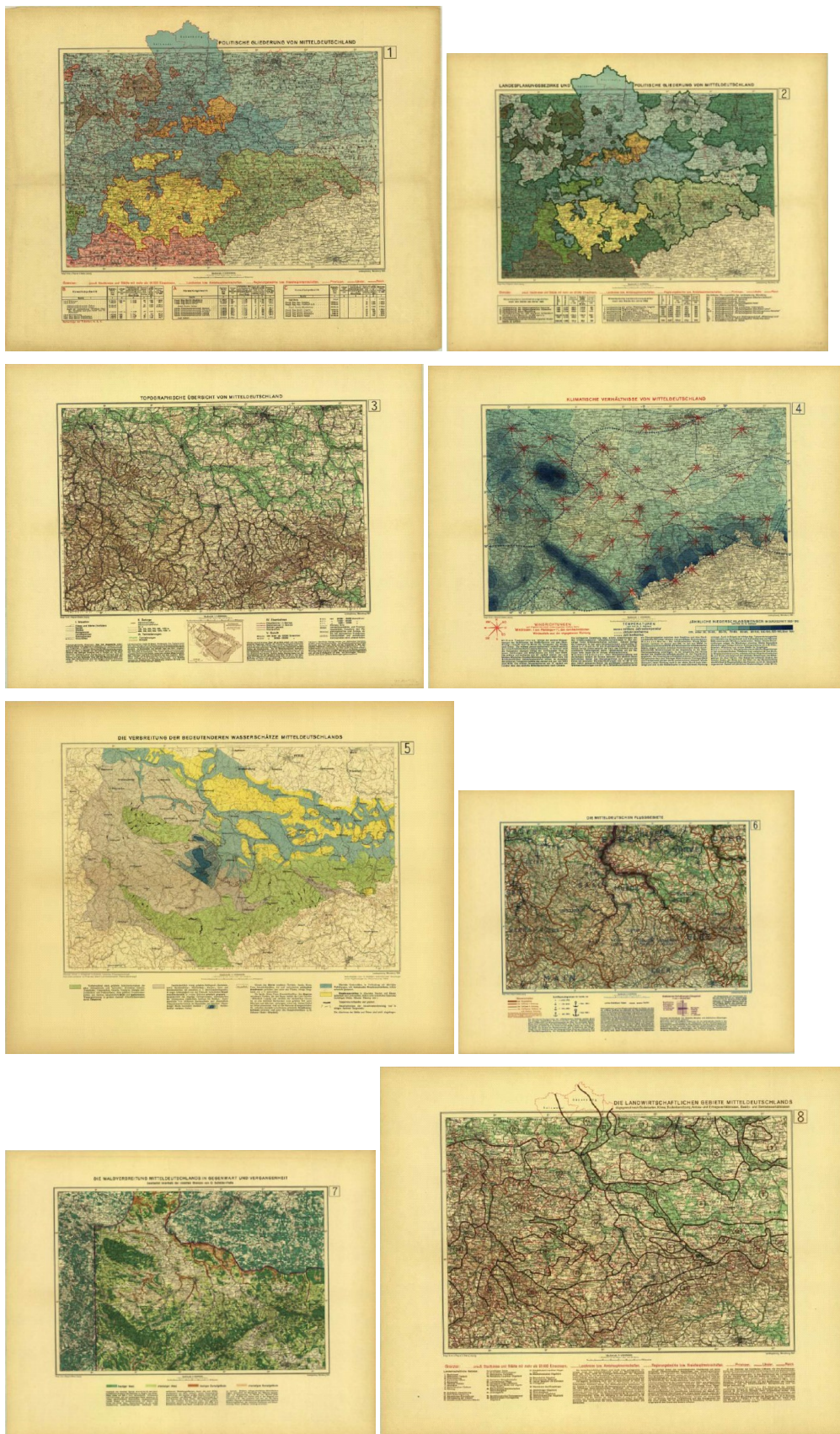
Stark mit Industrie durchsetzt sind die Arbeitervororte Sudenburg, Alte und Neue Neustadt und Friedrichstadt. Das umfassendste Wohngebiet aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts ist die Wilhelmstadt. Die Großsiedlung nach dem Kriege nahm zwischen Wilhelmstadt und Diesdorf ihren

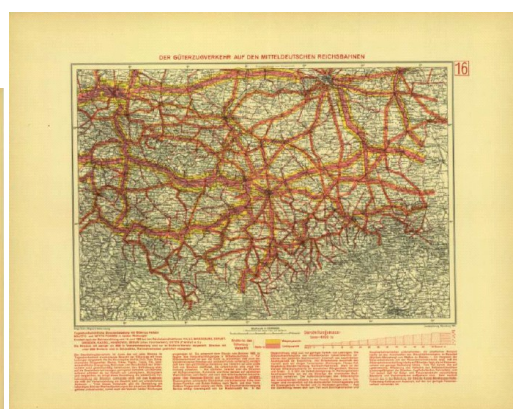
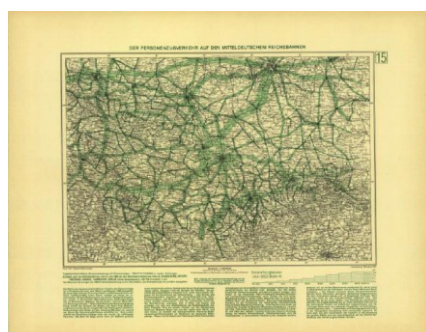
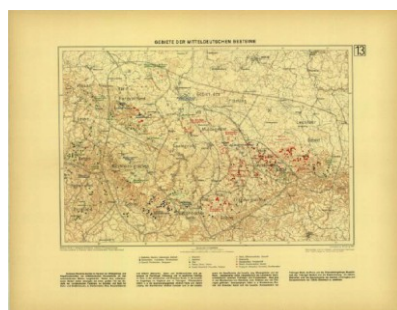
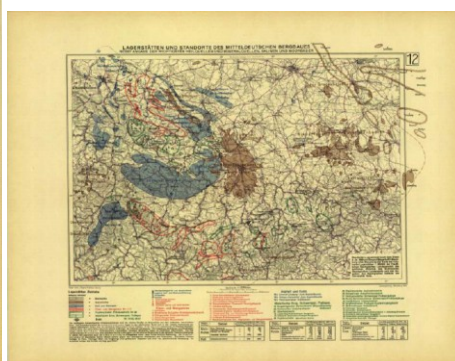
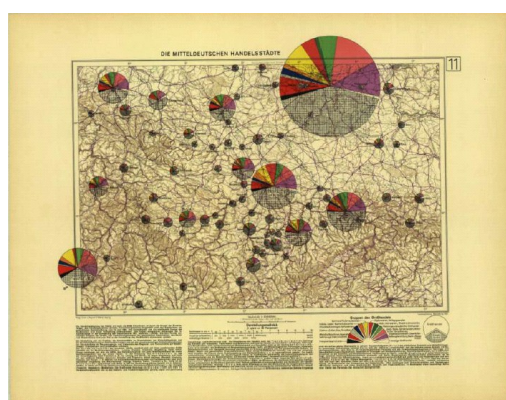
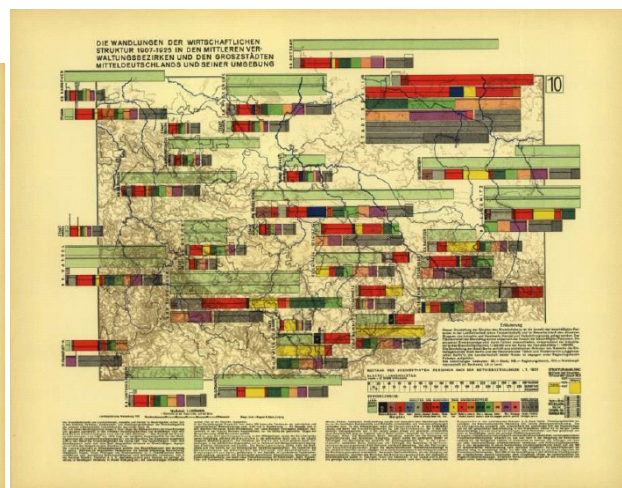
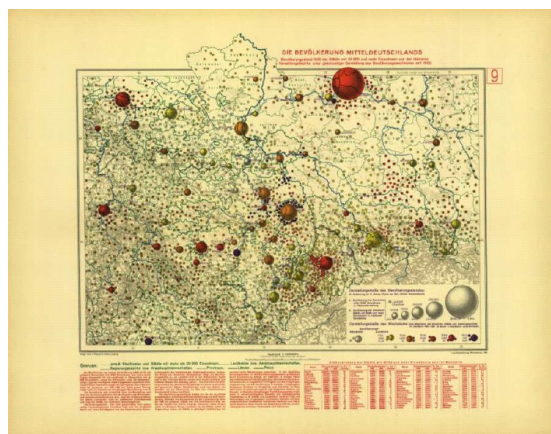
Ausgangspunkt. Seit 1929 wird der Ostrand der Stadt bei Cracau und östlich Friedrichstadt mit Großsiedlung bebaut. Augenblicklich wird ein neuer Komplex zwischen Alter Neustadt und Rothensee erschlossen. Außer den großen zusammenhängenden Gebieten mit geschlossener Bebauung sind in großem Umfange Gebiete für eine vereinfachte Form der Erschließung und höchstens zweigeschossiger Bauweise und ausreichender Land- bzw. Gartenzulage für die Wohnungen vorgesehen.

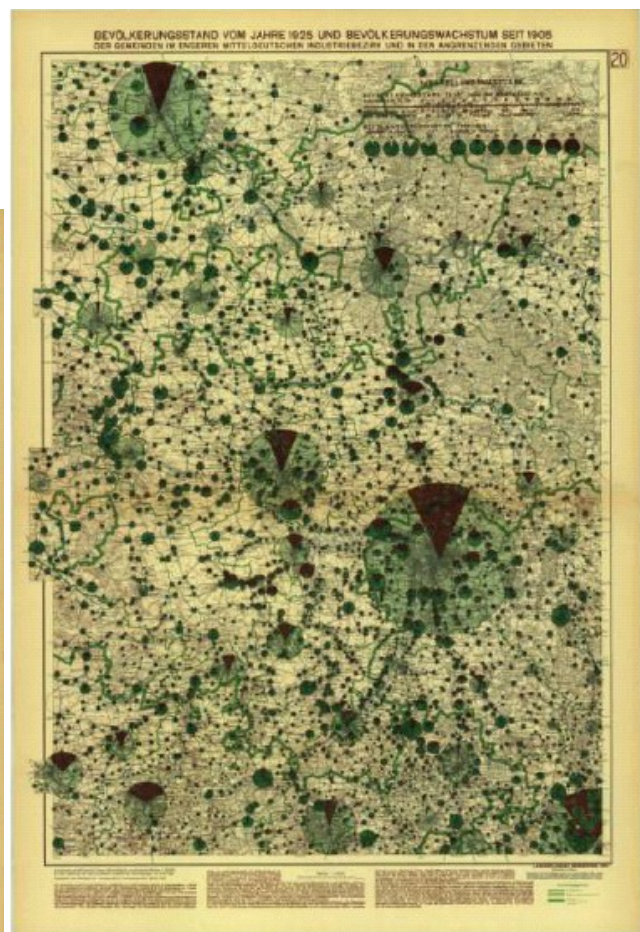
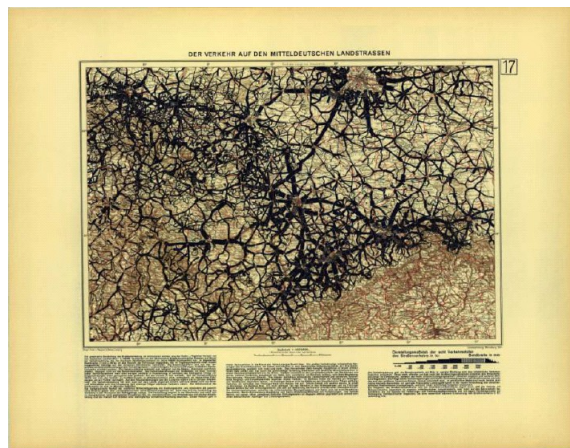
In den Mischwaldbeständen der Elbniederung hat Magdeburg ostelbisch einen gewissen Reichtum an Erholungsflächen. Parkmäßig gestaltet sind die Elbinsel mit dem Ausstellungsgelände und ein Gebiet östlich der alten Neustadt mit Rennbahn und großen Wiesenflächen. Auf dem Westufer der Elbe sind neben dem Grüngürtel des Glacis einige zusammenhängende Parks, Friedhöfe usw. geblieben. Außerdem werden planmäßig unter Benutzung der Bachläufe radiale Grünstreifen nach den Außenbezirken angelegt. Die Außenforts sollen fast sämtlich als Erholungsstätten ausgebaut werden. Zum Teil ist der Ausbau schon durchgeführt.

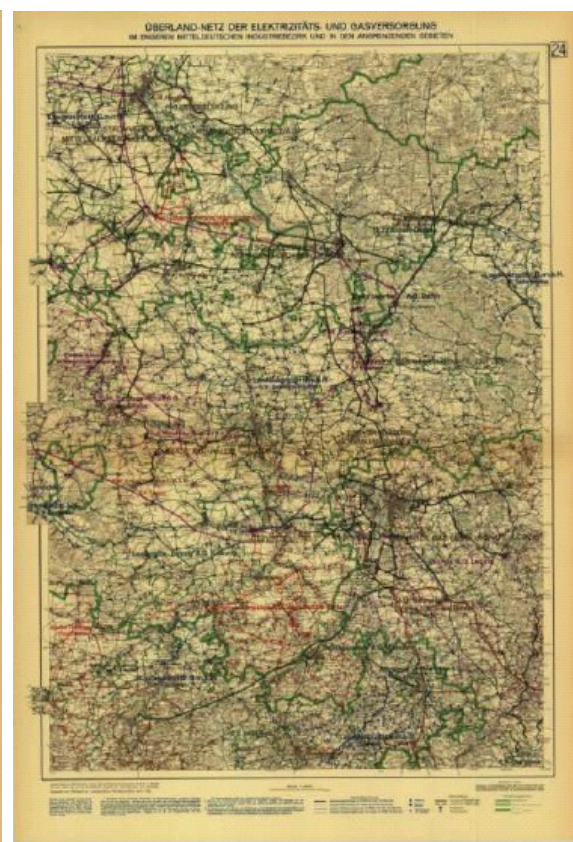
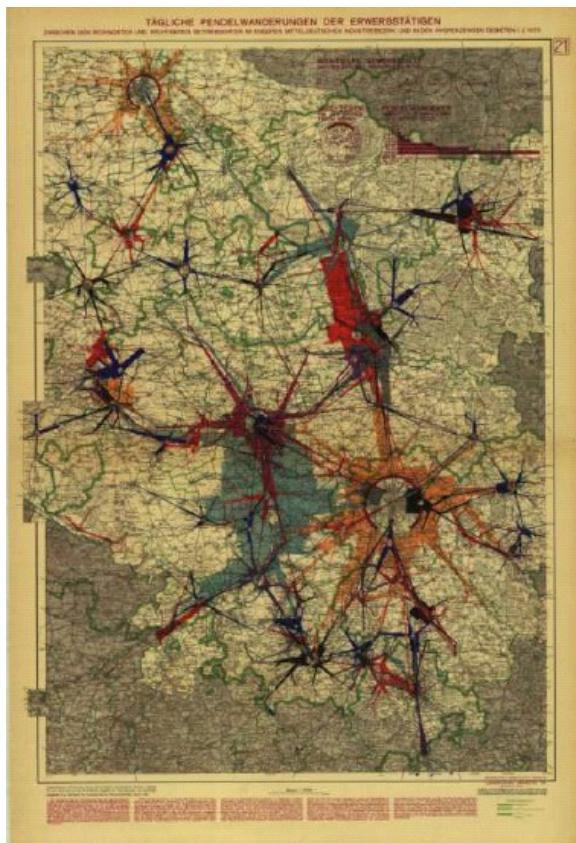
II. Planungsatlas Mitteldeutschland: Karten und Pläne (Abb. 1)

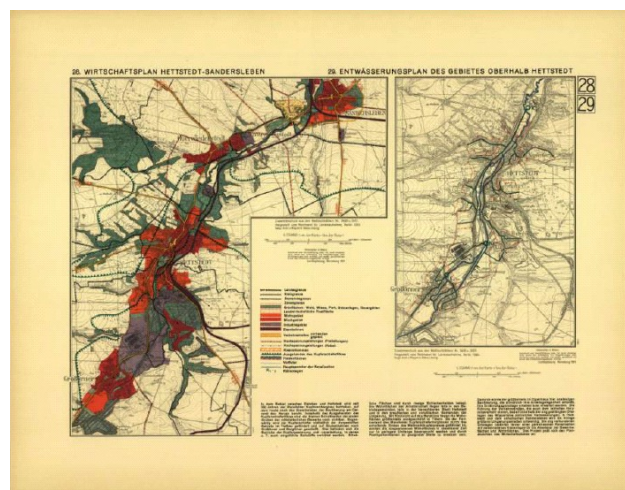
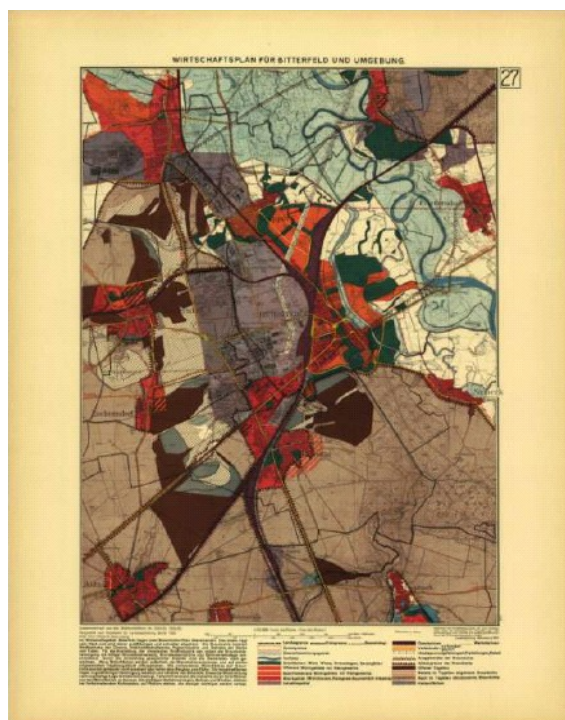
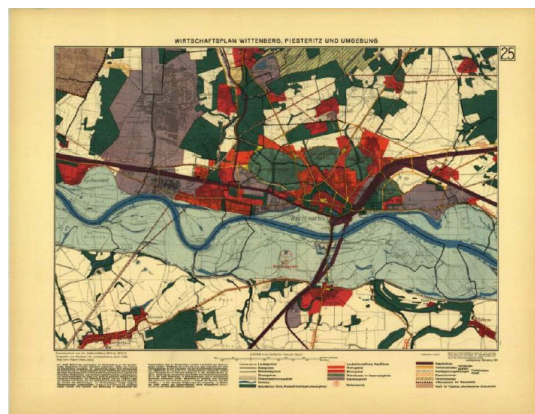
www.dr-kegler.de - <http://www.regionalpark-mitteldeutschland.de/planungsgeschichte/>

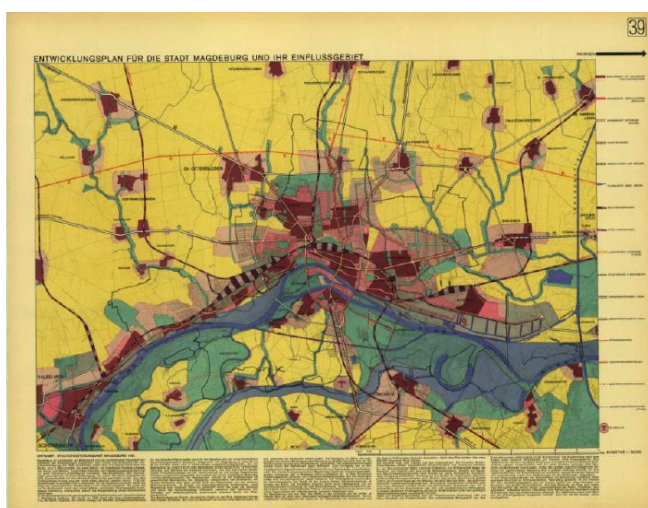
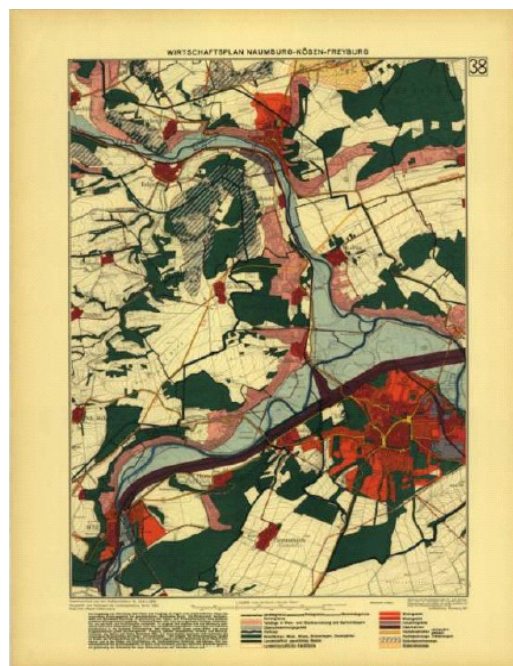
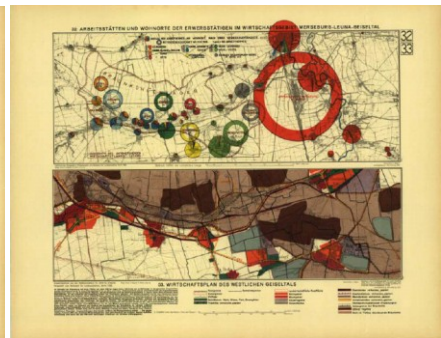
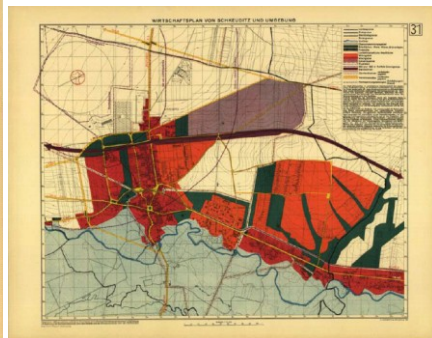
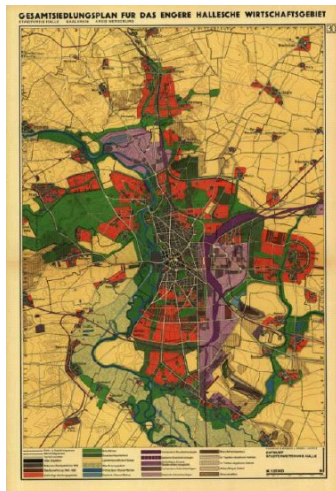












III. „Das Geiseltal in 70-80 Jahren“ (Abb. 2)

Querfurter Tageblatt, 22.12.1928⁹⁸⁵



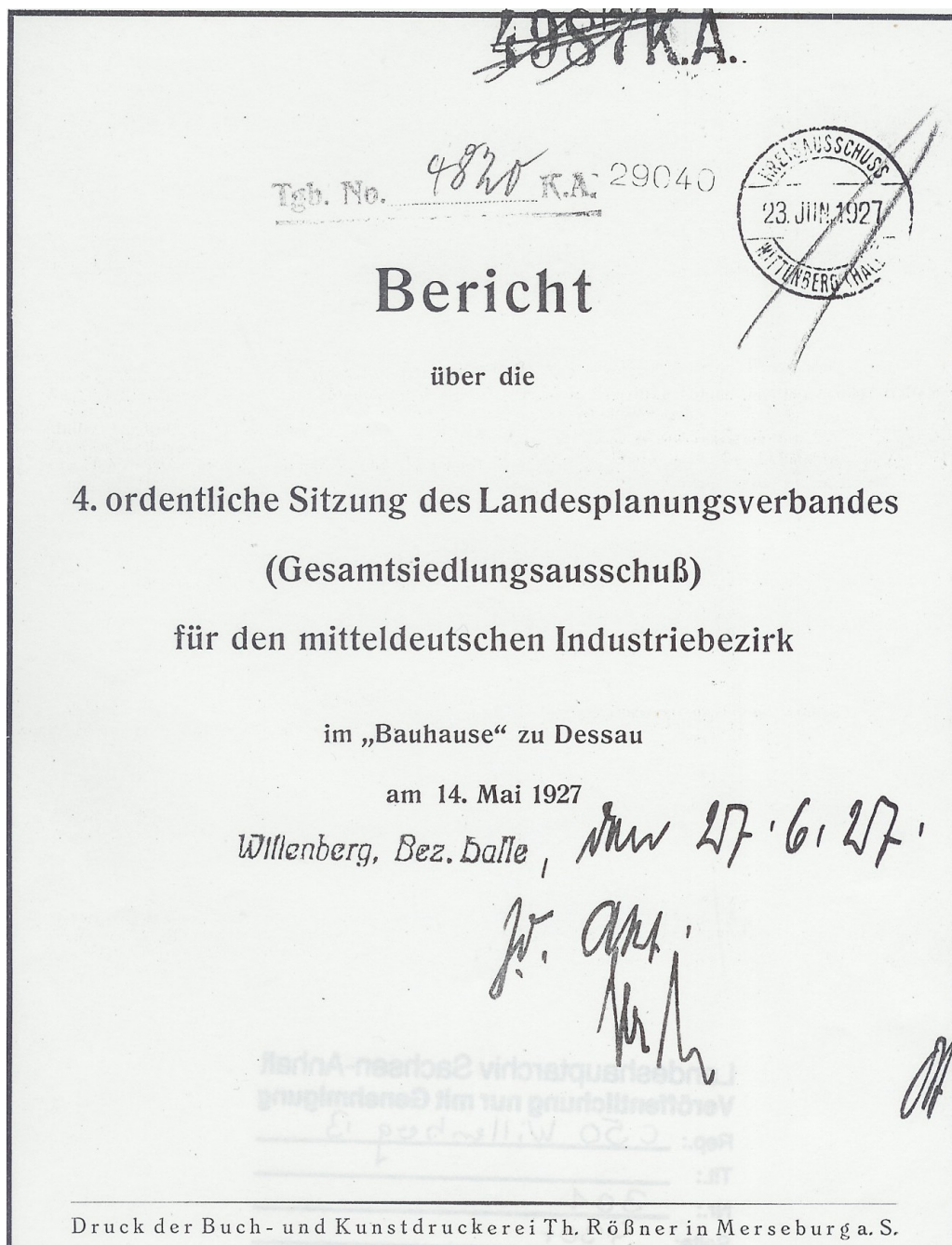
⁹⁸⁵ Stadtarchiv Querfurt, Querfurter Tageblatt. Für die Kopie des Originals sei Susanne Lang gedankt.

IV. Folge von Abbildungen zu Teil 1 und 2 (Abb. 3 – 12)

Übersicht zu den korrespondierenden Abbildungen der beiden Landesplanungen in Mitteldeutschland zu den Zeitabschnitten der 1920er und der 1990er Jahre:

Teil 1	Teil 2
Abb. 3 Bauhaus und Landesplanung (1927)	Abb. 4 Bauhaus und Industrielles Gartenreich (1990)
Abb. 5 Schema zur Landesplanung (1927)	Abb. 6 Mitteldeutsche Zeitung „Recycling“ (1990)
Abb. 7 Wohnung, Gestaltung, Wirtschaft (1928)	Abb. 8 Industrielles Gartenreich-2 (1999)
Abb. 9 Merseburger Planungsatlas, Inhalt des Kartenbandes (1932)	Abb. 10 Projektkarte Industrielles Gartenreich (1999)
Abb. 11 Plan 23: Gewerbe-, Wohn-, Grünflächen (1932)	Abb. 12 „Ferropolis“ Stadt & Raum (2009)

Abb. 3



Bauhaus und Landesplanung (1927): „Bericht über die 4. Ordentliche Sitzung des Landesplanungsverbandes für den mitteldeutschen Industriebezirk im „Bauhause“ zu Dessau am 14. Mai 1927“⁹⁸⁶

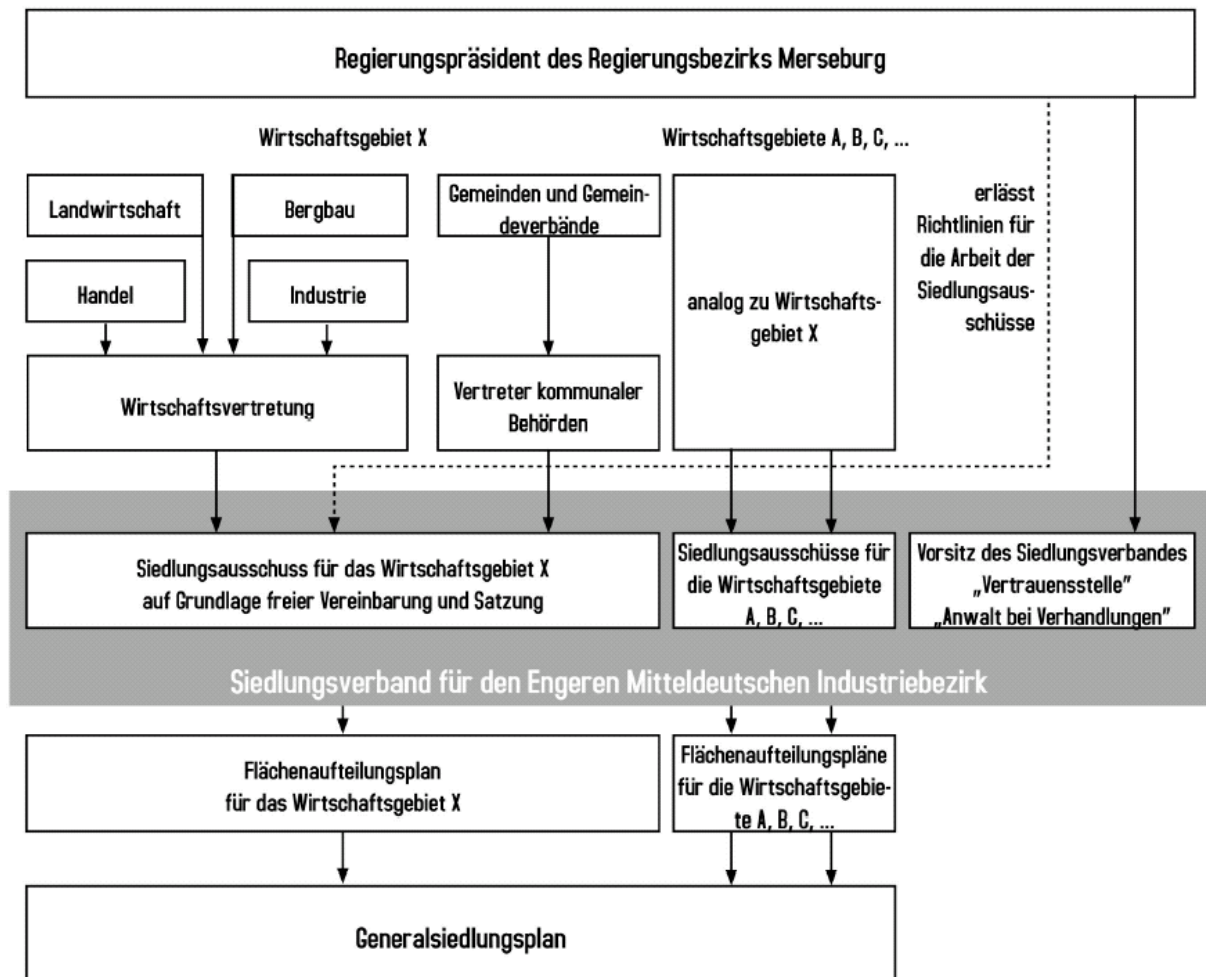
⁹⁸⁶ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Rep.: C 50 Wittenberg B, Nr. 301, S. 430r (Titelblatt)



Bauhaus und Industrielles Gartenreich (1990): Bodenschatz, H. (1990): o.T. (Artikel zum II. Internationalen Walter-Gropius-Seminar am Bauhaus Dessau, November 1989 und zum Industriellen Gartenreich)⁹⁸⁷

⁹⁸⁷ In: Bauwelt 48. 1990, <http://www.bauwelt.de/cms/heft-archiv.html> (nicht mehr im Archiv); dem Autor dieser Schrift liegt eine Kopie des Artikels vor.

Abb. 5



Schema zur Landesplanung (1927): „Organisation des Landesplanungsverbandes für das engere mitteldeutsche Industriegebiet“⁹⁸⁸

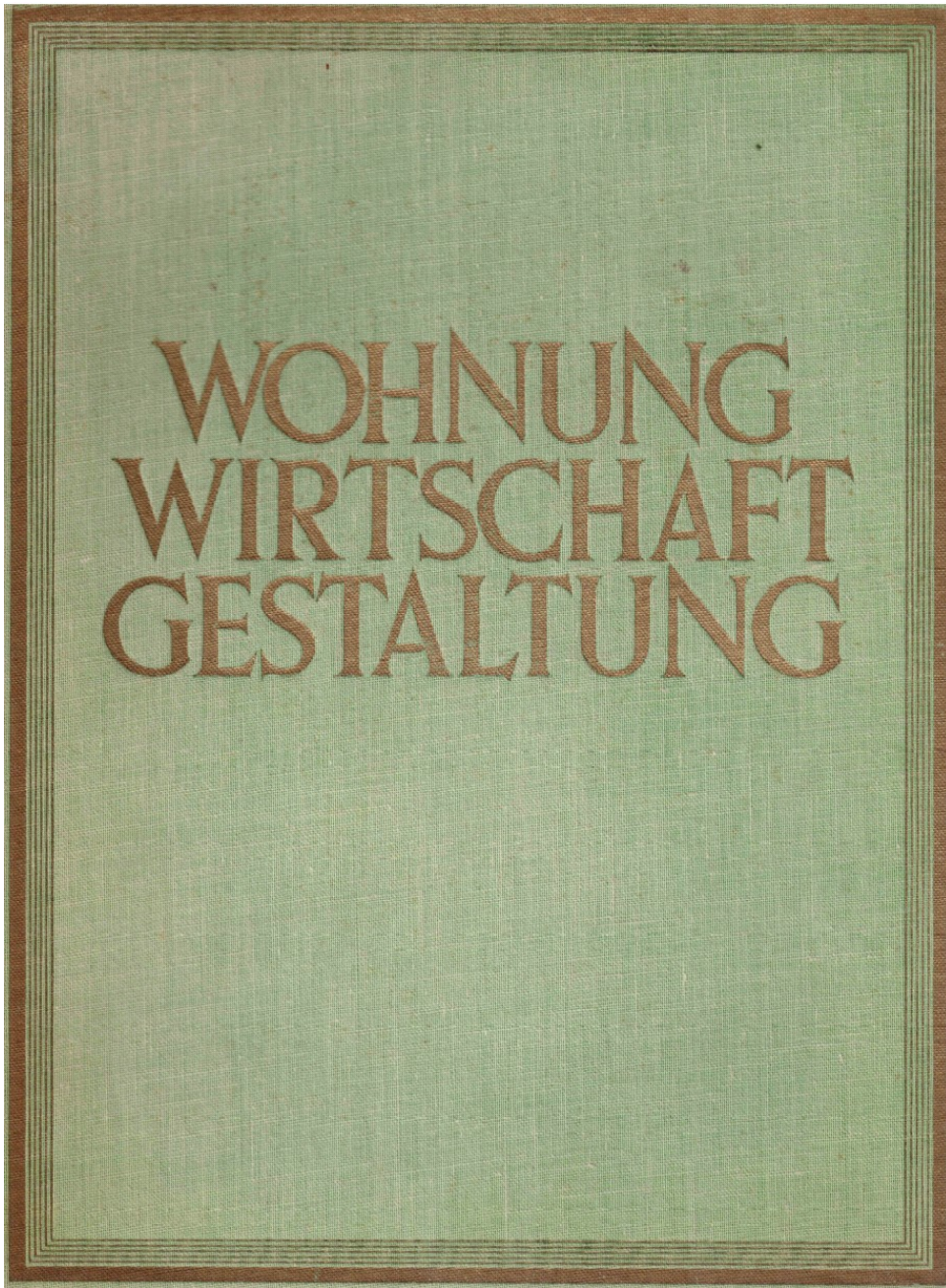
⁹⁸⁸ Schemaentwurf: Christian Marx, 2003, siehe auch: Marx, C.: Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: http://www.die-neue-stadt.de/archiv/ausgabe_ii_vi/landesplanungsverband_80_jahre.html



Mitteldeutsche Zeitung „Recycling“ (1990): „Industrielles Gartenreich“ – ein Recycling- Pilotprojekt⁹⁸⁹

⁹⁸⁹ Mitteldeutsche Zeitung vom 3. Juli 1990

Abb. 7



Wohnung, Gestaltung, Wirtschaft (1928)⁹⁹⁰: Buchtitel

⁹⁹⁰ Titelbild: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien

Abb. 8



Industrielles Gartenreich-2 (1999)⁹⁹¹: Buchtitel

⁹⁹¹ Titelbild: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich², ex pose verlag, Berlin (Fotos: Bolbrinker, Hohmuth, Gestaltung: Boesten, Hesse)

Abb. 9

LANDESPLANUNG IM ENGEREN MITTELDEUTSCHEN INDUSTRIEBEZIRK **IHRE GRUNDLAGEN, AUFGABEN UND ERGEBNISSE**

BEARBEITET UND HERAUSGEGEBEN VON DER
LANDESPLANUNG MERSEBURG

UNTER MITARBEIT DES LANDESHAUPTMANNES DER PROVINZ SACHSEN, DER LANDESPLANUNGEN MAGDEBURG, WESTSACHSEN-LEIPZIG, OSTTHURINGEN, DER STÄDTE
 DESSAU, HALLE, LEIPZIG, MAGDEBURG, DER STADT- U. LANDKREISE UND DER WIRTSCHAFTSKÖRPERSCHAFTEN DES REG.-BEZ. MERSEBURG UND DES LANDES ANHALT

INHALT DES KARTENBANDES **HIERZU EIN BESONDERER TEXTBAND**

VORBEREMERKUNG: Die Untersuchungen dieses Werkes sind so aufgebaut, daß der engere mitteldeutsche Industriebezirk sowohl in seinem Eigenleben wie in seiner Bedingtheit durch das weitere Mitteldeutschland auf dem Gebiete des Verkehrs, des Arbeitsmarktes, der Bevölkerungsbewegung und der Bodeninteressen betrachtet wird. Der Rahmen der landeskundlichen Untersuchungen der Karten 1—19 im Maßstab 1:1000000 ist daher das mitteldeutsche Gebiet, das im Süden durch das Erzgebirge und den Thüringer Wald, im Norden durch die Norddeutsche Tiefebene, im Westen durch den Leinegraben natürlich begrenzt wird und das im Osten die Übergangszone der Lausitz erfüllt. Diese Übersichtskarten enthalten die Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern. Demgegenüber geben die Spezialuntersuchungen der Karten 19—24 im Maßstab 1:200000 sämtliche Gemeinden des mit der Braunkohle verbundenen mitteldeutschen Industriebezirks wieder. Ausschnitte aus dem Aufgabenbereich der allgemeinen Landesplanung stellen die Verkehrsübersichtskarten 18 und 22, der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächenplan 23 und der Plan der Gas- und Kraftversorgung 24 dar. Einige verschieden geartete Beispiele der speziellen Landesplanung bilden die Wirtschaftspläne einzelner Gebietsteile

In größeren Maßstäben. Sie tragen lediglich den Charakter von Entwurfsentwürfen, die den Erwägungen zum jeweiligen Zeitpunkt der Planungsaufstellung entsprechen und schäffen daher auch keine endgültige und rechtlich gesicherte Datierung für die Flächennutzung, Landesplanung und Städtebau von heute betrachten die Wirtschaftspläne als Programme, die mit den ständig wechselnden tatsächlichen Verhältnissen ihren Inhalt ändern, und die schließlich so gefaßt werden, daß der verhältnismäßig geringe Flächenbedarf der nächsten Zukunft an richtiger Stelle gedeckt werden kann. Entsprechend solcher Labilität der Planung ist auch für die einliegenden örtlichen Wirtschaftspläne von Zeit zu Zeit eine Überarbeitung zu erwarten. — Trotz der drucktechnisch bedingten ausgedehnten Bearbeitung dieses Werkes ist angestrebt worden, den neuesten Stand der Planungsarbeit widerzugeben. Nähere Ausführungen über die weitere Entwicklung der landesplanerischen Auffassungen sind im Textband enthalten. Lithographie und Druck: H. Wagner & E. Debes, Leipzig; Karten 1:1000000 und Wirtschaftspläne; Reichsanstalt für Landesaufnahme, Berlin; Karten 1:200000; Preussische Geologische Landesanstalt, Berlin; Einzelne Karten 1:1000000; C. G. Blanckertz, Düsseldorf; Karten 1:200000; F. Ullmann G.m.b.H., Zwickau; Karte 21 und Wirtschaftsplan 29.

KARTEN 1:1000000 **des gesamten mitteldeutschen Gebietes**

1. Politische Gliederung von Mitteldeutschland
2. Landesplanungsbezirke in Mitteldeutschland
3. Topographische Übersicht von Mitteldeutschland
4. Klimatische Verhältnisse von Mitteldeutschland
5. Die Verbreitung der bedeutenderen Wasserschätze Mitteldeutschlands
6. Die mitteldeutschen Flußgebiete
7. Die Waldverbreitung Mitteldeutschlands in Gegenwart und Vergangenheit
8. Die landwirtschaftlichen Gebiete Mitteldeutschlands
9. Die Bevölkerung Mitteldeutschlands
10. Die Wandlungen der wirtschaftlichen Struktur 1907 bis 1925 in den mittleren Verwaltungsbezirken und den Großstädten Mitteldeutschlands
11. Die mitteldeutschen Handelsstädte
12. Lagerstätten und Standorte des mitteldeutschen Bergbaues
13. Gebiete der mitteldeutschen Gesteine
14. Gebiete der mitteldeutschen Erden

15. Der Personenzugverkehr auf den mitteldeutschen Reichsbahnen
16. Der Güterzugverkehr auf den mitteldeutschen Reichsbahnen
17. Der Verkehr auf den mitteldeutschen Landstraßen
18. Verkehrsübersichtsplan von Mitteldeutschland

KARTEN 1:200000 **des engeren mitteldeutschen Industriebezirks** **und der angrenzenden Gebiete**

19. Standorte und Reichtum der Industrie- und Bergbaubetriebe 1927
20. Bevölkerungsstand der einzelnen Gemeinden vom Jahre 1925 und Bevölkerungswachstum seit 1905
21. Tägliche Pendelwanderungen der Erwerbstätigen zwischen den Wohnorten und wichtigeren Betriebsorten im Jahre 1929
22. Verkehrsplan
23. Plan der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen
24. Überlandnetz der Elektrizitäts- und Gasversorgung

WIRTSCHAFTSPÄNE

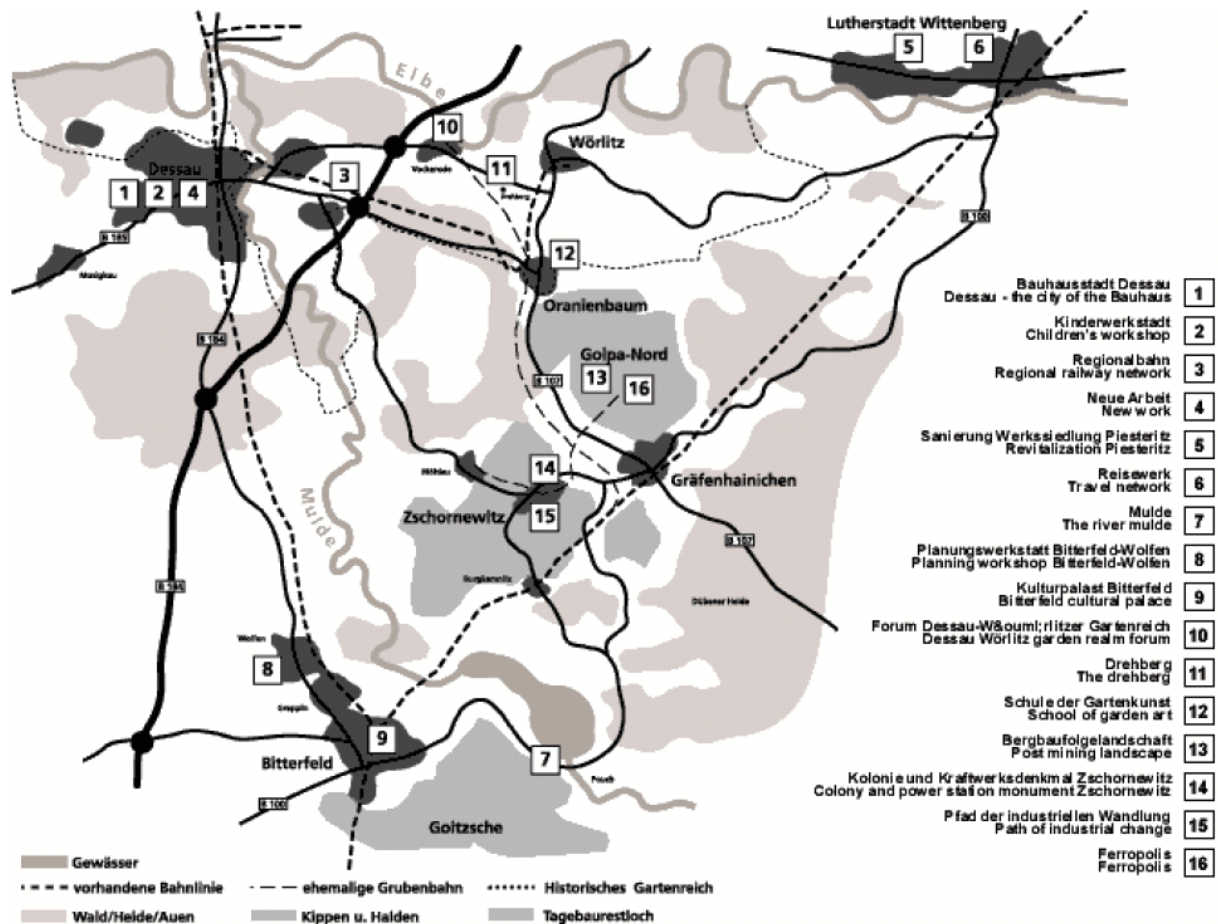
25. Wirtschaftsplan Wittenberg, Pleteritz u. Umg. 1:25000
26. Wirtschaftsplan Dessau-Roßlau-Zerbst 1:50000
27. Wirtschaftsplan Bitterfeld und Umgebung 1:25000
28. Wirtschaftsplan Hettstedt-Sandersleben 1:25000
29. Entwässerungsplan des Gebietes oberhalb Hettstedt 1:25000
30. Gesamtsiedlungsplan für das engere Hallesche Wirtschaftsgebiet 1:25000
31. Wirtschaftsplan Schkeuditz und Umgebung 1:10000
32. Arbeitsstätten und Wohnorte der Erwerbstätigen im Wirtschaftsgebiet Merseburg-Leuna-Geiseltal 1929
33. Wirtschaftsplan des westlichen Geiseltals 1:25000
34. Wirtschaftsplan Weißenfels 1:25000
35. Wirtschaftsplan Zipsendorf-Meuselwitz 1:25000
36. Wirtschaftsplan Corbetta-Spergau-Dürrenberg 1:25000
37. Wirtschaftsplan Zeitz und Umgebung 1:25000
38. Wirtschaftsplan Naumburg-Kösen-Freyburg 1:25000
39. Entwicklungsplan für die Stadt Magdeburg und ihr Einflußgebiet 1:50000

VERLAG DER LANDESPLANUNG FÜR DEN ENGEREN MITTELDEUTSCHEN INDUSTRIEBEZIRK, MERSEBURG, REGIERUNG, VORSCHLOß
 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art, auch einzelner Teile, sowie die Anfertigung von Vervielfältigungen oder Verkleinerungen sind nur mit Genehmigung des Verlages zulässig. Copyright 1932 by Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Merseburg

Merseburger Planungsatlas (1932)⁹⁹²: Inhaltsverzeichnis

⁹⁹² Landesplanung Merseburg/Hrsg. (1932): Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Inhalt des Kartenbandes, Merseburg, Archiv Kegler

Abb. 10



Projektkarte Industrielles Gartenreich (1999)⁹⁹³: Übersicht der 16 Projekte

⁹⁹³ Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich², Berlin, S. 217 (Entwurf der Karte: Idee: Kegler, Gestaltung: Boesten/Hesse); Untertitel der Karte: Sechzehn Leitprojekte der Werkstatt Industrielles Gartenreich auf den Ebenen: Planung und Kommunikation 1/8/10, Initialprojekte für den Erneuerungsprozess 5/9/11/13/14/16, vernetzte Gestaltungsprojekte 3/7/15, sozial-kulturelle Projekte 2/4/6/12

Abb. 11



Plan der Gewerbe-, Wohn-, Grünflächen (1932)⁹⁹⁴:Plan 23

⁹⁹⁴ Landesplanung Merseburg/Hrsg. (1932): Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Plan der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen Nr. 23, Merseburg, Archiv Kegler

Abb. 12



„Ferropolis“ Stadt & Raum (2009)⁹⁹⁵: Titelbild

⁹⁹⁵ Stadt und Raum, Heft 4, 2009, Titelbild mit Luftaufnahme von Ferropolis, http://www.stadtundraum.de/index.php?hr=stadtundraum&ur=fachzeitschrift&c=jahresrueckschau_2009, siehe auch den dazu gehörigen Artikel: Gruppe F (2009): Ferropolis - Die Stadt aus Eisen, 4, S. 178ff.

V. Text zur Ergänzung des Teils 2:

Kegler, H.; Kuhn, R.:

Planungskultur - Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs⁹⁹⁶

Die im Untertitel provokant formulierte Alternative für die Wege einer Planungskultur in Europa unter dem Einfluss der Umbrüche im Osten will als Spannungsfeld verstanden sein, zur Diskussion um mögliche Perspektiven für eine gemeinsame Erneuerung. Es gibt Anzeichen für beide Tendenzen. Sie gilt es auszuloten mit der Aussicht, Ansatzpunkte für eine diesen Prozessen Rechnung tragende institutionelle und inhaltliche Orientierung zu entwickeln, die globale ökologische und soziale Probleme und Notwendigkeiten respektiert. Damit ergibt sich ein in vielerlei Hinsicht problematisches Unterfangen: Mit dem Blick auf die Transformation der Verhältnisse in der DDR und ihrer Planung im Lichte der deutschen Vereinigung muss zunächst der Erfahrungshintergrund des sich nach Osten erweiternden Europas angedeutet werden. Dies leitet zu der Frage über, welche Möglichkeiten und Wege sich in dem Prozess des Übergangs von der «Plan- zur Marktwirtschaft» für die Entfaltung einer angemessenen, demokratischen Planungskultur ergeben. Da sich im Osten Deutschlands ein «Modell» dieses Übergangs vollzieht, der zugleich Rückwirkungen auf die alten Bundesländer parat hält, gewinnt dieser Vorgang allgemeine Bedeutung. Darüber hinaus kann das Bauhaus Dessau einen Ansatz für eine Diskussion über Planungskultur unterbreiten. Bezogen auf die mitteldeutsche Industrieregion, in welcher das Bauhaus Dessau wirkte und wieder wirkt, soll die Chance innerer Läuterung und Wahrung von Reformmöglichkeiten der räumlichen Planung umrissen werden.

Die Umstellung im Osten⁹⁹⁷

Der Kollaps der industriellen Moderne kasernenstaatlicher Provenienz im Osten Europas, der sich um 1990 offenbarte, war (zugespißt gesagt) durch die Unfähigkeit

⁹⁹⁶ Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur Ost: zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuches; DISP 11 5, Zürich; S. 42-46. Der Text stammt im wesentlichen vom Autor dieser Schrift, wurde, da es sich um einen programmatisch angelegten Text handelte, mit dem damaligen Direktor des Bauhauses Dessau erörtert und Anregungen von Kuhn sind in den Text eingeflossen.

⁹⁹⁷ Die Grundlage der Betrachtungen bilden - Jahresbericht 1990/91 der Gesellschaft für Urbanistik e.V., Dessau, 1991; Helms, Hans G. (Hrsg.): Die Stadt als Gabentisch, Leipzig, 1992.

jener sogenannten «realsozialistischen» Planwirtschaft verursacht, die industrielle Modernisierung auf westliches Niveau voranzutreiben. Dass man sich bei diesem Versuch, der unter dem Motto «Überholen ohne einzuholen» (Walter Ulbricht, 1965) stand, eines hochgradigen zentralistischen Dirigismus bediente, um einen staatlichen Wohlfahrtstraum von (mindestens) westlichem Wohlstandsniveau durchzusetzen, ließ das Kartenhaus mit der Öffnung nach dem Westen schlagartig einstürzen. Die längst überfällig gewordene Öffnung ab 1989 erwies sich jedoch nur als der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die streng hierarchisierte und vollständig auf das «Produktionsprinzip» orientierte räumliche Planung operierte mit Bilanzrechnungen und Standortzuweisungen. Ohne innere demokratische Regulative und Korrekturmöglichkeiten trieb diese Planung den Widerspruch zwischen Indienstnahme aller natürlichen, kulturellen und sozialen bzw. menschlichen Ressourcen für die «Produktion zur wachsenden Bedürfnisbefriedigung» und der gleichzeitigen Ruinierung dieser Produktionsvoraussetzungen auf die Spitze. Die weitgehende Autarkie der «sozialistischen» Wirtschafts- und Planungsräume verschärfte den Konflikt, konnten doch die Verschleißprobleme nur in geringem Masse in die «Dritte Welt» exportiert werden.

Obgleich der (gewollt wachsende) Konsumbedarf immer weniger befriedigt werden konnte, gelang es durch die zentralistische Planung (Bilanzschieberei) bis zum «letzten Tage», Mittel für die soziale Sicherheit und staatliche Fürsorge zu mobilisieren. So konnten formal Vollbeschäftigung, niedrige Mieten und Lebenshaltungskosten sowie garantierte Mindesteinkommen für alle (wenn keine politischen Beschränkungen vorlagen) gesichert werden. Die Garantie sozialer Mindeststandards für das alltägliche Leben war durch diese Staatsplanung gegeben und weitgehend zu einem stabilen, selbstverständlichen kulturellen Wert avanciert. Da einerseits eine Ausweitung dieser Standards im kulturellen (besonders stadtkulturellen, politischen und ökologischen Bereich durch demokratische Teilhabe der Bevölkerung versperrt blieb und andererseits jene Befriedigung westlicher Konsumstandards nur wenigen zuteilwerden konnte, geriet diese Planung und ihr politisches System zunehmend ins Zwielicht und endete mit jenem (ersten) Zusammenbruch von innen. Ein Weg der Modernisierung und ihrer Planung war gescheitert.

In der virulenten Phase zwischen diesem Ende und dem Versuch, eine effizientere Art der Modernisierung einzuleiten (in der DDR war das die Zeit zwischen November 1989 und 1. Juli bzw. 3. Oktober 1990) entstanden zwei Optionen für eine sich neu bildende Planungskultur. Einerseits verschafften sich mit dem Abbau angestauter Defizite an Demokratie und ökologischen wie sozial-kulturellen Orientierungen vielfältige Initiativen für Stadt- und Regionalerneuerung freie Bahn: Nicht nur, dass diese Themen Gegenstand der «Runden Tische» wurden, die zeitweilig auf allen Ebenen staatliche und kommunale Politik bestimmten, sondern es entfaltete sich ein breites Spektrum an spezifischen Institutionen (z. B. «Volksbaukonferenzen», zahllose Bürgerforen und Vereinigungen für Stadterneuerung, Denkmal- und Naturschutz, «Umweltbibliotheken» u. a. m.), die sich behutsamer Erneuerung,

Stadtreparatur, ökologischer Wiedergutmachung und demokratischer Planungsstrukturen widmeten. Es deutete sich der Beginn einer «doppelten Modernisierung», einer umfassenden Reform an. D.h., es wurden demokratische und kulturpolitische Werte und Instrumente, die die modernen Gesellschaften am Ende des Jahrhunderts im «Westen» für die Gestaltung humanerer Verhältnisse hervorgebracht hatten, in atemberaubender Kürze kreiert. Dieses Nachholen demokratischer Planungskultur war mit dem Versuch verbunden, die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung nicht schlechthin als demokratisch legitimates Aufholen konsumtiver Defizite zu betreiben, sondern im Sinne von Ressourcenschonung, Wahrung sozial-kultureller Eigenheiten und umfassender Reparatur umzuorientieren.

Andererseits gewann sehr schnell die «Einsicht» an Boden, dass die Einfügung in die auf hohem Niveau entwickelte Planungskultur der BRD, mit ihrem ausgefeilten Rechtsinstrumentarium, den demokratischen Einflussmöglichkeiten, den starken föderalen und regionalen Planungsinstitutionen, einer dicht gestaffelten Forschungs- und Ausbildungslandschaft zu Fragen der Planung usw. die Gewähr für eine Erneuerung der Städte und Regionen bieten würde. Der sich abzeichnende Trend in Richtung deutscher Einheit schien den zweiten Weg zu dem erfolversprechenderen zu machen. Mit dem 1. Juli 1990 (Tag der Währungsunion) begann die Instrumentalisierung Ostdeutschlands für einen Effizienzschub der (west-)deutschen Wirtschaft. Das damit gesetzte Ziel der Modernisierung im Osten hatte mit den freien Wahlen seine demokratische Legitimation erhalten (die Einführung der Marktwirtschaft war das Ziel aller Parteien) und erfuhr über die allgemein möglich werdende Partizipation an westlichen Konsum- und Freizügigkeitsstandards eine sozial-kulturelle Garantie.

Zugleich suggerierten die «starke» Währung und die «starken» wirtschaftlichen und politischen Akteure ein schnelles Nachholen der verendeten industriellen Modernisierung auf westdeutsches Niveau. Die kurzfristige gesamtgesellschaftliche Standardanhebung konnte jedoch nur durch zentrale staatliche Regulierung erfolgen. Die bestimmenden «Planungs»-Instrumente für diese Modernisierung bestanden in der Währungsunion und in der Treuhandanstalt, der «größten Staatsholding der Welt». Durch die Neuinstallierung zentralistischer Institutionen erfolgte in kurzer Frist jene funktionelle Einpassung Ostdeutschlands und die strategische Rahmensetzung für dessen räumliche Entwicklung. Nahezu alle Standortentscheidungen und Flächenverwertungen werden durch die Treuhandanstalt entschieden. Entsprechend dem politischen Auftrag der Treuhandanstalt, «Privatisierung vor Sanierung», hängt die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Perspektive ganzer Regionen von der Verkaufsentscheidung der zentralen Behörde ab. Gleiches gilt für die Umsetzung des Prinzips «Rückgabe vor Entschädigung» bei Restitutionsansprüchen auf Grund und Boden bzw. Immobilien. Damit wurden zwischen 1990 und 1992 wesentliche strukturwirksame Entscheidungen sozial-räumlicher Entwicklungen getroffen, ohne dass übergreifende Institutionen der räumlichen Planung wirksam vorhanden waren. Die entstehende Stadtplanung und die Beteiligung von Betroffenen dabei blieben von marginaler Wirkung.

Unmittelbare Relevanz für die mögliche Entfaltung einer angemessenen Planungskultur hatten die durch das enorme Tempo der Treuhandarbeit inszenierte »Kopfllosigkeit« der kommunalen Planung, sowie die am niedrigen Einkommensniveau im Osten orientierte geringe kommunale Finanzausstattung, welche den Prinzipien des föderalen Länderfinanzausgleichs entgegenlief.⁹⁹⁸ In den ersten 18 Monaten nach der Vereinigung existierten kaum eigenständige Planungseinrichtungen, gesetzliche Grundlagen und Förderinstrumente auf Länder- und regionaler Ebene. Die Kommunen waren meist sich selbst überlassen, verfügten kaum über Planungserfahrung und sahen sich genötigt, schnell dem finanziellen Desaster durch extensive Gewerbegebietsausweitung zu entgehen. Das hatte zur Folge, dass groß angelegte Stadterweiterungen präjudiziert wurden, deren Folgen unabsehbar sind. Da kaum eigene Planungskapazitäten vorhanden waren, griffen viele Städte und Gemeinden auf routinierte Büros aus den alten Bundesländern zurück, die oft in einer Art Serienfertigung (z. T. kostspielige) Flächennutzungs- und Bebauungspläne lieferten. Die wenigen Kräfte und Institutionen, die diesen Prozess auf lokaler und regionaler Ebene zu orientieren versuchten und kritische Vorschläge unterbreiteten, standen einer stringenten Durchsetzungsallianz zur nachholenden Modernisierung gegenüber. Dabei kann tendenziell von einer »besinnungslosen« und an den lokalen Eigenheiten vorbeizielenden Planung in dieser Phase gesprochen werden.

Als entscheidend für die Planungskultur im Osten erwies sich jedoch der (zweite) wirtschaftliche Zusammenbruch mit der Folge einer Massenarbeitslosigkeit. So wurden beispielsweise in der Chemieregion Bitterfeld-Wolfen von den etwa 45000 Beschäftigten (1990) innerhalb von zwei Jahren etwa 30000 Arbeitskräfte »freigesetzt«. Das Ende ist noch nicht absehbar. Durch Neuansiedlungen und Ausgründungen sollen ab 1993 etwa 6000 neue Arbeitsplätze entstehen...

Der Wunsch nach demokratischer Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Planungsprozessen sowie nach Kompensation von Modernisierungs- und Konsumtionsdefiziten, welcher die öffentliche Debatte zwischen den Zusammenbrüchen bestimmte, ist einem vordergründigen Sicherheitsbedürfnis weiter Kreise der Bevölkerung und der lokalen Politik gewichen: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit des Wohnraumes, Sicherheit der öffentlichen Ver- und Entsorgung - alles steht in Gefahr, Ungewissheit prägt den Alltag.

Konnte Planung, sofern man in der ersten Phase nach der Vereinigung überhaupt davon sprechen kann, bestenfalls »obrigkeitliche« Entscheidungen flankieren und

⁹⁹⁸ Vgl. Wochenbericht Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 39/1990, S. 556ff.

gewisse Modifikationen implantieren - vor allem über den Denkmal- und Naturschutz, um einer vollständigen Beseitigung von Modernisierungshemmnissen zu begegnen, so geht es nunmehr verstärkt um elementare Daseinssicherung. Damit eröffnet sich eine Diskrepanz zwischen den im Baugesetzbuch der Bundesrepublik formulierten Planungsaufgaben, welche die Daseinsvorsorge durch «geordnete städtebauliche Entwicklung», Wahrung des «Wohls der Allgemeinheit», «sozial gerechte Bodennutzung» oder «menschenwürdige Umwelt» beinhaltet.⁹⁹⁹

Mit der 1992 und 1993 sich schrittweise vollziehenden realen Etablierung von Planungsinstitutionen und gesetzlichen Reglements in den Ländern und Gemeinden entstanden - im «Nachgang» - demokratische Möglichkeiten mindestens nachsorgender Regulierung. Zugleich gibt es Anzeichen einer Aushöhlung erreichter planungskultureller Standards der alten Bundesländer. Mit dem seit 1. Mai 1993 für die neuen Bundesländer gültigen «Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz» (sog. Beschleunigungsgesetz) wird nicht nur der Prozess einer Rechtsangleichung an das Niveau alter Bundesländer unterbrochen und zweierlei Recht in einem Staat etabliert, sondern auch noch für einen Teil des Staates eine Art «Planungs-Ausnahme-Zustand» verhängt. So können beispielsweise für Investitionsvorhaben Naturschutzgesetze für fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden, oder es bedarf einer gerichtlichen Klageerlaubnis, wenn Personen oder Gruppen im Osten gegen geplante Vorhaben juristische Instanzen anrufen wollen...

Einen Präzedenzfall für die Unterminierung der Planungskultur offenbart die Diskussion um die Neuplanung der Berliner Mitte. Unter den Stichworten «Herumnörgeln» und «Zerreden» werden offiziell kritische Äußerungen und Gegenvorschläge sowie wissenschaftliche Gutachten, die radikalen Abriss- und Neubauplänen widersprechen, mundtot gemacht.¹⁰⁰⁰

Der 1992 veröffentlichte «Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen» für die Entwicklung in Deutschland findet im Gegensatz dazu als sinnvolles Instrument langfristig orientierter Umstellung räumlicher Entwicklungsprozesse nach Kriterien des Erhaltens, der ökologischen Wirksamkeit und einer Ausgleichspolitik nur wenig Zugang zu den Planungen im Osten.¹⁰⁰¹

Die hierin niedergelegten Reformansätze müssen im Osten ungehört verhallen, fehlt doch hier ausreichender planungskultureller «Nährboden», auf dem sie gedeihen können.

⁹⁹⁹ Das Städtebaurecht in den alten und neuen Bundesländern, Bonn, 1991, S. 13/14.

¹⁰⁰⁰ Vgl. «Und nächstens dann ein Kaninchenschwanz als Nationalflagge», in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 29.3.1993

¹⁰⁰¹ «Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen - Neue Leitbilder für die räumliche Entwicklung in Deutschland», in: BfLR -Mitteilungen 1/Februar 1993.

Historischer Exkurs:

Planung für Mitteldeutschland in den zwanziger Jahren¹⁰⁰²

Gemessen an der verendeten Planung in der «Planwirtschaft» und dem rigorosen Planungspragmatismus zur obrigkeitlichen Durchsetzung von deregulierter Wirtschaftsentwicklung gegenwärtig, wirft der Blick in die Geschichte der Raumplanung grundsätzliche Fragen zum kulturellen Verständnis von Planung auf. In Gestalt des «Landesplanungsverbands für den Mitteldeutschen Industriebetrieb», der die Region zwischen Erfurt, Halle, Dessau und Magdeburg umfasste, entstand zwischen 1924 und 1932 eines der bedeutendsten Planungsgremien Deutschlands.¹⁰⁰³ Hinsichtlich der Planungskultur, d.h., bezogen auf die institutionelle Struktur, den Charakter der Planungsarbeit, die wissenschaftliche Qualität, das Aufgabenfeld und die inhaltlichen Orientierungen der Planung, formulierte dieser Verband Maßstabsetzende Standards moderner Planung. Ohne an dieser Stelle die Geschichte dieses Verbands darstellen zu können, lassen sich einige wesentliche Aspekte mit aktueller Relevanz hervorheben. Bemerkenswert erscheint vor allem der informelle Charakter und die durch eine zweistufige Struktur des Verbands angelegte breite Beteiligungsmöglichkeit an der regionalen Planung. Die Planungen trugen orientierenden, diskursiven Charakter und waren damit nicht der Gefahr ausgeliefert, per Gesetz zu obrigkeitlichen Amtshandlungen zu avancieren. Die Arbeiten verliefen wechselwirkend auf zwei relativ eigenständigen Ebenen, d. h. in den dezentralen sogenannten «Siedlungsausschüssen» und in einem übergreifenden Zusammenschluss (Verband) von Kommunaleinheiten und dem Land Anhalt.

Die Vereinigung basierte auf Freiwilligkeit und wurde von der Planungsstelle in Merseburg (bei Halle) koordiniert. Die Siedlungsausschüsse stellten Foren von verschiedenen Interessenvertretern (Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Bewohnervereinigungen) über Gemeindegrenzen hinweg dar, in denen Orientierungen für wirtschaftliche, infrastrukturelle und sozialkulturelle Entwicklungen erörtert wurden. Auf der Verbandsebene ging es um die Abstimmung der Flächennutzungspläne zu einem «Generalsiedlungsplan», der den Charakter eines informellen Rahmenplans trug, der Planung der Bergbaugebiete und ihrer Folgeentwicklung, der Koordinierung des öffentlichen Nahverkehrs, von Naturschutzbelangen und der Anlage von Wohnsiedlungen. Die in der Planungsstelle bzw. für den Verband arbeitenden Planer repräsentierten den damals höchsten Entwicklungsstand der wissenschaftlichen Disziplin, wie z. B. Martin Pfannschmidt, Stephan Prager (der Verbandsgründer) oder Hermann Jansen. Mit der Herausgabe des «Mitteldeutschen Planungsatlases» erschien 1932 das umfassendste wissenschaftliche Planungswerk Deutschlands, das bis heute eine planungshistorische Fundgrube geblieben ist. Mit der «Gleichschaltung» des Verbands durch die Nationalsozialisten ab 1933 ging dessen Reformcharakter und

¹⁰⁰² Mit diesem kurzen Abschnitt erfolgte der erste Verweis auf die planungsgeschichtlichen Bezüge in einem internationalen Fachmagazin.

¹⁰⁰³ Hofmann, W: Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Dessau, 1992

demokratische Struktur verloren. In diesem Verband offenbarten sich Reformelemente, die gewissermaßen eine «Zwiskenkultur» darstellten, d.h. sowohl der Moderne und dem kulturellen Fortschritt verpflichtet waren als auch reflexiv, besinnend oder gar unmodern-konservativ wirkten.

Eine auf Gleichgewicht von divergierenden Prozessen orientierte Planung (wie sie im Verband angelegt war), die weder platte Versöhnung von Widersprüchen postulierte noch fade Wachstumsethik favorisiert, vermag als kulturelle Kraft glaubwürdig zu werden. Dies setzt regionale Institutionen voraus, die programmatische Ideen entwickeln und kulturstiftende Wirkung erzielen können. Gerade in den Regionen im Osten mit ihren enormen Defiziten an kulturellen Entwicklungsträgern, die Stabilität zu bewirken vermögen, sind neue Ansätze gefordert.

Bauhaus Dessau und das «Industrielle Gartenreich»¹⁰⁰⁴

Das Bauhaus der zwanziger Jahre - die berühmt gewordene Kunsthochschule, Legende und Fragment der avantgardistischen Reformantwort auf die Sinnkrise des Ersten Weltkriegs, zugleich «krönender Ausdruck des Projekts der industriellen Moderne»¹⁰⁰⁵ - bietet ein schillerndes Spektrum an Interpretations- und Bezugsmöglichkeiten. Das Bauhaus in das Verhältnis zum sozialen Raum und zur Kulturgeschichte zu setzen, bietet, ganz allgemein gesagt, die Chance zu einer Neubegründung dieser Institution heute, ohne sich platter Negierung oder mechanischer Erbschaftspflege bedienen zu müssen. Diese Neubegründung aus «Raum und Zeit» heraus lässt das Bauhaus mit seinen eigenen kulturellen Beiträgen zu Stadtplanung, Architektur, Design, Theater oder bildender Kunst und zugleich mit den Folgen der am Wachstum orientierten Moderne konfrontieren, deren Produkt und Promotor das Bauhaus war. Dies fand in der Stadt und Region Dessau ebenso seinen Niederschlag wie in dem «Weltereignis Bauhaus». Vor dem Hintergrund der die Industrienationen wie die «Entwicklungsländer» zunehmend bestimmenden Probleme der Folgen expandierender Industrialisierung und Risikoanhäufung, ergibt sich ein sinngebendes Bestimmungsmoment für das Bauhaus heute: Die kulturelle Wandlung des Fortschrittsmodells der Moderne in Richtung einer nachhaltigen, d. h. ökologisch und sozial tragfähigen (gleichwertigen) Entwicklung.

Ein wichtiger Schlüssel zum Zugang für eine solche Langzeitaufgabe liegt im Beziehungsgeflecht von umgebender Region und deren Modernisierungsgeschichte. Die Methode und Vision für die vom Bauhaus Dessau ausgehenden Wandlungsimpulse können mit dem Titel «Industrielles Gartenreich» bezeichnet

¹⁰⁰⁴ Vgl. Bodenschatz, H. 1 Bruckner, H. 1 Kegler, H. 1 Stein, M.: Industrielles Gartenreich Dessau-Bitterfeld-Wittenberg, in: Stadtbauwelt 110/1991, S. 1284-1293

¹⁰⁰⁵ Bodenschatz, H. 1 Bruckner, H. 1 Kegler, H. 1 Stein, M.: Industrielles Gartenreich Dessau-Bitterfeld-Wittenberg, in: Stadtbauwelt 100/1991, S. 1284; vgl. auch: Bauhaus Dessau «Dimensionen», Dessau, 1993

werden - eine zugleich Widerspruch erheischende wie anziehende Formel. Damit umreißt das Bauhaus Dessau modellhaft eine programmatische Idee, mit der eine Umstellung der regionalen Entwicklung in Richtung zivilisierten Umgangs mit den Zusammenbruchskrisen und der Suche nach angemessenen Entwicklungsformen verlaufen konnte. Dabei fungiert das Bauhaus Dessau selbst als eine Plattform für die regionale und internationale Diskussion sowie praktische Erprobung «vor Ort». Die Formel «Industrielles Gartenreich» rekrutiert sich aus den beiden wichtigen kulturhistorischen Schichten der Region um Dessau-Bitterfeld- Wittenberg.

Mit dem schon zur Zeit seiner Entstehung sogenannten «Gartenreich» (1797) Dessau-Wörlitz verbindet sich die europäische Bedeutung besitzende Verräumlichung reformabsolutistischer Landesgestaltung und Gesellschaftswandlung im Land Anhalt in der Zeit der Aufklärung, also in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dieses gestaltete Programm erfuhr durch die industrielle Moderne seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine spannungsvolle Überformung, die - vor allem um Bitterfeld - ökologische Verwüstungen zeitigte. Andererseits brachte sie eine strategische Kultur hervor, die weltweiten Anklang fand und sich mit Namen wie Walther Rathenau (Gründer der Bitterfelder Chemiewerke), Hugo Junkers (Flugzeugbau in Dessau) oder dem Bauhaus-Direktor Walter Gropius verband.

Sie waren Träger weitreichender und ambivalenter Modernisierungskonzepte, die in der Region konkrete Spuren und Wirkungen hinterließen. So trugen sie zur Entfaltung eines «Denkens in Jahrhunderten», eines Strategiebewusstseins ebenso bei wie zum Ansinnen einer kulturstiftenden Wirkung wirtschaftlicher Tätigkeit (erinnert sei an die Konzepte von Rathenau zur «Gemeinwirtschaft», 1914). Dass es sich dabei zugleich um etatistische, patriarchale und naturverzehrende Vorhaben handelte, gehört in das Blickfeld einer historisch bewussten Erneuerungsstrategie. Das Industriezeitalter brachte in der Region aber auch Spurenelemente der «alternativen» Moderne hervor wie z. B. die Selbstversorgungssiedlungen des Gartenarchitekten Leberecht Migge oder die Ansätze wissenschaftlicher Reformkultur am Bauhaus unter Hannes Meyer in den zwanziger Jahren. Diese historischen Dimensionen geben zugleich die Bezüge der Kulturarbeit des Bauhauses für Erneuerungsgrundlagen der Region.

Das «Industrielle Gartenreich» verbindet als Handlungsorientierung das Initiieren von Sicherungspolitik vorhandener natürlicher und kultureller Reichtümer in der Region mit der auf Regeneration und behutsame, dauerhafte Erneuerung zielenden Planung und Gestaltung sowie auf ein vernetztes, exemplarisches Realisieren von Planungen. Die verbindende kulturelle Arbeit umfasst z.B.:

- Bewusstmachen von ökologischen Grenzen einer Reindustrialisierung der geschundenen Region;
- Vermittlung von Ansätzen regionaler Wirtschaftstätigkeit an konkreten Orten;
- Sicherung von kulturhistorischen und naturnahen «Inseln» als Regenerationsfaktoren der Region;

- Initiieren bzw. Stärken von Planungsinitiativen für eigenständige Regionalentwicklung;
- Erforschung und Darstellen von Modernisierungsprozessen in der Region als strategische Basiskenntnisse für die Erneuerung;
- Schaffen eines «Klimas für Visionen» neuer Lebenskultur;
- Entwurfs- und Realisierungsbeispiele ökologischer Entwicklung.

Dafür entwickelt das Bauhaus Dessau institutionelle Formen und Instrumente wie Archive, Wanderausstellungen, Werkstätten, Foren, akademische Seminare, Beispielvorhaben, künstlerische Projekte u.a. Die Projektarbeit zu 15 Vorhaben in der Region erfährt über den Ansatz für ein «Dezentrales Museum der mitteldeutschen Industriegeschichte» eine historisch-programmatische Verknüpfung.

Damit kann sich das Bauhaus als ein kulturökologisches Institut erweisen, das - in nächster Zeit - als «Stiftung Bauhaus Dessau» eine dauerhafte Form und Struktur erhalten wird. Das bedeutet, dass das Bauhaus Dessau modellhaft als einer jener konsistenten Impulsgeber für eine nachhaltige und langfristig orientierte Entwicklung dienen kann. Es vermag Reformtraditionen der Planungskultur weiterzuführen und zu verbinden mit einer inneren Besinnung auf dem Weg der Modernisierung.

VI. Zu Ferropolis:

Eine Chronologie -Der Weg von Ferropolis 1995 bis 2011 in Stichworten

[1991-1994: Entwicklung der Idee und Vorbereitung der Umsetzung]

1995

10.11. regulärer Transportbeginn des Absetzers 1025 zum zukünftigen „Ferropolis“

20.11. der Schaufelradbagger erreicht künftigen Standort

22.11. die Eimerkettenbagger und Absetzer nehmen die letzte Auffahrt

14.12. vier der fünf Großgeräte stehen auf dem Gelände der Tagesanlagen –
die „Stadtgründung“ wird vom Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalt vor-
genommen (Stadtschild wird enthüllt)

15.12. Festakt – 80 Jahre Kraftwerk Zschornewitz.

Alle Teilnehmer dankten am Rande dieser Veranstaltung Herrn Streiber von der Bergbaugesellschaft, dass er mit der Aussicht „der Derrick kommt“, das Projekt Ferropolis vorangetrieben habe. Anderthalb Jahre später wird der Derrick verschrottet – vor dem Richtfest von Ferropolis.

1996

Planungsarbeiten: Konzept für eine Arena mit 25.000 Besuchern – Erweiterung der ursprünglichen Ausbauplanung von 10.000 Besuchern im Zusammenhang mit der EXPO-Planung (Entwurf J. Park)

10.12. Unterzeichnung der Projektvereinbarung als EXPO-Projekt (EXPO GmbH, LMBV, Bauhaus Dessau, Stadt Gräfenhainichen)

1997

April: der „Derrick“ wird verschrottet

23.4. Verleihung des „Freiherr von Stein-Preises“ der Alfred-Toepfer-Stiftung an M. Brück und R. Weisbach, Stiftung Bauhaus Dessau, für die Projektidee Ferropolis

14.7. Kreistag Wittenberg beschließt Beteiligung an Ferropolis GmbH (Hauptgesellschafter 44 %)

Eintragung der „Ferropolis GmbH“ am 17.9. beim Notar
Gesellschafter:

- Landkreis Wittenberg
- Stadt Gräfenhainichen
- EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH
- Bergbau- und Erlebnisbahnverein „Ferropolis“
- Martin Brück
- Stiftung Bauhaus Dessau

20. August: Besuch einer Delegation der IBA-Emscher Park mit dem historischen „Rheingold“-Express in Ferropolis

August: Erste Fotoausstellung über Ferropolis ("Gruppe Foto K", Frankfurt/M.) in Station XII, der zukünftigen Museums-Galerie von Ferropolis

18.9. Namensgebung für die Sekundarschule III, Gräfenhainichen als "Ferropolis-Schule"

18.9. Richtfest Ferropolis

1998

April: Kunstpreis der Dresdener Bank „Ars lipsensis“ für Absolventin der HGB Leipzig, A. Reineck,

für die Kunst-Skulptur „Ferropolis“

Gründung des Aufsichtsrates „Ferropolis“

Juli-August: Kunstprojekt in Ferropolis: Gemälde/Bildhauerarbeit von Studenten der HdK Berlin, die mehrere Wochen in Ferropolis leben

ab Juni: regelmäßige Grubenspaziergänge der agentur reisewerk im Verein Industrielles Gartenreich e.V.

10.12. Verkauf der „Halbinsel Ferropolis“ durch die LMBV an die Ferropolis GmbH
Bauarbeiten/Planungen werden weitergeführt (im Auftrage der EXPO: I. Ritchie, J. Park, Büro Kiefer, B-Plan-Entwurf durch Büro für Urbane Projekte, Leipzig)

1999

Fertigstellung des Bahnanschlusses zum Ferropolis-Gelände

Aufnahme regulärer Besuchsmöglichkeiten des Geländes

Oktober: offizieller Beginn der Flutung des Tagebaus (zunächst mit aufsteigendem Wasser)

Silvesterfeier der Freunde von Ferropolis durch Verein Industrielles Gartenreich e. V.

2000

Januar: Beginn der Zuführung von Fremdwasser in den Tagebau Golpa-Nord

16. Juli Eröffnung der "Stadt aus Eisen" anlässlich der EXPO 2000 mit Konzert von Thodorakis und Lichtshow des Designers Hoff

2001

Beginn erster Baumaßnahmen für den Ausbau der Infrastruktur.

Krise in Ferropolis: Finanzdefizit

2002

Neubesetzung der Geschäftsführung (Interimslösung), Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie (von Wenzel Consult AG, Hamburg/Büro Fuchs, Wörlitz) - sieht Entwicklungschance für Ferropolis vor; Erstellung eines Rahmenplanes durch ein Charrette-Team (Leitung Dr. Kegler mit Gruppe F - Landschaftsarchitekten, ts-Redaktion, lokale Ingenieurbüros, wie Büro Geyer, Renner, Kluge, Schmidt, Kühlhorn, unter Einbeziehung von Ingenieur Reinknecht zu den Fragen der Baggersanierung)

2003

16. Juni Bewilligung von Fördermitteln auf der Basis des Rahmenplanes zur Sanierung der Großgeräte und für den Ausbau der Infrastruktur, erfolgreichstes Jahr bei den Konzerten (Grönemeyer, Metallica – jeweils ca. 25.000 Besucher) – insgesamt ca. 150.000 Jahresbesucher

November: Beginn der Bauarbeiten zur Infrastruktur und zur Sanierung der Tagebaugroßgeräte,

12. November: Berufung einer professionellen Geschäftsführung durch die Gesellschafter der Ferropolis GmbH (Thies Schröder)

2004

Durchführung der Sanierungsarbeiten an den Großgeräten und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau und Sanierung wesentlicher Abschnitte der Hallen, Gestaltung des Außenraumes, Beginn eines Interreg-Projekts zur Vernetzung der neuen Seenlandschaft und zur kreativen Entwicklung der Uferzonen – Beginn der Kooperation mit Tschechischen Braunkohlepartnerstädten, eingeschränkter Konzertbetrieb, Verkauf des Gremminer Sees an die Blauwald GmbH

2005

Bau des Bahnsteigs, Fertigstellung der Umbaumaßnahmen (Ausbau der Orangerie), Umbau von Teilen der 30-kV-Station zu einem Museum (mit dem Waldelefanten von Gröbern), Fortführung des Konzertbetriebes, Aufbau einer Partnerschaft mit dem neuen Seeigentümer zur Entwicklung der Region, Konzipierung eines Solarkraftwerkes für Ferropolis, Beginn der ersten Badesaison im Gremminer See, Eröffnung einer Wanderausstellung zur Sanierung der Braunkohletagebaue in Ostdeutschland. Der Absetzer 1022 ist für Besucher begehbar. FERROPOLIS wird in die European Route of Industrial Heritage aufgenommen. Zu Gast: u. a. Melt, Die Toten Hosen, Peter Maffay, Nabucco

2006

Ferropolis gewinnt den LIVE ENTERTAINMENT AWARD in der Kategorie „Herausragendste Veranstaltungsstätte“.

Zu Gast: u.a. Pet Shop Boys, Art Brut, Mia, Top Dog Brass Band, McKinsey

2007

In Ferropolis eröffnet zum Bergmannstag 2007 das Kulturcafé Orangerie!

In der 30KV-Station ist nun neben der Schaltwarte, den Knochen des Waldelefanten und den Spuren des Braunkohlebergbaus auch eine Ausstellung zur Vermessungstechnik (Markscheiderei) zu sehen.

Zu Gast: Carmina Burana, Melt! mit 10. Jubiläum und Kelis, Jan Delay, Deichkind, Tocotronic und tollem Wetter! Besucherrekord!

2008

Pfingsten findet in Ferropolis ein großes Pfadfindertreffen statt. Ca. 3000 Pfadfinder aus ganz Deutschland nehmen teil.

Zu Gast: u.a. DIE ÄRZTE, Björk

2009

Ferropolis wird Ankerpunkt der regionalen ERIH-Route Sachsen-Anhalt

Rund 120.000 Besucher bei Veranstaltungen in Ferropolis und damit eine der erfolgreichsten Veranstaltungssaisons überhaupt. Mit dem Splash-Festival zieht das größte Hip Hop -Festival Deutschlands nach Ferropolis.

Zu Gast: u.a. Linkin Park, Die Toten Hosen, Oasis

2010

Ferropolis gewinnt gemeinsam mit Partnern im Wettbewerb „innovative Konzepte im Mobilitätsmanagement“ der dena (Deutsche Energie Agentur) für sein Mobilitätsmanagementkonzept bei Großveranstaltungen einen Preis.

Die Experimentierwerkstatt „Erneuerbare Energien“ wird eingeweiht.

Zu Gast: u.a. Unheilig, Aura Dione, Skunk Anansie

2011

Der Bau von Ferro-Solar ist abgeschlossen: erster Strom fließt zum MELT-Festival am 15. Juli 2011. Die „Green-Music-Initiative“ hat das MELT-Festival zu einem festen Bestandteil der auf Nachhaltigkeit angelegten Festivals in Europa gewählt. ...

Verzeichnis der Abbildungen

1. Planungsatlas Mitteldeutschland: Karten und Pläne 1-39¹⁰⁰⁶ (als Block)
2. Das Geiseltal in 70 bis 80 Jahren, in: Querfurter Tageblatt, 22.12.1928¹⁰⁰⁷
3. Bauhaus und Landesplanung (1927): „Bericht über die 4. Ordentliche Sitzung des Landesplanungsverbandes für den mitteldeutschen Industriebezirk im „Bauhause“ zu Dessau am 14. Mai 1927“¹⁰⁰⁸
4. Bauhaus und Industrielles Gartenreich (1990): Bodenschatz, H. (1990): o.T. (Artikel zum II. Internationalen Walter-Gropius-Seminar am Bauhaus Dessau, November 1989 und zum Industriellen Gartenreich)¹⁰⁰⁹
5. Schema zur Landesplanung (1927): „Organisation des Landesplanungsverbandes für das engere mitteldeutsche Industriegebiet“¹⁰¹⁰
6. Mitteldeutsche Zeitung „Recycling“ (1990): „Industrielles Gartenreich‘ – ein Recycling- Pilotprojekt“¹⁰¹¹
7. Wohnung, Gestaltung, Wirtschaft (1928)¹⁰¹²: Buchtitel
8. Industrielles Gartenreich-2 (1999)¹⁰¹³: Buchtitel

¹⁰⁰⁶ Landesplanung Merseburg/Hrsg. (1932): Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Merseburg, Archiv Kegler

¹⁰⁰⁷ Stadtarchiv Querfurt

¹⁰⁰⁸ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Rep.: C 50 Wittenberg B, Nr. 301, S. 430r (Titelblatt)

¹⁰⁰⁹ In: Bauwelt 48. 1990, <http://www.bauwelt.de/cms/heft-archiv.html> (nicht mehr im Archiv); dem Autor dieser Schrift liegt eine Kopie des Artikels vor.

¹⁰¹⁰ Schemaentwurf: Christian Marx, 2003, siehe auch: Marx, C.: Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: http://www.die-neue-stadt.de/archiv/ausgabe_ii_vi/landesplanungsverband_80_jahre.html

¹⁰¹¹ Mitteldeutsche Zeitung vom 3. Juli 1990

¹⁰¹² Titelbild: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien

¹⁰¹³ Titelbild: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich², ex pose verlag, Berlin (Fotos: Bolbrinker, Hohmuth, Gestaltung: Boesten, Hesse)

9. Merseburger Planungsatlas (1932)¹⁰¹⁴: Inhaltsverzeichnis
10. Projektkarte Industrielles Gartenreich (1999)¹⁰¹⁵: Übersicht der 16 Projekte
11. Plan der Gewerbe-, Wohn-, Grünflächen (1932)¹⁰¹⁶: Plan 23
12. „Ferropolis“ Stadt & Raum (2009)¹⁰¹⁷: Titelbild

¹⁰¹⁴ Landesplanung Merseburg/Hrsg. (1932): Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Inhalt des Kartenbandes, Merseburg, Archiv Kegler

¹⁰¹⁵ Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich², Berlin, S. 217 (Entwurf der Karte: Idee: Kegler, Gestaltung: Boesten/Hesse); Untertitel der Karte: Sechzehn Leitprojekte der Werkstatt Industrielles Gartenreich auf den Ebenen: Planung und Kommunikation 1/8/10, Initialprojekte für den Erneuerungsprozess 5/9/11/13/14/16, vernetzte Gestaltungsprojekte 3/7/15, sozial-kulturelle Projekte 2/4/6/12

¹⁰¹⁶ Landesplanung Merseburg/Hrsg. (1932): Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, Plan der Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen Nr. 23, Merseburg, Archiv Kegler

¹⁰¹⁷ Stadt und Raum, Heft 4, 2009, Titelbild mit Luftaufnahme von Ferropolis, http://www.stadtundraum.de/index.php?hr=stadtundraum&ur=fachzeitschrift&c=jahresrueckschau_2009, siehe auch den dazu gehörigen Artikel: Gruppe F (2009): Ferropolis - Die Stadt aus Eisen, 4, S. 178ff.

Verzeichnis der Literatur¹⁰¹⁸

- "Dem Bauhausstil mit viel Glas und Grün treu", in: Dessauer Tageblatt vom 23.8.1991
- „An der steilen, breiten Straße“, Zschornowitz, 1979 (Aufsatz), Archiv Kegler
- „Kraftwerk auf dem Dach“, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. 7. 2011
- Abendroth, A. (1905): Die Großstadt als Stadtgründerin, in: Der Städtebau, 2, S. 24-26; 3, S. 50-51
- ABRAXAS (2001): Regionales Entwicklungskonzept (REK) Dübener Heide, Lutherstadt Wittenberg/Weimar (unveröffentlicht)
- Adam, B. (2001): Spuren eines Wettbewerbs, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft, Nr. 3/2001, S. 1-4
- Adorno, T.W. (1986): Rückblickend auf den Surrealismus, in: Surrealismus in Paris 1919-1939, Leipzig, S.693-698
- Akademie der Künste/Hrsg. (1985): Martin Wagner Wohnungsbau und Weltstadtplanung – Die Rationalisierung des Glücks, Berlin/W.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL/Hrsg. (1999): Grundriß der Landes- und Regionalplanung, Hannover
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL/Hrsg. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover
- Akzo Nobel. Chemie mit Tradition wird in Bitterfeld fortgeführt, in: Bitterfelder Anzeiger vom 2.12.1994, Bitterfeld, S. 5
- Albers, G. (1975): Entwicklungslinien im Städtebau, Düsseldorf
- Albers, G. (1988): Stadtplanungsgeschichte als Wissenschaft, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, 1, S. 2 ff
- Albers, G. (1996): Entwicklungslinien der Raumplanung in Europa seit 1945, in: DISP 127, Zürich, S. 2-12
- Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa, Braunschweig, Wiesbaden
- Albers, G. (2005): Stadtplanung, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung ARL/Hrsg.: Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 1085-1091
- Albers, G.; Wekel, J. (2008): Stadtplanung, Darmstadt

¹⁰¹⁸ Zitierte sowie allgemein verwendete Literatur. Auf Archivalien fußende Literatur sowie weitergehende Quellenangaben sind in den jeweiligen Fußnoten vermerkt.

- Albrecht, R., (1993): Historismus-Architektur in der Bitterfelder Region. Ein industriegeschichtlicher Kristallisationspunkt für heimatlichen Identitätsgewinn, in: Kuntz, A./Hrsg.: Arbeiterkulturen. Vorbei das Elend - Aus der Traum?, Düsseldorf, S.67-79
- Albrecht, R.; Kretschmer, K. (1993): Chronik zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region, in: Beiträge zur Bitterfelder Industriegeschichte, H. 1/1993: Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region, Verein der Freunde und Förderer des Kreismuseums Bitterfeld/Hrsg., S.4-22
- Alex, R. (1986): Klassizismus und Neugotik in Wörlitz - Programmatische Architektur im räumlichen Ensemble, in: Beiträge zur Gartendenkmalpflege - Der frühe Landschaftsgarten – Berlin, S.35-41
- Alexander, C. (1965): „A City is Not a Tree“, in: Architectural Form, Vol. 122, No. 1, S. 58-61, No. 2, S. 58-62
- Alkin, M. (2006): Organisationale Kompetenzen aus systemtheoretischer Perspektive, Hamburg
- Altrock, U. (2004): Anzeichen für eine Renaissance der strategischen Planung?, in: Altrock, U.; Günter, S.; Huning, S.; Peters, D./Hrsg.: Perspektiven der Planungstheorie, Berlin, S. 221-238
- Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nüssli, H./Hrsg. (2010): Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin
- Anhalter Anzeiger vom 26.1.1934
- Anhalter Anzeiger vom 8.6.1932 und 26.8.1932
- Anhalter Staatsanzeiger vom 15.6.1885
- Arbeitsgruppe Stadterneuerung/Hrsg. (1989): Stadterneuerung in Berlin-West, Perspektiven einer Bestandsentwicklungspolitik, Berlin
- Arnold, E.: Spieltheorie und klassische Gesellschaftsvertragstheorie, in: <http://www.eckhartarnold.de/papers/spieltheorie/node13.html> (03.03.2011)
- Arnold, H. (2001): Rezension zu Martina Löw: Raumsoziologie. Frankfurt am Main 2001, in: geographische revue, 3. Jg, Heft 2, S. 103-105
- Bach, J.; Kind, G.; Staufienbiel, G./Hrsg. (1988): Zur Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Stadtplanung, Weimar
- Bahro, R. (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln (Neuaufgabe Berlin 1990)
- Bahro, R. (1989): Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Stuttgart, Wien
- Barnett, J. (2001): Planning for a New Century, Washington
- Bartschat, J. (1917): Ein Gesamtsiedlungsplan für die neuen Oststaaten, in: Der Städtebau, 10/11, S. 111-113

Barz-Malfatti, H.; Welch-Guerra, M., Projektleitung/Bauhaus-Universität Weimar/Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr/Hrsg. (2007): Stadtland Thüringen – Wege des Städtebaus, Weimar

Bauhaus-Universität Weimar, Fachhochschule Erfurt, Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr/Hrsg. (2010): Kulturlandschaft Thüringen, Weimar

Bauakademie der DDR und Bauhaus Dessau/Hrsg. (1989): Bauen in der Stadt, in: Bauforschung Baupraxis 252, Berlin

Baugesetzbuch (2005): Einführung Bauleitplanung, München, S. XXIX

Bauhaus Dessau (1989): Informationsmaterial für die Teilnehmer des II. Internationalen Walter-Gropius-Seminars am Bauhaus Dessau vom 4.11.1989 - 10.11.1989, in: Bodenschatz, H., et al/Hrsg.(1990): Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Diskussionsbeitrag Nr.34 des Institutes für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, S.71-92

Bauhaus Dessau/Hrsg. (1989): II. Internationales Walter Gropius-Seminar „Innenstadtentwicklung“ (Informationsmaterial), Dessau (unveröffentlicht)

Bauhaus Dessau/Hrsg. (1993): Dimensionen – Bauhaus 1925 – 1932, Dessau

Bauhaus Dessau/Hrsg. (1993): Konzept für Umwelt-EXPO, Dessau

Bauhaus Dessau/Hrsg. (1994): Konzept für die Umwelt-Expo - Industrielles Gartenreich - Umweltforum - Zentrum Mitteldeutsche Industriegeschichte - Kulturlandschaft, Dessau (unveröffentlicht)

Bauhaus-Universität Weimar; Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr/Hrsg. (2007): Stadtland Thüringen – Wege des Städtebaus, Weimar

Bauhaus-Archiv Berlin/Hrsg. (1988): Experiment Bauhaus. Ausstellungskatalog, Berlin/W.

Baumann, K. (2007): Bauhaus Dessau, Berlin

Baumeister, R. (1876): Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung, Berlin

Baumhoff, A. (1999): Die Alibi-Meisterin, in: Fiedler, J.; Feierabend, P./Hrsg.: Bauhaus, Köln, S. 354-356

Bauriedl, S. (2007): Spielräume nachhaltiger Entwicklung – die Macht stadtentwicklungspolitischer Diskurse, München

Bund Deutscher Architekten BDA (1990 und 1994): Dessauer Erklärungen vom 24. Juni 1990 bzw. 25 August 1994 (unveröffentlicht)

Beck, U. (1991): Die unvollendete Demokratie, in: Beck, U./Hrsg.: Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S.196-201

Beck, U. (1991): Die Welt als Labor, in: Beck, U./Hrsg.: Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S. 154-166

Beck, U. (1991): Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/Main

Beck, U. (1994): Die Stadt in der Gewißheit des Umbruchs, in: Deutsches Architektenblatt, Nr. 9, S.1315-1317

- Beck, U. (2011): Die Kernenergie ist ein Weltexperiment, in: Berliner Zeitung vom 14. März 2011
- Behrens, H. (1993): Wurzeln der Umweltbewegung. Die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund der DDR, Marburg
- Benjamin, W. (1984): Allegorien kultureller Erfahrung, Leipzig
- Berkner, A. (1997): Die „Mitteldeutsche Straße der Braunkohle“ – Ausgangssituation, Visionen, aktuelle Situation, in: BergbauFolgeLandschaft, S. 155 – 158
- Berlepsch-Valendas (1914): Die Gartenstadtbewegung in England, ihre Entwicklung und jetziger Stand, in: Der Städtebau, 1, S. 14
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Berlin
- Berthold, R./Hrsg. (1988): Produktivkräfte in Deutschland 1917 bis 1945, Berlin
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt Bitterfeld/Hrsg. (1992): Kraftwerk Süd Bitterfeld, o.O.(unveröffentlicht)
- Bilkenroth, K.-D. (1995): Beitrag des Sanierungsbergbaus zur Umwandlung einer Industrieregion, in: Bergbaufolgelandschaft Bitterfeld – Natur aus zweiter Hand, Bitterfeld
- Billerica Garden Suburb (1915), in: Der Städtebau, 3/4, S. 44
- Birkhölzer, K. (1994): Lokale Ökonomie zwischen Marginalisierung und zukunftsweisender Wirtschaftsweise, in: IFP "Lokale Ökonomie" und "zukunft im zentrum" gGmbH/Hrsg.: Lokale Ökonomie, Berlin, S.9-15
- Bitterfelder Bergleute e. V./Hrsg. (1998): Chronik des Braunkohlebergbaus im Revier Bitterfeld, Bitterfeld
- Bittner, R. (1998): Kolonien des Eigensinns, Frankfurt/Main-New York.
- Blasche, B.H. (1800): Ueber die Behandlung und Benutzung der Thiere in pädagogischer Hinsicht, in: Bibliothek der pädagogischen Literatur, Jg. 1800, Bd.3, S.326
- Blotevogel, H. H. (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S. 491-506
- Blotevogel, H./Hrsg. (2002): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes, Hannover
- Blotevogel, H. (2002): Zur Theorie und Praxis des Zentrale-Orte-Konzeptes, in: Blotevogel, H./Hrsg.: Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes, Hannover, S. 10-16
- Blotevogel, H.; Schelhaas, B. (2011): Geschichte der Raumordnung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 75-201
- Blotevogel, H. (2011): Raumordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Hrsg.: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung, Hannover, S. 82-101

- Blum, O. (1911): Städte und Eisenbahnen in ihren gegenseitigen hindernden und fördernden Beziehungen, in: Der Städtebau, 11, S. 121-125
- Blume, T. (1989): Hubert Hoffmann und sein Versuch nach 1945 das Bauhaus in Dessau wiederzubeleben - zur Bauhausrezeption in der DDR, Semesterarbeit an der Karl-Marx Universität Leipzig
- Blume, T. (1990): Grundzüge der Bauhausrezeption in der DDR, Diplomarbeit, Leipzig (unveröffentlicht)
- Blume, T. (1993): Radikaler Aufbruch, in: Bauhaus Dessau 1926-193 - Dimensionen, Dessau, S.32-62
- Blume, T. (1994): Die Siedlung Hohe Lache, Dessau
- Blume, T.; Bredenhorst, A. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Dessau
- BMV BW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2002): Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau-Ost“, Berlin
- Bober, M. (2006): Von der Idee zum Mythos. Die Rezeption des Bauhauses in beiden Teilen Deutschlands in Zeiten des Neuanfangs (1945 und 1989), Diss.
- Bober, M. (2009): Der Mauerfall von Dessau, in: Bauhausstadt, 12/2009, S.8
- Bode, H. (1993): Analyse des Transformationsprozesses der großchemischen Industrie Sachsen-Anhalts in mikro-, makroökonomischer, regionaler und sozialpolitischer Hinsicht. Teilbericht "Fallstudie Filmfabrik Wolfen", Dessau (unveröffentlicht)
- Bodenschatz, H. (1987): Platz Frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin
- Bodenschatz, H. (1987): Zur Aktualität der Stadt-Planungsgeschichte, in: Die alte Stadt, 4, S. 330
- Bodenschatz, H. (1989): II. Internationales Walter-Gropius-Seminar. In: Bauwelt 48, S. 2258
- Bodenschatz, H. (1990): Vorläufige Überlegungen zur kulturellen Stadterneuerung in Dessau, in: Bodenschatz, H.; Welch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S.62-63
- Bodenschatz, H.; Brückner, H.; Kegler, H.; Stein, M. (1991): Industrielles Gartenreich, in: Stadtbauwelt 110, 1284-1293
- Bodenschatz, H.; Geisenhof, J. (1991): Plädoyer für eine kulturelle Stadterneuerung, in: Die alte Stadt 3/91, S. 241ff.
- Bodenschatz, H. (1992): Großstadt-Bauhaus-Hochhaus-Berlin ... Ludwig Hilberseimer (1885-1967), in: Stein, M./Hrsg.: BauhausStadt – Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 66-83
- Bodenschatz, H. (1992): Industrielles Gartenreich?, in: Planerin, Nr. 1, S.5-8
- Bodenschatz, H.; Seifert, C. (1992): Stadtbaukunst, Berlin
- Bodenschatz, H. (1998): Alte Stadt – neu gebaut, in: Die Alte Stadt 4/98, S. 299-317

- Bodenschatz, H.; Kegler, H. (2000): Die Piesteritzer Siedlung, Lutherstadt Wittenberg
- Bodenschatz, H.; Kegler, H. (2000): Städtebaureform auf Amerikanisch, in: Stadtbauwelt 12/2000, S. 42–59
- Bodenschatz, H. (2003): Stadtumbau – Begriffe und Perspektiven, in: Boeckl, M./Hrsg.: Stadtumbau/Urban Conversion, Wien, New York. S. 10-24
- Bodenschatz, H.; Schönig, B. (2004): Smart Growth – New Urbanism – Liveable Communities. Programm und Praxis der Anti-Sprawl-Bewegung in den USA, Wuppertal
- Bodenschatz, H.; Kegler, H. (2005): Stadtumbau. In: ARL – Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg.: Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover, S. 1092-1096
- Bodenschatz, H.; Schultz, B. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, in: Stadtbauwelt 187, S. 13
- Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg. (2010): Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin
- Bodenschatz, H. (2010): Paris oder London: Konzentrierender oder dezentralisierender Städtebau? in: Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg.: Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin, S. 84-87
- Boelcke, W.A. (1983): Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf
- Böhme, G. (1989): Für eine ökologische Naturästhetik, Frankfurt/Main
- Böhme, G. (1992): Natürlich Natur. Über Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/Main
- Böhme, G. (1997): Gärten und Wüsten, Naturverschönerung und Naturzerstörung, in: Die Gartenkunst, Heft 2/97, S. 235-238
- Böhme, H. (1989): Historisch-philosophische Randnotizen, in: Stadt, Kultur, Natur, Baden-Baden, S.31-7
- Böhmert (1909): Englische Arbeiterwohnhäuser in deutscher Beleuchtung, in: Der Städtebau, 2, S. 15-17
- Bolbrinker, N., Stutterheim K., Blume T. (1997): Golpa-Nord/ Ferropolis, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Land der Arbeit, S. 252
- Bauhaus Dessau/Hrsg. (1997): Land der Arbeit, Berlin
- Bollerey, F.; Hartmann, K.; Fehl, G./Hrsg. (1990): Im Grünen wohnen – im Blauen planen, Hamburg
- Bölling, L.; Sieverts, T. (2004): Mitten am Rand, Wuppertal
- Bollnow O. F. (2000): Mensch und Raum, Stuttgart, Berlin, Köln
- Bongards, M. G. (2004): Raumplanung als wissenschaftliche Disziplin im Nationalsozialismus, Marburg, Diss.

- Borchardt, K., (1976): Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen, in: Aubin, H.; Zorn, W./Hrsg.: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd.2, Stuttgart
- Bosman, J. (1993): Jenseits des Textes - die Charta von Athen im Lichte der Projekte der Nachkriegszeit, in: Werk, Bauen + Wohnen, 1993, 4, S.8-17
- Bossmann, A. (1993): Reformen im Hintergrund: Oskar Schlemmer und Laszlo Moholy-Nagy, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Dimensionen 1925-32, Dessau, S. 78-93
- Böthig, M. (1990): Wohnen am Wallwitzhafen Dessau - ein ökologisch und sozial orientiertes Sanierungsprojekt, Diplomarbeit an der TU Dresden (unveröffentlicht)
- Brake, K. (1985): Methodische Anmerkungen zur Geschichtsschreibung der modernen Stadtplanung, in: Brake, K./Hrsg. (1985): Stadtentwicklungsgeschichte und Stadtplanung, Oldenburg, S. 133-147
- Brake, K./Hrsg. (1985): Stadtentwicklungsgeschichte und Stadtplanung, Oldenburg
- Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg. (2001): Suburbanisierung in Deutschland – aktuelle Tendenzen, Opladen
- Brandt, A./Hrsg. (1991): Das EXPO Projekt, Hannover
- Bremm, H.J., Danielzyk, R. (1992): Die Modernisierung alter Industrieregionen, in: Müller, S.; Schmals, K.M./Hrsg.: Die Moderne im Park, Dortmund, S.22-49
- Breymeyer, U. (1998): Rüben und Dampf, industrialisierte Landwirtschaft, in: Brüggemeier, F.-J.; Korff, G.; Steiner, J./Hrsg.: mittendrin, Dessau, S. 283-307
- Brichetti, K. (2009): Die Paradoxie des postmodernen Historismus, Berlin
- Briggs, J.; Peat, D. (2006): Die Entdeckung des Chaos, München
- Brock, B. (1999): Gott und Müll, Frankfurter Rundschau, 9.4.1999
- Brockmann, O. (1916): Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte, in: Der Städtebau, 6/7, S. 62-65
- Bruce, A. (2000): Projektmanagement, London
- Bruch, E. (1870): Berlins bauliche Zukunft und der Bebauungsplan, in: Deutsche Bauzeitung DBZ 20, S. 159-163; 23, S. 183-186
- Brück, M. (1992): "Ferropolis" : ein Konzept für Golpa-Nord; Erläuterungsbericht, Diplomarbeit an der FH Koblenz, unveröffentlicht
- Brück, M.; Weisbach, R. (1998): Neues aus Ferropolis, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V., Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbuch Bergbaufolgelandschaft, Dessau, S. 161
- Brückner, F. (1972): Städtebauliche Rekonstruktion vor 200 Jahren - die Anlegung der Franzstraße, in: Dessauer Kalender, S. 54-69
- Brückner, F., o.J.: Häuserbuch der Stadt Dessau 17-20, Dessau
- Brückner, H. (1991): Der Drehberg im Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Dessau

- Brückner, H.; Kegler, H. (1992): Modellprojekte "Industrielles Gartenreich", in: Angewandte Urbanistik, Jahresbericht der Gesellschaft für Urbanistik e.V. 1991/92, Dessau; Berlin, S.81-83
- Brückner, H.; Kegler, H. (1993): Vockerode - Modellprojekt zur Erneuerung einer industriell geprägten Ortslage in kulturhistorischer Landschaft, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahresbericht "Industrielles Gartenreich", Dessau, S.16-18
- Brückner, H.; Kegler, H. (1998): Industrielles Gartenreich und EXPO 2000 in Sachsen-Anhalt, in: TOPOS, 23/98, S. 69-74
- Bruegmann, R. (2005): sprawl – a compact history, Chicago, London
- Brüggemeier, F.-J.; Korff, G.; Steiner, J./Hrsg. (1998): mittendrin, Katalog zur landeskulturellen Ausstellung Sachsen-Anhalt, Dessau
- Brunner, K.H. (1925): Baupolitik als Wissenschaft, Wien
- Buchholz, M. (1998): Der Wirtschaftverband Mitteldeutschland 1921 – 1936, Leipzig, S. 9-14
- Büchner, K. (1903): Die Großstadt in Gegenwart und Vergangenheit, in: Die Großstadt, Dresden, S. 1-33
- Bücher, K. (1922): Die Entstehung der Volkswirtschaft. Erste Sammlung, Tübingen
- Budraß, L. (1992): Unternehmer im Nationalsozialismus: Der "Sonderbevollmächtigte des Generalfeldmarschalls Göring für die Herstellung der Ju 88", in: Plumpe, W; Kleinschmidt, Ch. /Hrsg.: Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert, Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 1, Essen, S.74-89
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Raumordnungsbericht 2000, Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (2003): Szenarien zur Raumentwicklung, Heft 112, Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (1999): Regionen der Zukunft – Wettbewerbszeitung, Nr. 1, Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (2004): Raumentwicklungsszenarien aus Nachbarstaaten, 1./2., Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (2004): Suburbia (Themenheft), Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg. (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen – Praxiserfahrungen, Bonn
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung BFLR (1993): Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen. Neue Leitbilder für die räumliche Entwicklung in Deutschland, in: BFLR-Mitteilungen, Nr.1, Bonn, S.1-4
- Burckhardt, L. (1989): Das Ende der polytechnischen Lösbarkeit, in: Archithese, Nr.5, S.42-43

- Buttlar, A. v. (1982): Der englische Landsitz 1715-1760 - Symbol eines liberalen Weltentwurfs, Mittenwald
- Buttlar, A.v. (1989): Der Landschaftsgarten: Gartenkunst des Klassizismus und der Romantik, Köln
- Calthorpe, P.; Fulton, W. (2001): The Regional City, Washington, Covelo, London
- Claussen, H. (1986): Walter Gropius - Grundzüge seines Denkens, Hildesheim
- Clemens, R. (1978): Eine authentische Aussage über Idee und Arbeit, Geist und Leben am Bauhaus, in: bauhaus 3, Leipzig, S. 8-9
- Conrads, U. (1981): Programme und Manifeste der Architektur des 20. Jahrhunderts, Braunschweig
- Crasemann Collins, C. (2005): Werner Hegemann and the Search of Universal Urbanism, New York, London
- Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V., Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbücher Bergbaufolgelandschaft (1996, 1997, 1998), Dessau
- Danielzyk, R. (1998): Neue Aktionsfelder der Regionalplanung – regionale Entwicklungskonzepte (REK)/ Regionalkonferenzen und Städtetnetze, Referatesammlung Nr. 73, Institut für Städtebau Berlin (DASL), S. 190-210
- Das Aufbaugesetz (1950): Wortlaut, in: Bauzeitung 11/1950, S.218
- Dauer, H. (1987): Bautätigkeit und Baumeister in Anhalt um 1750 zur Zeit Erdmannsdorffs Ankunft in Dessau, in: Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff 1736-1800, Leben - Werk - Wirkung, Staatliche Schlösser und Gärten Wörlitz, Oranienbaum, Luisium, S.131-145
- de Bruiningk (1808): Bemerkungen über das landwirtschaftliche System der herzoglichen Oekonomie zu Wörlitz, in: Briefe, Dessau/Leipzig, Stadtbibliothek Ballenstedt
- Decken, O. (1993): Vom Kohlepott zum Mülleimer? Eine Polemik zur Zukunft der Emscherzone, in: Müller, S.; Schmals, K.M./Hrsg.: Die Moderne im Park, Dortmund, S.231-245
- Denkschrift betreffend eine Ergänzung des Gesetzentwurfes zur Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin (1920), in: Der Städtebau, 1/2, S. 3-12
- Der Feierabend, Fabrikzeitung der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Wolfen, 1916 - 1933, Wolfen
- Der Spiegel vom 19. März 1990 (2/1990: „Das Land der 1000 Vulkane“, S.27-34; „Die Leute werden nun im Kopf, Spiegelreport über Bitterfeld, die dreckigste Stadt Europas“, S.35-46) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1990-2.html>
- Der Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes der Stadt Breslau und ihrer Vororte (1919), in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 39, S. 242ff
- Dessauer Tageblatt vom 23. 8. 1991
- Deutsche Bundesbahn/Hrsg. (1987): 65 Jahre Stuttgarter Hauptbahnhof, Stuttgart

- Deutsche Landeskulturgesellschaft/Hrsg. (2006): Ländlicher Raum auf Roter Liste, Kaiserslautern
- Deutsche Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung (1921), in: Bauwelt, 45, S. 662
- Die Bauordnung für die Berliner Vororte im Architekten-Verein zu Berlin, in: Deutsche Bauzeitung, 16, S. 93-95
- Die Gartenstadt, Mitteilungsblatt der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, 1925, Berlin
- Die Haupt- und Residenzstadt Dessau, 1911, Dessau
- Die Stadt Dessau und ihre Umgebung, 1926, Dessau
- Dieck (1919): Über zeitgemäße Bodenpolitik, in: Der Städtebau, 5/6, S. 57-60
- Diestel, K. (1911): Neuzeitliche Anschauungen im Bauordnungswesen, in: Der Städtebau, 8, S. 85-89; 9, S. 99-102; 10, S. 113-116
- Dietl, R. (1979): Aufgaben regionaler städtebaulicher Planung im industriellen Ballungsgebiet Bitterfeld-Dessau-Wittenberg, in: Architektur der DDR, 7, S. 415-418
- Dietrich, H., u.a. (1988): Erneuerung einer alten Industriestadt, in: Schriftenreihe "Forschung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn, S. 14
- Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, A.; Hunig, S.; Kuder, T.; Nüssli, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung, Berlin, S. 167-211
- Dobos, W.; Schmidt, H. (1992): Die Bergbaufolgelandschaft um Zschornowitz, Bauhaus Dessau, unveröffentlicht
- Doehler, M.; Reuther, I. (1992): Am Anfang war der Abbruchstopp - Geschichte eines Paradigmawechsels in der Stadtplanung, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1992, Berlin, S.137-144
- Doehler, P. (1960): Referat auf der 1.Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie, in: Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan, Erste Theoretische Konferenz, XXV. Plenartagung der Deutschen Bauakademie in Berlin, Oktober 1960, Berlin, S.177 (zitiert nach Topfstedt, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Berlin, S.164)
- Dokumentation der Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen 1996, Bitterfeld (unveröffentlicht)
- Douthwaite, R.; Dieffenbacher, H. (1998): Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften, Mainz (engl. Ausgabe Dublin, 1996)
- Droste, M. (1989): Unterrichtsstruktur und Werkstattarbeit am Bauhaus unter Hannes Meyer, in: Hannes Meyer, Berlin, S.134-147
- Droste, M. (1990): Bauhaus 1919-1933, Berlin
- Drusche, V.; Schmittziel, M. (1992): Dessau-Wallwitzhafen - Vision für eine künftige Flächennutzung; Studienarbeit am Bauhaus Dessau (unveröffentlicht)

- Duany, A.; Plater-Zyberk, E.; Speck, J. (2000): Suburban Nation – The Rise of Sprawl and the Decline of the American Dream, New York
- Duden (1996): Strategie/Strategie, Mannheim, Wien, Zürich, S. 715
- Duhm, B. (1992): Von Nische zu Nische, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1992, Berlin, S.162-168
- Duhm, B. (1994): Walter Dötsch - Leben und Werk; vom Schlemmer-Schüler zum Maler des Bitterfelder Weges, Diplomarbeit an der Humboldt-Universität Berlin (unveröffentlicht)
- Duhm, B.(1998): Grand Tour – 10 Jahre industrielles Gartenreich (unveröffentlicht)
- Duisberg, C. (1921): Die Arbeiterschaft der chemischen Großindustrie. Darstellung ihrer sozialen Lage, Berlin
- Durth, W.; Gutschow, N. (1993): Träume in Trümmern - Stadtplanung 1940 bis 1950, München
- Düttman, M. (1992): Wie die Architektur zur Sprache kommt, Berlin; Boston; Basel, Zitiert im Film „das industrielle gartenreich“, 1994 (Bolbrinker/Herold)
- Düttman, M. (1992): Wie die Architektur zur Sprache kommt, Berlin; Boston; Basel
- DZfJF (Dessauische Zeitung für die Jugend und ihre Freunde), 1782, 14. Stück
- Eberhard, R. (1991): Gartensiedlung Dessau-Ziebigk, in Anhaltische Verlagsgesellschaft/Hrsg.: Rund um die Sieben Säulen, Dessau, S.82-87
- Eberl, I. (1992): Hubert Hoffmann, seine Lehre der Grundlagen der Gestaltung an der Technischen Universität Graz, Diss. (unveröffentlicht)
- Ebersbach, W., Müller, U. G. (1997): Die Aufarbeitung der Geschichte des Braunkohletagebaus in Mitteldeutschland – Ziele, Defizite, Notwendigkeiten, in: BergbauFolgeLandschaft, S. 168 – 170
- Eberstadt, R. (1909): Die neue Gartenvorstadt in London-Hampstead, in: Der Städtebau, 8, S. 99-103
- Eberstadt, R. (1909): Die städtische Bodenparzellierung in England und ihre Vergleichung mit deutschen Einrichtungen, in: Der Städtebau, 2, S. 17
- ECE (1995): Für lebendige Innenstädte, ECE lud zum Symposium nach Dresden ein, Anzeige in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) vom 8. Februar 1995
- Egli, E./Hrsg. (1975): Mensch und Landschaft, Zürich; München
- Ehrenburg, I. (1922): Und sie bewegt sich doch, Leipzig (Reprint 1989)
- Ehrenburg, I. (1927): Bauhaus, zit. nach: Baumann, K. (2007): Bauhaus Dessau, Berlin
- Eisold, N. (1993): Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Köln
- Eisold, N. (2000): Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Rostock
- Eitz, A.W. (1991): Probleme der Stromerzeugung in den neuen Bundesländern, in: VGB Kraftwerkstechnik, Mitteilungen der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetriebe e.V., Nr.12, S.1079-1087

- Elbe-Mulde Standortentwicklungsgesellschaft m.b.H. (1991): Elbe-Mulde-Standort-Entwicklungsgesellschaft, Positionspapier vom 25.11.91 (unveröffentlicht)
- Ellin, N. (1996): Postmodern Urbanism, New York
- Engeli, C. (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz
- Entwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft (EWG); Stiftung Bauhaus Dessau /Hrsg. (1996): Dokumentation Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen, Dessau
- Erfurth, H. (1987): Stadtstruktur und Stadtentwicklung, in: Erfurth, H.; Reichhoff, L.: Dessauer Veduten. Ansichten aus fünf Jahrhunderten, Teil I, Beiträge zur Stadtgeschichte - Heft 8, Museum für Stadtgeschichte Dessau, S.3-14
- Erfurth, H. (1991): Die Wolfener Siedlung, in: Rund um die Sieben Säulen, Dessau, S.90-92
- Erfurth, H; Reichhoff, L./Hrsg. (1987): Dessauer Veduten, Dessau
- ETH Zürich/Hrsg. (2005): Urban Sprawl – Strategien und Instrumente einer nachhaltigen Flächenpolitik (Themenheft), DISP 160, 1/2005, Zürich
- EWG; Stiftung Bauhaus Dessau /Hrsg. (1996): Dokumentation Planungswerkstatt Bitterfeld-Wolfen, Dessau
- EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH (1996): Ferropolis – Die Stadt aus Eisen, Dessau
- EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH (1997): Projektvereinbarung (unveröffentlicht)
- Farr, D. (2008): Sustainable Urbanism – Urban Design with Nature, New Jersey
- Fatheuer, H.; Spilker, G.; Günter, R. (1991): Aufruf "Rettet das Bauhaus", in: Halter, R./Hrsg.: Vom Bauhaus nach Bitterfeld, Gießen, S. 25-26
- Feder, G. (1939): Die neue Stadt. Versuch einer Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin
- Federn-Kohlhaas, E. (1927): Rathenau, sein Leben und Wirken, Dresden
- Fehl, G. (1990): Fordismus und Städtebau um 1930: „Auflösung“ oder „Auflockerung“ der Großstadt?, in: Wiss. Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen (heute Bauhaus-Universität) Weimar, 1,2,3, S. 61-66
- Fehl, G. (2004): Stadt im ‚National Grid‘, in: Petz, Ursula v./Hrsg.: Going West? Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund, S. 42-67.
- Fehr, M. (1994): Für ein neues Paradigma des Musealen, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. I, S. 16
- Fischer, H. (1985): „Diffusion“ im geografischen Begriffsfeld, in: Naturwissenschaftliche Rundschau, Stuttgart, 7, S. 299-300
- Fischer, T. (1932): Um das Bauhaus, in: Die Kunst, S.30-32
- Flint, A. (2006): This Land – The Battle over Sprawl and the Future of America, Baltimore
- FOEG (Forschungs- und Entwicklungsgruppe) (1994): "Reise zum Ursprung modernen Lebens", Dessau; Leipzig; Krefeld (unveröffentlicht)

- Ford, E. (1994): Das Detail in der Architektur der Moderne, Basel
- Ford, G. B. (1916): Die Planung der Stadt für das Gemeinschaftsleben, in: Der Städtebau, 6/7, S. 69-70
- Florida, R. (2002): The Rise of the Creative Class, New York
- Florida, R. (2005): Cities and the Creative Class, New York, London
- Forum Dessau-Wörlitzer Gartenreich/Hrsg. (1998): Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Neue Strategien für eine Landschaft, Dessau
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): Kein Bitterfelder Weg vom 28.1.1992
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): In Sachsen-Anhalt stehen PDS und Haus- und Grundbesitzer Seit' an Seit', Nr.79 vom 6. April 1994, S.4
- Frick, D. (2008): Theorie des Städtebaus, Tübingen, Berlin
- Friemert, Ch. (1984): Die gläserne Arche, Dresden
- Fühmann, F. (1986): Brief an den Minister für Kultur vom 1.3.1964, in: Essays, Gespräche, Aufsätze. 1964-1981, Rostock
- Führ, E. (2009): Architektur/Städtebau, in: Günzel, S.: Raumwissenschaften, Frankfurt/M., S. 46-60
- Fujita, M.; Krugman, P.; Venables, A. J. (2001): The Spatial Economy, Cambridge, London
- Fulton, W. (2005): After the Unrest: Ten Years of Rebuilding Los Angeles following the Trauma of 1992, in: Vale, L.; Campanella, T. (2005): The Resilient City, New York, S. 299-311
- Fürst, D. (2001): Regionale Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt, in: et-Magazin der Regionen 3/2001, S. 24-25
- Fürst, D.; Scholles, F./Hrsg. (2004): Handbuch Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung, Dortmund
- Fürst, D. (2006): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Regionalplanung, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, S. 117-128
- Fürstin Luise (1779): Tagebuchnotiz der Fürstin Luise vom 27. September 1779, Matthissons Abschrift, Sign.: A9e Nr.15, Abt. Dessau, Landeshauptarchiv Oranienbaum
- Gadamer, H.-G. (1972): Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Tübingen; <http://www.wu-wien.ac.at/usr/h96b/h9608493/arbeit2.html> (01-05-11)
- Ganser, K.; Sieverts, T. (1993): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus, in: DISP 115, Zürich, S. 31-37
- Ganser, K. (1995): Entwurf für ein EXPO-Konzept Sachsen-Anhalt (unveröffentlicht)

- Ganser, K. (1998): Die IBA Fürst-Pückler-Land - kultivieren statt sanieren, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V., Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbuch Bergbaufolgelandschaft 1998, Dessau, S. 96-98
- Ganser, K. (1999): Editorial, Internationale Bauausstellung Emscher Park. Katalog der Projekte, Gelsenkirchen, S. 10-14
- Ganser, K. (1999): Kunst gibt dem ökologischen Wandel ein Gesicht, in: Pachnicke, P.; Mensch, B./Hrsg.: Kunst setzt Zeichen, Oberhausen, S. 10–13
- Garnier, T. (1989): Die ideale Industriestadt (Cité Industrielle), Tübingen (Reprint)
- Gaube, A.; Stein, M. Sioda (1990): Stadtentwicklung Dessau, Bericht der Ergebnisse des II. Walter-Gropius-Seminars, Dessau (unveröffentlicht)
- Geissler, O. (1908): Boden im Gemeindebesitz, in: Der Städtebau, 7, S. 88-92
- Geißler, R. (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen – eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Noll, H.-H.; Habich, R./Hrsg.: Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Frankfurt a. M., S. 37-60
- Geist, J.; Kürvers, K. (1980): Das Berliner Mietshaus 1740-1862, München
- Geist, J.F.; Kürvers, K. (1989): Das Berliner Mietshaus 1945-1989, München
- Genzmer, E. (1917): Bebauungspläne für die Außengemeinden südlich von Leipzig, in: Der Städtebau, 10/11, S. 105-111
- Genzmer, E.; Wolf, P./Hrsg. (1924): Städtebau-Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, Berlin, 1924
- Gericke, H. O. (2002): Braunkohle – einstiger Reichtum Sachsen-Anhalts, Halle
- Gesetz über die Errichtung der "Stiftung Bauhaus Dessau" vom 9. Februar 1994, in: GVBl. LSA Nr. 8/1994
- Giedion, S. (1923): Bauhaus und Bauhauswoche zu Weimar, in: Das Werk, Jg. X, Nr. 9, S. 232 – 234
- Giedion, S. (1989): Raum, Zeit, Architektur, Zürich; München
- Gindroz, R. (2003): The Urban Design Handbook, New York, London
- Glaser, H. (1989): Neue Stadtstrukturen unter veränderten Bedingungen – von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft, in: Wildemann, R./Hrsg.: Stadt, Kultur, Natur, Baden-Baden, S. 524-539
- Glaser, H. (1993): Fragen zur Zukunft der Moderne, in: Deutscher Werkbund/Hrsg.: Perspektiven 1 Beiträge zur Zukunft der Moderne, Stadt und Region, Frankfurt/M., S. 8-9
- Gleick, J. (1987): Chaos: Making a New Science, New York, S. 23-24, zit. in: Meadows, D. H. (2010): Die Grenzen des Denkens, München, S. 111
- Göderitz, J.; Rainer, R.; Hoffmann, H. (1957): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen

- Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010, S. 3-8
- Goecke, T. (1904): An unsere Leser, in: Der Städtebau, 1, S. 1-4
- Goecke, T. (1904): Rückblicke auf die deutsche Städtebauausstellung in Dresden, in: Der Städtebau, 1, S. 12-13
- Goecke, T. (1904): Zur Stadterweiterung von Stuttgart, in: Der Städtebau, 4, S. 53-55
- Goecke, T. (1905): Von den Beziehungen der Zonenbauordnung zum Bebauungsplan Der Städtebau, 1, S. 2-4
- Goecke, T. (1906): Zur Beschaffung eines Gesamt-Bebauungsplanes für Groß-Berlin, in: Der Städtebau, 7, S. 85-88
- Goecke, T. (1906): Der Wald- und Wiesengürtel von Wien und seine Bedeutung für den Städtebau, in: Der Städtebau, 7, S. 88-92
- Goecke, T. (1911): Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs „Groß-Berlin“ knüpfen? In: Der Städtebau, 1, S. 2-5, 2, S. 16-20, 3, S. 29-31
- Goecke, T. (1913): Von den Beziehungen öffentlicher Gebäude zum modernen Stadtbilde, in: Der Städtebau, 1, S. 2-3
- Goecke, T. (1914): Besprechung zu: R. Schmidt: Denkschrift, betr. Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf, in: Der Städtebau, 4, S. 50-51
- Goecke, T. (1914): Der Bebauungsplan in Stadt und Land, in: Der Städtebau, 1, S. 2-4; 2, S. 19-21
- Goecke, T. (1915): Wünsche für den Deutschen Städtebau, in: Der Städtebau, 1, S. 1-3
- Goecke, T. (1916): Die Wettbewerbsentwürfe für die Stadterweiterung von Soest, in: Der Städtebau, 12, S. 123-124
- Goecke, T. (1917): Gesamtplan für die Stadterweiterung von Braunschweig, in: Der Städtebau, 8/9, S. 81-85
- Goldbeck, M.v.; Kotzer, E. (1930): Die Stadt von Morgen. Ein Film vom Städtebau (1930), in: Wasmuths Monatshefte 5, S. 237-239
- Goldzamt, E. (1974): Städtebau sozialistischer Länder, Berlin
- Goldzamt, E. A.; Schwidkovskij, O. A. (1985): Städtebaukultur europäischer sozialistischer Länder, Moskau (russ. Ausgabe)
- Gornig, M. (1992): Ökonomische Perspektiven Ostdeutschlands und mögliche regionale Konsequenzen, in: Häußermann, H./Hrsg.: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Berlin; Boston; Basel, S. 232-250
- Gratz, R. B.; Mintz, N. (1998): Cities back from the Edge: New Life for Downtown, New York

Grishchenko, Y. (2007): Eine neue Klasse hybrider Innovationsdiffusionsmodelle: Ein theoretischer Vergleich existierender Ansätze und eine Analyse mit Simulationen und Realdaten, Berlin, Diss.

Grober, U. (1998): Ausstieg in die Zukunft, Berlin

Gröning, G. (1998): Zum Stand der urbanen Gartenkultur in den USA, in: STADT UND GRÜN 11/98, S. 771 – 777

Grönwald, B. (1992): Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung sind nur über praktisches Bauen realisierbar, in: Helms, H.G./Hrsg.: Die Stadt als Gabentisch, Leipzig, S. 309-324

Gropius, W. (1926): Glasbau, in: Die Bauzeitung 23. Jg. 25.5.1926 Nr. 20

Gropius, W. (1962): Monumentale Kunst und Industriebau, in: Wingler, H.M./Hrsg.: Das Bauhaus 1919 -1933 Weimar Dessau Berlin, Braunschweig

Gropius, W. (1965): Idee und Aufbau des Staatlichen Bauhauses, in: W. Gropius: Die neue Architektur und das Bauhaus, Mainz

Gropius, W. (1981): Grundsätze der Bauhausproduktion 1926, in: U. Conrads: Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Braunschweig, S. 90-91

Gropius, W. (1981): Programm des Staatlichen Bauhauses in Weimar 1923, in: U. Conrads: Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Braunschweig, S. 47-50

Gropius, W. 1919: Was ist Baukunst? in: Probst, H.; Schädlich, C./Hrsg. (1987): Walter Gropius, Berlin, Bd. 3, S. 63-64

Grundmann, L./Hrsg. (1992): Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme im Gebiet der mittleren Elbe und unteren Mulde um Dessau, Roßlau, Coswig und Wörlitz, Werte der deutschen Heimat, Bd.52, Leipzig

Grundmann, S. (1991): Ungleiche Regionen (Ost), in: Marcuse, P., Staufenbiel, F./Hrsg.: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin, S. 117-133

Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (Entwurf), (1965), in: Deutsche Architektur, 1/1965, S.4. (zitiert nach Topfstedt, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Berlin, S. 52)

Grünheft (1990): 22 Beiträge zur ökologischen Situation aus kirchlichen Umweltgruppen, Kirchliches Forschungsheim Wittenberg

Günter, R. (1998): Ferropolis, die Stadt aus Eisen in der Landschaft der Fantasie, in: Günter, R.: Hexenkessel, Halle/S., S. 588–594

Günter, R. (1998): Hexenkessel, Ein Reisebuch zu Sachsen-Anhalt, Halle/S.

Günter, R. (1998): Was kommt über – und was wird diskutiert? Die Bedeutung von Kommunikations-Prozessen, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: UND – Magazin der Regionen, 0/98, S. 7-8

Günzel, S./Hrsg. (2009): Raumwissenschaften, Frankfurt/M.

- Hahn, E. (1982): Siedlungsökologie – ein neuer Begriff, ein altes Thema, in: Hahn, E./Hrsg.: Siedlungsökologie – ökologische Aspekte einer neuen Stadt- und Siedlungspolitik, Karlsruhe, S. 1-14
- Hahn, E. (1983): Ökologischer Stadtumbau: Idealistischer Zukunftstraum oder Notwendigkeit, in: Kennedy, M./Hrsg.: Öko-Stadt, Frankfurt/M., Bd. 2, S. 129-136
- Hahn, P. (1988): Experiment Bauhaus, Das Bauhaus-Archiv zu Gast im Bauhaus Dessau, in: Bauhaus-Archiv/Hrsg.: Experiment Bauhaus, S. 7–8
- Hain, S.; Stoux, S./Hrsg. (1996): Die Salons der Sozialisten, Berlin
- Hallesche Nachrichten, 1928, Nr. 137
- Hammer, B. (1908): Über die Entwicklungsmöglichkeit ländlicher Gemeinden, in: Der Städtebau, 6, S. 77-79
- Hammer, B. (1915): Moderne Stadtgründung, in: Der Städtebau, 2, S. 9-11
- Hammitzsch, H. (1988): Dreihundert Tonnen Ästhetik, in: Form & Zweck, S. 34 – 36
- Hardtwig, W. (1979): Naturbeherrschung und ästhetische Landschaft, in: Münchener Landschaftsmalerei, Katalog zur Ausstellung, München, S. 41-57
- Harlander, T./Hrsg. (2001): Villa und Eigenheim – suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart, München
- Harrison, H. M., Harrison, N.; Schacht, U.; Sztatecsny, L.; Weisbach, R.; Lord, E. (1995): The Mulde Einzugsgebiet (unveröffentlicht)
- Harvey, D. (2006): Space as a key word, in: Harvey, D.: Space of global Capitalism – Towards a Theory of uneven Geographical, London, New York, S. 119-148
- Hauff, V./Hrsg. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven
- Haus, A. (1991): Die Entwicklung der Modernen Fotografie, in: Wagner, M.: Moderne Kunst, Teil 2, S. 354-66
- Häußermann, H.; Siebel, W. (1993): Wandel von Planungsaufgaben und Wandel der Planungsstrategie. Das Beispiel IBA Emscher Park, in: Jahrbuch Stadterneuerung, Berlin, S. 141-154
- Häussermann, H.; Siebel, W. (1998): Hat die urbane Stadt noch Zukunft? In: Sauberzweig, D.; Wagner, B.; Rübke, T./Hrsg.: Kultur als intellektuelle Praxis, Essen, S. 51
- Hayden, D. (2003): Building Suburbia, Green Fields and Urban Growth 1820-2000, New York
- Heese, B. (1961): Die Geschichte der Sandvorstadt, in: Dessauer Kalender 1961, S. 35-44
- Hegenmann, W. (1911 bzw. 1913): Der Städtebau – Nach den Ergebnissen der Allgemeinen Städtebauausstellung in Berlin 1910, Bd. 1 bzw. 2, Berlin
- Hegemann, W. (1925): Amerikanische Architektur & Stadtbaukunst, Berlin

- Hegemann, W. (1925): Der Städtebau nach den Ergebnissen der Internationalen Städtebau-Ausstellung Gotenburg, Berlin
- Hegemann, W.; Peets, E. (1922): Civic Art, New York (Reprint 1988)
- Heiduczeck, W. (1994): Demnächst im Lexikon?, in: Staeck, K./Hrsg.: Kunst. Was soll das? Göttingen, S. 14-22
- Hein, P.U. (1992): Die Brücke ins Geisterreich, Hamburg
- Heine, A.F. (1930): Die Chalkographische Gesellschaft in Dessau 1795-1803, Dessau
- Heinz, W. (1990): Stadtentwicklung und Strukturwandel, Stuttgart, Berlin, Köln
- Heinz, W. (2008): Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung, Berlin
- Heismann, G. (2000): Überholen ohne Einzuholen. Berlin
- Helbrecht, I. (1991): Das Ende der Gestaltbarkeit? Oldenburg
- Helbrecht, I. (1992): Das Bauhaus als Wille zur Gestaltung, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 6 – 27
- Hellige, H.D. (1990): Walther Rathenau - ein Kritiker der Moderne als Organisator des Kapitalismus, in: Buddensieg, T.; Hughes, T.; Kocka, J./Hrsg.: Ein Mann vieler Eigenschaften – Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin, S. 32-54
- Helms, H.G./Hrsg. (1992): Die Stadt als Gabentisch, Leipzig
- Henard, E. (1910): Die Vorstädte von Paris und der neue Parkgürtel, in: Der Städtebau, 1, S. 4-7; 2, S. 17-19
- Hendrix, J.; Schönert, M. (1991): Umwelt-EXPO im Industriellen Gartenreich, Bauhaus-Brief Nr. 6, Dessau
- Henning, F.-W. (1975): Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972, Paderborn
- Henning, F.-W. (1993): Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn
- Henrici, K. (1904): Beiträge zur praktischen Ästhetik im Städtebau: eine Sammlung von Beiträgen und Aufsätzen, München
- Henselmann, H. (1981): Drei Reisen nach Berlin, Berlin
- Herbert, G. (1995): Das Gropius-Wachsmann-Paradox, in: Stiftung Bauhaus Dessau, RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika, Dessau, S. 234-250
- Hercher, L. (1929): Organisation und Bedeutung der Landesplanungsvereine, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 5, S. 74-75
- Herfert, G.; Röhl, D. (2001): Leipzig – Region zwischen Boom und Leerstand, in: Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg.: Suburbanisierung in Deutschland, Opladen, S. 151-162
- Hertlein, V. (2000): Zwischen Event und Experiment, in: et, Magazin der Regionen, S. 40 – 44

- Hien, W. (1990): Die Naturzerstörung beginnt bei den Arbeitern - der Parafall der chemischen Industrie, in: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts/Hrsg.: Arbeitsschutz und Umweltgeschichte, Köln, S.128-149
- Hilberseimer, L. (1955): The Nature of Cities, Chicago
- Hilberseimer, L. (1963): Entfaltung einer Planungsideo, Frankfurt/M.
- Hille, J., et al/Hrsg. (1992): Bitterfeld. Modellhafte ökologische Bestandsaufnahme einer kontaminierten Industrieregion - Beiträge der 1. Bitterfelder Umweltkonferenz, Berlin
- Hillmann, K.-H. (1999): Überlebensgesellschaft, Würzburg
- Hilpert, T. (1992): Als alles offen ist (im Sommer 1991): Medien-Bauhaus-Stadt-Raum, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt, Dessau, S. 28-51
- Hirsch, E. (1965): Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz
- Hirsch, E. (1965): Die Wörlitzer Ökonomie - Vorbild für Deutschland, in: Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz, S. 70-86
- Hirsch, E. (1969): Progressive Leistungen und reaktionäre Tendenzen des Dessau-Wörlitzer Kulturkreises in der Rezeption der aufgeklärten Zeitgenossen, Diss., Halle (unveröffentlicht)
- Hirsch, E. (1987): Dessau-Wörlitz, Leipzig
- Hirsch, E. (1995): Idee und Verwirklichung des „Dessau-Wörlitzer Gartenreichs“ als Ausgangspunkt einer neuen Kultur; in: Sachsen-Anhalt, Journal für Natur- und Heimatfreunde, 5. Jg., Heft 1, S. 2–10
- Hirsch, E.; Pforte, J.; Ross, H. (1965): Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz
- Hirsch, E.; Pforte, J.; Ross, H. (1965): Fortschrittliche Bestrebungen und Einrichtungen zur Hebung des Bildungsniveaus im Dessauer Land, in: Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz, S. 40-55
- Hise, G. (1997): Magnetic Los Angeles – Planning the Twentieth-Century Metropolis, Baltimore, London
- Hochschule für Grafik und Buchkunst HGB (1997): Bogen Nr. 4/1997, Leipzig
- Hodkinson, T. (2007): Die Kunst, frei zu sein, Berlin
- Hoepfner, K.A. (1928): Grundbegriffe des Städtebaus, 2. Band, Berlin
- Hoffacker, H. W. (1989): Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918 – 1933, Essen
- Hoffacker, H. W. (1992): Diskussionen in der Weltwirtschaftskrise über die soziale und ökonomische Rolle der Stadt, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhausstadt – Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 85-97
- Hoffacker, H.W. (1993): Die Entstehung der Landesplanung in der preußischen Rheinprovinz, Essen (unveröffentlicht)
- Hoffacker, H. W. (1995): Raumplanung als Gesamtrationalisierung – Ein Versuch zur theoretischen Begründung der Notwendigkeit von Raumplanung aus dem Jahre

1929, in: Stiftung Bauhaus Dessau/RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika, Dessau, S. 276-287

Hoffmann, H. (1949): Eine Analyse. Der Raum Dessau, in: Der Bauhelfer, 20, S. 541-549

Hoffmann, H. (1988): Die Stunde "0" - 1947 - als der Krieg zu Ende war, Graz (unveröffentlicht)

Hoffmann, W. (1925 ?): Mitteldeutschland. Das neue Wirtschaftszentrum, Halle

Hoffmann-Axthelm, D. (1993): Die dritte Stadt, Frankfurt/M.

Hoffmann-Axthelm, D. (1996): Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt/M., New York

Hofmann, W. (1992): Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung, Zwischen Wörlitz und Mosigkau – Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Dessau und Umgebung, Heft 35, Dessau

Hofmann, W. (1993): Abstraktion und Bürokratie – Raumplaner im NS-Staat, in: Forum Wissenschaft 2/93 S. 12-18

Holzer, L. (1996): Stadtlandschaft USA: Die Kulturlandschaft des American Way of Life, Gotha

Hönsch, F.; Lavrov, S.; Sdasjuk, G. (1986): Bürgerliche Konzeptionen der regionalen Entwicklung, Gotha

Hopkins, R. (2009): The Transition Handbook – From oil dependency to local resilience, Totnes

Hoppenhaus, K.; Senne, S. (1993): Die Mulde seit 1700 - ein biokultureller Überblick, Bauhaus Dessau (unveröffentlicht)

Horkheimer, M., Adorno, T.W. (1986): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M.

http://openlibrary.org/books/OL7051695M/Manual_of_information_on_city_planning_and_zoning

http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html

<http://www.geodsz.com/deu/d/Hettner>

<http://www.mitteldeutschland.com/>

<http://www.ferropolis.de/service/geschichte.html>

http://www.sies.de/Psycho/Achtung_vor_dem_kognitiven_System!.pdf

<http://www.bauhausstadt.de/Bauhausmentor/bauhausmentor.html>

<http://www.spielraum.isi.fraunhofer.de/newsletter.htm> (alles: 03.03.2011)

Hübner, P. (1988): Sozialhistorische Aspekte der industriellen Standortproblematik in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 36. Jg., H.1, S. 41-50

Hübner, P. (1994): Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft, in: Kaelble, H., et al/Hrsg.: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 171-187

- Hughes, T.P. (1990): Walther Rathenau: „system builder“, in: Buddensieg, T., Hughes, T., Kocka, J./Hrsg.: Ein Mann vieler Eigenschaften – Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin, S. 9-31
- Hüter, K. (1976): Das Bauhaus in Weimar, Berlin
- ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW/Hrsg. (1988): Altindustrialisierte Gebiete, in Schriften des ILS 12, S. 62
- Industrie- und Filmmuseum Wolfen e.V., O.J.: Industrie- und Filmmuseum Wolfen. Ein Museum im Entstehen, Wolfen
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Hrsg. (1994): Wirtschaft im Systemschock, Berlin
- Internationale Städtebauausstellung Gotenburg (1923), Gotenburg
- Ipsen, D. (2000): Poetische Orte und regionale Entwicklung, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung, 9/2000, S. 567-574
- Isaacs, R. R. (1983): Walter Gropius. Der Mensch und sein Werk, Bd. I, Berlin
- Jablonowski, U. (1991): Dessau - so wie es war, Düsseldorf
- Jacobs, J. (1961): The Death and Life of Great American Cities, New York
- Jessen, J.; Reuter, W. (2006): Lernende Praxis – Erfahrung als Ressource – planungstheoretische Konsequenzen, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, S. 42-56
- Johnson, E. (2001): Chicago Metropolis 2020 – The Chicago Plan for the Twenty-First Century, Chicago, London
- Junghanns, K.; Schulz, J. (1967): Die Gartenstadt im deutschen Städtebau, in: Deutsche Architektur, 1, S. 58
- Jungk, R.; Müller, N.R. (1990): Zukunftswerkstätten, Berlin
- K.I.E.Z. e.V. (1994): Konzeption K.I.E.Z. e.V., Dessau (unveröffentlicht)
- Kadatz, H.-J. (1986): Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff, Berlin
- Kaether, J. (1993): Perspektiven der Regionalentwicklung in den ländlich peripheren Regionen im Norden Brandenburgs, Diplomarbeit an der TU Berlin, Institut für Landschaftsökonomie (unveröffentlicht)
- Kallai, E. (1929): bauhaus Nr.3, Jg. III
- Kanow E. (1990): 75 Jahre Goetheanische Architektur, in: Architektur der DDR, 4/1990, S. 50-53
- Kanow, E. (1986): Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung), Manuskript, S. 1 (unveröffentlicht)
- Karlsch, R. (1992): Ein geteiltes Unternehmen - zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Agfa-Fabrikationsstätten in Leverkusen und Wolfen nach 1945, in: Plumpe, W.; Kleinschmidt, C./Hrsg.: Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert,

Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd.I, Essen, S. 105-122

Karsten, M.; Usbeck, H. (2001): Gewerbesuburbanisierung – Tertiärisierung der suburbanen Standorte, in: Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg.: Suburbanisierung in Deutschland, Opladen, S. 71-80

Kegler, H. (1987): Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung: ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte; Schriftenreihe der HAB Weimar Nr. 5; Weimar (Diss.)

Kegler, H. (1989): Stadtplanung um 1900: Konzeption der „gemischten Bauweise“ als planerischer Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Wohnungsfrage unter kapitalistischen Verhältnissen; in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Neue Bauhaushefte, Berlin/Dessau, 1, S. 69-75

Kegler, H. (1990): Stadtplanung – zur Genese einer wissenschaftlichen Disziplin, in: NTM 27, Leipzig, S. 65-73

Kegler, H.; Stein, M. (1990): Konzeption für die Forschung des Bereiches Urbanistik am Bauhaus Dessau 1990-2000, in: Bodenschatz, H.; Welsch-Guerra, M.; Kegler, H./Hrsg.: Perspektiven der Stadterneuerung in Dessau, Berlin, S. 64-69

Kegler, H. (1991): Das Bauhaus Dessau Projekt – Ein planungshistorischer Versuch, in: Halter, R./Hrsg.: Vom Bauhaus bis Bitterfeld, Gießen, S.18-24

Kegler, H. (1992): Die Piesteritzer Siedlung, Dessau,

Kegler, H. (1992): Siedlungen im Gegenwind, in: TU Berlin/Hrsg.: Jahrbuch Stadterneuerung, Berlin, S. 153-161

Kegler, H. (1993): "Industrielles Gartenreich" - historische Zusammenhänge, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahresbericht 1992 Bauhaus Dessau, Dessau, S. 5-11

Kegler, H.(1993): Ort und Auftrag, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Dimensionen, S. 22-31

Kegler, H.; Kuhn, R. (1993): Planungskultur – Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs, in: DISP 115, Zürich, S. 42-46

Kegler, H. (1995): Die Piesteritzer Werkssiedlung – ein programmatisches Denkmal, in: Oehmig, S./Hrsg.: 700 Jahre Wittenberg - Stadt Universität Reformation, Weimar, S. 419-428

Kegler, H. (1995): Bitterfeld – without Memory: foreward to EXPO 2000, in: NURSERY – News: Bauhaus-Forum „Sustainable Regional Development“, S. 22–23

Kegler, H. (1996): Bauhaus Dessau - Zukunftswerkstatt aus Tradition, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-1, Dessau, S. 288-292

Kegler, H. (1996): Bauhaus und Garten, Konzeptpapier (unveröffentlicht)

Kegler, H. (1996): Industrielles Gartenreich – Bezüge, Ziele und Struktur für eine „Reform-Landschaft“ des 21. Jahrhunderts, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-1, Dessau, S. 228-241

Kegler, H., Brückner, H., Weisbach, R., Brück, M., Schacht, U., Sztateczny, L. (1996): Dessau – Wörlitzer Gartenreich – Kulturlandschaften, in: Bauhaus Dessau – Industrielles Gartenreich, S. 258 – 272

- Kegler, H. (1997): Industrie und Gartenreich, in: Garten + Landschaft 3/97, S. 26–29
- Kegler, H. (1998): Le paradis des jardins industriels, in: anthos 2, S. 10-15
- Kegler, H. (1998): Mehr als Sehnsucht nach der alten Stadt: New Urbanism in den USA, in: Borst, O./Hrsg. (1998): Die Alte Stadt – neu gebaut (Themenheft), Die Alte Stadt, 4/98, Stuttgart, Köln, Berlin, S. 335–346
- Kegler, H.; Mittmann, E. (1998): Wohin mit Stillgelegtem?, Dessau
- Kegler, H. (1999): „Region der Zukunft“ – eine stille Revolution in der Bergbaufolgelandschaft, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, Dessau, S. 73–76
- Kegler, H. (1999): Bilanz und Zukunft, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 230–233
- Kegler, H. (1999): Das Industrielle Gartenreich, in: Höber, A.; Ganser, K./Hrsg.: Industriekultur, Essen, S. 82-89
- Kegler, H. (1999): Industrie; in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 88–119
- Kegler, H. (1999): Industrielles Gartenreich: Projekte 1989-1999, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich 2, Dessau, S. 216-220
- Kegler, H. (1999): Industrielles Gartenreich, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2; Dessau; S. 8–31
- Kegler, H. (1999): Kraftwerk und Vision, in: Buschmann/Hrsg.: Kohlekraftwerke: Kraftakte für die Denkmalpflege, Essen, S. 126-133
- Kegler, H., (1999): Ferropolis – Grenzstadt der Moderne, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich-2, Dessau, S. 114-118
- Kegler, H. (2000): Ein industrielles Gartenreich, in: et, Magazin der Regionen, S. 12–16
- Kegler, H. (2000): Ferropolis – die Stadt aus Eisen im Industriellen Gartenreich, in: Jahrbuch Dübener Heide, S. 56-62
- Kegler, H. (2000): Von der „Überlandplanung“ zum „innovativen Milieu“, in: et - Magazin der Regionen 2/2000, S. 58 – 61
- Kegler, H. (2001): Quo Vadis - Industrielles Gartenreich, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Regionen der Zukunft–Aufgaben der Zukunft, Werkstatt: Praxis 3/01, Bonn, S. 28–31
- Kegler, H. (2001): Regionalpark Mitteldeutschland, in: et–Magazin der Regionen, S. 45
- Kegler, H. (2002): Eine Kleinstadt macht sich auf den Weg, in: Die Wohnungswirtschaft, 10/02, S. 18-21
- Kegler, H. (2002): Resource Region: Regionalpark Mitteldeutschland, in: UIA Berlin 2002 e. V./Hrsg.: Resource Architektur, Basel; Boston; Berlin, S. 117-119
- Kegler, H. (2003): Ferropolis - Studie, Dokumentation – Erfahrungen – Ausblick eines außergewöhnlichen Projektes , Bitterfeld (im Auftrage der LMBV, unveröffentlicht)

- Kegler, H. (2004): New Urbanism – Bewegung und Strategie für eine postmoderne Stadt, in: Petz, U. v./Hrsg.: Going West? Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund, S. 229-242
- Kegler, H.; Gruppe F; ts redaktion (2004): Transect-Modell - Planungsstudie Aschersleben (unveröffentlicht)
- Kegler, H. (2005): Ferropolis – die Stadt aus Eisen, Dessau/Gräfenhainichen
- Kegler, H. (2006): Experiment & Alltag: Der Beitrag zur EXPO 2000, in: Planerin 2/06, S. 15-16
- Kegler, H. (2006): Planen ohne Plan, In: Selle, K.; Zalas, L./Hrsg.: Planung neu denken Bd. 2 – Praxis der Stadt- und Regionalplanung. Dortmund, S. 487-500
- Kegler, H. (2007): Aufbruch in die „alte Stadt“ – zur Städtebauausbildung an der HAB Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – eine persönliche Momentaufnahme, in: Escherich, M.; Misch, C.; Müller, R./Hrsg.: Entstehung und Wandel mittelalterlicher Städte in Thüringen, Berlin, S. 322-335
- Kegler, H. (2008): Mehr als Marketing – Zwei Internationale Bauausstellungen im Osten zum Stadt- und Landschaftsumbau. In: Planerin 5/08, S. 15-17
- Kegler, H. (2009): Neue Pläne für altes Eisen – Regionale Entwicklung zwischen gestern und heute – das Beispiel Ferropolis, in: Möhring, C./Hrsg.: Phönix auf Asche, Tharandt, S. 106-115
- Kegler, H. (2010): Gewonnene Planlosigkeit, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung, Berlin, S. 35-51
- Kegler, H. (2010): Landschaftspark Thüringen – ein planungshistorischer Diskurs. In: Welch Guerra, M./Hrsg.: Kulturlandschaft Thüringen. Weimar, S. 262-283
- Keil, R. (2010): Globale Suburbanisierung: Die Herausforderung der Verstädterung im 21. Jahrhundert, in: de'rive No 40/41, Understanding Stadtforschung, S. 006-010
- Kelbaugh, D. (1997): Common Place: Toward Neighborhood and Regional Design, Seattle
- Kelbaugh, D. (2002): Repairing the American Metropolis, Seattle, London
- Kempen, W.v., (1925): Dessau und Wörlitz, in: Stätten der Kultur, Bd.35, Leipzig
- Kentgens-Craig, M. (1994): Forschungsbericht zu einem Arbeitskolloquium am Bauhaus Dessau, Pläne zur "Wiederbelebung des Dessauer Bauhauses, 1945-1949. Die Resonanz in den Vereinigten Staaten, Dessau (unveröffentlicht)
- Kersten, W. (1989): Hannes Meyer und die Kunst der Moderne, in: Hannes Meyer, Berlin, S. 126-133
- Kieren, M. (1999): Vom Siedlungsbau zum Städtebau – der Architekt, Städtebauer und Pädagoge Ludwig Hilberseimer, in: Fiedler, J.; Feierabend, P./Hrsg.: Bauhaus, Mailand, S. 570-573
- Kil, W. (2000): Gründerparadiese: Vom Bauen in Zeiten des Übergangs, Berlin
- Kilian, M. (2002): Großstadtarchitektur und New City, Karlsruhe, Diss. (unveröffentlicht)

- Kilper, H. (1999): Die Internationale Bauausstellung Emscher Park, Opladen
- Kimball, T. (1923): Manual of information on City Planning and Zoning, Cambridge/Boston
- Kirchhoff, F.-W. (1992): Impulse aus Mitteldeutschland 1800-1945, Hanau
- Kirchhoff, F.-W. (1991): Wirtschaftsgeschichte, in: Heckmann, H./Hrsg.: Sachsen-Anhalt. Historische Landeskunde Mitteldeutschlands (hrsg. für die Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat Bonn), Würzburg, S. 139-149
- Klüter, H. (2000): Regionale Kommunikation in Politik und Wirtschaft, in: Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, S. 599-610
- Knodt, R. (1994): Ästhetische Korrespondenzen, Berlin
- Kommunalverband Ruhrgebiet (1994): Robert-Schmidt-Preis 1993, Dokumentation, Essen
- Köster, D. (1925): Über die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den mitteldeutschen Industriebezirk, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 5, S. 129-132
- Krause, G. M. (1988): Zur Entwicklung ökologischer Ansätze in der Stadtplanung – Werk und Wirken des Gartenarchitekten Leberecht Migge (1881-1935) und seine Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Stadtplanung in der DDR, HAB Weimar, Diss. (unveröffentlicht)
- Krebs (1954): Gustav Langen 75 Jahre, in: Der Baumeister, Heft 1, S. 53
- Kreibich, R. (1990): Ökologische und ökonomische Zusammenarbeit in Europa, in: Deutsch Sein in Europa, Leipzig, S. 62-67
- Kress, C. (2011): Adolf Sommerfeld/Andrew Sommerfield, Bauen für Berlin 1910 - 1970, Berlin
- Kretschmer, W. (1999): Geschichte der Weltausstellungen, Frankfurt/M., New York
- Krier, L. (1998): Freiheit oder Fatalismus, München, London, New York
- Kröber, S. (2010): Multiple Regionalentwicklung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Identität und Transformation, Halle/S. (unveröffentlicht)
- Kropotkin, P. (1976): Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin (Reprint)
- Krugman, P. (1997): Development, Geography, and Economic Theory, Cambridge
- Kuhberg, L. (1929): Ein Beitrag zur Lösung der Landesplanung um Berlin, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ) 91, S. 777-783
- Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung, Detmold
- Kuhn, R. (1989): Die Aufgaben des Bauhauses Dessau bei der gesellschaftlichen Erneuerung in der DDR (unveröffentlicht)
- Kunstler, J. (1993): The Geography of Nowhere, New York
- Kunstler, J. H. (2005): The Long Emergency, New York
- Kunze, R.; Kurth, D. (2010): Städtebau und Stadtplanung – über ein spannungsvolles Verhältnis, in: Planerin 6/10, S. 3-4

- Kuratorium der EXPO 2000 (1995): Das Land Sachsen-Anhalt – Korrespondenzstandort EXPO 2000: Die Region Bitterfeld, Dessau, Wittenberg als Reformlandschaft des 21. Jahrhunderts, Magdeburg (unveröffentlicht)
- Kurz, R. (1994): Der uneingestandene Fundamentalismus der Moderne, in: Neues Deutschland vom 1./2.10.1994
- Kuschfeld, F. (2009): Das Labyrinth als kulturelles Versuchsfeld im Geiseltal, Merseburg, Diplomarbeit (unveröffentlicht)
- Lambach, W. (1918): Diktator Rathenau, Hamburg; Leipzig
- Lammert, P. (1987): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945, in: Die alte Stadt, 4, S. 352-366, bes. S. 354
- Lampugnani, V. (2010): Wie die Geschichte der Stadt zur Neugründung der Disziplin Städtebau beitragen kann, in: Bodenschatz, H.; Gräwe, C.; Kegler, H.; Nägelke, H.-D.; Sonne, W./Hrsg.: Stadtvisionen 1910 I 2010, Berlin, S. 446-449
- Lampugnani, V. (2005): Neue Perspektiven für den Städtebau, in: Tages-Anzeiger, Zürich vom 30. 08. 2005
- Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt/Hrsg. (2004): Leuna 1916-45, Erfurt
- Landesplanung Merseburg (1932): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk – ihre Grundlagen, Aufgaben und Ergebnisse, Merseburg
- Landkreis Bitterfeld (1994): Ziele der Raumordnung und regionaler Entwicklung (unveröffentlicht)
- Langen, G. (1922): Zur Entwicklung der städtebaulichen Grundsätze, in: Zeitschrift Deutscher Architekten und Ingenieure, 1922, Nr. 37/38
- Langen, G. (1925): Das neuzeitliche Planungswesen und die Siedlungsaufgaben der Gegenwart, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 24, S. 191-192, 25, S. 198-199, (1926) 2, S. 14-16
- Langen, G. (1927): Stadtplan und Wohnungsplan vom hygienischen Standpunkt, Leipzig
- Langen, G. (1928): Die Entwicklung der deutschen Auslandsbeziehungen im Städtebau seit der Tagung in Götting, in: DBZ, 30, S. 270-271
- Langen, G. (1928): Landesplanung, Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 303-305
- Langen, G. (1928): Planwesen, in: Ritter, H./Hrsg. in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien. S. 223-231
- Langen, G. (1928): Siedlung als Welt- und Menschheitsaufgabe, in: Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 273-290

- Langen, G. (1929): Der Lebensraum der Kleinstadt, in: Stadt und Siedlung, 10, S. 109-114
- Langen, G. (1933): Die grosse Form der Kleinsiedlung, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 16, S. 303-305
- Laris, S./Hrsg. (2004): Los Angeles Downtown News, Los Angeles
- Lauff, P. (1994): Wolfen. Entwicklungsansätze für den zentralen Bereich, Dortmund, Diplomarbeit (unveröffentlicht)
- Laville, B.; Leenhardt, J. (1996): Villettes-Amazone, Manifeste pour l'environnement au XXI siècle, Actes Sud
- Leborgne, D.; Lipietz, A. (1990): Neue Technologien, neue Regulationsweisen: einige räumliche Implikationen, in: Borst, R. u.a./Hrsg.: Das neue Gesicht der Städte, Basel, Boston, Berlin, S. 109-129
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen – Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen
- Lehweß, W. (1924): Arbeitsgemeinschaft der im Städtebau tätigen Verbände, in: Stadtbaukunst, 10, S. 146
- Lehweß, W. (1924): Städtebauliche Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, in: Stadtbaukunst 10, S. 152
- Lein, S. (1992): Hans Hallervorden. Sein Wirken im Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Seminararbeit TU Dresden (unveröffentlicht)
- Leitsätze des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege über die Notwendigkeit weiträumiger Bebauung (1895), in: Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege, Braunschweig, S. 1-2
- Lejeune, J.-F. (1996): From Hellerau to Bauhaus, in: The New City, S. 50–69
- Lenz, G. (1999): Verlusterfahrung Landschaft, Frankfurt/M., New York
- Lenz, G. (1999): Versprochene Lebenswelten – von der „Kulturalisierung“ des Naturraumes zur Konstruktion „sekundäre Natur“, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 77–92
- Liehm, G. (1996): Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region, Heft 6, Bitterfeld
- Lipietz, A. (1991): Die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: Leviathan, S. 78-101
- Lindemann, H.C. (1930): Vortrag zur Durchführung der Flächenaufteilungspläne, in: Bericht über die 7. Ordentliche Verbandsversammlung der Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk vom 9. Januar 1930
- Links, C.; Volke, K. (2009): Vorsprung beim Suchen nach Alternativen. In: Links, C.; Volke, K./Hrsg.: Zukunft erfinden – kreative Projekte in Ostdeutschland..Berlin, S. 11-15
- Lippert, H.-G. (2010): Titan und Gitterwürfel, in: Publik Forum, 13, 9.7.2010, S. 40-42

- Loehnert-Baldermann, E.: Einführung in die Spieltheorie, in:
http://www.metrionconsulting.de/sites/default/files/file/EinfuehrungSpieltheorie_ELB.pdf (3.3.2011)
- Loest, E. (1994): Mao in Bitterfeld, in: K. Staeck/Hrsg.: Kunst. Was soll das? Göttingen, S. 11-13
- Löw, M. (2001): Raumsoziologie, Frankfurt am Main
- Loomis, A.; Ohland, G. (2005): Los Angeles: Building the Polycentric Region, Los Angeles
- Lüdtke, A. (1994): "Heiden der Arbeit" - Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble, H., u.a./Hrsg.: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 188-213
- Luthardt, W. (1929): Die Landesplanung in Mitteldeutschland, Sonderabdruck aus dem Jahrbuch 1929 der Landesgruppe Sachsen/Thüringen im Reichsbund Deutsche Technik
- Luthardt, W. (1930): Deutschlands Städtebau – Gera, Berlin
- Luthardt, W. (1932): Landesplanung Thüringen, Gera
- Luthardt, W. (1933): Landesplanung Ostthüringen 1927-1932, Bd. I und II, Leipzig
- Lux (1914): Eine Wiener Musterbauordnung, in: Der Städtebau, 1, S. 10-11
- Machlitt, U.; Harksen H. (1976): Dessau in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in: Dessauer Kalender 1976, S. 75-87
- Maier, H. (1994): Naturschutz und Energiepolitik im III. Reich, in: Hamburger Arbeitskreis Umweltgeschichte/Hrsg.: Abstracts zur Tagung: "Methodenfragen der Umweltgeschichte", Hamburg 18.-20. November 1994, S.11-12 (unveröffentlicht)
- Makropoulos, M. (1994): Haltlose Souveränität, in: Gangl, M./Hrsg.: Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M., S. 197-211
- Manzke, D. (1996): Zur Geschichte der versuchten Neueröffnung des Bauhauses in Dessau, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Industrielles Gartenreich, Dessau, S. 150-157
- March, O. (1913): Stand und Ziele der Städtebaukunst, in: Der Städtebau, 4, S. 38-41
- Margis, H. (1928): Die Frau als Heimgestalterin, in: Ritter, H./Hrsg. zusammen mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien, S. 75-78
- Martens, E. (1994): Zeit für die 3. Revolution, in: Die Zeit Nr.12 vom 18. 03. 1994, S.37
- Marx, C. (2006): Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: Die neue Stadt (online Magazin) II/VI
- Marx, C.; Schautz, T. (2003): Studentische Charrette Ferropolis, in: Planerin 4/02, S. 62-63

- Matschke, W. (1988): Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945-1948, Berlin
- Matthisson, F., o.J., zit. nach Hirsch, E. (1965): Elysische Felder. Bekenntnis zu Wörlitz, in: Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis, Wörlitz, S.144
- May, E. (1919): Ländliche Kleinsiedlungen der schlesischen Landgesellschaft in der Provinz Schlesien, in: Der Städtebau, 7/8, S. 84-86
- May, E. (1922): Stadterweiterung mittels Trabanten, in: Der Städtebau, 5/6, S. 51-55
- May, E. (1923): Die Internationale Städtebauausstellung in Gotenburg, in: Schlesisches Heim, 8/9, S. 183-187
- May, E. (1924): Die internationale Städtebautagung in Amsterdam, in: Schlesisches Heim, 7, S. 208-215
- Mayr, G. v. (1903): Die Bevölkerung der Großstadt, in: Die Großstadt, Dresden, S. 73-147
- Meadows, D. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart
- Meadows, D. H. (2010): Die Grenzen des Denkens, München
- Mendels, F. (1972): Proto-Industrialization, The first place of the industrialization process, in: Journal of Economic History, No. 32, S. 247- 261
- Merkur vom 09. 04. 1999
- Miegel, M. (2010): EXIT Wohlstand ohne Wachstum. Berlin
- Migge, L. (1926): Anhaltische Siedlungspolitik, in: Anhaltische Siedler-Zeitung, Nr.I, Dessau
- Migge, L. (1926): Deutsche Binnenkolonisation, Berlin
- Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr NRW/Hrsg. (1988): Internationale Bauausstellung Emscher Park – Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete (Memorandum), Düsseldorf
- Ministry of Construction Republic of Serbia (1997): Spatial Plan of the Republic of Serbia, Belgrade
- Mitscherlich, A. (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt/Main
- Mitteldeutsche Neueste Nachrichten vom 05.12.1957
- Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 07. 07. 2000
- Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 10. 01. 1995
- Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 15. 10. 1994
- Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 27. 04. 1994
- Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 07. 01. 1991
- Mittmann, E. (1998): Konzepte vom Reißbrett: Großindustrie in Leuna, in: Brüggemeier, F.-J.; Korff, G.; Steiner, J./Hrsg.: mittendrin – Sachsen-Anhalt in der Geschichte, Dessau, S. 308-337
- Möller, H. (2008): Die Weimarer Republik – Eine unvollendet Demokratie, München

- Mönninger, M./Hrsg. (1999): Stadtgesellschaft, Frankfurt/Main
- Monod, T.; Durou, J. - M. (1992): Die Wüsten der Welt, München
- Moore, C./Hrsg. (1993): Plan of Chicago (Reprint Burnham, Daniel/Bennett, Edward: Plan of Chicago, 1908/09), New York
- MSWV, Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes NRW/Hrsg. (1988): Internationale Bauausstellung Emscher-Park, Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete, Memorandum zu Inhalt und Organisation, Düsseldorf
- Muesmann, A. (1924): Der Stand des Städtebaus auf Grund der letztjährigen Internationalen Städtebau-Ausstellung in Gothenburg (Schweden), in: Genzmer, E.; Wolf, P./Hrsg.: Städtebau-Vorträge der Dresdener Städtebauwoche 1924, Berlin, S. 175-178
- Muhar, A. (1994): Landschaft von gestern für die Kultur von morgen, in: TOPOS 6/94, 95 – 102
- Müller, B. (2002): Regionale Entwicklung durch Entwicklungsplanung und Strukturpolitik, zitiert nach: Diller, C. (2010): Zwanzig Jahre Raumordnung im vereinigten Ostdeutschland: Vom Ziehkind zum Innovator, in: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H./Hrsg.: Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland, Berlin, S. 185
- Müller, H.H. (1983): Geschichte der Rübenzuckerindustrie im Regierungsbezirk Magdeburg im 19. Jahrhundert, in: Magdeburger Blätter, S.30-41
- Müller, L. (1909): Die städtische Bodenfrage, in: Der Städtebau, 2, S. 18-19
- Müller-Krug, C. H. (2002): Das Bauhaus und die Gestaltung mitteldeutscher Bergbaulandschaften, Stuttgart
- Müller-Wolff, S. (2007): Ein Landschaftsgarten im Ilmtal, Köln, Weimar, Wien
- Mumford, L. (1963): Die Stadt. Geschichte und Ausblick, Köln; Berlin
- MUN, Ministerium für Umwelt und Naturschutz des Landes Sachsen-Anhalt (1994): Informationen des Landes Sachsen-Anhalt zum Nationalen Sonderprogramm Bitterfeld-Halle-Merseburg, Magdeburg (unveröffentlicht)
- Munier, G.; Duhm, B. (1991): Vom Bauhaus nach Bitterfeld, Bielefeld
- Münzberg, J.; Richter, G.; Findeisen, P. (1977): Architekturführer DDR, Bezirk Halle, Berlin
- Negt, O. (1991): Weltausstellung 2000: Industriemesse oder ein Haus Salomonis?, in: Brandt, A.; Jüttner, W.; Weil, S./Hrsg.: Weltausstellung und Stadtzukunft - Das EXPO-Projekt, Hannover, S.25-38
- Nerdinger, W. (1985): Walter Gropius, Berlin
- Nerdinger, W. (1989): Anstößiges Rot, in: Hannes Meyer, Berlin, S.12-29
- Neues Deutschland (ND): Eine doppelte Spaltung, 19./20. Juni 2010, S. 8
- Neugebauer, B. (1992): Von Indianern lernen? Landnutzung als kulturschaffende Kraft, in: Humanökologie und Kulturökologie, Opladen

- Neumann, E./Hrsg. (1985): Bauhaus und Bauhäusler - Erinnerungen und Bekenntnisse, Köln
- Neumann, I. (2005): Strategische Szenarioplanung von Städten und Regionen zwischen Wissensgenerierung und Orakeln, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 13-35
- Neumann, J.v. (1927): Zur Theorie der Gesellschaftsspiele, in: Mathematische Annalen 100, S. 295-320. Quelle: www.digizeitschriften.de
- Newman, P.; Beatley, T.; Boyer, H. (2009): Resilient City, Responding to Peak Oil and Climate Change, Washington, Covelo, London
- Niedermeier, M. (1992): Das Ende der Idylle: Symbolik, Zeitbezug, Gartenrevolution in Goethes Roman „Die Wahlverwandtschaften“, Berlin
- Niedermeier, M. (1993): Natur-Ökonomie-Sexualität. Philanthropen zwischen Paradies und Plantage 1770-1810, in: Hermand, J./Hrsg.: Mit den Bäumen sterben die Menschen. Zur Kulturgeschichte der Ökologie, Köln, S.25-80
- Niehus, H. (1910): Geschichte der englischen Bodenreformtheorien, Leipzig. zit. nach: Berlepsch-Valandes(1912): Die Gartenstadtbewegung in England, München, Berlin, S. V
- Niethammer, L. (1991): Die volkseigene Erfahrung, Berlin
- Niethammer, L.; Weigel, S. (1991): Gedächtnis, in: Kulturwissenschaftliches Institut/Hrsg.: Jahresbericht, Essen, S. 40-41
- Oberbergamt Halle/Hrsg. (1907): Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Halle nach der Zählung vom 28.10.1905, Halle
- Oberkrome, W. (2004): Deutsche Heimat: Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900 – 1960), Paderborn
- Obst, E. (1922): Das Absterben der Bitterfelder Walddenkmäler, in: Unsere Heimat, H.3/4
- Obst, E. (1991): Bitterfeld und Umgebung nebst Industrie, Handel und Gewerbe in Wort und Bild, Halle (Reprint der Originalausgabe von 1909)
- Oelke, E. (2002): Glück auf ! Bergbau und Bergbauregionen in Sachsen-Anhalt
- Ohne Autor: Über ein Zentral-Tiefbauamt, in: Deutsche Bauzeitung, Berlin 1891, 46, S. 280
- Oltman, I. (1999): Projektmanagement, Hamburg
- Ott, M. (2009). Ästhetik/Kunstgeschichte, in: Günzel, S./Hrsg.: Raumwissenschaften, Frankfurt/M., S. 14-29
- Otto, F. (1994): Die bewohnbare Zukunft "Moderne" zurück in die Stadt, in: Deutsches Architekten Blatt, Nr.10, S.1533-1534
- Overhoff, T. (1921): Die Siedlung Hohe Lache, Dessau
- Paasi, A. (1986): The institutionalization of regions, zitiert nach: Blotevogel, H. H. (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Bundesamt für Bauwesen und

Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S.491-506 (S. 501)

Pädagogische Unterhandlungen (1778) Dessau, vgl. auch: Philanthropische Aussichten redlicher Jünglinge ihren denkenden und fühlenden Mitmenschen zur Erwekung übergeben durch Isaak Iselin, 1775, Basel, S. 44ff.

Passuth, K. (1987): Moholy-Nagy, Dresden

Paul, W. (1985): Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, in: Zwischen Wörlitz und Mosigkau. Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Dessau und Umgebung, Heft 27, Dessau

Paulus, H.-E.; Hg. (2003): Paradiese der Gartenkunst in Thüringen, Regensburg

Pehnt, W. (1994): „Industrielles Gartenreich“, in: Der Spiegel, Nr. 10, S. 234-238

Peltz-Dreckmann, U. (1978): Nationalsozialistischer Siedlungsbau, München

Peter, M. (1990): Das Erbe eines Mythos, in: VDI-Nachrichten, Nr.10, S.72-78

Peterson, J. (2003): The Birth of City Planning in the United States, 1840 – 1917, Baltimore; London

Petz, U. v./Hrsg. (2004): Going West? Stadtplanung in den USA – gestern und heute, Dortmund

Pfannschmidt, M. (1929): Landeskunde und Landesplanung, in: Die Baupolitik, S. 51-55

Pfannschmidt, M. (1971): Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: Akademie für Raumordnung und Landesplanung/Hrsg.: Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 63, Hannover, S. 17-28

Pfeil, E. (1972): Großstadtforschung, Hannover

Pflug, W. et al/Hrsg. (1998): Braunkohletagebau und Rekultivierung: Landschaftsökologie – Folgenutzung – Naturschutz, Berlin

Pflüger, F. (1991): Zwischen Bauhaus und City - ein Entwicklungskonzept, Diplomarbeit an der RWTH Aachen, unveröffentlicht

Piccinato, G. (1983): Städtebau in Deutschland 1871-1914: Genese einer wissenschaftlichen Disziplin, Braunschweig, Wiesbaden war 1978

Pilkington Deutschland GmbH/Hrsg. (1994): Future Bauhaus – europäischer Architekturstudien-Wettbewerb, Stuttgart

Planungsbüro Grebe (1991): Steinkohlekraftwerk Vockerode Sachsen-Anhalt; Landschaftsplanerisches Gutachten zur Umweltverträglichkeit unter besonderer Berücksichtigung landschaftsästhetischer und kulturhistorischer Aspekte der Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft; Auftraggeber: Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn

Platzmann, E. (1992): Ökologischer Ist-Zustand und Sanierungsperspektiven der Region Leipzig/Halle/Bitterfeld, in: Hille, J., u.a./Hrsg.: Bitterfeld, Modellhafte

ökologische Bestandsaufnahme einer kontaminierten Industrieregion - Beiträge der 1. Bitterfelder Umweltkonferenz, Berlin, S.51-59

Plessner, H. (1931): Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht, Gesammelte Schriften V, Berlin

Popper, K. R.; Lorenz, K. (1985): Die Zukunft ist offen, München

Posener, J./Hrsg. (1968): Ebenezer Howard - Gartenstädte von Morgen, Frankfurt; Berlin

Posener, J. (1989): Geleitwort in: Garnier, T.: Die ideale Industriestadt (Cité Industrielle) (Reprint), Tübingen, S. 7-8

Posener, J. (1993): Fast so alt wie das Jahrhundert, Biel-Benken

Powell, M. (1992): Ökonomische und ökologische Handlungsszenarien für Bitterfeld, in: Hille, J. u.a./Hrsg.: Bitterfeld. Beiträge der 1. Bitterfelder Umweltkonferenz, Berlin, S.77-81

Prager, S. (1925): Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes für den Mitteldeutschen Industriebezirk, (Sonderdruck aus Zeitschrift für Bauwesen, 4.-6. Heft, S. 30-38) in: ThHStAW, Landesplanungsgemeinschaft Thüringen Nr. 71/2, Bl. 29r-38r

Prager, S. (1925?): Mitteldeutsche Siedlungspläne, in: Hofmann, W.: Mitteldeutschland – das neue Wirtschaftszentrum, Berlin, S. 36-38

Priess, K. (1929): Die Aufgaben einer Zeitschriftenschau über Siedlungsentwicklung und Siedlungsgestaltung, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ) 1, S. 9-11

Priewe, J. (1991): Die Treuhandanstalt braucht einen neuen gesetzlichen Auftrag, in: Grözinger, G./Hrsg.: Nur Blut, Schweiß und Tränen, Probleme der Einheit, Bd.2, S.57-63

Priewe, J. (1994): Die Treuhand tritt ab, in: Freitag Nr.51 vom 23. Dezember 1994, S.1

Projektgesellschaft m.b.H. am Bauhaus Dessau (1991): Bauhausbrief 1. Im Namen des Nutzers, Alheim

Projektgesellschaft m.b.H. am Bauhaus Dessau (1991): Bauhausbrief VI. Umwelt-EXPO Dessau-Bitterfeld-Wittenberg, Alheim

Projektgruppe Umwelt-EXPO in Sachsen-Anhalt (1994): Mensch-Natur-Technik. Die Mitteldeutsche Industrieregion auf dem Weg in das 3. Jahrtausend, Magdeburg, unveröffentlicht

Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 10. bis 16. Juli 1958, Berlin, Bd.I, S.83 (zit. nach Topfstedt, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Berlin, S.11)

Prosek, A. et al/Hrsg. (2009): Atlas Metropole Ruhr, Essen

Pucks, S. (1990): Rathenau im Spiegel der Kunst, in: Buddensieg, T.; Hughes, T.; Kocka, J./Hrsg.: Ein Mann vieler Eigenschaften - Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, S.83-98

- Rac, B. (1991): Die Hauptstraße des Gartenreiches Dessau-Wörlitz. Erläuterungsbericht, Komplexbeleg an der TU Dresden (unveröffentlicht)
- Rading, A. (1920): neue Kleinhausmietshaus-Bebauungen, in: Der Städtebau, 11/12, S. 105-113
- Radkau, J. (1995): Amerikanismus als deutsches Nervenproblem, in: Stiftung Bauhaus Dessau; RWTH Aachen/Hrsg.: Zukunft aus Amerika, Dessau, S.107-123
- Rathenau, W. (1925): Rede vor der Deutschen Gesellschaft am 20.10.1915, in: Gesammelte Werke, Bd.5 (Wirtschaft, Staat und Gesellschaft), Berlin
- Redaktioneller Beitrag „Ein Leben für die Siedlungswissenschaft“, in: Bauwelt 1953, Heft 50, S. 992
- Reichsamt für Wehrwirtschaftliche Planung/Hrsg. (1939): Die deutsche Industrie, Berlin
- Reil, F. (1845): Leopold Friedrich Franz. Herzog und Fürst von Anhalt-Dessau, ältestregierender Fürst in Anhalt, nach seinem Wirken und Wesen, Dessau; gekürzter Neudruck, 1990: Staatliche Schlösser und Garten Wörlitz, Oranienbaum, Luisium, Wörlitz
- Reiß, H. (1995): Kraftwerk und Kolonie Zschornewitz, Dessau
- Ribhegge, W. (2002): Stadt und Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster, New York, München, Berlin
- Riechmann, T. (2010): Spieltheorie, München
- Riesenfeld, E.P. (1913): Erdmannsdorff. Der Baumeister des Herzogs Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Berlin
- Rifkin, J. (2003): Das Ende der Arbeit – und ihre Zukunft, Frankfurt/M.
- Ritter, H./Hrsg. (1928) in Verbindung mit Langen, G./Deutsches Archiv für Städtebau, Siedlungswesen und Wohnungswesen: Wohnung, Wirtschaft, Gestaltung, Berlin, Leipzig, Wien
- Rode, A. (1798): Wegweiser durch die Sehenswürdigkeiten in und um Dessau, III. Wörlitz, Dessau
- Rodriguez-Lores, J. (1985): Die deutsche Bauzonenplanung, in: Architektur und Planung der Großstadt, Aachen, S. 58-90
- Roesler, J. (1987): Zum Strukturwandel in der Industrie der DDR während der fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35. Jg., H.2, S.138-149
- Rombach, H. (1990): Philosophie des Gartens, in: Bittner, G.; Weinacht, P. – L./Hrsg.: Wieviel Garten braucht der Mensch?, Würzburg
- Römer, C. (1991): Geschichte, in: Heckmann, H./Hrsg.: Sachsen-Anhalt. Historische Landeskunde Mitteldeutschlands (hrsg. für die Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat Bonn), Würzburg, S.7-44
- Roost, F. (1998): Walt Disneys "Celebration", in: Die Alte Stadt, 4, S. 318-334
- Rücker, R. (1933): Die sozialistische Stadt, in: Deutsche Bauzeitung (DBZ), 3, S. 43-45

- Rudolph, A. (1930): Wirtschaftsgeographie des Kreises Bitterfeld, Halle
- Rudowski, G. (1983): 20 Jahre Wohnungsbau in der Dessauer Innenstadt, in: Dessauer Kalender, Dessau
- Runge, B.; Vilmar, F. (1988): Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt/M.
- Sack, M. (1991): Ideen für das "Loch", in: Die Zeit Nr. 44 vom 25.10.91
- Sack, M. (1999): Siebzig Kilometer Hoffnung, Die IBA Emscher-Park, Erneuerung eines Industriegebiets, Stuttgart
- Salingaros, N. (2005): Principles of Urban Structures, Delft
- Salzmann, C.G. (1785): Moralisches Elementarbuch, nebst einer Anleitung zum nützlichen Gebrauch desselben. 1. Theil, Leipzig
- Salzmann, G. (1926): Die Kavalierstraße zu Dessau, Schicksal einer Straße, in: Baupolitik, S.194-197
- Sassen, S. (1997): Metropolen des Weltmarktes, Frankfurt/M., New York
- Sauberzweig, D. (1998): Die europäische Stadt zwischen Globalisierung, Vernetzung und Zukunftschancen, in: Sauberzweig, D.; Wagner, B.; Rübke, T./Hrsg.: Kultur als intellektuelle Praxis, Essen
- Schacht, U.; Sztatecsny, L. (1996): Fließendes Wasser und seine Bedeutung für die Folgelandschaften des Bergbaus, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 128 – 131
- Schacht, U.; Sztatecsny, L.; Weisbach, R. (1997): Die Mulde – Visionen für ein „Flusseinzugsgebiet“, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V., Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.): Jahrbuch Bergbaufolgelandschaft, Dessau
- Schaffer, K. (1993): Fabric of City Life, in: Moore, Charles (Hg.): Plan of Chicago (Reprint Burnham, Daniel; Bennett, Edward: Plan of Chicago, 1908/09), New York
- Schätzl, L. (2003): Wirtschaftsgeografie 1 Theorie, Paderborn, München, Wien, Zürich
- Scheer, H. (2005): Energieautonomie, München
- Schmals, K.M.; Müller, S./Hrsg. (1993): Die Moderne im Park, Dortmund
- Schmelzer, J.; Stein, E. (1969): Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, hrsg. von der Betriebsparteioorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin
- Schmerler, W. (1930): Die Landesplanung in Deutschland. Berlin
- Schmid, W. (2004): Mit sich selbst befreundet sein, Frankfurt/M.
- Schmidt, B.; Schmidt, H. (1993): Zschornewitz – Chancen der Erneuerung, Dessau
- Schmidt, H. (1989): Was passiert, wenn nichts passiert? In: Bauhaus Dessau (Hrsg.), Dessauerbericht, 9 (unveröffentlicht)
- Schmidt, H. (1993): Eine mögliche "Umwelt-Expo im Industriellen Gartenreich" - Gefahren, Chancen, Konsequenzen, Bauhaus Dessau (unveröffentlicht)
- Schmidt, R. (1925): Ein Beitrag zur Frage der Satellit-Städte, in: DBZ, 85, S. 674-675

- Schmidt, R. (1926): Landesplanung. In: Baupolitik, 3, S. 127-131
- Schmidt, R.(1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen (Reprint 2009)
- Schmidt-kunz, H. (1908): Städtisches und ländliches Wohnen, in: Der Städtebau, 11, S. 147-150
- Schmidt-kunz, H. (1910): Flächenstadt oder Raumstadt, in: Der Städtebau, 4, S. 42-43
- Schmidt-kunz, H. (1912): Kunst und Großstadtverkehr, in: Der Städtebau, 6, S. 67-69
- Schöbel-Rutschmann, S. (2008): Landschaftsurbanismus, in: Wolfrum, S.; Nerdinger, W./Hrsg.: Multiple City, Berlin, S. 14-18
- Schöning, B. (2010): Große Pläne – der neue Kult des strategischen Plans, in: Stadtbauwelt 187, S. 64-68
- Schorlemmer, F. (1991): Wittenberg - eine Stadt im Umbruch, in: Munier, G.; Duhm, B.: Vom Bauhaus nach Bitterfeld, Bielefeld, S. 61-64
- Schrader, H.; Wiegandt, C. (2011): Los Angeles – Die Revitalisierung der Downtown, in: Planerin, 3/11, S. 64-65
- Schreiber, M. (1990): Traumstadt der Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.8.1990
- Schreiber, M. (1991): „Wolkig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 4. 1991
- Schröder, T. (1997): Landschaft der Reformen, in: Garten + Landschaft, 12/97, 18 – 21
- Schröder, T. (2000): Region in Bewegung, in: et, Magazin der Regionen, S. 55 – 57
- Schröder, T. (2001): Infrastrukturvorhaben Ferropolis, in: et, Magazin der Regionen, S. 27
- Schröder, T. (2009): Raumumordnung. In: Links, C.; Volke, K.: Zukunft erfinden. Berlin, S. 130-136
- Schubert, D. (1983): Innere Kolonisation und Eigenheim, in: Schubert, D.; Frank, H./Hrsg.: Lesebuch zur Wohnungsfrage, Köln, S. 69-77
- Schuiten, F.; Peeters, B. (1987): Das Fieber des Stadtplaners, Stuttgart
- Schulin, E. (1990): Krieg und Modernisierung - Rathenau als philosophierender Industrieorganisator im Ersten Weltkrieg, in: Buddensieg, T.: Hughes, T.; Kocka, J./Hrsg.: Ein Mann vieler Eigenschaften - Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, S.55-69
- Schulz, B. (1988): Das deutsch-deutsche Bauhaus, Der Tagesspiegel vom 8. 8.1988
- Schulze-Naumburg, P. (1906): Kulturarbeiten, in: Der Städtebau, 9, S.113
- Schumpeter, J.A., (1961): Konjunkturzyklen, 2 Bde., Göttingen
- Scurell, B. (1994): Die Wahrnehmung der Komplexität, in: Politische Ökologie, S. 75–80

Scurrall, B.; Mendel, X., (1994): Studie zur Stadtentwicklung Dessau, Bauhaus Dessau (unveröffentlicht)

Scurrall, Babette (1999): Vielfalt der Arbeit, Neu-Ulm

Sechzehn Grundsätze des Städtebaus 1950, in: Bolz, L. (1951): Von Deutschem Bauen (Reden und Aufsätze), Berlin

Seifert, P.-J. (1984): Dr. Walther Rathenau - der erste Direktor der Elektrochemischen Werke in Bitterfeld, dem jetzigen Werkteil Nord des VEB Chemiekombinat Bitterfeld, Bitterfeld

Siebel, W. (1991): Festivalisierung der Politik und die Unsichtbarkeit der Städte, in: Brandt, A., Jüttner, W.; Weil, S./Hrsg.: Das EXPO-Projekt, Hannover, S. 39-51

Siebel, W. (1992): Die internationale Bauausstellung Emscher Park, in: Häußermann, H./Hrsg.: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Basel, Berlin, Boston, S. 214-231

Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, in: Selle, K. Zalas, L./Hrsg.: Zur räumlichen Entwicklung beitragen, Dortmund, (Bd. 1), S. 195-209

Siemens, C.F.v. (1917): Die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Industrie, in: Großstadt und Kleinhaus, Berlin

Sieverts, T. (1980): Vorbemerkung zu Meise, Volwahren: Stadt- und Regionalplanung. Ein Methodenhandbuch, Braunschweig, Wiesbaden, S. IX,

Sieverts, T.; Ganser, K. (1983): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus, in: DISP 115, Zürich, S. 31-37

Sieverts, T.; Müller, R./Hrsg. (1991): Emscher Landschaftspark, Zukunft für Industrieregionen, Gelsenkirchen

Sieverts, T. (1991): Perspektive Emscher Landschaftspark. Sieben unbequeme Fragen aus der „Werkstatt Landschaft“, in: Sieverts, T.; Müller, R.: Internationale Bauausstellung Emscher Park, Köln, S. 60-65

Sieverts, T. (2001): Zwischenstadt, Basel, Berlin, Boston (3. Aufl.)

Sieverts, T. (2009): Stadtbaugeschichte als Ressource? Zu einem zeitgemäßen Verhältnis von Stadtbaugeschichte, Moderne und Zukunft im Umgang mit der Stadtregion, in: Council for European Urbanism/Hrsg.: 10 Jahre Zwischenstadt – wie weiter? Sundern

Sieverts, T. (2011): Beyond Institutions? Versuch einer Positionsbestimmung der Stadtplanung, in: polis – Magazin für Urban Development, 02/2011, S. 6-12

Simon, S. (1994): Historischer Ablauf des Wiederbelebungsversuches des Bauhauses von 1945-1948 in Dessau, Dessau (unveröffentlicht)

Sitte, C. (1889): Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien

Sitzung des Gemeinderates vom 11.3.1925 bzw. vom 19.3.1925, Gemeindeprotokoll, Stadtarchiv Dessau

Sitzung des Gemeinderates vom 28.2.1924, Gemeindeprotokoll, Stadtarchiv Dessau

- Sonnabend, R. (1998): Von der dreckigsten Stadt Europas zum Europäischen Preis für Stadt- und Regionalplanung, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: UND – Magazin der Regionen, 0/98, S. 12
- Splett, O. (1922): Der Bitterfelder Braunkohlenbergbau. Seine wirtschaftliche Entwicklung und seine Bedeutung für den dortigen Industriesaufbau, Halle
- Springmann, T. (1999): „Jenseits von Erwerbsarbeit“ – Wo bleibt die Lust? In: Was nun?, S. 6
- Stadt Wolfen/Hrsg. (1994): 100 Jahre Wohnkolonie Wolfen, Wolfen
- Stadt Zeulenroda-Triebes (2008): Bewerbung zur Landesgartenschau Thüringen 2013 (unveröffentlicht)
- Stadterweiterungsschmerzen in Dessau (1906), in: Der Städtebau, S.110-115
- Stein, C./Wright, H. (1926): Dokument, in: Fehl, G.; Rodriguez-Lores, J. (1997): Die Stadt wird in der Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt, Basel, Berlin Boston, S. 202-226.
- Stein, J. (1997): Reisebuch von Kindern für Kinder über das Industrielle Gartenreich, Dessau
- Stein, M. (1990): Die Bauhausstadt, in: Architektur der DDR, Nr. 4, S. 42–43
- Stein, M. (1992): Die Bauhaus-Stadt ein Bauhaus-Thema?, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Die Bauhaus-Stadt - Spiegelbild urbanistischer Konzeptionen um 1930, Dessau, S. 2-5
- Stein, M. (1992): Die Bauhaus-Stadt, Geschichtsverlust als neue Identität und Tradition, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1992, Berlin, S.145-152
- Stein, M. (1993): Für eine Akademie regionaler Akteure, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Projektbericht, S. 12–15, Dessau
- Stein, M. (1996): Wirtschaftsförderung als Planungsstrategie, in: Stiftung Bauhaus Dessau/ Hrsg.: Industrielles Gartenreich, Dessau, S. 198-201
- Stein, M. (1999): Bergbaufolgelandschaft Goitzsche – Kulturlandschaft des 21. Jahrhunderts, in: Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 93–102
- Stein, M.; Bankert, D.; Schindhelm, B.; Sängler, U. (1989): Dessau-Bericht, Dessau
- Stein, M.; Kegler, H. (1991): "Schneller leben", in: Leben statt lifestyle, Langenargen, S.56-59
- Steinbrucker, F. (1916): Die Bedeutung der Zweckgebiets- und Bauweisenbestimmungen bei der Besiedlungsplanung, in: Der Städtebau, 6/7, S. 68-69
- Steuteville, R.; Langdon, P. (2003): New Urbanism: Comprehensive report & Best Practice Guide, Ithaca
- Stiens, G. (2000): Regionale Regulation und faktische Auflösung überregionaler Raumordnung? In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Informationen zur Raumordnung, 9/10.2000, Bonn, S. 517-535

- Stier, B. (1988): Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus, Sigmaringen
- Stiftung Bauhaus Dessau, Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung/Hrsg. (1996): Wirtschaft von unten/ People's Economy, Berlin
- Stiftung Bauhaus Dessau, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen /Hrsg. (1995): Zukunft aus Amerika, Dessau
- Stiftung Bauhaus Dessau, Verein Industrielles Gartenreich/Hrsg. (1998): Vom Bauhaus nach Bitterfeld, Reise zu den Ursprüngen des modernen Lebens, Berlin
- Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1996): Industrielles Gartenreich 1, Dessau
- Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1999): Industrielles Gartenreich 2, Dessau
- Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1996): Leitfaden 1996 – 2000, Dessau
- Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1997): Der Drehberg im Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Dessau
- Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg. (1998): UND – Magazin der Regionen, Das Regionalmagazin für Dessau-Bitterfeld-Wittenberg, Dessau
- Stimmann, H. (1984): Stadttechnik, in: Boberg, J. u.a./Hrsg.: Exerzierfeld der Moderne: Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert, München, S.170-179
- Stimpel, R. (2009): „Nicht komplett verbauhäuseln“, Interview Philip Oswald und Harald Kegler, in: Deutsches Architektenblatt 08/09, S. 10-15
- Stölzl, C. (1994): Vorwort, in: Walther Rathenau. Die Extreme berühren sich, Berlin, S.9-11
- Strehlow (1912): Psychologie der Grundstückspreise, in: Der Städtebau, 9, S. 103-106; 10, S. 116-118
- Strehlow (1914): Die Umlegung der Straßenbaukosten nach dem Fluchtliniengesetz, in: Der Städtebau, 3, S. 35-37
- Stübben, J. (1890): Der Städtebau, Darmstadt
- Stübben, J. (1923): Von der internationalen Städtebau-Ausstellung zu Gothenburg in Schweden, in: Deutsche Bauzeitung, 78/79, S. 341-344; 84/85, S. 361-363
- Stübben, J. (1924): Der Städtebau, Leipzig
- Stübben, J. (1933): Amerikanisches Urteil über Deutschlands Städtebau, in: Deutsche Bauzeitung 1933/13, S. 262
- Sturm, H. (1977): Fabrikarchitektur - Villa - Arbeitersiedlung, München
- Sturm, U. (2010): Formprobleme der Großstadt – progressiver Traditionalismus im Städtebau der 1920er Jahre in Deutschland, BTU Cottbus (Diss.)
- Süddeutsche Zeitung vom 2. August 2006, S.13
- Sutcliffe, A. (1980): Vorstadtplanung im Vergleich mit anderen Ländern – Die geplante Wanderung an die Peripherie um die Jahrhundertwende, in: Stadtbauwelt 65, S. 48-53.
- Tachieva, G. (2010): Sprawl Repair Manual, Washington, Covelo, London

- Taeglichsbeck, W. (1892): Die Wohnungsverhältnisse der Berg- und Salinenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Halle, Berlin
- Talen, E. (2005): New Urbanism & American Planning. The Conflict of Cultures, New York, London
- Taut, B. (1919): Theodor Goecke, in: Die Bauwelt, 34, S. 13
- The Labor/Community Strategy Center, o.J.: Restructuring Los Angeles from the Bottom Up, Los Angeles
- Thomae, M. (1996): Die Bedeutung des Braunkohlebergbaus für die Herausbildung industrieller Ballungsräume, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S.10 – 21
- Thöner, W. (1993): Die Meisterhäuser im Porträt, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Leben am Bauhaus, Dessau, S. 27-79
- Thöner, W. (1993): Feste und Spiele, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Dimensionen - Bauhaus Dessau 1926-1932, Dessau, S. 94-109
- Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr - Freistaat Thüringen (2004): Landesentwicklungsplan (LEP), Erfurt
- Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (2011): Landesentwicklungsprogramm 2025 (1. Entwurf LEP) – Kulturlandschaft im Wandel, Erfurt
- Tienz, B.-S. (1999): Zur aktuellen Entwicklung der Braunkohlen- und Sanierungsbergbaues im Mitteldeutschen Revier, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 8 – 11
- Töpfer, K.: Brief des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an den Oberbürgermeister der Stadt Dessau vom 21. 05. 1991, unveröffentlicht
- Topfstedt, T. (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig
- Touche', B. (1997): Der Geographische Garten, die Idee für den Landschaftspark auf dem Wunsch, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 107 – 112
- Toyka, R./Hrsg. mit Bodenbach, C.; Weisbach, R. (1993): Bitterfeld, Probleme – Chancen – Visionen, München
- Trauzettel, L. (1987): Die Wörlitzer Anlagen – Geschichte und Gegenwart, in: Der Englische Garten zu Wörlitz, Berlin, S.165-211
- Tropp, P. (1996): Weltausstellung im Visier, in: konkret, 1/96, S. 4
- Tullner, M. (1993): Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Tullner, M. (2008): Geschichte Sachsen-Anhalts, München
- Uhlmann, G. (1998): Zwischen Wüsten und Oasen, in: deutsche bauzeitung 7/98, S. 20-21

- Uhlmann, G., (1998): Giganten der Vergangenheit, Ferropolis: Mythos aus einer fernen Industrieregion, in: Kultur&Technik, S. 21-24
- Ulbricht, W. (1951): Der Aufbau der Städte und die Fragen der Architektur, in: Neues Deutschland vom 1.11.1951
- Ulbricht, W. (1958): Die sozialistische Umwälzung der Ideologie und der Kultur, in: Für den Sieg der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur, Berlin
- Umlauf, J. (1958): Wesen und Organisation der Landesplanung, Essen
- Umweltkontor (1997): Windpark Zschornewitz, Hückelhoven, unveröffentlicht
- Usbeck, H. (2001): Die Thüringer Städtereihe, in: Brake, K.; Dangschat, J.; Herfert, G./Hrsg.: Suburbanisierung in Deutschland, Opladen, S. 201-210
- Vahrenkamp, R. (1988): Botschaften der Industriekultur, Technikdebatten und ihre Wirkungen, in: Technikgeschichte, Bd. 35, S. 112
- Vale, L.; Campanella, T. (2005): The Resilient City, New York
- VEAG (Vereinigte Kraftwerks-Aktiengesellschaft Peitz-Niederlassung Kraftwerk Elbe) und Preussen Elektra-VKR-Abfallverwertungsgesellschaft mbH (PVA), 1990: Angebot zur thermischen Abfallverwertung am Standort Zschornewitz/Gräfenhainichen (unveröffentlicht)
- Verband Tourismusregion Wittenberg/Hrsg. (2004): Tourismusregion Wittenberg – zwischen Berlin und Leipzig, Lutherstadt Wittenberg
- Verein Wolfener Siedlung e.V. (1991): Satzung vom 21.9.1991 (unveröffentlicht)
- Virilio, P. (1998): Ereignislandschaft, München, Wien
- Voigt, J. (1991): Blitzkrieg gegen die Erinnerung, in: Zeitmagazin vom 25.10.1991, S.6
- Volksblatt für Anhalt (Dessauer Zeitung) vom 20.8.1992, Stadtarchiv Dessau
- Voppel, G. (1990): Die Industrialisierung der Erde, Stuttgart
- Vorstand der Chemie AG Bitterfeld-Wolfen/Hrsg. (1993): Bitterfelder Chronik. 100 Jahre Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen, o.O.
- Voß, G. (1998): Fürst Leopold III. Friedrich Franz – Reformier im Epochenumbruch; in: Forum Dessau-Wörlitzer Gartenreich/Hrsg.: Dessau-Wörlitzer Gartenreich, Neue Strategien für eine Landschaft, Dessau
- Wagner, M. (1929): Ein Generalplan für Hochhäuser?, in: Akademie der Künste/Hrsg. (1985): Martin Wagner Wohnungsbau und Weltstadtplanung – Die Rationalisierung des Glücks, Berlin/W., S. 108-109
- Walhausen, W. v. (1926): Landesplanung im Regierungsbezirk Merseburg, in: Baupolitik, S. 193-194
- Weber, O. (1989): Thesen zum Funktionalismus, in: Bauhaus Dessau/Hrsg.: Neue Bauhaus Hefte, Berlin, Dessau, S. 63 – 68

- Wehberg, H. (1991): Einleitung, in: TU Braunschweig; Bauhaus Dessau/Hrsg.: Wunden – Braunkohlebrachen zwischen Wörlitz und Bitterfeld, Dessau, S. 5
- Wehl, B. (1909): Englische Reiseeindrücke über Gartenstädte und Vororte, in: Der Städtebau, 12, S. 160-161
- Wehl, B. (1919): Industrielle Innenkolonisation in der Schweiz und Deutschland, in: Der Städtebau, 3/4, S. 32-33
- Wehl, D. (1908): Die Gartenstadtbewegung in Theorie und Praxis, in: Der Städtebau, 4, S. 50-51
- Wehl, D. (1910): Der Zug in die Vororte, in: Der Städtebau, 6, S. 72
- Wehler, H.U. (1983): Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Deutsche Geschichte, Bd.9, Göttingen
- Weichhart, P. (2000): Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs? in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Hrsg.: Die neue Konjunktur von Regionen und Regionalisierung, Bonn, S. 549-566
- Weiland, B. (1998): Golpa Blues. Landschaft nach der Kohle, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 144 – 149
- Weisbach, R. (1996): Was hat denn diese alte und verbrauchte Landschaft mit unserer Zukunft zu tun? in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft 1996, Dessau
- Weisbach, R. (1997): Schwimmende Inseln, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S. 128 – 130
- Weisbach, R. (1998): Schwimmende Gärten in Golpa-Nord, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: BergbauFolgeLandschaft, S.154 – 155
- Weisbach, R.; Brück, M. (1998): Neues aus Ferropolis, in: Dachverband Bergbaufolgelandschaft e.V.; Stiftung Bauhaus Dessau/Hrsg.: Jahrbuch BergbauFolgeLandschaft, S. 161
- Weiske, C. (1988): Zur Evolution einer stadtplanerischen Leitidee über die Stufen ihrer praktischen Adaption: Ebenezer Howards Gartenstadt-Idee, in: Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie, Halle/S., S. 87-106
- Weiske, C. (1989): Soziale Ziele in modernen, nicht-marxistischen Theorien zur Raumplanung – ihr Platz, ihre Begründung und ihre Wirkung auf den internen Bestand der Theorien, Halle/S.
- Weisshaar, R. (1995): Auf den Spuren des Spaziergangs durch den Tagebau Golpa Nord – Text-Bild-Dokumentation, Dessau
- Weisshaar, R. (1995): Transitorische Gärten, Diplomarbeit, Gesamthochschule Kassel (unveröffentlicht)

- Welch-Guerra, M. (2010): Kulturlandschaft als Fluchtpunkt, in: Bauhaus-Universität Weimar, Fachhochschule Erfurt, Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr/Hrsg.: Kulturlandschaft Thüringen, Weimar, S. 288-300
- Welsch, F. (1992): Gedanken zum Artikel von Prof. J. Radkau "Revoltieren die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?", in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1, S.167-176
- Welsch, W. (1993): Ästhetisches Denken, Stuttgart
- Welsch, W., (1988): Unsere postmoderne Moderne, Weinheim
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung/Hrsg. (1988): Unsere gemeinsame Zukunft (DDR-Ausgabe des Brundtland-Berichtes), Berlin
- Werckmeister, O.K. (1981): Versuche über Paul Klee, Frankfurt
- Wick, R. (1988): Bauhauspädagogik, Köln
- Wiechmann, T. (2005): Die Planung des Unplanbaren?, in: Neumann, I./Hrsg.: Szenarioplanung in Städten und Regionen, Dresden, S. 36-49
- Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption, Dortmund
- Wiedemeyer, M.; Geterkamp, T. (1999): „New York“ – mehr als bloße Theorie? In: Was nun?, 5 -6
- Wiegandt, C. (1994): Ökologische Regionalkonzepte, in: Informationen zur Raumentwicklung 4/1994, S.287-302
- Wilderotter, H. (1994): Das Geheimnis des Ganzen, in: Wildenrotter, H./Hrsg.: Walther Rathenau. Die Extreme berühren sich, Berlin, S.17-32
- Wilderotter, H. (1994): Die Mechanisierung der Welt, in: Wildenrotter, H./Hrsg.: Walther Rathenau - Die Extreme berühren sich, Berlin, S. 256-289
- Wilhelm, K. (1983): Walter Gropius Industriearchitekt, Braunschweig, Wiesbaden
- Wilson, W. H. (1989): The City Beautiful Movement, Baltimore/London
- Wingler, H. M. (1989): Bauhaus Archiv Berlin, Berlin/W.
- Winkler, H. A. (2009): Geschichte des Westens, München
- Winkler, K.-J. (1989): Hannes Meyer, Berlin
- Winkler, K.-J. (1993): Die Architektur am Bauhaus in Weimar, Berlin
- Wolf, P. (1922): Neue Wege, in: Der Städtebau, 11/12, S. 116-120
- Wölfig, M. (1994): Nachholende Modernisierung in der ostdeutschen Industrie: das Beispiel Sachsen-Anhalt, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Hrsg.: Wirtschaft im Systemschock, Berlin, S.101-118
- Wolke, C.H./Hrsg. (1778): o.T., in Pädagogische Unterhandlungen. Ein Lesebuch für die Jugend und ihre Freunde, 2. Jg., o.O., S.581
- Wormbs, B. (1994): Blicke in das Ganze der Natur; in: Gartenkunst 2/94; 6. Jg., V-VII

Wortmann, W. (1985): Wandel und Kontinuität der Leitvorstellungen in der Stadt- und Raumplanung, in: BFLR/Hrsg: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 3/4, Bonn, S. 2-5

Wünsche, K. (1989): Versuche das Leben zu ordnen, Berlin

Wuttke, R. (1904): Die deutschen Städte, Leipzig, Bd. 1, S. XI, XIX, XX, XXI

www.denkwerkzukunft.de/lebensraumstadt (15.12.2010)

www.dr-kegler.de

www.iba-thueringen.de

Zehner, K. (2001): Stadtgeografie, Gotha

Zeuchner, S. (1992): Sanierung der alten Industrieregion Halle, Leipzig, Bitterfeld - Erfahrungen aus der Ruhrgebietspolitik, Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e.V./Hrsg., Bochum

Zlonicky, P. (1991): Über den Umgang mit sperrigen Gütern, in: Stadtbauwelt, 110, S. 1270– 276

Zlonicky, P. (1995): Hellerau und die Stadt der Zukunft, in: Fricke, W./Hrsg.: Die Zukunft der Stadt, Bonn, S. 42-48